

# Arbeitsmarkt 2002

**Amtliche Nachrichten  
der Bundesanstalt für Arbeit**

51. Jahrgang, Sondernummer  
Nürnberg, 18. Juni 2003



**Bundesanstalt für Arbeit**

## Abkürzungen und Zeichenerklärung

AA	Arbeitsamt
abh. ziv. ET	abhängige zivile Erwerbstätige
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
BA	Bundesanstalt für Arbeit
BGO	Bundesgebiet Ost
BGW	Bundesgebiet West
Bhi	Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose
BSM	Beschäftigungsschaffende Maßnahmen (ABM + SAM)
EGZ	Eingliederungszuschuss
EP	Erwerbspersonen
ET	Erwerbstätige
EV	Eingliederungsvertrag
EZN	Eingliederungszuschuss bei Neugründungen
FbW	Förderung beruflicher Weiterbildung
i.e.S.	im engeren Sinne
IAB	Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung
LKZ	Lohnkostenzuschuss
SAM	Strukturanpassungsmaßnahmen
SAM OfW	Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen
SGB	Sozialgesetzbuch
Trad. SAM	Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

i	=	insgesamt
M	=	Männer
F	=	Frauen
MA	=	Monatsanfang
ME	=	Monatsende
MM	=	Monatsmitte
MS	=	Monatssumme
JA	=	Jahresanfang
JD	=	Jahresdurchschnitt
JE	=	Jahresende
JS	=	Jahressumme
a.n.g.	=	anderweitig nicht genannt
p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann
•	=	kein Nachweis vorhanden
•••	=	Angaben fallen später an
×	=	Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

# Arbeitsmarkt 2002

(Arbeitsmarktanalyse für das Bundesgebiet insgesamt,  
die alten und die neuen Länder)

	Seite
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	3
<b>Kurzfassung</b>	13
<b>I. Überblick</b>	
Der Arbeitsmarkt im Jahr 2002	21
<b>II. Hauptteil</b>	
<b>A Kräfteangebot:</b>	
1. Deutschland	35
2. Alte Länder	36
3. Neue Länder	38
<b>B Kräftenachfrage:</b>	
1. Deutschland	43
2. Alte Länder	44
3. Neue Länder	47
<b>C Arbeitslosigkeit:</b>	
1. Deutschland	57
2. Alte Länder	58
3. Neue Länder	67
<b>D Ausgleichsprozesse:</b>	
1. Deutschland	85
2. Alte Länder	95
3. Neue Länder	103
<b>E Arbeitsmarktpolitik:</b>	
1. Deutschland	115
2. Alte Länder	115
3. Neue Länder	124
<b>III. Schwerpunkt:</b>	
<b>Wirtschaftszweige und Regionen</b>	
1. Deutschland	141
2. Alte Länder	143
3. Neue Länder	149
<b>IV. Tabellenanhang</b>	

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Kurzfassung</b>	13
<b>I. Überblick: Der Arbeitsmarkt im Jahr 2002</b>	
Deutliche Verschlechterung	21
Weiterhin größtenteils gegenläufige Entwicklungen in West und Ost	23
Osten bei Erwerbstätigkeit erneut zurückgefallen	23
Arbeitslosigkeit trifft wie bisher den Osten überproportional	23
Sehr große stille Reserven	26
Weniger Stellenmeldungen	27
Geringere Nettotransfers der Bundesanstalt an die neuen Länder	28
<b>II.A Angebot an Arbeitskräften</b>	
<b>1. Deutschland</b>	
Kräfteangebot: Trotz anhaltender demografischer Entlastung weiter gestiegen	35
<b>2. Alte Länder</b>	
Nach wie vor zunehmendes Kräfteangebot infolge von Verhaltens-, Wanderungs- und Pendlereffekten	36
<b>3. Neue Länder</b>	
Weiterhin sinkendes Kräfteangebot auf Grund von Wanderungs- und Pendlereffekten	38
<b>II.B Nachfrage nach Arbeitskräften</b>	
<b>1. Deutschland</b>	
Zahl der Erwerbstätigen gesunken	43
Beschäftigungseinbruch vor allem im Produzierenden Gewerbe	44
<b>2. Alte Länder</b>	
Rückgang der Beschäftigung	44
Unterschiedliche Entwicklungen nach Branchen, Regionen und Personengruppen	45
Arbeitszeit wegen mehr Teilzeitarbeit und konjunkturbedingt erneut kürzer	46
Arbeitsvolumen zuletzt spürbar gesunken	46
Nicht realisierte Kräftenachfrage weiter rückläufig	47
<b>3. Neue Länder</b>	
Erwerbstätigkeit erneut deutlich zurückgegangen	47
Anhaltender Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe	48
Arbeitszeit erneut wesentlich kürzer	49
Arbeitsvolumen kleiner – Stundenproduktivität gestiegen	49
In Teilbereichen nicht realisierte Kräftenachfrage	49

## II.C Arbeitslosigkeit

### 1. Deutschland

Arbeitslosigkeit spürbar gestiegen	57
Große Bewegungen in und aus der Arbeitslosigkeit	58

### 2. Alte Länder

Arbeitslosigkeit deutlich erhöht	58
Unterdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit von Frauen, deutliche Abnahme bei Schwerbehinderten	60
Große Unterschiede in den Regionen	63
Weiterhin mehr Zugänge aus Erwerbstätigkeit	63
Abgang aus Arbeitslosigkeit deutlich größer	64
Quote der Leistungsempfänger am Zugang rückläufig, am Bestand merklich größer	65
Dauer des Leistungsbezugs nimmt zu	66
Durchschnittliche Leistungen leicht gestiegen	66

### 3. Neue Länder

Arbeitslosigkeit etwas höher	67
Arbeitslosigkeit Älterer nimmt leicht ab – Langzeitarbeitslosigkeit steigt deutlich	67
Divergente Entwicklungen nach Regionen	69
Wiederum weniger Arbeitslosmeldungen von zuvor Erwerbstätigen	69
Beendigungen von Arbeitslosigkeit insgesamt kaum verändert	70
Divergente Entwicklung der Leistungsempfängerquoten	71
Erheblich längere Bezugszeiten bei der Arbeitslosenhilfe	71
Höhere Durchschnittsbeträge bei der Arbeitslosenhilfe	71

## II.D Ausgleichsprozesse

### 1. Deutschland

Vermittlungsoffensive verbessert Prozessqualität	85
Personelle Verstärkung und Unterstützung durch Dritte	86
Profiling und Eingliederungsvereinbarung	88
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	88
Abgang in Beschäftigung	88
Abmelden in Nichterwerbstätigkeit	89
Vermittlungsoffensive und finanzielle Ersparnisse	89
Fazit	90
Arbeitsmarkt in Bewegung	90
Einschaltungsgrad deutlich kleiner	93
Illegale Beschäftigung und Leistungsmissbrauch weit verbreitet	93

### 2. Alte Länder

Starke Fluktuation	95
Stellenangebote eingebrochen	95
Mehr Arbeitslosigkeitsfälle, Wiederbeschäftigungsquote gesunken	95
Laufzeit von Stellenangeboten spürbar verlängert	98
Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung zuletzt abnehmend	99
Wiederum etwas mehr Sperrzeiten	100
Weniger aufgedeckte Fälle von Leistungsmissbrauch – etwas mehr Straftaten	101
Illegale Beschäftigung und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz	101

Illegale Ausländerbeschäftigung – deutlich mehr Straftaten	102
Mehr unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung	102
Deutlich mehr Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgedeckt	102

### 3. Neue Länder

Weniger Einstellungen, weiterhin viele Entlassungen	103
Stellenangebote stark rückläufig	104
Etwas mehr Arbeitslosmeldungen, leicht gesunkene Wiederbeschäftigungsquote	104
Laufzeit von Stellenangeboten erheblich gestiegen	105
Kaum weniger Sperrzeiten	105
Deutlich mehr Strafanzeigen wegen Leistungsmissbrauchs	106
Kaum Veränderungen bei illegaler Ausländerbeschäftigung	106
Kaum illegale Arbeitnehmerüberlassung entdeckt	106
Arbeitnehmer-Entsendegesetz: Mehr Ordnungswidrigkeiten festgestellt	106

## II.E Arbeitsmarktpolitik

### 1. Deutschland

Aufs ganze Jahr gesehen mehr Arbeitsmarktpolitik	115
--	-----

### 2. Alte Länder

Weiterhin mehr berufsvorbereitende Maßnahmen und Berufsausbildung Benachteiligter	118
Berufliche Weiterbildung im Jahresverlauf zunehmend	119
Jahresdurchschnittlich erneut wesentlich weniger Teilnehmer in BSM	119
Förderung regulärer Beschäftigung deutlich verstärkt	120
Freie Förderung zuletzt weniger stark genutzt	121
Beteiligung von Frauen an Arbeitsmarktpolitik nur zum Teil ausreichend	121
Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft anhaltend gering	122
Weit mehr Altersteilzeitarbeit – wesentlich mehr Vorruhestand	122
Deutlich mehr Ausgaben für Entgeltersatzleistungen – etwas weniger für aktive Arbeitsmarktpolitik	123
Eingliederungsbilanz belegt Integrationseffekte aktiver Arbeitsförderung	123

### 3. Neue Länder

Brücken zu neuer Beschäftigung und Entlastung des Arbeitsmarktes	124
Ausbildungsstellenmarkt noch stärker gestützt	125
Weniger berufliche Weiterbildung und Sprachkurse	125
BSM des zweiten Arbeitsmarktes weiter stark rückläufig	127
Förderung regulärer Beschäftigung insgesamt wieder zunehmend	127
Freie Förderung ging zurück	128
Beteiligung von Frauen an Arbeitsmarktpolitik entspricht weitgehend gesetzlicher Vorgabe	128
Förderung der ganzjährigen Beschäftigung am Bau deutlich weniger genutzt	129
Vorruhestandsregelungen auch zuletzt mit größerem Gewicht	129
Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik zuletzt leicht gestiegen	129
Eingliederungsbilanz macht aktive Arbeitsförderung transparenter	130

### III. Schwerpunkt: Der Arbeitsmarkt nach Berufen und Qualifikationen

#### 1. Deutschland

Wirtschaftszweige	141
Beschäftigung insgesamt rückläufig, aber deutliche Unterschiede	141
Regionen	142
Anhaltend große regionale Diskrepanzen	142

#### 2. Alte Länder

Wirtschaftszweige	143
Deutliche Abnahmen im Verarbeitenden Gewerbe – nur noch leichter Zuwachs bei den Dienstleistungen	143
Vor allem aus Dienstleistungen stärkerer Zugang in Arbeitslosigkeit	144
Stärkere Inanspruchnahme von Kurzarbeit in fast allen Wirtschaftszweigen	144
Stellenangebot vor allem aus dem Produzierenden Gewerbe kleiner	145
Regionen	
Weiterhin unterschiedliche Arbeitsmarktlagen und -entwicklungen	145
Vor allem in südlichen Ländern kaum Abnahmen der Beschäftigung	146
Bei niedrigem Niveau starke Anstiege der Arbeitslosigkeit in Bayern und Baden-Württemberg	147
Stellenangebot hat in allen Regionen abgenommen	148
Besonders starker Einsatz von Arbeitsmarktpolitik in Problemregionen	148

#### 3. Neue Länder

Wirtschaftszweige	149
Starke Beschäftigungsverluste im Baugewerbe und in der öffentlichen Verwaltung	149
Weniger Arbeitslosenmeldungen aus der öffentlichen Verwaltung – mehr aus dem Kredit- und Versicherungsgewerbe	150
Deutliche Zunahme der Kurzarbeit in fast allen Branchen	150
Relativ viele Stellenangebote im Dienstleistungssektor	150
Regionen	151
Relativ geringe Unterschiede zwischen den Ländern	151
Deutliche Abnahme der Beschäftigung in allen Ländern	151
Arbeitslosigkeit vergleichsweise wenig gestiegen, in Sachsen-Anhalt leichte Abnahme	152
Beträchtliche Zunahmen des Stellenbestandes in Berlin und Brandenburg	152
Arbeitsmarktpolitik mindert regionale Disparitäten	153

## Verzeichnis der Kästen

	Seite
<b>I.:</b>	
1 Stille Reserve	21
2 Darstellungsweisen der Entwicklung des Arbeitsmarktes	24
<b>II.C:</b>	
1 Arbeitslose – wesentliche Merkmale	57
2 Arbeitslosenquoten	59
3 Erwerbslose und Erwerbslosenquoten	60
4 Dauer der Arbeitslosigkeit	61
5 Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	62
6 Berechnung der Leistungsempfängerquoten	65
7 Zur Dauer des Leistungsbezugs	66
8 Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen	66
<b>II.D</b>	
1 Stärkung der Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit	87
2 Erste Ergebnisse der Vermittlungsoffensive des Jahres 2002	90
3 Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen	92
4 Zur Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit	92
5 Der „Virtuelle Arbeitsmarkt“	93
6 Die Beteiligung beauftragter „Dritter“ an der Vermittlung von Arbeitslosenhilfebeziehern	94
7 Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch	94
8 Messziffern der Arbeitsvermittlung	96
9 Greencards für ausländische IT-Fachkräfte	99
10 Sperrzeiten	100
<b>II.E:</b>	
1 Aktive Arbeitsmarktpolitik	116
2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Wesentliche Änderungen für 2002 – insbesondere auf Grund des Job-AQTIV-Gesetzes	117
3 Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	119
4 Frauenförderung	121



## Verzeichnis der Abbildungen

	Seite
<b>I.A.</b>	
1 Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräftenachfrage	22
2 Erwerbspersonen, Arbeitslose und Erwerbstätige sowie Kurzarbeiter; BGW	25
3 Erwerbspersonen, Arbeitslose und Erwerbstätige sowie Kurzarbeiter; BGO	26
4 Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik in Deutschland	27
5 Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik; BGW	28
6 Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik; BGO	29
7 Entwicklung des Arbeitsmarktes seit der Wiedervereinigung; BGW, BGO	30
<b>II.C.</b>	
1 Komponenten der Unterbeschäftigung; BGO	68
<b>II.D.</b>	
1 Die Rolle der Arbeitsämter im Ausgleichsprozess; Deutschland	86
2 Die Rolle der Arbeitsämter im Ausgleichsprozess; BGW	97
3 Die Rolle der Arbeitsämter im Ausgleichsprozess; BGO	103
<b>II.E.</b>	
1 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen; BGO	126
2 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente – Frauenanteile; BGW, BGO	127

## Verzeichnis der Tabellen

	Seite
<b>Kurzfassung:</b>	
1 Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2000 bis 2002; Deutschland	14
2 Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2000 bis 2002; Bundesgebiet West	16
3 Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2000 bis 2002; Bundesgebiet Ost	17
<b>I.A.</b> 1 Gesamtdeutscher Arbeitsmarkt	31
2 Entwicklungen am deutschen Arbeitsmarkt	32
3 Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes seit der Wiedervereinigung	33
<b>II.A.</b> 1 Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbspersonen und Arbeitslosenquoten	39
2 Erwerbsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	40
3 Erwerbsquoten nach Geschlecht	41
4 Erwerbsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht	42
<b>II.B.</b> 1 Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	51
2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Ländern der EU	52
3 Beschäftigungsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht	53
4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Personengruppen	54
5 Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Personengruppen	55
<b>II.C.</b> 1 Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen	72
2 Arbeitslosenquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	73
3 Zugang an Arbeitslosen nach ihrem erwerbswirtschaftlichen Status vor der Arbeitslosmeldung und Abgang an Arbeitslosen	74
4 Zugang an Arbeitslosen nach Herkunftsstruktur und ausgewählten Personenkreisen 2002	75
5 Abgang von Arbeitslosen nach Abgangsgründen und ausgewählten Personenkreisen 2002	76
6 Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung	
a Deutschland	77
b Bundesgebiet West	78
c Bundesgebiet Ost	79
7 Kurzarbeiter	80
8 Anteil der Leistungsempfänger am Zugang in Arbeitslosigkeit	81
9 Anteil der Leistungsempfänger am Bestand der Arbeitslosen	82
10 Durchschnittliche Dauer des Bezugs von Lohnersatzleistungen	83
11 Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	84
<b>II.D.</b> 1 Einschaltungsgrad der Arbeitsämter	108
3 Einmündung von Arbeitslosen in Arbeit	109
4 Stellenabgang nach Strukturmerkmalen	
a Deutschland	110
b Bundesgebiet West	111
c Bundesgebiet Ost	112
5 Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung in Deutschland	113
6 Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung; neu begründete und beendete Arbeitsverhältnisse in Deutschland	113
7 Sperrzeiten	114
<b>II.E.</b> 1 Förderung durch ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 1994–2002	
a Deutschland	131
b Bundesgebiet West	132
c Bundesgebiet Ost	133

	Seite	
2	Einsatz wichtiger arbeitsmarktpolitischer Instrumente 2001 und 2002	
	a Deutschland	134
	b Bundesgebiet West	135
	c Bundesgebiet Ost	136
3	Berufliche Weiterbildung	137
4	Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Strukturen	138
5	Arbeitnehmer in traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen nach Strukturen	139
6	Ausgaben der Bundesanstalt und des Bundes für Arbeitsmarktpolitik	140
<b>III.</b>		
1	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	154
2	Anteil der Wirtschaftszweige an allen Beschäftigten in der EU 2001	155
3	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 93)	
	a Deutschland	156
	b Bundesgebiet West	157
	c Bundesgebiet Ost	158
4	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe nach Wirtschaftsgruppen/-klassen (WZ 93)	
	a Deutschland	159
	b Bundesgebiet West	160
	c Bundesgebiet Ost	161
5	Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 93)	
	a Deutschland	162
	b Bundesgebiet West	163
	c Bundesgebiet Ost	164
6	Zugang an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen (WZ 93)	165
7	Bestand an Kurzarbeitern nach Wirtschaftszweigen (WZ 93)	166
8	Zugang an offenen Stellen nach Wirtschaftszweigen (WZ 93)	
	a Deutschland	167
	b Bundesgebiet West	168
	c Bundesgebiet Ost	169
9	Erwerbstätige am Arbeitsort nach Ländern (Inlandskonzept)	170
10	Beschäftigte und Arbeitslose nach Ländern	171
11a	Struktur der Beschäftigung nach Ländern und Wirtschaftszweigen	172
11b	Struktur der Beschäftigung nach Ländern und Wirtschaftszweigen	173
12	Arbeitslosenquoten nach Ländern sowie die jeweils kleinste und größte Quote eines Arbeitsamtsbezirks	174
13	Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach Ländern	175
14	Stellenangebot nach Ländern	176
15	Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente nach Ländern	177
16	Kurzarbeiter nach Ländern	178
<b>IV. Anhang (Tabellen)</b>		
<b>IV.A. Wirtschaftszweige (siehe III.1–8)</b>		
<b>IV.B. Regionen (siehe III.9–15)</b>		
<b>IV.C. Berufe/Qualifikationen</b>		
1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen	
	a Deutschland	180
	b Bundesgebiet West	181
	c Bundesgebiet Ost	182
2	Arbeitslosenquoten nach Berufen (jeweils Ende September)	183
3	Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen	
	a Deutschland	184
	b Bundesgebiet West	185
	c Bundesgebiet Ost	186

	Seite
4 Arbeitslose nach beruflicher Qualifikation	187
5 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach beruflicher Qualifikation	188

#### IV.D. Frauen/Männer

1 Beschäftigungsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	189
2 Arbeitszeit in den Ländern der EU nach Geschlecht	190
3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen nach Wirtschaftszweigen	191
4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Männer und Frauen; Vollzeit und Teilzeit	192
5 Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Geschlecht	193
6 Dauer der Arbeitslosigkeit und Wiederbeschäftigungsquote nach Geschlecht	194
7 Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteile	
a Deutschland	195
b Bundesgebiet West	196
c Bundesgebiet Ost	197
8 Teilzeitquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	198
9 Teilzeitquoten nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht	199
10 Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte und Teilzeitarbeitslose nach Geschlecht	200

#### IV.E. Problemgruppen

1 Erwerbslosenquoten und Anteil Langzeiterwerbsloser an allen Erwerbslosen in Ländern der EU 2001	201
2 Jüngere in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	202
3 Ältere Arbeitslose nach Strukturmerkmalen	
a Deutschland	203
b Bundesgebiet West	204
c Bundesgebiet Ost	205
4 Ältere in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	206
5 Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen nach Strukturmerkmalen	
a Deutschland	207
b Bundesgebiet West	208
c Bundesgebiet Ost	209
6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter	210
7 Schwerbehinderte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	211
8 Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung nach Strukturmerkmalen	
a Deutschland	212
b Bundesgebiet West	213
c Bundesgebiet Ost	214
9 Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen	
a Deutschland	215
b Bundesgebiet West	216
c Bundesgebiet Ost	217
10 Langzeitarbeitslosigkeit nach Personengruppen; Ende September 2002	218
11 Langzeitarbeitslose in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	219
12 Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen jeweils Ende September	
a Deutschland	220
b Bundesgebiet West	221
c Bundesgebiet Ost	222
13 Ausländerbeschäftigung und Ausländerarbeitslosigkeit	223
14 Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitnehmer	224

## Allgemeine statistische Hinweise

Gesetzliche Änderungen, neue Erkenntnisse über Konsistenz und Zuverlässigkeit von Statistiken sowie ständig erweiterte Informationsbedürfnisse erfordern die Fortentwicklung oder Revision von Statistiken. Einerseits wird dadurch die Genauigkeit der Zahlenwerke verbessert, andererseits ist durch die Umstellungen die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren teilweise eingeschränkt. Für den vorliegenden Bericht ist insbesondere folgendes zu beachten:

1. Die auf dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung basierende **Beschäftigtenstatistik** wurde beginnend mit dem zweiten Quartal 1999 auf ein neues IT-Verfahren umgestellt. **Eine direkte Vergleichbarkeit mit Ergebnissen aus dem Altverfahren ist nur eingeschränkt möglich.** Insbesondere bei den Strukturen für Arbeiter/Angestellte, Auszubildende und Ausländer ist dies – auf Grund geänderter Abgrenzungen im Neuverfahren – zu beachten. Seit Juni 1999 sind die veröffentlichten Daten für alle Stichtage als **vorläufige Ergebnisse** anzusehen. Ergibt sich innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nach dem jeweiligen Stichtag kein entscheidender Berichtigungsbedarf, erhalten diese automatisch den Status eines endgültigen Ergebnisses. Bei sämtlichen Angaben zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung handelt es sich im vorliegenden Bericht stets um die Zahl der **voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**, d.h. geringfügig entlohnte Beschäftigte sind darin nicht enthalten.

Die **Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquoten** werden einmal jährlich aktualisiert. Dies geschieht üblicherweise ab Berichtsmonat April; Rückrechnungen ab Jahresbeginn werden nicht vorgenommen. Seit dem Jahr 2000 wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit gewonnen. Dies führt rein rechnerisch zu verringerten Arbeitslosenquoten; damit ist die Vergleichbarkeit mit den Jahren zuvor eingeschränkt. Die Vergleichbarkeit der Arbeitslosenquoten für verschiedene Personengruppen ist darüber hinaus durch Unterschiede in der Ermittlung der Bezugsbasis beeinträchtigt.

2. Seit Jahresbeginn 2000 wird ein überarbeitetes Tabellenprogramm der **Statistiken des Bereiches Arbeitsvermittlung** angewandt. Alle Tabellen wurden nachträglich ab Berichtsmonat Januar 1999 erstellt, um eine Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zu gewährleisten. Diese nachträglich errechneten Ergebnisse werden aber nur für Vergleiche von Strukturen bzw. Teilaggregaten herangezogen, die frühere Statistiken nicht liefern können. Als offizielle Monats- und Jahreszahlen für 1999 werden weiterhin die bereits veröffentlichten Werte aus den bisherigen (Alt-)Statistiken verwendet. Dies führt dazu, dass Vorjahreswerte oder -veränderungen in einigen Auswertungen voneinander abweichen. Nachfolgend die wichtigsten Änderungen:

- Das neue Tabellenprogramm der Statistiken des Bereichs Arbeitsvermittlung ermöglicht eine klare Trennung nach den Erhebungstatbeständen „Bewerberangebote“ und „gemeldete Stellen“ sowie nach Bestands- und Bewegungsdaten. Durch die Umstellung der Statistiken müssen jedoch z.T. Kombinations- bzw. Mischtabellen entfallen.

- In verschiedenen Bereichen ist es nunmehr möglich, anstelle der bisherigen jährlichen Momentaufnahmen (Juni- bzw. September-Erhebung) **Strukturen in Form von Jahresdurchschnitten bzw. Jahressummen** auszuwerten. Im vorliegenden Bericht bleiben hiervon allerdings die Tabellen zu Problemgruppen des Arbeitsmarktes weitestgehend ausgenommen.

- Die **Dauer der Arbeitslosigkeit** wird seit 2000 statistisch aus der Erhebung zum Abgang aus Arbeitslosigkeit ermittelt. In den Jahren davor wurde die Dauer entweder aus Daten der Juni-Erhebung (mit evtl. saisonalen Verzerrungen) ermittelt oder mit Hilfe der sog. Umschlagsformel näherungsweise errechnet. Deshalb sind Vergleiche mit den Jahren vor 1999 stark beeinträchtigt (vgl. Kapitel II.C, Kasten „Dauer der Arbeitslosigkeit“).

3. Eine Überprüfung durch den Bundesrechnungshof im Herbst 2001 in fünf Arbeitsämtern hat die **Zuverlässigkeit der Vermittlungszahlen** in Frage gestellt. Die Ursachen wurden analysiert und Maßnahmen zur Erhöhung der Richtigkeit umgesetzt. Das führte u.a. zu einem Einbruch bei den Vermittlungszahlen. Deshalb wird auch im vorliegenden Bericht auf die Verwendung entsprechender Angaben sowie davon abgeleiteter Messziffern verzichtet (vgl. Kapitel II.D, Kasten „Zur Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit“). Die Korrektur fehlerhafter Vermittlungsstatistiken hatte darüber hinaus den Fortfall zahlreicher – insbesondere kurzlaufender – Stellenangebote zur Folge. Aus diesem Grund dürfen die Abnahmen von Stellenzugängen und Laufzeiten von Stellenangeboten nicht überinterpretiert werden.
4. Änderungen des SGB III und des SGB IX, aber auch die Weiterentwicklung der Fachaufgaben haben die Einführung einer neuen Statistik über die **„Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben“** mit Beginn des Jahres 2002 erforderlich gemacht. Wegen der damit verbundenen Änderungen sind keine Vorjahresvergleiche möglich (vgl. Kapitel II.E, Kasten „Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben“).

Generell gilt für den vorliegenden Bericht:

1. Die Gebietsstände „Alte Länder“ bzw. „Neue Länder“ beziehen sich auf die bis Ende 2002 in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit übliche Abgrenzung, d.h.

**Alte Länder = ehemaliges Bundesgebiet und Berlin-West;  
Neue Länder = neue Länder und Berlin-Ost.**

2. Bei den Zahlen zu Beständen handelt es sich grundsätzlich um **Jahresdurchschnittswerte**. Angaben zu Bewegungsgrößen werden dagegen i.d.R. als **Jahressummen** ausgewiesen.
3. Die Angaben von Eurostat beruhen auf den Ergebnissen der gemeinschaftlichen Arbeitskräfteerhebung der Länder der Europäischen Gemeinschaft (EU-AKE), die in Deutschland in den nationalen Mikrozensus integriert ist. Abweichungen zu nationalen Statistiken ergeben sich aus unterschiedlichen Definitionen und Erhebungsmethoden (vgl. auch Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“ in Kapitel II.C).

# Kurzfassung

## I. Überblick: Der Arbeitsmarkt im Jahr 2002

Nach dem weltweiten Abschwung des Jahres 2001 blieb die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands 2002 ausgesprochen verhalten. Bei anhaltenden strukturellen Problemen war das Wirtschaftswachstum mit ca. +0,2% zu schwach, um positive Impulse für Beschäftigung und Arbeitslosigkeit setzen zu können.

So ist die **Erwerbstätigkeit** weiter gesunken. Die Beschäftigung lag im Jahresdurchschnitt 2002 mit 38,69 Mio um rd. 230.000 unter dem Vorjahresstand. Vom Frühjahr 1997 bis Ende 2000 hatte es noch einen Beschäftigungsaufbau von (saisonbereinigt) knapp 1,8 Mio gegeben; allerdings befanden sich darunter viele geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Kapitel II.B).

Das gesamtwirtschaftliche **Angebot an Arbeitskräften** in Deutschland ist nur noch leicht gewachsen. Zwar sind wie bisher mehr alte Menschen aus dem Erwerbsleben geschieden als junge eingetreten, aber diese demografische Komponente wurde durch eine größere Erwerbsneigung (besonders von verheirateten Frauen) sowie einem positiven Wanderungs- und Pendlereffekt überkompensiert. Ausschlaggebend dafür waren die Tendenzen in den alten Ländern; bei Wanderungen und Pendlerbewegungen war die Entwicklung im Osten anhaltend gegenläufig. Insgesamt hat im Jahr 2002 das Erwerbspersonenpotenzial – nach erster Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – jahresdurchschnittlich nur noch um gut 100.000 auf 45,26 Mio zugenommen (vgl. Kapitel II.A).

Infolge sinkender Kräfte nachfrage und steigenden Arbeitsangebots hat die **Zahl der Arbeitslosen** weiter zugenommen. Jahresdurchschnittlich waren 2002 rd. 4,06 Mio Personen arbeitslos, dies sind 208.700 mehr als im Vorjahr. Von Ende 1997 bis Anfang 2001 war die Zahl der Arbeitslosen (saisonbereinigt) um gut 0,7 Mio gesunken (vgl. Kapitel II.C).

Die **Arbeitslosenquote**, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug 2002 bundesweit jahresdurchschnittlich 9,8%; auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen errechnet sich eine Quote von 10,8% (Vorjahr: 9,4% bzw. 10,3%).

Auch im Jahr 2002 haben sich die gravierenden **West-Ost-Diskrepanzen am Arbeitsmarkt** kaum verringert.

– Im Jahresdurchschnitt 2002 waren in den neuen Ländern, nach erster Schätzung des IAB, nur noch 15,9% der **Erwerbstätigen** in Deutschland beschäftigt, im Vergleich zu 16,1% im Vorjahr (Inlandskonzept). Vor allem ihr Anteil an der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung war mit 16,9% (Juni 2002) erneut kleiner als ein Jahr zuvor (17,3%).

– Vom **Bestand an Arbeitslosen** waren 35% in den neuen Ländern registriert, im Vergleich zu 36% im Jahr 2001. Diese Abnahme spiegelt wider, dass die Arbeitslosigkeit im Osten weniger gestiegen ist als im Westen. Dies beruht auch auf der Entlastung beim Kräfteangebot in den neuen Ländern durch anhaltende Ost-West-Wanderungen und zunehmende -Pendlersalden, die Reflex der im Osten besonders schlechten Beschäftigungsentwicklung sind.

– Neben der Arbeitslosigkeit ist die **Stille Reserve** eine weitere Form der Unterbeschäftigung. Nach Schätzungen des IAB entfiel mit 25% ein unverändert großer Teil auf die neuen Länder.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat 2002 bundesweit 56,5 Mrd € ausgegeben, das sind 3,9 Mrd € mehr als 2001. Diese Zunahme erfolgte – vor allem wegen höherer Aufwendungen für Arbeitslosengeld – allein im Westen, sodass der Anteil der neuen Länder an den Gesamtausgaben wiederum deutlich gesunken ist, und zwar um 4 Prozentpunkte auf 33%. Dagegen stammten von den 47,4 Mrd € Beitragseinnahmen (+0,1 Mrd €) nur 13,0% aus dem neuen Teil des Bundesgebietes (Vorjahr: 13,2%). Damit ist dieser Anteil im siebten Jahr in Folge gesunken.

## II.A Kräfteangebot

Im Jahr 2002 hat sich in Deutschland das Angebot von Arbeitskräften weiter erhöht. Das IAB schätzt das **Erwerbspersonenpotenzial** im Jahresdurchschnitt 2002 vorläufig auf 45,26 Mio, dies sind rd. 105.000 mehr als 2001. Dabei wird die Entwicklung – insgesamt und in einzelnen Komponenten – nach wie vor vom Westen dominiert.

So ist das Angebot von Arbeitskräften in den **alten Ländern** auch im Jahr 2002 spürbar gewachsen, wenngleich nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor. Nach erster Einschätzung des IAB belief sich das Erwerbspersonenpotenzial im Jahresdurchschnitt 2002 auf 37,05 Mio, dies sind rd. 150.000 mehr als 2001.

– Maßgebend dafür war auch zuletzt die Zunahme der **Erwerbsneigung** (Verhaltenskomponente). Dadurch hat sich das Arbeitsangebot 2002/01 jahresdurchschnittlich um ca. 175.000 Personen erhöht, gleichwohl ist dies deutlich schwächer als in den Vorjahren.

– Diesem Wachstum stand aber weiterhin eine negative **demografische Komponente** gegenüber. Auf Grund der langfristigen Tendenz, dass mehr ältere Menschen ihr Erwerbsleben beenden als junge beginnen, hat sich das Erwerbspersonenpotenzial in den alten Ländern von 2001

auf 2002 jahresdurchschnittlich um ca. 160.000 verringert, d.h. ähnlich wie in den Vorjahren.

- **Wanderungseffekte** haben auch 2002 das Kräfteangebot stark steigen lassen, nämlich um jahresdurchschnittlich ca. 125.000.
- Für das im Inland bzw. am Arbeitsort wirksame Kräfteangebot sind darüber hinaus die **Pendler** in Rechnung zu stellen. Im Jahr 2002 hat sich der Pendlersaldo (Einpendler minus Auspendler) erneut erhöht, und zwar jahresdurchschnittlich um ca. 30.000 auf rd. +570.000.

Das Angebot an Arbeitskräften in den **neuen Ländern** hat sich 2002 weiter verringert, wenngleich weniger als in den Jahren zuvor. Nach ersten Schätzungen des IAB hat das Erwerbspersonenpotenzial von 2001 auf 2002 jahresdurchschnittlich um rd. 40.000 auf 8,21 Mio abgenommen. Dabei waren – ähnlich wie in den ersten Jahren nach der Wende, wenngleich quantitativ wesentlich begrenzter – vor allem Abwanderungen und ein zunehmender Bestand von Auspendlern von Einfluss. Im Einzelnen:

- Auch im Jahr 2002 hat sich die **Erwerbsbeteiligung** praktisch nicht verändert; bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre hatte sie noch stark abgenommen.
- Auch die **demografische Entwicklung** hat das Kräfteangebot nicht mehr sinken lassen.
- Infolge von **Wanderungen** hat sich das Erwerbspersonenpotenzial weiter verringert, und zwar mit zunehmender Tendenz (ca. –40.000). Wie bisher geht dies zum größten Teil auf einen wachsenden innerdeutschen Wanderungssaldo zurück.
- Daneben hat auch im Jahr 2002 die Vergrößerung des innerdeutschen **Pendlersaldos** (Einpendler minus Auspendler) zur Verringerung des Kräfteangebotes beigetragen (ca. –30.000 auf rd. –510.000).

## II.B Kräftenachfrage

Nach dem weltweiten Abschwung des Jahres 2001 war die konjunkturelle Entwicklung 2002 sehr verhalten. Das **Bruttoinlandsprodukt** nahm in **Deutschland** nur noch um 0,2% zu, im Vergleich zu +0,6% und +2,9% in den beiden Jahren zuvor. Das Wirtschaftswachstum blieb damit unterhalb der aktuellen Beschäftigungsschwelle, die zwischen 1,5% und 2,0% liegen dürfte. Infolgedessen hat sich die **Zahl der Erwerbstätigen** – nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes – jahresdurchschnittlich um 229.000 oder 0,6% auf 38,69 Mio verringert (Inlandskonzept). Im Jahresverlauf war der Rückgang noch ausgeprägter (–396.000 oder –1,0%). In den drei Jahren 1998 bis 2001 hatte die Erwerbstätigkeit jahresdurchschnittlich z.T. deutlich zugenommen, allerdings größtenteils wegen mehr geringfügiger Beschäftigung und zuletzt auch nur noch relativ wenig.

Der Rückgang der Beschäftigung beschränkt sich allein auf **Arbeitnehmer**. Deren Zahl hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2002/01 jahresdurchschnittlich um 246.000

### Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2000 bis 2002; Deutschland

Merkmal	2000	2001	2002
	1	2	3
<b>Beschäftigung</b>			
Erwerbstätige im Inland <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	38752000	38917000	38688000
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (jeweils 30.6.)	27825624	37817114	27571147
dar.: Frauen	12281713	12372527	12391665
Ausländer	1963620	2008062	1959953
<b>Arbeitslosigkeit</b>			
Zugang in Arbeitslosigkeit <sup>3)</sup>	6935130	7034685	7412241
Abgang aus Arbeitslosigkeit <sup>3)</sup>	7191726	6857252	7201727
Bestand an Arbeitslosen <sup>1)</sup>	3888652	3851636	4060317
Arbeitslosenquoten bezogen auf alle ziv. Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	9,6	9,4	9,8
abh. ziv. Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	10,7	10,3	10,8
dar.: Männer	2052846	2063368	2239405
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	9,2	9,2	9,9
Frauen	1835806	1788269	1820912
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	10,0	9,5	9,5
Spätaussiedler	77377	64770	59367
Ausländer	470994	464739	505443
Jugendliche unter 25 Jahren	428298	443888	497367
Schwerbehinderte	184089	171325	156883
<b>Leistungsbezieher <sup>1)</sup></b>			
Arbeitslosengeld	1694576	1724543	1898585
Arbeitslosenhilfe	1456663	1477471	1692215
Eingliederungsgeld, -hilfe	23158	21099	18165
<b>Stellenangebote</b>			
Zugang an Stellen <sup>3)</sup>	4103411	3730179	2772922
Bestand an Stellen <sup>1)</sup>	513963	506141	451217
<b>Zugänge an</b>			
ABM und trad. SAM	314291	246084	217704
direkten Hilfen zur Förderung regul. Beschäftigung <sup>6)</sup>	352476	322923	366892
<b>Arbeitsmarktpol. Instrumente<sup>1)</sup></b>			
Kurzarbeiter	86052	122942	206767
Berufliche Weiterbildung	351960	344816	331586
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	260766	219859	179152
Beschäftigte in Maßn. zur Förderung reg. Beschäftigung <sup>6)</sup>	227814	211111	222349
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	192077	224979	291521

<sup>1)</sup> Bestand im Jahresdurchschnitt.

<sup>2)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt; BGW- und BGO-Werte: Schätzungen des IAB.

<sup>3)</sup> Jahressumme.

<sup>4)</sup> Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mithelfende Familienangehörige.

<sup>5)</sup> Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.

<sup>6)</sup> SAM OfW, EGZ, EZN, Bhi, Übg, EV (bis 2001); ab 2002 einschl. EZ bei Vertretung und Arbeitsentgeltzuschuss.

oder 0,7% auf 34,59 Mio abgenommen. Dagegen ist die Zahl der **Selbstständigen** (einschl. mithelfender Familienangehöriger) um 17.000 oder 0,4% auf 4,10 Mio gestiegen.

Die **durchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen** hat sich weiter verringert, und zwar nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung um 0,5%.

Neben der trendmäßigen Ausweitung von Teilzeitarbeit wirkten sich hier auch konjunkturelle Einflüsse aus; so gab es weniger Überstunden, Arbeitszeitkontensalden wurden abgebaut und Kurzarbeit ausgeweitet. Infolgedessen ist das **Arbeitsvolumen**, also das Produkt aus Zahl der Erwerbstätigen und Arbeitszeit pro Erwerbstätigen, um 1,0% gesunken.

Der Beschäftigungsverlust war in den **neuen Ländern** erneut spürbar stärker als in den alten. Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich dort – nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – jahresdurchschnittlich um 107.000 oder 1,7% auf 6,16 Mio. Im **alten Teil des Bundesgebiets** war dagegen „nur“ ein Rückgang von 122.000 oder 0,4% auf 32,52 Mio zu verzeichnen. Zudem wurde im Osten Vollzeitbeschäftigung in größerem Umfang abgebaut und Teilzeitbeschäftigung, insbesondere geringfügig entlohnte, deutlich stärker ausgeweitet als im Westen. Entsprechend haben sich die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit und das Arbeitsvolumen in den neuen Ländern ebenfalls erheblich stärker verringert (–0,9% bzw. –2,6%; Westen: –0,4% bzw. –0,7%).

## II.C Arbeitslosigkeit

Deutlich rückläufige Kräftenachfrage und wachsendes Arbeitsangebot haben die **Arbeitslosigkeit** in **Deutschland** weiter spürbar steigen lassen. Im **Jahresdurchschnitt 2002** waren 4.060.300 Personen arbeitslos gemeldet, 208.700 oder 5% mehr als im Vorjahr. Dabei hat die konsequente Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes und der Arbeitsvermittlungsoffensive den Anstieg noch gedämpft. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ werden seit Jahresbeginn auch höhere Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt; manche erneuern deshalb ihre Meldung nicht oder ziehen sie zurück.

In den **alten Ländern** hat sich die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2002 deutlich erhöht, in den **neuen** bei hohem Niveau wiederum leicht (+170.900 oder +7% auf 2.648.800 bzw. +37.800 oder +3% auf 1.411.500). Mit dem Anstieg der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl ging im Westen die seit 1998 anhaltende günstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu Ende. Alles in allem setzte sich ein Trend fort, der bereits in den 70er Jahren begonnen hatte. Seitdem baut sich – absolut gesehen – ein Arbeitslosigkeitssockel auf, der mit jedem Konjunkturreinbruch beträchtlich wächst und nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung nicht mehr auf das vorherige Niveau zurückgeht. In den neuen Ländern entspricht die Zunahme der Tendenz der vorangegangenen Jahre. Maßgebend für die nur leichte Erhöhung der Arbeitslosenzahl war die Entlastung durch zunehmende Abwanderung und Pendlerbewegungen.

Die **Arbeitslosenquote** hat sich – entsprechend der Entwicklung der Arbeitslosigkeit – bundesweit erhöht. Berechnet auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug sie 2002 jahresdurchschnittlich 9,8%, nach 9,4% im Jahr zuvor. Dabei war die Quote im Westen mit 7,9% nach wie vor weniger als halb so groß wie im Osten; dort belief sie sich auf 18,0% (Vorjahr: 7,4% zu 17,5%). Bezogen auf die abhängigen zivilen

Erwerbspersonen beziffern sich die Quoten für Deutschland auf 10,8%, für den Westen auf 8,7% und für den Osten auf 19,5%.

Die weiterhin starken **Bewegungen in und aus Arbeitslosigkeit** zeigen, dass es sich beim Arbeitslosenbestand nicht um einen festen Block arbeitsloser Personen handelt. Im Laufe des Jahres 2002 meldeten sich bundesweit 7,41 Mio Personen arbeitslos, 377.600 oder 5% mehr als 2001. Dabei haben sich die Zugänge im Westen wiederum stark erhöht, im Osten nur leicht (+361.300 oder +8% auf 5,15 Mio bzw. +16.200 oder +1% auf 2,26 Mio). Ähnlich verhielt es sich mit den Arbeitslosmeldungen von zuvor Erwerbstätigen (ohne betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung; Deutschland: +6% auf 3,63 Mio; Westen: +10% auf 2,53 Mio; Osten: –2% auf 1,10 Mio); dabei beruht der Anstieg in den alten Ländern vorwiegend auf mehr Meldungen nach regulärer, mehr als kurzfristiger Beschäftigung, während in den neuen vor allem die kleinere Zahl der Zugänge nach Beschäftigungschaffenden Maßnahmen eine Rolle spielte.

Die **Dauer einer im Jahr 2002 abgeschlossenen Arbeitslosigkeitsperiode** belief sich, praktisch unverändert, bundesweit auf durchschnittlich 34,0 Wochen (Vorjahr: 34,1 Wochen). Dabei war sie im Westen mit 32,0 Wochen kürzer als im Vorjahr, im Osten deutlich länger (38,3 Wochen; Vorjahr: 32,7 Wochen bzw. 37,1 Wochen). Im Zusammenhang damit hat sich auch **Langzeitarbeitslosigkeit** ausgesprochen unterschiedlich entwickelt. So erhöhte sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen bundesweit jahresdurchschnittlich um 28.300 oder 2% auf 1.313.100. Dabei konzentrierte sich die Zunahme aber allein auf die neuen Länder (+46.300 oder +10% auf 520.700; alte Länder: –17.900 oder –2% auf 792.400). Weil die Arbeitslosigkeit insgesamt stärker zunahm, verringerte sich der Anteil derjenigen, die schon länger als ein Jahr arbeitslos waren, an allen Arbeitslosen bundesweit auf 32,3%, im Westen noch stärker auf 29,9%; im Osten erhöhte er sich deutlich auf 36,9%.

Im Jahr 2002 wurden in Deutschland 75% der sich arbeitslos Meldenden **Entgeltersatzleistungen** nach dem SGB III bewilligt, im Vergleich zu 78% im Vorjahr. Weiterhin ist die Leistungsempfängerquote beim Zugang in den neuen Ländern mit 84% deutlich größer als in den alten (71%). Im Jahresdurchschnitt bezogen bundesweit 3,18 Mio arbeitslose Personen Arbeitslosengeld oder -hilfe, 11% mehr als 2001 (West: +15% auf 1,98 Mio; Ost: +5% auf 1,20 Mio). Stellt man dem jahresdurchschnittlichen Leistungsempfängervolumen das der Arbeitslosigkeit gegenüber, erhält man die Leistungsempfängerquote für den Bestand. So waren im Berichtsjahr 78% des Volumens der Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosengeld bzw. -hilfe finanziell abgesichert, nach 74% im Vorjahr. Auch diese Quote lag im Osten mit 85% weiterhin spürbar höher als im Westen (75%).

## II.D Ausgleichsprozesse

Ausgehend von Vorschlägen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat die Bundesanstalt



für Arbeit mit Beginn des Jahres 2002 eine **Vermittlungsoffensive** gestartet. Grundgedanke ist, Arbeitsuchende durch Verbesserung des Vermittlungsprozesses und Stärkung der Eigeninitiative schneller in passende Beschäftigung zu bringen („Fördern und Fordern“). Wesentlicher Teil dieser Aktion ist die Bereitstellung zusätzlicher Personalkapazitäten und der Einsatz der neuen Instrumente des Job-AQTIV-Gesetzes (in Kraft ab 1.1.2002), also insbesondere Profiling, Eingliederungsvereinbarungen und der frühzeitige Einsatz von Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung. Darüber hinaus zielen etliche Vorschläge der „Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ bzw. darauf basierende Reformgesetze ebenfalls auf eine Verbesserung der Vermittlung ab.

So richtig diese Maßnahmen zur Hebung der Qualität des Vermittlungsprozesses sind, so wichtig ist die Erkenntnis ihrer quantitativen Grenzen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Die wesentliche Schranke ergibt sich aus der Knappheit an Vakanzen und der begrenzten Möglichkeit, Stellenbesetzungsverfahren zu beschleunigen. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit bedarf es also vor allem besserer gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer unterstützenden Politik aus angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen.

Im Zuge der konjunkturellen Abschwächung sind im Jahr 2002 in Deutschland erneut weniger **voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse** (ohne Ausbildungsverhältnisse und geringfügige Beschäftigungen) begründet worden. Ihre Zahl belief sich auf schätzungsweise 7,4 Mio, das sind ca. 0,55 Mio weniger als 2001. Abnahmen gab es im Westen wie im Osten (ca. -0,51 Mio auf 6,1 Mio bzw. ca. -0,04 Mio auf 1,3 Mio).

Im Zusammenhang damit, aber auch als Folge der Korrektur fehlerhafter Vermittlungsbuchungen, wurden von den Arbeitsämtern beträchtlich weniger **Stellen registriert** als im Vorjahr (-26% auf 2,78 Mio). Die Abnahme betraf den Westen und den Osten gleichermaßen (-25% auf 2,10 Mio bzw. -27% auf 0,67 Mio).

Dem schwächeren Zugang folgend waren auch die **Stellenabgänge** deutlich geringer, und zwar ebenfalls in den alten und neuen Ländern (Deutschland: -25% auf 2,84 Mio; West: -25% auf 2,16 Mio; Ost: -27% auf 0,68 Mio). Entsprechend wurde 2002 ein geringerer **Einschaltungsgrad** ermittelt; er dürfte bundesweit bei ca. 38% gelegen haben. In den alten Ländern könnte er bei rd. 35% gelegen haben, in den neuen bei rd. 52%. Der deutlich höhere Einschaltungsgrad im Osten ergibt sich weiterhin aus der relativ großen Bedeutung von BSM sowie geförderten Stellen am ersten Arbeitsmarkt mit einer Meldequote von 100%.

Infolge der konjunkturellen Abschwächung **gingen** 2002 erneut weniger **Arbeitslose in Beschäftigung** (über sieben Tage Dauer); bundesweit waren es 2,76 Mio (gegenüber Vorjahr: -2%). Dabei war die Abnahme im Osten stärker als im Westen (-5% auf 0,93 Mio bzw. -0,4% auf 1,83 Mio). Darüber hinaus wurden 229.500 nichtarbeitslose Arbeitsuchende in mehr als kurzfristige Beschäftigung abgemeldet (-24%; West: -29% auf 172.500; Ost: +1% auf 57.000).

**Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2000 bis 2002; Bundesgebiet West**

Merkmal	2000	2001	2002
	1	2	3
<b>Beschäftigung</b>			
Erwerbstätige im Inland <sup>1) 2)</sup>	32374000	32645000	32522000
Sozialversicherungspflichtig			
Beschäftigte (jeweils 30.6.)	22847412	23019184	22914969
dar.: Frauen	9883650	10029247	10093089
Ausländer	1923324	1961004	1915982
<b>Arbeitslosigkeit</b>			
Zugang in Arbeitslosigkeit <sup>3)</sup>	4649614	4790721	5152070
Abgang aus Arbeitslosigkeit <sup>3)</sup>	4881633	4611587	4946895
Bestand an Arbeitslosen <sup>1)</sup>	2529374	2477955	2648837
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle ziv. Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	7,8	7,4	7,9
abh. ziv. Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	8,7	8,3	8,7
dar.: Männer	1398119	1378804	1512890
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	7,7	7,5	8,2
Frauen	1131256	1099151	1135947
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	7,7	7,3	7,4
Spätaussiedler	59640	48857	45506
Ausländer	436788	428610	459918
Jugendliche			
unter 25 Jahren	272642	284528	324438
Schwerbehinderte	146433	133756	122723
<b>Leistungsbezieher <sup>1)</sup></b>			
Arbeitslosengeld	1048015	1099080	1296252
Arbeitslosenhilfe	850230	829400	945940
Eingliederungsgeld, -hilfe	18195	16767	14502
<b>Stellenangebote</b>			
Zugang an Stellen <sup>3)</sup>	3119775	2803824	2098082
Bestand an Stellen <sup>1)</sup>	451900	440291	382275
<b>Zugänge an</b>			
ABM und trad. SAM	89341	73356	62883
direkten Hilfen zur Förderung regul. Beschäftigung <sup>6)</sup>	185002	166043	204585
<b>Arbeitsmarktpol. Instrumente<sup>1)</sup></b>			
Kurzarbeiter	61631	96150	165467
Berufliche Weiterbildung	212229	208961	202607
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	68595	60942	49768
Beschäftigte in Maßn. zur Förderung reg. Beschäftigung <sup>6)</sup>	107864	102812	110445
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	109774	139327	190585

<sup>1)</sup> Bestand im Jahresdurchschnitt.  
<sup>2)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt; BGW- und BGO-Werte: Schätzungen des IAB.  
<sup>3)</sup> Jahressumme.  
<sup>4)</sup> Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige.  
<sup>5)</sup> Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.  
<sup>6)</sup> SAM ofW, EGZ, EZN, Bhi, Übg, EV (bis 2001); ab 2002 einschl. EZ bei Vertretung und Arbeitsentgeltzuschuss.

**II.E Arbeitsmarktpolitik**

Auch 2002 haben arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt dazu beigetragen, Strukturdiskrepanzen entgegenzuwirken und damit den Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zu verbessern. Insbesondere haben sie geholfen, Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen in den

<b>Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2000 bis 2002; Bundesgebiet Ost</b>			
Merkmal	2000	2001	2002
	1	2	3
<b>Beschäftigung</b>			
Erwerbstätige im Inland <sup>1) 2)</sup>	6 378 000	6 272 000	6 166 000
Sozialversicherungspflichtig			
Beschäftigte (jeweils 30.6.)	4 978 212	4 797 930	4 656 178
dar.: Frauen	2 398 063	2 348 280	2 298 576
Ausländer	40 296	47 058	43 971
<b>Arbeitslosigkeit</b>			
Zugang in Arbeitslosigkeit <sup>3)</sup>	2 285 516	2 243 964	2 260 171
Abgang aus Arbeitslosigkeit <sup>3)</sup>	2 310 093	2 245 665	2 254 832
Bestand an Arbeitslosen <sup>1)</sup>	1 359 278	1 373 682	1 411 480
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle ziv. Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	17,4	17,5	18,0
abh. ziv. Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	18,8	18,9	19,5
dar.: Männer	6 547 28	6 845 64	7 265 15
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	15,9	16,6	17,6
Frauen	7 045 50	6 891 18	6 849 65
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	18,8	18,6	18,4
Spätaussiedler	17 737	15 912	13 861
Ausländer	34 206	36 129	45 525
Jugendliche			
unter 25 Jahren	155 656	159 360	172 929
Schwerbehinderte	37 655	37 570	34 159
<b>Leistungsbezieher <sup>1)</sup></b>			
Arbeitslosengeld	646 561	625 463	602 333
Arbeitslosenhilfe	606 434	648 071	746 275
Eingliederungsgeld, -hilfe	4 963	4 332	3 663
<b>Stellenangebote</b>			
Zugang an Stellen <sup>3)</sup>	983 636	926 355	674 840
Bestand an Stellen <sup>1)</sup>	62 063	65 850	68 942
<b>Zugänge an</b>			
ABM und trad. SAM	224 950	172 728	154 821
direkten Hilfen zur Förderung			
regul. Beschäftigung <sup>6)</sup>	167 474	156 880	162 307
<b>Arbeitsmarktpol. Instrumente<sup>1)</sup></b>			
Kurzarbeiter	24 421	26 792	41 300
Berufliche Weiterbildung	139 732	135 856	128 979
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	192 171	158 917	129 383
Beschäftigte in Maßn. zur			
Förderung reg. Beschäftigung <sup>6)</sup>	119 950	108 299	111 904
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	82 303	85 652	100 936

<sup>1)</sup> Bestand im Jahresdurchschnitt.

<sup>2)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt; BGW- und BGO-Werte: Schätzungen des IAB.

<sup>3)</sup> Jahressumme.

<sup>4)</sup> Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige.

<sup>5)</sup> Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.

<sup>6)</sup> SAM OfW, EGZ, EZN, Bhi, Übg, EV (bis 2001); ab 2002 einschl. EZ bei Vertretung und Arbeitsentgeltzuschuss.

ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Neben diesen häufig eher mittel- bis langfristigen allokativen Effekten hat Arbeitsmarktpolitik die Arbeitslosigkeit auch kurzfristig entlastet.

Alles in allem haben Bundesanstalt und Bund 2002 rd. 22,40 Mrd € für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung aufgewandt, 84 Mio € mehr als im Vorjahr (alte Länder: +682 Mio € auf 12,88 Mrd €; neue Länder: -598 Mio € auf 9,52 Mrd €).

Dabei wurde – im Zuge der Umorientierung aktiver Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt – vor allem für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen spürbar weniger ausgegeben (-643 Mio € auf 2,33 Mrd €), und zwar im Westen wie im Osten. Alles in allem haben die Arbeitsämter im Jahresdurchschnitt 2002 insgesamt etwas weniger Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert als im Vorjahr.

Weiterhin quantitativ am bedeutsamsten waren folgende Instrumente:

- An einer **beruflichen Weiterbildung** nahmen bundesweit jahresdurchschnittlich 331.600 Personen teil, 4% weniger als im Vorjahr (West: -3% auf 202.600; Ost: -5% auf 129.000). Die Zahl der Eintritte in Maßnahmen war mit 456.300 dagegen geringfügig höher als im Vorjahr (+1%; West: +5% auf 273.200; Ost: -3% auf 183.100).
- Die **direkte Förderung von Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt** gewann 2002 – anders als in den Jahren zuvor – wieder an Gewicht; jahresdurchschnittlich wurden 222.300 Personen (ohne Arbeitnehmerhilfe) gefördert, 5% mehr als im Vorjahr. Dabei war die Zunahme im Westen stärker als im Osten (+7% auf 110.400 bzw. +3% auf 111.900). Zwar wurde der anhaltend starke Rückgang bei Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW) durch die weitere Zunahme von Eingliederungszuschüssen kompensiert, aber das Plus bei der Förderung von Existenzgründungen war im Osten deutlich geringer. Insgesamt wurden mit diesen Hilfen beträchtlich mehr Aufnahmen regulärer Beschäftigung unterstützt als im Vorjahr (+14% auf 366.900). Dabei war der Anstieg im Westen weitaus größer als im Osten (+23% auf 204.600 bzw. +3% auf 162.300).
- **Beschäftigungschaffende Maßnahmen (BSM) des zweiten Arbeitsmarktes** (also ohne SAM OfW) nahmen weiter spürbar ab; mit 179.200 Arbeitnehmern waren 19% weniger als im Vorjahr in solchen Maßnahmen beschäftigt. Dabei war der Rückgang in den alten und neuen Ländern etwa gleich stark (-18% auf 49.800 bzw. -19% auf 129.400). Auch die Eintritte in Maßnahmen waren mit 217.700 wiederum deutlich geringer als im Vorjahr (-12%; West: -14% auf 62.900; Ost: -10% auf 154.800).
- In einer der verschiedenen Maßnahmen des **Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** befanden sich jahresdurchschnittlich 85.900 junge Menschen, 2% mehr als im Vorjahr. Die Zunahmen waren im Westen und im Osten gleich (+2% auf 39.700 bzw. 46.100). Im Laufe des Jahres traten mit 137.600 Jugendlichen 13% weniger in solche Maßnahmen ein; hierbei war das Minus in den alten Ländern deutlich kleiner als in den neuen (-5% auf 84.800 bzw. -25% auf 52.700). Darüber hinaus waren auch erneut mehr Jüngere in einer **Benachteiligtenförderung** oder **berufsvorbereitenden Maßnahme**; mit 238.300 nahm ihre Zahl um 8% zu (West: +6% auf 157.300; Ost: +10% auf 81.100). Insgesamt begannen deutlich mehr Personen solche Maßnahmen (+11% auf 293.800; West: +10% auf 210.400; Ost: +13% auf 83.300).

Die Entlastung durch wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente war 2002 mit jahresdurchschnittlich ca. 0,94 Mio höher als im Vorjahr (ca. +50.000). Dabei stand erneut einer Zunahme im Westen eine leichte Abnahme im Osten gegenüber (ca. +60.000 auf ca. 0,55 Mio bzw. ca. –10.000 auf ca. 0,40 Mio). Darüber hinaus dürfte das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit die Zahl der Arbeitslosen wiederum um mehrere Zehntausend entlastet haben.

### III. Der Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen und Regionen

Die wirtschaftliche Schwäche hat die **Beschäftigungsentwicklung** in fast allen Wirtschaftsbereichen beeinträchtigt. Besonders im **Produzierenden Gewerbe** gab es deutliche Beschäftigungsverluste (einschl. Bau; Erwerbstätige: jahresdurchschnittlich –3,1% bzw. voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Juni 2002/01: –3,3%). Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Baubranche hat sich unvermindert fortgesetzt (voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Juni 2002/01: –7,5%). Nach wie vor beruht dies zu einem großen Teil auf der Beseitigung von Überkapazitäten in den neuen Ländern. Zudem entwickelte sich das Verarbeitende Gewerbe ungünstig (–2,1%), nach spürbaren Beschäftigungsgewinnen in den Jahren zuvor. Dabei waren die Abnahmen im Westen merklich größer als im Osten. Fast alle Sparten verzeichneten Beschäftigungsrückgänge, lediglich im Fahrzeugbau wurden die Personalstände noch erhöht. Beim Bergbau, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie bei der Energie- und Wasserversorgung hat sich der trendmäßige Arbeitsplatzabbau fortgesetzt (–3,3%).

Im **Dienstleistungssektor** ist die Beschäftigung weiter gewachsen, allerdings nur noch wenig (Erwerbstätige: jahresdurchschnittlich +0,4% bzw. voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Juni 2002/01: +0,5%). Die Entwicklung in den einzelnen Branchen war sehr unterschiedlich. So verringerte sich die Beschäftigung bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Juni 2002/01: –1,4%), im Handel (–0,9%) und in der öffentlichen Verwaltung (–0,5%), wo der anhaltende Personalabbau in den neuen Ländern Personalmehrungen in den alten überkompensierte. In den anderen Dienstleistungsbereichen gab es überwiegend Zuwächse, die aber meist nicht mehr so groß waren wie in den letzten Jahren. Besonders stark nahm die Beschäftigung im Gesundheits- und Sozialwesen zu (+2,7%).

In der **Land- und Forstwirtschaft** hat die Erwerbstätigkeit weiter abgenommen (–0,5%), und zwar vor allem die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (–2,1%).

Damit hat sich der **Trend zur Dienstleistungsgesellschaft** auch zuletzt fortgesetzt. Im Vergleich zu 1992 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Sektor um 3,8 Mio oder 16,3% auf 26,95 Mio, der Anteil an allen Erwerbstätigen hat um 8,5 Prozentpunkte auf 69,7% zugenommen. Vor allem die unternehmensnahen Dienstleister haben an Bedeutung gewonnen. Dabei geht ein großer Teil des Anstiegs im Dienstleistungssektor auf mehr Teilzeitbeschäftigung, einschl.

geringfügig entlohnter, zurück. Gleichzeitig hat sich im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau) die Erwerbstätigkeit um 2,6 Mio oder 19,4% auf 10,78 Mio verringert, der Erwerbstätigenanteil nahm um 7,4 Prozentpunkte auf 27,9% ab. Allerdings ist diese Abnahme auch dadurch bedingt, dass viele Arbeitsplätze von Industrieunternehmen in rechtlich selbstständige Dienstleistungsunternehmen ausgegliedert wurden. In der Land- und Forstwirtschaft nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 370.000 oder 27,9% auf 955.000 ab, ihr Anteil an allen Erwerbstätigen sank um 1,0 Prozentpunkte auf 2,5%.

Die **gemeldete, nicht realisierte Kräftenachfrage** hat sich 2002/01 in fast allen Wirtschaftsbereichen verringert. Am stärksten waren die Abnahmen im **Produzierenden Gewerbe** (einschl. Bau; jährlicher Stellenzugang: –38% bzw. jahresdurchschnittlicher Stellenbestand: –21%), und zwar besonders bei der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten sowie im Maschinenbau. Im **Dienstleistungssektor** waren die Rückgänge nicht ganz so ausgeprägt (–24% bzw. –10%). Die stärksten Abnahmen gab es bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Handel und im Gastgewerbe. Allein in der Land- und Forstwirtschaft veränderte sich die Kräftenachfrage gegenüber Vorjahr vergleichsweise wenig (–9% bzw. +1%).

Nach wie vor gibt es zwischen **West und Ost** deutliche Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur. So ist der Anteil der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe an allen Beschäftigten im Osten deutlich kleiner als im Westen (16,9% zu 27,8%). Dagegen ist das Gewicht des Baugewerbes (9,9% zu 6,2%), der Land- und Forstwirtschaft (2,9% zu 0,9%) und der öffentlichen Verwaltung (9,0% zu 5,8%) deutlich größer.

Die **regionalen Diskrepanzen** zwischen den Arbeitsmärkten in Deutschland sind weiterhin beträchtlich, vor allem zwischen West und Ost. So ist die **Arbeitslosenquote** (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) in den neuen Ländern mit jahresdurchschnittlich 18,0% mehr als doppelt so groß wie in den alten (7,9%). Die Quoten der Länder reichen von 5,4% in Baden-Württemberg bis zu 19,6% in Sachsen-Anhalt, die der Arbeitsämter von 3,5% in Freising bis zu 23,1% in Neubrandenburg. Auch innerhalb von West- und Ostdeutschland sind die Divergenzen beachtlich.

Infolge der schwachen Konjunktur und anhaltender struktureller Probleme hat in fast allen Ländern die Erwerbstätigkeit ab- und die Arbeitslosigkeit zugenommen. Allerdings waren die Veränderungen unterschiedlich stark. Erhebliche **Beschäftigungsverluste** gab es in Ostdeutschland, vor allem in Brandenburg und Thüringen (jahresdurchschnittlich jeweils: –2,1%), weniger ausgeprägt in Sachsen (–1,1%). In Westdeutschland verzeichneten Schleswig-Holstein (–0,8%) und Hamburg (–0,7%) die größten Abnahmen. In Niedersachsen (+0,1%), Rheinland-Pfalz (–0,0%), Baden-Württemberg (–0,2%) und Bayern (–0,2%) veränderte sich die Erwerbstätigkeit nur geringfügig.

Trotz der großen Beschäftigungsverluste hat die **Arbeitslosigkeit** in Ostdeutschland vergleichsweise wenig zugenommen. In Sachsen-Anhalt ist die Arbeitslosenzahl sogar etwas gesunken (jahresdurchschnittlich: –2%), in Sachsen, Meck-

lenburg-Vorpommern (jeweils +1%) und Brandenburg (+2%) geringfügig, lediglich in Thüringen (+4%) und Berlin (+6%) spürbar gestiegen. In Westdeutschland gab es dagegen überwiegend deutliche Zunahmen. Besonders groß waren die prozentualen Anstiege bemerkenswerterweise in solchen Ländern, die nur kleine Beschäftigungsabnahmen zu verzeichnen hatten, und zwar vor allem in Bayern und Baden-Württemberg (+16% bzw. +12%).

Die Diskrepanzen zwischen der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind im Wesentlichen auf unterschiedliche **Veränderungen des Arbeitskräfteangebots** zurückzuführen. Nach Berechnungen des IAB hat das Erwerbs-

personenpotenzial in den neuen Ländern ab- und in den alten zugenommen. Maßgeblich dafür waren nicht zuletzt Abwanderungen und im Saldo mehr Pendler von Ost nach West; diese haben das Kräfteangebot vor allem in den wirtschaftlich stärkeren Regionen Bayern und Baden-Württemberg erhöht und so zum dortigen Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. Umgekehrt hat das rückläufige Kräfteangebot in den neuen Ländern die Auswirkungen der Beschäftigungsabnahmen auf die Arbeitslosigkeit gemindert. Darüber hinaus werden die prozentualen Veränderungen durch einen **Basiseffekt** verzerrt: So führt in Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit schon eine geringe Zunahme der absoluten Arbeitslosenzahl zu relativ starken prozentualen Anstiegen.

# I. Überblick

## Der Arbeitsmarkt im Jahr 2002

### Deutliche Verschlechterung

Nach dem weltweiten Abschwung des Jahres 2001 blieb die konjunkturelle

Entwicklung Deutschlands 2002 ausgesprochen verhalten. Maßgebend dafür war zunächst die weiterhin fragile weltwirtschaftliche Lage. Außerdem haben die Gefahr eines Krieges im Irak, der vor allem dadurch steigende Erdölpreis sowie der Einbruch der Aktienkurse die Aussichten für einen Aufschwung global verschlechtert. Darüber hinaus hat der gestiegene Außenwert des Euro tendenziell den deutschen Export gebremst, auch wenn die Ausfuhr wesentliche Stütze der Konjunktur blieb. Die Binnennachfrage entwickelte keine Dynamik. So hat sich – bei andauernder Eintrübung der Geschäftserwartungen – an der ausgeprägten Investitionsschwäche nichts geändert. Der Konsum wurde auch durch rückläufige Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit gedrückt. Andererseits hat ein höheres Staatsdefizit kurzfristig eher stabilisierend gewirkt. Alles in allem war das Wirtschaftswachstum 2002 zu schwach (jahresdurchschnittlich: ca. +0,2%), als dass daraus – bei anhaltenden strukturellen Problemen, die ihrerseits das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen – positive Impulse für Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hätten resultieren können.

Die **Arbeitsproduktivität** hat sich auch im Jahr 2002 erhöht. Dies beruht nach wie vor allein auf zunehmender Stundenproduktivität (ca. +1,3%); der Anstieg pro Erwerbstätigen (ca. +0,8%) war weiterhin kleiner, nicht zuletzt deshalb, weil die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (einschl. geringfügig Beschäftigter) weiter zugenommen hat.

Die **Erwerbstätigkeit** in Deutschland ist im **Jahresverlauf** 2002 weiter gesunken, und zwar tendenziell zunehmend. So gab es Ende 2002 – nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes – 38,74 Mio Erwerbstätige, dies sind rd. 400.000 weniger als ein Jahr zuvor. Vom Frühjahr 1997 bis Ende 2000 hatte es noch einen Beschäftigungsaufbau von (saisonbereinigt) knapp 1,8 Mio Erwerbstätigen gegeben; allerdings befanden sich darunter viele geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Im **Jahresdurchschnitt** lag die Beschäftigung 2002 mit 38,69 Mio um rd. 230.000 unter dem Vorjahresstand. Dabei war – nach Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – der prozentuale Rückgang in den neuen Ländern etwa vier mal so stark wie in den alten (–1,7% auf 6,17 Mio bzw. –0,4% auf 32,52 Mio; vgl. Kapitel II.B).

Die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** hat sich dabei anscheinend weiterhin schlechter entwickelt als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Jedenfalls gab es Ende Juni 2002

### Stille Reserve

Das Kräfteangebot (Erwerbspersonenpotenzial) setzt sich zusammen aus den Erwerbstätigen (Beschäftigten), den Arbeitslosen (Erwerbslosen) und der sog. **Stillen Reserve** (vgl. Abbildung I.1). Zur Stillen Reserve gehören insbesondere:

- Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose registriert zu sein,
- Personen, die bei ungünstiger Arbeitsmarktlage die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden,
- Personen in Warteschleifen des Bildungs- und Ausbildungssystems oder in Maßnahmen beruflicher Weiterbildung und
- Personen, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben geschieden sind.

Während Erwerbstätige und Arbeitslose in amtlichen Statistiken erfasst werden, muss die Stille Reserve geschätzt werden. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Methoden. So wird die Stille Reserve mit Hilfe ökonomischer Modelle ermittelt; diesen Ansatz verfolgt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Oder die Stille Reserve wird anhand von Bevölkerungsbefragungen geschätzt.<sup>1)</sup>

Zum Teil handelt es sich bei der Stillen Reserve um (beschäftigungslose) Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Hierzu lassen sich Angaben aus Geschäftsstatistiken gewinnen. Zieht man von der Stillen Reserve insgesamt, diese **Stille Reserve in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen** ab, gelangt man zur **Stillen Reserve i.e.S.** Insbesondere dieser Teil lässt sich nicht genau quantifizieren. Der Schätzcharakter der Größe der Stillen Reserve darf insbesondere dann nicht übersehen werden, wenn die Zahlen der Arbeitslosen und der Personen in der Stillen Reserve zu einer „Unterbeschäftigung insgesamt“ addiert werden.

<sup>1)</sup> Vgl. im Einzelnen Johann Fuchs, Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250) Nürnberg 2002, S. 79 ff.

Christian Brinkmann, Wolfgang Klauder, Lutz Rheyner, Manfred Thon, Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), Heft 4, 1987, S. 387 ff. Elke Holst, Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt. Größe – Zusammensetzung – Verhalten, Berlin 2000.

Abbildung I.1

### Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräftefrage <sup>1)</sup>

<b>Arbeits(kräfte)angebot, Erwerbs(personen)potenzial</b>					
<b>realisiert;</b> Erwerbstätige, Beschäftigte			<b>nicht realisiert;</b> Beschäftigungslose		
Erwerbspersonenangebot			Stille Reserve <sup>2)</sup>		
abhängig Beschäftigte		Selbstständige und Mithelfende	Arbeitslose <sup>3)</sup>	Stille Reserve i.e.S.	Stille Reserve in arbeitsmarkt- politischen Maß- nahmen
sozialver- sicherungs- pflichtig Beschäftigte	geringfügig/ sozialver- sicherungs- freie Beschäftigte	Beamte, Richter, Soldaten			
den Arbeitsämtern nicht gemeldet	den Arbeitsämtern gemeldet				
<b>nicht realisiert;</b> unbesetzte Stellen		<b>realisiert;</b> besetzte Stellen			
<b>Arbeits(kräfte)nachfrage</b>					

<sup>1)</sup> Das Schema stellt die in Deutschland überwiegend und im Bericht durchweg verwendete Terminologie dar (Bestandsgrößen). Zur z.T. unterschiedlichen Begrifflichkeit in der Schweiz vgl. Hans Wolfgang Brachinger, Sara Canazzi, Erwerbstätigkeitsstatistik. Geschlossene Darstellung der zentralen Begriffe, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Heft 2/2000, S. 107 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Kasten „Stille Reserve in diesem Teil.“

<sup>3)</sup> bzw. Erwerbslose, wobei sich beide Begriffe nicht ganz decken. Als Erwerbslose gelten z.B. im Mikrozensus alle nicht erwerbstätigen Personen, die sich nach eigenen Angaben um eine Arbeitsstelle bemühen bzw. dem Arbeitsmarkt innerhalb zwei Wochen zur Verfügung stehen, unabhängig vom Umfang der gesuchten Tätigkeit und unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind. Folglich ist der Begriff „Erwerbslose“ (Mikrozensus) im Vergleich zu „Arbeitslose“ einerseits regelmäßig weiter, da er vor allem auch nicht beim Arbeitsamt gemeldete Arbeitssuchende umfasst. Andererseits ist er wesentlich enger, da er z.B. Arbeitssuchende, die in der Berichtswoche wenigstens eine Stunde erwerbstätig waren, ausschließt, während sich „Arbeitslosigkeit“ mit einer Erwerbstätigkeit bis zu 15 Wochenstunden verträgt (vgl. auch Kästen „Arbeitslose ...“ und „Erwerbslose ...“ in Kapitel II.C.).

bundesweit 27,57 Mio voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (d.h. ohne geringfügig Beschäftigte), dies waren rd. 250.000 weniger als ein Jahr zuvor. Dagegen hat sich vor allem die geringfügige Beschäftigung weiter erhöht (Juni 2002/01: rd. +40.000 auf 4,17 Mio). Im Zusammenhang damit beschränkte sich der jahresdurchschnittliche Rückgang der Erwerbstätigkeit auf Arbeitnehmer (rd. -250.000 auf 34,59 Mio). Die Zahl der Selbstständigen (einschl. mithelfender Familienangehöriger) ist dagegen weiter gestiegen, wenn auch nur noch leicht (rd. +20.000 auf 4,10 Mio).

Das **Angebot an Arbeitskräften** ist nach wie vor gewachsen, allerdings deutlich weniger als in den Jahren zuvor. Zwar sind – nach erster Einschätzung des IAB – auch 2002 wesentlich mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben geschieden als jüngere nachgerückt; aber diese demografische Komponente wurde durch größere Erwerbsneigung sowie Wanderungs- und Pendlereffekte überkompensiert. Diese Tendenzen werden übrigens stark vom Westen dominiert; bei den Wanderungen und Pendlerbewegungen war die Entwicklung im Osten sogar gegenläufig. Alles in allem hat sich im Jahr 2002 das Erwerbspersonenpotenzial jahresdurchschnittlich um 100.000 auf 45,26 Mio erhöht (vgl. Kapitel II.A).

Infolge steigenden Arbeitsangebots und sinkender Kräftefrage hat die **Zahl der Arbeitslosen** weiter zugenommen. So gab es Ende 2002 mit 4.225.100 Arbeitslosen 261.600 mehr als ein Jahr zuvor. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich ihre Zahl um 208.700 auf 4.060.300. In den Jahren nach 1997 hatte sich die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit verringert, wenngleich zum Schluss nur noch wenig. Dabei hat – im Rahmen einer Vermittlungsoffensive – die konsequente Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes und verwandter Aktivitäten den Anstieg noch gedämpft.

Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wurden seit Anfang 2002 insbesondere höhere Anforderungen an Selbstverantwortung, Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt; vor allem Nichtleistungsempfänger erneuerten deshalb ihre Meldung nicht oder zogen sie zurück (vgl. Kapitel II.C und D).

Im Zusammenhang damit konzentrierte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit allein auf **Leistungsempfänger**; deren Zahl hat sich jahresdurchschnittlich 2002/01 um 308.200 auf 3.197.900 erhöht. Die Leistungsempfängerquote (arbeitslose Leistungsempfänger dividiert durch alle Arbeitslose) ist damit von 75,0% auf 78,8% gestiegen.

Die **Arbeitslosenquote**, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich bundesweit im Jahresdurchschnitt 2002 auf 9,8%; auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen ergibt sich eine Quote von 10,8%. Im Vorjahr hatten die Quoten bei 9,4% bzw. 10,3% gelegen. Im Westen errechnen sich für 2002 Quoten von 7,9% bzw. 8,7% (Vorjahr: 7,4% bzw. 8,3%), im Osten von 18,0% bzw. 19,5% (Vorjahr: 17,5% bzw. 18,9%). Die Arbeitslosenquoten in den neuen Ländern sind also nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie in den alten. Darüber hinaus war im Osten die **Stützung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente** – relativ gesehen – immer noch deutlich stärker als im Westen. Auch dies belegt die nach wie vor wesentlich größeren Probleme am Arbeitsmarkt-Ost.

## Weiterhin großenteils gegenläufige Entwicklungen in West und Ost

Auch im Jahr 2002 haben sich die gravierenden **Diskrepanzen zwischen den Arbeitsmärkten in den alten und neuen Ländern** nicht verringert.

Statt zusammenzuwachsen, entwickelten sich die Arbeitsmärkte der beiden Landesteile seit Mitte der 90er Jahre auseinander (vgl. Tabelle I.3, Abbildungen I.2, 3 und 7<sup>1</sup>). Ausschlaggebend dafür war zuletzt, dass das Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern noch schwächer war als in den alten. Vor allem aber hat sich im Osten die Arbeitsproduktivität – unter dem Zwang, die nach wie vor erheblichen Rückstände aufzuholen – weitaus stärker erhöht als im Westen. Infolgedessen ging dort die Kräfte Nachfrage wesentlich mehr zurück als im Westen.

Allerdings ist in den alten Ländern die Arbeitslosigkeit zuletzt stärker gestiegen als in den neuen. Dies beruht zum einen auf dem im Westen größeren Gewicht von Industrie und Exportwirtschaft, die besonders konjunkturabhängig sind, zum anderen auf der Minderung des Kräfteangebots im Osten durch zunehmende Abwanderungen und Pendlerbewegungen, die Reflex der besonders schlechten Beschäftigungsentwicklung in den neuen Ländern sind. Dies entlastet – in einer Größenordnung von 70.000 – den Arbeitsmarkt-Ost und belastet den Arbeitsmarkt-West. Nur insofern hat sich eine gewisse „Annäherung“ ergeben.

Dass die Arbeitsmärkte in West und Ost auch im Jahr 2002 großenteils **weiter auseinandergedriftet** sind, belegen die Angaben in Tabelle I.1. Ausgangspunkt und gewissermaßen Messlatte für diesen West-Ost-Vergleich (Querschnitt) ist die Verteilung der **Wohnbevölkerung** auf die alten und neuen Länder. Bei Vergleichen gegenüber Vorjahren (Längsschnitt) ist u.a. zu beachten, dass sich dieser Maßstab im Laufe der Zeit insofern geändert hat, als der auf die neuen Länder entfallende Bevölkerungsanteil kontinuierlich kleiner geworden ist. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es Anfang 2002 rd. 82,44 Mio Menschen in der Bundesrepublik. Davon entfielen ca. 15,00 Mio oder ca. 18,2% auf die neuen Länder; 2001 waren es 18,4% gewesen nach 18,5% im Jahr 2000, aber noch 19,9% im Jahr 1992 (vgl. Tabelle I.1, insbesondere Spalten 4, 13 und 14). Damit hat der in den neuen Ländern lebende Teil der Bevölkerung auch zuletzt abgenommen (vgl. Kapitel II.A).

Die Zahl der **Erwerbstätigen** (Arbeitsort- oder Inlandskonzept) belief sich nach vorläufigen Angaben

## Osten bei Erwerbstätigkeit erneut zurückgefallen

des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2002 bundesweit auf 38,69 Mio. Auf die neuen Länder entfielen, nach ersten Schätzungen des IAB, 6,17 Mio oder 15,9%. Dieser Anteil ist, im Vergleich zum Anteil an der Wohnbevölkerung (18,2%) oder an den Erwerbspersonen (17,7%), aber auch verglichen mit der Erwerbstätigkeit im Vorjahr (16,1%) weiter kleiner geworden. Inzwischen ist der auf die neuen Länder entfallende Teil der Erwerbstätigkeit sogar wesentlich niedriger als im früheren Tiefpunkt des Jahres 1993 (16,9%); lediglich 1993/94 und 1994/95 hatte er sich vergrößert. Auch wenn man die Erwerbstätigen nach dem Wohnort erfasst (Inländerkonzept), d.h. wenn man vor allem den Ost-West-Pendlersaldo (Auspendler minus Einpendler) und seine Veränderung berücksichtigt, schneidet der Osten bei der Erwerbstätigkeit zunehmend schlechter ab (vgl. Tabelle I.2 und Abschnitt II.A.2 und 3). Zwar entfallen dann deutlich mehr, nämlich 17,3% der Erwerbstätigen, auf die neuen Länder; gleichwohl ist dieser Prozentsatz ebenfalls weiterhin geringer als der an der Wohnbevölkerung (18,2%), aber auch als im Vorjahr (17,4%).

Auch der Anteil der neuen Länder an der **voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** (Inlandskonzept) war mit 16,9% ebenfalls deutlich kleiner als an der Wohnbevölkerung (18,2%) und als im Jahr zuvor (17,3%). Rund 0,1 Prozentpunkt geht auf weniger Personen in Beschäftigungschaffenden Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes zurück (jahresdurchschnittlich 2002/01: rd. –30.000). Allerdings ist der Ost-Anteil an der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach wie vor nennenswert höher als an der Erwerbstätigkeit insgesamt (15,9%). Denn insbesondere Beamte und geringfügig Beschäftigte spielen dort immer noch eine weitaus kleinere Rolle als im Westen (vgl. Tabellen I.1 und 2, Kapitel II.B, bes. Tabelle II.B.3).

Im Jahr 2002 **meldeten** sich in der Bundesrepublik 7,41 Mio Personen **arbeitslos<sup>2</sup>**. Von diesen Zugängen wurden 30<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% in den neuen Ländern

## Arbeitslosigkeit trifft wie bisher den Osten überproportional

registriert, im Vergleich zu 32% und 33% in den Vorjahren. Diese Abnahmen spiegeln die Tatsache wider, dass sich die

<sup>1</sup> Ausführlicher: Arbeitsmarkt 2000, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 49. Jg., Sondernummer vom 28.6.2001, S. 26 ff.

<sup>2</sup> Viele dieser Meldungen sind allerdings solche nach „technischen Unterbrechungen“ der Arbeitslosigkeit, insbesondere Wiederzugänge nach Krankheit oder Meldeversäumnis (vgl. Kapitel II.D, bes. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen ...“). Im Übrigen handelt es sich, genau genommen, um die Zahl der Arbeitslosmeldungen. Die Zahl der Personen ist kleiner, weil sich ein Teil von ihnen im Jahr mehrmals arbeitslos meldet. Prinzipiell das gleiche gilt für alle im Bericht verwandten Bewegungsgrößen, insbesondere für Abgänge aus Arbeitslosigkeit, neu begründete Beschäftigungsverhältnisse, Stellenmeldungen, erteilte Arbeitserlaubnisse und Eintritte in Bildungsmaßnahmen. Dies sollte man bei den regelmäßig verkürzten Formulierungen im Auge behalten.

### Darstellungsweisen der Entwicklung des Arbeitsmarktes

Bei der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt geht es weniger um eine „Momentaufnahme“, bei der Bestands- und Bewegungsgrößen des jeweiligen Jahres im Vordergrund stehen, als um eine Beschreibung und Erläuterung von **Veränderungen**. Dabei gibt es im Wesentlichen folgende Darstellungsweisen:

- Die **Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahresverlauf**. Dabei ist zu beachten, dass die Veränderungen von Monat zu Monat stark durch jahreszeitliche Einflüsse geprägt werden, die die zugrundeliegende Entwicklung des Arbeitsmarktes überlagern (insbesondere: Witterung, Lage der Ferien und der Feiertage, Quartaleinstellungs- und -entlassungstermine). Da diese saisonalen Veränderungen unter ökonomischen, sozialen und politischen Aspekten weniger interessieren, arbeitet man vielfach mit **saisonbereinigten Zahlen**, d.h. mit Zeitreihen, aus denen die jahreszeitlichen Einflüsse (in üblichem Umfang) herausgerechnet sind, sodass die Entwicklungsrichtung am Arbeitsmarkt klarer hervortritt.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. u.a. Helmut Rudolph, Zum gegenwärtigen Verfahren der Saisonbereinigung der Statistik der Arbeitslosen, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) Nr. 7/1983, S. 749 ff; Die Saisonbereinigung als Hilfsmittel der Wirtschaftsbeobachtung, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1987, S. 30 ff; Helmut Rudolph, Saisoneffekte in der Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht Nr. 12 vom 8.5.1998.

- Die **jahresdurchschnittliche Veränderung des Arbeitsmarktes**. Diese Vorgehensweise empfiehlt sich vor allem deshalb, weil der Jahresdurchschnitt – errechnet aus Monats- oder Quartalswerten – besonders knapp das gesamte Jahr abbildet. Manche (Schätz-)Größen des Arbeitsmarktes liegen auch nur in dieser Form vor (z.B. Erwerbspersonenpotenzial). Ein wesentlicher Nachteil jahresdurchschnittlicher Veränderungen ist, dass sie die Entwicklung im Jahresverlauf mangelhaft oder manchmal gar nicht widerspiegeln, z.B. dann, wenn die fragliche Größe im Berichtsjahr – aufgrund der Entwicklung im Vorjahr – einen besonders niedrigen oder hohen Ausgangspunkt hatte. Dies gilt z.B. für das Jahr 2001. So ist die Erwerbstätigkeit in Deutschland im Verlauf dieses Jahres gesunken. Gleichwohl ergibt sich bei der jahresdurchschnittlichen Veränderung ein Plus. Dies beruht aber allein auf der positiven Entwicklung im Jahr 2000 und dem daraus resultierenden hohen Ausgangsniveau im Jahr 2001 (sog. Überhangeffekt). Umgekehrt verhielt es sich bei der Arbeitslosigkeit (sog. Unterhangeffekt; vgl. Abbildung).
- Die **Veränderung des Arbeitsmarktes im Vergleich zu Vorjahreszeitpunkten**. Diese Vorgehensweise ist insbesondere dann am Platz, wenn sich keine Jahresdurchschnittswerte berechnen lassen, beispielsweise weil zum Zeitpunkt der Berichterstattung die Daten für das Gesamtjahr noch nicht vollständig vorliegen (z.B. sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur bis Juni). Vor allem bei diesem Verfahren ergibt sich das Problem, dass manchmal die Veränderung primär Einflüsse widerspiegelt, die auf den Vorjahreszeitpunkt, also die Vergleichs- oder Bezugsbasis, eingewirkt haben (z.B. sehr kaltes Wetter; Basiseffekte).

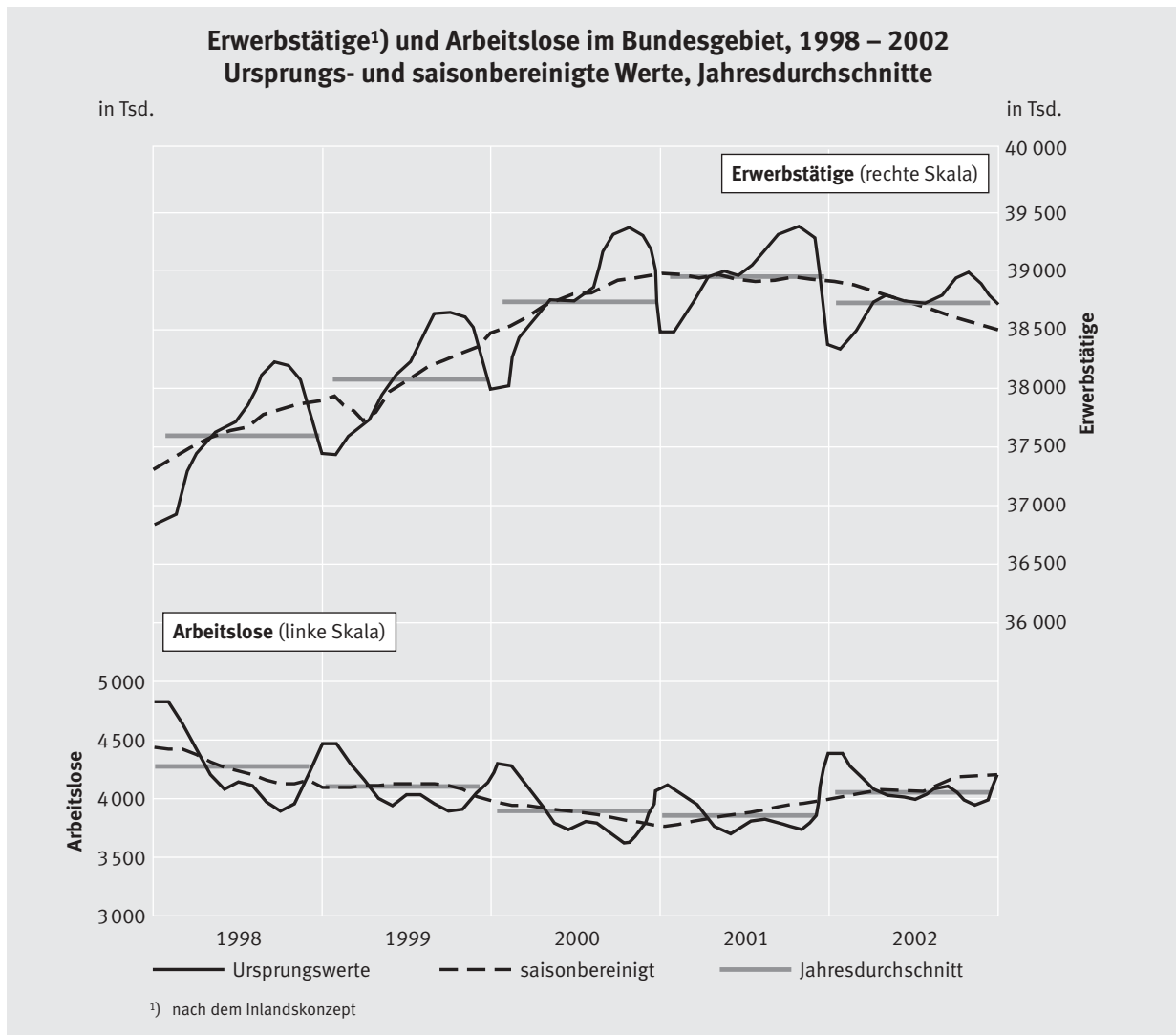
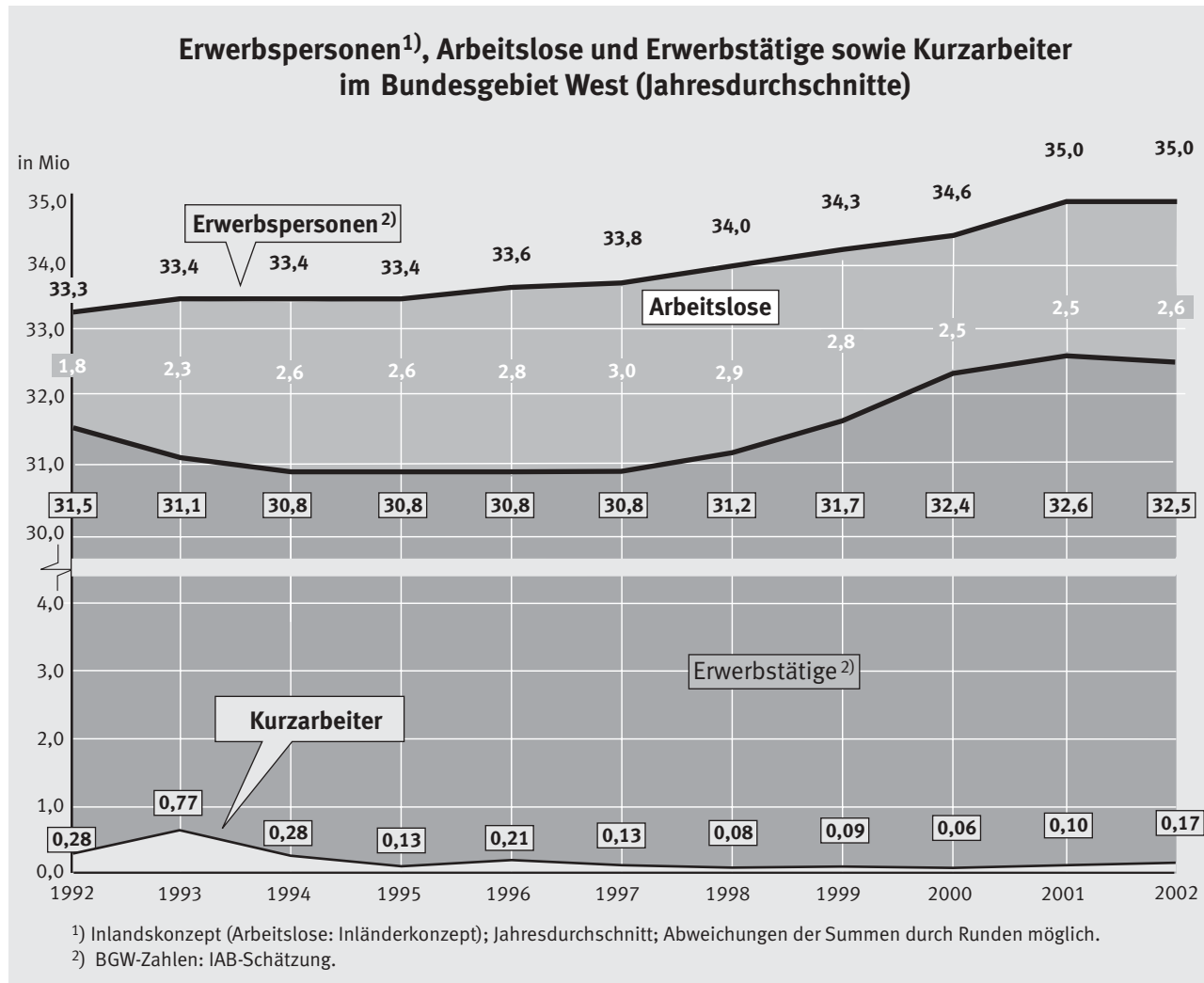




Abbildung I.2



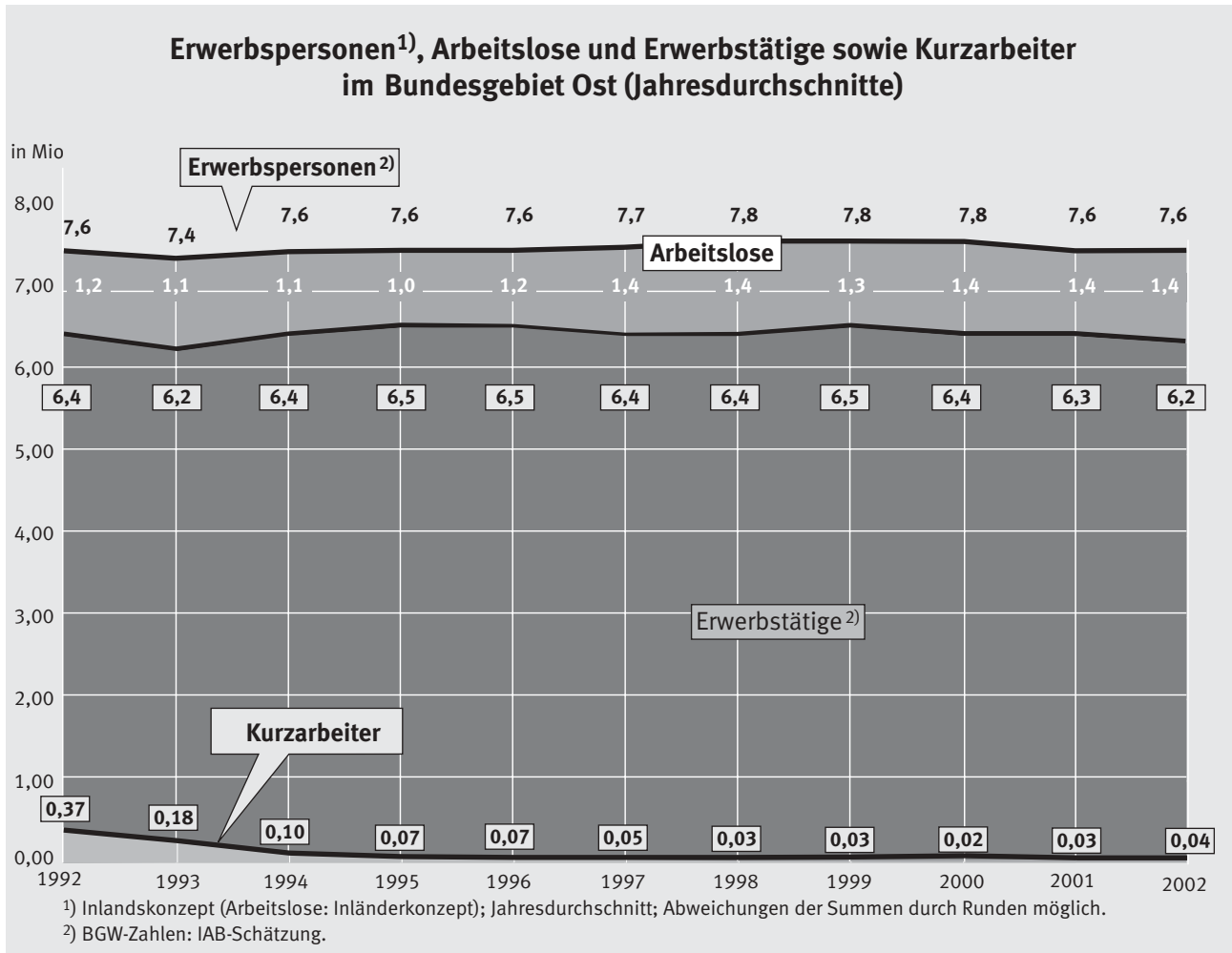
konjunkturelle Abschwächung der Jahre 2001/02 mit der Folge zahlreicher Arbeitslosmeldungen vor allem im Westen niedergeschlagen hat. Gleichwohl liegt dieser Anteil wie bisher weit über dem an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter oder an den Erwerbspersonen. Die Gefahr, arbeitslos zu werden (Zugangsrisiko), ist im Osten also nach wie vor wesentlich größer als im Westen.

Zugleich konzentrierte sich der **Bestand an Arbeitslosen** weiterhin stark auf den Osten, wenngleich etwas weniger als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt 2002 gab es in Deutschland rd. 4,06 Mio Arbeitslose, davon waren 35% in den neuen Ländern gemeldet (Vorjahr: 36%). Im Vergleich zu Anfang der 90er Jahre wird diese Anteilszunahme aber durch Abnahmen bei der Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik stark relativiert (s.u.).

Dass der auf die neuen Länder entfallende Anteil am Bestand an Arbeitslosen seit einigen Jahren zunehmend höher als am Zugang ist, bedeutet, dass die Gefahr, in Arbeitslosigkeit zu verharren (Verbleibsrisiko), im Vergleich zum Westen gewachsen ist. So erhöhte sich im Jahr 2002 die Dauer einer abgeschlossenen **Arbeitslosigkeitsperiode** im neuen Teil des Bundesgebietes gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Wochen auf durchschnittlich 38,3 Wochen, im alten verringerte sie sich dagegen um 0,7 auf 32,0 Wochen. Dabei wurde im Osten Arbeitslosigkeit immer noch relativ oft durch Eintritte in Beschäftigungschaffende Maßnahmen oder in berufliche Weiterbildung unterbrochen.

Vor allem **Frauenarbeitslosigkeit** konzentrierte sich weiterhin stark auf die neuen Länder, wenngleich nicht mehr ganz so

Abbildung I.3



ausgeprägt wie in den Vorjahren. Im Jahr 2002 waren dort 38% der bundesweit 1,82 Mio arbeitslosen Frauen registriert (Vorjahr 39%). Besonders gravierend waren weiterhin die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten; auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug sie für Frauen im Jahresdurchschnitt 2002 im Westen 7,4% , im Osten war sie mit 18,4% zweieinhalbmal so hoch (zum Vergleich Männer: 8,2% bzw. 17,6%). Dies beruht allerdings entscheidend auf der vergleichsweise großen weiblichen Erwerbsbeteiligung. In puncto Erwerbstätigkeit schneiden die Frauen im Osten anscheinend nach wie vor besser ab als im Westen. Jedenfalls war auch Mitte 2002 ein etwas größerer Teil von ihnen voll sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Westen.

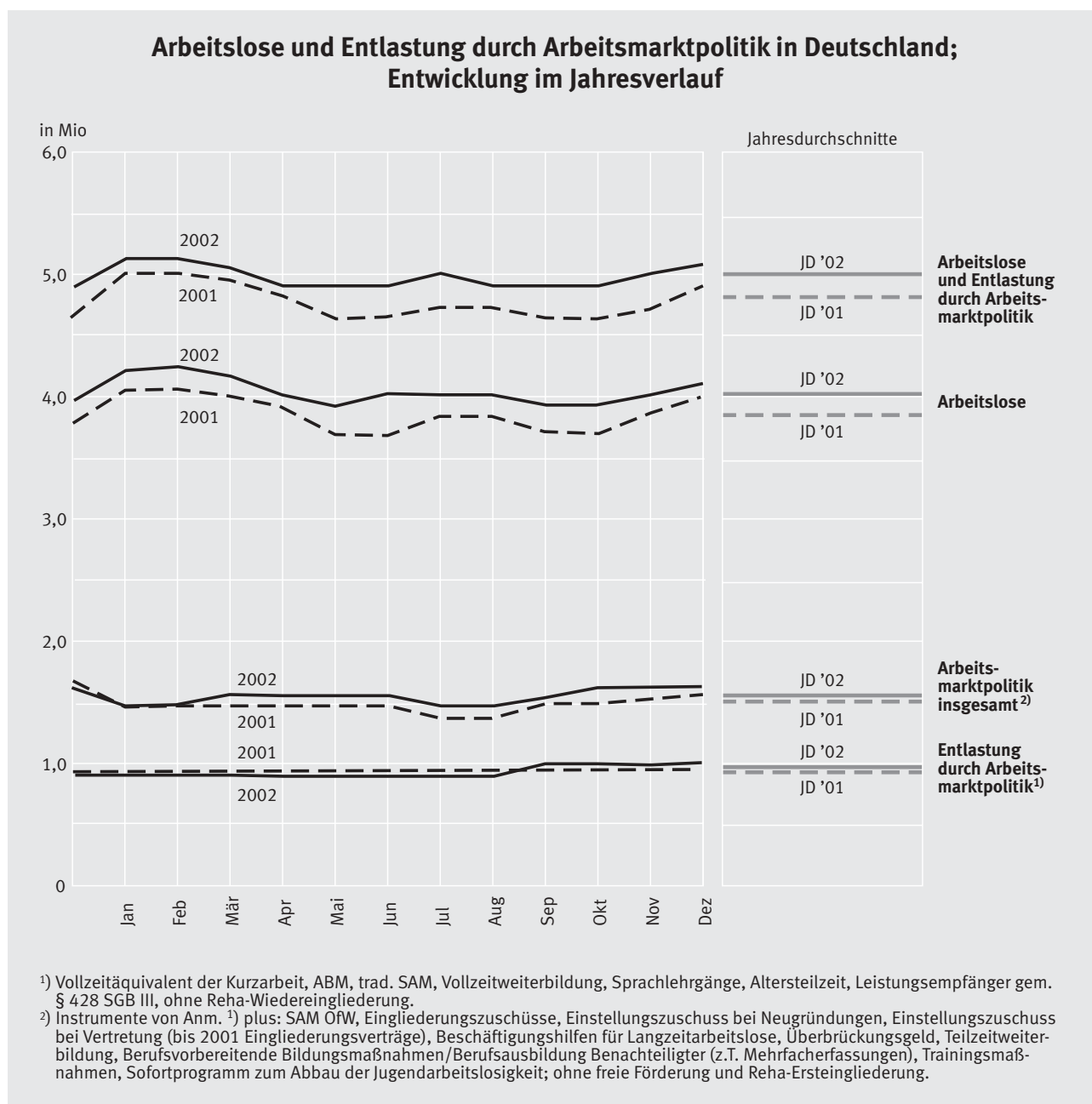
Die weitaus schwierigere Verfassung des Arbeitsmarktes Ost zeigt sich auch bei **Problemgruppen** des Arbeitsmarktes. Insbesondere der auf die neuen Länder entfallende Teil der Langzeitarbeitslosigkeit, also jener Arbeitslosen, die schon länger als ein Jahr lang arbeitslos sind, hat sich gegenüber Vor-

jahr weiter markant erhöht (+2 Prozentpunkte auf 40%; vgl. Tabelle I.1 sowie Kapitel II.C).

Zur Arbeitslosigkeit kommt die **Stille Reserve** **Sehr große stille Reserven** als weitere Form der Unterbeschäftigung (vgl. Kasten „Stille Reserve“ in diesem Teil). Nach Schätzung des IAB belief sie sich **insgesamt** im Jahresdurchschnitt 2002 bundesweit auf 2,51 Mio. Davon entfiel mit unverändert 25% ein relativ großer Prozentsatz auf die neuen Länder. Dies beruht praktisch allein auf der nach wie vor großen Zahl beschäftigungsloser Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Stille Reserve in Maßnahmen; Anteil: 37%; Vorjahr: 38%).

Fasst man Stille Reserve insgesamt und Arbeitslosigkeit zusammen, lassen sich im Berichtsjahr 31% einer so abgegrenzten Unterbeschäftigung von rd. 6,6 Mio den neuen Ländern zuordnen (2001: 32%; 1993 aber noch 40%). Somit kon-

Abbildung I.4



zentrierte sich Unterbeschäftigung zwar weniger stark auf den Osten als die Arbeitslosigkeit (35%), aber auch unter dem Aspekt „Unterbeschäftigung“ sind die neuen Ländern nach wie vor weit von den alten entfernt.<sup>3)</sup>

## Weniger Stellenmeldungen

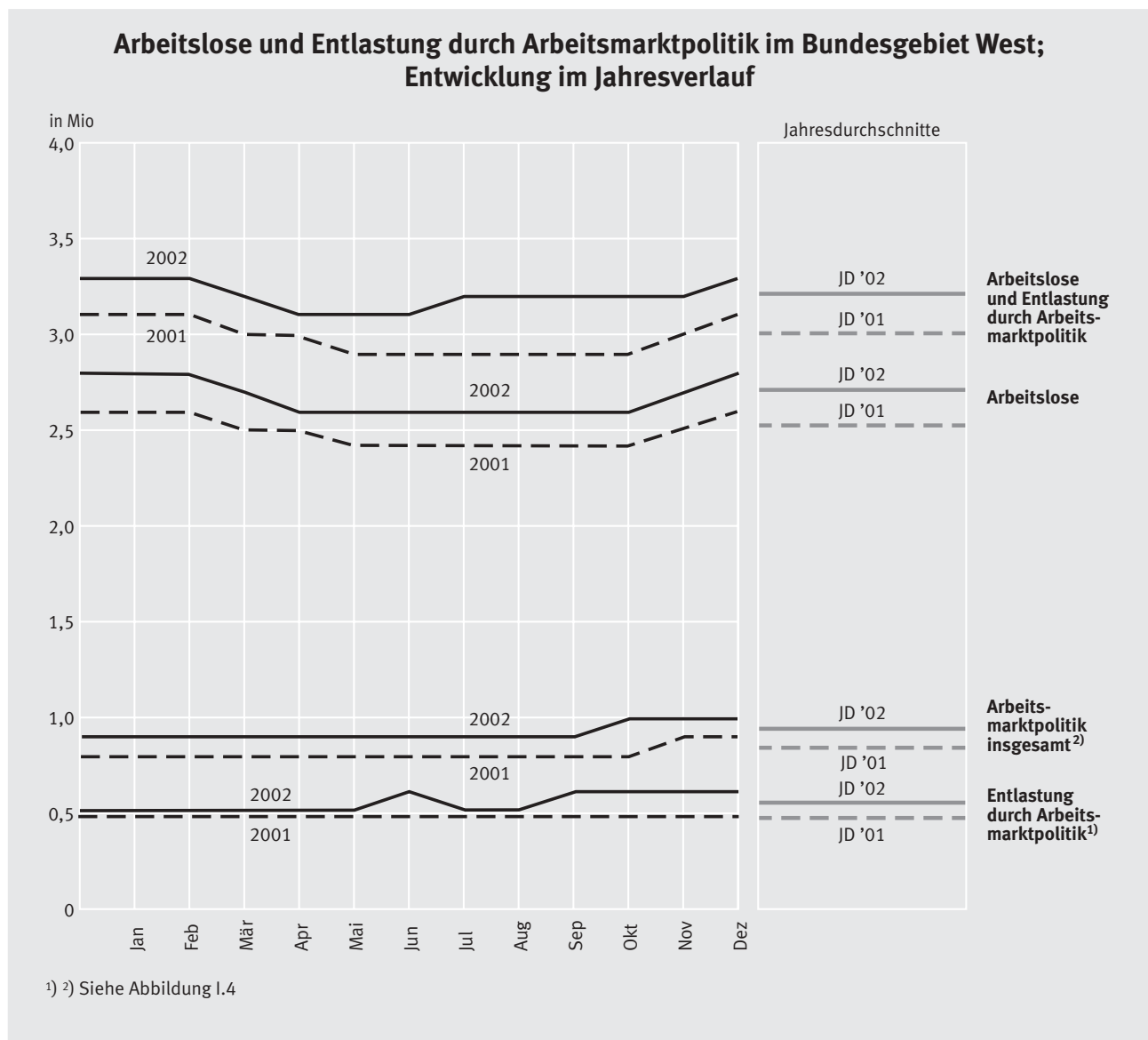
Die Arbeitsämter waren auch im Jahr 2002 stark in die **Ausgleichsprozesse des Arbeitsmarktes** eingeschaltet, auch wenn mit bundesweit 2,77 Mio wesentlich weniger Stellen als im Vorjahr registriert

Die Arbeitsämter waren auch im Jahr 2002 stark in die **Ausgleichsprozesse des Arbeitsmarktes** eingeschaltet, auch wenn mit bundesweit 2,77 Mio wesentlich weniger Stellen als im Vorjahr registriert

wurden (-26 %). Ausschlaggebend für diesen Rückgang war zunächst die gesamtwirtschaftliche Schwäche, aber auch Reaktionen auf die Fehlerhaftigkeit von Vermittlungsstatistiken (vgl. Kapitel II.D, bes. Kasten „Zur Vermittlungsstatistik ...“). Auf den Osten entfielen gut 24% aller Stellenangebote, nach knapp 25% im Vorjahr. Ohne Beschäftigungschaffende

<sup>3)</sup> Bei dieser Betrachtung ist der deutlich gewachsene innerdeutsche Pendler-saldo (Einpendler minus Auspendler), der 2002 für die neuen Länder auf -515.000 geschätzt wird, nicht berücksichtigt (Vorjahr: -486.000).

Abbildung I.5



Maßnahmen hätte sich ein Anteil von unverändert 20% ergeben, der etwa dem an der Wohnbevölkerung entspricht (vgl. Tabelle I.1).

### Geringere Nettotransfers der Bundesanstalt an die neuen Länder

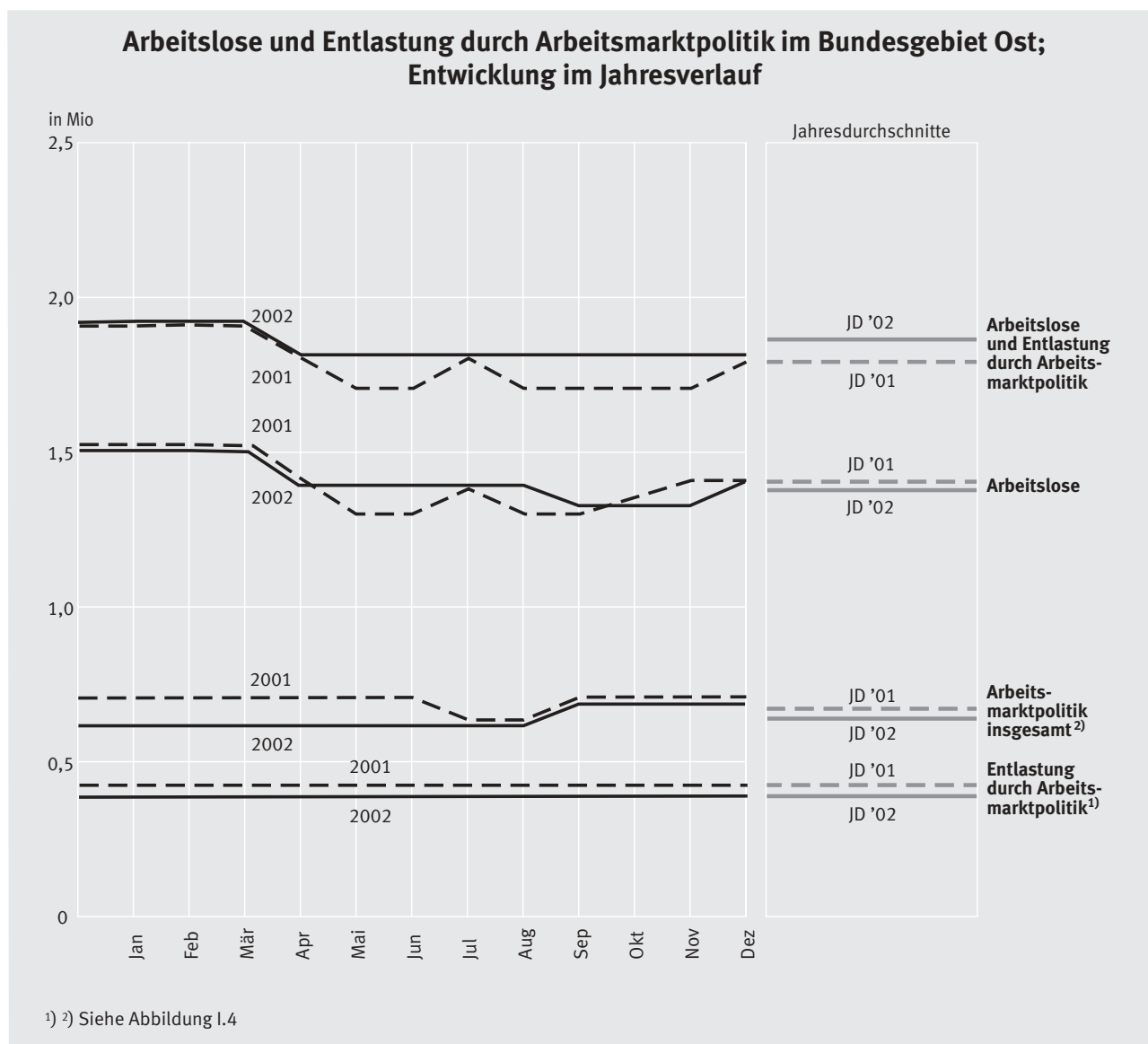
auch durch beträchtliche öffentliche Transfers sichergestellt (2000 netto: ca. 70 Mrd €). An diesen West-Ost-Transfers war

Angesichts des immer noch großen Produktivitätsrückstands der neuen Länder wird der Lebensstandard ihrer Einwohner weiterhin

die **Bundesanstalt für Arbeit** mit ihrem Haushalt nach wie vor nennenswert beteiligt, wenngleich erneut wesentlich weniger als im Jahr zuvor.

2002 hat die Bundesanstalt bundesweit 56,5 Mrd € ausgegeben, das sind 3,9 Mrd € mehr als 2001. Diese Zunahme erfolgte aber – vor allem wegen höherer Aufwendungen für Arbeitslosengeld – allein im Westen, sodass der Anteil der neuen Länder an den Gesamtausgaben ein weiteres Mal stark gesunken ist, und zwar um 4 Prozentpunkte auf 33%. Dagegen stammten von den 47,4 Mrd € Beitragseinnahmen (+0,1 Mrd €) nur 13,0% aus dem neuen Teil des Bundesgebietes (Vorjahr: 13,2%). Damit ist dieser Anteil im siebten Jahr in Folge

Abbildung I.6



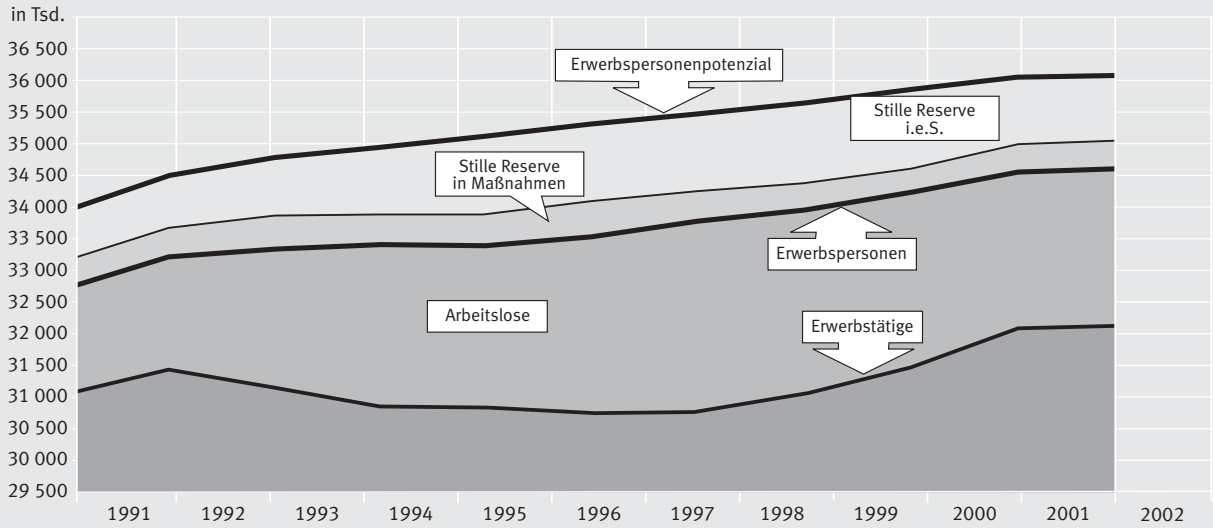
gesunken. Kurz: Während die Bundesanstalt im Jahr 2002, ähnlich wie früher, jeden dritten Euro in den neuen Ländern ausgab, kam von dort weniger als jeder siebte Euro an Beiträgen. Diese „systemimmanente Ausgleichsfunktion“ hat sich im Jahr 2002, wie schon im Vorjahr, aber nicht weiter zu Lasten der alten Länder verschoben.

In den **alten Ländern** beliefen sich die Beitragseinnahmen im Jahr 2002 auf 41,3 Mrd € (+0,2 Mrd €), die Gesamtausgaben auf 37,7 Mrd € (+4,5 Mrd €). Die Beitragseinnahmen überstiegen somit die Gesamtausgaben mit 3,6 Mrd € wesentlich weniger als in früheren Jahren (2001: 7,9 Mrd €; 2000: 9,1 Mrd €; 1999: 7,3 Mrd €; 1998: 7,2 Mrd €).

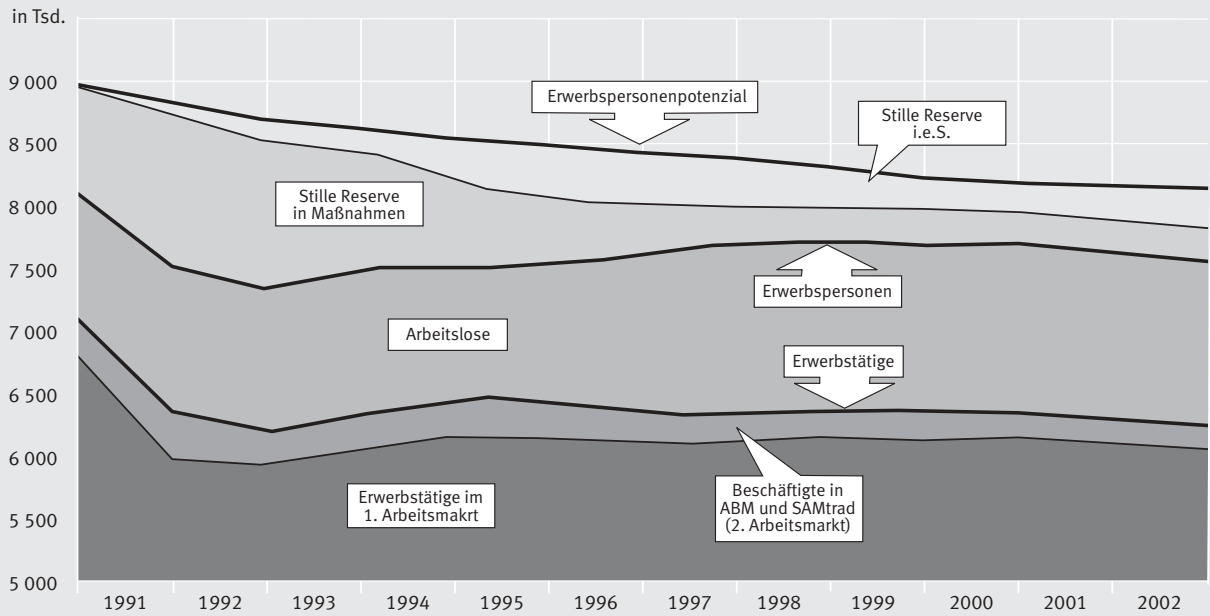
In den **neuen Ländern** übertrafen die Gesamtausgaben mit 18,8 Mrd € (-0,6 Mrd €) die Beitragseinnahmen von 6,1 Mrd € (-0,1 Mrd €) nach wie vor beträchtlich, und zwar mit 12,7 Mrd € nicht wesentlich weniger als in den Vorjahren (2001: 13,2 Mrd €; 2000: 13,2 Mrd €; 1999: 13,8 Mrd €; 1998: 13,7 Mrd €). Diesem Ausgaben-Überhang stand im Jahr 2002 zunächst ein interner Beitragsüberschuss im Westen von 3,6 Mrd € gegenüber. Bundesweit erzielte die Bundesanstalt 3,5 Mrd € an sonstigen Einnahmen (z.B. aus dem Europäischen Sozialfonds, aus Abgaben oder Umlagen). Zum Ausgleich des Haushaltsdefizits der Bundesanstalt war im Jahr 2002 ein Bundeszuschuss von 5,6 Mrd € erforderlich (2001: 1,9 Mrd €; 2000: 0,9 Mrd €; 1999: 3,7 Mrd €; 1998: 3,9 Mrd €).

Abbildung I.7

**Entwicklung des Arbeitsmarktes in den alten Ländern seit der Wiedervereinigung<sup>1)</sup>**



**Entwicklung des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung<sup>1)</sup>**



<sup>1)</sup> Erwerbstätige, Erwerbspersonen, Stille Reserven i.e.S. und Erwerbspersonenpotenzial: Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Tabelle I.1

Gesamtdeutscher Arbeitsmarkt														
Merkmal	Deutschland <sup>1)</sup>	Bundesgebiet West <sup>1)</sup>	Bundesgebiet Ost <sup>1)</sup>	Anteil Bundesgebiet Ost an Deutschland in %										
	2002	2002	2002	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Wohnbevölkerung (in 1000) *)	82 440	67 438	15 002	19,9	19,5	19,3	19,1	19,0	18,9	18,8	18,6	18,5	18,4	18,2
Bruttoinlandsprodukt (in Euro)	1 984,2	•	•	8,2	9,8	10,8	11,2	11,4	11,4	11,2	11,2	11,0	•	•
Erwerbsquote				X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Erwerbspersonen (in 1000) Inlandskonzept *)	4 1859	vorläuf.Zahl		18,5	18,1	18,5	18,5	18,5	18,6	18,6	18,5	18,3	18,0	17,7
<b>Beschäftigung</b> (in 1000) Inlandskonzept														
Erwerbstätige *)	38 688	32 522	6 163	17,0	16,9	17,4	17,6	17,4	17,1	17,0	16,9	16,5	16,1	15,9
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (30.6.)	27 571	22 915	4 656	19,8	19,1	19,4	19,6	19,4	19,0	18,9	18,5	17,9	17,3	16,9
Geringfügig Beschäftigte (30.6.)	4 169	3 667	508	•	•	•	•	•	•	•	11,5	12,3	11,6	12,0
<b>Arbeitslosigkeit</b>														
Zugang in Arbeitslosigkeit <sup>2)</sup>	7 412 241	5 152 070	2 260 171	28,4	24,8	25,7	28,7	30,5	32,2	32,0	33,0	33,0	31,9	30,5
Bestand an Arbeitslosen	4 060 317	2 648 837	1 411 480	39,3	33,6	30,9	29,0	29,5	31,1	32,1	32,8	35,0	35,7	34,8
Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	9,8%	7,9%	18,0%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
abh. zivile Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	10,8%	8,7%	19,5%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Männer	2 239 405	1 512 890	7 265 15	30,4	24,5	21,5	20,9	23,4	25,7	27,8	29,8	31,9	33,2	32,4
Arbeitslosenquote <sup>3)</sup>	9,9%	8,2%	17,6%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Frauen	1 820 912	1 135 947	6 849 65	47,3	42,5	40,4	37,5	36,4	37,3	37,0	37,1	38,4	38,5	37,6
Arbeitslosenquote <sup>3)</sup>	9,5%	7,4%	18,4%	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Teilzeitarbeitslose	370 987	327 457	4 353 0	23,8	18,1	15,7	14,6	13,0	12,2	11,4	11,0	11,4	11,4	11,7
Spätaussiedler	59 367	45 506	1 386 1	3,1	4,6	5,2	6,0	8,1	12,6	16,1	19,8	22,9	24,6	23,3
Ausländer	505 443	459 918	4 552 5	5,8	4,1	2,8	2,7	2,9	4,8	5,5	6,4	7,3	7,8	9,0
Jugendliche unter 25 Jahren	497 367	324 438	1 729 29	•	29,2	26,8	25,5	25,4	27,7	30,5	32,0	36,3	35,9	34,8
Langzeitarbeitslose (jeweils 30.9.) Leistungsbezug <sup>6)</sup>	1 304 912	786 604	5 183 08	36,4	37,5	31,1	26,2	24,7	27,8	29,1	30,1	34,2	37,3	39,7
	3 608 965	2 133 391	1 475 574	42,3	34,8	32,9	31,7	33,4	36,3	37,1	37,6	39,6	39,6	40,9
<b>Stille Reserve</b> (in 1000) *)	2 527	1 894	634	48,0	47,8	42,0	37,4	34,8	31,1	28,7	26,3	26,5	25,3	25,1
dar. i.e.S. (in 1000) *)	1 744	1 398	347	2,6	15,6	18,8	25,5	28,1	26,0	24,0	20,9	20,5	19,6	19,9
<b>Stellenangebote</b>														
Zugang an Stellen <sup>2)</sup>	2 772 922	2 098 082	6 748 40	25,3	28,1	29,9	27,2	27,2	25,9	29,8	26,6	24,0	24,8	24,3
Bestand an Stellen	451 217	382 275	689 42	9,2	12,9	17,9	17,1	17,4	16,5	18,8	15,4	12,1	13,0	15,3
<b>Arbeitsmarktpolitische Instrumente</b>														
Kurzarbeiter	206 767	165 467	4 130 0	56,7	19,1	26,0	35,5	25,6	27,1	29,6	22,8	28,4	21,8	20,0
Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung <sup>7)</sup>	331 586	202 607	1 289 79	56,9	52,2	45,2	45,1	43,3	42,3	43,8	40,0	39,7	39,4	38,9
Eintritte in berufl. Weiterbildung <sup>2)</sup>	456 301	273 219	1 830 82	60,7	45,7	46,8	37,4	40,5	36,9	38,3	37,3	38,7	41,9	40,1
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	179 152	49 768	1 293 84	•	•	•	•	78,6	77,6	81,6	73,9	73,7	72,3	72,2
Eintritte in ABM und trad. SAM <sup>2)</sup>	217 704	62 883	1 548 21	•	•	•	•	74,6	70,3	76,0	72,7	71,6	70,2	71,1
Beschäftigte in Maßnahmen zur Förderung regulärer Beschäftigung <sup>5)</sup>	222 349	110 445	1 119 04	•	•	•	•	•	•	•	59,9	52,7	51,3	50,3
Eintritte mit direkten Hilfen zur Förderung regulärer Beschäftigung <sup>2)</sup>	366 892	204 585	1 623 07	•	•	•	•	•	•	•	54,9	47,5	48,6	44,2
Vorruhestandsähnliche Regelungen <sup>8)</sup>	352 961	239 446	1 135 16	90,7	86,8	81,9	71,8	60,5	51,2	45,8	44,1	42,8	34,9	32,2
<b>Ausbildungsstellenmarkt</b>														
Gemeldete Ausbildungsstellen (1.10. – 30.9.)	586 144	474 713	1 114 31	13,1	13,7	17,9	19,0	19,5	21,6	21,6	22,0	20,4	19,2	19,0
Gemeldete Bewerber (1.10. – 30.9.)	711 393	506 116	2 052 77	25,5	25,6	27,3	28,6	29,1	29,3	28,9	29,2	29,1	28,9	28,9
am 30.9. noch nicht vermittelte Bewerber	23 383	14 625	8 758	9,4	16,4	8,0	22,3	36,0	32,1	34,5	33,3	35,8	35,8	37,5
<b>Finanzen der Bundesanstalt</b> (in Euro)														
– Beitragseinnahmen (Ost/West bereinigt)	47 405,2	41 259,6	6 145,4	9,8	13,8	14,7	15,0	14,7	14,4	13,9	13,8	13,6	13,2	13,0
– Ausgaben	56 507,9	37 697,3	18 810,6	49,2	46,2	41,7	36,8	36,2	37,6	39,1	38,8	38,7	36,8	33,3

1) Bestand im Jahresdurchschnitt, soweit nichts anderes gesagt.

2) Jahressumme.

3) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige plus Selbstständige und mithelfende Familienangehörige, Arbeitslose).

4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

5) SAM OFW, EGZ, EZN, Einstellungszuschuss bei Vertretung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Überbrückungsgeld, Arbeitsentgeltzuschuss.

6) Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungsgeld plus Eingliederungshilfe.

7) Jahresdurchschnitt 1998 mit 12 Monatswerten berechnet.

8) § 428 SGB III plus Altersteilzeit (Altersteilzeit nur von der BA geförderte Fälle).

\*) Stichtag 30.12.2001; Berlin nach Ost-Berlin und West-Berlin geschätzt.

Tabelle I.2

<b>Entwicklungen am deutschen Arbeitsmarkt (in Tausend)</b>									
Merkmal	Deutschland			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Erwerbspersonen</b> (im Inland)	42 641	42 769	42 748	34 904	35 123	35 171	7 737	7 646	7 577
davon:									
Arbeitslose	3 889	3 852	4 060	2 530	2 478	2 649	1 359	1 374	1 411
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	38 752	38 917	38 688	32 374	32 645	32 522	6 378	6 272	6 166
dav.: Selbstständige und Mithelfende <sup>1)</sup>	4 001	4 081	4 098	3 431	3 498	3 503	570	583	595
Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	34 751	34 836	34 590	28 943	29 147	29 019	5 808	5 689	5 571
<b>Pendlersaldo</b> <sup>2)</sup>	65	62	62	500	542	570	-435	-480	-508
<b>Arbeitslosenquoten</b>									
bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	9,6	9,4	9,8	7,8	7,4	7,9	17,4	17,5	18,0
die abhängigen ziv. Erwerbspersonen	10,7	10,3	10,8	8,7	8,3	8,7	18,8	18,9	19,5
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>									
Kurzarbeiter (Vollzeitäquivalent)	46	59	88	33	45	66	13	14	21
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	261	220	179	68	61	50	193	159	129
Beschäftigte in Maßnahmen zur Förderung regulärer Beschäftigung <sup>3)</sup>	228	211	222	108	103	110	120	108	112
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung	324	315	300	186	181	173	138	134	127
Vorruhestandsähnliche Regelungen (§ 428 SGB III + Altersteilzeit nur von der BA geförderte Fälle)	226	275	353	136	179	239	89	96	114
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr (in Tausend)</b>									
Merkmal	Deutschland			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	2000/99	2001/00	2002/01	2000/99	2001/00	2002/01	2000/99	2001/00	2002/01
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Erwerbspersonen</b> (im Inland)	+ 465	+ 128	- 20	+ 492	+ 219	+ 48	- 28	- 91	- 69
davon:									
Arbeitslose	- 210	- 37	+ 209	- 226	- 52	+ 171	+ 15	+ 15	+ 37
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+ 675	+ 165	- 229	+ 718	+ 271	- 123	- 43	- 106	- 106
dav.: Selbstständige und Mithelfende <sup>1)</sup>	+ 62	+ 80	+ 17	+ 48	+ 67	+ 5	+ 14	+ 13	+ 12
Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	+ 613	+ 85	- 246	+ 670	+ 204	- 128	- 57	- 119	- 118
<b>Pendlersaldo</b> <sup>2)</sup>	- 1	- 3	+ 0	+ 46	+ 42	+ 28	- 48	- 45	- 28
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>									
Kurzarbeiter (Vollzeitäquivalent)	- 4	+ 13	+ 29	- 4	+ 12	+ 21	0	+ 1	+ 7
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	- 32	- 41	- 41	- 8	- 7	- 11	- 24	- 34	- 30
Beschäftigte in Maßnahmen zur Förderung regulärer Beschäftigung <sup>3)</sup>	- 81	- 17	+ 11	- 16	- 5	+ 7	- 65	- 12	+ 4
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung	- 9	- 9	- 15	- 6	- 6	- 8	- 3	- 4	- 7
Vorruhestandsähnliche Regelungen (§ 428 SGB III + Altersteilzeit nur von der BA geförderte Fälle)	+ 7	+ 49	+ 78	+ 10	+ 43	+ 60	- 4	+ 7	+ 18

<sup>1)</sup> Statistisches Bundesamt; BGW und BGO Zahlen Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

<sup>2)</sup> Einpendler minus Auspendler; Quelle IAB.

<sup>3)</sup> SAM OfW, EGZ, EZN, EV (bis 2001), Bhi, Überbrückungsgeld; ab 2002 EZ bei Vertretung und Arbeitsentgeltzuschuss.



Tabelle I.3

Zur Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes seit der Wiedervereinigung (in Tausend)												
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
<b>Deutschland</b>												
<b>Erwerbstätige</b>												
Bestand	38 454	37 878	37 365	37 304	37 382	37 270	37 208	37 616	38 077	38 752	38 917	38 688
Veränderung geg. Vorjahr		-576	-513	-61	78	-112	-62	408	461	675	165	-229
dar.: in ABM und trad. SAM	266	466	310	339	385	353	288	269	293	260	220	179
<b>Erwerbspersonenpotenzial<sup>1)</sup></b>												
Bestand	43 119	43 430	43 667	43 773	43 910	44 103	44 369	44 536	44 737	44 881	45 152	45 256
Veränderung geg. Vorjahr		311	237	106	137	193	266	167	201	144	271	104
<b>Arbeitslose</b>												
Bestand	2 602	2 978	3 419	3 698	3 612	3 965	4 385	4 279	4 099	3 889	3 852	4 060
Veränderung geg. Vorjahr		376	441	279	-86	353	420	-106	-180	-210	-37	208
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)	6,4	7,7	8,9	9,6	9,4	10,4	11,4	11,1	10,5	9,6	9,4	9,8
<b>Stille Reserve insges.<sup>1)</sup></b>												
Bestand	2 063	2 574	2 883	2 771	2 916	2 868	2 776	2 641	2 560	2 240	2 384	2 527
Veränderung geg. Vorjahr		511	309	-112	145	-48	-92	-135	-81	-320	144	143
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	1 156	1 668	1 692	1 390	1 155	996	814	702	714	697	724	783
<b>Ausbildungsstellenmarkt</b>												
Gemeldete Ausbildungsstellen <sup>2)</sup>	834	831	773	683	633	609	607	604	629	625	631	586
Gemeldete Bewerber <sup>2)</sup>	565	542	570	626	670	717	772	797	803	770	738	711
<b>Bundesgebiet West</b>												
<b>Erwerbstätige<sup>1)</sup></b>												
Bestand	31 116	31 429	31 056	30 825	30 798	30 767	30 831	31 216	31 656	32 374	32 645	32 522
Veränderung geg. Vorjahr		313	-373	-231	-27	-31	64	385	440	718	271	-123
dar.: in ABM und trad. SAM	83	78	51	58	72	76	67	69	76	68	61	50
<b>Erwerbspersonenpotenzial<sup>1)</sup></b>												
Bestand	34 153	34 576	34 832	34 988	35 189	35 432	35 766	36 003	36 299	36 550	36 905	37 049
Veränderung geg. Vorjahr		423	256	156	201	243	334	237	296	251	355	144
<b>Arbeitslose</b>												
Bestand	1 689	1 808	2 270	2 556	2 565	2 796	3 021	2 904	2 756	2 539	2 478	2 649
Veränderung geg. Vorjahr		119	462	286	9	231	225	-117	-148	-217	-61	171
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)	5,7	5,9	7,3	8,2	8,3	9,1	9,8	9,4	8,8	7,8	7,4	7,9
<b>Stille Reserve insges.<sup>1)</sup></b>												
Bestand	1 348	1 339	1 506	1 607	1 826	1 869	1 914	1 883	1 887	1 646	1 783	1 894
Veränderung geg. Vorjahr		-9	167	101	219	43	45	-31	4	-241	137	111
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	446	458	501	485	514	524	462	409	427	421	447	496
<b>Ausbildungsstellenmarkt</b>												
Gemeldete Ausbildungsstellen <sup>2)</sup>	711	722	667	561	513	490	476	474	491	498	510	475
Gemeldete Bewerber <sup>2)</sup>	419	403	424	455	478	508	546	567	568	546	525	506
<b>Bundesgebiet Ost</b>												
<b>Erwerbstätige<sup>1)</sup></b>												
Bestand	7 338	6 449	6 309	6 479	6 584	6 503	6 377	6 400	6 421	6 378	6 272	6 166
Veränderung geg. Vorjahr		-889	-140	170	105	-81	-126	23	21	-43	-106	-106
dar.: in ABM und trad. SAM	183	388	259	281	313	277	221	200	217	197	159	129
<b>Erwerbspersonenpotenzial<sup>1)</sup></b>												
Bestand	8 966	8 854	8 835	8 785	8 721	8 670	8 603	8 533	8 438	8 330	8 247	8 207
Veränderung geg. Vorjahr		-112	-19	-50	-64	-51	-67	-70	-95	-108	-83	-40
<b>Arbeitslose</b>												
Bestand	913	1 170	1 149	1 142	1 047	1 169	1 364	1 375	1 344	1 359	1 374	1 411
Veränderung geg. Vorjahr		257	-21	-7	-95	122	195	11	-31	15	15	37
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)	11,1	15,4	15,1	15,2	14,0	15,7	18,1	18,2	17,6	17,4	17,5	18,0
<b>Stille Reserve insges.<sup>1)</sup></b>												
Bestand	715	1 235	1 377	1 164	1 090	998	862	758	673	593	602	634
Veränderung geg. Vorjahr		520	142	-213	-74	-92	-136	-104	-85	-80	9	32
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	710	1 210	1 191	905	642	472	352	293	287	276	277	287
<b>Ausbildungsstellenmarkt</b>												
Gemeldete Ausbildungsstellen <sup>2)</sup>	122	109	105	122	120	119	131	130	138	127	121	111
dar. betriebliche					99	98	98	92	87	88	79	70
Berufsausbildungsstellen												
Gemeldete Bewerber <sup>2)</sup>	146	138	146	171	192	209	226	229	235	224	213	205

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit.

<sup>1)</sup> Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.<sup>2)</sup> Meldungen im Verlauf des Berufsberatungsjahres (jeweils 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September).

## II. A. Angebot von Arbeitskräften

### 1. Deutschland

#### Kräfteangebot: Trotz anhaltender demografischer Entlastung weiter gestiegen

Im Jahr 2002 hat sich in Deutschland das Angebot von Arbeitskräften weiter erhöht. Maßgebend dafür waren eine weiter steigende Er-

werbsbeteiligung und Zuwanderungen, die durch die demografische Entwicklung nur z.T. kompensiert worden sind. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt das **Erwerbspersonenpotenzial** im Jahresdurchschnitt 2002 vorläufig auf 45,26 Mio, dies sind rd. 105.000 mehr als 2001 (2001/00: rd. +270.000; 2000/1999: rd. +140.000). Dabei wird die Entwicklung – insgesamt, aber auch in den einzelnen Komponenten – wie bisher vom Westen dominiert (s.u.). Bis einschl. 1993 war das Kräftepotenzial aber noch wesentlich stärker gewachsen (vgl. Tabellen II.A.1 und I.3).<sup>1)</sup>

Ausschlaggebend auch für die jüngste Zunahme des Arbeitsangebotes war die nach wie vor steigende **Erwerbsneigung**, d.h. der Umstand, dass ein immer größerer Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter arbeiten will. Das IAB veranschlagt den Einfluss dieser Verhaltenskomponente auf die jahresdurchschnittliche Veränderung des Kräftepotenzials 2002/2001 allerdings nur noch auf rd. +180.000, also deutlich weniger als in den Vorjahren (2001/00: rd. +310.000; 2000/1999: rd. +280.000). Anders als zuvor handelt es sich dabei nur noch zum kleineren Teil um das Interesse – vor allem von Ehefrauen, Schülern, Studenten und Rentnern – an einer ausschließlich geringfügigen Beschäftigung.

Auf Grund von **Wanderungen** hat sich das Erwerbspersonenpotenzial jahresdurchschnittlich 2002/2001 um rd. 90.000 erhöht (2001/00: rd. +140.000; 2000/99: rd. +50.000). Seit Mitte der 90er Jahre lassen Zuwanderungen das Kräfteangebot immer weniger steigen.

Positive Verhaltens- und Wanderungskomponenten wurden allerdings weiterhin großenteils ausgeglichen durch die **demografische Entwicklung**, d.h. den langfristigen Trend, dass mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben scheiden als junge nachrücken. Das IAB schätzt die Größe dieses Faktors 2002/2001 auf jahresdurchschnittlich rd. –160.000, d.h. etwas weniger als in den Jahren zuvor (2001/00: rd. –180.000; 2000/1999: rd. –210.000).<sup>2)</sup>

Die **Erwerbsquote**, d.h. der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren), belief sich 2002 bundesweit auf 72% (Vorjahr 71%; vgl. Tabelle II.A.2).

Damit liegt Deutschland im **europäischen Vergleich** weiterhin über dem Durchschnitt (70%). Die höchste Erwerbsquote hat seit Jahren Dänemark mit zuletzt 80%, gefolgt von Schweden (78%), Finnland (77%) und den Niederlanden (77%). Stark unterdurchschnittliche Quoten wiesen nach wie vor Italien (61%), Griechenland (63%) sowie Luxemburg und Belgien auf (64%). Europaweit hat sich der Trend steigender Erwerbsquoten zuletzt wieder fortgesetzt.

Dabei nimmt die Erwerbsneigung der Frauen weiterhin etwas zu. Während z.B. in Deutschland die Erwerbsquote der **Männer** seit Jahren leicht rückläufig ist, hat sie sich bei **Frauen** von gut 61% im Jahr 1996 auf 64% im Jahr 2002 erhöht.<sup>3)</sup> Damit lag die Erwerbsquote der Frauen nach wie vor deutlich unter der der Männer; dies gilt grundsätzlich europaweit, allerdings mit beträchtlichen Unterschieden (vgl. Tabelle II.A.2).

Bei der **Erwerbsquote der Männer** lag Deutschland 2002 mit knapp 79% kaum noch über dem europäischen Durchschnitt (78%). Besonders hohe männliche Erwerbsquoten wiesen nach wie vor die Niederlande (85%), Dänemark (84%) und das Vereinigte Königreich auf (82%), vergleichsweise niedrige unverändert Belgien (73%), Italien (74%) sowie Frankreich (76%).

Die **Erwerbsquote für Frauen** war auch 2002 in Deutschland mit 64% merklich größer als im EU-Durchschnitt (61%). Weitaus die höchsten weiblichen Erwerbsquoten hatten wie bisher die skandinavischen Länder Schweden und Dänemark (76%) und Finnland (75%); nach wie vor die niedrigsten die Mittelmeerländer Italien (48%), Griechenland (50%), Spanien und Luxemburg (53%).

Deutschland hatte 2002 eine Erwerbsquote der Älteren (50 bis 64 Jahre) von 56% und lag damit weiterhin leicht über dem europäischen Durchschnitt von 55%. Die bei weitem höchsten Quoten hatten die skandinavischen Länder Schwe-

<sup>1)</sup> Vgl. zum gesamten Kapitel II.A: Autorengemeinschaft, Bundesrepublik Deutschland. Der Arbeitsmarkt 2003 und 2004, IAB-Kurzbericht Nr. 1 vom 5.2.2003; dies., Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2002 und 2003, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 36. Jg. (2003), Heft 1.

<sup>2)</sup> Vgl. auch Wolfram Kempe, Steigende Erwerbsneigung kompensiert demografischen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Zukunft, in: Wirtschaft im Wandel, 2000, Heft 4, S. 91 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. Gerhard Engelbrech, Maria Jungkunst, Erwerbsbeteiligung von Frauen. Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut?, IAB-Kurzbericht, Nr. 7 vom 12.04.2001.

den (77%) und Dänemark (70%); die geringsten Italien und Belgien (43%; vgl. Tabelle II.A.4).

Die gesamtdeutschen Erwerbsquoten und die bundesweiten Veränderungen in den Komponenten des Kräfteangebots verdecken die erheblichen **Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern**. Gemeinsam ist beiden Landesteilen eigentlich nur die etwa gleich hohe Erwerbsquote der Männer (2001, neuere Daten liegen nicht vor) sowie die negative demografische Komponente, die im Osten aber inzwischen nur noch geringe Bedeutung hat. Abgesehen davon bestehen weiterhin beträchtliche Differenzen vor allem in folgenden Punkten:

- Die Erwerbsquote insgesamt ist – wegen der nach wie vor wesentlich größeren Erwerbsneigung der Frauen – im Osten deutlich höher als im Westen (vgl. Tabelle II.A.3).
- Verhaltens- und Wanderungskomponenten, aber auch Pendlereffekte, haben allein im Westen das Kräfteangebot beträchtlich steigen lassen; im Osten haben sie das Erwerbspersonenpotenzial leicht gemindert.
- Schließlich spielen Ausländer im Westen eine wesentlich größere Rolle als im Osten, wo ihr Anteil an Wohnbevölkerung und Erwerbspersonenpotenzial ausgesprochen klein ist.

Diese Unterschiede sprechen weiterhin für eine im Einzelnen getrennte Darstellung der Entwicklungen in den alten und den neuen Ländern (vgl. Abschnitte II.A.2 und 3).

## 2. Alte Länder

### Nach wie vor zunehmendes Kräfteangebot infolge von Verhaltens-, Wanderungs- und Pendlereffekten

relativ ungünstigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Westen beigetragen (vgl. Abschnitt II.C.2). Nach erster Einschätzung des IAB belief sich das Erwerbspersonenpotenzial im Jahresdurchschnitt 2002 auf 37,05 Mio, dies sind rd. 140.000 mehr als im Vorjahr (2001/00: rd. +360.000; 2000/1999: rd. +250.000). Von Ende der 60er Jahre bis 1993 hatte es – vor allem wegen starker Zuwanderungen – aber noch größere Zunahmen gegeben (vgl. Tabelle I.3 und Abbildung I.7). Hinter dem jüngsten Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials standen z.T. gegenläufige Veränderungen bei den einzelnen Komponenten:

Maßgebend war auch zuletzt die Zunahme der **Erwerbsneigung** (Verhaltenskomponente). Dadurch dürfte sich – nach ersten Schätzungen des IAB – das Arbeitsangebot 2002/01 jahresdurchschnittlich um rd. 175.000 Personen erhöht haben, gleichwohl deutlich schwächer als in den Jahren zuvor (2001/00: rd. +300.000; 2000/1999: rd. +300.000). Die Verkleinerung des Anstiegs beruht – ebenfalls nach IAB-Einschätzung – darauf, dass die Zahl der Interessenten an

ausschließlich geringfügiger Beschäftigung zuletzt nicht mehr zugenommen hat (2001/00: rd. +60.000; 2000/1999: +250.000). Dabei handelt es sich größtenteils um Personen wie Hausfrauen, Schüler, Studenten und Rentner, die im Fall der Nicht-Beschäftigung i.d.R. nicht als Arbeitslose in Erscheinung treten, sondern wohl eher der Stillen Reserve zuzurechnen sind. Die Zunahme entfällt also ausschließlich auf die Erwerbsorientierung im traditionellen Sinn, d.h. auf verstärkte Bereitschaft, besonders von Ehefrauen, eine nicht nur geringfügige Beschäftigung auszuüben (rd. +180.000; 2001/00: rd. +240.000; 2000/1999: rd. +250.000).

Jedenfalls ist die **Erwerbsquote der Frauen** in den alten Ländern, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Mikrozensus), 2001 weiter gestiegen, nachdem sie in früheren Jahren nahezu konstant geblieben war (vgl. Tabelle II.A.3). Von 2000 auf 2001 (neuere Zahlen liegen nicht vor) erhöhte sie sich um 1,1 Prozentpunkte auf 63,2%. (2000/1999: +0,4 Prozentpunkte; 1999/98: +1,2 Prozentpunkte).<sup>4)</sup> Die **Erwerbsquote der Männer** hingegen hat sich mit 80,1% kaum geändert (2000/1999: –0,8 Prozentpunkte; 1999/98 dagegen: +0,6 Prozentpunkte).

Dem Wachstum des Kräfteangebots auf Grund erhöhter Erwerbsneigung stand aber weiterhin eine negative **demografische Komponente** gegenüber. Auf Grund der langfristigen Tendenz, dass mehr alte Menschen ihr Erwerbsleben beenden als junge beginnen, hat sich, nach IAB-Schätzung, das Erwerbspersonenpotenzial in den alten Ländern von 2001 auf 2002 jahresdurchschnittlich um rd. 160.000 verringert, d.h. ähnlich wie in den Jahren zuvor (2001/00: rd. –170.000; 2000/1999: rd. –170.000). Dies beruht nach wie vor allein auf der **deutschen Bevölkerung**, deren Arbeitsangebot aus diesem Grund um ca. 185.000 abgenommen hat (2001/00: rd. –210.000; 2000/1999: rd. –230.000). Das **ausländische Erwerbspersonenpotenzial** nahm dagegen um ca. +30.000 zu (2001/00: rd. +50.000; 2000/1999: rd. +60.000), weil relativ starke Jahrgänge einer zweiten und dritten Ausländergeneration den Arbeitsmarkt erreichten.

**Wanderungseffekte** haben weiterhin das Kräfteangebot steigen lassen, nämlich von 2001 auf 2002 um jahresdurchschnittlich rd. 125.000 (2001/00: rd. +170.000; 2000/1999: rd. +80.000). Davon entfielen, ähnlich wie in den Vorjahren, rd. 85.000 auf **Deutsche**. Dies resultierte aus folgenden Quellen:

- Der Effekt auf Grund der Wanderung von Deutschen **aus den neuen Ländern** wird, ähnlich wie in den Vorjahren, mit rd. 110.000 veranschlagt; diese Zunahme wird jedoch nach wie vor größtenteils kompensiert durch Wanderungen **von West nach Ost**, und zwar im Umfang von rd. 70.000. Diese Schätzungen beruhen auf folgenden Annahmen über Bevölkerungsbewegungen im Jahr 2002: weitgehend unverändert rd. 220.000 Zuzüge aus den neu-

<sup>4)</sup> Vgl. Reinhold Zahn, Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflussfaktoren, in: Wirtschaft und Statistik, 1999, Heft 1, S. 28 ff.

en in die alten Länder, andererseits wie bisher rd. 130.000 Fortzüge in die umgekehrte Richtung.

- Der Zuwachs des Kräftepotenzials auf Grund der Zuwanderung von **Spätaussiedlern** wird, ähnlich wie in den Jahren zuvor, auf ca. 40.000 geschätzt. Dahinter steht eine Bevölkerungszunahme von unverändert gut 70.000, nachdem der Zuzug in die Bundesrepublik gesetzlich auf jährlich 100.000 begrenzt ist (ab 1.1.2000). Was die regionale Herkunft der Spätaussiedler betrifft, bestimmen Zuzüge aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion inzwischen das Bild fast völlig (99% aller Zuwanderungen).

Der Potenzialeffekt infolge der Zuwanderung von **Ausländern** wird auf rd. 40.000 veranschlagt (2001/00: rd. +90.000; 2000/1999: rd. +10.000).

- Der starke Anstieg des Vorjahres beruhte vor allem auf der Erleichterung der Arbeitserlaubnis für **Asylbewerber**, d.h. genauer auf der mit Wirkung ab 15.12.2000 erfolgten Aufhebung des Erlasses vom Mai 1997, der Asylbewerbern eine Arbeitsaufnahme praktisch verbot. Somit konnte in den Vorjahren die Asylwanderung das Kräftepotenzial nicht erhöhen (Potenzialstau). Dabei belief sich im Jahr 2002 der Zuzug von Asylbewerbern, ähnlich wie in den Jahren seit 1997, auf rd. 60.000 Personen. Die jüngste, asylwanderungsbedingte Potenzialzunahme resultiert also ganz überwiegend aus einem Rückstau – bzw. Nachholeffekt.
- Die **sonstigen Auslandswanderungen** (einschließlich von Deutschen) spielten für die Zunahme des Kräfteangebots – ähnlich wie im Jahr 2001 – kaum eine Rolle.

So hat sich – im Zuge der konjunkturellen Abschwächung – auch die Zahl der erteilten **Arbeitsgenehmigungen** für ausländische Arbeitskräfte weiter verringert. Dabei ist zu beachten, dass Arbeitsgenehmigungen von Angehörigen der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)<sup>5)</sup> sowie von gleichgestellten, bevorrechtigten Ausländern nicht benötigt werden. Die Zahl erteilter Arbeitsgenehmigungen ist von 2001 auf 2002 um 119.300 auf rd. 0,88 Mio gesunken (2001/00: –35.700). Zum größten Teil handelt es sich dabei um **Arbeitserlaubnisse**, die nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und u.U. mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich Art und Ort der Tätigkeit erteilt werden (vgl. § 285 SGB III). Deren Zahl hat um 86.400 auf 0,76 Mio abgenommen. Der Rückgang entfällt größtenteils auf Erlaubnisse für die Fortsetzung einer Tätigkeit (–54.600 auf 0,21 Mio), was wohl auf der verstärkten Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen in ihre Heimatländer auf dem Balkan beruht. Erlaubnisse für eine erstmalige oder erneute Beschäftigung haben – anders als im Jahr zuvor – ebenfalls abgenommen (–16.500 auf 0,39 Mio bzw. –15.400 auf 0,17 Mio). Die Zahl der **Arbeitsberechtigungen**, die unabhängig von der Arbeitsmarktlage und ohne Einschränkung erteilt werden (vgl. § 286 SGB III), hat sich um 32.900 auf 0,12 Mio verringert, und zwar sowohl zwecks erstmaliger als auch erneuter Beschäftigung (–15.400 auf 0,09 Mio bzw. –12.100 auf 0,02 Mio; vgl. Anhang, Tabelle IV.E.14).

Die bisherigen Ausführungen bewegten sich im Wesentlichen im Rahmen des Inländer- bzw. Wohnortkonzepts. Für das im **Inland bzw. am Arbeitsort** wirksame Kräfteangebot sind die **Pendler** in Rechnung zu stellen, d.h.: Die Zahl der Personen, die nicht in Westdeutschland wohnen aber dort arbeiten (Einpendler), ist mitzuzählen und die Zahl derjenigen, die in den alten Ländern wohnen, aber außerhalb ihrer Grenzen beschäftigt sind (Auspendler), ist abzuziehen. Im Jahr 2002 hat sich gegenüber 2001 der jahresdurchschnittliche Pendlersaldo (Einpendler minus Auspendler), nach IAB-Schätzung, um rd. 30.000 auf rd. +570.000 erhöht (Vorjahre: rd. +40.000).

Die Zunahme beruht allein auf der Entwicklung des **innerdeutschen Pendlersaldos**, der nach wie vor die weitaus größte Bedeutung hat und sich 2002/2001 um rd. 30.000 auf rd. 510.000 vergrößert hat (Vorjahre: rd. +40.000). So ist die Zahl der Einpendler aus Ostdeutschland weiter spürbar gestiegen, und zwar um rd. 30.000 auf rd. 690.000 (2001/00: rd. +50.000; 2000/1999: rd. +60.000), die der Auspendler in die neuen Länder dagegen lag bei unverändert rd. 170.000. Etwa die Hälfte der innerdeutschen Ein- und Auspendler entfällt auf Berlin-West und ist weitgehend Teil normaler Arbeitsmarktbeziehungen innerhalb einer Metropole oder zwischen ihr und ihrem Umland. Der **Pendlersaldo mit dem Ausland** (Deutsche und Ausländer) hat sich mit rd. +60.000 dagegen kaum verändert. So standen nach wie vor rd. 160.000 Einpendlern gut 100.000 Auspendler gegenüber.

Die Beschäftigung ausländischer **Arbeitskräfte auf Werkvertragsbasis** hat sich nicht weiter erhöht. Im Inland tätige ausländische Werkvertragsarbeitnehmer werden allerdings nicht in der Erwerbstätigenstatistik gezählt, da ihre Arbeitsleistung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Dienstleistungsimport gilt. Deshalb werden sie hier nachrichtlich ausgewiesen. Die Kontingente für Werkvertragsarbeitnehmer auf Grund von Regierungsvereinbarungen aus mittel- und osteuropäischen Ländern sind für **Deutschland** – anders als in den Vorjahren – von 2001 auf 2002 leicht reduziert worden (–1.700 auf 56.600; 2001/00: +700; 2000/1999: +3.900). Dabei nahm die jahresdurchschnittliche Zahl beschäftigter Werkvertragsarbeitnehmer aus diesen Staaten um 1.400 auf 45.400 ab (2001/00: +3.200; 2000/1999: +3.700). Praktisch unverändert 98% der Werkvertragsarbeitnehmer entfallen auf die alten Länder (einschl. Berlin-Ost). Wesentlich größer dürfte die Zahl jener Werkvertragsarbeitnehmer aus EU-Ländern sein, die seit Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes (Anfang 1993) – im Rahmen der Freizügigkeit, also kontingentfrei – in Deutschland tätig sind. Ihre Zahl wurde 1997 bundesweit auf 165.000 geschätzt. Wegen der anhaltenden Schwäche am Bau und auf Grund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ist sie seitdem aber wohl deutlich kleiner geworden.

<sup>5)</sup> Zum EWR gehören – außer den Ländern der EU – Island, Liechtenstein und Norwegen.

### 3. Neue Länder

#### Weiterhin sinkendes Kräfteangebot auf Grund von Wanderungs- und Pendlereffekten

Das **Angebot an Arbeitskräften** in den neuen Ländern hat sich im Jahr 2002 weiter verringert, wenngleich weniger als in den Jahren zuvor. Dabei waren vor allem Abwanderungen und

ein zunehmender Bestand an Auspendlern von Einfluss. Dagegen spielten negative Effekte von Demografie und Erwerbsbeteiligung kaum eine Rolle. Insgesamt hat sich – nach ersten Schätzungen des IAB – das Erwerbspersonenpotenzial von 2001 auf 2002 jahresdurchschnittlich um rd. 40.000 auf 8,21 Mio verringert (2001/00: rd. –80.000; 2000/1999: rd. –110.000; vgl. auch Tabelle I.3 und Abbildung I.7). Die Entwicklungen im Einzelnen:

Im Jahr 2002 hat sich die **Erwerbsbeteiligung** praktisch nicht verändert (Potenzialeffekt: rd. +5.000; 2001/00: rd. +10.000; 2000/1999: –5.000). In früheren Jahren gab es z.T. gegenläufige Veränderungen nach Altersgruppen. So waren, vor allem wegen des häufigeren oder längeren Besuchs weiterführender Schulen und Hochschulen, junge Menschen zunehmend später ins Erwerbsleben getreten. Anscheinend ist die Annäherung des Bildungsverhaltens im Osten an jenes im Westen mittlerweile weit fortgeschritten. Dagegen ist die Erwerbsneigung älterer Frauen (über 50 Jahre) tendenziell gestiegen. Schließlich dürfte die Neigung, geringfügig zu arbeiten, zuletzt etwas zugenommen haben.

Gemäß Mikrozensus vom Mai 2001 (neuere Zahlen liegen nicht vor) lag die **Erwerbsquote der Frauen**, also der Anteil der erwerbstätigen und erwerbslosen Frauen an allen Frauen im Alter vom 15 bis 65 Jahren, bei 72,5% (Vorjahr: 72,2%), die der Männer entsprechend bei 79,7% (Vorjahr: 79,8%; vgl. Tabelle II.A.3). Während die Erwerbsbeteiligung der Männer inzwischen in beiden Teilen Deutschlands praktisch gleich ist, lag die der Frauen in den neuen Ländern wie bisher um rd. 10 Prozentpunkte über der der West-Frauen (63,2%). Erwerbstätigkeit hat für Frauen der neuen Länder nach wie vor einen zentralen und höheren Stellenwert. Deshalb ziehen sie sich trotz schlechter Beschäftigungschancen kaum vom Arbeitsmarkt zurück. Ihre größere Erwerbsbeteiligung schlägt sich aber nicht nur in wesentlich höherer Arbeitslosigkeit, sondern auch in vergleichsweise hoher Erwerbstätigkeit nieder (vgl. Abschnitte II.B.3 und C.3). Infolge der im Osten höheren weiblichen Erwerbsneigung lag die Erwerbsquote für Männer und Frauen zusammengenommen mit 76,2% wie bisher deutlich über der im Westen (+4,5 Prozentpunkte).

Auch die **demografische Entwicklung** hat 2002/2001 das Kräfteangebot insgesamt nicht mehr sinken lassen (2001/00: rd. –10.000; Vorjahre: rd. –30.000). Dass mehr alte Menschen aus dem Erwerbsleben geschieden als jüngere nachgewachsen sind, beschränkt sich vermutlich nach wie

vor auf Deutsche; die ausländische Erwerbsbevölkerung hat – trotz leichten Wachstums – zwar in den neuen Ländern nach wie vor geringes Gewicht, konnte aber wohl diese Tendenz ausgleichen.

Infolge von **Wanderungen** hat sich auch zuletzt das Erwerbspersonenpotenzial – anders als Mitte der 90er Jahre – weiter verringert, und zwar mit ca. –40.000 mehr als in den beiden Jahren zuvor (2001/00: rd. –30.000; 2000/1999: rd. –20.000). Dies geht zum größten Teil auf einen weiter wachsenden innerdeutschen Wanderungssaldo zurück (Potenzialeffekt: rd. –40.000; vgl. Abschnitt II.A.2). Aber auch die sonstige Auslandswanderung von Deutschen wirkte in diese Richtung (unverändert: rd. –10.000). Dagegen hat die anhaltende Zuwanderung von Spätaussiedlern (wie bisher rd. 20.000) das Kräfteangebot weiter steigen lassen (jahresdurchschnittlich unverändert rd. +10.000). Auch Potenzialeffekte der Wanderung von Ausländern schlugen – anders als in den Jahren zuvor – positiv zu Buche (rd. +10.000), nämlich auf Grund der Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylbewerber (vgl. Abschnitt II.A.2).

Die nach wie vor geringe, gleichwohl zunehmende Bedeutung des ausländischen Kräfteangebotes spiegelt sich auch in einer relativ kleinen, aber gewachsenen Zahl von **Arbeitsgenehmigungen** wider. So wurden im Jahr 2002 insgesamt 61.800 Arbeitsgenehmigungen erteilt, dies sind 9.900 mehr als 2001. Der größte Teil entfiel auf Arbeitserlaubnisse und Arbeitsberechtigungen für erstmalige Beschäftigungen (+3.400 auf 30.700 bzw. +4.300 auf 17.700; vgl. Abschnitt II.A.2 sowie Anhang, Tabelle IV.E.14).

Neben den Wanderungen hat auch im Jahr 2002 die Veränderung des innerdeutschen **Pendlersaldos** (Einpendler minus Auspendler) zur Verringerung des Kräfteangebotes beigetragen, was im Rahmen des Arbeitsortkonzepts zu berücksichtigen ist. Jahresdurchschnittlich hat er sich um rd. –30.000 auf rd. –510.000 vergrößert (Vorjahre: rd. –40.000; vgl. Abschnitt II.A.2).

Zusammengenommen hat allein der **innerdeutsche Wanderungs- und Pendlersaldoeffekt** das Erwerbspersonenpotenzial von 2001 auf 2002 weiterhin um jahresdurchschnittlich rd. 65.000 sinken lassen. Dies ist vor allem eine Reaktion der Anbieter von Arbeitskraft auf die anhaltenden strukturellen Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt im Osten. Dabei ist die regionale Mobilität durch die Vermittlung der Arbeitsämter und/oder die Gewährung von Mobilitätshilfen gefördert worden. Bemerkenswerterweise haben sich diese Prozesse – trotz der Konzentration des aktuellen konjunkturellen Abschwungs auf den Westen – nicht abgeschwächt.

**Ausländische Werkvertragsarbeitnehmer** werden hier nur als „Erinnerungsposten“ ausgewiesen, da sie nicht zu den Erwerbspersonen zählen. Die Zahl der im Rahmen der vereinbarten Kontingente Tätigen kann für das Gebiet der neuen Länder nach wie vor vernachlässigt werden (vgl. Abschnitt II.A.2).

Tabelle II.A.1

Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbspersonen und Arbeitslosenquoten (in Tausend)											
Jahr	Erwerbspersonenpotenzial <sup>1)</sup>									Arbeitslosenquote in % auf der Basis	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		darunter (Spalte 1): Erwerbspersonen						aller zivilen Erwerbs- personen	abhängiger zivilier Erwerbs- personen
				Erwerbstätige <sup>2)</sup>			Arbeitslose <sup>3)</sup>				
		absolut	in %	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
<b>Deutschland</b>											
1992	43 430	+ 339	+ 0,8	37 878	- 576	- 1,5	2 978	+ 358	+ 13,7	7,7	8,5
1993	43 667	+ 237	+ 0,5	37 365	- 513	- 1,4	3 419	+ 441	+ 14,8	8,9	9,8
1994	41 773	- 1 894	- 4,3	37 304	- 61	- 0,2	3 698	+ 279	+ 8,2	9,6	10,6
1995	43 910	+ 2 137	+ 5,1	37 382	+ 78	+ 0,2	3 612	- 86	- 2,3	9,4	10,4
1996	44 103	+ 193	+ 0,4	37 270	- 112	- 0,3	3 965	+ 353	+ 9,8	10,4	11,5
1997	44 369	+ 266	+ 0,6	37 208	- 62	- 0,2	4 385	+ 420	+ 10,6	11,4	12,7
1998	44 536	+ 167	+ 0,4	37 616	+ 408	+ 1,1	4 279	- 106	- 2,4	11,1	12,3
1999	44 737	+ 201	+ 0,5	38 077	+ 461	+ 1,2	4 099	- 180	- 4,2	10,5	11,7
2000	44 881	+ 144	+ 0,3	38 752	+ 675	+ 1,8	3 889	- 210	- 5,1	9,6	10,7
2001	45 152	+ 271	+ 0,6	38 917	+ 165	+ 0,4	3 852	- 37	- 1,0	9,4	10,3
<b>2002</b>	<b>45 256</b>	<b>+ 104</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>38 688</b>	<b>- 229</b>	<b>- 0,6</b>	<b>4 060</b>	<b>+ 208</b>	<b>+ 5,4</b>	<b>9,8</b>	<b>10,8</b>
<b>Bundesgebiet West</b>											
1992	34 576	+ 536	+ 1,6	31 429	+ 404	+ 1,3	1 808	+ 119	+ 7,0	5,9	6,6
1993	34 832	+ 256	+ 0,7	31 056	- 373	- 1,2	2 270	+ 462	+ 25,6	7,3	8,2
1994	34 988	+ 156	+ 0,4	30 825	- 231	- 0,7	2 556	+ 286	+ 12,6	8,2	9,2
1995	35 189	+ 201	+ 0,6	30 798	- 27	- 0,1	2 565	+ 9	+ 0,4	8,3	9,3
1996	35 432	+ 243	+ 0,7	30 767	- 31	- 0,1	2 796	+ 231	+ 9,0	9,1	10,1
1997	35 766	+ 334	+ 0,9	30 831	+ 64	+ 0,2	3 021	+ 225	+ 8,0	9,8	11,0
1998	36 003	+ 237	+ 0,7	31 216	+ 385	+ 1,2	2 904	- 117	- 3,9	9,4	10,5
1999	36 299	+ 296	+ 0,8	31 656	+ 440	+ 1,4	2 756	- 148	- 5,1	8,8	9,9
2000	36 550	+ 251	+ 0,7	32 374	+ 718	+ 2,3	2 529	- 227	- 8,2	7,8	8,7
2001	36 905	+ 355	+ 1,0	32 645	+ 271	+ 0,8	2 478	- 51	- 2,0	7,4	8,3
<b>2002</b>	<b>37 049</b>	<b>+ 144</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>32 522</b>	<b>+ 123</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>2 649</b>	<b>+ 171</b>	<b>+ 6,9</b>	<b>7,9</b>	<b>8,7</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>											
1992	8 854	- 197	- 2,2	6 449	- 980	- 13,3	1 170	+ 239	+ 25,7	14,4	14,8
1993	8 835	- 19	- 0,2	6 309	- 140	- 2,2	1 149	- 21	- 1,8	15,1	15,8
1994	6 785	- 2 050	- 23,2	6 479	+ 170	+ 2,7	1 142	- 7	- 0,6	15,2	16
1995	8 721	+ 1 936	+ 28,5	6 584	+ 105	+ 1,6	1 047	- 95	- 8,3	14,0	14,9
1996	8 670	- 51	- 0,6	6 503	- 81	- 1,2	1 169	+ 122	+ 11,7	15,7	16,7
1997	8 603	- 67	- 0,8	6 377	- 126	- 1,9	1 364	+ 195	+ 16,7	18,1	19,5
1998	8 533	- 70	- 0,8	6 400	+ 23	+ 0,4	1 375	+ 11	+ 0,8	18,2	19,5
1999	8 438	- 95	- 1,1	6 421	+ 21	+ 0,3	1 344	- 31	- 2,3	17,6	19,0
2000	8 330	- 108	- 1,3	6 378	- 43	- 0,7	1 359	+ 15	+ 1,1	17,4	18,8
2001	8 247	- 83	- 1,0	6 272	- 106	- 1,7	1 374	+ 15	+ 1,1	17,5	18,9
<b>2002</b>	<b>8 207</b>	<b>- 40</b>	<b>- 0,5</b>	<b>6 166</b>	<b>- 106</b>	<b>- 1,7</b>	<b>1 411</b>	<b>+ 37</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>18,0</b>	<b>19,5</b>

<sup>1)</sup> Erwerbspersonenpotenzial sowie Erwerbstätige nach BGW bzw. BGO: IAB-Schätzung.

<sup>2)</sup> Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept (Beschäftigungsortkonzept); Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR); BGW/BGO IAB-Schätzung.

<sup>3)</sup> Arbeitslose nach dem Wohnortprinzip aus den monatlichen Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit.

Tabelle II.A.2

Erwerbsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht <sup>1)2)</sup>												
Land	Erwerbsquoten											
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Insgesamt</b>												
Belgien	60,1	60,6	60,9	61,7	62,1	62,2	62,6	63,2	64,6	65,2	63,6	64,1
Dänemark	82,2	82,0	81,2	78,8	79,5	79,5	79,8	79,3	80,6	80,0	79,2	79,9
Bundesrepublik Deutschland	71,7	71,1	70,5	70,9	70,5	70,4	70,6	70,7	71,2	71,0	71,3	79,9
Griechenland	57,6	58,3	58,7	59,5	60,1	61,0	60,8	62,5	62,9	63,0	62,1	63,1
Spanien	58,6	58,7	58,9	59,6	59,5	60,0	60,8	62,8	63,5	65,1	64,2	65,8
Frankreich	66,7	67,0	67,2	67,4	67,6	68,2	68,0	68,3	68,7	68,8	68,6	69,0
Irland	60,9	60,1	61,0	61,8	61,6	62,3	62,9	64,7	66,4	67,5	67,6	67,9
Italien	60,3	57,8	57,8	57,5	57,3	57,7	57,7	59,0	59,6	59,9	60,3	61,0
Luxemburg	61,7	62,8	62,5	62,1	60,4	61,2	61,4	62,1	63,2	64,1	63,9	65,4
Niederlande	67,0	67,4	67,8	68,7	69,2	69,9	71,5	72,6	73,6	74,9	75,7	76,5
Österreich	•	•	•	•	71,5	71,1	70,8	71,3	71,6	71,3	70,7	71,7
Portugal	70,5	68,7	68,1	67,6	67,4	67,5	68,2	70,3	70,9	71,0	71,7	72,1
Finnland	•	•	•	•	72,1	71,7	72,8	73,1	76,4	76,8	77,1	77,2
Schweden	•	•	•	•	77,7	77,1	76,4	75,5	76,5	75,3	78,1	78,0
Vereinigtes Königreich	76,1	75,6	75,2	75,0	74,7	74,9	75,1	74,9	75,2	75,5	75,2	75,3
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>67,0</b>	<b>67,3</b>	<b>67,5</b>	<b>68,1</b>	<b>68,7</b>	<b>68,9</b>	<b>69,0</b>	<b>69,6</b>
<b>Männer</b>												
Belgien	72,0	71,8	71,4	72,1	72,3	72,2	72,2	72,5	73,0	73,8	72,7	72,6
Dänemark	86,3	85,7	84,9	83,7	85,6	85,2	85,3	83,5	85,0	84,1	83,3	83,8
Bundesrepublik Deutschland	82,1	80,9	80,2	80,2	79,6	79,3	79,3	79,2	79,3	78,8	78,8	•
Griechenland	76,0	76,2	76,2	77,0	77,2	77,4	76,9	77,1	76,9	77,1	76,2	76,6
Spanien	77,2	76,0	75,5	75,3	74,3	74,6	75,1	77,0	77,6	78,5	78,1	78,8
Frankreich	75,4	75,5	75,1	75,0	74,8	75,3	75,2	75,1	75,4	75,2	75,1	75,5
Irland	78,7	76,4	76,2	76,7	76,1	75,9	76,0	77,3	78,3	79,1	79,0	78,3
Italien	76,8	74,0	74,1	73,1	72,4	72,3	72,2	73,7	73,7	73,8	73,7	74,2
Luxemburg	78,5	77,8	78,7	77,5	75,7	76,4	75,9	76,1	75,7	76,6	76,4	•
Niederlande	80,1	79,4	79,3	79,7	79,9	80,0	81,4	82,4	82,6	83,9	84,2	84,8
Österreich	•	•	•	•	80,8	80,4	80,0	80,2	80,5	80,0	79,0	79,5
Portugal	82,0	80,0	78,3	77,2	76,4	76,1	76,7	78,9	79,1	78,8	79,3	79,6
Finnland	•	•	•	•	74,8	74,1	75,9	76,1	78,9	79,3	79,6	79,4
Schweden	•	•	•	•	79,6	78,9	78,6	78,7	78,8	77,2	80,3	79,8
Vereinigtes Königreich	86,2	85,3	84,2	83,8	83,3	83,1	83,1	82,8	82,9	83,0	82,5	82,3
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>77,4</b>	<b>77,4</b>	<b>77,5</b>	<b>77,9</b>	<b>78,2</b>	<b>78,1</b>	<b>78,1</b>	<b>78,3</b>
<b>Frauen</b>												
Belgien	48,2	49,4	50,3	51,2	51,7	52,0	52,9	53,8	56,0	56,6	54,5	55,4
Dänemark	78,0	78,2	77,4	73,8	73,3	73,5	74,2	75,1	76,1	75,8	75,0	75,8
Bundesrepublik Deutschland	61,2	61,1	60,7	61,4	61,3	61,3	61,8	62,1	62,9	63,0	63,7	•
Griechenland	40,2	41,7	42,3	43,2	44,3	45,8	46,0	48,5	49,7	49,7	48,8	50,2
Spanien	40,7	41,8	42,6	44,2	44,9	45,7	46,7	48,6	49,5	51,7	50,3	52,6
Frankreich	58,2	58,9	59,6	60,1	60,6	61,3	61,0	61,6	62,2	62,5	62,3	62,6
Irland	42,7	43,5	45,4	46,7	47,1	48,5	49,7	52,1	54,3	55,7	56,0	57,3
Italien	44,2	42,0	42,0	42,2	42,5	43,3	43,6	44,5	45,6	46,2	47,1	48,0
Luxemburg	44,3	47,3	46,2	47,0	44,4	46,0	46,8	47,9	50,4	51,4	52,4	•
Niederlande	53,6	55,3	56,0	57,4	58,3	59,6	61,3	62,5	64,4	65,7	67,0	67,9
Österreich	•	•	•	•	62,3	61,8	61,7	62,5	62,7	62,5	62,3	64,0
Portugal	59,9	58,6	58,7	58,8	59,1	59,5	60,3	62,1	63,0	63,6	64,5	64,9
Finnland	•	•	•	•	69,3	69,3	69,8	70,0	73,8	74,1	74,7	74,9
Schweden	•	•	•	•	75,8	75,3	74,0	72,2	74,0	73,4	76,0	76,1
Vereinigtes Königreich	66,0	65,9	66,0	66,1	66,0	66,5	66,9	66,9	67,4	67,8	67,7	68,3
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>56,7</b>	<b>57,2</b>	<b>57,6</b>	<b>58,3</b>	<b>59,3</b>	<b>59,8</b>	<b>60,0</b>	<b>60,8</b>

<sup>1)</sup> Anteil der Erwerbspersonen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren.

<sup>2)</sup> Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier Eurostat Datenbank (New Cronos update Mai 2003).

Tabelle II.A.3

<b>Erwerbsquoten nach Geschlecht</b>									
Jahr <sup>1)</sup>	Deutschland Erwerbsquoten in %			Bundesgebiet West Erwerbsquoten in %			Bundesgebiet Ost Erwerbsquoten in %		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1991	72,6	82,9	62,1	70,5	82,2	58,4	81,6	86,0	77,2
1992	72,4	82,0	62,5	71,1	82,2	59,5	77,8	80,8	74,8
1993	71,9	81,3	62,3	71,0	81,9	59,6	76,0	78,6	73,3
1994	72,1	81,3	62,7	71,1	81,8	60,0	76,5	79,2	73,8
1995	71,9	81,0	62,6	70,7	81,3	59,9	76,8	79,7	73,9
1996	71,4	80,3	62,3	70,2	80,5	59,7	76,4	79,3	73,3
1997	71,7	80,3	62,8	70,5	80,5	60,3	76,7	79,7	73,6
1998	71,7	80,2	63,0	70,5	80,2	60,5	76,9	80,2	73,5
1999	72,2	80,3	63,8	71,1	80,8	61,7	76,8	80,4	73,0
2000	72,1	79,9	64,0	71,1	80,0	62,1	76,1	79,8	72,2
2001	72,6	80,1	64,9	71,7	80,1	63,2	76,2	79,7	72,5
<b>2002</b>	...	...	...	...	...	...	...	...	...

<sup>1)</sup> ab 1990 neues Leitfragenkonzept: Geringfügig sozialversicherungsfreie Beschäftigte werden nun als Erwerbstätige ausgewiesen.  
Ohne Erfassungsänderung: Erwerbsquote 1990 = Männer 81,8 %, Frauen 56,2 %.

Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt



Tabelle II.A.4

Erwerbsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht <sup>1)2)</sup>												
Land	Erwerbsquoten Älterer (50–64 jährige)											
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Insgesamt</b>												
Belgien	33,2	33,8	33,4	34,6	36,5	35,6	37,4	38,9	40,8	41,0	42,1	42,7
Dänemark	67,2	67,9	67,6	65,6	65,2	63,1	66,3	66,2	68,5	67,9	68,8	69,8
Bundesrepublik Deutschland	56,4	55,5	55,1	55,4	55,5	54,9	55,3	54,7	54,8	54,6	55,5	56,3
Griechenland	46,2	46,9	46,5	47,4	48,2	48,7	49,1	47,9	48,5	49,2	48,3	49,4
Spanien	45,3	45,0	45,0	44,3	44,3	45,7	46,7	48,1	47,8	49,5	50,1	51,0
Frankreich	46,6	46,2	46,3	46,6	47,0	48,5	49,6	50,6	51,5	52,7	53,4	54,8
Irland	49,3	48,4	49,0	49,2	49,6	50,7	50,5	52,1	53,8	54,7	55,7	56,9
Italien	43,0	39,3	40,4	39,6	38,2	37,9	38,2	39,2	39,8	40,2	40,9	42,5
Luxemburg	34,8	36,9	37,9	37,9	36,4	35,4	36,9	38,5	40,9	42,9	41,4	45,1
Niederlande	41,4	41,7	42,4	43,5	43,9	45,3	47,7	49,7	51,4	53,1	54,6	57,1
Österreich	•	•	•	•	47,6	46,5	45,1	45,8	46,9	47,2	45,9	47,4
Portugal	57,1	55,1	54,7	55,6	55,9	56,5	57,9	59,3	60,6	61,1	61,0	62,3
Finnland	•	•	•	•	54,4	56,4	57,2	59,0	61,5	63,5	65,2	65,5
Schweden	•	•	•	•	76,5	78,1	77,2	76,5	77,2	76,1	76,1	77,1
Vereinigtes Königreich	62,0	61,5	61,3	61,7	61,4	61,6	62,3	62,2	62,9	63,5	64,1	64,5
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>50,6</b>	<b>50,9</b>	<b>51,6</b>	<b>52,0</b>	<b>52,6</b>	<b>53,2</b>	<b>53,9</b>	<b>55,0</b>
<b>Männer</b>												
Belgien	49,9	49,8	48,1	49,3	51,2	49,9	51,4	52,3	53,8	53,7	55,1	54,1
Dänemark	76,1	75,9	75,7	75,2	77,2	72,8	75,0	73,2	73,7	73,1	74,6	75,6
Bundesrepublik Deutschland	71,8	69,5	68,2	68,0	67,3	66,2	65,7	65,2	64,9	64,1	64,7	65,4
Griechenland	67,9	68,3	67,4	68,7	69,2	69,8	70,2	67,3	67,6	68,5	67,8	67,7
Spanien	69,9	68,4	68,1	66,8	65,8	67,8	68,2	69,6	69,1	71,1	71,4	71,5
Frankreich	55,3	55,0	54,7	54,4	54,1	55,8	56,8	57,6	57,5	58,8	59,6	61,2
Irland	74,7	72,5	72,3	72,4	72,4	72,0	70,7	71,7	72,9	73,7	73,8	74,0
Italien	65,0	60,0	60,7	59,0	56,5	55,5	55,6	56,2	56,5	56,6	56,8	58,2
Luxemburg	51,5	53,1	54,5	54,5	54,5	53,1	53,1	53,1	56,3	57,1	57,1	58,3
Niederlande	58,8	58,0	57,9	58,7	58,4	59,0	62,1	64,6	66,1	66,5	67,8	70,6
Österreich	•	•	•	•	60,9	60,5	58,5	58,2	59,9	60,2	57,4	58,4
Portugal	75,1	71,6	70,6	71,6	70,4	71,3	71,6	74,2	73,7	73,6	72,8	73,4
Finnland	•	•	•	•	56,0	58,1	58,7	61,4	62,3	64,5	65,7	66,2
Schweden	•	•	•	•	79,6	80,6	80,0	79,9	80,2	78,9	78,8	79,4
Vereinigtes Königreich	75,3	74,0	72,8	72,3	71,5	71,9	72,2	72,0	72,6	72,5	73,1	72,8
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>63,9</b>	<b>63,9</b>	<b>64,3</b>	<b>64,4</b>	<b>64,6</b>	<b>64,8</b>	<b>65,3</b>	<b>66,0</b>
<b>Frauen</b>												
Belgien	17,4	18,5	19,2	20,5	22,3	21,6	23,8	25,9	28,2	28,5	29,4	31,3
Dänemark	58,6	60,0	59,7	55,8	53,4	53,8	57,5	58,6	63,1	62,3	62,9	63,7
Bundesrepublik Deutschland	41,4	41,5	41,9	42,7	43,8	43,7	44,9	44,3	44,6	45,1	46,4	47,5
Griechenland	25,7	26,9	27,0	27,5	28,7	29,0	29,6	29,8	30,7	31,4	30,2	32,1
Spanien	22,5	23,6	23,8	23,6	24,7	25,3	26,7	27,7	27,6	29,1	29,8	31,5
Frankreich	38,3	37,9	38,5	39,2	40,2	41,6	42,8	44,0	45,6	46,8	47,4	48,6
Irland	23,4	23,4	25,3	26,0	26,3	28,6	29,5	31,5	34,4	35,8	37,3	39,5
Italien	22,8	20,2	21,5	21,5	21,1	21,5	22,1	23,1	24,0	24,6	25,8	27,4
Luxemburg	17,6	21,2	21,2	21,2	18,2	18,2	21,2	24,2	27,3	28,6	25,7	31,4
Niederlande	24,5	25,9	26,8	28,5	29,5	31,3	33,2	34,9	36,3	39,4	41,2	43,4
Österreich	•	•	•	•	35,2	33,2	32,2	33,8	34,3	34,6	34,8	36,9
Portugal	41,4	40,7	40,6	41,4	42,9	43,5	46,1	46,3	49,2	50,1	50,7	52,3
Finnland	•	•	•	•	53,4	54,7	55,8	56,7	60,7	62,3	64,8	64,8
Schweden	•	•	•	•	73,4	75,4	74,4	73,1	74,2	73,3	73,3	74,7
Vereinigtes Königreich	49,2	49,4	50,2	51,4	51,6	51,5	52,6	52,6	53,5	54,6	55,3	56,5
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>37,8</b>	<b>38,3</b>	<b>39,5</b>	<b>39,9</b>	<b>40,9</b>	<b>41,9</b>	<b>42,8</b>	<b>44,2</b>

1) Anteil der Erwerbspersonen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 50 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier Eurostat Datenbank (New Cronos update März 2003).

## II. B. Nachfrage nach Arbeitskräften

### 1. Deutschland

#### Zahl der Erwerbstätigen gesunken

Nach dem weltweiten Abschwung des Jahres 2001 war die konjunkturelle Entwicklung 2002

sehr verhalten. Das **Bruttoinlandsprodukt** nahm nur noch um 0,2% zu, im Vergleich zu +0,6% und +2,9% in den beiden Jahren zuvor. Das Wirtschaftswachstum blieb damit unterhalb der aktuellen Beschäftigungsschwelle, die zwischen 1,5% und 2,0% liegen dürfte. Infolgedessen hat sich die **Zahl der Erwerbstätigen** – nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes – jahresdurchschnittlich um 229.000 oder 0,6% auf 38,69 Mio verringert (Inlandskonzept; vgl. Tabelle II.B.1). Im Jahresverlauf, also von Januar bis Dezember, war der Rückgang noch ausgeprägter (–396.000 oder –1,0%). Von 1998 bis 2001 hatte die Erwerbstätigkeit jahresdurchschnittlich z.T. deutlich zugenommen, allerdings größtenteils wegen mehr geringfügiger Beschäftigung und zuletzt auch nur noch relativ wenig.

Die **durchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen** hat weiter abgenommen, und zwar um 0,5% (Vorjahr: –0,8%). Neben der trendmäßigen Ausweitung von Teilzeitarbeit wirkten sich hier auch konjunkturelle Einflüsse aus; so gab es weniger Überstunden, Arbeitszeitkontensalden wurden abgebaut und Kurzarbeit ist ausgeweitet worden. Infolgedessen ist das **Arbeitsvolumen**, also das Produkt aus Zahl der Erwerbstätigen und Arbeitszeit pro Erwerbstätigen, mit –1,0% stärker gesunken als die Erwerbstätigenzahl (Vorjahr: –0,4%). Die **Stundenproduktivität**, also das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, ist dagegen weiter gewachsen, nämlich bundesweit um 1,3% (Vorjahr: +1,0%).

Auch im **europäischen Vergleich** hat sich die Beschäftigung in Deutschland ungünstig entwickelt. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) ist die **Zahl der Erwerbstätigen** (zwischen 15 und 64 Jahren) in Deutschland von 2001 auf 2002 jahresdurchschnittlich um 0,8% gesunken, im Vergleich zu +0,7% im Durchschnitt der EU (vgl. Tabelle II.B.2). Deutliche Beschäftigungszunahmen gab es vor allem in Portugal (+2,5%) und Spanien (+2,3%).

Eine weitere Möglichkeit des internationalen Vergleichs bietet die **Beschäftigungsquote**, d.h. der Anteil der Erwerbstätigen an den in Privathaushalten lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter.<sup>1)</sup> Diese Quote lag in Deutschland im Jahr 2002 mit 65% weiterhin über dem europäischen Durchschnitt von 64% (vgl. Anhang, Tabelle IV.D.1). Wesentlich höher waren die Beschäftigungsquoten weiterhin vor allem in Dänemark (76%), den Niederlanden (75%), in Schweden (74%) sowie im Vereinigten Königreich (72%). Deutlich niedriger waren sie da-

gegen in den Mittelmeerländern Spanien, Griechenland und Italien (58%, 57% bzw. 55%). Europaweit ist ein anhaltender Trend steigender Beschäftigungsquoten zu beobachten.

Regelmäßig sind die Beschäftigungsquoten der Männer wesentlich höher als die der Frauen. Was **Männer** betrifft, lag die Bundesrepublik im Jahr 2002 mit knapp 73% etwa im europäischen Durchschnitt (73%; vgl. Anhang, Tabelle IV.D.1). Höhere Quoten hatten vor allem die Niederlande (83%) und Dänemark (80%), niedrigere Italien (69%), Belgien (68%) und Frankreich (70%). Bei der **Frauen-Beschäftigungsquote** übertraf Deutschland mit 59% nach wie vor den EU-Durchschnitt deutlich (56%). Die höchsten Quoten wiesen die nordischen Staaten Schweden (73%) und Dänemark (73%) auf, die geringsten die südlichen Länder Spanien (44%), Italien (42%) und Griechenland (43%).

Hinter hohen Beschäftigungsquoten stehen häufig hohe Teilzeitquoten. Mit 43% hatten 2002 die Niederlande die weitestgehende **Teilzeitquote** der EU (Männer: 21%; Frauen: 73%), im Vergleich zu 18% im europäischen Durchschnitt (Männer: 6%; Frauen: 33%; vgl. Anhang, Tabelle IV.D.8). Deutschland liegt insgesamt und bei den Frauen über diesen Werten (20% bzw. 39%), bei den Männern darunter (5%). Ausgesprochen niedrige Teilzeitquoten hatten, für Männer wie Frauen, vor allem die Mittelmeerländer Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, also die Staaten mit den geringsten Beschäftigungsquoten.

Das Gewicht der Teilzeitbeschäftigung hat verständlicherweise starken Einfluss auf die durchschnittliche in der Hauptbeschäftigung geleistete **Arbeitszeit**. Diese war 2002 insbesondere in den Niederlanden mit 31 Stunden pro Woche (Männer: 36 Stunden; Frauen: 24 Stunden) weitaus kürzer als im EU-Durchschnitt (37; 40 bzw. 32 Stunden; vgl. Anhang, Tabelle IV.D.2). Deutschland lag mit seiner Wochenarbeitszeit in der Nähe der europäischen Werte (37; 42 bzw. 32 Stunden). Am längsten war die wöchentliche Arbeitszeit in Griechenland (42; 44 bzw. 39 Stunden).

Die **Beschäftigungsquote von Älteren** zwischen 55 und unter 65 Jahren war in Deutschland 2002 mit 38% so groß wie im europäischen Durchschnitt (38%; vgl. Tabelle II.B.3). Besonders hoch war die Beteiligung von Älteren an der Erwerbstätig-

<sup>1)</sup> Die Beschäftigungsquote bezieht die Zahl der Beschäftigten auf die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, und zwar unabhängig davon, ob sie arbeiten wollen. Insofern lässt sie keine Aussage über die Güte des Arbeitsmarktes zu. Denn eine geringe Beschäftigungsquote muss nicht ein Defizit an Arbeitsplätzen widerspiegeln, sondern drückt vielleicht nur eine geringe Erwerbsneigung aus, wogegen grundsätzlich wohl wenig einzuwenden wäre. Dagegen beziehen Arbeitslosen- und Erwerbslosenquoten die Arbeitslosen auf die Personen, die arbeiten wollen. Dies ist deshalb das zentrale Kriterium für die Beurteilung der Güte des Arbeitsmarktes (vgl. Kästen „Arbeitslosenquoten“ und „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“ in Kapitel II.C).

keit in Schweden (68%), Dänemark (57%) und im Vereinigten Königreich (53%). Ausgesprochen niedrige Werte wiesen Luxemburg (28%), Belgien (26%), Italien (29%) und Österreich (28%) auf.

## Beschäftigungsrückgang vor allem im Produzierenden Gewerbe

Die wirtschaftliche Schwäche hat die Beschäftigungsentwicklung in fast allen **Wirtschaftszweigen** beeinträchtigt. Den relativ stärkste Rück-

gang der jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigenzahl gab es erneut in der Bauwirtschaft (2002/01: -6,3% auf 2,43 Mio; vgl. Tabelle III.1; ausführlich Abschnitt III.1). Im Zusammenhang mit der ausgeprägten Investitionsschwäche nahm zudem die Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe deutlich ab, nach leichten Beschäftigungsgewinnen in den Jahren zuvor (ohne Bau: -2,1% auf 8,36 Mio). In der Land- und Forstwirtschaft hat sich der Trend sinkender Erwerbstätigenzahlen fortgesetzt (-0,5% auf 0,96 Mio). Der Dienstleistungssektor verzeichnete zwar noch einen Anstieg, aber nur noch einen schwachen (+0,4% auf 26,95 Mio). Vor allem die Zunahme im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, die lange Zeit die positive Entwicklung im Tertiären Sektor bestimmt hatte, war spürbar kleiner als in den Jahren zuvor (+0,6% auf 5,93 Mio). Im Handel, Gastgewerbe und Verkehr lag die Zahl der Erwerbstätigen sogar erstmals seit langem unter dem Vorjahresniveau (-0,2% auf 9,91 Mio). Die Beschäftigung bei öffentlichen und privaten Dienstleistern ist dagegen weiter nennenswert gestiegen (+0,9% auf 11,12 Mio). Dabei hat der öffentliche Dienst allerdings erneut Beschäftigung abgebaut (nach vorläufigen Ergebnissen der Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes Mitte 2002/Mitte 2001: -0,4% auf 4,80 Mio). Hier wirkt sich neben Personaleinsparungen die rechtliche Verselbstständigung von als Sondervermögen geführten Einrichtungen (z.B. Krankenhäusern) aus.

Hinsichtlich des **Erwerbsstatus** ist bemerkenswert: Der Rückgang der Beschäftigung beschränkt sich allein auf Arbeitnehmer. Deren Zahl hat nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes 2002/01 jahresdurchschnittlich um 246.000 oder 0,7% auf 34,59 Mio abgenommen. Dagegen ist die Zahl der Selbstständigen (einschl. mithelfende Familienangehörige) um 17.000 oder 0,4% auf 4,10 Mio gestiegen (vgl. auch Tabelle II.B.1).

Diese gesamtdeutschen Entwicklungen verdecken **unterschiedliche Tendenzen in West und Ost**; die wichtigsten sind:

- Der jüngste jahresdurchschnittliche Rückgang der Erwerbstätigenzahl war in den neuen Ländern deutlich stärker als in den alten (-1,7% bzw. -0,4%); er wurde im Osten vor allem von strukturell bedingten Anpassungen im Baugewerbe und in der öffentlichen Verwaltung bestimmt.
- Zudem war die Abnahme der jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit in den neuen Ländern mehr als doppelt so groß wie im Westen (-0,9% bzw. -0,4%). So wurde im Osten Teilzeitbeschäftigung, insbesondere geringfügig entlohnte, deutlicher ausgeweitet und Vollzeitbeschäftigung noch mehr abgebaut als im Westen. Entsprechend hat sich das

Arbeitsvolumen in den neuen Ländern erheblich stärker verringert als in den alten (-2,6% bzw. -0,8%).

- Die Zahl Selbstständiger und Mithelfender ist in den neuen Ländern weiter nennenswert gestiegen, während sie sich in den alten nur noch wenig erhöht hat.

Eine differenziertere Darstellung erfolgt deshalb weiterhin nach West und Ost getrennt (vgl. Abschnitte II.B.2 und 3).

## 2. Alte Länder<sup>2)</sup>

### 1. Erwerbstätigkeit

Die **Erwerbstätigkeit** ist jahresdurchschnittlich spürbar gesunken, und zwar – nach vorläufigen Be-

### Rückgang der Beschäftigung

rechnungen des IAB – um 122.000 oder 0,4% auf 32,52 Mio. In den drei Jahren zuvor war sie noch deutlich gewachsen (vgl. Tabellen II.B.1). Maßgeblich dafür war die anhaltende konjunkturelle Schwächephase der westdeutschen Wirtschaft. So hat sich nach IAB-Schätzung das **Bruttoinlandsprodukt** von 2001 auf 2002 nur um 0,2% erhöht, nach +0,7% und +3,1% in den beiden Jahren zuvor.

Die rückläufige Erwerbstätigenzahl ging mit einer weiter sinkenden **durchschnittlichen Jahresarbeitszeit** einher (-0,4%; Vorjahr: -0,7%). Letzteres beruht vor allem auf mehr Teilzeitbeschäftigung, aber auch auf dem konjunkturbedingten Abbau von bezahlten Überstunden und Arbeitszeitguthaben sowie auf einer stärkeren Inanspruchnahme von Kurzarbeit. Infolgedessen hat das **Arbeitsvolumen** mit -0,7% noch stärker als die Erwerbstätigkeit abgenommen (Vorjahr: +0,1%; ausführlicher Abschnitt II.B.2.2). Bei kaum steigendem Bruttoinlandsprodukt und rückläufigem Arbeitsvolumen ist die **Stundenproduktivität** um 1,0% gestiegen (Vorjahr: +0,5%).

Nach Schätzung des IAB hat sich die **Zahl der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer** (ohne Erziehungsurlaub und Altersteilzeit) weiter erhöht, und zwar jahresdurchschnittlich um 133.000 oder 1,7% auf 7,88 Mio. Der Anstieg war aber nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor (+3,2% bzw. +6,7%). Die Teilzeitquote, d.h. der Anteil der abhängig Teilzeitbeschäftigten an allen beschäftigten Arbeitnehmern, hat sich von 26,6% auf 27,1% erhöht (1991 erst: 17,2%). Die Zunahme geht größtenteils auf das Konto voll sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigter; deren Zahl vergrößerte sich von Juni 2001 bis Juni 2002 um 134.300 oder 3,9% auf 3,62 Mio, während die der geringfügig entlohnten Beschäftigten im gleichen Zeitraum nur um 13.300 oder 0,4% auf 3,67 Mio gestiegen ist. Dagegen hat sich die Zahl der **vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer** von 2001 auf 2002 deutlich verringert, nämlich – gemäß

<sup>2)</sup> Zu den Abschnitten II.B.2 und II.B.3 insgesamt vgl. Autorengemeinschaft, Bundesrepublik Deutschland. Der Arbeitsmarkt 2003 und 2004, IAB-Kurzbericht Nr. 1 vom 5. 2. 2003; dies., Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2002 und 2003, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB, 36. Jg. (2003), Heft 1.

IAB-Schätzung – jahresdurchschnittlich um 262.000 oder 1,2% auf 20,75 Mio, nachdem sie im Jahr zuvor schon etwas abgenommen hatte (-0,2%).

Der jahresdurchschnittliche Rückgang der Erwerbstätigkeit beruht allein auf weniger **abhängiger Beschäftigung**. So hat sich, nach IAB-Schätzung, die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 2001 auf 2002 um 126.000 oder 0,4% auf 29,02 Mio reduziert (Vorjahr: +0,7%). Von großem Gewicht war der Rückgang bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; deren Zahl war – nach vorläufigen Angaben – im Juni 2002 mit 22,91 Mio um 104.200 oder 0,5% kleiner als ein Jahr zuvor (Vorjahr: +0,8%; vgl. Tabelle II.B.4). Die geringfügige Beschäftigung hat dagegen noch um 13.300 oder 0,4% auf 3,67 Mio zugenommen (Vorjahre: +1,2% bzw. +10,0%).

Die Zahl der **Selbstständigen und Mithelfenden** ist etwas größer geworden; lt. IAB hat sie sich von 2001 auf 2002 jahresdurchschnittlich um 5.000 oder 0,1% auf 3,50 Mio erhöht, nach +1,6% im Vorjahr. Dabei dürfte sich die Förderung von Existenzgründungen durch die Bundesanstalt weiter positiv ausgewirkt haben. Jedenfalls wurden im Jahr 2002 durchschnittlich 38.900 Personen mit Überbrückungsgeld gem. § 5 SGB III gefördert, das waren 10.200 mehr als im Vorjahr.

Der Einfluss arbeitsmarktpolitischer Instrumente auf die Beschäftigungsentwicklung 2002 war unterschiedlich (vgl. Abschnitt II.E.2):

- Beschäftigung am sog. zweiten Arbeitsmarkt wurde weiter zurückgeführt. Die Zahl der in **Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Struktur Anpassungsmaßnahmen** tätigen Personen war im Jahresdurchschnitt mit 49.800 um 11.200 kleiner als im Vorjahr. Auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte kamen nur 2 Arbeitnehmer in einer solchen Maßnahme.
- Dagegen hat **Kurzarbeit** die Beschäftigung stärker gestützt. 2002 gab es mit durchschnittlich 165.500 Kurzarbeitern 69.300 mehr als 2001. Auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte entfielen 7 Kurzarbeiter. Da sich der durchschnittliche Arbeitszeitausfall um ca. 7 Prozentpunkte auf ca. 42% verringerte, hat sich das Vollzeitäquivalent der Kurzarbeit, also die Zahl der Kurzarbeiter multipliziert mit dem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall, aber nur um 21.400 auf 66.200 erhöht.
- Auch **Altersteilzeit** wurde mehr in Anspruch genommen. 2002 befanden sich jahresdurchschnittlich 42.000 Personen in der Freistellungsphase, dies sind 8.000 mehr als ein Jahr zuvor. Dagegen ist die Zahl der – überwiegend weiblichen – Personen im **Erziehungsurlaub** weiter leicht gesunken, und zwar nach IAB-Schätzung um 6.000 auf 346.000.

Darüber hinaus wurde 2002 die direkte Förderung regulärer Beschäftigung („erster Arbeitsmarkt“) ausgeweitet; 110.400 Personen wurden so jahresdurchschnittlich gefördert, 7.600 mehr als im Vorjahr. Größtenteils erhielten Schwervermittelbare einen neuen Arbeitsplatz, die andernfalls kaum eine Chance gehabt hätten. Es ist allerdings fraglich, ob und inwieweit es durch diese Maßnahmen zu zusätzlicher Beschäftigung kommt (vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ...“ in Kapitel II.C).

Die gesamtwirtschaftliche Abschwächung traf die Beschäftigung in den einzelnen **Wirtschaftszweigen** verschieden stark. Nach vorläufigen Berechnungen

des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung<sup>3)</sup> nahm die Zahl der Erwerbstätigen wie bisher besonders stark in der Bauwirtschaft ab (jahresdurchschnittlich 2002/01: -3,7% auf 1,79 Mio). Einen deutlichen Rückgang gab es zuletzt auch im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau: -2,4% auf 7,36 Mio). Der Dienstleistungssektor verzeichnete nur noch eine schwache Zunahme (+0,5% auf 22,61 Mio). Vor allem im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen war der Anstieg deutlich kleiner als in den Jahren zuvor (+0,6% auf 5,08 Mio). Im Handel, Gastgewerbe und Verkehr lag die Beschäftigung sogar erstmals seit langem unter dem Vorjahresniveau (-0,1% auf 8,40 Mio). Eine vergleichsweise günstige Entwicklung verzeichneten öffentliche und private Dienstleister (+1,1% auf 9,12 Mio). In der Land- und Forstwirtschaft hat sich der Trend abnehmender Erwerbstätigenzahlen zuletzt nicht mehr fortgesetzt (+0,2% auf 762.000; zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen vgl. Teil III, Tabellen III.3b und 4b).

Auch **regional** entwickelte sich die Erwerbstätigkeit unterschiedlich. Relativ wenig veränderte sich die Beschäftigung in Niedersachsen (+0,1% auf 3,49 Mio), Rheinland-Pfalz (-0,0% auf 1,76 Mio), Baden-Württemberg (-0,2% auf 5,36 Mio), Bayern (-0,2% auf 6,28 Mio) und im Saarland. In Hessen (-0,4% auf 3,01 Mio) und Bremen (-0,4% auf 390.000) waren die Abnahmen durchschnittlich. Die größten Beschäftigungsverluste gab es in Nordrhein-Westfalen (-0,6% auf 8,34 Mio), Hamburg (-0,7% auf 1,05 Mio) und Schleswig-Holstein (-0,8% auf 1,23 Mio; zur regionalen Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vgl. Teil III, Tabellen III.9 und 10).

Informationen über die Entwicklung der Beschäftigung nach **Personengruppen** liefern vor allem die Statistiken der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**. So nahm von Mitte 2001 bis Mitte 2002 die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer – relativ betrachtet – wesentlich stärker ab als die der Deutschen (-2,3% auf 1,92 Mio bzw. -0,3% auf 21,0 Mio; vgl. Tabelle II.B.4). Nach Nationalitäten gab es allerdings ausgesprochen gegenläufige Tendenzen (z.B. Bosnien-Herzegowina: +10,2% auf 33.100; Kroatien: +5,2% auf 65.700; Polen: +4,9% auf 62.800; dagegen Jugoslawien: -6,8% auf 181.900).

Die Beschäftigung von **Frauen** legte weiter zu, während die der **Männer** deutlich abnahm (+0,6% auf 10,09 Mio bzw.

<sup>3)</sup> Erwerbstätigenzahlen nach Wirtschaftszweigen werden vom Statistischen Bundesamt nur für Deutschland, alte Länder ohne/mit Berlin und neue Länder mit/ohne Berlin ausgewiesen (vgl. Tabelle III.1); die im Text verwendeten Zahlen für alte Länder mit Berlin-West wurden vom IAB auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes berechnet.

–1,3% auf 12,82 Mio). Dabei geht das Beschäftigungswachstum bei Frauen allein auf mehr voll sozialversicherungspflichtige **Teilzeitbeschäftigung** zurück. Zwar hat letztere bei Männern prozentual noch wesentlich stärker zugenommen als bei Frauen (+6,5% auf 540.100 bzw. +3,4% auf 3,08 Mio; insgesamt: +3,9% auf 3,62 Mio), aber ihr Gewicht ist bei Frauen, mit einem Anteil von 30,5% an allen voll sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen, nach wie vor wesentlich größer als bei Männern (4,2%; vgl. auch Anhang, Tabellen IV.D.4, 9 und 10). Die sozialversicherungspflichtige **Vollzeitbeschäftigung** hat sich deutlich verringert (–1,2% auf 19,30 Mio); auch hier war der Rückgang bei Frauen kleiner als bei Männern (–0,5% auf 7,02 Mio bzw. –1,6% auf 12,28 Mio).

Für die ungünstige Entwicklung bei **Männern** und **Ausländern** waren die starken Beschäftigungsverluste im Produzierenden Gewerbe, vor allem der Bauwirtschaft, maßgeblich; in beiden Branchen dominieren Männer. Dagegen haben Frauen weiterhin von der – wenn auch abgeschwächten – Beschäftigungsexpansion im Dienstleistungssektor profitiert.

Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von **Jugendlichen** (unter 25 Jahren) hat spürbar abgenommen (–1,8% auf 2,92 Mio), und zwar insbesondere bei den 15- bis unter 20-Jährigen (–3,7% auf 792.000; 20 bis unter 25 Jahre: –1,0% auf 2,13 Mio). Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Älteren (55 Jahre und älter) ist dagegen zuletzt gestiegen (+1,0% auf 2,26 Mio).

**Geringfügige Beschäftigung** hat sich zuletzt nur noch wenig erhöht, nachdem es in den Jahren zuvor beträchtliche Zunahmen gegeben hatte (+0,4% auf 3,67 Mio; Vorjahre: +1,2% bzw. +10,0%; vgl. Tabelle II.B.5). Dabei ist geringfügige Beschäftigung weiterhin vor allem eine Angelegenheit der Frauen, der Jüngeren und der Älteren. So entfielen Mitte 2002 von den 3,67 Mio geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen 72% auf Frauen, im Vergleich zu 44% bei der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Der Anteil der Jugendlichen (unter 25 Jahre) belief sich auf 21% und der der Älteren (über 55 Jahre) auf 30%, gegenüber 13% bzw. 10% bei den voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

## 2. Arbeitszeit<sup>4)</sup>

### ... wegen mehr Teilzeitarbeit, aber auch konjunkturbedingt erneut kürzer

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit ist weiter zurückgegangen. Nach vorläufigen Berechnungen des IAB belief sich die **jährliche Arbeitszeit**

je beschäftigten **Arbeitnehmer** in den alten Ländern auf durchschnittlich 1.342 Stunden, dies sind 6 Stunden oder 0,4% weniger als 2001 (2000/01: –8 Stunden oder –0,6%).

Ein wesentlicher Grund für die Abnahme war die weiter zunehmende **Teilzeitarbeit** (voll sozialversicherungspflichtige und geringfügig entlohnte Teilzeitbeschäftigung). Allein des-

halb hat die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit pro abhängig Beschäftigten um 4,3 Stunden oder 0,3% abgenommen (Vorjahr: ebenfalls –0,3%). Darüber hinaus hat sich die Arbeitszeit auch aus konjunkturellen Gründen im Saldo verkürzt:

- So hat es wegen der schwachen Konjunktur **weniger Überstunden** und einen **Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten** gegeben. 2002 wurden pro Arbeitnehmer durchschnittlich 49,2 bezahlte Überstunden geleistet, 1,4 Stunden weniger als im Jahr zuvor; gleichzeitig haben sich die Salden auf Arbeitszeitkonten um durchschnittlich 0,7 Stunden verringert. Außerdem wurde **Kurzarbeit** stärker in Anspruch genommen; der dadurch bewirkte durchschnittliche Arbeitszeitausfall pro Arbeitnehmer erhöhte sich um 1,0 auf 3,2 Stunden.
- Dagegen ist – wie im Vorjahr – die **krankheitsbedingte Ausfallzeit<sup>5)</sup>** um 1,4 Stunden auf zuletzt 54 Stunden gesunken (1995 noch: 73 Stunden) und hat damit die durchschnittliche Arbeitszeit erhöht.

Einige Faktoren, die schon in den Jahren zuvor die durchschnittliche Arbeitszeit pro Arbeitnehmer kaum beeinflusst hatten, waren auch 2002 **ohne oder von geringer Bedeutung** (weniger als 0,1%), nämlich: Schlechtwetter- und Arbeitskämpfeffekt, Auswirkungen akzeptierter Teilzeitarbeit, Nebenerwerbstätigkeit und Urlaubsregelungen.

Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der **Selbstständigen** (einschl. mithelfende Familienangehörige) hat sich nur noch leicht verringert, und zwar um 2,3 Stunden oder 0,1% auf 2.140 Stunden (2001/00: –34,0 Stunden oder –1,6%).

Zusammengenommen ergibt sich damit für alle **Erwerbstätigen** eine Abnahme der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit um 5,1 Stunden oder 0,4% auf 1.428 Stunden (Vorjahr: –10,2 Stunden oder –0,7%).

Das **Arbeitsvolumen**, also das Produkt aus durchschnittlicher Erwerbstätigenzahl und jährlicher

### Arbeitsvolumen zuletzt spürbar gesunken

Pro-Kopf-Arbeitszeit, ist 2002 spürbar gesunken. Bereits von 1993 bis 1997 hatte es sich zeitweise deutlich verringert, von 1998 bis 2001 erhöht, zuletzt nur noch wenig. Im Berichtsjahr wurden rd. 46,43 Mrd Arbeitsstunden geleistet, dies sind 339 Mio Stunden oder 0,7% weniger als 2001 sowie 1,71 Mrd Stunden oder 3,6% weniger als 1992, dem Jahr mit dem bisher größten Arbeitsvolumen.

<sup>4)</sup> Grundsätzlich zu Arbeitszeit- und Arbeitsvolumenrechnung des IAB vgl. Hans-Uwe Bach, Susanne Koch, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen, in: BeitrAB 250, Nürnberg 2002, S. 57 ff., Hans-Uwe Bach, Arbeitsvolumen steigt wieder dank mehr Beschäftigung, IAB-Kurzbericht Nr. 3 vom 20.2.2001, Susanne Koch, Arbeitszeitkonten stabilisieren die Beschäftigung, IAB-Kurzbericht Nr. 4 vom 21.2.2001.

<sup>5)</sup> Hans Kohler, Krankenstand – Ein beachtlicher Kostenfaktor mit fallender Tendenz, IAB-Werkstattbericht Nr. 1 vom 30.1.2002.

Bei nur noch geringem Wirtschaftswachstum (+0,2%) einerseits und nennenswertem Rückgang des Arbeitsvolumens (-0,7%) andererseits ist das reale gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, also die **Stundenproduktivität**, im Jahr 2002 um 1,0% gestiegen, im Vergleich zu 0,5% im Vorjahr.

### 3. Nicht realisierte Kräftenachfrage

#### ... weiter rückläufig

In der Erwerbstätigenzahl drückt sich einerseits aus, in welchem Umfang die Anbieter von Arbeitskraft Beschäftigung gefunden haben, andererseits, in welchem Ausmaß die Nachfrage nach Arbeitskräften befriedigt werden konnte. Neben dieser sog. realisierten Nachfrage gibt es – ähnlich Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve beim Kräfteangebot – aber auch eine **nicht realisierte Nachfrage**, also einen Kräftebedarf, der (noch) nicht befriedigt werden konnte (vgl. Abbildung I.1). Ein Teil dieser nicht realisierten Nachfrage beruht – ähnlich der friktionellen Arbeitslosigkeit auf der Angebotsseite – auf dem Zeitbedarf von Stellenbesetzungen (vgl. Arbeitsmarktanalyse 2001, Teil III, Kasten „Stellen und Arbeitskräftemangel“).

Infolge der schwachen Konjunktur nahm die nicht realisierte Nachfrage im Berichtsjahr deutlich ab. Dies spiegelt sich auch in der Stellenstatistik der Arbeitsämter. Dort hat sich die Zahl der **Angebote, die den Arbeitsämtern von den Betrieben und Verwaltungen gemeldet wurden**, 2002 um 13% auf jahresdurchschnittlich 382.300 Positionen verringert (Vorjahr: -3%; vgl. Abschnitt II.D.2). Dabei beruht der Rückgang allein auf weniger Stellenzugängen; so verzeichneten die Arbeitsämter von Januar bis Dezember mit 2,10 Mio Stellenmeldungen ein Minus von 25%. Allerdings war hierfür auch der Wegfall vieler, vor allem kurzlaufender Angebote im Zusammenhang mit der Korrektur fehlerhaft gebuchter Vermittlungen von Einfluss. Dies hat auch dazu beigetragen, dass sich die durchschnittliche Laufzeit der Stellen um 1,0 Wochen auf 9,9 Wochen erhöht hat.

Einen umfassenderen Einblick in das Volumen der nicht realisierten Kräftenachfrage gibt eine Repräsentativbefragung über das **gesamtwirtschaftliche Stellenangebot** im Auftrag des IAB; sie erfasst auch die Angebote, die den Arbeitsämtern nicht gemeldet wurden.<sup>6)</sup> Danach belief sich der Bestand an Stellen im Durchschnitt des vierten Quartals 2002 insgesamt auf 0,86 Mio, dies sind 15% weniger als ein Jahr zuvor. Davon waren 0,58 Mio sofort zu besetzen (Vakanzen), 17% weniger. Hinzu kamen 0,28 Mio Arbeitsplätze, die erst später besetzt werden sollten; hier gab es eine Abnahme von 11%.

Die Arbeitsämter wurden etwas weniger an der Bewerbersuche beteiligt als im Vorjahr; der Anteil der gemeldeten Stellen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte auf 35,5% ab. Bei den Vakanzen war die Meldequote mit 43,8% deutlich größer als bei den später zu besetzenden Stellen; dort belief sie sich auf 18,7%.

## 3. Neue Länder

### 1. Erwerbstätigkeit

Die **Zahl der Erwerbstätigen** hat sich nach vorläufigen Schätzungen des IAB 2002 weiter deutlich

**... erneut deutlich zurückgegangen**

verringert, und zwar um 107.000 oder 1,7% auf 6,16 Mio. Diese Abnahme war praktisch so groß wie im Vorjahr (vgl. Tabelle II.B.1). Neben der konjunkturellen Abschwächung haben die anhaltenden strukturellen Probleme den Arbeitsmarkt belastet. Wie schon im Jahr 2001 ist auch 2002 das **Bruttoinlandsprodukt** in den neuen Ländern nicht gewachsen (0,0% bzw. -0,1%). Insbesondere das Baugewerbe, das noch einen sehr hohen Wertschöpfungsanteil hat, ist auch zuletzt stark geschrumpft. Die industrielle Produktion nahm zwar weiter zu, aber nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor; zudem ist der Beitrag dieses Sektors zum Bruttoinlandsprodukt immer noch verhältnismäßig klein.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit wird allerdings dadurch etwas relativiert, dass die Förderung durch **Arbeitsmarktpolitik** insgesamt weiter rückläufig ist (vgl. Abschnitt II.E.3).

- So ist die Zahl der in **Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen** Tätigen im Jahresdurchschnitt 2002 um 29.500 auf 129.400 zurück gegangen; außerdem hat sich die Zahl der in Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen Beschäftigten um 10.000 auf 12.900 verringert. Auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte kamen 31 Arbeitnehmer in solchen Maßnahmen.
- **Kurzarbeit** wurde 2002 dagegen deutlich stärker in Anspruch genommen. Jahresdurchschnittlich gab es 41.300 Kurzarbeiter, 14.500 mehr als vor einem Jahr. Auf 1.000 Beschäftigte entfielen 9 Kurzarbeiter. Da gleichzeitig der durchschnittliche Arbeitszeitausfall abnahm, erhöhte sich die Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten gerechnet aber nur um ca. 7.200 auf ca. 21.400.
- Auch von der Bundesanstalt geförderte **Altersteilzeit** hat zugelegt; die Zahl der geförderten Personen nahm um 2.200 auf 12.500 zu.

Die direkte Förderung regulärer Beschäftigung hat 2002 wieder zugenommen; jahresdurchschnittlich wurden 119.000 Personen gefördert, 3.600 mehr als im Vorjahr. Dadurch erhielten Arbeitslose, die sonst kaum eine Chance gehabt hätten, einen neuen Arbeitsplatz. Das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsniveau dürfte dadurch allerdings kaum erhöht worden sein (vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ...“ in Kapitel II.C).

Andererseits stellt sich der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsverlust gravierender dar, wenn man den anhaltenden

<sup>6)</sup> Vgl. Emil Magvas, Eugen Spitznagel, Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot: IAB-Kurzbericht im Jahr 2003.

Rückgang der Arbeitszeit in Rechnung stellt. So ist – nach Berechnungen des IAB – 2002/01 die **durchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen** um 0,9% gesunken (Vorjahr: –1,3%). Damit hat sich das Arbeitsvolumen, also das Produkt aus Zahl der Erwerbstätigen und Arbeitszeit, um 2,6% verringert; das ist ein knapper Prozentpunkt stärker als der Rückgang der Erwerbstätigenzahl (Vorjahr: –3,0%; ausführlicher in Abschnitt II.B.3.2).

Der **Produktivitätsrückstand** ist im Osten nach wie vor beträchtlich; der Rationalisierungsdruck ist deshalb weiterhin groß und die Beschäftigungsschwelle entsprechend hoch. Somit hat sich die Stundenproduktivität in den neuen Ländern mit +2,6% weiterhin wesentlich stärker erhöht als im Westen (+1,0%).

Alle bisherigen Angaben beruhen auf der Abgrenzung nach dem Arbeitsort (Inlandskonzept). Erfasst man die Zahl der Beschäftigten mit **Wohnort** in den neuen Ländern (Inländerkonzept), war der Rückgang weniger stark, da die Zahl der Auspendler nach IAB-Schätzung von 2001 auf 2002 jahresdurchschnittlich von 656.000 auf 687.000 gestiegen ist, während die der Einpendler sich nur von 176.000 auf 178.000 erhöht hat (vgl. Abschnitt II.A.3). Folglich vergrößerte sich der Pendlersaldo (Einpendler minus Auspendler) von –480.000 auf –508.000.

Der Rückgang der Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) beschränkt sich auf die **abhängig Beschäftigten (einschließlich Beamte)**. Ihre Zahl nahm, nach IAB-Schätzung, jahresdurchschnittlich um 120.000 oder 2,1% auf 5,57 Mio ab. Besonders stark war davon die voll **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** betroffen, die Ende Juni 2002 mit 4,66 Mio um 141.800 oder 3,0% kleiner war als vor einem Jahr (vgl. Tabelle II.B.1). Dagegen hat die **geringfügig entlohnte Beschäftigung** weiter zugelegt, und zwar um 24.100 oder 5,0% auf 501.700.

Der beträchtliche Rückgang abhängiger Beschäftigung hat wie bisher ausschließlich **Vollzeit-Tätigkeiten** getroffen; sie verringerte sich jahresdurchschnittlich um 169.000 oder 3,8% auf 4,28 Mio. **Teilzeitbeschäftigung** ist dagegen weiter gestiegen, nämlich um 47.000 oder 4,0% auf 1,22 Mio. Infolgedessen hat sich die Teilzeitquote, also der Anteil aller abhängig Teilzeitbeschäftigten an allen beschäftigten Arbeitnehmern, von 20,6% auf 21,8% erhöht (1991 erst: 5,8%); gleichwohl ist sie nach wie vor wesentlich kleiner als im Westen (27,1%).

Die Zahl der **Selbstständigen** (einschl. mithelfende Familienangehörige) hat erneut zugenommen, und zwar jahresdurchschnittlich um 12.000 oder 2,1% auf 595.000 (vgl. auch Tabellen II.B.1 und I.2). Dabei wurden Existenzgründungen durch die Gewährung von Überbrückungsgeld gem. § 57 SGB III nach wie vor kräftig unterstützt. So erhielten im Jahr 2002 durchschnittlich 15.400 ehemals arbeitslose Existenzgründer diese Leistung, 1.000 mehr als im Vorjahr. Inzwischen sind Selbstständige unter den Erwerbstätigen der neuen Länder nur noch wenig schwächer vertreten als in den alten. Im Jahr 2002 entfielen auf sie 9,6% aller Erwerbstätigen, im Vergleich zu 10,8% im Westen; im Jahr 1991 hatte sich die Selbstständigquote im Osten erst auf 5,1% belaufen.

Die Erwerbstätigkeit war in den meisten **Wirtschaftszweigen** rückläufig. Die Strukturkrise in der **Bauwirtschaft** hat an-

## Anhaltender Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe

gehalten; die Zahl der Erwerbstätigen ist dort weiter beträchtlich gesunken (nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung<sup>7)</sup> jahresdurchschnittlich 2002/01: –13,1%). Im **Produzierenden Gewerbe** hat sich die Zahl der Erwerbstätigen nur leicht verringert, nach leichten Zunahmen in den beiden Jahren zuvor (ohne Bau: –0,2% auf 993.000). Im **Dienstleistungsgewerbe** gab es eine geringfügige Abnahme (–0,1% auf 4,35 Mio), mit Beschäftigungsverlusten bei Handel, Gastgewerbe und Verkehr (–0,6% auf 1,51 Mio) und Beschäftigungsgewinnen bei unternehmensnahen Dienstleistern (einschl. Finanzen und Vermietung: +0,7% auf 842.000). Bei öffentlichen und privaten Dienstleistern hat die Erwerbstätigenzahl leicht abgenommen (–0,1% auf 2,0 Mio). Dabei dürfte vor allem der öffentliche Dienst weiter Personal abgebaut haben, wofür auch das Zusammenlegen von Verwaltungen im Zuge von Gebietsreformen und das Ausgliedern von Einrichtung (z.B. Krankenhäusern) in privatrechtliche Trägerschaft von Einfluss war. In der Land- und Forstwirtschaft ist es beim starken Beschäftigungsabbau geblieben (einschl. Fischerei: –3,4% auf 193.000; zur Entwicklung der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen und -klassen Teil III, Tabellen III.3 und III.4).

Die Erwerbstätigkeit ist in allen ostdeutschen **Ländern** deutlich gesunken. Die größten Rückgänge gab es in Brandenburg (–2,1% auf 1,02 Mio) und in Thüringen (–2,1% auf 1,05 Mio). Sachsen-Anhalt (–1,6% auf 1,02 Mio), Mecklenburg-Vorpommern (–1,5% auf 724.000) und Berlin (–1,5% auf 1,53 Mio) verzeichneten etwa durchschnittliche Abnahmen. In Sachsen war das Minus am kleinsten (–1,1% auf 1,93 Mio; zur regionalen Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vgl. Teil III, Tabellen III.9 und 10).

Über die Beschäftigung verschiedener **Personengruppen** informiert vor allem die Statistik der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**. Danach traf der Rückgang der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Juni 2001 bis Juni 2002 **Männer** deutlich stärker als Frauen (–4,0% auf 2,36 Mio bzw. –1,9% auf 2,30 Mio; vgl. Tabelle II.B.4), großenteils wegen des Beschäftigungseinbruchs in der Bauwirtschaft. Dies erklärt auch den besonders starken Rückgang bei der **Ausländerbeschäftigung** (–6,6% auf 44.000); allerdings spielt sie mit einem Anteil von 0,9% an allen voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Osten nach wie vor nur eine sehr kleine Rolle (zum Vergleich Westen: 8,4%).

<sup>7)</sup> Erwerbstätigenzahlen nach Wirtschaftszweigen werden vom Statistischen Bundesamt nur für Deutschland, alte Länder ohne/mit Berlin und neue Länder mit/ohne Berlin ausgewiesen (vgl. Tabelle III.1); die im Text verwendeten Zahlen für neue Länder mit Berlin-Ost wurden vom IAB auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes berechnet.

Die insgesamt weniger ungünstige Entwicklung bei Frauen beruht auch darauf, dass deren voll sozialversicherungspflichtige **Teilzeitbeschäftigung** weiter gewachsen ist (+0,9% auf 538.700 Mio; Männer dagegen: -3,7% auf 100.600). Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an allen weiblichen Beschäftigten beläuft sich mittlerweile auf 23,4%; bei Männern ist das Gewicht von Teilzeit mit 4,2% erheblich geringer (vgl. Anhang, Tabellen IV.D.4, 9 und 10). Dementsprechend ist die sozialversicherungspflichtige **Vollzeitbeschäftigung** überdurchschnittlich gesunken (-3,4% auf 4,02 Mio), und zwar ebenfalls bei Männern stärker als bei Frauen (-4,0% auf 2,26 Mio bzw. -2,7% auf 1,76 Mio).

Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung **Jüngerer** unter 25 Jahren hat weit überdurchschnittlich abgenommen (-5,5% auf 611.900). Dabei war das Minus bei den Jugendlichen unter 20 Jahren noch größer als bei den 20- bis unter 25-Jährigen (-6,0% auf 212.600 bzw. -5,2% auf 399.300). Auch die Zahl der (sozialversicherungspflichtigen) Auszubildenden war stark rückläufig (-4,3% auf 296.100). Die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig beschäftigten **Älteren** (55 Jahre und darüber) hat sich vergleichsweise wenig verringert (-0,6% auf 492.600).

**Geringfügige Beschäftigung** ist auch 2002 deutlich gestiegen (+5,0% auf 501.700; 2001: +7,9%; vgl. Tabelle II.B.5). Ähnlich wie in den alten Ländern konzentriert sie sich relativ stark auf Frauen, Jüngere und Ältere. So entfielen Mitte 2002 von allen geringfügig Beschäftigten 59% auf Frauen, bei der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung waren es nur 49%. Jüngere (unter 25 Jahre) hatten einen Anteil von 21% und Ältere (ab 55 Jahre) von 35%, im Vergleich zu 13% bzw. 11%.

## 2. Arbeitszeit

### ...erneut wesentlich kürzer

Die im Jahresdurchschnitt 2002 deutlich verringerte Zahl der Erwerbstätigen (-1,7%) ging einher mit einer Abnahme der durchschnittlichen **Jahresarbeitszeit** (-0,9%). Je beschäftigten **Arbeitnehmer** nahm sie gegenüber Vorjahr - nach vorläufigen Berechnungen des IAB - besonders stark ab, nämlich um 1,2% oder 17,6 Stunden auf 1.464 Stunden ab (Vorjahr: -22,4 Stunden oder -1,5%).

Der Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit beruht vor allem auf mehr Teilzeit- und weniger Vollzeitbeschäftigung; allein dies hat die durchschnittliche Arbeitszeit um 14,5 Stunden oder 1,0% reduziert (Vorjahr: -1,1%). Darüber hinaus haben sich infolge der schwachen Konjunktur folgende Komponenten arbeitszeitverkürzend ausgewirkt:

- Die Rückführung von **Arbeitszeitguthaben** hat die Jahresarbeitszeit um 1,1 Stunden verringert (Vorjahr: -1,4 Stunden).
- Die **Überstunden** wurden um 2,0 auf 35 Stunden reduziert. 1993 und 1994 hatte es pro Arbeitnehmer noch 56 bzw. 57 Überstunden gegeben.

- Die stärkere Inanspruchnahme von **Kurzarbeit** hat die Jahresarbeitszeit um durchschnittlich 2,0 Stunden verkürzt.

Demgegenüber hat der weitere leichte Rückgang des **Krankenstandes** auf durchschnittlich 60 Stunden die Jahresarbeitszeit um 3,2 Stunden verlängert (Vorjahr: +2,1 Stunden). 1995 hatte die Zahl der krankheitsbedingten Ausfallstunden mit 83 ihren höchsten Stand erreicht.

Andere Bestimmungsgründe, die aber auch schon in den letzten Jahren für die Entwicklung der Arbeitszeit ohne Bedeutung waren, hatten auch im Jahr 2002 **praktisch keinen Einfluss**, nämlich: Urlaubsregelungen, Schlechtwettergeld, Arbeitskämpfe, akzeptierte Teilzeitarbeit und Nebenerwerbstätigkeit.

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der **Selbstständigen** (einschl. mithelfende Familienangehörige) blieb - nach spürbaren Abnahmen in den Vorjahren - mit 2.186 Stunden auf dem Stand des Vorjahres (2001/00: -31,8 Stunden oder -1,4%). Dies hat den Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit für alle Erwerbstätigen etwas in Grenzen gehalten.

Da auch im Jahr 2002 nicht nur die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen, sondern auch deren jährliche Arbeitszeit abgenommen hat, verringerte sich das **Arbeitsvolumen** entsprechend stärker, und zwar um 0,25 Mrd Stunden oder 2,6% auf rd. 9,45 Mrd Arbeitsstunden (Vorjahr: -2,9%). Da gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt unverändert blieb, ist die **Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde** um 2,6% gestiegen (2001: +2,9%).

### Arbeitsvolumen kleiner – Stundenproduktivität gestiegen

## 3. Nicht realisierte Kräftenachfrage

Auch im Jahr 2002 gab es neben der Beschäftigung, also der realisierten Kräfte-

### ... in Teilbereichen

nachfrage, in Teilbereichen einen zumindest vorübergehend **nicht befriedigten Personalbedarf** (vgl. Teil I, Abbildung I.1, Abschnitt II.D.1 und Abschnitt II.B.2.3). **Bei den Arbeitsämtern** waren jahresdurchschnittlich 68.900 Stellen **gemeldet**, dies sind 3.100 oder 5% mehr als 2001, nach +6% im Vorjahr. Dabei haben sich Angebote im Rahmen von Beschäftigungschaffenden Maßnahmen um 2.000 auf 15.000 verringert (vgl. Abschnitt II.D.3 und E.3). Eine Belebung der Kräftenachfrage kann aus der Bestandserhöhung nicht abgelesen werden. Maßgebend für den jüngsten Anstieg war vielmehr, dass sich die Stellenlaufzeiten um durchschnittlich 1,7 Wochen auf 6,1 Wochen erhöht und damit den stark rückläufigen Stellenzugang überkompensierten haben (-27% auf 675.000). Ein Grund war hierfür auch der Wegfall vieler, vor allem kurzlaufender Angebote im Zusammenhang mit der Korrektur fehlerhaft gebuchter Vermittlungen.

Es gibt viele Stellenangebote, die **den Arbeitsämtern nicht gemeldet** sind; diese werden von einer im Auftrag des IAB



durchgeführten Befragung von Betrieben und Verwaltungen erfasst. Nach der jüngsten Erhebung belief sich der (so ermittelte) gesamtwirtschaftliche Bestand an Stellen im vierten Quartals 2002 auf 144.000, dies sind 3% mehr als ein Jahr zuvor (2001/00: -8%). Die Vakanzen erhöhten sich um 14% auf 99.000. Die Zahl der später zu besetzenden Stellen nahm um 15% auf 45.000 ab.

Die Meldequote, d.h. der Anteil der den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen an allen Angeboten, nahm gegenüber dem Vorjahr ab, nämlich um 2,8 Prozentpunkte auf 40,8%. Bei den Vakanzen belief sich die Meldequote auf 47,9%, bei den später zu besetzenden Stellen auf 25,1%.

Tabelle II.B.1

Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige – in Tausend													
Jahr	Erwerbstätige <sup>1)</sup>			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>2)</sup>			Beamte (einschließlich Soldaten) <sup>3)</sup>			Selbstständige und mithelfende Familienangehörige <sup>3)</sup>			
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
<b>Deutschland</b>													
1992	37 878	- 576	- 1,5	•	•	•	2 492	•	•	•	3 620	•	•
1993	37 365	- 513	- 1,4	28 677	•	•	2 483	- 9	- 0,4	•	3 658	+ 38	+ 1,0
1994	37 304	- 61	- 0,2	28 339	- 338	- 1,2	2 471	- 12	- 0,5	•	3 775	+ 117	+ 3,2
1995	37 382	+ 78	+ 0,2	28 199	- 140	- 0,5	2 445	- 26	- 1,1	•	3 818	+ 43	+ 1,1
1996	37 270	- 112	- 0,3	27 763	- 436	- 1,5	2 461	+ 16	+ 0,7	•	3 794	- 24	- 0,6
1997	37 208	- 62	- 0,2	27 320	- 443	- 1,6	2 455	- 6	- 0,2	•	3 889	+ 95	+ 2,5
1998	37 616	+ 408	+ 1,1	27 285	- 35	- 0,1	2 406	- 49	- 2,0	•	3 982	+ 93	+ 2,4
1999	38 077	+ 461	+ 1,2	27 483 <sup>4)</sup>	+ 274	+ 1,0	2 387	- 19	- 0,8	•	3 895	- 87	- 2,2
2000	38 752	+ 675	+ 1,8	27 826 <sup>4)</sup>	+ 342	+ 1,2	2 315	- 72	- 3,0	•	3 966	+ 71	+ 1,8
2001	38 917	+ 165	+ 0,4	27 817 <sup>4)</sup>	- 9	+ 0,0	2 263	- 52	- 2,2	•	4 073	+ 107	+ 2,7
<b>2002</b>	<b>38 688</b>	<b>- 229</b>	<b>- 0,6</b>	<b>27 571 <sup>4)</sup></b>	<b>- 246</b>	<b>- 0,9</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>
<b>Bundesgebiet West</b>													
1992	31 429	+ 313	+ 1,3	23 534	+ 319	+ 1,4	2 384	- 37	- 1,5	•	3 217	+ 12	+ 0,4
1993	31 056	- 373	- 1,2	23 175	- 359	- 1,5	2 352	- 32	- 1,3	•	3 219	+ 2	+ 0,1
1994	30 825	- 231	- 0,7	22 829	- 346	- 1,5	2 316	- 36	- 1,5	•	3 297	+ 78	+ 2,4
1995	30 798	- 27	- 0,1	22 658	- 171	- 0,7	2 257	- 59	- 2,5	•	3 312	+ 15	+ 0,5
1996	30 767	- 31	- 0,1	22 373	- 285	- 1,3	2 242	- 15	- 0,7	•	3 292	- 20	- 0,6
1997	30 831	+ 64	+ 0,2	22 136	- 237	- 1,1	2 212	- 30	- 1,3	•	3 360	+ 68	+ 2,1
1998	31 216	+ 385	+ 1,2	22 164	+ 28	+ 0,1	2 148	- 64	- 2,9	•	3 421	+ 61	+ 1,8
1999	31 656	+ 440	+ 1,4	22 392 <sup>4)</sup>	+ 317	+ 1,4	2 108	- 40	- 1,9	•	3 334	- 87	- 2,5
2000	32 374	+ 718	+ 2,3	22 847 <sup>4)</sup>	+ 455	+ 2,0	2 037	- 71	- 3,4	•	3 394	+ 60	+ 1,8
2001	32 645	+ 271	+ 0,8	23 019 <sup>4)</sup>	+ 172	+ 0,8	1 973	- 64	- 3,1	•	3 478	+ 84	+ 2,5
<b>2002</b>	<b>32 522</b>	<b>- 123</b>	<b>- 0,4</b>	<b>22 915 <sup>4)</sup></b>	<b>- 104</b>	<b>- 0,5</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>													
1992	6 449	+ 889	+ 13,3	5 795 <sup>3)</sup>	•	•	108	•	•	•	403	•	•
1993	6 309	- 140	- 2,2	5 502	•	•	131	+ 23	+ 21,3	•	439	+ 36	+ 8,9
1994	6 479	+ 170	+ 2,7	5 510	+ 8	+ 0,1	155	+ 24	+ 18,3	•	478	+ 39	+ 8,9
1995	6 584	+ 105	+ 1,6	5 541	+ 31	+ 0,6	188	+ 33	+ 21,3	•	506	+ 28	+ 5,9
1996	6 503	- 81	- 1,2	5 390	- 151	- 2,7	219	+ 31	+ 16,5	•	502	- 4	- 0,8
1997	6 377	- 126	- 1,9	5 184	- 206	- 3,8	243	+ 24	+ 11,0	•	529	+ 27	+ 5,4
1998	6 400	+ 23	+ 0,4	5 122	- 81	- 1,6	258	+ 15	+ 6,2	•	561	+ 32	+ 6,0
1999	6 421	+ 21	+ 0,3	5 091 <sup>4)</sup>	- 43	- 0,8	279	+ 21	+ 8,1	•	561	+ 0	+ 0,0
2000	6 378	- 43	- 0,7	4 978 <sup>4)</sup>	- 113	- 2,2	278	- 1	- 0,4	•	571	+ 10	+ 1,8
2001	6 272	- 106	- 1,7	4 798 <sup>4)</sup>	- 180	- 3,6	290	+ 12	+ 4,3	•	595	+ 24	+ 4,2
<b>2002</b>	<b>6 166</b>	<b>- 106</b>	<b>- 1,7</b>	<b>4 656 <sup>4)</sup></b>	<b>- 142</b>	<b>- 3,0</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>	<b>•••</b>

<sup>1)</sup> Inlandskonzept, Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; BGW und BGO Zahlen IAB-Schätzung.

<sup>2)</sup> Inlandskonzept, Jahresdurchschnitt, Beschäftigtenstatistik, Bundesanstalt für Arbeit.

<sup>3)</sup> Mikrozensus, Statistisches Bundesamt.

<sup>4)</sup> Stichtag 30.6.

Tabelle II.B.2

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Ländern der EU <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>										
Land	Veränderung in %									
	1993/92	1994/93	1995/94	1996/95	1997/96	1998/97	1999/98	2000/99	2001/00	2002/01
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Belgien	-0,7	+0,1	+1,1	-0,1	+1,4	+0,6	+3,0	+3,5	-1,9	+0,4
Dänemark	-2,6	+0,1	+2,4	+0,7	+1,9	+0,1	+1,5	+0,1	-0,6	+0,7
Bundesrepublik Deutschland	-1,1	-0,8	-0,2	-0,5	-1,0	+0,7	+1,6	+0,7	+0,5	+0,8
Griechenland	+1,2	+1,6	+0,9	+1,1	-0,2	+3,5	-0,5	+0,1	-0,7	-0,8
Spanien	-4,8	-1,1	+2,6	+2,8	+3,1	+8,0	+5,7	+5,5	+3,8	+2,3
Frankreich	-0,9	-1,0	+1,6	+0,5	-0,2	+1,3	+1,2	+2,7	+2,4	+0,8
Irland	+0,7	+4,8	+4,5	+3,8	+5,1	+9,0	+6,6	+5,0	+2,8	+1,8
Italien	-1,6	-1,4	-0,3	+0,3	+0,1	+1,6	+1,2	+1,6	+2,1	+1,8
Luxemburg	+0,6	-0,6	-1,2	+1,9	+2,4	+1,2	+2,9	+2,8	+2,8	+1,1
Niederlande	+0,4	+1,0	+1,2	+2,2	+3,7	+3,1	+2,8	+3,4	+2,4	+1,2
Österreich	•	•	•	-1,5	-0,1	+0,5	+1,4	+0,1	+0,4	+1,1
Portugal	-1,4	-0,9	-0,8	-0,4	+1,5	+5,9	+1,4	+1,1	+1,6	+2,5
Finnland	•	•	•	+2,6	+2,8	+2,9	+7,2	+1,4	+1,5	+0,1
Schweden	•	•	•	-1,4	-1,7	+0,6	+2,9	+1,3	+5,3	+0,1
Vereinigtes Königreich	-0,9	+0,8	+1,2	+1,2	+1,8	+1,1	+1,3	+1,7	+1,2	+0,5
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	<b>+0,5</b>	<b>+0,7</b>	<b>+1,7</b>	<b>+2,0</b>	<b>+2,0</b>	<b>+1,6</b>	<b>+0,7</b>

<sup>1)</sup> Erwerbstätige zwischen 15 und 64 Jahren.

<sup>2)</sup> Quelle: Ursprungsdaten: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Mai 2003); eigene Berechnungen.

Tabelle II.B.3

<b>Beschäftigungsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht<sup>1)</sup> 2)</b>												
Land	Beschäftigungsquoten Älterer											
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Belgien	21,6	22,4	21,9	22,4	23,3	21,8	22,0	22,5	24,7	25,0	25,2	25,8
Dänemark	51,7	52,3	51,3	50,2	49,3	47,5	51,4	50,4	54,2	54,6	56,5	57,3
Bundesrepublik Deutschland	38,4	36,2	35,7	36,3	37,8	37,9	38,2	37,7	37,8	37,4	37,7	38,4
Griechenland	39,0	39,4	38,8	39,5	40,5	40,7	40,7	39,1	38,4	39,0	38,0	39,2
Spanien	36,2	35,8	34,6	32,5	31,8	33,0	33,5	35,3	35,0	36,9	39,1	39,8
Frankreich	30,6	29,9	29,7	29,4	29,4	29,1	28,9	28,3	28,4	29,4	30,7	33,8
Irland	38,7	38,4	39,1	39,4	39,7	40,5	40,3	41,6	43,8	45,1	46,7	48,0
Italien	32,6	•	29,5	28,3	27,0	27,3	27,3	27,7	27,5	27,3	26,9	28,6
Luxemburg	23,2	24,7	26,1	23,2	24,0	22,6	23,7	25,0	26,3	27,2	24,8	27,9
Niederlande	28,4	28,7	28,8	29,2	28,8	30,0	31,4	33,0	35,3	37,9	39,3	42,0
Österreich	•	•	•	•	29,0	29,4	28,5	28,0	29,2	29,2	27,4	28,1
Portugal	49,4	47,3	45,6	45,8	45,5	46,3	46,8	50,5	51,3	51,7	50,7	51,4
Finnland	•	•	•	•	34,4	34,3	35,7	35,7	39,2	41,2	45,5	47,8
Schweden	•	•	•	•	62,0	64,1	61,6	62,7	64,6	64,3	66,2	68,3
Vereinigtes Königreich	49,0	47,8	46,5	47,4	47,6	47,7	48,5	48,3	49,4	50,5	52,2	53,3
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>35,7</b>	<b>35,9</b>	<b>36,3</b>	<b>36,4</b>	<b>37,0</b>	<b>37,5</b>	<b>38,3</b>	<b>39,8</b>
<b>Männer</b>												
Belgien	33,9	34,6	32,9	33,0	34,5	32,2	32,2	32,1	35,1	35,1	35,1	35,1
Dänemark	61,0	61,5	60,6	59,8	63,2	58,4	61,0	58,5	59,9	61,9	63,0	64,2
Bundesrepublik Deutschland	53,5	49,5	47,7	48,0	48,8	47,8	47,6	47,3	46,9	46,2	46,1	47,1
Griechenland	57,9	58,5	57,0	58,1	58,9	59,2	59,0	55,8	54,8	55,3	54,6	55,1
Spanien	56,3	55,4	52,6	49,2	47,9	50,0	51,3	52,9	52,3	55,0	57,9	58,4
Frankreich	36,5	35,9	35,4	34,3	33,6	33,3	33,0	32,8	32,0	32,9	34,9	38,1
Irland	60,7	59,8	59,6	59,6	60,2	59,4	58,6	59,7	61,7	63,0	64,7	65,1
Italien	51,5	•	46,9	44,8	42,3	42,1	41,5	41,5	40,8	40,3	39,3	41,1
Luxemburg	34,0	34,5	38,1	33,5	35,1	35,6	35,5	35,1	35,4	37,9	35,3	37,6
Niederlande	42,5	42,2	41,2	41,2	39,9	40,7	43,0	46,2	48,8	49,9	50,5	54,9
Österreich	•	•	•	•	40,8	42,4	40,5	39,6	41,6	41,4	37,9	38,1
Portugal	66,8	62,1	60,1	60,6	58,9	58,5	58,2	64,2	62,4	62,5	62,2	62,4
Finnland	•	•	•	•	34,9	35,5	37,9	39,4	40,6	41,8	45,8	48,1
Schweden	•	•	•	•	65,7	66,0	64,0	65,7	67,3	67,0	68,9	70,8
Vereinigtes Königreich	61,6	58,6	55,9	56,6	56,1	57,0	58,6	58,3	59,4	59,8	61,6	62,1
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>46,8</b>	<b>46,8</b>	<b>47,0</b>	<b>47,2</b>	<b>47,3</b>	<b>47,6</b>	<b>48,3</b>	<b>49,8</b>
<b>Frauen</b>												
Belgien	10,2	11,0	11,6	12,4	12,7	12,0	12,4	13,4	14,8	15,4	15,6	16,7
Dänemark	43,0	43,6	42,5	40,2	36,1	37,0	41,2	41,5	47,8	46,2	49,8	49,9
Bundesrepublik Deutschland	24,1	23,3	23,9	24,9	27,0	28,2	28,9	28,1	28,7	28,7	29,3	29,8
Griechenland	20,8	21,7	21,8	22,4	23,8	23,8	24,4	23,6	23,1	24,4	22,7	24,4
Spanien	17,8	18,3	18,6	17,7	17,5	17,5	18,1	19,0	18,9	20,0	21,4	22,3
Frankreich	25,2	24,4	24,4	24,8	25,5	25,2	25,1	24,1	25,0	26,1	26,7	29,6
Irland	17,0	17,1	18,6	19,2	19,2	21,3	21,7	23,5	25,8	27,1	28,5	30,7
Italien	15,5	•	13,6	13,3	13,1	13,8	14,4	14,8	15,0	15,2	15,3	16,9
Luxemburg	13,0	15,4	14,3	13,2	13,2	10,2	12,5	15,3	17,5	16,8	14,4	18,1
Niederlande	15,0	15,9	16,8	17,5	18,0	19,4	19,8	19,8	21,9	25,8	28,0	29,0
Österreich	•	•	•	•	18,3	17,3	17,3	17,1	17,6	17,8	17,4	18,6
Portugal	34,5	34,7	33,3	33,1	33,6	35,4	37,0	38,6	41,7	42,3	40,7	41,8
Finnland	•	•	•	•	33,9	33,2	33,6	32,2	37,9	40,7	45,2	47,5
Schweden	•	•	•	•	58,4	62,2	59,3	59,7	61,8	61,7	63,5	65,6
Vereinigtes Königreich	37,0	37,4	37,6	38,5	39,3	38,8	38,8	38,5	39,8	41,4	43,2	44,7
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>25,2</b>	<b>25,7</b>	<b>26,2</b>	<b>26,0</b>	<b>27,0</b>	<b>27,8</b>	<b>28,7</b>	<b>30,2</b>

1) Anteil der Erwerbstätigen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Mai 2003).

Tabelle II.B.4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Personengruppen						
Merkmal	Juni 1999	Juni 2000	Juni 2001	Juni 2002	Veränderung gegenüber	
					Juni 2001	
					absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
<b>Deutschland insgesamt</b>						
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>27 482 584</b>	<b>27 825 624</b>	<b>27 817 114</b>	<b>27 571 147</b>	<b>- 245 967</b>	<b>- 0,88</b>
dav. Männer	15 423 466	15 543 911	15 444 587	15 179 482	- 265 105	- 1,72
Frauen	12 059 118	12 281 713	12 372 527	12 391 665	+ 19 138	+ 0,15
Arbeiter	12 135 997	12 104 503	11 934 539	11 626 421	- 308 118	- 2,58
Angestellte	15 325 600	15 703 394	15 878 452	15 944 648	+ 66 196	+ 0,42
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	3 491 668	3 586 842	3 619 564	3 531 146	- 88 418	- 2,44
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	1 068 655	1 073 990	1 048 948	1 004 559	- 44 389	- 4,23
– 55 Jahre und älter	2 872 185	2 854 542	2 734 458	2 753 487	+ 19 029	+ 0,70
– Deutsche	25 557 762	25 862 004	25 809 052	25 611 194	- 197 858	- 0,77
dav. Männer	14 154 375	14 259 518	14 150 941	13 928 055	- 222 886	- 1,58
Frauen	11 403 387	11 602 486	11 658 111	11 683 139	+ 25 028	+ 0,21
– Ausländer	1 924 822	1 963 620	2 008 062	1 959 953	- 48 109	- 2,40
dav. Männer	1 269 091	1 284 393	1 293 646	1 251 427	- 42 219	- 3,26
Frauen	655 731	679 227	714 416	708 526	- 5 890	- 0,82
– Europäische Union	639 385	645 599	643 092	618 212	- 24 880	- 3,87
– Teilzeitbeschäftigte	3 677 618	3 928 650	4 119 534	4 255 034	+ 135 500	+ 3,29
dav. Männer	469 379	551 491	611 586	640 731	+ 29 145	+ 4,77
Frauen	3 208 239	3 377 159	3 507 948	3 614 303	+ 106 355	+ 3,03
– Auszubildende (Pers.gruppenschlüssel)	1 505 566	1 501 908	1 497 814	1 499 515	+ 1 701	+ 0,11
dav. Männer	821 634	820 813	816 534	816 559	+ 25	+ 0,00
Frauen	683 932	681 095	681 280	682 956	+ 1 676	+ 0,25
<b>Bundesgebiet West</b>						
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>22 391 635</b>	<b>22 847 412</b>	<b>23 019 184</b>	<b>22 914 969</b>	<b>- 104 215</b>	<b>- 0,45</b>
dav. Männer	12 757 347	12 963 762	12 989 937	12 821 880	- 168 057	- 1,29
Frauen	9 634 288	9 883 650	10 029 247	10 093 089	+ 63 842	+ 0,64
Arbeiter	9 708 100	9 775 434	9 726 245	9 520 062	- 206 183	- 2,12
Angestellte	12 667 067	13 059 259	13 289 294	13 394 871	+ 105 577	+ 0,79
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	2 813 592	2 919 959	2 971 845	2 919 273	- 52 572	- 1,77
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	814 050	831 862	822 683	791 983	- 30 700	- 3,73
– 55 Jahre und älter	2 334 330	2 320 067	2 239 152	2 260 922	+ 21 770	+ 0,97
– Deutsche	20 508 553	20 924 088	21 058 180	20 998 987	- 59 193	- 0,28
dav. Männer	11 518 076	11 707 443	11 725 719	11 599 620	- 126 099	- 1,08
Frauen	8 990 477	9 216 645	9 332 461	9 399 367	+ 66 906	+ 0,72
– Ausländer	1 883 082	1 923 324	1 961 004	1 915 982	- 45 022	- 2,30
dav. Männer	1 239 271	1 256 319	1 264 218	1 222 260	- 41 958	- 3,32
Frauen	643 811	667 005	696 786	693 722	- 3 064	- 0,44
– Europäische Union	630 176	636 634	634 443	609 537	- 24 906	- 3,93
– Teilzeitbeschäftigte	3 088 238	3 306 741	3 481 485	3 615 775	+ 134 290	+ 3,86
dav. Männer	377 846	451 686	507 178	540 134	+ 32 956	+ 6,50
Frauen	2 710 392	2 855 055	2 974 307	3 075 641	+ 101 334	+ 3,41
– Auszubildende (Pers.gruppenschlüssel)	1 178 268	1 176 376	1 188 538	1 203 442	+ 14 904	+ 1,25
dav. Männer	634 786	635 035	638 871	644 594	+ 5 723	+ 0,90
Frauen	543 482	541 341	549 667	558 848	+ 9 181	+ 1,67
<b>Bundesgebiet Ost</b>						
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>5 090 949</b>	<b>4 978 212</b>	<b>4 797 930</b>	<b>4 656 178</b>	<b>- 141 752</b>	<b>- 2,95</b>
dav. Männer	2 666 119	2 580 149	2 454 650	2 357 602	- 97 048	- 3,95
Frauen	2 424 830	2 398 063	2 343 280	2 298 576	- 44 704	- 1,91
Arbeiter	2 427 897	2 329 069	2 208 294	2 106 359	- 101 935	- 4,62
Angestellte	2 658 533	2 644 135	2 589 158	2 549 777	- 39 381	- 1,52
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	678 076	666 883	647 719	611 873	- 35 846	- 5,53
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	254 605	242 128	226 265	212 576	- 13 689	- 6,05
– 55 Jahre und älter	537 855	534 475	495 306	492 565	- 2 741	- 0,55
– Deutsche	5 049 209	4 937 916	4 750 872	4 612 207	- 138 665	- 2,92
dav. Männer	2 636 299	2 552 075	2 425 222	2 328 435	- 96 787	- 3,99
Frauen	2 412 910	2 385 841	2 325 650	2 283 772	- 41 878	- 1,80
– Ausländer	41 740	40 296	47 058	43 971	- 3 087	- 6,56
dav. Männer	29 820	28 074	29 428	29 167	- 261	- 0,89
Frauen	11 920	12 222	17 630	14 804	- 2 826	- 16,03
– Europäische Union	9 209	8 965	8 649	8 675	+ 26	+ 0,30
– Teilzeitbeschäftigte	589 380	621 909	638 049	639 259	+ 1 210	+ 0,19
dav. Männer	91 533	99 805	104 408	100 597	- 3 811	- 3,65
Frauen	497 847	522 104	533 641	538 662	+ 5 021	+ 0,94
– Auszubildende (Pers.gruppenschlüssel)	327 298	325 532	309 276	296 073	- 13 203	- 4,27
dav. Männer	186 848	185 778	177 663	171 965	- 5 698	- 3,21
Frauen	140 450	139 754	131 613	124 108	- 7 505	- 5,70

Tabelle II.B.5

Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Personengruppen						
Merkmal	Juni 1999	Juni 2000	Juni 2001	Juni 2002	Veränderung gegenüber	
					Juni 2001	
					absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
<b>Deutschland insgesamt</b>						
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>3 658 212</b>	<b>4 052 441</b>	<b>4 131 807</b>	<b>4 169 166</b>	<b>+ 37 359</b>	<b>+ 0,90</b>
dav. Männer	1 037 168	1 179 336	1 218 054	1 242 084	+ 24 030	+ 1,97
Frauen	2 621 044	2 873 105	2 913 753	2 927 082	+ 13 329	+ 0,46
Arbeiter	1 970 924	2 202 319	2 302 122	2 334 007	+ 31 885	+ 1,39
Angestellte	1 687 252	1 850 077	1 829 669	1 835 159	+ 5 490	+ 0,30
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	718 000	856 080	882 473	861 029	– 21 444	– 2,43
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	454 374	559 256	577 102	541 949	– 35 153	– 6,09
– 55 Jahre und älter	1 138 176	1 244 624	1 261 726	1 277 588	+ 15 862	+ 1,26
– Deutsche	3 385 624	3 750 159	3 822 662	3 853 119	+ 30 457	+ 0,80
dav. Männer	954 562	1 089 498	1 129 277	1 149 969	+ 20 692	+ 1,83
Frauen	2 431 062	2 660 661	2 693 385	2 703 150	+ 9 765	+ 0,36
– Ausländer	272 588	302 282	309 145	316 047	+ 6 902	+ 2,23
dav. Männer	82 606	89 838	88 777	92 115	+ 3 338	+ 3,76
Frauen	189 982	212 444	220 368	223 932	+ 3 564	+ 1,62
– Europäische Union	63 421	68 808	68 131	67 213	– 918	– 1,35
– Teilzeitbeschäftigte	3 265 659	3 603 506	3 690 286	3 722 179	+ 31 893	+ 0,86
dav. Männer	919 722	1 037 818	1 076 488	1 097 270	+ 20 782	+ 1,93
Frauen	2 345 937	2 565 688	2 613 798	2 624 909	+ 11 111	+ 0,43
<b>Bundesgebiet West</b>						
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>3 280 271</b>	<b>3 609 839</b>	<b>3 654 131</b>	<b>3 667 427</b>	<b>+ 13 296</b>	<b>+ 0,36</b>
dav. Männer	888 575	1 002 360	1 023 454	1 034 946	+ 11 492	+ 1,12
Frauen	2 391 696	2 607 479	2 630 677	2 632 481	+ 1 804	+ 0,07
Arbeiter	1 772 140	1 964 717	2 036 977	2 048 412	+ 11 435	+ 0,56
Angestellte	1 508 109	1 645 095	1 617 140	1 619 015	+ 1 875	+ 0,12
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	638 475	755 545	776 351	757 883	– 18 468	– 2,38
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	410 609	502 970	518 374	488 932	– 29 442	– 5,68
– 55 Jahre und älter	985 272	1 077 926	1 090 490	1 103 967	+ 13 477	+ 1,24
– Deutsche	3 011 845	3 312 668	3 350 894	3 358 456	+ 7 562	+ 0,23
dav. Männer	808 085	915 182	937 743	946 520	+ 8 777	+ 0,94
Frauen	2 203 760	2 397 486	2 413 151	2 411 936	– 1 215	– 0,05
– Ausländer	268 426	297 171	303 237	308 971	+ 5 734	+ 1,89
dav. Männer	80 490	87 178	85 711	88 426	+ 2 715	+ 3,17
Frauen	187 936	209 993	217 526	220 545	+ 3 019	+ 1,39
– Europäische Union	62 893	68 156	67 429	66 414	– 1 015	– 1,51
– Teilzeitbeschäftigte	2 928 439	3 208 266	3 260 513	3 271 954	+ 11 441	+ 0,35
dav. Männer	788 650	881 964	904 031	914 529	+ 10 498	+ 1,16
Frauen	2 139 789	2 326 302	2 356 482	2 357 425	+ 943	+ 0,04
<b>Bundesgebiet Ost</b>						
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>377 941</b>	<b>442 602</b>	<b>477 676</b>	<b>501 739</b>	<b>+ 24 063</b>	<b>+ 5,04</b>
dav. Männer	148 593	176 976	194 600	207 138	+ 12 538	+ 6,44
Frauen	229 348	265 626	283 076	294 601	+ 11 525	+ 4,07
Arbeiter	198 784	237 602	265 145	285 595	+ 20 450	+ 7,71
Angestellte	179 143	204 982	212 529	216 144	+ 3 615	+ 1,70
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	79 525	100 535	106 122	103 146	– 2 976	– 2,80
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	43 765	56 286	58 728	53 017	– 5 711	– 9,72
– 55 Jahre und älter	152 904	166 698	171 236	173 621	+ 2 385	+ 1,39
– Deutsche	373 779	437 491	471 768	494 663	+ 22 895	+ 4,85
dav. Männer	146 477	174 316	191 534	203 449	+ 11 915	+ 6,22
Frauen	227 302	263 175	280 234	291 214	+ 10 980	+ 3,92
– Ausländer	4 162	5 111	5 908	7 076	+ 1 168	+ 19,77
dav. Männer	2 116	2 660	3 066	3 689	+ 623	+ 20,32
Frauen	2 046	2 451	2 842	3 387	+ 545	+ 19,18
– Europäische Union	528	652	702	799	+ 97	+ 13,82
– Teilzeitbeschäftigte	337 220	395 240	429 773	450 225	+ 20 452	+ 4,76
dav. Männer	131 072	155 854	172 457	182 741	+ 10 284	+ 5,96
Frauen	206 148	239 386	257 316	267 484	+ 10 168	+ 3,95

## II. C. Arbeitslosigkeit

### 1. Deutschland

#### 1. Bestand und Quoten

#### Arbeitslosigkeit spürbar gestiegen

Deutlich rückläufige Kräftenachfrage und wachsendes Arbeitsangebot haben die **Arbeitslosigkeit**

spürbar steigen lassen. Im Jahresdurchschnitt 2002 waren mit 4.060.300 Personen 208.700 oder 5% mehr arbeitslos gemeldet als im Vorjahr. In den **alten Ländern** hat sich die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2002 deutlich erhöht, in den **neuen** bei hohem Niveau wiederum leicht (+170.900 oder +7% auf 2.648.800 bzw. +37.800 oder +3% auf 1.411.500).

Die **Arbeitslosenquote**, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahresdurchschnitt 2002 auf 9,8%, im Vergleich zu 9,4% im Vorjahr. Auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen errechnen sich Quoten von 10,8% bzw. 10,3% (vgl. Tabelle II.A.1). In den neuen Ländern waren die Arbeitslosenquoten nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie im Westen.

Dies belegt die im Osten anhaltend größeren Probleme am Arbeitsmarkt. Darüber hinaus war dort die **Stützung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen** – relativ gesehen – immer noch wesentlich stärker als im Westen. Bundesweit belief sich die Entlastungswirkung 2002 jahresdurchschnittlich auf rd. 940.000, dies sind rd. 50.000 mehr als 2001 (vgl. Kasten „Zur Entlastung arbeitsmarktpolitischer Instrumente ...“ in diesem Kapitel). Davon entfielen noch 42% auf die neuen Länder.

Die konsequente Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes und der Arbeitsvermittlungsoffensive hat den Anstieg gedämpft. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ werden seit Jahresbeginn auch höhere Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt; manche erneuern deshalb ihre Meldung nicht oder ziehen sie zurück. Dies hat auch zu einer Bereinigung des Arbeitslosenbestandes geführt (vgl. auch Abschnitt II.D.1).

Von 1997 bis 2001 hatte sich die Zahl der Arbeitslosen verringert, wengleich zum Schluss nur noch wenig (jahresdurchschnittlich: –105.200; –180.100; –210.600; –37.000; vgl. Tabelle II.C.1). Die jüngste Zunahme der Arbeitslosigkeit konzentrierte sich allein auf **Leistungsempfänger**. So hat sich deren Zahl im Jahresdurchschnitt um 308.200 oder 11% auf 3.197.900 erhöht. Die Leistungsempfängerquote (arbeitslose Leistungsempfänger dividiert durch alle Arbeitslosen) ist damit von 75,0% auf 78,8% gestiegen.

**Internationale Vergleiche** der Arbeitslosigkeit bedienen sich standardisierter **Erwerbslosenquoten** (vgl. Kasten „Er-

#### Arbeitslose – wesentliche Merkmale

**Arbeitslose** sind Arbeitssuchende, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 117 – 122 SGB III)

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes zur Verfügung stehen und
- sich beim Arbeitsamt persönlich arbeitslos gemeldet haben (vgl. §§ 2, 16, 327 SGB III).

Im Einzelnen:

**Arbeitssuchend** ist, wer

- eine Beschäftigung als Arbeitnehmer mit einer Dauer von mehr als sieben Kalendertagen im In- oder Ausland sucht,
- sich wegen der Vermittlung in ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis beim Arbeitsamt gemeldet hat und
- die angestrebte Arbeitnehmertätigkeit ausüben kann und darf (vgl. §§ 15, 38 SGB III).

**Beschäftigungslos** ist, wer

- keine Beschäftigung oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausübt und
- eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung sucht, d.h. wer durch Eigenbemühungen alle Möglichkeiten zur Beendigung der Beschäftigungslosigkeit nutzt und dabei den Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes zur Verfügung steht (Verfügbarkeit), also arbeitsfähig und bereit ist, eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des für ihn in Betracht kommenden Arbeitsmarktes aufzunehmen.

**Nicht als Arbeitslose zählen** demnach insbesondere Personen, die

- mehr als zeitlich geringfügig erwerbstätig sind,
- nicht arbeiten dürfen oder können,
- ihre Verfügbarkeit ohne zwingenden Grund einschränken,
- das 65. Lebensjahr vollendet haben,
- sich als Nichtleistungsempfänger nicht – oder regelmäßig länger als drei Monate nicht mehr – beim zuständigen Arbeitsamt gemeldet haben,
- sich in arbeitsmarktpolitischen Vollzeitmaßnahmen befinden (außer Trainingsmaßnahmen; aber einschl. Leistungsempfänger gem. § 428 SGB III),
- arbeitsunfähig erkrankt sind,
- ihre Wehrpflicht bzw. ihren Zivildienst ableisten oder in Haft sind,
- Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen sowie
- arbeitserlaubnispflichtige Ausländer und deren Familienangehörige sowie Asylbewerber ohne Leistungsbezug, wenn ihnen der Arbeitsmarkt verschlossen ist.

Zum Begriff „**Erwerbslose**“ vgl. Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“ und Abbildung I.1 „Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräftenachfrage“ Anmerkung 3 in Kapitel I.

werbslose und Erwerbslosenquote“). Für Deutschland lag diese 2002 jahresdurchschnittlich mit 8,2% zunehmend über dem Durchschnitt der Länder der Europäischen Union (7,5%; vgl. Tabelle II.C.2). In vergangenen Jahren war die deutsche Quote zumeist noch unterdurchschnittlich gewesen, aber der Abstand zum EU-Durchschnitt hatte sich kontinuierlich und stark verkleinert; beispielsweise betrug er 1994 noch –2,3 Prozentpunkte. In Deutschland hat sich die Arbeitslosigkeit also vergleichsweise ungünstig entwickelt. Trotzdem war die deutsche Erwerbslosenquote nach wie vor nennenswert kleiner als u.a. in Italien, Griechenland und vor allem Spanien. Andererseits war die Quote in Deutschland rd. doppelt so groß wie in Österreich, Irland und Dänemark; noch niedriger waren die Quoten in den Niederlanden und Luxemburg.

Für die Länder der Europäischen Union betragen die standardisierten Erwerbslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2002 für **Frauen** 8,6% und für **Männer** 6,7%. Die Spannweite reichte bei Frauen von 2,7% in Luxemburg bis 16,5% in Spanien. Deutschland lag mit 8,0% weiterhin unter dem EU-Durchschnitt. Für die Männer errechnet sich eine deutsche Erwerbslosenquote von 8,3%, also deutlich über dem Durchschnitt; Extremwerte wurden für Luxemburg und die Niederlande mit 2,2% bzw. Finnland mit 9,1% ausgewiesen.

Vergleiche mit standardisierten Quoten lassen allerdings offen, wie groß die Unterbeschäftigung insgesamt ist, insbesondere in welchem Umfang **Arbeitslosigkeit** durch Arbeitsmarktpolitik **entlastet** wird (vgl. Kasten „Zur Entlastung ...“ und Teil I, Abbildung I.1 „Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräfte nachfrage“). So dürfte sich in Ländern mit umfangreicher Arbeitsmarktpolitik (einschl. Vorruhestandsregelungen) oft ein relativ großer Teil der Unterbeschäftigung in diesen Maßnahmen befinden.

## 2. Zugänge und Abgänge

### Große Bewegungen in und aus der Arbeitslosigkeit

Vergleichsweise moderate Veränderungen im Niveau der Arbeitslosigkeit – z.B. jahresdurchschnittlich 2002/01: +5% –

bedeuten nicht, dass es sich beim Arbeitslosenbestand um einen festen Block arbeitsloser Personen handelt. Dies belegen die starken Bewegungen in und aus Arbeitslosigkeit, auch wenn diese z.T. durch vorübergehende Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit bedingt sind (insbesondere Krankheit, Teilnahme an Maßnahmen oder Meldeversäumnisse).<sup>1)</sup> Im Laufe des Jahres 2002 meldeten sich bundesweit 7,41 Mio Personen arbeitslos, nach 7,03 Mio im Jahr 2001 und 6,94 Mio im Jahr zuvor (vgl. Tabelle II.C.3). Aus vorheriger Erwerbstätigkeit kamen 3,83 Mio Menschen (+5%), aus Nichterwerbstätigkeit 3,58 Mio (+6%; vgl. Tabelle II.C.4). Auf der anderen Seite beendeten im Berichtsjahr 7,20 Mio Menschen ihre Arbeitslosigkeit, nach 6,86 Mio und 7,19 Mio in den beiden Vorjahren. Davon nahmen, ähnlich wie im Vorjahr, 3,02 Mio (–0,1%) eine Erwerbstätigkeit auf, 0,71 Mio (+3%) eine betriebliche, außerbetriebliche und schulische Ausbildung und 3,05 Mio (+10%)

meldeten sich in sonstige Nichterwerbstätigkeit ab (vgl. Tabelle II.C.5).

Gesamtdeutsche Arbeitsmarktgrößen verdecken die gravierenden **Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern**:

- Die **Arbeitslosenquote** war auch 2002 im Osten mehr als doppelt so hoch wie im Westen (auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen: 18,0% zu 7,9%). Dabei ist vor allem die Arbeitslosenquote der Frauen in den neuen Ländern weiterhin wesentlich höher als in den alten (18,4% gegenüber 7,4%).
- Im Jahr 2002 hat die Arbeitslosigkeit **im Westen wesentlich stärker zugenommen** als im Osten (jahresdurchschnittlich: +170.900 oder +7% auf 2.648.800 bzw. +37.800 oder +3% auf 1.411.500). Dies beruht einerseits auf dem im Westen größeren Gewicht von Industrie und Exportwirtschaft, die besonders konjunkturabhängig sind, andererseits auf der Entlastung beim Kräfteangebot im Osten durch zunehmende Wanderungs- und Pendlersalden; letzteres spiegelt die dort besonders schlechte Beschäftigungsentwicklung wider.
- Dagegen hat sich **Langzeitarbeitslosigkeit** allein im Osten besonders ungünstig entwickelt. So stieg der Anteil dieser Personengruppe an allen Arbeitslosen um gut 2 Prozentpunkte auf 36,9%, während er im Westen um knapp 3 Prozentpunkte auf 29,9% zurückging.

Kurz: Anhaltende Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern hinsichtlich Umfang, Struktur, Entwicklung und Ursachen der Arbeitslosigkeit lassen, wie bisher, im Einzelnen eine nach West und Ost getrennte Berichterstattung zweckmäßig erscheinen (vgl. Abschnitte II.C.2 und 3).

## 2. Alte Länder

### 1. Bestand und Quote

Die **Arbeitslosigkeit** hat sich 2002 deutlich erhöht. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der Arbeitslosen um 170.900

### Arbeitslosigkeit deutlich erhöht

oder 7% auf 2.648.800. Die Zunahme geht auf rückläufige Beschäftigung und wachsendes Arbeitskräfteangebot zurück (vgl. Abschnitte II.A.2 und II.B.2). Zugleich hat **Arbeitsmarktpolitik** jahresdurchschnittlich mit rd. 550.000 stärker entlastet als 2001 (rd. +60.000), und zwar praktisch allein wegen größerer Inanspruchnahme der vorruhestandsähnlichen Regelung des § 428 SGB III, von Altersteilzeit und Kurzarbeit (vgl. Tabelle II.C.6 und Kasten „Zur Entlastung ...“).

Mit dem Anstieg der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl um 170.900 ging die seit 1998 anhaltende günstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu Ende. Alles in allem setzte

<sup>1)</sup> Vgl. Anmerkung 2 von Teil I.



sich damit ein Trend fort, der bereits in den 70er Jahren begonnen hatte. Seitdem baut sich ein Arbeitslosigkeitssockel auf, der mit jedem Konjunkturereinbruch beträchtlich wächst und nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung nicht mehr auf das vorherige Niveau zurückgeht. Vor allem in diesem „Terrassenphänomen“ kommen die ungelösten Strukturprobleme des deutschen Arbeitsmarktes zum Ausdruck. Mit der Zunahme um jahresdurchschnittlich 170.900 lag die Arbeitslosigkeit 2002 um rd. 960.000 über dem letzten Tiefststand des Jahres 1991 (1.689.400) und um rd. 345.000 über dem Höchststand des Jahres 1985 (2.304.000). Obwohl damit das Maximum der 80er Jahre in absoluten Zahlen erheblich überschritten wurde, war aber die **Arbeitslosenquote** – infolge seitdem gewachsener Erwerbstätigkeit – kleiner und gemessen daran etwas relativiert. Bezieht man den Arbeitslosenbestand auf **alle zivilen Erwerbspersonen**, betrug die Quote 2002 jahresdurchschnittlich 7,9% gegenüber 7,4% im Vorjahr und 8,2% im Jahr 1985. Auf der Basis der **abhängigen zivilen Erwerbspersonen** belief sie sich auf 8,7% im Vergleich zu 8,3% im Vorjahr und 9,3% im Jahr 1985 (vgl. Tabelle II.A.1).

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ging 2002 mit einer erheblichen Zunahme der jahresdurchschnittlichen Zahl der **Kurzarbeiter** einher (+69.300 auf 165.500). Der Zuwachs entfiel – im Zuge der konjunkturellen Abkühlung – vor allem auf das Verarbeitende Gewerbe (+51.600 auf 108.100), insbesondere auf den Maschinenbau, die Herstellung von Metallerezeugnissen, aber auch von Geräten der Elektrizitätserzeugung sowie von Möbeln, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen. Dienstleistungen insgesamt hatten ebenfalls erheblichen Anteil am Anstieg der Kurzarbeit (+15.000 auf 27.900), vor allem unternehmensnahe Dienstleistungen, die Luftfahrt, der Einzelhandel sowie die Handelsvermittlung und Großhandel (vgl. Tabellen II.C.7 und III.7). Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall verringerte sich dagegen um 7 Prozentpunkte auf 40%. Auf Grund der wesentlich höheren Zunahme der Kurzarbeiterzahl wurde 2002 gleichwohl ein spürbar größeres Beschäftigungsvolumen stabilisiert, nämlich umgerechnet rd. 66.000 Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalent; 2001: 45.000; 2000: 33.000; vgl. Tabelle II.C.6).

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind nur Teile der Unterbeschäftigung, hinzu tritt vor allem die **Stille Reserve** (vgl. Teil I Kasten „Stille Reserve“ sowie Abbildung I.1 „Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräfte nachfrage“). Das IAB schätzt die Größe der Stillen Reserve insgesamt für 2002 jahresdurchschnittlich auf rd. 1,9 Mio (Vorjahr: rd. 1,8 Mio); bis 1997 hatte sie sich z.T. beträchtlich erhöht, 2000 verringert und seitdem wieder erhöht. Die **Stille Reserve i.e.S.** wird für das Berichtsjahr mit rd. 1,4 Mio angegeben (Vorjahr: gut 1,3 Mio). Die Zahl **beschäftigungsloser Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen** lag 2002 bei rd. 0,5 Mio (Vorjahr: rd. 0,45 Mio). Den größten Anteil daran hatten inzwischen Leistungsempfänger gem. § 428 SGB III mit 190.000 (2001: 139.000). In den Jahren davor waren Teilnehmer in beruflicher Vollzeitweiterbildung die stärkste Gruppe gewesen (2002: 173.000; 2001 181.000).

Die wichtigsten **arbeitsmarktpolitischen Instrumente** – einschl. derjenigen, die Beschäftigung stabilisieren (Kurzarbeit und Beschäftigungschaffende Maßnahmen) – **entlasteten**

### Arbeitslosenquoten

Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Kräfteangebots an, indem sie die (registrierten) **Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP = Erwerbstätige + Arbeitslose)** in Beziehung setzen. Unterbeschäftigung in Form Stiller Reserve (insbesondere Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik) wird dabei also nicht berücksichtigt. Zugleich ist die Arbeitsmarktnähe vieler Arbeitsloser aber eher gering.<sup>1)</sup> Beide Phänomene dürften sich großenteils kompensieren.

Dabei wird der Kreis der Erwerbstätigen unterschiedlich abgegrenzt:

1. Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen:

**Alle zivilen Erwerbstätigen** (alle ziv. ET) sind die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Sie errechnet sich als

Arbeitslosenquote (auf der Basis aller ziv. EP)=

$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{alle ziv. ET + Arbeitslose}} \times 100$$

Diese Art der Berechnung ist im Ausland gebräuchlicher und deshalb für internationale Vergleiche geeigneter (vgl. Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquoten“). Wegen der zunehmenden Bedeutung selbstständiger Erwerbsarbeit für Arbeitslose hat sie aber auch analytische Vorzüge. Seit 1994 sind Quoten auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen auch für Landesarbeitsämter und Länder verfügbar, seit 1997 für Arbeitsämter und ihre Geschäftsstellen. Getrennte Quoten für Männer und Frauen gibt es seit 1995, allerdings nur für das Bundesgebiet und die Bundesländer.

2. Arbeitslosenquote, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen:

Der Nenner enthält nur die **abhängigen zivilen Erwerbstätigen** (abh. ziv. ET), d.h. die Summe aus voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschl. Auszubildende), geringfügig Beschäftigten und Beamten (ohne Soldaten).

Daraus errechnet sich:

Arbeitslosenquote (auf der Basis der abh. ziv. EP) =

$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{abh. ziv. ET + Arbeitslose}} \times 100$$

Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längere Tradition. Aus datentechnischen Gründen beziehen sich bisher die Arbeitslosenquoten einzelner Personengruppen regelmäßig nur auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Die Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird einmal jährlich – üblicherweise beginnend mit dem Berichtsmonat April – aktualisiert.

<sup>1)</sup> Vgl. Udo Brixy, Rainer Gilberg, Doris Hess, Helmut Schröder, Arbeitslosenuntersuchung – Teil II: Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen? IAB-Kurzbericht Nr. 2 vom 21.1.2002.

**den Arbeitsmarkt** 2002 in einer Größe von 0,55 Mio, das sind rd. 60.000 mehr als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.C.6 sowie Kasten „Zur Entlastung ...“). Berücksichtigt man außerdem Beschäftigungseffekte über Vorleistungsverflechtungen und Konsumnachfrage sowie Austauschprozesse zwischen der Stillen Reserve (i.e.S.) und dem Kräftepotenzial in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, dürfte die Entlastung einem Beschäftigungsäquivalenten von knapp 0,55 Mio entsprechen, ca. 50.000 mehr als im Vorjahr.

Zugleich erfolgte weiterhin eine zunehmende Entlastung durch **Frühverrentungen**<sup>2)</sup> Personen, die wenigstens 60 Jahre alt sind, können nach mindestens einjähriger Arbeitslosigkeit oder zweijähriger Altersteilzeitarbeit und Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen vorgezogenes Altersruhegeld beziehen (vgl. § 237 SGB VI). Ende 2002 gab es, nach Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), 539.100 Personen unter 65 Jahren, die von der „Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit“ Gebrauch machten (Ende 2001: 570.410). Allerdings dürfen bei weitem nicht alle dieser Personen als „verdeckt Arbeitslose“ interpretiert werden, denn der größte Teil von ihnen wäre wahrscheinlich auch ohne vorherige Arbeitslosigkeit vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Rente gegangen.<sup>3)</sup> In der genannten Zahl nicht enthalten sind Frührentner, die arbeitsmarktbedingt eine volle statt einer halben Erwerbsminderungsrente bekommen (vgl. § 43 Abs. 2 SGB VI in Verbindung mit § 224 SGB VI); 2002 gab es rd. 20.200 Zugänge in derartige Renten (2001: 9.500).

### Unterdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit von Frauen, deutliche Abnahme bei Schwerbehinderten

Auch 2002 hat sich die Arbeitslosigkeit einzelner **Personengruppen** unterschiedlich entwickelt (vgl. Tabelle II.C.1).

Die anhaltende konjunkturelle Schwächephase hat sich auf

die Arbeitslosigkeit von **Arbeitern** und **Angestellten** ähnlich ausgewirkt. Im **Jahresdurchschnitt** 2002 lag die Zahl arbeitsloser Arbeiter mit 1.614.300 um knapp 7% über Vorjahresniveau; bei Angestellten wurde mit 1.034.500 der Vorjahreswert um gut 7% überschritten (Arbeitslosigkeit insgesamt: +7%). Dabei nahm die Arbeitslosenzahl bei weiblichen Angestellten und bei Arbeiterinnen jeweils deutlich weniger zu als bei den Männern (+5% auf 663.500 bzw. +1% auf 472.500; +12% auf 371.100; bzw. +9% auf 1.141.800).

Auch insgesamt hat sich die Arbeitslosigkeit der **Frauen** wesentlich schwächer erhöht als die der **Männer**. Im Jahresdurchschnitt waren 1.135.900 Frauen und 1.512.900 Männer arbeitslos gemeldet, gut 3% bzw. knapp 10% mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen ist somit weiter und spürbarer gesunken, und zwar um 1,5 Prozentpunkte

<sup>2)</sup> Diese Personen gehören in der IAB-Rechnung zur Stillen Reserve i.e.S.

<sup>3)</sup> Vgl. dagegen: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2002/03, Texttabelle 24 und Methodische Erläuterungen B 8.

### Erwerbslose und Erwerbslosenquoten

Die Angaben über die Zahl der registrierten Arbeitslosen und die auf dieser Basis berechneten Arbeitslosenquoten lassen zwischenstaatliche Vergleiche von Entwicklungen zu (Längsschnitt). Wegen der unterschiedlichen Definitionen von „Arbeitslosigkeit“ auf Grund der jeweiligen Gesetzgebungen und Verwaltungspraktiken ist jedoch ihre Aussagefähigkeit für internationale Niveauvergleiche eingeschränkt (Querschnitt). Aus diesem Grund werden hierfür die vom **Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat)** verwendeten Angaben zu Erwerbstätigen und Erwerbslosen genutzt. Diese basieren auf den Definitionen des internationalen Arbeitsamtes (ILO) nach dem „Labour-force“-Konzept.

Danach umfassen die **Erwerbstätigen** alle Personen, die während der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Lohn oder Gewinn Arbeit verrichteten oder die nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, dem sie vorübergehend fernblieben. Auch mithelfende Familienangehörige werden erfasst.

Als **Erwerbslose** gelten alle Personen **von 15 bis 64 Jahren**,

- die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren, d.h. Personen, die weder einer abhängigen noch selbstständigen Beschäftigung von wenigstens einer Stunde nachgingen, und
- die für eine Beschäftigung verfügbar waren, d.h. innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen eine abhängige oder eine selbstständige Beschäftigung aufnehmen konnten, und
- die aktiv auf Arbeitssuche waren, d.h. innerhalb der letzten vier Wochen (einschl. der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige oder eine selbstständige Beschäftigung zu finden, oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, diesen aber erst später, d.h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten einnehmen können.

Damit werden z.B. Personen, die bis zu 15 Stunden pro Woche arbeiten und damit gemäß SGB III arbeitslos sein können, nicht als Erwerbslose gezählt. Dies ist ein Grund dafür, weshalb die Zahl der Erwerbslosen kleiner ist als die der Arbeitslosen (Arbeitslose gemäß SGB III – Definition Jahresdurchschnitt 2002 Deutschland: 4,06 Mio, Erwerbslose gemäß Eurostat: 3,25 Mio) und die Erwerbslosenquote niedriger als die Arbeitslosenquote ist.

Die **Erwerbslosenquote** stellt – wie die Arbeitslosenquote – die relative Unterauslastung des Kräfteangebots dar (vgl. Kasten „Arbeitslosenquoten“). Dabei bezieht man die Zahl der Erwerbslosen auf die der Erwerbstätigen plus Erwerbslosen.

Der Ermittlung der Erwerbstätigen- und Erwerbslosenzahlen liegen die Ergebnisse der gemeinschaftlichen Arbeitskräfteerhebung der Länder der Europäischen Gemeinschaft zugrunde (EU-AKE). Diese ist in Deutschland als Unterstichprobe in den nationalen Mikrozensus (jeweils in der letzten April-Woche) integriert. Die monatliche Erwerbslosenzahl wird anhand der monatlich erhobenen Arbeitslosenzahl der Bundesanstalt für Arbeit fortgeschrieben.

auf 42,9%. Die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten (auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen) der Frauen war mit 7,4% inzwischen nennenswert niedriger als die der Männer (8,2%). Für die Quoten auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen ergibt sich ein noch größerer Abstand (Frauen: 8,0%; Männer: 9,4%), da sich wegen der größeren Zahl selbstständiger Männer der Nenner ihrer Quote stärker verkleinert.

Auch die Arbeitslosigkeit von Personen, die eine **Teilzeitbeschäftigung** suchten, hat sich 2002 weiter erhöht. Im Jahresdurchschnitt wünschten 327.500 Arbeitslose ausschließlich eine Teilzeitbeschäftigung, dies sind 5% mehr als 2001. Wie bisher waren 96% dieser Arbeitslosen weiblich; 28% aller arbeitslosen Frauen suchten somit eine Teilzeitbeschäftigung (+1/2 Prozentpunkt), bei den Männern liegt der entsprechende Anteil praktisch unverändert bei 1% (vgl. Anhang, Tabelle IV.D.10).

Die Zahl arbeitsloser **Jugendlicher** (unter 25 Jahren) ist stark gestiegen, und zwar jahresdurchschnittlich um 14% auf 324.400, allerdings allein in der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen (+19% auf 257.600; 15- bis unter 20-Jahre: -1% auf 66.800). Vor allem waren mehr junge Männer arbeitslos (+18%; Frauen: +9%). Anscheinend gelingt es jungen Menschen immer weniger, nach Abschluss ihrer Ausbildung schnell oder dauerhaft in Beschäftigung einzumünden. Die **Arbeitslosenquote für Jüngere unter 25 Jahren** (auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen) hatte sich – vor allem auf Grund verhältnismäßig starker Abnahmen ihrer Erwerbstätigkeit – bis 1996 überdurchschnittlich erhöht. 2002 lag sie mit 8,0% weiterhin unter der Gesamtquote (8,7%), allerdings die der 20- bis unter 25-Jährigen wie bisher darüber (10,0%; unter 20-Jährige: 4,5%). Damit hat sich die Arbeitslosigkeit Jugendlicher zuletzt relativ verschlechtert.

Die Zahl **älterer Arbeitsloser<sup>4)</sup>** hat sich – wie schon in den Jahren zuvor – deutlich verringert. Im Jahresdurchschnitt 2002 gab es 729.500 Arbeitslose ab 50 Jahre (-7%). Allerdings ging lediglich die Arbeitslosigkeit der 55-Jährigen und älteren stark zurück (-15% auf 419.900), dagegen nahm sie bei den 50- bis unter 55-Jährigen zu (+7% auf 309.600), und zwar bei Männern deutlich stärker als bei Frauen (+10% bzw. +4%). Maßgeblich für die Abnahme bei den Älteren dürften demografische Gründe sein. Darüber hinaus ist deren Arbeitslosigkeit durch die stark zunehmende Inanspruchnahme der Regelung des § 428 SGB III sowie der Altersteilzeitregelungen entlastet worden (jahresdurchschnittlich: +37% auf 190.500 bzw. +22% auf 48.600). Außerdem hat die Zahl arbeitsmarktbedingter Frührentner weiter zugenommen (s.o.; vgl. auch Anhang, Tabelle IV.E.3b).

Die Zahl arbeitsloser **Schwerbehinderter** hat 2002 ebenfalls deutlich abgenommen.<sup>5)</sup> Im Jahresdurchschnitt waren 122.700 registriert, das sind 8% weniger als im Vorjahr. Neben demografischen Einflüssen dürfte sich hier auch das Gesetz

<sup>4)</sup> Vgl. Barbara Koller, Hans-Uwe Bach, Udo Brixy: Ältere ab 55 Jahren – Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, IAB-Werkstattbericht Nr. 5 vom 16.4.2003.

<sup>5)</sup> Vgl. Angela Rauch, Hannelore Brehm: Licht am Ende des Tunnels? Eine aktuelle Analyse der Situation schwerbehinderter Menschen am Arbeitsmarkt, IAB-Werkstattbericht Nr. 6 vom 17.4.2003.

## Dauer der Arbeitslosigkeit

Für die Ermittlung der Länge einer Arbeitslosigkeitsperiode gibt es unterschiedliche methodische Konzepte:

### 1. die abgeschlossene Dauer.

Dies ist die Zeitspanne zwischen Beginn und Ende einer Arbeitslosigkeitsperiode. Ermittelt oder berechnet man sie für bestimmte Personengruppen, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums ihre Arbeitslosigkeit beendeten, kann diese durchschnittliche Dauer als Risiko des Verbleibs in Arbeitslosigkeit interpretiert werden.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit kann aus der **Abgangserhebung** ermittelt werden. Dabei wird bei der Abmeldung die jeweilige Dauer des Verweilens in der Arbeitslosigkeit (in Monaten) festgestellt. Bis 1998 waren entsprechende Daten nur aus der Juni-Erhebung verfügbar, die möglicherweise saisonal oder anderweitig verzerrt und damit nicht unbedingt repräsentativ für alle Abgänge eines Jahres ist. Seit Januar 2000 liegt die Abgangserhebung, auch für das Jahr 1999, ganzjährig für alle Monate vor. Weil damit auch ein Vorjahresvergleich auf der Grundlage von Jahressummen möglich ist, wird seitdem die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit auf dieser Grundlage ausgewiesen.

Näherungsweise errechnet sich die – in Wochen gemessene – mittlere Verweildauer mit Hilfe der sog. **Umschlagsformel** wie folgt:

$$\frac{\text{Jahresdurchschnittlicher Bestand an Arbeitslosen}}{\text{Jahressumme der Zugänge in + Abgänge aus Arbeitslosigkeit}} \times 52$$

Liegen ausnahmsweise nur Zugänge – wie bei den Leistungsempfängern – oder nur Abgänge vor, wird der Nenner dieser Formel durch eine dieser beiden Bewegungsgrößen ersetzt.

Diese Berechnung setzt allerdings voraus, dass mit der Abmeldung eines Arbeitslosen eine Arbeitslosigkeitsperiode tatsächlich beendet wird. Bei bestimmten kürzeren Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit – z.B. Krankheit von weniger als sechs Wochen oder eine kürzere, aber der Verfügbarkeit entgegenstehende Ortsabwesenheit – werden jedoch Bewegungen aus und in Arbeitslosigkeit nachgewiesen, ohne dass nach der Unterbrechung der Beginn der Arbeitslosigkeit neu festgesetzt wird. In Folge dessen ist die mit der Umschlagsformel berechnete Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell niedriger als die erhobene.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit kann auch durch gesetzliche Regelungen beeinflusst werden. Z.B. hat die mit dem SGB III eingeführte dreimonatige persönliche Meldepflicht für bestimmte Gruppen von Leistungsempfängern (ab 1.1.1998) dazu geführt, dass der Arbeitslose bei Nichterneuerung der Arbeitslosmeldung abgemeldet, d.h. die Arbeitslosigkeit abgeschlossen wurde. Hat der Arbeitslose danach seine persönliche Meldung erneuert, begann eine neue Arbeitslosigkeitsperiode. Somit hat diese gesetzliche Regelung die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell verkürzt. Nach Aufhebung dieser Bestimmung mit dem Zweiten Änderungsgesetz zum SGB III (ab 1.8.1999) hat sich – umgekehrt – die Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell wieder erhöht.

Neben dieser abgeschlossenen Dauer der Arbeitslosigkeit wird bei Bestandsarbeitslosen auch deren bisherige Verweilzeit gemessen, d.h.

### 2. die nicht abgeschlossene Dauer (bisherige Dauer).

Dabei handelt es sich um die Zeit der Arbeitslosigkeit, die bis zu einem Stichtag zurückgelegt ist. Weil Personen mit längerer Arbeitslosigkeitsdauer im Arbeitslosenbestand überrepräsentiert sind, ist dieses Konzept ungeeignet, das durchschnittliche Verweilrisiko zu quantifizieren.

Die obigen Aussagen zur Dauer der Arbeitslosigkeit gelten analog für die **Dauer des Leistungsbezugs** sowie die **durchschnittliche Laufzeit von Stellenangeboten**.

### 3. Langzeitarbeitslosigkeit

Bislang ist es allgemein üblich, das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit bzw. den Bestand an Langzeitarbeitslosen anhand der nicht abgeschlossenen Dauer zu ermitteln. Genauer: Man betrachtet die Zahl oder den Anteil jener Arbeitslosen, **die zu einem bestimmten Zeitpunkt bereits länger als ein Jahr arbeitslos** sind. Dieses Vorgehen ist für eine vollständige Erfassung des Ausmaßes von Langzeitarbeitslosigkeit indes wenig adäquat. Denn unter denen, die zu einem Stichtag kürzer als ein Jahr arbeitslos sind, befinden sich viele, die ihre Arbeitslosigkeit erst nach über einem Jahr beendet haben werden. Betrachtet man deshalb **abgeschlossene Arbeitslosigkeitsperioden von über einem Jahr**, errechnet sich ein Volumen an Langzeitarbeitslosigkeit, das fast doppelt so groß ist wie das bisher ausgewiesene. Dies ist bei den hiesigen Aussagen zur Langzeitarbeitslosigkeit, die sich der üblichen Definition bedienen, zu beachten.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Werner Karr: Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 30. Jg., Heft 1/1997, S. 37 ff; ders., Die Erfassung der Langzeitarbeitslosigkeit – ein kaum beachtetes Messproblem, IAB-Kurzbericht, Nr. 5 vom 7.8.1997. Helmut Rudolph: Risiko von Langzeitarbeitslosigkeit frühzeitig erkennen, IAB-Werkstattbericht Nr. 14 vom 19.11.1998.

### Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit

Oberstes Ziel aktiver Arbeitsmarktpolitik ist die dauerhafte Integration von Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung, also in eine Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt. Diese Eingliederungswirkungen sind – lässt man Arbeitsvermittlungen außer Betracht – oft eher mittelfristig und aktuell kaum quantifizierbar.<sup>1)</sup> Abgesehen davon **reduzieren zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen den Bestand an Arbeitslosen vorübergehend auch unmittelbar**, und zwar vor allem dadurch, dass zuvor arbeitslose Personen für die Dauer ihrer Teilnahme daran nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. **Nur in diesem Sinn ist hier von „Entlastungswirkung“ die Rede.** Dieser Entlastungseffekt muss streng von der eingangs erwähnten Integration am ersten Arbeitsmarkt unterschieden werden.

Für die Arbeitsmarktberichterstattung ist die Entlastungswirkung aus analytischen Gründen von Bedeutung, nämlich besonders dann, wenn ihre Veränderung einen Beitrag zur Erklärung von (gegenläufigen) Veränderungen der Arbeitslosigkeit leistet. Diese eher kurzfristigen konten- oder buchungsmaßige Zusammenhänge zwischen arbeitsmarktpolitischer Entlastung und Arbeitslosigkeit dürfen natürlich nicht so missverstanden werden, als handele es sich dabei um eine langfristig effiziente Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus führt die Berücksichtigung des Entlastungsvolumens zu einer besseren Erfassung des Umfangs der Unterbeschäftigung.

In eine derartige **Entlastungsrechnung** werden regelmäßig Bestandsgrößen jener Instrumente **einbezogen**, deren Entlastungswirkung als quantifizierbar gilt.<sup>2)</sup> Dies trifft zu für: Kurzarbeit (Zahl der Kurzarbeiter mal durchschnittlichem Arbeitszeitausfall), Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen, Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung, berufliche Wiedereingliederung Behinderter sowie Vollzeit-Deutsch-Sprachkurse für Spätaussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge. Darüber hinaus wird die vorruhestandsähnliche Regelung gem. § 428 SGB III in Rechnung gestellt, wonach 58-Jährige und ältere Leistungsempfänger der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen müssen und deshalb nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden sowie Personen in geförderter Altersteilzeit (vgl. Tabelle II.C.6).

Andere Instrumente werden **in der Entlastungsrechnung nicht berücksichtigt**, was natürlich nichts gegen ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Eingliederung von Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung sagt. Dies gilt an erster Stelle für die große Zahl von Arbeitsvermittlungen, zumal damit nicht zwangsläufig ein Abbau von Arbeitslosigkeit verbunden ist (vgl. Abschnitt II.D.1), aber auch für die direkten Hilfen zur Aufnahme einer solchen Tätigkeit. Die Gründe für ihre Nichtberücksichtigung sind vielfältig:

- Bei einigen Maßnahmen **bleiben** die Teilnehmer **regelmäßig als Arbeitslose registriert** (z.B. Trainingsmaßnahmen oder Teilzeit-Weiterbildung). Folglich kann insoweit keine Entlastungswirkung eintreten.
- Maßnahmen der beruflichen Erstqualifizierung von Jugendlichen spielen sich größtenteils im **Vorfeld des Arbeitsmarktes** ab; sie betreffen auch überwiegend Personen, die vorher nicht arbeitslos gemeldet waren. Insoweit kann Arbeitslosigkeit ebenfalls nicht entlastet werden. Dies gilt insbe-

sondere für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, die Berufsausbildung Benachteiligter, die berufliche Ersteingliederung Behinderter sowie für große Teile des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Ob sich diese Jugendlichen ohne eine derartige Maßnahme (kurzfristig) arbeitslos gemeldet hätten, lässt sich nicht sagen.

- Daneben gibt es finanzielle Hilfen zur **direkten Eingliederung Arbeitsloser in reguläre Beschäftigung**; insbesondere Eingliederungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (vgl. im Einzelnen Tabellen II.E.2a–c). Großenteils werden Schwervermittelbare gefördert, die andernfalls kaum eine Chance hätten. Die finanzielle Förderung ist also häufig Ausgleich für eine (vermutete) Minderleistung. Deshalb dürfte auf diese Weise keine **zusätzliche** Beschäftigung entstehen, d.h. ohne diese Hilfen wären vermutlich Arbeitnehmer ohne Vermittlungshemmnis eingestellt worden (Substitutionseffekt). Vielleicht wäre es in dem einen oder anderen Fall aber auch ohne diese Zuschüsse zur Einstellung förderungsfähiger Arbeitsloser gekommen (Mitnahmeeffekt) oder (leistungsschwache) Beschäftigte wären freigesetzt worden (Drehtüreffekt). Vor allem aus diesen Gründen ist der gesamtwirtschaftliche Effekt derart subventionierter Beschäftigung auf die Arbeitslosigkeit kaum abzuschätzen.
- Schließlich bestehen zahlreiche Maßnahmen zur Förderung regulärer Beschäftigung ausschließlich oder großenteils in **einmaligen Hilfen**, sodass sich Bestands- und damit Entlastungsgrößen nicht angeben lassen. Dies gilt – abgesehen von den (normalen) Arbeitsvermittlungen – insbesondere für die Unterstützung der Beratung und Vermittlung sowie für Mobilitätshilfen (z.B. Übernahme von Bewerbungs-, Reise- und Umzugskosten), großenteils aber auch für die **Freie Förderung** gem. § 10 SGB III.

**Kurz:** Manche Maßnahmen werden in die Entlastungsrechnung nicht einbezogen, weil sie die Arbeitslosigkeit nur wenig oder in kaum quantifizierbarem Umfang entlasten. Andererseits sind Substitutions- oder Mitnahmeeffekte auch bei den berücksichtigten Maßnahmen nicht völlig auszuschließen. Schließlich: Zu- oder Abnahmen in der Entlastungswirkung dürfen schließlich auch nicht mit Anstiegen oder Rückgängen der arbeitsmarktpolitik insgesamt gleichgesetzt werden. So mag weniger Entlastung lediglich eine Umorientierung der Arbeitsmarktpolitik vom zweiten zu Gunsten des ersten Arbeitsmarktes widerspiegeln. Ob und inwieweit dies – im Jahresverlauf oder im Jahresdurchschnitt – der Fall ist, muss von Mal zu Mal geprüft werden (vgl. Tabellen II.E.1 und 2).

In die „Entlastung durch **arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**“ der Bundesanstalt nicht einbezogen sind schließlich Bezieher von vorgezogenem Altersruhegeld (vgl. § 237 SGB VI) oder Erwerbsunfähigkeitsrenten (vgl. § 43 SGB VI), auch wenn diese Frühverrentungen arbeitsmarktbedingt sind; allerdings werden sie gleichsam unter dem Strich ausgewiesen.

<sup>1)</sup> Erste Ergebnisse in diese Richtung liefern die sog. Eingliederungsbilanzen. Vgl. zuletzt: Daten zu den Eingliederungsbilanzen 2001, Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) vom 30. 4. 2002, **Aktualisieren!**

<sup>2)</sup> Vgl. auch Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2001 und 2002, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 35. Jg. (2002), S. 7 ff., besonders S. 21 f.

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter (in Kraft ab 1.10.2000) sowie das „Aktionsprogramm berufliche Integration Schwerbehinderter“ (ABIS) ausgewirkt haben. Das Gesetz hat zum Ziel, mit den Mitteln der Ausgleichsabgabe Ausbildung und Vermittlung von Schwerbehinderten in den allgemeinen Arbeitsmarkt stärker zu fördern. Nach Auslaufen des Bundesprogramms „50.000 Jobs für Schwerbehinderte“ Ende Oktober hat sich die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter jedoch merklich erhöht.

Die Arbeitslosigkeit der **Spätaussiedler** ist, wie schon seit Jahren, weiter merklich gesunken. Jahresdurchschnittlich waren 45.500 Personen arbeitslos gemeldet, 7% weniger als 2001. Dies beruht auch auf den seit Jahren rückläufigen Zugangszahlen. Weiterhin von Bedeutung ist wohl, dass die Ansprüche von Spätaussiedlern hinsichtlich der monetären und nicht monetären Beschäftigungsbedingungen vergleichsweise niedrig sein dürften und Arbeitsaufnahmen durch landmannschaftliche Verbindungen unterstützt werden.

**Ausländer** sind nach wie vor wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Ihre Arbeitslosenquote (auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen) blieb im Jahresdurchschnitt mit 17,8% weiterhin mehr als doppelt so groß wie die der Deutschen (7,9%). Die Zahl arbeitsloser Ausländer erhöhte sich im Berichtsjahr mit 7% auf 459.900 nur durchschnittlich, obwohl Ausländer relativ stark von den Beschäftigungsverlusten in der Bauwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe betroffen sind. Dagegen haben sich anscheinend weder die Verbesserung der Einbürgerungsmöglichkeiten durch das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15.7.1999 (im Wesentlichen in Kraft seit 1.1.2000), noch die Erleichterung bei Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber (ab 15.12.2000; vgl. Abschnitt II.A.2) auf die Arbeitslosigkeit der Ausländer ausgewirkt; beide Effekte könnten sich aber auch mehr oder weniger kompensiert haben.

Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** hat sich – entgegen der Gesamttendenz – weiter verringert, allerdings nur noch wenig. 2001 hatte sie sich weit überdurchschnittlich reduziert, nach z.T. massiven Zunahmen bis 1998 (vgl. Tabelle II.C.1 sowie Anhang, Tabelle IV.E.9b). Die **jahresdurchschnittliche** Zahl jener, die bereits ein Jahr oder länger arbeitslos waren, nahm 2002 gegenüber Vorjahr um 2% auf 792.400 ab. Damit verringerte sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen um 3 Prozentpunkte auf 30% (vgl. Kasten „Dauer der Arbeitslosigkeit“). Dabei veränderte sich die jahresdurchschnittliche Zahl der männlichen Langzeitarbeitslosen mit 439.200 kaum (+0,3%), die der Frauen nahm mit 353.200 aber spürbar ab (-5%). Weil die Arbeitslosigkeit durchweg zunahm, ging der Anteil an allen männlichen und allen weiblichen Arbeitslosen um jeweils 3 Prozentpunkte auf 29% bzw. 31% zurück. Die Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit geht z.T. auf Aktivitäten der Arbeitsämter zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit zurück (Fördern und Fordern). Da vor allem Ältere von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, dürften auch demografische Gründe eine Rolle spielen sowie die verstärkte Inanspruchnahme der Regelung des § 428 SGB III und der Altersteilzeit (s.u.; vgl. Abschnitt II.E.2).

**Regional** nahm die Arbeitslosigkeit überall zu. Deutlich überdurchschnittlich erhöhte sie sich vor allem in Bayern, aber auch in Baden-Württemberg und Hamburg (+16%; +12%; +10%). Das Saarland und Bremen verzeichneten die geringsten **Zunahmen** (+1%; knapp +2%; ausführlicher Teil III; vgl. auch Tabelle III.10; zur Kurzarbeit nach Regionen vgl. Tabelle III.15).

## Große Unterschiede in den Regionen

Nach wie vor gravierend sind vor allem die regionalen Unterschiede im **Niveau der Arbeitslosigkeit**. Weiterhin die höchste Arbeitslosenquote (auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen) hatte Bremen mit 12,6%, mit großem Abstand gefolgt von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (je 9,2%) sowie dem Saarland (9,1%) und Hamburg (9,0%). Deutlich unterdurchschnittliche Quoten wiesen wie bisher Baden-Württemberg, Bayern und Hessen auf (5,4%; 6,0%; 6,9%). In den übrigen Ländern bewegten sich die Quoten mehr oder weniger in der Nähe des Durchschnitts (7,9%; Schleswig-Holstein: 8,7%; Rheinland-Pfalz: 7,2%; vgl. Tabelle III.12; zur Dauer der Arbeitslosigkeit nach Regionen vgl. Tabelle III.13).

## 2. Zugänge und Dauer

Die **Arbeitslosigkeit** hat sich im Jahresverlauf 2002 um 195.600 oder 8% auf 2.779.600 erhöht. Dieser Anstieg beruht

### Weiterhin mehr Zugänge aus Erwerbstätigkeit

auf mehr **Zugängen**. So meldeten sich im Berichtsjahr 5,15 Mio Menschen arbeitslos, dies sind 361.300 oder 8% mehr als 2001. Gleichzeitig beendeten 4,95 Mio Personen ihre Arbeitslosigkeit, 335.300 oder 7% mehr als im Vorjahr. Allerdings geht diese Zunahme nur zum kleinen Teil auf Beschäftigungs- oder Ausbildungsaufnahmen zurück, ausschlaggebend waren vielmehr – infolge der Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes („Fördern und Fordern“) und der Vermittlungsoffensive – mehr Abgänge in Nichterwerbstätigkeit. Die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeitsperiode hat sich leicht verringert; sie lag für Personen, die 2002 ihre Arbeitslosigkeit beendeten, bei durchschnittlich 32 Wochen, gegenüber 33 Wochen im Vorjahr.

Betrachtet man die sich arbeitslos meldenden Personen nach ihrem vorherigen Erwerbsstatus, so lagen vor allem die **Zugänge aus Erwerbstätigkeit** (ohne betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung) infolge der konjunkturellen Schwäche über jenen des Vorjahres (+10% oder +227.900 auf 2,53 Mio; Vorjahr: +6%; vgl. Tabelle II.C.4). Dabei erhöhten sich insbesondere Meldungen nach regulärer, mehr als kurzfristiger Beschäftigung wiederum deutlich (+10% auf 2,39 Mio). Dagegen gab es, wie schon im Vorjahr, erheblich weniger Zugänge aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (-31% auf 18.400). Besonders stark stiegen die Meldungen aus sonstiger Erwerbstätigkeit (+17% auf 114.400).

Nach **Wirtschaftszweigen** entwickelten sich auch 2002 die Zugänge unterschiedlich (vgl. Tabelle III.6). Im Zuge der konjunkturellen Schwäche der Wirtschaft gab es vor allem spürbar mehr Arbeitslosmeldungen aus Dienstleistungen (insgesamt: +12% auf 1,55 Mio). Besonders groß waren die Anstiege aus den Bereichen Einzelhandel, Handelsvermittlung und Großhandel, unternehmensnahe Dienstleistungen sowie Hilfs- und Nebentätigkeiten für Verkehr. Relativ am größten war die Zunahme aus Forschung und Entwicklung, allerdings bei niedrigem Niveau (+44%). Die Zugänge aus dem Baugewerbe lagen unter dem Durchschnitt (+7% auf 0,37 Mio); dies spiegelt, bei stark reduzierter Beschäftigung, die anhaltend schwache Branchenkonjunktur wider. Das Verarbeitende Gewerbe trug ebenfalls zum Anstieg der Arbeitslosmeldungen bei (+8% auf 0,53 Mio). Insbesondere meldeten sich mehr Personen arbeitslos aus dem Maschinenbau, der Herstellung von Möbeln, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen, der Herstellung von Metallernzeugnissen sowie aus dem Verlags- und Druckgewerbe. Besonders groß war die relative Zunahme bei der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten (+32%).

Die Arbeitslosmeldungen von Personen, die vorher in **betrieblicher oder außerbetrieblicher Ausbildung** gestanden hatten, haben sich kaum noch verringert ( $-1/2\%$  auf 129.000; Vorjahr:  $-2\%$ ). Anscheinend sind die Probleme an der zweiten Schwelle für Fachkräfte nicht mehr kleiner geworden.

Die Zahl der sich arbeitslos meldenden Personen, die **vorher nicht erwerbstätig** waren, ist 2002 spürbar gestiegen (+6% oder +134.300 auf 2,49 Mio; 2001: +1/2%). Dabei waren Zugänge nach **schulischer** Ausbildung erneut merklich schwächer ( $-4\%$  auf 232.900; Vorjahr:  $-4\%$ ). Somit beruht der Anstieg allein auf mehr Meldungen aus **sonstiger Nichterwerbstätigkeit** (+7% auf 2,26 Mio; Vorjahr: +1%). Dabei wuchs vor allem die Zahl jener Personen, die ihre Beschäftigung längere Zeit unterbrochen hatten (+7% auf 2,11 Mio); der wesentlich kleinere Rest war vorher noch nie erwerbstätig gewesen (+0,2% auf 150.700). Unter den Zugängen aus sonstiger Nichterwerbstätigkeit befanden sich erneut 0,67 Mio Personen, die ihre Arbeitslosigkeit nur deshalb unterbrochen hatten, weil sie wegen Krankheit die Voraussetzung für die Zählung als Arbeitsloser vorübergehend nicht mehr erfüllt hatten (+0,2%). Vor allem die Zahl derjenigen, die sich wegen Meldeversäumnis usw. erneut arbeitslos meldeten, war erheblich größer als im Vorjahr (+21% auf 177.500). Dabei dürfte es sich auch um Personen handeln, die sich zuvor im Zuge der strikten Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes bzw. des Prinzips „Fördern und Fordern“ vorübergehend vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten (vgl. Abschnitte II.D.1 und II.C.2.3). Auf Veranlassung der Sozialhilfeträger haben sich dagegen weniger Personen gemeldet ( $-3\%$  auf 157.500).

Insgesamt haben sich 2002 die Zugänge der Frauen in Arbeitslosigkeit weniger erhöht als die der Männer (+6% auf 2,12 Mio bzw. +9% auf 3,03 Mio). Der Anteil der **Frauen** an allen Arbeitslosmeldungen hat sich damit leicht auf 41% verringert. Auch die Zugänge nach Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung) haben sich bei Frauen (+9%) weniger erhöht als bei Männern (+11%). Dasselbe gilt für die Meldungen nach betrieblichen oder außerbetrieblichen

bzw. schulischen Ausbildungen ( $-2\%$  bzw.  $-4\%$ ; Männer:  $+1/2\%$  bzw.  $-1\%$ ).

### 3. Abgang aus Arbeitslosigkeit

Die Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit waren 2002 deutlich größer als im Jahr zu-

#### ... deutlich größer

vor (vgl. Tabelle II.C.5). Im Verlauf des Jahres beendeten 4,95 Mio Personen ihre Arbeitslosigkeit, 7% oder 335.300 mehr als 2001 (Vorjahr:  $-6\%$ ). So haben im Berichtsjahr 2,01 Mio der sich aus Arbeitslosigkeit Abmeldenden eine **Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung)** aufgenommen, dies war ein Plus von 2% oder 39.800 (Vorjahr:  $-7\%$ ). Allerdings nahmen etwas weniger Arbeitslose eine nicht geförderte Beschäftigung über sieben Tage Dauer auf ( $-1\%$  auf 1,67 Mio). Dagegen haben sich in sonstige Erwerbstätigkeit erheblich mehr Arbeitslose als im Vorjahr abgemeldet (+26% auf 154.000). Der Zuwachs entfällt größtenteils auf mehr Abgänge in selbstständige Tätigkeit (+30% auf 112.100), die – im Zuge der Vermittlungsoffensive – in drei von vier Fällen mit Überbrückungsgeld gefördert worden sind (+35% auf 83.500).

Die Abgänge von Arbeitslosen in **schulische, betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung** waren mit 444.500 um 8% oder 31.900 größer als im Vorjahr ( $-12\%$ ). Maßgebend dafür waren vor allem mehr Abmeldungen in berufliche Weiterbildung und Deutsch-Sprachlehrgänge sowie in Schule oder Studium (+4% bzw. +9%); solche in betriebliche oder sonstige Ausbildung legten prozentual besonders stark zu (+33%).

Vor allem Abgänge in **sonstige Nichterwerbstätigkeit** waren deutlich zahlreicher als im Vorjahr, und zwar nahmen sie um 11% oder 218.900 auf 2,15 Mio zu (Vorjahr:  $-3\%$ ). Dabei hat die strikte Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes und verwandter Aktivitäten eine wesentliche Rolle gespielt (vgl. Abschnitt II.D.1 und Kasten „Erste Ergebnisse ...“ in Kapitel II.D). Nach dem Motto „Fördern und Fordern“ wurden seit Jahresbeginn höhere Anforderungen an Arbeitslose gestellt, was zu zahlreichen Abmeldungen geführt hat. So ist die Zahl derer, die wegen Nichterneuerung der Meldung oder mangelnder Mitwirkung aus der Arbeitslosigkeit (zumindest vorübergehend) geschieden sind, erheblich größer geworden (+21% auf 1,01 Mio). Auch wurden Sonderbestimmungen, insbesondere die vorruhestandsähnliche Regelung gem. § 428 SGB III, wonach 58-Jährige und ältere Leistungsempfänger der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen müssen und dann nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden, wesentlich stärker in Anspruch genommen (+102% auf 78.000). Auch die verstärkten Abgänge in Arbeitsunfähigkeit (+7% auf 773.500) dürften z.T. damit zusammenhängen.

Die Abmeldungen von **Frauen** aus der Arbeitslosigkeit haben 2002 etwas weniger zugelegt als die von Männern (+6% auf 2,08 Mio bzw. +8% auf 2,87 Mio); somit hat sich der Anteil der Frauen leicht verringert ( $-1$  Prozentpunkt auf 42%). Dabei gab es bei Abgängen in Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung) spürbare Unterschiede (Frauen:  $-1\%$  auf 743.200; Männer: +4% auf 1.265.200). Ab-

meldungen von Frauen in Beschäftigungen von mehr als sieben Tagen Dauer ohne finanzielle Hilfen der Arbeitsämter haben sich merklich verringert, während sie bei Männern praktisch gleich blieben (−4% auf 642.900 bzw. +1/2% auf 1.024.700). Somit liegt die Wiederbeschäftigungsquote bei Frauen mit 36% weiterhin beträchtlich unter der der Männer (44%; gegenüber Vorjahr: jeweils −2 Prozentpunkte; vgl. Kasten „Messziffern der Arbeitsvermittlung“ in Kapitel II.D sowie Anhang, Tabelle IV.D.6). Abmeldungen von Frauen in sonstige Nichterwerbstätigkeit wiesen keine nennenswerten Unterschiede zu denen der Männer auf. Dagegen nahmen merklich mehr Männer eine betriebliche, außerbetriebliche bzw. schulische Ausbildung auf (+9% auf 251.800; Frauen: +6% auf 192.600). Die Abmeldungen in berufliche Weiterbildungen waren bei Männern und Frauen etwas zahlreicher (+5% auf 146.200 bzw. +4% auf 127.300).

#### 4. Arbeitslosigkeit und Geldleistungen

##### Quote der Leistungsempfänger am Zugang rückläufig, am Bestand merklich größer

Auch im Jahr 2002 meldeten sich deutlich mehr Personen mit Anspruch auf Entgeltersatzleistungen arbeitslos als im Vorjahr. Mit 3,20 Mio bewilligten Neu- und

Wiederbewilligungsanträgen gab es, wie schon 2001, einen Zuwachs von 7% (vgl. Tabelle II.C.8). Da sich der Zugang in Arbeitslosigkeit insgesamt um 9% erhöhte, nahm der Anteil der Leistungsempfänger an allen neu gemeldeten Arbeitslosen von 72,6% auf 71,4% ab.

Die Abnahme der Leistungsempfängerquote am Zugang dürfte auch mit der Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes zusammenhängen, in deren Folge insbesondere Nichtleistungsempfänger ihre Arbeitslosigkeit zunächst beendeten, nach einer Unterbrechung dann aber z.T. wieder zurückkehrten. Die Arbeitslosmeldungen von Nichtleistungsempfängern erhöhten sich deshalb besonders stark, nämlich um 13% auf 1.282.100; ihr Anteil an den Zugängen wuchs um 1,2 Prozentpunkte auf 28,6%. Gleichzeitig haben aber auch die Neu- und Wiederbewilligungen von Arbeitslosengeld deutlich zugenommen (+9% auf 2.775.200); ihr Anteil stieg leicht von 61,6 auf 61,9%. Dies beruht auf dem konjunkturell begründeten, relativ starken Zugang in Arbeitslosigkeit nach mehr als kurzfristiger Beschäftigung (s.o.). Die Zahl der bewilligten Anträge auf Arbeitslosenhilfe und Eingliederungshilfe waren dagegen spürbar kleiner als vor einem Jahr (−4% auf 384.000 bzw. −19% auf 42.400), deren Anteile an allen neu gemeldeten Arbeitslosen sind von 9,7% auf 8,6% bzw. von 1,3% auf 0,9% gesunken.

Schließlich haben sich bewilligte **Neuanträge von Anschluss-Arbeitslosenhilfe** deutlich erhöht (vgl. Kasten „Berechnung der Leistungsempfängerquoten“). 2002 wurde für 522.300 Personen, die unmittelbar zuvor Arbeitslosengeld bezogen hatten, anschließend Arbeitslosenhilfe bewilligt, das

##### Berechnung der Leistungsempfängerquoten

Bezug von Geldleistungen nach dem SGB III mit Beginn der Arbeitslosigkeit bedeutet nicht, dass diese bis zum Ende der Arbeitslosigkeit gezahlt werden. So kann für Arbeitslose der Leistungsbezug auslaufen, bevor die Arbeitslosigkeit abgeschlossen ist, nämlich insbesondere bei Erschöpfung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 127 ff. SGB III) und Fehlen eines Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe (negatives Ergebnis der Bedürftigkeitsprüfung; vgl. § 193 ff. SGB III). Von der **Zahl der Leistungsempfänger bzw. der Leistungsempfängerquote beim Zugang** ist folglich zu unterscheiden, wie viele Arbeitslose zu bestimmten Stichtagen oder im Jahresdurchschnitt Entgeltersatzleistungen erhalten bzw. wie groß der durch Entgeltersatzleistungen finanziell abgesicherte Teil des Arbeitslosigkeitsvolumens ist. Die so ermittelte **Leistungsempfängerquote für den Bestand** an Arbeitslosen berücksichtigt also auch die Dauer des Leistungsbezuges.

Bei der Berechnung der **Leistungsempfängerquote beim Zugang** ist zu beachten:

- Die Zahl der bewilligten Neu- und Wiederbewilligungsanträge enthält keine **Neuanträge auf Anschluss-Arbeitslosenhilfe**, die für die Zeit unmittelbar nach Beendigung des Bezugs von Arbeitslosengeld (meist wegen Erschöpfung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld) gestellt werden, weil diesen Bewilligungen keine Arbeitslosmeldung entspricht.
- Bei Krankheit von weniger als sechs Wochen wird die Entgeltersatzleistung weiter gezahlt, sodass bei rechtzeitiger Gesundung kein neuer Leistungsantrag zu stellen ist. Entsprechend gibt es auch keine bewilligten Anträge bzw. keinen Zugang in den Leistungsbezug nach derartiger Arbeitsunfähigkeit. Um einen Vergleich mit den Zugängen in Arbeitslosigkeit insgesamt zu ermöglichen, werden Arbeitslosmeldungen nach solchen **Unterbrechungen** abgezogen.

Basis für die Berechnung der **Leistungsempfängerquote am Bestand** sind die Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zu den Erhebungsstichtagen. Diese Bestandszahl wird um **Bezieher von Leistungen** vermindert, **die nicht als Arbeitslose zählen**; nämlich: Fälle mit Leistungsfortzahlung bei nicht nur vorübergehender Minderung der Leistungsfähigkeit (§ 125 SGB III), Krankheitsfälle (§ 126 SGB III) sowie insbesondere Leistungsfälle für nicht uneingeschränkt verfügbare 58-Jährige oder Ältere (§ 428 SGB III).

Seit Einführung der **Eingliederungshilfe für Spätaussiedler** ab 1.1.1993 ist statistisch nicht nachweisbar, ob diese Leistung bei Arbeitslosigkeit oder bei Besuch von Bildungsmaßnahmen gewährt wird (vgl. §§ 418 ff. SGB III). Zwar dürften zu Beginn des Eingliederungshilfe-Bezugs fast alle Personen arbeitslos gewesen sein, aber diese treten i.d.R. kurz danach in Deutsch-Sprachkurse oder berufliche Weiterbildungen ein, sodass schätzungsweise drei Viertel des jahresdurchschnittlichen Bestandes der Eingliederungshilfe-Empfänger in derartigen Maßnahmen sind. Deshalb wird die Leistungsempfängerquote beim Zugang einschließlich der Eingliederungshilfe-Bezieher berechnet, während bei der Leistungsempfängerquote des Bestandes sowie bei der Dauer des Leistungsbezuges Eingliederungshilfe unberücksichtigt bleibt.

waren 23% mehr als 2001 (2001/00: +8%). 55.100 Anträge wurden wegen fehlender Bedürftigkeit abgelehnt (Anrechnung von Nebeneinkommen bzw. Berücksichtigung von Vermögen; Vorjahr: 50.500).

Im Jahresdurchschnitt 2002 erhielten erheblich mehr Arbeitslose die Entgeltersatzleistung Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, nämlich 1,98 Mio (+15%; 2001/00: -0,2%; vgl. Tabelle II.C.9). Dabei war der Anstieg bei Arbeitslosengeld-Beziehern spürbar stärker als bei Arbeitslosenhilfe-Empfängern (+17% auf 1.141.100 bzw. +11% auf 834.200). Stellt man dem jahresdurchschnittlichen Leistungsempfängervolumen das der Arbeitslosigkeit gegenüber, erhält man die **Leistungsempfängerquote für den Bestand**: Danach waren im Berichtsjahr 74,6% des Volumens der Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosengeld bzw. -hilfe finanziell abgesichert, nach 69,5% im Vorjahr.

### Dauer des Leistungsbezugs nimmt zu

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit hat 2002 weiter abgenommen; sie belief sich auf 30,7 Wochen und war damit um 1/2 Woche kürzer als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.C.10 sowie Kasten „Zur Dauer des Leistungsbezugs“). Dagegen hat sich der Leistungsbezug spürbar verlängert, und zwar wie im Vorjahr um durchschnittlich 2,1 Wochen auf 32 1/2 Wochen. Dabei nahm die Leistungsperiode der Arbeitslosengeld-Empfänger um 1 1/2 Wochen auf 21,4 Wochen und die der Arbeitslosenhilfe-Empfänger um 0,8 Wochen auf 47,9 Wochen zu.

Die im Vergleich zum Arbeitslosengeld erheblich längere durchschnittliche Dauer des Bezugs von Arbeitslosenhilfe beruht zunächst darauf, dass diese Leistung grundsätzlich unbefristet ist; außerdem wird sie im Anschluss an Arbeitslosengeld bezogen. Somit sind Arbeitslosenhilfe-Empfänger bereits bei Beginn des Leistungsbezugs regelmäßig schon längere Zeit arbeitslos, was die Beendigung von Arbeitslosigkeit, und damit auch von Leistungsbezug, durch Arbeitsaufnahme erschwert.

### Durchschnittliche Leistungen leicht gestiegen

Im Jahresdurchschnitt 2002 erhielten 34% der Arbeitslosengeld-Empfänger Leistungen in Höhe von 67% des pauschalierten Nettoarbeitsentgelts, das an Arbeitslose mit mindestens einem Kind gezahlt wird, folglich 66% den Leistungssatz von 60% (ohne Kind). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteilswert der Leistungsempfänger mit Kind um 1 Prozentpunkt erhöht. Bei den Arbeitslosenhilfe-Empfängern war der Anteil der Empfänger des höheren Satzes (mit Kind; 57%) mit 39% spürbar größer (Vorjahr: 38%); somit betrug für 61% der Leistungssatz 53%.

Nach einer Auswertung der Septemberzahlen 2002 nahm der monatliche Durchschnittsbetrag beim Arbeitslosengeld (ohne die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung) gegenüber Vorjahr nur noch leicht zu, und zwar von 767 € auf

#### Zur Dauer des Leistungsbezugs

Den Rahmen für die maximal mögliche Dauer der Leistungsperiode bildet zunächst die Dauer der Arbeitslosigkeit (§ 117 SGB III). Ob und wie lange während der Arbeitslosigkeit Entgeltersatzleistungen bezogen werden können, hängt von leistungsrechtlichen Voraussetzungen ab, insbesondere vom Lebensalter und der Dauer vorangegangener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen (§ 127 SGB III). Für den Bezug von Arbeitslosenhilfe ist Bedürftigkeit eine Grundvoraussetzung (§§ 193 ff. SGB III).

Die Dauer des Leistungsbezugs wird mit der Umschlagsformel berechnet (vgl. Kasten „Dauer der Arbeitslosigkeit“). Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, dass nur Zugänge, d.h. bewilligte Neu- und Wiederbewilligungsanträge, und keine Abgänge vorliegen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird in diesem Zusammenhang die Dauer der Arbeitslosigkeit ebenfalls nur mit den Zugängen berechnet, die zudem von den Arbeitslosmeldungen nach einer Unterbrechung wegen Arbeitsunfähigkeit bereinigt wurden (vgl. Kasten „Berechnung der Leistungsempfängerquoten“).

770 € (vgl. Tabelle II.C.11 und Kasten „Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen“). Die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe ist etwas stärker gestiegen; statt 545 € wurden durchschnittlich 553 € Arbeitslosenhilfe ausgezahlt. Auf Grund der Vielzahl der Bestimmungsfaktoren (vorheriges Arbeitsentgelt, Steuerklasse, Familienstand, Bedürftigkeit) streuen die Leistungshöhen jedoch sehr breit; dies darf bei der Betrachtung der Durchschnittswerte nicht vergessen werden.

#### Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen

Die Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe hängt von verschiedenen Faktoren ab (§§ 129 ff. SGB III): Die zentrale Rolle spielt die Höhe des vor Eintritt der Arbeitslosigkeit erzielten Bruttoarbeitsentgelts; daraus errechnet sich nach pauschalitem Abzug der gewöhnlich bei Arbeitnehmern anfallenden gesetzlichen Abzüge das pauschalierte Nettoentgelt oder Leistungsentgelt. Daneben sind die Steuerklasse, Kinder, Nebeneinkommen und – bei Arbeitslosenhilfe – das Ausmaß der Bedürftigkeit (§ 193 SGB III) von Bedeutung. Haben Arbeitslosengeldempfänger mindestens ein Kind (i.S. des Einkommensteuergesetzes), beträgt ihr Arbeitslosengeld 67% des vorherigen pauschalierten Nettoarbeitsentgelts, ansonsten 60%; bei der Arbeitslosenhilfe belaufen sich die entsprechenden Sätze auf 57% und 53%. Seit 1.4.1997 wird, jeweils nach Ablauf eines Jahres, das für die Bemessung der Arbeitslosenhilfe maßgebliche Arbeitsentgelt mit einem um 3% reduzierten Faktor angepasst (§ 201 SGB III).

Durch die zum 1.1.2002 in Kraft getretene neue SGB-III-Leistungsentgeltverordnung wurden die Leistungssätze den veränderten gesetzlichen Lohnabzügen angepasst. Dabei sind die Leistungssätze auf Grund der Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung, der Geringverdienergrenze sowie der Jahresarbeitsverdienstgrenze teils höher, teils etwas niedriger ausgefallen als im Vorjahr.



### 3. Neue Länder

#### 1. Bestand und Quoten

##### Arbeitslosigkeit weiter leicht gestiegen

Die **Arbeitslosigkeit** hat sich 2002 weiter erhöht. Dabei war von Bedeutung, dass die Verringerung des Kräfteangebotes

dem Beschäftigungsabbau entgegengewirkt hat (vgl. Abschnitte II.A.3 und II.B.3). Im **Jahresdurchschnitt** gab es 1.411.500 Arbeitslose, dies sind 37.800 oder 3% mehr. In den Vorjahren war die Arbeitslosigkeit nur leicht gestiegen (vgl. Tabelle II.C.1).

Das **Kräfteangebot** hat auch 2002 abgenommen. Nach vorläufigen Schätzungen des IAB ist das Erwerbspersonenpotenzial – vor allem infolge anhaltender Abwanderungen und Pendlerbewegungen in den Westen – jahresdurchschnittlich um rd. 40.000 zurückgegangen (vgl. Abschnitt II.A.3). Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich erheblich stärker verringert, und zwar nach IAB-Schätzung jahresdurchschnittlich um rd. 110.000. Davon entfielen knapp 30.000 auf weniger BSM-Beschäftigte des zweiten Arbeitsmarktes und 10.000 auf SAM OfW. Maßgebend für die Zunahme der Arbeitslosenzahl war also weniger Beschäftigung, einschl. weniger Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Fasst man Arbeitslosigkeit und Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente als Unterbeschäftigung zusammen, so lag diese im Jahr 2002 um rd. 25.000 über Vorjahresniveau (Vorjahr: rd. –15.000).

Die **Arbeitslosenquote**, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 18,0%, auf der Basis der abhängigen, zivilen Erwerbspersonen berechnet sie sich auf 19,5%. Damit waren die Quoten um 0,5 Prozentpunkte bzw. 0,6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.A.1).

**Kurzarbeit** wurde 2002 erheblich häufiger gefördert. Ein großer Teil der Zunahme entfiel auf die Monate September und Oktober infolge des Hochwassers im August. Im Jahresdurchschnitt arbeiteten 41.300 Personen zeitlich verkürzt, 14.500 mehr als 2001 (vgl. Tabelle II.C.7 und Tabelle III.7). Zum Anstieg trug das Verarbeitende Gewerbe bei (+7.600 auf 18.800), insbesondere der Maschinenbau sowie die Herstellung von Metallerzeugnissen. Aber auch bei Dienstleistungen wurde mehr kurz gearbeitet (+6.500 auf 13.200), vor allem im Gastgewerbe, dem Einzelhandel und im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen. Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall verringerte sich leicht auf 52% (–1 Prozentpunkt; vgl. Tabelle II.C.6).

Zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit als Teile der Unterbeschäftigung kommt die **Stille Reserve** (vgl. Teil I., Abbildung I.1 und Kasten „Stille Reserve“). Nach Schätzung des IAB belief sie sich im Jahresdurchschnitt 2002 auf rd. 0,63 Mio (2001: rd. 0,60 Mio; 2000: rd. 0,59 Mio). Dabei spielt nach wie vor die **Stille Reserve in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen** eine relativ große Rolle. Das IAB beziffert sie, wenig verändert, auf rd. 0,29 Mio (Vorjahr: 0,28 Mio). Vor allem Vollzeit-Weiterbil-

dung sowie vorruhestandsähnliche Regelungen haben 2002 das Erwerbspersonenangebot und damit die Arbeitslosigkeit ähnlich stark entlastet wie 2001 (vgl. Tabelle II.C.6 sowie Tabellen II.E.1c und 2c). So verringerte sich der jahresdurchschnittliche Bestand an Teilnehmern in Vollzeitweiterbildung moderat (–7.000 auf 127.200); dagegen hat das Nicht-Verfügbarkeitsprivileg für ältere Leistungsempfänger gem. § 428 SGB III spürbar an Bedeutung gewonnen (+14.800 auf 100.400). Die Stille Reserve ohne beschäftigungslose Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (**Stille Reserve i.e.S.**) hat sich somit um rd. 20.000 auf rd. 0,35 Mio erhöht.

Zusammengenommen haben die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente, also einschl. derjenigen, die Beschäftigung stabilisieren (Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Altersteilzeit) den Arbeitsmarkt mit jahresdurchschnittlich rd. 0,40 Mio um rd. 10.000 weniger gestützt als 2001. Berücksichtigt man auch indirekte Beschäftigungseffekte über Vorleistungs- und Konsumnachfrage sowie Austauschprozesse zwischen Stiller Reserve (i.e.S.) und dem Kräftepotenzial in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, dürfte die Entlastung 2002 einem Beschäftigungsäquivalent von knapp 0,50 Mio entsprechen (Vorjahr: rd. 0,50 Mio).

Darüber hinaus ist die Arbeitslosigkeit weiter beträchtlich durch Personen entlastet worden, die **Rente wegen Arbeitslosigkeit** oder nach Altersteilzeitarbeit beziehen. Ende 2002 waren dies – nach Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) – 231.600 Personen im erwerbsfähigen Alter (Ende 2001: 270.600). Die dahinterstehende „verdeckte Arbeitslosigkeit“ dürfte wesentlich kleiner sein, weil der größte Teil dieser Personen auch ohne vorherige Arbeitslosigkeit vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Rente gegangen wäre. Hinzu kommen jene Frührentner, die eine volle statt einer halben Erwerbsminderungsrente erhalten; 2002 wurden rd. 6.100 derartige Rentenzugänge registriert (Vorjahr: 3.000).

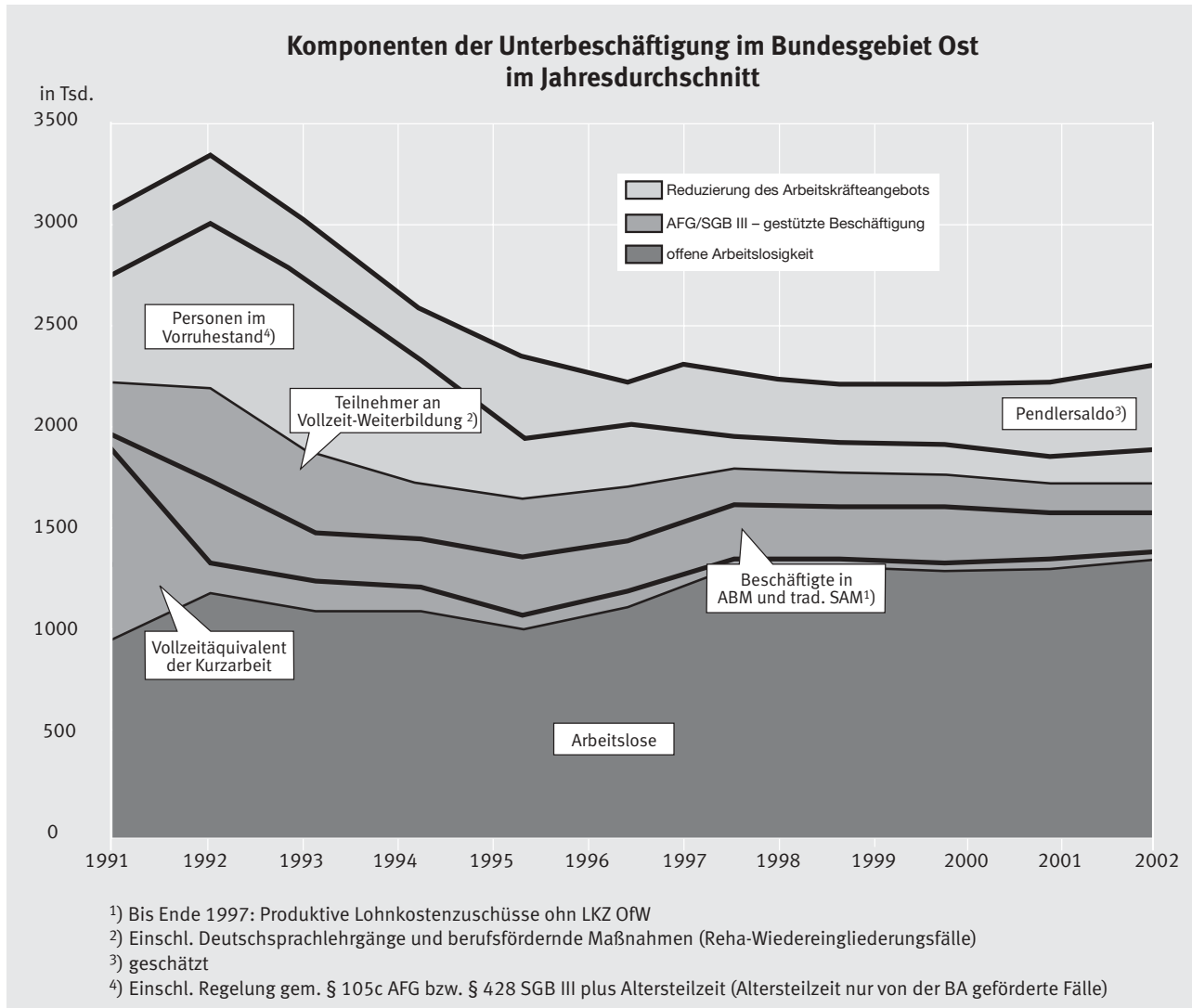
Schließlich ist ein jahresdurchschnittlicher innerdeutscher Pendlersaldo (Einpendler minus Auspendler) von rd. –515.000 in Rechnung zu stellen (Vorjahr: –486.000; vgl. Abschnitt II.A.3).

Für die einzelnen **Personengruppen** entwickelte sich die Arbeitslosigkeit z.T. recht unterschiedlich (vgl. Tabelle II.C.1). Insgesamt hat die Zahl der arbeitslosen **Angestellten** und die

##### Arbeitslosigkeit Älterer nimmt leicht ab – Langzeitarbeitslosigkeit steigt deutlich

der **Arbeiter** ähnlich leicht zugenommen. Im Jahresdurchschnitt wurden 494.700 arbeitslose Angestellte registriert, 2% mehr als ein Jahr zuvor; bei arbeitslosen Arbeitern gab es einen Anstieg von 3% auf 916.800. Allerdings verzeichneten Frauen bei Angestellten wie Arbeitern kaum eine Veränderung (–0,1% bzw. –1%), während es für Männer durchwegs deutliche Zunahmen gab (+8% bzw. +6%), wohl auch wegen der anhaltend starken Beschäftigungsverluste in der Bauwirtschaft (ausführlicher Teil III).

Abbildung II.C.1



Insgesamt ist die **Arbeitslosigkeit der Frauen** 2002 geringfügig zurückgegangen, die der **Männer** spürbar gestiegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl weiblicher Arbeitsloser um 1/2% auf 685.000, während sich die der Männer um 6% auf 726.500 erhöhte (vgl. Anhang, Tabelle IV.D.5). Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen ist folglich – wie schon seit Jahren – zurückgegangen, und zwar auf 48,5% (2001: 50,2%). Die Arbeitslosenquote (auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen) ist für Frauen gegenüber Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte auf 18,4% gesunken, bei Männern hat sie sich um 1 Prozentpunkt auf 17,6% erhöht. Auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen blieb die Quote der Frauen mit 19,4% unverändert, die der Männer nahm um 1,1 Prozentpunkte auf 19,5% zu. Die Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen hat sich also stark angenähert; allerdings sind Frauen mit im Durchschnitt 48 Wochen nach wie vor erheblich länger arbeitslos als Männer (31 Wochen; jeweils +1 Woche; vgl. Anhang, Tabelle IV.D.6).

Die Arbeitslosigkeit von Personen, die eine **Teilzeitbeschäftigung** wünschten, entwickelte sich 2002 wesentlich ungünstiger als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Im Jahres-

durchschnitt suchten 43.500 Arbeitslose ausschließlich eine Teilzeitbeschäftigung, 8% mehr als 2001 (insgesamt: +3%). Gleichwohl beträgt ihr Anteil an allen Arbeitslosen damit praktisch unverändert nur 3%, im Vergleich zu 12% in den alten Ländern. Ähnlich wie im Westen waren aber weiterhin 94% der Teilzeitarbeitslosen Frauen; somit suchten unverändert 6% aller arbeitslos gemeldeten Frauen eine Teilzeitbeschäftigung (Westen: 28%), bei Männern sind die entsprechenden Anteile zu vernachlässigen (0,4% bzw. 0,9%; vgl. Anhang, Tabelle IV.D.10).

Die Zahl arbeitsloser **Jüngerer** hat weiter zugenommen, und zwar deutlich (+9% auf 172.900; vgl. Tabelle II.C.1). Ähnlich wie im Westen zeigen sich anscheinend Probleme an der zweiten Schwelle. Das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hat wohl nicht stärker geholfen. Jedenfalls nahm die jahresdurchschnittliche Teilnehmerzahl nur noch um 2% zu (Vorjahr: +31%). Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit Jüngerer geht praktisch allein auf die 20- bis unter 25-Jährigen zurück (+11% auf 139.700), und zwar etwas stärker auf Männer als auf Frauen (+11% auf 89.100 bzw. +9% auf

50.600). Die Zahl der Arbeitslosen von 15 bis unter 20 Jahren erhöhte sich dagegen kaum (+1% auf 33.200). Dabei entfällt die Zunahme allein auf Frauen (+2% auf 14.700; dagegen Männer: -0,2% auf 18.500). Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen) war mit jahresdurchschnittlich 16,3% (Vorjahr: 15,8%) nach wie vor spürbar kleiner als die Gesamtquote (19,5%; Vorjahr: 18,9%), allerdings weiterhin allein wegen der relativ niedrigen Quote der unter 20-Jährigen (8,6%; 20- bis unter 25-Jährige: 20,6%).

Die Arbeitslosigkeit **Älterer** hat auch 2002 abgenommen (vgl. Tabelle II.C.1 und Anhang, Tabelle IV.E.3a), allerdings ganz überwiegend bei Frauen. Im Durchschnitt des Jahres lag die Zahl der 50 Jahre alten oder älteren Arbeitslosen mit 367.900 um 3% unter der von 2001 (Frauen: -6% auf 191.900; Männer: -1/2% auf 176.000). Diese Entwicklung beruht nahezu allein auf den 55- bis 60-Jährigen. Bei ihnen verringerte sich der jahresdurchschnittliche Arbeitslosenbestand - großenteils infolge von mehr Leistungsempfängern gem. § 428 SGB III (+17% auf 100.900) - erneut außergewöhnlich stark, nämlich um 19% auf 151.400.

Auch dabei war der Rückgang bei Frauen etwas größer als bei Männern (-20% auf 83.800 bzw. -18% auf 67.600). Bei den 50- bis unter 55-Jährigen gab es dagegen einen starken Anstieg (+14% auf 183.600); Männer waren davon weitaus mehr betroffen als Frauen (+19% auf 86.000 bzw. +10% auf 97.600).

Die Zahl arbeitsloser **Schwerbehinderter** hat sich dagegen günstig entwickelt, insbesondere infolge größerer Inanspruchnahme der vorruhestandsähnlichen Regelung des § 428 SGB III, aus demografischen Gründen und wegen des Aktionsprogramms Berufliche Integration Schwerbehinderter (ABIS). Mit jahresdurchschnittlich 34.200 waren deutlich weniger Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet als im Vorjahr (-9%).

Die Arbeitslosigkeit von **Spätaussiedlern** spielt in den neuen Ländern weiterhin eine relativ kleine Rolle, auch wenn sie sich seit Inkrafttreten des zweiten Wohnort-Zuweisungsgesetzes (d.h. seit 1.3.1996) einige Jahre lang stark erhöht hatte. Allerdings wirkt sich der Rückgang der Zuzugszahlen seit einigen Jahren auch in den neuen Ländern aus. Die jahresdurchschnittliche Zahl arbeitsloser Spätaussiedler ging um 13% auf 13.900 zurück. Damit entfallen auf diesen Personenkreis nur 1,0% aller Arbeitslosen (Westen: 1,7%).

Für **Ausländer** erhöhte sich die Arbeitslosigkeit erneut und sogar erheblich. Jahresdurchschnittlich gab es 45.500 arbeitslose Ausländer, dies sind 26% mehr als 2001. Bei Männern und Frauen war der Anstieg gleich groß. Trotzdem stellen Ausländer in den neuen Ländern nach wie vor nur 3% aller Arbeitslosen, gegenüber 17% im Westen.

**Langzeitarbeitslosigkeit** nahm 2002 auf Grund der anhaltend ungünstigen wirtschaftlichen Situation und weniger Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik weiter deutlich zu. So lag die Zahl der Personen, die schon ein Jahr oder länger arbeitslos waren, im Jahresdurchschnitt mit 520.700 um 10% über Vor-

jahresniveau; ihr Anteil an allen Arbeitslosen stieg damit von 35% auf 37% (vgl. Tabelle II.C.1 sowie Anhang, Tabelle IV.E.9c). Zum Anstieg haben allein Personen beigetragen, die zwei Jahre und länger arbeitslos waren (+6% auf 209.000). Insgesamt entfällt die Zunahme überwiegend auf Männer; deren Zahl nahm um 17% auf 221.700 zu, die der Frauen um 5% auf 299.000. Trotzdem hat Langzeitarbeitslosigkeit bei Frauen mit einem Anteil von 44% an allen weiblichen Arbeitslosen nach wie vor wesentlich größeres und sogar zunehmendes Gewicht (+3 Prozentpunkte; Männer: +3 Prozentpunkte auf 31%).

**Regional** bewegten sich die Veränderungen der Arbeitslosigkeit in relativ geringer Bandbreite. Günstig entwickelte sie

sich alleine in Sachsen-Anhalt (jahresdurchschnittlich: -2%). Einen überdurchschnittlichen Anstieg gab es lediglich in Thüringen (+4%). In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg waren die Zunahmen unterdurchschnittlich (+1%; +1%; +2%; vgl. ausführlicher Teil III).

Die jahresdurchschnittliche **Arbeitslosenquote** (auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen) war mit 19,6% nach wie vor in Sachsen-Anhalt am höchsten, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (18,6%), Sachsen (17,8%) und Brandenburg (17,5%); Thüringen hatte mit 15,9% weiterhin die niedrigste Arbeitslosenquote in den neuen Ländern (insgesamt: 18,0%; vgl. Tabelle III.12).

## Divergente Entwicklungen nach Regionen

## 2. Zugänge und Dauer

Die Zunahme der **Arbeitslosigkeit** im Jahresverlauf 2002 beruht zum kleineren Teil auf mehr Zugängen, vor allem aber auf einer längeren der

Arbeitslosigkeitsdauer. So waren Personen, die im Jahr 2002 ihre Arbeitslosigkeit beendeten, durchschnittlich 38,3 Wochen arbeitslos, gegenüber 37,1 Wochen im Vorjahr (vgl. Tabelle III.12). Die Zahl der Arbeitslosmeldungen war wenig größer als 2001. Folglich hat sich das Risiko, arbeitslos zu werden, kaum vergrößert - die Gefahr, in diesem Zustand zu verharren, aber spürbar.

Der Umschlag der Arbeitslosigkeit - d.h. Zugang und Abgang von Arbeitslosen - war nach wie vor weitaus größer, als die geringen Bestandsveränderungen vermuten lassen. 2002 **meldeten** sich 2,26 Mio Personen **arbeitslos**, dies sind knapp 1% oder 16.200 mehr als 2001.<sup>6)</sup> Auf der anderen Seite beendeten mit 2,25 Mio ebenfalls etwas mehr Menschen die Arbeitslosigkeit (+1/2% oder +9.200). Damit haben sich die Tendenzen der Vorjahre, nämlich leichte Abnahmen, nicht fortgesetzt.

<sup>6)</sup> Vgl. Anmerkung 2 in Teil I.

Was den Erwerbsstatus vor der Arbeitslosmeldung betrifft, gab es unterschiedliche Entwicklungen. So verringerte sich die Zahl der **zuvor erwerbstätigen Personen** (ohne betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung) weiter um 2% oder 22.500 auf 1,10 Mio (Vorjahr: -3%). Dies beruht allein auf weniger Zugängen nach Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen (-32% auf 121.700); dagegen waren, anders als 2001, die Meldungen nach regulären, mehr als kurzfristigen Beschäftigungen deutlich größer als im Vorjahr (+5% auf 909.100; vgl. Tabellen II.C.3 und 4).

Nach **Wirtschaftszweigen** entwickelten sich die Zugänge ebenfalls unterschiedlich. Zunahmen gab es aus dem Verarbeitenden Gewerbe (+3% auf 122.200), u.a. bei der Herstellung von Möbeln, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen, der Herstellung von Metallerzeugnissen und dem Maschinenbau (vgl. Tabelle III.6). Die größte Abnahme gab es im Baugewerbe (-5% auf 283.300); dies dürfte weiterhin mit der dort stark reduzierten Beschäftigung zusammenhängen (vgl. Abschnitt II.B.3 und Teil III). Geringfügig weniger Meldungen kamen aus dem Dienstleistungssektor insgesamt (-1% auf 626.200), merklich weniger aus der Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung sowie von Interessenvertretungen und kirchlichen Vereinigungen; auch hier spielt, wie schon bisher, Personalabbau eine Rolle. Deutlich mehr Zugänge wurden dagegen aus überwiegend unternehmensnahen Dienstleistungen registriert.

Die Zugänge in Arbeitslosigkeit **nach einer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung** (einschl. Weiterbildungen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf) haben sich 2002 stark verringert; mit 74.900 Meldungen waren es 17% oder 14.900 weniger (Vorjahr: -3%). Dabei gingen auch Meldungen nach beendeten beruflichen Weiterbildungen weiter erheblich zurück (-28% auf 7.200). Dazu mag die Abwanderung oder das Pendeln frisch ausgebildeter Fachkräfte beigetragen haben. Zugänge in Arbeitslosigkeit **aus schulischer Ausbildung** sind dagegen, wie schon 2001, größer geworden, nämlich um 7% oder 11.700 auf 180.400 (Vorjahr: +3%). Die Zunahme geht auf mehr Meldungen von noch nie erwerbstätigen Menschen zurück (+70% auf 45.400). Dagegen hat die Zahl jener, die bereits einmal erwerbstätig waren bzw. solcher nach beruflicher Weiterbildung bzw. Deutsch-Sprachlehrgängen merklich abgenommen (-5% auf 135.000 bzw. -6% auf 93.700). Dabei haben sich weniger Austritte aus entsprechenden Maßnahmen ausgewirkt.

Auch Arbeitslosmeldungen von Personen aus **sonstiger Nichterwerbstätigkeit** waren zahlreicher. 2002 wurden 906.700 derartige Zugänge registriert (+5%; Vorjahr: -0,3%). Dabei spielten Meldungen auf Veranlassung des Sozialhilfeträgers eine nennenswerte Rolle (+24% auf 38.700), aber auch solche nach Meldeversäumnissen bzw. fehlender Mitwirkung (+22% auf 33.600). Darunter dürften auch Personen sein, die zuvor im Zuge der Durchführung des Job-AQTIV-Gesetzes u.Ä. Aktivitäten in Nichterwerbstätigkeit gegangen waren (vgl. Abschnitt II.D.1). Die Zugänge von Personen, die ihre Arbeitslosigkeit lediglich deshalb unterbrochen hatten, weil sie wegen Krankheit die Voraussetzung für die Zählung als Arbeitsloser vorübergehend nicht mehr erfüllten, verringerten sich (-4% auf 426.600; Vorjahr: -1/2%).

Die Zahl der Arbeitslosmeldungen von **Frauen** ist auch 2002 geringfügig kleiner geworden, während die der **Männer** leicht zunahm (-1% auf 932.600 bzw. +2% auf 1.327.600); dementsprechend sank ihr Anteil an allen Zugängen weiter auf 41% (Vorjahr: 42%). Maßgebend dafür waren erneut vor allem weniger Meldungen von Frauen nach vorheriger Erwerbstätigkeit (-6% auf 383.400; Männer: unverändert 714.800). Dabei hat eine Rolle gespielt, dass vor allem Zugänge von Frauen nach ABM deutlich stärker abnahmen als von Männern (-38% auf 43.200 bzw. -29% auf 46.000). Auch Meldungen nach SAM OFW verringerten sich bei Frauen etwas stärker (-46%; Männer: -42%). Arbeitslosmeldungen aus sonstiger Nichterwerbstätigkeit haben bei Frauen halb so stark zugenommen wie bei Männern (+3% bzw. +6%).

### 3. Abgang

Der **Abgang aus Arbeitslosigkeit** insgesamt war 2002 ähnlich wie im Vorjahr. Im Laufe des Jahres beendeten 2,25 Mio Personen ihre Arbeitslosigkeit, das waren 0,4% oder 9.200 mehr als 2001 (vgl. Tabelle II.C.5). Im Einzelnen waren die Entwicklungen aber sehr unterschiedlich:

#### Beendigungen von Arbeitslosigkeit insgesamt kaum verändert

In **Erwerbstätigkeit** haben sich im Berichtsjahre 1,02 Mio Arbeitslose abgemeldet, das ist erneut ein Minus von 4% oder 43.900 gegenüber 2001. Dazu haben vor allem weniger Abgänge in Beschäftigungen über sieben Tage Dauer (ohne Hilfen) beigetragen; ihre Zahl verringerte sich merklich um 5% auf 663.500. Daneben sind aber auch Abgänge in geförderte Beschäftigung (über sieben Tage Dauer) weiter stark zurückgegangen, nämlich in SAM OFW um 56% auf 8.600 und ABM um 21% auf 124.000. Traditionelle SAM hingegen wurden, vor allem zur Beseitigung der Hochwasserschäden, geringfügig stärker genutzt (+1% auf 35.000).

Abgänge in **betriebliche, außerbetriebliche oder schulische Ausbildung** haben sich spürbar verringert (-5% oder -13.800 auf 265.100; Vorjahr: -1%). Dies ist vor allem auf weniger Abmeldungen in Schule oder Studium, aber auch in berufliche Weiterbildung zurückzuführen.

In **sonstige Nichterwerbstätigkeit** haben sich – anders als im Vorjahr – mit 0,89 Mio 64.700 oder 8% mehr Arbeitslose abgemeldet. Ausschlaggebend für diesen starken Anstieg waren insbesondere mehr Abgänge wegen Nichterneuerung der Meldung bzw. Meldeversäumnissen (+58.500 oder 31% auf 245.100), vermutlich wegen höherer Anforderungen an Eigenbemühungen bei der Stellensuche, sowie der außergewöhnlich starke Zuwachs bei Leistungsempfängern gem. § 428 SGB III und anderer Sonderregelungen (+17.800 oder +81% auf 39.800).

Die Abgänge aus Arbeitslosigkeit entwickelten sich für **Frauen** spürbar ungünstiger als für **Männer**. Im Jahr 2002 haben sich 954.000 Frauen und 1.300.800 Männer aus der Ar-

beitslosigkeit abgemeldet (gegenüber Vorjahr: -2% bzw. +2%). Bei den Abmeldungen in Erwerbstätigkeit waren die Unterschiede noch größer (-8% auf 357.500 bzw. -2% auf 658.700); dies hängt weiterhin vor allem damit zusammen, dass sich Abgänge in ABM, die für Frauen eine relativ große Rolle spielen, besonders stark verringert haben (-28%; Männer: -16%). Abmeldungen in reguläre Beschäftigungen über sieben Tage Dauer ohne finanzielle Hilfen der Arbeitsämter nahmen bei Frauen dagegen ähnlich ab wie bei Männern (-7% auf 223.600; Männer: -5% auf 439.900). Nach wie vor ist die Wiederbeschäftigungsquote für Frauen erheblich niedriger als für Männer (37,5% bzw. 50,6%; vgl. Kasten „Messziffern der Arbeitsvermittlung“).

#### 4. Arbeitslosigkeit und Geldleistungen

##### Divergente Entwicklung der Leistungsempfängerquoten

Die Zahl der Personen, die sich mit Anspruch auf Entgeltersatzleistungen arbeitslos meldeten, nahm – anders als im

Vorjahr – 2002 spürbar ab. So gab es mit 1,53 Mio neuen Empfängern von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Eingliederungshilfe 5% weniger als 2001 (vgl. Tabelle II.C.8 sowie Kasten „Berechnung der Leistungsempfängerquoten“). Da gleichzeitig die Zugänge in Arbeitslosigkeit um 2% größer wurden, verringerte sich der **Anteil der Leistungsempfänger an allen neu gemeldeten Arbeitslosen** um 6 Prozentpunkte auf 84%. Hinter dem jüngsten Rückgang standen folgende Entwicklungen bei den einzelnen Leistungsarten:

Die Abnahme der bewilligten Neu- und Wiederbewilligungsanträge beruht vor allem auf weniger Bewilligungen von **Arbeitslosengeld**, die sich um 6% auf 1.245.700 verringert haben. Entsprechend ist der Anteil der Arbeitslosengeld-Bewilligungen an allen Arbeitslosmeldungen von 73% auf 68% gesunken. Außerdem gab es, wie schon bisher, auch weniger Bewilligungen von Eingliederungshilfe (-31% auf 9.000 bzw. -0,2 Prozentpunkte auf 0,5%). Die Bewilligungen von **Arbeitslosenhilfe** waren mit 278.300 praktisch so groß wie im Vorjahr (-100). Ihr Anteil an den Zugängen nahm um 0,3 Prozentpunkte auf 15% ab.

Bewilligte Neuansprüche auf **Anschluss-Arbeitslosenhilfe** wurden im bisherigen Kontext nicht berücksichtigt (vgl. Kasten „Berechnung der Leistungsempfängerquoten“). Ihre Zahl hat 2002 gegenüber Vorjahr abgenommen; so wurde für 346.600 Personen, die unmittelbar zuvor Arbeitslosengeld bezogen hatten, anschließend Arbeitslosenhilfe bewilligt, 2% weniger.

Im Jahresdurchschnitt 2002 gab es 1,20 Mio arbeitslose Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, 5% mehr als im Vorjahr. Dabei war die Entwicklung der beiden Leistungsarten wie bisher gegenläufig: So nahm die Zahl der Arbeitslosengeld-Empfänger um 5% auf 527.700 ab, die der Arbeitslosenhilfe-Empfänger um 14% auf 677.100 zu. Weil die Zahl der Leistungsempfänger stärker anstieg als die der Arbeitslosen insgesamt, erhöhte sich die **Leistungsempfängerquote für den Bestand** merklich, und zwar um 2 Prozentpunkte auf 85,4% (vgl. Tabelle II.C.9).

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nahm von 2001 auf 2002 nur noch um 0,3 Wochen auf 40 Wochen zu. Die durchschnittliche

##### Erheblich längere Bezugszeiten bei der Arbeitslosenhilfe

Dauer des Leistungsbezugs erhöhte sich dagegen stark, und zwar um knapp 4 Wochen auf 41 Wochen (vgl. Tabelle II.C.10 und Kasten „Zur Dauer des Leistungsbezugs“). Dabei beendeten Arbeitslosenhilfe-Empfänger ihren Leistungsbezug deutlich später als 2001 (+7,4 Wochen auf 56,3 Wochen), während sich die Bezugszeit von Arbeitslosengeld kaum veränderte (+0,1 Woche auf 22 Wochen).

Von den Arbeitslosengeld-Empfängern erhielten unverändert 36% Leistungen in Höhe von 67% des pauschalierten Nettoarbeitsentgelts (mit Kind; vgl. Kasten „Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen“) und 64% den reduzierten Leistungssatz von 60% (ohne Kind). 48% der Arbeitslosenhilfe-Empfänger bekamen den höheren Satz von 57% (Vorjahr: 49%), für 52% betrug der Leistungssatz 53%. Im Vergleich zum Westen sind in den neuen Ländern die Anteile der Bezieher von Entgeltersatzleistungen, die wenigstens ein Kind betreuen, deutlich größer.

##### Höhere Durchschnittsbeträge bei der Arbeitslosenhilfe

Der monatliche Durchschnittsbetrag beim **Arbeitslosengeld** (ohne die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung) hat sich wie im Vorjahr leicht verringert, und zwar von September 2001 auf September 2002 von 666 € auf 661 € (vgl. Tabelle II.C.11 sowie Kasten „Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen“). Damit lag er bei 86% des Westniveaus (2001: 87%; 1992: 75%). Die **Arbeitslosenhilfe** nahm dagegen weiter leicht zu, und zwar von 480 € auf 483 €. Hier beträgt das „Ost-West-Verhältnis“ 87% (2001: 88%; 1992: 68%). Insgesamt entspricht das Gefälle zwischen den Entgeltersatzleistungen etwa dem der Einkommen.

Tabelle II.C.1

Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen													
Jahr	Bestand an Arbeitslosen												
	insgesamt		darunter (Spalte 1)										
	absolut	Veränderung gg. Vorjahr in %	Frauen		Ausländer		Ältere <sup>1)</sup> (50 bis 65 Jahre)		Jüngere <sup>1)</sup> (bis 25 Jahre)		Langzeit-arbeitslose <sup>2)</sup> (1 Jahr und länger)		
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
<b>Deutschland</b>													
1992	2978571	+ 14,5	1566676	52,6	269772	9,1	810297	27,2	413753	13,9	745444	25,0	
1993	3419141	+ 14,8	1727581	50,5	359449	10,5	981256	28,7	453757	13,3	950308	27,8	
1994	3698057	+ 8,2	1834972	49,6	420903	11,4	1071503	29,0	466122	12,6	1134219	30,7	
1995	3611921	- 2,3	1761311	48,8	436261	12,1	1140396	31,6	431104	11,9	1142577	31,6	
1996	3965064	+ 9,8	1853518	46,7	495956	12,5	1227037	30,9	475587	12,0	1190355	30,0	
1997	4384456	+ 10,6	2042073	46,6	547816	12,5	1344624	30,7	501405	11,4	1406821	32,1	
1998	4279288	- 2,4	2006633	46,9	534698	12,5	1359627	31,8	471709	11,0	1523544	35,6	
1999	4099209	- 4,2	1939433	47,3	510168	12,4	1360495	33,2	429308	10,5	1416440	34,6	
2000	3888652	+ 5,1	1835806	47,2	470994	12,1	1259009	32,4	428298	11,0	1374569	35,3	
2001	3851636	- 1,0	1788269	46,4	464739	12,1	1163333	30,2	443888	11,5	1284742	33,4	
<b>2002</b>	<b>4060317</b>	<b>+ 5,4</b>	<b>1820912</b>	<b>44,8</b>	<b>505443</b>	<b>12,4</b>	<b>1097433</b>	<b>27,0</b>	<b>497367</b>	<b>12,2</b>	<b>1313083</b>	<b>32,3</b>	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	+ 208681	X	+ 32643	X	+ 40704	X	- 65900	X	+ 53479	X	+ 28341	X
	in %	+ 5,4	X	+ 1,8	X	+ 8,8	X	- 5,7	X	+ 12,0	X	+ 2,2	X
<b>Bundesgebiet West</b>													
1992	1808310	+ 7,0	825531	45,7	254201	14,1	561470	31,0	262245	14,5	474315	26,2	
1993	2270349	+ 25,6	993261	43,7	344840	15,2	692583	30,5	321221	14,1	593945	26,2	
1994	2555967	+ 12,6	1094328	42,8	409110	16,0	782521	30,6	340977	13,3	771219	30,2	
1995	2564906	+ 0,4	1101233	42,9	424461	16,5	836924	32,6	321133	12,5	837577	32,7	
1996	2796243	+ 9,0	1179742	42,2	481715	17,2	885353	31,7	354926	12,7	889655	31,8	
1997	3020900	+ 8,0	1280183	42,4	521597	17,3	942209	31,2	362379	12,0	1027285	34,0	
1998	2904339	- 3,9	1263543	43,5	505158	17,4	946341	32,6	327776	11,3	1070174	36,8	
1999	2755527	- 5,1	1220002	44,3	477728	17,3	939949	34,1	291717	10,6	988912	35,9	
2000	2529374	+ 6,2	1131256	44,7	436788	17,3	861853	34,1	272642	10,8	918564	36,3	
2001	2477955	- 2,0	1099151	44,4	428610	17,3	782093	31,6	284528	11,5	810337	32,7	
<b>2002</b>	<b>2648837</b>	<b>+ 6,9</b>	<b>1135947</b>	<b>42,9</b>	<b>459918</b>	<b>17,4</b>	<b>729491</b>	<b>27,5</b>	<b>324438</b>	<b>12,2</b>	<b>792397</b>	<b>29,9</b>	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	+ 170882	X	+ 36796	X	+ 31308	X	- 52602	X	+ 39910	X	- 17940	X
	in %	+ 6,9	X	+ 3,3	X	+ 7,3	X	- 6,7	X	+ 14,0	X	- 2,2	X
<b>Bundesgebiet Ost</b>													
1992	1170261	+ 28,2	741145	63,3	15571	1,3	248827	21,3	151508	12,9	271129	23,2	
1993	1148792	- 1,8	734320	63,9	14609	1,3	288673	25,1	132536	11,5	356363	31,0	
1994	1142090	- 0,6	740644	64,9	11793	1,0	288982	25,3	125145	11,0	363000	31,8	
1995	1047015	- 8,3	660078	63,0	11800	1,1	303472	29,0	109971	10,5	305000	29,1	
1996	1168821	+ 11,6	673776	57,6	14241	1,2	341685	29,2	120661	10,3	300700	25,7	
1997	1363556	+ 16,7	761890	55,9	26219	1,9	402415	29,5	139026	10,2	379536	27,8	
1998	1374948	+ 0,8	743090	54,0	29541	2,1	413287	30,1	143934	10,5	453370	33,0	
1999	1343682	- 2,3	719430	53,5	32440	2,4	420546	31,3	137591	10,2	427528	31,8	
2000	1359278	+ 2,8	704550	51,8	34206	2,5	397156	29,2	155656	11,5	456005	33,5	
2001	1373682	+ 1,1	689118	50,2	36129	2,6	381240	27,8	159360	11,6	474405	34,5	
<b>2002</b>	<b>1411480</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>684965</b>	<b>48,5</b>	<b>45525</b>	<b>3,2</b>	<b>367942</b>	<b>26,1</b>	<b>172929</b>	<b>12,3</b>	<b>520685</b>	<b>36,9</b>	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	+ 37798	X	- 4153	X	+ 9396	X	- 13298	X	+ 13569	X	+ 46280	X
	in %	+ 2,8	X	- 0,6	X	+ 26,0	X	- 3,5	X	+ 8,5	X	+ 9,8	X

<sup>1)</sup> Daten bis 1993 (für BGO bis 1995) aus der Strukturanalyse jeweils Ende September; Daten für 1994–1998 (für BGO 1996–1998) Jahresdurchschnitte aus 4 Quartalswerten.

<sup>2)</sup> Bis 1992 Daten aus der Strukturanalyse jeweils Ende September; Jahresdurchschnitte 1993 bis 1996 für BGO geschätzt.

Tabelle II.C.2

<b>Erwerbslosenquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht <sup>1) 2)</sup></b>											
Land	<b>Erwerbslosenquoten</b>										
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Insgesamt</b>											
Belgien	7,1	8,6	9,8	9,7	9,5	9,2	9,3	8,6	6,9	6,7	7,3
Dänemark	8,6	9,6	7,7	6,7	6,3	5,2	4,9	4,8	4,4	4,3	4,5
Bundesrepublik Deutschland	6,4	7,7	8,2	8,0	8,7	9,7	9,1	8,4	7,8	7,7	8,2
Griechenland	7,9	8,6	8,9	9,2	9,6	9,8	10,9	11,9	11,1	10,5	10,3
Spanien	14,9	18,6	19,8	18,8	18,1	17,0	15,2	12,8	11,3	10,6	11,4
Frankreich	10,0	11,3	11,8	11,3	11,9	11,8	11,4	10,7	9,3	8,5	8,7
Irland	15,4	15,6	14,3	12,3	11,7	9,9	7,5	5,6	4,3	3,9	4,4
Italien	8,7	10,1	11,0	11,5	11,5	11,6	11,7	11,3	10,4	9,4	9,1
Luxemburg	2,1	2,6	3,2	2,9	2,9	2,7	2,7	2,4	2,3	2,0	2,4
Niederlande	5,3	6,2	6,8	6,6	6,0	4,9	3,8	3,2	2,9	2,5	2,6
Österreich	•	4,0	3,8	3,9	4,4	4,4	4,5	3,9	3,7	3,6	4,1
Portugal	4,3	5,6	6,9	7,3	7,3	6,8	5,1	4,5	4,1	4,1	5,0
Finnland	11,7	16,3	16,6	15,4	14,6	12,7	11,4	10,2	9,8	9,1	9,1
Schweden	5,6	9,1	9,4	8,8	9,6	9,9	8,2	6,7	5,6	4,9	4,9
Vereinigtes Königreich	9,8	10,0	9,3	8,5	8,0	6,9	6,2	5,9	5,4	5,0	5,1
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>10,1</b>	<b>10,5</b>	<b>10,1</b>	<b>10,2</b>	<b>10,0</b>	<b>9,4</b>	<b>8,7</b>	<b>7,8</b>	<b>7,4</b>	<b>7,5</b>
<b>Männer</b>											
Belgien	5,1	6,7	7,7	7,6	7,4	7,3	7,7	7,3	5,6	6,0	6,6
Dänemark	8,0	9,3	7,1	5,6	5,3	4,4	3,9	4,4	4,1	3,9	4,4
Bundesrepublik Deutschland	5,1	6,5	7,1	7,0	8,1	9,1	8,6	8,1	7,5	7,7	8,3
Griechenland	5,0	5,7	6,0	6,2	6,1	6,4	7,1	7,9	7,3	7,0	6,8
Spanien	11,7	15,5	16,2	14,9	14,4	13,1	11,2	9,0	7,9	7,5	8,1
Frankreich	8,1	9,7	10,2	9,5	10,2	10,2	9,7	9,1	7,6	7,0	7,8
Irland	15,1	15,4	14,2	12,2	11,5	9,9	7,7	5,7	4,3	4,0	4,6
Italien	6,3	7,5	8,5	8,8	8,9	8,9	9,0	8,6	8,0	7,3	7,0
Luxemburg	1,7	2,2	2,6	2,0	2,2	2,0	1,9	1,8	1,8	1,7	2,2
Niederlande	4,1	5,4	6,0	5,5	4,8	3,7	3,0	2,3	2,2	2,0	2,2
Österreich	•	3,1	3,0	3,1	3,7	3,7	3,8	3,4	3,1	3,0	3,6
Portugal	3,6	4,8	6,1	6,5	6,5	6,1	4,1	3,9	3,3	3,2	4,1
Finnland	13,6	18,1	18,1	15,7	14,3	12,3	10,9	9,8	9,1	8,6	9,1
Schweden	6,6	10,7	10,8	9,7	10,1	10,2	8,4	6,6	5,9	5,2	5,3
Vereinigtes Königreich	11,5	11,9	11,0	9,9	9,3	7,7	6,9	6,5	5,9	5,5	5,7
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>9,2</b>	<b>9,5</b>	<b>9,0</b>	<b>9,1</b>	<b>8,9</b>	<b>8,2</b>	<b>7,5</b>	<b>6,7</b>	<b>6,4</b>	<b>6,7</b>
<b>Frauen</b>											
Belgien	10,0	11,5	12,7	12,7	12,5	11,9	11,6	10,3	8,5	7,6	8,2
Dänemark	9,2	9,9	8,5	8,1	7,5	6,2	6,0	5,4	4,8	4,9	4,6
Bundesrepublik Deutschland	8,2	9,4	9,8	9,4	9,5	10,4	9,7	8,9	8,1	7,8	8,0
Griechenland	12,9	13,6	13,7	14,1	15,2	15,2	16,7	18,0	16,8	15,6	15,4
Spanien	21,0	24,1	26,1	25,3	24,4	23,4	21,8	18,7	16,7	15,4	16,5
Frankreich	12,4	13,2	13,8	13,5	13,9	13,7	13,4	12,7	11,2	10,3	9,9
Irland	16,0	16,0	14,6	12,5	11,8	9,9	7,3	5,5	4,3	3,8	4,0
Italien	13,0	14,5	15,4	16,1	15,9	16,1	16,1	15,5	14,3	12,9	12,3
Luxemburg	2,8	3,3	4,1	4,3	4,2	3,9	4,0	3,3	3,1	2,4	2,7
Niederlande	7,2	7,5	7,9	8,1	7,7	6,6	5,0	4,4	3,8	3,1	3,2
Österreich	•	5,0	4,9	5,0	5,2	5,4	5,4	4,7	4,3	4,3	4,7
Portugal	5,1	6,7	7,9	8,2	8,2	7,6	6,4	5,2	5,1	5,1	6,0
Finnland	9,6	14,4	14,8	15,1	14,9	13,0	12,0	10,7	10,6	9,7	9,1
Schweden	4,4	7,3	7,8	7,8	9,0	9,5	8,0	6,8	5,3	4,5	4,5
Vereinigtes Königreich	7,5	7,6	7,1	6,7	6,3	5,8	5,3	5,1	4,8	4,4	4,5
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>11,5</b>	<b>11,9</b>	<b>11,7</b>	<b>11,7</b>	<b>11,6</b>	<b>11,1</b>	<b>10,2</b>	<b>9,2</b>	<b>8,5</b>	<b>8,6</b>

1) Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

2) Quelle: Eurostat Datenbank (New Cronos update Februar 2003).

Tabelle II.C.3

Zugang an Arbeitslosen nach ihrem erwerbswirtschaftlichen Status vor der Arbeitslosmeldung und Abgang an Arbeitslosen															
Jahr	Zugang an Arbeitslosen													Abgang an Arbeitslosen (bis 1998 berechnet)	
	insgesamt	davon (Sp. 1)													
		zuvor erwerbstätig						zuvor nicht erwerbstätig							
		insgesamt		davon in (Sp. 2)				insgesamt		davon in (Sp. 8)					
				betrieblicher Ausbildung		sonstiger Erwerbstätigkeit				schulischer Ausbildung		sonstiger Nicht-Erwerbstätigkeit			
absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>															
1993	6046225	3801785	62,9	138964	2,3	3662821	60,6	2244440	37,1	408277	6,8	1836163	30,4	5483520	
1994	6076225	3596049	59,2	165226	2,7	3430823	56,5	2480176	40,8	407714	6,7	2072462	34,1	6205415	
1995	6524705	3675896	56,3	165939	2,5	3509957	53,8	2848809	43,7	462712	7,1	2386097	36,6	6293813	
1996	7142349	3976309	55,7	178707	2,5	3797602	53,2	3166040	44,3	490839	6,9	2675201	37,5	6784828	
1997	7268533	3912468	53,8	194049	2,7	3718419	51,2	3356065	46,2	513069	7,1	2842996	39,1	6895095	
1998	7269898	3700209	50,9	254016	3,5	3446193	47,4	3569689	49,1	495468	6,8	3074221	42,3	7594170	
1999	7217756	3680494	51,0	236948	3,3	3443546	47,7	3537262	49,0	464501	6,4	3072761	42,6	7367846	
2000	6935130	3557632	51,3	224728	3,2	3332904	48,1	3377498	48,7	414430	6,0	2963068	42,7	7191726	
2001	7034685	3643295	51,8	219598	3,1	3423697	48,7	3391390	48,2	410155	5,8	2981235	42,4	6857252	
<b>2002</b>	<b>7412241</b>	<b>3832970</b>	<b>51,7</b>	<b>203902</b>	<b>2,8</b>	<b>3629068</b>	<b>49,0</b>	<b>3579271</b>	<b>48,3</b>	<b>413252</b>	<b>5,6</b>	<b>3166019</b>	<b>42,7</b>	<b>7201727</b>	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	377556	189675	X	-15696	X	205371	X	187881	X	3097	X	184784	X	344475
	in %	5,4	5,2	X	-7,1	X	6,0	X	5,5	X	0,8	X	6,2	X	5,0
<b>Bundesgebiet West</b>															
1993	4548819	2596848	57,1	115024	2,5	2481824	54,6	1951971	42,9	293919	6,5	1658052	36,5	4060576	
1994	4514074	2502070	55,4	124921	2,8	2377149	52,7	2012004	44,6	265661	5,9	1746343	38,7	4482673	
1995	4654670	2479983	53,3	120285	2,6	2359698	50,7	2174687	46,7	286934	6,2	1887753	40,6	4522275	
1996	4967457	2639447	53,1	128651	2,6	2510796	50,5	2328010	46,9	309619	6,2	2018391	40,6	4683615	
1997	4926303	2552325	51,8	133212	2,7	2419113	49,1	2373978	48,2	293982	6,0	2079996	42,2	4822865	
1998	4943208	2435674	49,3	159429	3,2	2276245	46,0	2507534	50,7	317829	6,4	2189705	44,3	5123220	
1999	4834972	2362499	48,9	145671	3,0	2216828	45,8	2472473	51,1	281813	5,8	2190660	45,3	5029734	
2000	4649614	2303661	49,5	132459	2,8	2171202	46,7	2345953	50,5	250185	5,4	2095768	45,1	4881633	
2001	4790721	2432863	50,8	129815	2,7	2303048	48,1	2357858	49,2	241459	5,0	2116399	44,2	4611587	
<b>2002</b>	<b>5152070</b>	<b>2659890</b>	<b>51,6</b>	<b>128981</b>	<b>2,5</b>	<b>2530909</b>	<b>49,1</b>	<b>2492180</b>	<b>48,4</b>	<b>232873</b>	<b>4,5</b>	<b>2259307</b>	<b>43,9</b>	<b>4946895</b>	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	361349	227027	X	-834	X	227861	X	134322	X	-8586	X	142908	X	335308
	in %	7,5	9,3	X	-0,6	X	9,9	X	5,7	X	-3,6	X	6,8	X	7,3
<b>Bundesgebiet Ost</b>															
1993	1497406	1204937	80,5	23940	1,6	1180997	78,9	292469	19,5	114358	7,6	178111	11,9	1422944	
1994	1562151	1093979	70,0	40305	2,6	1053674	67,5	468172	30,0	142053	9,1	326119	20,9	1722742	
1995	1870035	1195913	64,0	45654	2,4	1150259	61,5	674122	36,0	175778	9,4	498344	26,6	1771538	
1996	2174892	1336862	61,5	50056	2,3	1286806	59,2	838030	38,5	181220	8,3	656810	30,2	2101213	
1997	2342230	1360143	58,1	60837	2,6	1299306	55,5	982087	41,9	219087	9,4	763000	32,6	2072230	
1998	2326689	1264534	54,3	94587	4,1	1169947	50,3	1062155	45,7	177639	7,6	884516	38,0	2470950	
1999	2382784	1317995	55,3	91277	3,8	1226718	51,5	1064789	44,7	182688	7,7	882101	37,0	2338112	
2000	2285516	1253971	54,9	92269	4,0	1161702	50,8	1031545	45,1	164245	7,2	867300	37,9	2310093	
2001	2243964	1210432	53,9	89783	4,0	1120649	49,9	1033532	46,1	168696	7,5	864836	38,5	2245665	
<b>2002</b>	<b>2260171</b>	<b>1173080</b>	<b>51,9</b>	<b>74921</b>	<b>3,3</b>	<b>1098159</b>	<b>48,6</b>	<b>1087091</b>	<b>48,1</b>	<b>180379</b>	<b>8,0</b>	<b>906712</b>	<b>40,1</b>	<b>2254832</b>	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	16207	-37352	X	-14862	X	-22490	X	53559	X	11683	X	41876	X	9167
	in %	0,7	-3,1	X	-16,6	X	-2,0	X	5,2	X	6,9	X	4,8	X	0,4



Tabelle II.C.4

Zugang an Arbeitslosen		Deutschland		Bundesgebiet West		Bundesgebiet Ost	
		absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %
		1	2	3	4	5	6
1	<b>Zugang insgesamt</b>	<b>7 412 241</b>	<b>+5,4</b>	<b>5 152 070</b>	<b>+7,5</b>	<b>2 260 171</b>	<b>+0,7</b>
2	dav. Z.1 <b>Erwerbstätigkeit</b>	<b>3 832 970</b>	<b>+5,2</b>	<b>2 659 890</b>	<b>+9,3</b>	<b>1 173 080</b>	<b>-3,1</b>
3	dav. Z.2 Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung)	3 629 068	+6,0	2 530 909	+9,9	1 098 159	-2,0
4	dav. Z.3 Beschäftigung (mehr als kurzfristig)	3 301 209	+8,6	2 392 125	+10,3	909 084	+4,6
5	Beschäftigung (kurzfristig)	6 945	-55,4	2 813	-51,8	4 132	-57,6
6	ABM	107 565	-33,4	18 440	-31,1	89 125	-33,8
7	SAM traditionell	26 147	-16,0	3 077	+4,8	23 070	-18,2
8	SAM OfW	9 543	-43,9	44	-47,0	9 499	-43,9
9	sonstige Erwerbstätigkeit	177 659	+11,1	114 410	+16,8	63 249	+2,1
10	betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung	203 902	-7,1	128 981	-0,6	74 921	-16,6
11	dav. Z.10 Ausbildung erfolgreich abgeschlossen	140 906	-2,8	85 714	+4,6	55 192	-12,5
12	Ausbildung nicht abgeschlossen	62 996	-15,5	43 267	-9,7	19 729	-26,0
13	dar. Z.10 FbW	13 106	-18,7	5 905	-4,2	7 201	-27,7
14	berufliche Eingliederung Behinderter	1 679	+4,0	1 031	+14,7	648	-9,5
15	berufsvorbereitende Maßnahme	355	+15,3	89	+102,3	266	+0,8
16	<b>Nichterwerbstätigkeit</b>	<b>3 579 271</b>	<b>+5,5</b>	<b>2 492 180</b>	<b>+5,7</b>	<b>1 087 091</b>	<b>+5,2</b>
17	dav. Z.16 schulische Ausbildung	413 252	+0,8	232 873	-3,6	180 379	+6,9
18	dav. Z.17 bereits einmal erwerbstätig	303 015	-2,1	168 017	+0,2	134 998	-4,9
19	noch nie erwerbstätig	110 237	+9,7	64 856	-12,2	45 381	+70,1
20	dar. Z.17 FbW/Deutsch-Sprachlehrgang	179 958	-5,7	86 266	-5,0	93 692	-6,3
21	berufliche Eingliederung Behinderter	11 705	+16,5	7 471	+17,8	4 234	+14,3
22	berufsvorbereitende Maßnahme	1 165	+88,2	677	+110,9	488	+63,8
23	sonstige Nichterwerbstätigkeit	3 166 019	+6,2	2 259 307	+6,8	906 712	+4,8
24	dav. Z.23 bereits einmal erwerbstätig	2 970 599	+6,4	2 108 634	+7,3	861 965	+4,4
25	noch nie erwerbstätig	195 420	+3,0	150 673	+0,2	44 747	+13,5
26	dar. Z.23 Meldung auf Veranlassung des Sozialhilfeträgers	196 196	+1,4	157 529	-3,0	38 667	+24,1
27	Haushalt	301 010	+8,9	251 195	+10,7	49 815	+0,7
28	nicht unmittelbar nach ET oder schul. Ausbildung gemeldet	217 608	-1,2	152 356	-1,5	65 252	-0,5
29	erneute Meldung nach Meldeversäumnis usw.	211 029	+21,2	177 466	+21,0	33 563	+21,9
30	Zuzug aus anderem AA-Bezirk	164 166	+10,3	115 757	+13,8	48 409	+2,8
31	Arbeitsunfähigkeit	1 095 071	-1,4	668 447	+0,2	426 624	-3,8
32	dar. Z.1 Alleinerziehende	373 751	+13,2	243 771	+18,1	129 980	+5,0
33	Spätaussiedler	134 585	-8,9	107 991	-8,1	26 594	-11,9
34	Asylberechtigte	57 921	-1,3	51 044	-2,4	6 877	+7,9
35	Berufsrückkehrer	238 865	+4,4	166 137	+1,3	72 728	+12,3

Tabelle II.C.5

<b>Abgang an Arbeitslosen nach Abgangsgründen und ausgewählten Personenkreisen 2002</b>								
Abgang an Arbeitslosen		Deutschland		Bundesgebiet West		Bundesgebiet Ost		
		absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %	
		1	2	3	4	5	6	
1	<b>Abgang insgesamt</b>		<b>7201727</b>	<b>+ 5,0</b>	<b>4946895</b>	<b>+ 7,3</b>	<b>2254832</b>	<b>+ 0,4</b>
2	dav. Z. 1	<b>Erwerbstätigkeit (ohne betriebl./außerbetr. Ausbildung)</b>	<b>3024575</b>	<b>- 0,1</b>	<b>2008381</b>	<b>+ 2,0</b>	<b>1016194</b>	<b>- 4,1</b>
3	dav. Z. 2	Beschäftigung	2799117	- 1,4	1854429	+ 0,5	944688	- 4,8
4	dav. Z. 3	durch Vermittlung nach Auswahl und Vorschlag in/mit	886368	- 37,1	453720	- 39,3	432648	- 34,6
5	dav. Z. 4	Beschäftigung ohne Hilfen über 7 Tage	450942	- 53,5	291316	- 51,2	159626	- 57,2
6		Beschäftigung ohne Hilfen bis 7 Tage	7190	- 23,3	4746	- 1,2	2444	- 46,5
7		ABM	173785	- 19,9	49740	- 15,5	124045	- 21,5
8		SAM	41580	+ 1,7	6553	+ 7,4	35027	+ 0,7
9		SAM/OiW	8999	- 56,3	353	- 53,5	8646	- 56,4
10		sonstige Hilfen	203872	+ 35,6	101012	+ 26,7	102860	+ 45,7
11		Rückrufe	339698	+ 23,8	226518	+ 21,6	113180	+ 28,3
12		selbst gesucht	1573051	+ 36,2	1174191	+ 28,7	398860	+ 64,4
13	dar. Z. 12	Beschäftigung kurzfristig	32564	+ 167,5	24411	+ 168,2	8153	+165,4
14		sonstige Erwerbstätigkeit	225458	+ 18,2	153952	+ 25,6	71506	+ 4,9
15	dav. Z. 11	selbstständige Tätigkeit	151659	+ 23,3	112116	+ 30,2	39543	+ 7,1
16	dar. Z. 12	mit Überbrückungsgeld	114146	+ 25,9	83462	+ 35,5	30684	+ 5,6
17		Wehr-/Zivildienst	73799	+ 8,9	41836	+ 14,5	31963	+ 2,3
18		<b>Ausbildung (betrieblich/außerbetrieblich bzw. schulisch)</b>	<b>709557</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>444490</b>	<b>+ 7,7</b>	<b>265067</b>	<b>- 5,0</b>
19	dav. Z. 15	Schule/Studium	158747	- 2,6	101145	+ 9,1	57602	- 18,0
20		betriebliche/sonstige Ausbildung	44207	+ 31,0	27955	+ 33,1	16252	+ 27,5
21		FbW/Deutsch-Sprachlehrgang	448674	+ 0,8	273438	+ 4,4	175236	- 4,2
22		berufliche Eingliederung Behinderter	57929	+ 16,2	41952	+ 13,8	15977	+ 23,0
23		<b>sonstige Nichterwerbstätigkeit</b>	<b>3046461</b>	<b>+ 10,3</b>	<b>2151828</b>	<b>+ 11,3</b>	<b>894633</b>	<b>+ 7,8</b>
24	dav. Z. 20	Arbeitsunfähigkeit	1265145	+ 4,8	773531	+ 6,7	491614	+ 2,0
25		Umzug in anderen AA-Bezirk	164166	+ 10,3	115757	+ 13,8	48409	+ 2,8
26		Gemeinschaftsarbeit	6247	+ 31,0	4355	+ 36,4	1892	+ 20,1
27		Ausscheiden aus dem Erwerbsleben	185990	- 24,1	129597	- 24,5	56393	- 23,1
28		Sonderregelungen (u.a. § 428 SGB III)	117807	+ 94,5	78030	+ 102,4	39777	+ 80,6
29		Nichterneuerung der Meldung usw.	1252736	+ 22,8	1007660	+ 20,9	245076	+ 31,4
30		vorübergehender Wegfall der Zählung als Arbeitsloser	54370	- 29,3	42898	- 28,0	11472	- 33,8
31		<b>sonstige Gründe bzw. ohne Nachweis</b>	<b>421134</b>	<b>+ 12,5</b>	<b>342196</b>	<b>+ 15,0</b>	<b>78938</b>	<b>+ 2,8</b>
32	dar. Z. 1	Alleinerziehende	347918	+ 12,1	223237	+ 17,1	124681	+ 4,0
33		Spätaussiedler	141176	- 5,6	112386	- 3,5	28790	- 13,0
34		Asylberechtigte	63199	+ 4,2	55180	+ 3,5	8019	+ 9,6
36		Berufsrückkehrer	256215	+ 9,5	185580	+ 7,5	70635	+ 14,9
36		besonders förderungsbedürftige Personen	2465932	+ 5,3	1578708	+ 6,2	887224	+ 3,6

Tabelle II.C.6a

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung*)																			
Z	Komponenten	Deutschland																	
								2002											
		1997	1998	1999	2000	2001	2002	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
01	Arbeitslose	4384	4278	4099	3889	3852	<b>4060</b>	4290	4296	4156	4024	3946	3954	4047	4018	3942	3930	4026	4225
02	Kurzarbeiter x durchschnittlicher Arbeitsausfall	81	53	50	46	59	<b>88</b>	86	98	101	95	81	80	74	70	103	97	93	76
03	Beschäftigte in ABM	213	210	234	204	167	<b>125</b>	129	123	118	118	117	119	122	126	132	134	131	116
04	Beschäftigte in trad. SAM <sup>1)</sup>	69	57	59	57	53	<b>54</b>	51	51	52	53	53	54	53	53	58	59	59	57
05	Teilnehmer an berufl. Vollzeit-Weiterbildung <sup>2)</sup>	361	321	333	324	315	<b>300</b>	288	295	302	311	314	304	286	291	304	309	306	287
06	Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen <sup>2)</sup>	33	28	26	28	25	<b>24</b>	27	27	25	24	21	22	20	20	21	23	25	28
07	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III	209	203	201	192	225	<b>292</b>	258	265	271	279	285	295	303	306	309	315	315	315
08	Altersteilzeit <sup>4)</sup>	59	•	5	33	50	<b>61</b>	58	58	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67
<b>09</b>	<b>Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik insges. (Zeile 02 bis 08)</b>	<b>1071</b>	<b>914</b>	<b>950</b>	<b>884</b>	<b>894</b>	<b>943</b>	<b>898</b>	<b>917</b>	<b>927</b>	<b>938</b>	<b>932</b>	<b>933</b>	<b>920</b>	<b>929</b>	<b>991</b>	<b>1001</b>	<b>997</b>	<b>956</b>
10	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeile 01 + 09)	5455	5192	5045	4773	4746	<b>5003</b>	5188	5213	5083	4962	4878	4888	4967	4947	4933	4931	5023	5181
11	Ost-West-Pendlersaldo <sup>3)</sup>	63	63	66	65	62	<b>62</b>	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62
12	Arbeitslose, Entlastung und Pendlersaldo (Zeile 10 + 11)	5518	5255	5119	4838	4808	<b>5065</b>	5250	5275	5145	5024	4940	4950	5029	5009	4995	4993	5085	5243
13	nachrichtl.: LKZ/SAM OfW <sup>5)</sup>	20	121	136	53	23	<b>13</b>	18	18	17	15	14	13	12	11	9	8	8	7
14	nachrichtl.: Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit <sup>5)</sup>	•	•	<b>86</b>	<b>76</b>	<b>84</b>	<b>86</b>	<b>98</b>	<b>95</b>	<b>93</b>	<b>88</b>	<b>86</b>	<b>86</b>	<b>85</b>	<b>80</b>	<b>77</b>	<b>76</b>	<b>77</b>	<b>76</b>

<sup>1)</sup> Ohne Förderung in Wirtschaftsunternehmen gem. § 415 SGB III (bis Ende 1997: Produktive Lohnkostenzuschüsse ohne LKZ OfW).

<sup>2)</sup> Die tagesgenaue Erfassung ab 1998 führte bei Weiterbildungen zu einer Bestandsabsenkung um ca. 10%, bei Deutschsprachlehrgängen um ca. 20%. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden auch die Werte für 1997 entsprechend verringert.

<sup>3)</sup> Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Bundesgebiet West: Pendlersaldo mit Bundesgebiet Ost und mit dem Ausland. Für Bundesgebiet Ost: Pendlersaldo mit Bundesgebiet West und dem Ausland.

<sup>4)</sup> Bis 1997 Altersübergangsgeld.

<sup>5)</sup> Diese Bestände sind nicht als Unterbeschäftigungs- oder Entlastungsgrößen zu interpretieren.

\*) Rundungsbedingte Differenzen sind möglich.

Tabelle II.C.6b

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung*)																			
Z	Komponenten	Bundesgebiet West																	
								2002											
		1997	1998	1999	2000	2001	2002	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
01	Arbeitslose	3021	2904	2756	2529	2478	<b>2649</b>	2791	2789	2683	2603	2561	2560	2636	2631	2594	2605	2650	2780
02	Kurzarbeiter x durchschnittlicher Arbeitsausfall	55	36	37	33	45	<b>66</b>	70	79	81	76	64	65	60	50	60	64	66	60
03	Beschäftigte in ABM	59	59	66	58	51	<b>39</b>	42	41	40	39	39	39	39	39	38	38	38	35
04	Beschäftigte in trad. SAM <sup>1)</sup>	8	10	10	11	10	<b>11</b>	10	10	10	11	11	11	11	11	11	11	10	9
05	Teilnehmer an berufl. Vollzeit-Weiterbildung <sup>2)</sup>	202	174	192	186	181	<b>173</b>	162	167	172	180	183	178	166	167	176	179	176	165
06	Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen <sup>2)</sup>	26	22	20	22	20	<b>19</b>	22	21	20	19	17	17	16	16	17	18	20	22
07	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III	130	111	112	110	139	<b>191</b>	166	171	175	182	186	193	199	202	204	209	210	210
08	Altersteilzeit <sup>4)</sup>	1	•	4	26	40	<b>49</b>	46	46	46	47	47	48	49	50	51	52	53	54
<b>09</b>	<b>Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik insges. (Zeile 02 bis 08)</b>	<b>521</b>	<b>447</b>	<b>476</b>	<b>446</b>	<b>485</b>	<b>547</b>	<b>517</b>	<b>535</b>	<b>544</b>	<b>553</b>	<b>547</b>	<b>550</b>	<b>540</b>	<b>534</b>	<b>558</b>	<b>570</b>	<b>573</b>	<b>560</b>
10	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeile 01 + 09)	3542	3351	3232	2975	2963	<b>3195</b>	3308	3324	3227	3156	3108	3111	3177	3165	3153	3176	3223	3339
11	Ost-West-Pendlersaldo <sup>3)</sup>	414	421	454	500	542	<b>570</b>	570	570	570	570	570	570	570	570	570	570	570	570
12	Arbeitslose, Entlastung und Pendlersaldo (Zeile 10 + 11)	3956	3772	3686	3475	3505	<b>3765</b>	3878	3894	3797	3726	3678	3681	3747	3735	3723	3746	3793	3909
13	nachrichtl.: LKZ/SAM OfW <sup>5)</sup>	0	2	5	1	0	<b>0</b>	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	nachrichtl.: Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit <sup>5)</sup>	•	•	53	42	39	<b>40</b>	42	41	42	41	41	43	41	39	36	35	36	35

<sup>1)</sup> Ohne Förderung in Wirtschaftsunternehmen gem. § 415 SGB III (bis Ende 1997: Produktive Lohnkostenzuschüsse ohne LKZ OfW).

<sup>2)</sup> Die tagesgenaue Erfassung ab 1998 führte bei Weiterbildungen zu einer Bestandsabsenkung um ca. 10%, bei Deutschsprachlehrgängen um ca. 20%. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden auch die Werte für 1997 entsprechend verringert.

<sup>3)</sup> Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Bundesgebiet West: Pendlersaldo mit Bundesgebiet Ost und mit dem Ausland. Für Bundesgebiet Ost: Pendlersaldo mit Bundesgebiet West und dem Ausland.

<sup>4)</sup> Bis 1997 Altersübergangsgeld.

<sup>5)</sup> Diese Bestände sind nicht als Unterbeschäftigungs- oder Entlastungsgrößen zu interpretieren.

\*) Rundungsbedingte Differenzen sind möglich.

Tabelle II.C.6c

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung*)																			
Z	Komponenten	Bundesgebiet Ost																	
		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2002											
		1	2	3	4	5	6	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
01	Arbeitslose	1364	1373	1344	1359	1374	1411	1499	1507	1473	1421	1385	1394	1411	1387	1347	1325	1376	1446
02	Kurzarbeiter x durchschnittlicher Arbeitsausfall	26	17	13	13	14	21	16	18	20	18	16	16	14	20	42	33	27	16
03	Beschäftigte in ABM	154	151	168	146	116	86	87	82	79	79	79	80	83	87	94	96	93	81
04	Beschäftigte in trad. SAM <sup>1)</sup>	61	48	49	47	43	44	41	41	42	42	42	42	42	42	47	48	48	47
05	Teilnehmer an berufl. Vollzeit-Weiterbildung <sup>2)</sup>	159	147	141	138	134	127	126	128	130	131	132	126	120	123	128	130	129	122
06	Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen <sup>2)</sup>	7	6	6	6	5	5	6	6	6	5	4	5	5	4	4	5	5	6
07	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III	79	92	88	82	86	101	92	94	95	98	99	102	104	105	105	106	105	105
08	Altersteilzeit <sup>4)</sup>	58	•	1	7	10	13	12	12	12	12	12	13	13	13	13	13	13	14
09	<b>Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik insges. (Zeile 02 bis 08)</b>	<b>550</b>	<b>468</b>	<b>474</b>	<b>439</b>	<b>409</b>	<b>397</b>	<b>381</b>	<b>382</b>	<b>383</b>	<b>385</b>	<b>385</b>	<b>383</b>	<b>380</b>	<b>395</b>	<b>433</b>	<b>431</b>	<b>420</b>	<b>396</b>
10	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeile 01 + 09)	1914	1841	1818	1798	1782	1808	1879	1889	1856	1806	1770	1777	1790	1782	1780	1756	1800	1841
11	Ost-West-Pendlersaldo <sup>3)</sup>	-351	-359	-388	-435	-480	-508	-508	-508	-508	-508	-508	-508	-508	-508	-508	-508	-508	-508
12	Arbeitslose, Entlastung und Pendlersaldo (Zeile 10 + 11)	1563	1482	1430	1363	1302	1300	1371	1381	1348	1298	1262	1269	1282	1274	1272	1248	1292	1333
13	nachrichtl.: LKZ/SAM ÖfW <sup>5)</sup>	20	115	131	51	23	13	18	17	16	15	14	13	12	11	9	8	8	7
14	nachrichtl.: Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit <sup>5)</sup>	•	•	34	35	45	46	56	54	51	47	45	44	43	42	41	40	41	41

<sup>1)</sup> Ohne Förderung in Wirtschaftsunternehmen gem. § 415 SGB III (bis Ende 1997: Produktive Lohnkostenzuschüsse ohne LKZ ÖfW).

<sup>2)</sup> Die tagesgenaue Erfassung ab 1998 führte bei Weiterbildungen zu einer Bestandsabsenkung um ca. 10%, bei Deutschsprachlehrgängen um ca. 20%. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden auch die Werte für 1997 entsprechend verringert.

<sup>3)</sup> Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Bundesgebiet West: Pendlersaldo mit Bundesgebiet Ost und mit dem Ausland. Für Bundesgebiet Ost: Pendlersaldo mit Bundesgebiet West und dem Ausland.

<sup>4)</sup> Bis 1997 Altersübergangsgeld.

<sup>5)</sup> Diese Bestände sind nicht als Unterbeschäftigungs- oder Entlastungsgrößen zu interpretieren.

\*) Rundungsbedingte Differenzen sind möglich.

Tabelle II.C.7

Kurzarbeiter									
Jahr	Bestand an Kurzarbeitern								
	Deutschland			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1991	1 761 233	•	•	145 009	+ 89 201	+ 159,8	1 616 224	•	•
1992	653 016	- 1 108 217	- 62,9	283 019	+ 138 010	+ 95,2	369 997	- 1 246 227	- 77,1
1993	948 363	+ 295 347	+ 45,2	766 935	+ 483 915	+ 171,0	181 428	- 188 569	- 51,0
1994	372 288	- 576 075	- 60,7	275 458	- 491 477	- 64,1	96 830	- 84 598	- 46,6
1995	198 580	- 173 708	- 46,7	128 059	- 147 399	- 53,5	70 521	- 26 309	- 27,2
1996	277 347	+ 78 767	+ 39,7	206 354	+ 78 295	+ 61,1	70 993	+ 472	+ 0,7
1997	182 853	- 94 494	- 34,1	133 363	- 72 991	- 35,4	49 490	- 21 503	- 30,3
1998	115 205	- 67 648	- 37,0	81 242	- 52 121	- 39,1	33 963	- 15 527	- 31,4
1999	118 647	+ 3 442	+ 3,0	91 608	+ 10 366	+ 12,8	27 039	- 6 924	- 20,4
2000	86 052	- 32 595	- 27,5	61 631	- 29 977	- 32,7	24 421	- 2 618	- 9,7
2001	122 942	+ 36 890	+ 42,9	96 150	+ 34 519	+ 56,0	26 792	+ 2 371	+ 9,7
<b>2002</b>	<b>206 767</b>	<b>+ 83 825</b>	<b>+ 68,2</b>	<b>165 467</b>	<b>+ 69 317</b>	<b>+ 72,1</b>	<b>41 300</b>	<b>+ 14 508</b>	<b>+ 54,2</b>

Tabelle II.C.8

Anteil der Leistungsempfänger am Zugang in Arbeitslosigkeit											
Jahr	Zugang an Arbeitslosen <sup>1) 2)</sup>	Bewilligte Neu- und Wiederbewilligungsanträge								Zugang an Nichtleistungsempfängern	
		insgesamt		davon (Spalte 2) auf							
				Arbeitslosengeld		Arbeitslosenhilfe <sup>3)</sup>		Eingliederungshilfe <sup>4)</sup>			
		absolut	% (Sp. 1)	absolut	% (Sp. 1)	absolut	% (Sp. 1)	absolut	% (Sp. 1)	absolut	% (Sp. 1)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
<b>Deutschland</b>											
1996	6 586 316	5 027 470	76,3	4 235 053	64,3	651 894	9,9	140 523	2,1	1 558 846	23,7
1997	6 643 353	5 134 973	77,3	4 282 860	64,5	733 710	11,0	118 403	1,8	1 508 380	22,7
1998	6 619 110	4 868 362	73,6	3 924 398	59,3	860 101	13,0	83 863	1,3	1 750 748	26,4
1999	6 181 882	4 993 373	80,8	3 973 043	64,3	947 292	15,3	73 038	1,2	1 188 509	19,2
2000	5 836 551	4 392 214	75,3	3 623 715	62,1	697 512	12,0	70 987	1,2	1 444 337	24,7
2001	5 924 294	4 602 301	77,7	3 857 718	65,1	679 132	11,5	65 451	1,1	1 321 993	22,3
<b>2002</b>	<b>6 317 170</b>	<b>4 734 544</b>	<b>74,9</b>	<b>4 020 910</b>	<b>63,7</b>	<b>662 242</b>	<b>10,5</b>	<b>51 392</b>	<b>0,8</b>	<b>1 582 626</b>	<b>25,1</b>
<b>Bundesgebiet West</b>											
1996	4 631 339	3 345 558	72,2	2 759 868	59,6	477 082	10,3	108 608	2,3	1 285 781	27,8
1997	4 561 000	3 348 064	73,4	2 737 293	60,0	518 204	11,4	92 567	2,0	1 212 936	26,6
1998	4 571 197	3 191 702	69,8	2 526 779	55,3	598 665	13,1	66 258	1,4	1 379 495	30,2
1999	4 225 079	3 188 531	75,5	2 512 393	59,5	619 507	14,7	56 631	1,3	1 036 548	24,5
2000	3 997 289	2 804 185	70,2	2 306 792	57,7	442 501	11,1	54 892	1,4	1 193 104	29,8
2001	4 123 829	2 992 684	72,6	2 539 472	61,6	400 763	9,7	52 449	1,3	1 131 145	27,4
<b>2002</b>	<b>4 483 623</b>	<b>3 201 565</b>	<b>71,4</b>	<b>2 775 202</b>	<b>61,9</b>	<b>383 972</b>	<b>8,6</b>	<b>42 391</b>	<b>0,9</b>	<b>1 282 058</b>	<b>28,6</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>											
1996	1 954 977	1 681 912	86,0	1 475 185	75,5	174 812	8,9	31 915	1,6	273 065	14,0
1997	2 082 353	1 786 909	85,8	1 545 567	74,2	215 506	10,3	25 836	1,2	295 444	14,2
1998	2 047 913	1 676 660	81,9	1 397 619	68,2	261 436	12,8	17 605	0,9	371 253	18,1
1999	1 956 803	1 804 842	92,2	1 460 650	74,6	327 785	16,8	16 407	0,8	151 961	7,8
2000	1 839 262	1 588 029	86,3	1 316 923	71,6	255 011	13,9	16 095	0,9	251 233	13,7
2001	1 800 465	1 609 617	89,4	1 318 246	73,2	278 369	15,5	13 002	0,7	190 848	10,6
<b>2002</b>	<b>1 833 547</b>	<b>1 532 979</b>	<b>83,6</b>	<b>1 245 708</b>	<b>67,9</b>	<b>278 270</b>	<b>15,2</b>	<b>9 001</b>	<b>0,5</b>	<b>300 568</b>	<b>16,4</b>

1) Ohne Zugang nach Krankheit, da bei einer Dauer von weniger als sechs Wochen kein neuer Leistungsantrag zu stellen ist.

2) Vergleich mit den Jahren vor 1999 wegen Änderungen in der statistischen Erfassung nur eingeschränkt möglich.

3) Ohne Neuanträge auf Anschlussarbeitslosenhilfe.

4) Bis 1997 einschl. Eingliederungsgeld; ab 1998 nur Eingliederungshilfe.

Tabelle II.C.9

Anteil der Leistungsempfänger am Bestand der Arbeitslosen <sup>1)</sup>						
Jahr <sup>2)</sup>	Leistungsbezieher	darunter (Sp. 1)		arbeitslose Leistungsbezieher <sup>3)</sup> Sp. 1 – (Sp. 2 +3)	Arbeitslose	Leistungs- empfängerquote für das Arbeitslosigkeits- volumen (Sp. 4 : Sp. 5) x 100
		Leistungsfortzahlung bei nicht nur vorüber- gehender Minderung der Leistungsfähigkeit (§ 125 SGB III) und bei Arbeitsunfähigkeit (§ 126 SGB III)	58-Jährige und Ältere, die der Vermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (§ 428 SGB III)			
	1	2	3	4	5	6
<b>Deutschland</b>						
1994	2 997 140	86 784	147 057	2 763 299	3 698 057	74,7
1995	2 873 641	93 958	158 406	2 621 277	3 611 921	72,6
1996	3 216 814	101 399	175 275	2 940 140	3 965 064	74,2
1997	3 648 696	112 814	217 156	3 318 726	4 384 456	75,7
1998	3 491 233	97 155	203 649	3 190 429	4 279 287	74,6
1999	3 323 406	91 697	200 705	3 031 004	4 099 209	73,9
2000	3 151 240	103 406	192 073	2 855 761	3 888 652	73,4
2001	3 202 014	108 046	224 975	2 868 993	3 851 637	74,5
<b>2002</b>	<b>3 590 800</b>	<b>119 149</b>	<b>291 519</b>	<b>3 180 133</b>	<b>4 060 317</b>	<b>78,3</b>
<b>Bundesgebiet West</b>						
1992	1 363 233	43 933	85 335	1 233 965	1 808 310	68,2
1993	1 822 305	54 909	131 708	1 635 688	2 270 349	72,0
1994	1 997 648	59 695	144 819	1 793 134	2 555 967	70,2
1995	1 953 186	61 018	151 561	1 740 607	2 564 906	67,9
1996	2 136 801	63 121	144 532	1 929 148	2 796 243	69,0
1997	2 320 493	69 353	134 831	2 116 309	3 020 900	70,1
1998	2 192 999	60 136	111 390	2 021 473	2 904 339	69,6
1999	2 071 803	57 144	112 158	1 902 501	2 755 527	69,0
2000	1 898 245	64 483	109 771	1 723 991	2 529 374	68,2
2001	1 928 480	67 771	139 324	1 721 385	2 477 955	69,5
<b>2002</b>	<b>2 242 193</b>	<b>76 238</b>	<b>190 582</b>	<b>1 975 372</b>	<b>2 648 837</b>	<b>74,6</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>						
1994	999 492	27 089	2 238	970 165	1 142 090	84,9
1995	920 455	32 940	6 845	880 670	1 047 015	84,1
1996	1 080 013	38 278	30 743	1 010 992	1 168 821	86,5
1997	1 328 203	43 461	82 325	1 202 417	1 363 556	88,2
1998	1 298 234	37 019	92 259	1 168 956	1 374 948	85,0
1999	1 251 603	34 553	88 547	1 128 503	1 343 682	84,0
2000	1 252 995	38 923	82 302	1 131 770	1 359 278	83,3
2001	1 273 534	40 275	85 651	1 147 608	1 373 682	83,5
<b>2002</b>	<b>1 348 608</b>	<b>42 911</b>	<b>100 937</b>	<b>1 204 760</b>	<b>1 411 480</b>	<b>85,4</b>

1) Empfänger von Arbeitslosengeld, -hilfe (und bis 1997 von Eingliederungsgeld); ohne Eingliederungshilfe, da diese überwiegend bei Sprachlehrgängen und Weiterbildung gewährt wird. Ab 1998 einschließlich Anschluss-Unterhaltsgeld.

2) Seit 1998 sind in den Jahresergebnissen auch die Leistungsbezieher enthalten, deren Antrag auf Entgeltersatzleistung zum Jahresende noch nicht bewilligt war (maximal zwei Monate). In früheren Jahren wurde die Zahl der Leistungsempfänger aufgrund von Erfahrungswerten aus der verzögerten Statistik um 4% erhöht.

3) Bis 1997 war der gleichzeitige Bezug von Arbeitslosenhilfe und Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz möglich; diese nicht-arbeitslosen Leistungsempfänger wurden jeweils herausgerechnet.



Tabelle II.C.10

<b>Durchschnittliche Dauer des Bezugs von Lohnersatzleistungen</b>				
im Jahresdurchschnitt	Durchschnittliche Dauer in Wochen			
	einer Arbeitslosigkeitsperiode	einer Leistungsperiode bei Arbeitslosen	darunter:	
			Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
	1	2	3	4
<b>Deutschland</b>				
1995	30,6	31,3	23,0	38,7
1996	31,3	31,3	22,8	38,2
1997	34,3	34,4	24,3	40,3
1998	33,6	34,7	23,7	41,6
1999	34,5	32,0	21,6	41,2
2000	34,6	34,4	21,8	47,9
2001	33,8	32,9	20,6	47,9
<b>2002</b>	<b>33,4</b>	<b>35,3</b>	<b>21,6</b>	<b>51,3</b>
<b>Bundesgebiet West</b>				
1995	30,5	31,1	23,0	39,4
1996	31,4	31,0	22,6	39,5
1997	34,4	33,8	23,7	42,4
1998	33,0	33,6	23,2	42,7
1999	33,9	31,6	21,4	42,7
2000	32,9	32,6	21,2	48,6
2001	31,2	30,4	19,9	47,1
<b>2002</b>	<b>30,7</b>	<b>32,5</b>	<b>21,4</b>	<b>47,9</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>				
1995	30,7	31,7	22,9	37,4
1996	31,1	31,9	23,3	35,7
1997	34,1	35,5	25,4	36,7
1998	34,9	36,6	24,6	39,8
1999	35,7	32,8	21,9	39,0
2000	38,4	37,4	22,8	47,0
2001	39,7	37,4	21,9	48,9
<b>2002</b>	<b>40,0</b>	<b>41,1</b>	<b>22,0</b>	<b>56,3</b>

Berechnung:

- Spalte 1: Durchschnittsbestand an Arbeitslosen x 52/Zugänge an Arbeitslosen (ohne Zugang aus Arbeitsunfähigkeit)
- Spalte 2: Durchschnittsbestand arbeitsloser Arbeitslosengeld- und -hilfebezieher x 52/Bewilligte Anträge auf Arbeitslosengeld oder -hilfe (ohne Neuzugänge Anschluss-Arbeitslosenhilfe)
- Spalte 3/4: Durchschnittsbestand arbeitsloser Arbeitslosengeld- bzw. -hilfebezieher x 52/Bewilligte Anträge auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe

Tabelle II.C.11

<b>Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe Monatsbeträge in Euro <sup>1)</sup></b>														
Jahr	Arbeitslosengeld-Empfänger							Arbeitslosenhilfe-Empfänger						
	ins- gesamt	Männer			Frauen			ins- gesamt	Männer			Frauen		
		ins- gesamt	verhei- ratet	nicht verhei- ratet	ins- gesamt	verhei- ratet	nicht verhei- ratet		ins- gesamt	verhei- ratet	nicht verhei- ratet	ins- gesamt	verhei- ratet	nicht verhei- ratet
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
<b>Deutschland</b>														
1996	692	814	915	640	547	532	575	501	561	631	512	419	382	457
1997	672	786	881	622	542	530	565	491	553	621	504	413	376	454
1998	671	784	885	622	537	526	557	489	548	610	501	410	373	449
1999	673	784	895	628	544	531	566	493	550	610	506	416	380	454
1999 <sup>1)</sup>	671	787	896	629	541	530	560	495	553	612	510	417	381	456
2000	729	844	972	680	591	581	608	504	563	621	520	427	394	465
2001	732	840	975	686	597	587	610	516	574	632	533	439	408	471
<b>2002</b>	<b>737</b>	<b>841</b>	<b>986</b>	<b>692</b>	<b>600</b>	<b>589</b>	<b>615</b>	<b>522</b>	<b>579</b>	<b>636</b>	<b>539</b>	<b>440</b>	<b>405</b>	<b>475</b>
Veränderg. gg. Vorjahr in %	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	- 0,7	+ 0,7
<b>Bundesgebiet West</b>														
1993	727	853	951	697	551	525	600	549	570	615	542	442	387	473
1994	730	857	953	675	543	523	578	515	558	608	526	424	369	460
1995	728	860	960	665	537	516	575	515	558	615	519	423	369	459
1996	735	871	988	666	540	512	589	532	577	650	523	433	390	465
1997	714	852	967	654	531	503	579	523	572	643	515	421	372	461
1998	703	844	964	653	526	499	571	515	565	632	511	414	365	454
1999	707	847	980	660	533	503	582	518	568	633	517	417	366	458
1999 <sup>1)</sup>	705	854	982	664	529	501	577	520	571	635	520	418	368	460
2000	763	916	1 066	718	583	553	631	532	584	646	534	428	377	472
2001	767	904	1 062	722	596	567	638	545	597	660	548	440	389	481
<b>2002</b>	<b>770</b>	<b>897</b>	<b>1 060</b>	<b>728</b>	<b>604</b>	<b>574</b>	<b>642</b>	<b>553</b>	<b>605</b>	<b>668</b>	<b>556</b>	<b>446</b>	<b>392</b>	<b>487</b>
Veränderg. gg. Vorjahr in %	+ 0,4	- 0,7	- 0,2	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,3
<b>Bundesgebiet Ost</b>														
1993	551	622	667	562	515	511	527	406	470	488	463	374	331	433
1994	562	636	689	557	524	526	521	400	469	495	458	370	332	425
1995	575	640	696	555	532	534	528	403	470	494	459	374	335	428
1996	609	673	731	576	556	558	553	433	488	524	471	405	377	445
1997	607	665	724	562	556	561	545	437	493	532	471	405	379	446
1998	615	668	734	564	556	569	531	441	496	535	472	404	379	443
1999	618	672	743	570	560	572	538	452	504	541	481	415	390	449
1999 <sup>1)</sup>	617	673	745	571	559	573	533	454	508	543	486	415	391	450
2000	671	726	813	620	605	627	568	466	518	556	494	427	405	458
2001	666	720	810	619	597	624	556	480	531	570	507	438	420	462
<b>2002</b>	<b>661</b>	<b>713</b>	<b>813</b>	<b>615</b>	<b>591</b>	<b>623</b>	<b>548</b>	<b>483</b>	<b>534</b>	<b>571</b>	<b>512</b>	<b>435</b>	<b>414</b>	<b>461</b>
Veränderg. gg. Vorjahr in %	- 0,7	- 1,0	+ 0,4	- 0,7	- 1,0	- 0,2	- 1,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,8	- 0,7	- 1,4	- 0,2

<sup>1)</sup> Berechnet auf Basis der Leistungsempfängerzahl von jeweils Ende September (bis 1999 jeweils Ende Oktober)

## II. D. Ausgleichsprozesse

### 1. Deutschland

#### Vermittlungsoffensive verbessert Prozessqualität

Ausgehend von Vorschlägen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat die Bundesanstalt für Ar-

beit mit Beginn des Jahres 2002 eine **Vermittlungsoffensive** gestartet. Grundgedanke ist, Arbeitsuchende durch Verbesserung des Vermittlungsprozesses und Stärkung der Eigeninitiative schneller in passende Beschäftigung zu bringen („Fördern und Fordern“). Damit soll Arbeitslosigkeit auch präventiv vermieden werden. Dass es Defizite im Vermittlungsprozess gibt, ist u.a. im Zusammenhang mit dem Nachweis fehlerhafter Vermittlungsstatistiken offenkundig geworden. (vgl. Kasten „Zur Vermittlungsstatistik ...“ in diesem Kapitel).

Wesentlicher Teil der Vermittlungsoffensive ist die Verstärkung der Vermittlung durch zusätzliche **Personalkapazitäten**, bei den Arbeitsämtern selbst und durch die Beauftragung Dritter. Unterstützung erfährt die Vermittlungsoffensive durch das **Job-AQTIV-Gesetz** (in Kraft ab 1.1.2002; AQTIV steht für: Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln) und das Gesetz zur Vereinfachung der Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat (in Kraft seit 27.3.2002). Die wichtigsten Neuerungen sind: das sog.

Profiling, die Eingliederungsvereinbarung und das Recht auf frühzeitigere Inanspruchnahme von Maßnahmen aktiver Arbeitsförderung. Die Rolle privater Vermittler wird darüber hinaus u.a. durch die Einführung von **Vermittlungsgutscheinen** gestärkt (vgl. Kästen „Stärkung der Vermittlung ...“ in diesem Kapitel und „Aktive Arbeitsmarktpolitik: Wesentliche Änderungen ...“ in Kapitel II.E.).<sup>1)</sup>

Mit den Aktivitäten des Jahres 2002 ist die Vermittlungsoffensive nicht zum Abschluss gekommen, vielmehr ist sie ein **kontinuierlicher Prozess**. So zielen etliche Vorschläge der „Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (sog. Hartz-Kommission) bzw. die darauf basierenden beiden ersten Reformgesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (in Kraft ab 1.1.2003) auf eine Beschleunigung der Vermittlung. Vor allem die Personal-Service-Agenturen und die Job-to-Job-Vermittlung sind vielversprechende Ansätze.<sup>2)</sup> An-

richt Nr. 9/2002 vom 26.07.2002 (besonders die Beiträge von Hans-Jürgen Krupp, Ulrich Walwei, Helmut Rudolph und Christian Brinkmann).

- Susanne Koch, Ulrich Walwei, Frank Wießner, Gerd Zika, Wege aus der Arbeitsmarktkrise. Finanzpolitik, Ordnungspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Tarifpolitik auf dem Prüfstand, IAB-Kurzbericht Nr. 11/2002 vom 22.08.2002.
- Emil Magvas, Eugen Spitznagel, Konjunkturschwäche. Deutliche Brems Spuren auch im gesamten Stellenangebot. IAB-Kurzbericht Nr. 14/2002 vom 05.07.2002.
- Gerd Andres, Das Job-AQTIV-Gesetz – Richtungswechsel in der Arbeitsmarktpolitik, in: ifo Schnelldienst, Heft 1, 2002, S. 3 ff.
- Bernd Buchheit, Job-AQTIV. Neue Impulse für die Arbeitsmarktpolitik, in: Bundesarbeitsblatt, Heft 2, 2002, S. 5 ff.
- Herbert Buscher, Tobias Hagen, Job-AQTIV-Gesetz – Eine kritische Würdigung der neuen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, in: Wirtschaft im Wandel, Heft 11, 2002, S. 324 ff.
- Claudia Weinkopf, Das Job-AQTIV-Gesetz: Effektivierung und Intensivierung der Arbeitsvermittlung, in: ifo Schnelldienst, Heft 1, 2002, S. 9 ff.
- Alexander Spermann, Zu wenig Q im Job-AQTIV-Gesetz, in: ifo Schnelldienst, Heft 1, 2002, S. 12 ff.
- Ders., Das Job-AQTIV-Gesetz greift zu kurz. Mehr Vermittler, mehr Wettbewerb zwischen Vermittlern und bessere Erfolgskontrolle sind nötig, in: Politische Studien, Heft 382, März/April 2002, S. 40 ff.
- Helmut Rudolph, Profiling. Kernelement einer aktivierenden Vermittlungsstrategie, in: IAB-Materialien, Nr. 2/2002, S. 10 ff.
- Ders., Michael Müntnich, Profiling zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit. Erste Ergebnisse aus einem Modellprojekt, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Mitt AB), Heft 4, 2001, S. 530 ff.
- Jürgen Schneider, Profiling in der Arbeitsverwaltung. Schlagwort ohne Schlagkraft, in: arbeit und beruf, Heft 12, 2002, S. 352 ff.
- Auf das richtige Pferd setzen. Ausgewählte Modelle und Aktivitäten zur Umsetzung der Vermittlungsoffensive, in: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste (ibv), Nr. 4/03 vom 19.2.2003.

Vgl. auch Kasten „Erste Ergebnisse der Vermittlungsoffensive 2002“ in diesem Kapitel.

<sup>2)</sup> Vgl. u.a.:

- Gerhard Kleinhenz, Ulrich Möller, Ulrich Walwei, Die „Hartz-Vorschläge“ zur Reform der Arbeitsmarktpolitik. Im Prinzip ja, aber ..., IAB-Kurzbericht Nr. 22/2002 vom 23.09.2002.
- Autorenteam, Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Stellungnahme des IAB zum Bericht der „Hartz-Kommission“, IAB-Werkstattbericht Nr. 13/2002 vom 01.10.2002.
- Günther Schmid, Hugh Mosley, Holger Schütz, Der Beitrag der Arbeitsvermittlung zur Vollbeschäftigung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9, 2002, S. 497 ff.
- Die Vorschläge der Hartz-Kommission, in: ifo Schnelldienst, Heft 15, 2002, S. 3 ff. (mit Beiträgen von Wolfgang Franz und Rainer Fehn).
- Wolfgang Ochel, Martin Werding, Und wo kommen die Arbeitsplätze her? Kritische Anmerkungen zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission, in: ifo Schnelldienst, Heft 15, 2002, S. 10 ff.
- Nachtrag: Die Vorschläge der Hartz-Kommission, in: ifo Schnelldienst, Heft 18, 2002, S. 14 ff. (mit Beiträgen von Hans-Werner Sinn und Michael Vierling).
- Wie sind die Vorschläge der Hartz-Kommission zu beurteilen? In: Wirtschaftsdienst, Heft 8, 2002, S. 451 ff. (mit Beiträgen von Markus Gangl/Günter Schmid, Ulrich van Suntum, Norbert Berthold, Jens Weidmann).
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Die Hartz-Reform – ein Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems? Gutachten vom 16.11.2002.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum zum Hartz-Konzept vom 28.11.2002.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung u.a. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002 (sog. Gemeinschaftsdiagnose), Essen 18.10.2002, Abschnitt: Zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission.
- Christoph Kannengießer, Hartz-Kommission. Arbeitsmarktreformen mit begrenzter Wirkung, in: Der Arbeitgeber, Heft 1–2, 2003, S. 14 ff.
- Gerd Andres, Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes, in: Soziale Sicherheit, Heft 11, 2002, S. 374 ff.
- Wolfgang Clement, Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, in: Bundesarbeitsblatt Heft 12, 2002, S. 11 ff.
- Selbstverwaltung aktuell (Verantwortlich: Ursula Engelen-Kefer, Christoph Kannengießer), Reform der BA, Sonderausgabe, September 2002.
- Regina Konle-Seidl, Von der Anstalt zum ersten Dienstleister am Arbeitsmarkt? Möglichkeiten und Grenzen der Reform der Bundesanstalt für Arbeit, in: Gesundheits- und Sozialpolitik, Heft 1–2, 2003, S. 22 ff.

<sup>1)</sup> Vgl. im Einzelnen:

- Hermann Scherl, Kann durch die aktuelle „Vermittlungsoffensive“ die Arbeitslosigkeit in Deutschland verringert werden? in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Heft 10, 2002, S. 583 ff.
- Werner Karr, Spielräume für den Abbau der Arbeitslosigkeit in der Flaute, IAB-Kurzbericht Nr. 6/2002 vom 19.03.2002.
- Aktivierende Arbeitsmarktpolitik. IAB-Colloquium „Praxis trifft Wissenschaft“ am 21. März 2002 in Mannheim – eine Tagungsdokumentation, IAB-Werkstattbe-

dere wesentliche Entscheidungen stehen noch aus, insbesondere die über Aufgaben und Organisation der geplanten Job-Center. Schließlich gibt es laufende Änderungen auf Grund neuer Erkenntnisse und Erfahrungen.

### Personelle Verstärkung und Unterstützung durch Dritte

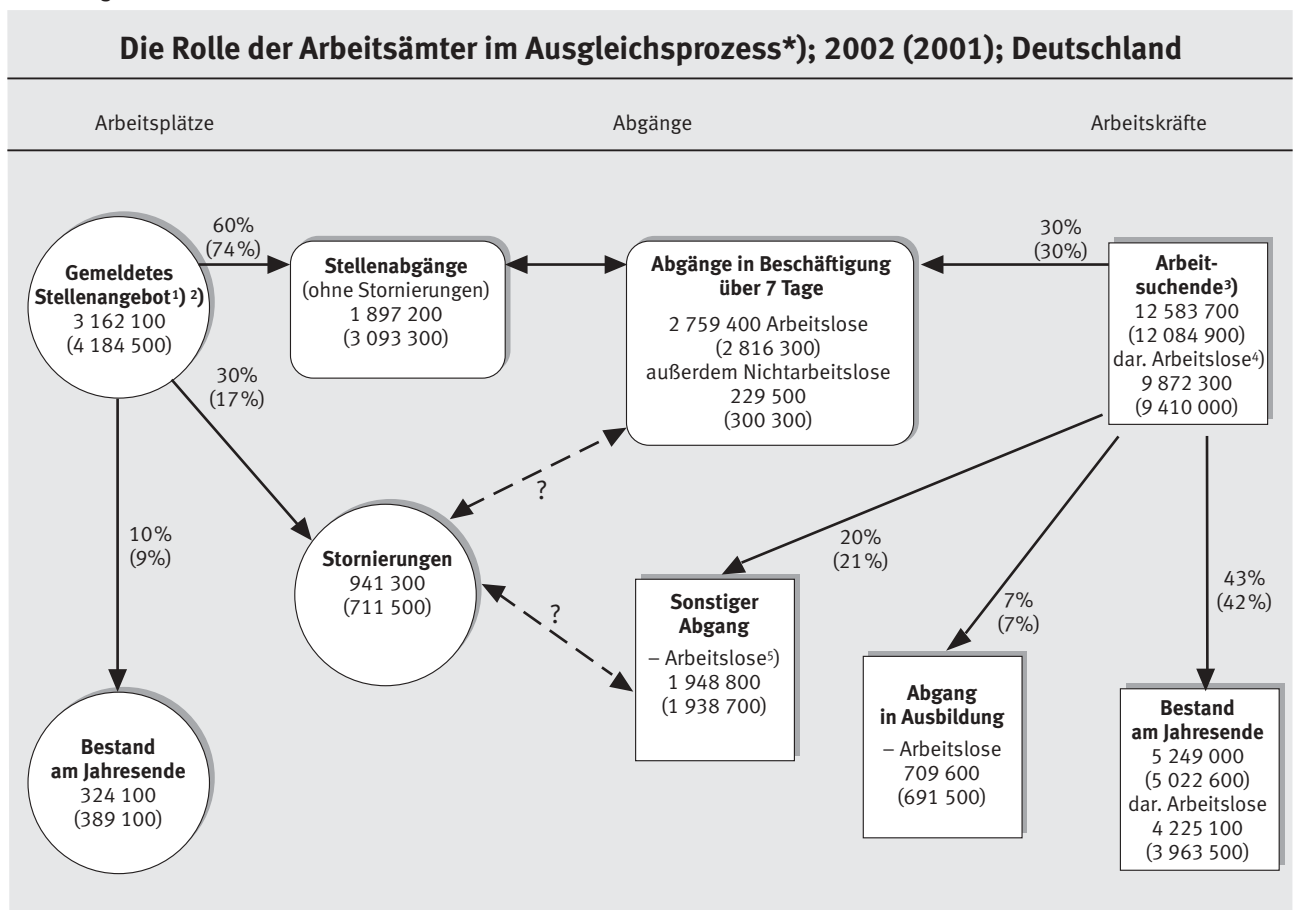
ten und zu verstärken. Nur in dem Maß, wie passende Stellen gemeldet oder akquiriert und aktuell gehalten werden, können geeignete Arbeitslose darauf vermittelt werden. Verstärkte

Ausreichende personelle Kapazitäten sind notwendig, um die vitalen Kontakte zu **Arbeitgebern** und **Arbeitnehmern** zu halten

Kontakte zu **Arbeitnehmern** ergeben sich zwangsläufig infolge der neuen Aufgaben des Profiling und der Eingliederungsvereinbarung. Künftig sind aussagekräftigere Bewerberprofile und konkrete Integrationspläne zu erstellen und bei Bedarf anzupassen. Darüber hinaus sind die Eigenbemühungen der Arbeitslosen durch häufigere Beratungen und Aktivitätsnachweise zu intensivieren.

Durch die **personelle Verstärkung der Vermittlung** hat sich 2002 die Zahl der BA-Vermittler von rd. 9.000 auf rd. 11.000 erhöht. Eine weitere Aufstockung um 2.000 Kräfte erfolgt im Jahre 2003. Trotz dieser Verstärkung ist die personelle Situation in der Arbeitsvermittlung noch nicht befriedigend. Unter Berück-

Abbildung II.D.1



\*) Vgl. hierzu: Friedrich Buttler, Ulrich Cramer; Entwicklung und Ursachen von mismatch-Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 24. Jg. (1991), S. 483–500.

1) Jahresanfangsbestand (2002: 389 100; 2001: 454 300) + Zugang im Laufe des Jahres (2002: 2 772 900; 2001: 3 730 200) = Anwesenheitsgesamtheit (2002: 3 162 100; 2001: 4 184 500).

2) Zum gemeldeten Stellenangebot zählen nur Stellen für eine Beschäftigung von über 7 Tagen Dauer.

3) Jahresanfangsbestand (2002: 5 022 600; 2001: 4 860 700) + Zugang im Laufe des Jahres (2002: 7 561 000; 2001: 7 224 100) = Anwesenheitsgesamtheit (2002: 12 583 700; 2001: 12 084 900).

4) Jahresanfangsbestand (2002: 3 963 500; 2001: 3 808 900) + Zugang im Laufe des Jahres (2002: 7 412 200; 2001: 7 034 700) – Zugang durch „technische Unterbrechungen“ (2002: 1 503 400; 2001: 1 433 600) = Anwesenheitsgesamtheit (2002: 9 872 300; 2001: 9 410 000); vgl. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen“.

5) Berechnet als Differenz: Anwesenheitsgesamtheit – Jahresendbestand – Abgang in Beschäftigung über 7 Tage – Abgang in Ausbildung

### Stärkung der Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit

Die Novellierung des SGB III durch das Job-AQTIV-Gesetz<sup>1)</sup> (in Kraft ab 1.1.2002) hatte u.a. zum Ziel, die **Arbeitsvermittlung** zu stärken, um Arbeitslose schnell und passgenau zu vermitteln bzw. gemeldete Stellen zügig zu besetzen sowie die Eigeninitiative der Arbeitslosen zu fördern. Dazu wurden **neue Instrumente** eingeführt. Die **wesentlichen** Neuerungen sind:

#### Profiling (§ 6)

Zur Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit, insbesondere zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit hat das Arbeitsamt mit jedem Arbeitssuchenden spätestens nach der Arbeitslosmeldung die für die Vermittlung erforderlichen beruflichen und persönlichen Merkmale, seine beruflichen Fähigkeiten und seine Eignung festzustellen. Auf der Grundlage dieses Bewerberprofils ist auch eine Chancenprognose zu erstellen, d.h. zu ermitteln, ob und warum eine berufliche Eingliederung möglicherweise erschwert ist.

#### Maßnahmen der Eignungsfeststellung (§ 48 i.V.m. § 35 Abs. 3)

Eignungsfeststellungsmaßnahmen sind dann vorzusehen, wenn ein Bewerberprofil nicht ohne weiteres erstellt werden kann, insbesondere nicht klar ist, in welche berufliche Tätigkeit der Arbeitslose vermittelt werden kann oder welche Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung vorzusehen sind.

#### Eingliederungsvereinbarung (§ 35 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 2 und 3)

In den Eingliederungsvereinbarungen sind für einen bestimmten Zeitraum gemeinsam mit dem Arbeitslosen Wege zur beruflichen Wiedereingliederung festzulegen. Diese umfassen die Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes, die Eigenbemühungen des Arbeitslosen und, soweit die Voraussetzungen vorliegen, künftige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung. Die Eingliederungsvereinbarung ist sich ändernden Verhältnissen anzupassen und fortzuschreiben, wenn nach Ablauf ihrer Gültigkeit die Arbeitslosigkeit nicht beendet wurde.

### Verstärkung der Vermittlung (§ 37 Abs. 2)

Arbeitslose, deren berufliche Eingliederung voraussichtlich erschwert ist oder die innerhalb von sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit keine Beschäftigung aufgenommen haben, sollen verstärkte vermittlerische Unterstützung erhalten, ggf. auch unter Einschaltung Dritter.

#### Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 37a)

Zu seiner Unterstützung kann das Arbeitsamt Dritte mit Teilaufgaben der Vermittlung oder mit dem gesamten Vermittlungsprozess beauftragen. Arbeitslose können nach sechsmonatiger Dauer die Einschaltung Dritter mit ihrer Vermittlung verlangen. Bei den Dritten kann es sich auch um Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie kurzarbeitende Betriebe handeln.

Alle diese Regelungen gelten auch für Ausbildungsplatzsuchende.

#### Vermittlungsgutschein (eingefügt mit dem Gesetz zur Reform der Arbeitsverwaltung und der Arbeitsvermittlung, in Kraft seit 27. März 2002; § 421g)

Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten auf Wunsch einen Vermittlungsgutschein, wenn sie mindestens drei Monate arbeitslos und noch nicht vermittelt sind. Anspruch haben auch Arbeitnehmer, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Strukturanpassungsmaßnahmen beschäftigt sind. Mit dem Vermittlungsgutschein können sie einen privaten Vermittler ihrer Wahl einschalten. Je nach Dauer der Arbeitslosigkeit können die privaten Vermittler 1.500 € bis 2.500 € für die Vermittlung erhalten (von drei bis sechs Monaten: 1.500 €; nach sechs bis neun Monaten: 2.000 € und nach neun Monaten: 2.500 €).

Gleichzeitig und mit Unterstützung dieser neuen Instrumente hat die Bundesanstalt für Arbeit eine **Vermittlungsoffensive** gestartet. Wesentlicher Teil dieser Aktion war die Verstärkung der Vermittlungskapazität im Umfang von 3.000 Kräften. Dazu sollten 1.000 durch Umsetzung von Arbeitsamtsbediensteten gewonnen werden, 1.000 durch befristete Einstellungen und 1.000 bei beauftragten Dritten (vgl. Abschnitt II.D.1)

<sup>1)</sup> Zu weiteren Änderungen durch das Job-AQTIV-Gesetz vgl. Kasten „Arbeitsmarktpolitische Instrumente; Wesentliche Änderungen ...“ im Kapitel II.E.

sichtigung der gestiegenen Arbeitslosigkeit verbesserte sich die Relation der pro Vermittler durchschnittlich zu betreuenden Arbeitslosen von 430 im Jahr 2001 auf 370 im Jahr 2002. Vergleiche mit Vermittler-Bewerber-Relationen in ausländischen Arbeitsverwaltungen oder in Modellprojekten unterstreichen den Eindruck, dass eine weitere personelle Verstärkung der Vermittlung erforderlich ist, um den Vermittlungsprozess effizienter zu gestalten.

Neue personelle Kapazitäten haben aber auch eine qualitative Seite. Allerdings erfordern notwendige Einarbeitungen und

Schulungen Zeit, die dem eigentlichen Vermittlungsgeschäft abgeht. Wichtig sind deshalb auch **organisatorische Verbesserungen**, z.B. Reduzierung vermittlungsfremder Aufgaben oder Bereitstellung einer informationellen Infrastruktur, die von den Arbeitssuchenden selbstständig genutzt werden kann.

Ein Teil der zusätzlichen **Vermittlerkapazitäten ist bei Privaten** geschaffen worden (vgl. verstärkte Einschaltung beauftragter Dritter und Vermittlungsgutschein). Allerdings darf der Arbeitsmarkteffekt der privaten Arbeitsvermittlung nicht überschätzt werden. Denn am Arbeitsmarkt dominieren seit jeher privatwirt-

schaftliche Rekrutierungsmechanismen (direkte Personalbeschaffung, private Vermittler für spezielle Gruppen, internetbasierte Jobbörsen und -portale, Arbeitnehmerüberlassung usw.).

## Profiling und Eingliederungsvereinbarung

Das Profiling soll bereits bei der Arbeitslosmeldung eine systematische Einteilung **der Arbeitslosen nach**

**Vermittlungshemmnissen** erlauben. Damit kommt ihm eine entscheidende Rolle bei der Wahl einer zweckmäßigen Vermittlungsstrategie sowie der Steuerung von Personal- und Förderressourcen zu.

Das mit Profiling involvierte **Informationsproblem** ist allerdings enorm. Denn grundsätzlich werden objektive Diagnosen und Prognosen nicht nur der individuellen Eigenschaften der Arbeitslosen und ihres Suchverhaltens (einschl. Mobilität) benötigt, sondern auch der Beschaffenheit des regionalen und berufsfachlichen Arbeitsmarktes (einschl. Substitutionsspielräumen). Entscheidend ist, dass dabei Verfahren eingesetzt werden, die besser sind als die früheren eher intuitiven und unsystematischen. Entsprechendes gilt für die u.a. auf dem Profiling basierenden Eingliederungsvereinbarungen.

Andererseits bedarf es in vielen Fällen **keiner systematischen Chanceneinschätzung** oder umfassenden Hilfe der Arbeitsämter, z.B. für Personen, die schon einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben und sich aus leistungsrechtlichen Gründen nur kurzzeitig arbeitslos melden. Allerdings dürften Profiling und Eingliederungsvereinbarung oft schon vor Eintritt der eigentlichen Arbeitslosigkeit ratsam sein, z.B. bei der Meldung als nichtarbeitsloser Arbeitsuchender. Ab 1.7.2003 wird dies auf Grund der gesetzlichen Verpflichtung zur frühzeitigen Meldung die Regel sein.

Der präventive Ansatz von Vermittlungsoffensive und JobAQTIV-Gesetz zeigt sich auch darin, dass Leistungen aktiver Arbeitsförderung jetzt **frühzeitiger in Anspruch** genommen werden können (vgl. Kasten „Wesentliche Änderungen ....“, in Kapitel II.E). Dies setzt allerdings voraus, dass mit Hilfe von Profiling und Eingliederungsvereinbarung hinreichend schnell und genau wirksame Integrationsmaßnahmen festgelegt werden können.

## Vermittlungsoffensive und Abbau der Arbeitslosigkeit

### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Ein wichtiges Ziel der Vermittlungsoffensive ist es, einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Insgesamt sind die

Möglichkeiten hierzu aber grundsätzlich begrenzt. Die Vermittlungsoffensive kann helfen, Arbeitsangebot und -nachfrage schneller, effizienter und besser zusammen zu bringen. Allerdings kann dies nicht losgelöst von der makroökonomischen Entwicklung betrachtet werden. Denn gesamtwirtschaftlich hängt die Beschäftigung und damit – bei gegebenem Kräfteangebot –

Unterbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit im Wesentlichen von folgenden **Rahmenbedingungen** ab: der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage, der Produktionstechnik, der Produktivitätsentwicklung (vgl. Beschäftigungsschwelle), den Preisen der Produktionsfaktoren und der Arbeitszeit. Wie gut und schnell Kräfteangebot und -nachfrage zusammenfinden, ist vor allem eine Frage struktureller Faktoren, also insbesondere des qualifikatorischen und regionalen Zusammenpassens von Angebot an und Nachfrage nach Arbeitskräften und der Flexibilität des Beschäftigungssystems. Die Effizienz der Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt spielt eine unterstützende Rolle. Gleichsam im Hintergrund sind von Bedeutung das System sozialer Sicherung (Art der Finanzierung, Anspruchsvoraussetzungen sowie Niveau und Dauer der Leistungen) und die Unterstützung durch eine staatliche Politik aus angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen.

Der Königsweg einer Vermittlungsoffensive besteht darin, den Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu verstärken und so den Bestand an Beschäftigten zu erhöhen und den an Arbeitslosen zu senken.

### Abgang in Beschäftigung

Dafür gibt es vor allem zwei Möglichkeiten, nämlich **freie Stellen (Vakanzen) schneller zu besetzen** und die Kräfte nachfrage zu stimulieren. Dabei wird unter einer Vakanz eine Stelle verstanden, die nach betrieblicher Planung bereits besetzt sein sollte.

Der **Bestand an Vakanzen** belief sich im Herbst 2002 auf rd. 0,68 Mio. Rund 64% waren den Arbeitsämtern nicht gemeldet. Es macht deswegen Sinn, dass Arbeitsvermittler engen Kontakt zu Arbeitgebern halten, Stellen akquirieren und laufend aktualisieren. Mit wirksamer Aktivierung der Arbeitslosen zu eigener Stellensuche und verstärkter Einschaltung privater Arbeitsvermittler könnten auch nicht gemeldete Vakanzen schneller besetzt werden.

Die Möglichkeit der **Laufzeitverkürzung der Vakanzen** limitiert die entsprechende Reduzierung von Arbeitslosigkeit. Ob und inwieweit dies gelingt, hängt zunächst von den Gründen für die ungeplanten Vakanzen ab:

- Zum Teil mögen Arbeitslose und Stellenangebote wegen **fehlender** Markttransparenz nicht schnell genug zueinander finden. In dieser Situation könnte eine Vermittlungsoffensive am ehesten Abhilfe schaffen.
- Lang andauernde Kräftesuche kann auch darauf beruhen, dass passende Arbeitslose angebotene **Stellen** nicht in Betracht ziehen oder ablehnen, weil die Bewerber die Offerten **nicht attraktiv** genug finden, oder dass Arbeitgeber **unrealistisch hohe Anforderungen** stellen bzw. zu ungünstige Konditionen bieten. In diesem Fall könnte eine intensivere Beratung von Arbeitslosen und Arbeitgebern zum Abbau nicht marktgerechter Erwartungen und damit zur schnelleren Besetzung von Vakanzen beitragen.
- Ferner kann die Besetzung von Vakanzen auch daran scheitern, dass es den Bewerbern an der erforderlichen **Qualifikation fehlt**. Abgesehen von der Gewährung von Eingliederungszuschüssen kann ein „qualifikatorischer Mismatch“ aber wohl nur längerfristig durch berufliche Weiterbildung verringert werden.

– Auch ein „regionaler Mismatch“ – soweit er nicht mit informationsverbessernden Maßnahmen behoben werden kann – müsste wohl mit weiteren Instrumenten angegangen werden (Ausweitung von Mobilitätshilfen, Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln usw.). Dazu kann die Vermittlungsoffensive beitragen, indem Instrumente gezielt eingesetzt werden oder die Zumutbarkeit besser überprüft wird.

Je schneller durch eine Vermittlungsoffensive Vakanzen besetzt werden, desto mehr könnte es ihr gelingen, zusätzliche Kräftenachfrage zu stimulieren oder genauer, **latenten betrieblichen Kräftebedarf zu wecken**. So mag die Arbeitsvermittlung, indem sie Akquise betreibt und dazu gezielt qualifizierte Kräfte anbietet, zusätzliche Nachfrage mobilisieren, die in der Vergangenheit, etwa wegen vergeblicher Suche, eingestellt worden war. Für das konjunkturell vergleichsweise günstige Jahr 2002 ist der Umfang dieser „passiven stillen Reserve offener Stellen“ auf rd. 200.000 geschätzt worden.

Bei alledem ist zu beachten: Vakanzen sind zunächst betriebliche Vakanzen und **nicht zwangsläufig volkswirtschaftlich ungedeckter Kräftebedarf**. Denn vermutlich entfielen im Zusammenhang mit entsprechenden Einstellungen bei Konkurrenzbetrieben Nachfrage. Andererseits können diesem Substitutionseffekt Komplementär- oder Multiplikatoreffekte gegenüberstehen, wenn die Einstellung qualifizierter Kräfte Bedarf an weniger Qualifizierten nach sich zieht. Welcher dieser Effekte größer ist, ist schwer und nicht generell zu beurteilen.

Eine forcierte Vermittlung von Arbeitslosen dürfte zunächst die **Einstellungschancen von Angehörigen der Stillen Reserve** verringern, sodass ein Abbau von Arbeitslosigkeit wohl auf Kosten des Anstiegs der Unterbeschäftigung in der Stillen Reserve ginge (Verdrängungseffekt). Dies wäre vor allem dann problematisch, wenn sich auf diese Weise die Lebenslage von sozial besonders schwachen Personen verschlechterte, etwa von bedürftigen ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen.

Je erfolgreicher eine Vermittlungsoffensive ist und je mehr sich dies herumspricht, desto mehr **Angehörige der Stillen Reserve dürften sich arbeitslos melden**, um davon ebenfalls zu profitieren (Mobilisierungseffekt). Die so induzierten Arbeitslosmeldungen mögen die zusätzlichen Abmeldungen evtl. sogar übertreffen. Eine Vermittlungsoffensive kann also erfolgreich sein, ohne dass dies statistisch nachweisbar ist.

Auch falls eine Vermittlungsoffensive nicht zum Abbau von Arbeitslosigkeit beiträgt, ist sie nicht wertlos. Zunächst ist eine schnelle Besetzung von Vakanzen deshalb positiv, weil dies mehr Beschäftigung und Güterversorgung bedeutet. Darüber hinaus werden u.U. **Beschäftigungschancen und Arbeitsloskeitsrisiken gleichmäßiger verteilt**. Geht z.B. die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen auf Kosten von Kurzeitarbeitslosen, mag dies nicht nur sozialpolitisch, sondern auch ökonomisch gerechtfertigt sein, nämlich wenn so definitive Dequalifizierungen verhindert werden.

---

## Abmeldungen in Nichterwerbstätigkeit

---

Eine Vermittlungsoffensive kann auch **Abgänge in Nichterwerbstätigkeit** zur Folge haben. Denn

nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ stellt sie höhere Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative, sodass sich ein Teil der Arbeitslosen vom Arbeitsmarkt zurückzieht. Vor allem dies ist 2002 beobachtet worden (vgl. auch Kapitel II.C).

Diese Prozesse dürften aber auch Auswirkungen auf die **Zugänge in Arbeitslosigkeit** aus Nichterwerbstätigkeit haben: Einerseits könnten die Meldungen abnehmen, wenn sich herumspricht, dass die Arbeitslosen jetzt wesentlich stärker selbst gefordert sind. Dieser „Abschreckungseffekt“ könnte verstärkte Zugänge in Arbeitslosigkeit aus der Stillen Reserve auf Grund von Vermittlungserfolgen (s.o.) mehr oder weniger ausgleichen. Darüber hinaus dürfte sich ein Teil der in Nichterwerbstätigkeit ausgeschiedenen Arbeitslosen nach gewisser Zeit erneut melden. Dieser „Drehtüreffekt“ hat anscheinend 2002 eine Rolle gespielt (vgl. auch Kapitel II.C).

Durch eine Vermittlungsoffensive können auch Ausgaben für **Lohnersatzleistungen eingespart** werden. So bedeuten

2002 jahresdurchschnittlich 100.000 Arbeitslosengeldbezieher weniger bzw. die Verkürzung der durchschnittlichen Dauer des Arbeitslosengeldbezuges um 1,3 Wochen eine Minderausgabe von knapp 1,5 Mrd € (einschl. der Beiträge zur Sozialversicherung; 100.000 Arbeitslosenhilfebezieher bzw. rd. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Wochen entsprechend: knapp 0,9 Mrd €.) Soweit dadurch auch das Niveau beitragspflichtiger Beschäftigung erhöht wird, fallen darüber hinaus mehr Einnahmen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an.

Aber nicht jeder Arbeitslose ist Leistungsempfänger. So dürfte es sich bei den **verstärkten Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit in Nichterwerbstätigkeit** vor allem um **Nichtleistungsempfänger** handeln, denn für Leistungsempfänger brähe dies erhebliche finanzielle Nachteile mit sich, sodass ggf. auch mit schnellen und großen Drehtüreffekten zu rechnen wäre. Im Einklang mit diesen Vermutungen – aber wohl auch konjunkturell bedingt – ist 2002 die Zahl der arbeitslosen Nichtleistungsempfänger deutlich gesunken, die der Leistungsempfänger dagegen erheblich gestiegen (vgl. Kapitel II.C).

Letztlich kommt es also darauf an, möglichst präventiv Vermittlungsaktivitäten einzusetzen, aber auch die Langzeitarbeitslosigkeit nicht außen vor zu lassen, um eine dauerhafte Ausgrenzung mit all ihren Folgen zu vermeiden.

Schließlich dürfen die **übrigen Kosten einer Vermittlungsoffensive** nicht vergessen werden. Tausende zusätzliche Vermittler, Millionen von Profiling und Eingliederungsvereinbarungen und darauf basierender Instrumenteneinsatz sind umso teurer, je stärker mit gutem Grund auf Qualität geachtet wird.

Eine Vermittlungsoffensive kann nicht gleichsam aus dem Stand mit maximaler Kraft geführt werden. Umorganisationen

---

## Vermittlungsoffensive und finanzielle Ersparnisse

---



---

## Zeitbedarf und Daueraufgabe

---

**brauchen Zeit.** Zusätzliche Vermittler müssen rekrutiert und qualifiziert werden. Die Zusammenarbeit mit beauftragten Dritten und die Handhabung neuer Instrumente müssen sich – auch auf Grund praktischer Erfahrungen – erst einspielen.

Ziel muss es sein, eine Vermittlungsoffensive als „**Dauer-aufgabe**“ zu etablieren, sie als dauerhafte Herausforderung zu verstehen und folglich den Prozess ständig zu evaluieren, Defizite zu erkennen und abzustellen.

## Fazit

So richtig Vermittlungsoffensive, Job-AQTIV-Gesetz und weitere Initiativen zur Verbesserung der Qualität des Vermittlungsprozesses sind, so wichtig ist die Erkenntnis ihrer quantitativen Grenzen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Die wesentliche Schranke ergibt sich aus der Knappheit an Vakanzen und der begrenzten Möglichkeit, ihre Laufzeiten abzukürzen. Deshalb werden gerade auf regional schwierigen Arbeitsmärkten, z.B. in den neuen Ländern, die Chancen der Vermittlungsoffensive skeptisch beurteilt. Es bedarf also vor allem **komplementärer gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen**; Möglichkeiten zur Vermittlung sind bei boomender Kräftenachfrage und Abwesenheit eines qualifikatorischen oder regionalen Mismatch größer als in Zeiten von Rezession und strukturellen Rigiditäten.

Die Vorstellung, mit einer Vermittlungsoffensive sei das Nötige und Menschenmögliche zum Abbau der Arbeitslosigkeit getan, wäre also nicht nur abwegig, sondern auch gefährlich. Dies liefe nicht nur größtenteils auf eine Individualisierung von Arbeitsmarktrisiken hinaus, sondern **hielte möglicherweise auch von einer wirksameren Politik ab**, etwa vom Strategiebündel des IAB aus angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen. Die Vorschläge der sog. Hartz-Kommission bzw. die beiden am 1.1.2003 in Kraft getretenen Gesetze für moderne

Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und weitere geplante Reformen gehen daher zu Recht über eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung hinaus (z.B. eine stärker anreizkompatible Ausgestaltung von Transferleistungen, Förderung des Niedriglohnssektors).

Die Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist von Mitte

## Arbeitsmarkt in Bewegung

2001 bis Mitte 2002 um 246.000 auf 27,57 Mio gesunken; dabei gab es nach wie vor sehr umfangreiche Bewegungen am Arbeitsmarkt. So sind im Berichtsjahr schätzungsweise 7,4 Mio voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse (ohne Ausbildungsverhältnisse) begonnen worden, ca. 550.000 weniger als 2001 (2001/2000: –320.000; vgl. Tabelle II.D.1 und Abschnitte II.D.2.1 und 3.1).

Zu Beginn des Jahres 2002 waren bei den Arbeitsämtern bundesweit 389.100 Stellen registriert; im Laufe des Jahres gingen weitere 2,77 Mio Angebote ein. Somit standen den Arbeitsämtern insgesamt 3,16 Mio gemeldete Stellen (Anwesenheitsgesamtheit) zur Besetzung zur Verfügung, dies sind 24% weniger als 2001, nach –7% im Jahr zuvor.<sup>3)</sup> Der Einbruch der gesamtdeutschen Kräftenachfrage ist zunächst Ausdruck der schwachen Konjunktur. Aber auch Änderungen in der Bedeutung von Rekrutierungswegen könnten eine Rolle gespielt haben (z.B. größere Rolle internetbasierten Suchens). Außerdem

<sup>3)</sup> Zur Methodik dieser Analyse vgl. Friedrich Buttler, Ulrich Cramer, Entwicklung und Ursachen von mismatch-Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 24. Jg. (1991), Heft 3, S. 483–500; Kerstin Liegner: mismatch-Arbeitslosigkeit, Ursachen und Gegenmaßnahmen aus arbeitsmarktpolitischer und personalwirtschaftlicher Sicht, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 185, Nürnberg 1994.

### Erste Ergebnisse der Vermittlungsoffensive des Jahres 2002

Unbeschadet der eher grundsätzlichen Analyse der Möglichkeiten und Grenzen einer Vermittlungsoffensive (vgl. Abschnitt II.D.1) und evtl. späterer wissenschaftlicher Evaluation von Teilen des unterstützenden Job-AQTIV-Gesetzes, hat der Geschäftsbereich I der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit (Beschäftigungs- und Bildungsmarkt) eine **Zwischenbilanz von Organisation und Ergebnissen der Vermittlungsoffensive im Jahr 2002** vorgelegt (vgl. auch Kasten „Stärkung der Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit“ in diesem Kapitel). Die wichtigsten Aussagen sind:

Zur Umsetzung der Vermittlungsoffensive wurden in den Arbeitsämtern **Projektteams** aus neu eingestellten bzw. umgesetzten Mitarbeitern sowie erfahrenen Fachkräften aus der Arbeitsvermittlung gebildet.

Die Vermittlungsoffensive wurde nach regionalspezifischen Amtskonzepten als Projektarbeit zur Intensivierung des Kerngeschäftes „Vermittlung und Beratung“ in dezentra-

ler Verantwortung durchgeführt. Die Projektteams ergänzten und unterstützten die Aktivitäten der normalen A-Teams. Die Projektteams agierten mit unterschiedlichen Schwerpunkten in **vier vorgegebenen Handlungsfeldern**.

- Handlungsfeld I: Akquisition und laufende Aktualisierung von offenen Arbeitsstellen
- Handlungsfeld II: Aktualisierung und Flexibilisierung der Bewerberprofile
- Handlungsfeld III: Integrationsvereinbarungen mit Risikogruppen
- Handlungsfeld IV: Assistierte Arbeitsvermittlung.

Der Schwerpunkt der Arbeitsämter lag im Jahr 2002 bei den Handlungsfeldern I, II und III. Vorrangig wurden von den Projektteams arbeitslose Jugendliche, Langzeitarbeitslose bzw. grundsätzlich Personengruppen, die **einer verstärkten Unterstützung zur beruflichen Integration bedürfen**, betreut.

Von der Bereitstellung zusätzlicher personeller Ressourcen in den Projektteams wurden konkrete arbeitsmarktliche Wirkungen erwartet, um die Erreichung des geschäftspoliti-



schen Schwerpunktes für das Jahr 2002 „Vermittlung stärken“ unter der Zielsetzung „Individuelle Arbeitslosigkeit vermeiden und beenden“ zu gewährleisten. Die **projektierten arbeitsmarktlichen Wirkungen** der Vermittlungsoffensive waren unter der Erwartung einer Belebung der Wirtschaft im Jahr 2002 formuliert worden. Faktisch hat sich jedoch die wirtschaftliche Abschwächung des Jahres 2001 verstärkt.

Eine eindeutige Bewertung, welche **arbeitsmarktliche Wirkung** die zusätzlichen Mitarbeiter der Projektteams erzielt haben, ist u.a. auf Grund der in Teilen unzureichenden Datelage nicht möglich. Während die Akquisition offener Stellen sowie Betriebskontakte und -besuche eindeutig den Projektteams zugerechnet werden können, ist dies bei allen bewerberbezogenen arbeitsmarktlichen Wirkungen nicht möglich. Die Projektgruppen verfügen weder über eine Leistungsbearbeitung noch ist ihnen dauerhaft ein fester Bewerberbestand zugeordnet. Um dennoch zumindest mittelbare Rückschlüsse von (erfassten) Aktivitäten der Projektmitarbeiter auf die arbeitsmarktliche Wirkung zu ermöglichen, werden die Abgänge aus Arbeitslosigkeit einem Projektteam zugerechnet, wenn in den letzten 60 Tagen vor Abgang ein Beratungsgespräch mit einem Mitarbeiter des Projektteams dokumentiert ist.

Bis Ende 2002 **akquirierten** die Projektteams gut 342.000 **Stellen**. Dies entspricht einem Anteil von rd. 13,5% am gesamten Zugang offener Stellen; dabei hat sich der Anteilswert im Laufe des Jahres kontinuierlich erhöht. Die stellenorientierten Aktivitäten der Projektteams trugen maßgeblich dazu bei, den auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführenden geringeren Stellenzugang abzumildern.

Bis Ende 2002 waren über 198.000 **Betriebskontakte** der Projektteams zu verzeichnen, bei denen offene Stellen akquiriert werden konnten. Darüber hinaus besuchten die Projektteams rd. 159.000 Betriebe.

Im Jahresverlauf haben die Mitarbeiter der Projektteams über 1,8 Mio **Beratungsgespräche** geführt. In diesem Rahmen wurden u.a. 262.400 **Profilings** erstellt, 211.300 **Eingliederungsvereinbarungen** abgeschlossen und in 15.400 Fällen gemeinsame Vorstellungsgespräche vereinbart (**assistierte Arbeitsvermittlung**). In 53.000 Fällen wurde ein Profiling von Dritten vorgenommen.

In 446.000 Fällen unterstützten die Projektteams den **Abgang aus Arbeitslosigkeit**, darunter in **Beschäftigung des ersten Arbeitsmarktes** von ca. 183.000 Personen. Auch wenn bundesweit keine Steigerung der Integration in Beschäftigung erreicht werden konnte, haben die Aktivitäten der Projektteams insgesamt zu einem angesichts der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen moderateren Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. Wie bei den stellenorientierten Aktivitäten haben sich auch hier die Anteile der Projektteams in den letzten Monaten kontinuierlich erhöht.

Die Beteiligung der Projektteams an den jeweiligen Abgangsgründen variiert stark. Am stärksten beteiligt waren die

Projektteams an den Abgängen in sonstige Nichterwerbstätigkeit, einschl. der wegen Nichterneuerung der Meldung oder **Sonderregelungen** wie § 428 SGB III. Allein 14% der Abgänge wegen Sonderregelungen des Jahres 2002 sind den Projektteams zuzurechnen.

Ein weiterer Handlungsschwerpunkt vieler Projektteams lag in der Betreuung von Jugendlichen im Rahmen von **Jugend-AQTIV**. Hier waren die Projektteams wesentlich stärker an Abgängen aus der Arbeitslosigkeit beteiligt als bei der Gesamtgruppe der Arbeitslosen (seit Jahresanfang über 14,4%). Die Umsetzung des Jugend-AQTIV-Konzeptes zeigte somit Wirkung.

Nach Anlaufschwierigkeiten wurden die Möglichkeit der **Einschaltung Dritter** nach § 37a SGB III flächendeckend genutzt. Bis Ende Dezember wurden in 258.900 Fällen Dritte eingeschaltet. Schwerpunkte waren neben der Vorbereitung von Eingliederungsvereinbarungen und der Durchführung des Profiling auch die Akquise offener Stellen, verstärkt jedoch auch die ganzheitliche Betreuung von Zielgruppen. Neben positiven Rückmeldungen wurden die Unterstützungsleistungen Dritter oder deren Vermittlungserfolge z.T. auch als eher gering angesehen.

Die intensivere Betreuung der Arbeitslosen hat auch zu einer **Kostenersparnis** geführt. Von Mai bis Oktober 2002 haben die Projektteams u.a. 255.000 Abgänge aus Arbeitslosigkeit bewirkt, darunter rd. 217.000 von Leistungsempfängern. Bei dieser Klientel konnte die Dauer der Arbeitslosigkeit durch die Betreuung im Projektteam um durchschnittlich 0,8 Monate gesenkt werden.

**Fazit:** Im Jahr 2002 haben die von der Vermittlungsoffensive ausgehenden Impulse aufgrund der nachhaltig negativen wirtschaftlichen Entwicklung **nicht ausgereicht, die geschäftspolitischen Ziele zu erfüllen**. Weitere Gründe dafür waren:

- **Anlaufprobleme** bei der Integration der Projektteam-Mitarbeiter haben dazu geführt, dass mit den Arbeitsvermittlern der A-Teams vergleichbare Arbeitsergebnisse wohl erst in der zweiten Jahreshälfte erzielt werden konnten.
- Die Arbeitsämter haben Aktivitätenschwerpunkte gesetzt, die z.T. **erst mittelfristig arbeitsmarktlich wirksam werden** können. Beispielsweise setzen sich gerade in Phasen einer schwächeren Konjunktur verbesserte Arbeitgeberkontakte nur nach und nach in eine erhöhte Einschaltung in den Prozess der Personalgewinnung um.
- Die Projektteams werden in vielen Arbeitsämtern zur **Betreuung schwieriger Personengruppen** herangezogen mit der Folge, dass Eingliederungserfolge nicht in dem Umfang eintreten können wie bei der Betreuung „guter Risiken“. Deshalb wäre die Erwartung, dass statistisch erfasste Aktivitäten und daraus resultierende arbeitsmarktliche Wirkungen der Projektteams ihrem Anteil an der personellen Ausstattung der Arbeitsvermittlung (ca. 20% der Vermittlerkapazitäten) entsprechen müssen, unrealistisch.

### Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen (Anwesenheitsgesamtheit)

Bei den Arbeitslosen sind als **Anwesenheitsgesamtheit** alle Arbeitslosen zu erfassen, die im Laufe eines Jahres für die Besetzung von Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen, d.h. die am Jahresanfang vorhandenen zuzüglich der im Laufe des Jahres hinzukommenden Arbeitslosen (vgl. Abbildung II.D.1–3). Dabei kann eine Person mehr als einen Arbeitslosigkeitsfall auslösen. Dies ist z.B. dann gegeben, wenn die Arbeitslosigkeit im Laufe eines Jahres durch eine kurze, aber mehr als kurzfristige Beschäftigung oder eine über sechs Wochen dauernde Krankheit unterbrochen wird.

Die Ermittlung der Anwesenheitsgesamt an Arbeitslosen als **Summe aus Jahresanfangsbestand und Zugängen im Laufe des Jahres** führt allerdings zu **überhöhten Ergebnissen**. Denn in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit wird – auf der Grundlage der Definition des Arbeitslosen im SGB III (vgl. Kasten „Arbeitslose – wesentliche Merkmale“ in Kapitel II.C) – eine Vielzahl von Zugängen in und Abgängen aus Arbeitslosigkeit nachgewiesen, die lediglich eine **technische Unterbrechung** der Arbeitslosigkeit, aber kein neuer „Arbeitslosigkeitsfall“ im oben beschriebenen Sinn sind. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn ein Arbeitsloser dem Arbeitsmarkt vorübergehend zeitlich eng begrenzt nicht zur Verfügung steht. In solchen Zeiträumen wechselt der „Arbeitslose“ i.d.R. in den Status des nichtarbeitslosen Arbeitssuchenden; entsprechend wird (statistisch) jeweils ein Abgang aus **und** ein Zugang in Arbeitslosigkeit nachgewiesen.

Für die Ermittlung der Anwesenheitsgesamtheit an Arbeitslosen sind also alle Zugänge um die durch **„technische Unterbrechungen“** hervorgerufenen Zugänge **zu bereinigen**. Im Einzelnen trifft das zu für Statuswechsel nach

- Arbeitsunfähigkeit,
  - vorübergehend fehlender Verfügbarkeit (z.B. zeitweilige Ortsabwesenheit)
- sowie
- kurzfristiger Beschäftigung.

Darüber hinaus ist der Zugang an Arbeitslosen noch um die Fälle zu bereinigen, in denen zwar die Arbeitslosigkeit beendet wird, aber – wegen der sofortigen oder zeitlich nahen **Wiederanmeldung** – ebenfalls kein neuer Arbeitslosigkeitsfall eintritt. Dazu zählen Zugänge nach

- Umzug und
- erneuter Meldung nach Meldeversäumnis.

Bundesweit reduziert sich damit im Jahr 2002 – ähnlich wie im Vorjahr – die Zahl der Zugänge in Arbeitslosigkeit von 7.412.200 auf 5.908.000 (–1.503.400 oder –20%).

### Zur Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

Nach § 35 Abs. 1 SGB III umfasst die Vermittlung alle Tätigkeiten, die darauf gerichtet sind, Arbeitssuchende mit Arbeitgebern zur Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses zusammenzuführen. Dies kann auf vielfältige Weise, unmittelbar oder mittelbar erfolgen. Entsprechend werden seit Januar 2001 unter dem Oberbegriff „Arbeitsvermittlung“ folgende Aktivitäten zusammengefasst:

- die **„klassische“ Vermittlung nach Auswahl und Vorschlag**, d.h.: Dem Arbeitgeber, der dem Arbeitsamt eine zu besetzende Stelle gemeldet hat, wird wenigstens ein Arbeitssuchender vorgeschlagen und diesen bzw. einen von diesen sieht der Arbeitgeber für die Einstellung vor. Zuweisungen in ABM bzw. traditionelle SAM sind solchen Vermittlungen gleichgestellt. Die insbesondere im Baugewerbe üblichen Rückrufe werden dagegen nicht mehr als Vermittlung gezählt, auch wenn die Arbeitsämter daran beteiligt sind.
- **Mitwirkung bei der Besetzung von Stellen** durch
  - Veröffentlichung von Stellenangeboten in der elektronischen Stellenbörse „Stellen-Information-Service“ (SIS),
  - Veröffentlichung von Bewerberprofilen in der elektronischen Bewerberbörse „Arbeitgeber-Information-Service“ (AIS),
  - Beauftragung Dritter mit der Vermittlung von Arbeitslosen sowie
  - Nachweis selbstständiger Tätigkeiten.

Stellenbesetzungen, d.h. Vermittlungen und Mitwirkungen in oben beschriebenen Sinne, können anhand der **Abmeldungen von Stellenangeboten** statistisch nachgewiesen werden.

Daneben werden diese Vorgänge z.T. auch bei der **Abmeldung von Bewerberangeboten** erfasst. Dabei sollten für längere Zeiträume Bewerber- und Stellenabgänge durch Vermittlungen nach Auswahl und Vorschlag bundesweit grundsätzlich zahlenmäßig übereinstimmen. Bezogen auf die Arbeitslosen ist dies auch weitgehend der Fall. Regional und für kurze Perioden gibt es – auch wegen unterschiedlicher Erfassungs- und Auswertungsstandards – dagegen Abweichungen. Einen nur unvollständigen bewerberseitigen Nachweis gibt es insbesondere für Vermittlungen von nichtarbeitslosen Arbeitssuchenden auf Saison-Stellen in der Land- und Forstwirtschaft, auf Stellen im Job-Service-Bereich sowie in geringfügige Beschäftigungen.

Eine **Überprüfung** durch den Bundesrechnungshof in fünf Arbeitsämtern hat ergeben, dass die stellenseitig für Oktober 2001 ausgewiesenen Vermittlungszahlen merklich überhöht waren. Dabei spielten die Weisungslage, fehlende bzw. lückenhafte Dokumentationen, aber auch falsche Buchungen eine Rolle. Der allgemeine Grad der Überhöhung für das Jahr 2001 konnte nicht ermittelt werden. Im Zusammenhang mit der anstehenden Fehlerbereinigung sind die Vermittlungszahlen im Verlauf des Jahres 2002 stark zurückgegangen, was insbesondere zu einem Zeitreihenbruch geführt hat. Aus diesem Grund wird im vorliegenden Bericht – wie bereits in der „Arbeitsmarktanalyse 2001“ – auf die Verwendung von Vermittlungszahlen und davon abgeleiteten ausgewählten Messziffern verzichtet.

machte sich die Korrektur fehlerhafter Vermittlungsbuchungen<sup>4)</sup> bemerkbar (vgl. Tabelle II.D.1 sowie Abbildung II.D.1).

Am Jahresbeginn 2002 waren bundesweit 3,96 Mio Arbeitslose registriert, im Jahresverlauf meldeten sich weitere 5,91 Mio Personen arbeitslos<sup>5)</sup>. Folglich gab es 2002 rd. 9,87 Mio **Arbeitslose** (Anwesenheitsgesamtheit), 5% mehr als 2001. Hinzu kommen 2,71 Mio nicht arbeitslose Arbeitsuchende (Anwesenheitsgesamtheit; +1%). Somit ergibt sich eine Zahl von 12,58 Mio Bewerbern, die mit Hilfe der Arbeitsämter eine neue Beschäftigung anstrebten, 4% mehr als 2001. Während – vor allem infolge der konjunkturellen Schwäche – die Arbeitslosmeldungen in den alten Ländern zunahmen, waren sie in den neuen Ländern – insbesondere wegen weniger Zugängen nach Beschäftigungschaffenden Maßnahmen – geringer als im Vorjahr.

## Einschaltungsgrad deutlich kleiner

Die Arbeitsämter dürften 2002 von Wirtschaft und Verwaltung an der Personalbeschaffung in geringerem Maße beteiligt worden sein als 2001. Der Stellenabgang hat im Berichtsjahr – auch infolge der Korrektur fehlerhafter Vermittlungsbuchungen – stark abgenommen; aber auch die Zahl der begonnenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse verminderte sich wohl deutlich. Somit dürfte der **Einschaltungsgrad** 2002 auf gut 38% zurückgegangen sein (vgl. Tabelle II.D.1 und Kasten „Messziffern der Arbeitsvermittlung“). Auch die Meldequote, d.h. der Anteil der den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen am gesamten Stellenbestand, war im vierten Quartal 2002 mit bundesweit 36% geringer als ein Jahr zuvor (37%; vgl. Abschnitte II.B.2.3 und 3.3).

Im Jahr 2002 haben etwas mehr Personen die Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme einer Beschäftigung (einschl. betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung) beenden können. Da die Abgänge von Arbeitslosen aber deutlich stärker zunahmen, sank die Wiederbeschäftigungsquote um 2 Prozentpunkte auf 42% (vgl. Tabelle II.D.3).

Auch in diesen Punkten gibt es weiterhin erhebliche **Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern**. Im Osten führt u.a. das immer noch deutlich größere Gewicht von Beschäftigungschaffenden Maßnahmen zu einem erheblich höheren Einschaltungsgrad, aber auch zu einer höheren Wiederbeschäftigungsquote. Kurz: Die relativ starke konjunkturelle Eintrübung im Westen und insbesondere der geringere Einsatz bei Beschäftigungschaffenden Maßnahmen im Osten haben zu unterschiedlichen Entwicklungen bei den für die Ausgleichsprozesse relevanten Bewegungsgrößen geführt. Dies lässt sich im Einzelnen nach wie vor am besten in einer nach Ost und West getrennten Darstellung beschreiben (vgl. Abschnitte II.D.2 und 3).

## Illegale Beschäftigung und Leistungsmisbrauch weit verbreitet

Im Jahr 2002 wurde wiederum illegale Beschäftigung und Leistungsmisbrauch in großem Umfang festgestellt. Die Zahl der aufgegriffenen Fälle, Strafanzeigen und festgesetzten Geldbußen lag zum Teil erheblich über denen des Vorjahres. Nachdem es im Vorjahr, ins-

### Der „Virtuelle Arbeitsmarkt“

Mit dem Projekt „Virtueller Arbeitsmarkt“ entwickelt die Bundesanstalt für Arbeit ihr Internet-Angebot zu einem **umfassenden Online-Service** für alle am Arbeitsmarktgeschehen Beteiligten weiter. Damit soll eine schnellere, gezieltere und umfassendere Allokation auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Bereits gegenwärtig sind unter dem Arbeitsmarktportal im Internet-Angebot der Bundesanstalt für Arbeit verschiedene eigene Stellen- und Bewerberbörsen aufrufbar. Über das Arbeitsmarktportal können Arbeitgeber online mit dem Arbeitsamt kommunizieren.

Die wichtigsten eigenen Stellen- und Bewerberbörsen sind:

- Der **Stellen-Informations-Service (SIS)** ist bereits seit 1997 im Internet verfügbar. Derzeit können Stellensuchende bundesweit auf insgesamt rd. 280.000 Angebote zugreifen; monatlich gibt es ca. 50 Mio Seitenaufrufe.
- Der **Ausbildungsstellen-Informations-Service (ASIS)** enthält ca. 175.000 Angebote von Ausbildungsplätzen, monatlich werden über 8 Mio Seitenaufrufe gezählt.
- Im **Arbeitgeber-Informations-Service (AIS)** können Arbeitgeber seit April 1998 anonymisierte Angebote von Arbeits- und Ausbildungssuchenden abrufen. Inzwischen werden im AIS über 2 Mio Bewerberangebote geführt; 2002 wurden monatlich ca. 2,3 Mio Seiten aufgerufen.
- Die **Vermittlungsbörse für IT-Fachkräfte** besteht im Rahmen der Greencard-Initiative seit Juni 2000 (vgl. Kasten: Greencards für ausländische IT-Fachkräfte in diesem Kapitel).
- Weitere **Vermittlungsbörsen für Spezialisten** (Bewerberbörse für Ingenieurinnen und Ingenieure; Managementvermittlung; Künstlerdienste; Zentrale Bühnen-, Fernseh- und Filmvermittlung; Zentrale und internationale Management- und Fachvermittlung für Hotel- und Gaststättenpersonal; Vermittlungsbörse für Firmennachfolgen, Kooperationen und Existenzgründungen; Praktikumsbörse und JOB-Vermittlungsbörse).

Daneben gibt es Links u.a. zu Stellensuchmaschinen, privaten Stellenbörsen, internationalen Stellenbörsen.

besondere auf Grund von Reibungsverlusten infolge der Neuorganisation des Bekämpfungsbereichs und der Konzentration auf schwerwiegende Verstöße mit z.T. aufwändigen Ermittlungen, noch stark rückläufige Ergebnisse gegeben hatte, intensivierte die Arbeitsämter 2002 ihre Prüftätigkeiten merklich. Insbesondere verstärkte Kontrollen von „Verdachtsbranchen“, wie dem Baugewerbe sowie dem Hotel- und Gaststättengewerbe, und höhere Aufdeckungsquoten trugen zum spürbaren Anstieg bei. So erfolgten 2002 insgesamt 140.700 **Außenprüfungen** bei Arbeitgebern (gegenüber Vorjahr: +6%). Hierbei wurden vor allem im Rahmen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes im Baubereich Arbeitgeber mit Sitz im In- und Ausland geprüft, z.B. auf Einhaltung des Mindestlohns.

<sup>4)</sup> Vgl. Kasten „Zur Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit“

<sup>5)</sup> Zugänge infolge „technischer“ Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit sind hierbei nicht berücksichtigt; zur Berechnung vgl. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen ...“.

### Die Beteiligung beauftragter „Dritter“ an der Vermittlung von Arbeitslosenhilfebeziehern

Die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit über die **Beteiligung beauftragter Dritter an der Vermittlung von Arbeitslosenhilfebeziehern** ist am 1. Januar 1998 in Kraft getreten und zwischenzeitlich bis Ende 2003 verlängert worden. Ende 2002 waren in Deutschland 344 Dritte beauftragt (Vorjahr: 533). Davon waren 71% Bildungs- und gemeinnützige Einrichtungen (Vorjahr: 70%) und unverändert 13% private Vermittler. Den beauftragten

Dritten wurden 2002 bundesweit 19.000 arbeitsuchende Bezieher von Arbeitslosenhilfe zur Vermittlung benannt (2001: 19.600; 2000: 33.000).

Die beauftragten Dritten akquirierten 2002 insgesamt 11.300 Stellen (2001: 14.200; 2000: 13.000). 2.200 Stellen wurden von ihnen besetzt<sup>1)</sup> (2.900; 2.500).

<sup>1)</sup> Stellen, die von den beauftragten Dritten nicht besetzt werden können, sind den zuständigen Arbeitsämtern zu melden.

### Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch

**Bekämpfung illegaler Beschäftigung** umfasst im Aufgabenbereich der Bundesanstalt für Arbeit insbesondere die Verfolgung und – soweit es sich um Ordnungswidrigkeiten handelt – Ahndung von Rechtsverstößen aus den Bereichen **illegale Ausländerbeschäftigung, illegale Arbeitnehmerüberlassung** und **Leistungsmissbrauch** sowie solchen nach dem **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** (AEntG). Darüber hinaus ist die BA zur Zusammenarbeit mit anderen Behörden bei der Aufdeckung weiterer Rechtsverletzungen gesetzlich verpflichtet (z.B. Vorenthalten und Veruntreuen von Sozialversicherungsbeiträgen, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit sowie Missachtung von ausländerrechtlichen Vorschriften). Im Übrigen werden viele Ermittlungsverfahren – im Zusammenhang mit der Beteiligung anderer Behörden an Prüfungen – ohne eigene statistische Erfassung an diese abgegeben, z.B. beim Fehlen einer Aufenthaltserlaubnis. Rechtliche Grundlagen für die Bekämpfung illegaler Beschäftigung sind insbesondere im Sozialgesetzbuch III und IV (SGB III und IV), dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) und im Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) verankert.

**Leistungsmissbrauch** ist die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, die dem Bezieher (Arbeitnehmer oder Arbeitgeber) nicht, nicht mehr oder nicht in vollem Umfang zustehen. Im Folgenden handelt es sich um den rechtswidrigen Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe, Unterhaltgeld, Kurzarbeitergeld, Leistungen des Winterbaus sowie aller sonstigen Leistungsarten (z.B. Eingliederungshilfe, Konkursausfallgeld, Berufsausbildungsbeihilfe, Reha-Leistungen usw.). Leistungsmissbrauch verstößt gegen die Solidarität der Beitragszahler und den zweckgerechten Einsatz von Steuermitteln. Eine unrechtmäßige Inanspruchnahme untergräbt die Leistungsbereitschaft des Einzelnen und beeinträchtigt die vorgesehene Verwendung knapper Ressourcen. Missbrauch wird zumeist dadurch begangen, dass jemand, der Leistungen der Bundesanstalt beantragt oder bezieht, unter Verstoß gegen die Mitwirkungspflichten des § 60 Abs. 1 SGB I den Bezug von (Neben-)Einkommen aus Erwerbstätigkeit dem Arbeitsamt nicht unverzüglich anzeigt. Je nach Lage des Einzelfalls liegt eine Ordnungswidrigkeit (§ 404 Abs. 2 Nr. 26 SGB III) oder auch Betrug (§ 263 StGB) vor.

Die **Bekämpfung** von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch erfolgt im Wesentlichen **auf drei Wegen**:

Das **DALEB-Verfahren** ist ein Datenabgleich von Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen und den von den Arbeitgebern an die Einzugsstellen gemeldeten Beschäftigungszeiten. Somit können Fälle nichtangezeigter (Neben-)Einkommens lückenlos erkannt werden, wenn die Arbeitgeber ihren Meldepflichten nachkommen. Wird neben dem Leistungsbezug ein Beschäftigungsverhältnis festgestellt, prüft das zuständige Arbeitsamt den Grund der Überschneidung sowie die Rechtmäßigkeit des Leistungsbezugs. Zu Unrecht bezogene Leistungen werden zurückgefordert; bei Verdacht auf ordnungswidriges oder strafbares Verhalten wird ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet oder der Vorgang an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Beim sog. **Kontospiegel** wird durch einen maschinellen Abgleich der Genehmigungs- mit den Beschäftigungsdaten geprüft, ob für ausländische Arbeitnehmer eine gültige Arbeitsgenehmigung vorliegt. Ist dies nicht der Fall, entscheidet das zuständige Arbeitsamt über das weitere Vorgehen, ggf. die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens.

Im Rahmen von **Außenprüfungen** prüfen Arbeitsämter und Hauptzollämter ob

- ein Arbeitgeber Personen beschäftigt, die Lohnersatzleistungen bezogen haben oder beziehen,
- die Angaben des Arbeitgebers, die für die Leistungen erheblich sind, zutreffend bescheinigt wurden,
- ausländische Arbeitnehmer im Rahmen der erteilten Arbeitsgenehmigung und nicht zu ungünstigeren Bedingungen, als z.B. deutsche, beschäftigt werden,
- Beschäftigte den Sozialversicherungsausweis mitführen und die Arbeitgeber die Meldepflichten zur Sozialversicherung erfüllen und ob
- die Bestimmungen des AEntG eingehalten werden.

Außenprüfungen können ohne konkreten Anfangsverdacht durchgeführt werden, erfolgen jedoch überwiegend auf Grund von internen Erkenntnissen oder Hinweisen Dritter. Sie werden im Regelfall in kombinierter Form auf der Rechtsgrundlage der §§ 304 ff. SGB III und § 107 SGB IV sowie § 2 AEntG im Baubereich von den Arbeitsämtern und den Hauptzollämtern durchgeführt.

Erstmals seit fünf Jahren war die Zahl der **Ermittlungsverfahren** wieder etwas größer als im Vorjahr. Insgesamt wurden 313.100 Verdachtsfälle aufgegriffen (gegenüber Vorjahr: +1%). Dabei hielt der seit Jahren ungebrochene Trend zu strafbaren Handlungen an. Dies belegt eindrucksvoll der **gestiegene Anteil von Straftatverdachtsfällen**, der mittlerweile bei knapp 22% liegt (2001: 19%; 1996: 12%). Mit 67.700 Fällen erfolgte sooft wie noch nie eine Strafanzeige bzw. eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft (+14%), hauptsächlich wegen Leistungsmissbrauch und illegaler Ausländerbeschäftigung. Die Zahl der Ordnungswidrigkeiten ging mit 192.300 zwar nennenswert zurück (-6%), aber die Gesamtsumme der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen ist spürbar gestiegen. Nachdem es im Vorjahr noch einen Einbruch gegeben hatte, lag sie mit 122,2 Mio € wieder deutlich über dem Ergebnis des letzten Jahres (+12%).

Die **Struktur** der aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Bußgeld- und Strafverfahren blieb weitgehend konstant. Nach wie vor handelt es sich dabei hauptsächlich um Leistungsmissbrauch (59%) und illegale Ausländerbeschäftigung (18%); Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (7%) oder Fälle illegaler Arbeitnehmerüberlassung (1%) spielen weiterhin eine untergeordnete Rolle.

## 2. Alte Länder

### 1. Bewegungen am Arbeitsmarkt

#### Starke Fluktuation

Vor allem infolge der konjunkturellen Abschwächung hat 2002 die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abgenommen (z.B. Juni 2002/2001: -104.200 auf 22,91 Mio). Dementsprechend sind erneut **weniger voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse begründet** worden als im Vorjahr. Die Zahl der neu eingegangenen Ausbildungsverhältnisse ging ebenfalls spürbar zurück (-34.00 auf 446.200). Schätzungsweise wurden im Berichtsjahr 6,1 Mio voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse begonnen, ca. 510.000 weniger als 2001 (ohne Ausbildungsverhältnisse; vgl. Tabelle II.D.1). Nicht erfasst sind ferner: geringfügige Arbeitnehmertätigkeiten, öffentlich-rechtliche Beschäftigungsverhältnisse sowie Selbstständige und sozialversicherungsfreie Mithelfende.

### 2. Der Beitrag der Arbeitsämter zum Ausgleichsprozess

#### Stellenangebote eingebrochen

Das gemeldete **Stellenangebot** hat sich 2002 vor allem im Zuge der konjunkturellen Eintrübung, aber auch als mittelbare Konsequenz fehlerhafter Erfassung von Vermittlungen erheblich verringert. So waren zu Beginn des Jahres den Ar-

beitsämtern 334.000 Stellenangebote gemeldet, dies waren 17% weniger als ein Jahr zuvor. Im Jahresverlauf teilten Wirtschaft und Verwaltungen weitere 2.098.100 Stellenangebote mit, 25% weniger (vgl. Tabelle II.D.1). Damit standen den Arbeitsämtern im Berichtsjahr insgesamt 2.432.100 gemeldete Stellenangebote (Anwesenheitsgesamtheit) zur Besetzung zur Verfügung, 24% weniger (vgl. Abbildung II.D.2). Dabei sind – im Zusammenhang mit der stärkeren Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt – erneut weniger Angebote für Beschäftigungschaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarkts gemeldet worden (gegenüber 2001: -23% auf 73.600). Die geringe Zahl der Stellenzugänge insgesamt (-705.700) geht vor allem auf den Tertiären Sektor zurück (-463.500 auf 1.445.500); und zwar größtenteils auf die unternehmensnahen Dienstleistungen, die in der Vergangenheit stark zunehmenden Kräftebedarf hatten (-134.000 auf 477.900). Relativ noch stärker war aber der Sekundäre Sektor betroffen (-229.400 auf 367.800), besonders das Verarbeitende Gewerbe (-150.400 auf 233.400). Der Primäre Sektor verzeichnete nur eine leichte Abnahme der Stellenzugänge (-13.000 auf 284.500; vgl. Teil III und Anhang, Tabelle IV.A.4).

Die Bundesanstalt ist 2002 von Wirtschaft und Verwaltung bei der Personalbeschaffung wohl deutlich weniger in Anspruch genommen worden als 2001. Der Einschaltungsgrad betrug 2002 schätzungsweise 35%, nach 43<sup>1/2</sup>% im Jahr zuvor, aber z.B. erst 32,5% im Jahre 1990 (vgl. Tabelle II.D.1 und Kasten „Messziffern ...“). In welchem Maße der Rückgang des Einschaltungsgrades Konsequenz der Korrektur fehlerhafter Vermittlungsbuchungen ist, lässt sich allerdings kaum abschätzen. Eine Einschaltung von über einem Drittel spricht aber dafür, dass Arbeitgeber die Bundesanstalt bei der Personalbeschaffung nach wie vor für leistungsfähig halten. Die Meldequote hat allerdings von Herbst 2001 bis Herbst 2002 leicht um 0,7 Prozentpunkte auf knapp 36% abgenommen (vgl. Abschnitt II.B.2.3.).

Dem beträchtlich kleinerem Stellenangebot standen 2002 **mehr Arbeitssuchende** gegenüber. Zum Jahresbeginn gab es 2.584.000 Arbeitslose,

#### Mehr Arbeitslosigkeitsfälle, Wiederbeschäftigungsquote gesunken

5% mehr als Anfang 2001. Während des Jahres registrierten die Ämter weitere 4.177.400 Arbeitslosmeldungen<sup>6)</sup>, eine Zunahme um 8%. Dies ergibt eine Gesamtzahl von 6.761.300 Arbeitslosigkeitsfällen (Anwesenheitsgesamtheit), die im Jahr 2002 über die Arbeitsämter eine Beschäftigung suchten, 7% mehr als 2001 (vgl. Abbildung II.D.2). Darüber hinaus gab es 2002 bei den Arbeitsämtern 1.839.600 Nichtarbeitslose (Anwesenheitsgesamtheit), die mit deren Hilfe eine Beschäftigung suchten, 3% mehr als im Vorjahr.

Nach der Bewerber-Statistik **beendeten** im Jahr 2002 insgesamt praktisch unverändert 1.825.300 Personen **ihre Ar-**

<sup>6)</sup> Zugänge infolge „technischer Unterbrechungen“ der Arbeitslosigkeit sind hierbei nicht berücksichtigt; vgl. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen ...“.

### Messziffern der Arbeitsvermittlung

Die folgenden Messziffern beziehen sich auf den Arbeitsmarkt im engeren Sinne, d.h. ohne betriebliche Ausbildungsplätze bei Stellenabgängen, Vermittlungen und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Außerdem gilt als „Stellenangebot“ nur ein Angebot für eine Beschäftigung über sieben Tage Dauer.

#### Einschaltungsgrad

- zeigt an, zu welchem Grad die Bundesanstalt von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung bei der Personalbeschaffung eingeschaltet wird.
- Gegenüberstellung von Stellenabgängen bei den Arbeitsämtern zu den voll sozialversicherungspflichtigen Einstellungen, also:

$$\frac{\text{Abgang an Stellenangebote}}{\text{Einstellungen}} \times 100.$$

#### Ausschöpfungsgrad<sup>1)</sup>

- zeigt an, welchen Anteil die Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse über sieben Tage Dauer insgesamt am Stellenabgang haben.
- Gegenüberstellung der Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungen über sieben Tage Dauer (AV über sieben Tage) zum Abgang von Stellenangeboten, also:

$$\frac{\text{AV über 7 Tage}}{\text{Abgang an Stellenangeboten}} \times 100.$$

#### Marktanteil<sup>1)</sup>

- zeigt an, welchen Anteil die Bundesanstalt bei der Besetzung von Stellen hat.
- Gegenüberstellung von Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse von über sieben Tagen Dauer zu den voll sozialversicherungspflichtigen Einstellungen, also:

$$\frac{\text{AV über 7 Tage}}{\text{Einstellungen}} \times 100.$$

- Mit anderen Worten: Multiplikation von Einschaltungsgrad mit Ausschöpfungsgrad.

#### Wiederbeschäftigungsquote

- zeigt an, in welchem Maß Arbeitslose ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder -freien Beschäftigung beendet haben, in Relation zum Gesamtantritt an Arbeitslosen, also:

$$\frac{\text{Abgang Arbeitslose in Arbeit}}{\text{Abgang Arbeitslose insgesamt}} \times 100.$$

#### Vermittlungsquote<sup>1,2)</sup>

- zeigt an, in welchem Umfang Arbeitsvermittlungen durch Auswahl und Vorschlag zur Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen beigetragen haben.
- Gegenüberstellung der Zahl der Arbeitslosen, die von den Arbeitsämtern in (kurz- oder längerfristige) Arbeit durch Auswahl und Vorschlag vermittelt wurden, mit der aller in Arbeit gegangenen Arbeitslosen, also:

$$\frac{\text{AV von Arbeitslosen}}{\text{Abgang Arbeitslose in Arbeit}} \times 100.$$

Diese traditionelle Definition von „Vermittlungsquote“ darf nicht verwechselt werden mit der neueren Legaldefinition von § 11 Abs. 2 Nr. 5 SGB III, die sich – im Kontext der Eingliederungsbilanzen – nur auf nicht geförderte Beschäftigungsverhältnisse bezieht.

Der **Einschaltungsgrad** erlaubt nur bedingt Aussagen über die **Effizienz von Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung**. Denn wie viele Mess- und Kennziffern ist er von Faktoren abhängig, auf die die Arbeitsämter keinen Einfluss haben, etwa konjunkturelle und strukturelle Veränderungen der Gesamtwirtschaft oder auch solche rechtlicher Art, wie die Freigabe der Arbeitsvermittlung für Dritte. Abgesehen davon handelt es sich beim Einschaltungsgrad und dem – u.a. daraus abgeleiteten – **Marktanteil** wegen verschiedener, nicht beherrschbarer dimensioneller Inkongruenzen nur um Nährungswerte für die eigentlich interessierenden Marktprozesse. Beispielsweise werden Umsetzungen von Mitarbeitern zwischen verwandten Unternehmen mit eigener Betriebsnummer – etwa von der Konzernmutter zu einem Tochterunternehmen – statistisch als beendet und neu begonnene Beschäftigungsverhältnisse gezählt. Neue Beschäftigungsverhältnisse können ferner bei Ausgliederungen, aber auch bei Betriebsübernahmen entstehen, etwa dann, wenn der Käufer formal eine neue Firma gründet. Der Markt, auf dem sich die Arbeitsvermittlung bewegen kann, ist also einerseits kleiner als es die Zahl der Einstellungen zum Ausdruck bringt. Letztere ist also lediglich eine Obergrenze, an der die Vermittlungszahlen gemessen werden können. Insofern ist der errechnete Einschaltungsgrad tendenziell zu niedrig. Andererseits ist er evtl. zu groß, weil es bei Arbeitsvermittlungen auch um die Begründung von nicht voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen geht (z.B. durch Nachweis selbstständiger Tätigkeit). Unterstellt man, dass die genannten Faktoren im Zeitablauf relativ gleichmäßig von Einfluss sind, wirken sie sich vor allem auf die absoluten Größen des Einschaltungsgrades und des Marktanteils aus, aber weniger auf seine Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

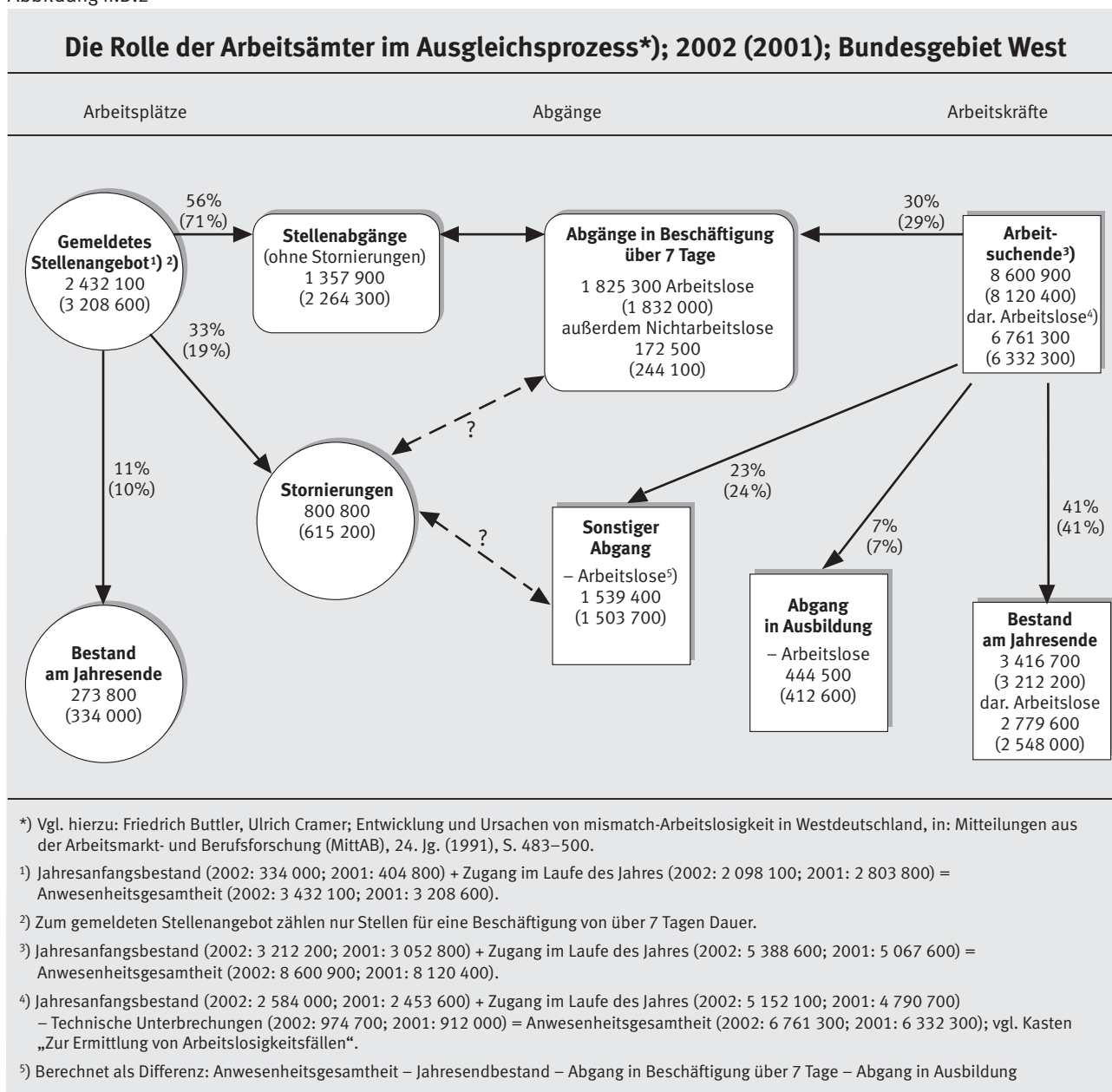
Auch der **Ausschöpfungsgrad** kann nur mit Einschränkungen als Effizienzmaß der Arbeitsvermittlung dienen. Beispielsweise kommen erfolgreiche Eigenbewerbungen nicht im Ausschöpfungsgrad zum Ausdruck, auch wenn die Arbeitsämter dabei geholfen haben. Dabei sind Förderung der Eigeninitiative von Arbeitslosen und Verbesserung ihres Bewerberverhaltens seit jeher Anliegen der Arbeitsämter, also wichtige Themen von Gruppeninformationen, individuellen Beratungen und insbesondere von Trainingsmaßnahmen. Verstärkt gilt dies seit Inkrafttreten des Job-AQTIV-Gesetzes ab 1.1.2002. Insofern kann ein Teil des Stellenabgangs, der nicht durch Arbeitsvermittlungen bewirkt wird, gleichwohl auf gezielten Aktionen der Arbeitsämter beruhen.

Aus diesen und den oben im Zusammenhang mit dem Einschaltungsgrad genannten Gründen ist auch der **Marktanteil** vielleicht ebenfalls nur Untergrenze für die Beteiligung der Bundesanstalt an den Ausgleichsprozessen am Arbeitsmarkt.

<sup>1)</sup> Auf die Verwendung dieser Messziffern wird im vorliegenden Bericht verzichtet (vgl. Kasten „Zur Vermittlungsstatistik ...“).

<sup>2)</sup> Da bei Arbeitsvermittlungen mit Hilfe von SIS und AIS oft nicht unterschieden werden kann, ob ein Arbeitsloser oder ein Nichtarbeitsloser vermittelt worden ist, wird die Vermittlungsquote nur anhand der Arbeitsvermittlungen durch Auswahl und Vorschlag ermittelt. Die ausgewiesene Vermittlungsquote ist also kleiner als die tatsächliche.

Abbildung II.D.2



**beitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung** von mehr als sieben Tagen Dauer (zum Vorjahr:  $-1/2\%$ ; vgl. Tabelle II.C.5). In ungeforderte Beschäftigungen am ersten Arbeitsmarkt mündeten 1.667.600 Arbeitslose ein ( $-1\%$ ). Darunter waren 226.500 Personen, die – insbesondere durch Rückrufe – bei ihrem früheren Arbeitgeber wieder eingestellt wurden. Vermittlungen in Beschäftigungschaffende Maßnahmen waren insgesamt rückläufig. So wurden in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 49.700 Menschen zugewiesen ( $-16\%$ ), in traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen 6.600 ( $+7\%$ ) und in Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen 400 ( $-53\%$ ). Darüber hinaus nahmen 154.900 Arbeitslose eine sonstige Erwerbstätigkeit auf ( $+26\%$ ). 112.100 von ih-

nen machten sich selbstständig ( $+30\%$ ); bei fast drei Viertel von ihnen wurde die Existenzgründung von den Arbeitsämtern durch Gewährung von Überbrückungsgeld unterstützt ( $+35\%$  auf 83.500). Diese starke Zunahme ist einerseits Ausdruck mangelnder Angebote für abhängige Beschäftigungen, andererseits von Bemühungen im Rahmen der Vermittlungsoffensive. Außerdem haben sich 29.200 Arbeitslose in kurzfristige Beschäftigungen abgemeldet ( $+110\%$ ).

Da die Abgänge in Erwerbstätigkeit weniger stark zunahmen ( $+2\%$ ) als alle Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit ( $+7\%$ ), sank die **Wiederbeschäftigungsquote** auf 41% (Vorjahr: 43%; vgl. Tabelle II.D.3).

Zahlreiche Personen beendeten ihre Arbeitslosigkeit auch durch **Aufnahme einer Ausbildung**, insgesamt waren es 444.500 (gegenüber Vorjahr: +8%). So begannen 273.400 Arbeitslose eine berufliche Weiterbildung oder einen Deutsch-Sprachlehrgang (+4%). 101.100 nahmen eine schulische Ausbildung oder ein Studium auf (+9%). 42.000 traten in eine Maßnahme zur Eingliederung Behinderter ein (+14%) und 28.000 begannen eine betriebliche oder sonstige Ausbildung (+33%).

Für 2.494.000 Personen endete im Jahr 2002 die Arbeitslosigkeit, ohne dass sie eine Beschäftigung antraten oder Bildungsmaßnahme begannen (+12%).<sup>7)</sup> Allerdings resultiert ein Teil dieser Abgänge lediglich aus „technischen Unterbrechungen“ der Arbeitslosigkeit, und zwar insbesondere wegen Krankheit, vorübergehend fehlender Verfügbarkeit (Urlaub) oder Wohnortwechsel (vgl. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen ...“). Bedeutsamer war, dass infolge höherer Anforderungen an die Eigeninitiative und Mitwirkung der Arbeitslosen bei der Arbeitsuche wesentlich mehr Personen ihr Arbeitsgesuch nicht erneuerten oder zumindest vorübergehend zurückzogen (vgl. Abschnitt II.D.1). So gab es insgesamt 1.007.700 Abgänge wegen fehlender Mitwirkung gem. § 38 SGB III, Nichterneuerung der Arbeitslosmeldung oder zweitem Meldeversäumnis gem. § 145 Abs. 2 SGB III (+21%), denen aber auch u.a. 177.500 erneute Meldungen nach Meldeversäumnis gegenüberstanden (+21%). Wegen Krankheit fielen 773.500 Personen (größtenteils vorübergehend) aus der Statistik (+7%); gleichzeitig gab es auch praktisch unverändert 668.400 Zugänge nach Arbeitsunfähigkeit. 129.600 ältere Menschen schieden endgültig aus dem Erwerbsleben aus (-25%); die deutliche Abnahme korrespondiert mit der erheblich verstärkten Inanspruchnahme der vorruhestandsähnlichen Regelung gem. § 428 SGB III. So gab es 78.000 Abmeldungen von Personen, die vom § 428 SGB III Gebrauch machten und damit nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden (+102%). Schließlich traten zahlreiche Arbeitslose, die die Voraussetzungen für Altersrente erfüllten, auch vorzeitig in den Ruhestand. Nach Mitteilungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger gab es im Berichtsjahr 124.400 Zugänge in vorgezogene Altersrente nach Arbeitslosigkeit (gegenüber Vorjahr: -8%). Hinzu kommen 33.200 Personen, die Erwerbsunfähigkeitsrente wegen Nicht-Vermittelbarkeit bewilligt bekommen haben. **(Text/Zahlen aktualisieren!!!)**. Ende Dezember 2002 waren noch 2.779.600 Personen arbeitslos gemeldet, 195.600 oder 8% mehr als ein Jahr zuvor.

### 3. Laufzeit von Stellenangeboten

Die **Arbeitsvermittlung** hat auch 2002 alles daran gesetzt, Stellen rasch zu besetzen, um so gleichermaßen Arbeitslosigkeit und Kräftemangel entgegenzuwirken. Allerdings sollen Bewerber und Stellen auch möglichst gut zueinander passen. Deshalb ist schnelle Reaktion der Vermittlungsfachkräfte auf Stellenmeldungen zwar ein wichtiges, aber nicht das maßgebende Kriterium. Entscheidend ist, dass der vorgeschlagene Bewerber möglichst genau den Anforderungen der Stelle entspricht.

Der Einfluss der Arbeitsämter auf die **Laufzeit der angebotenen Stellen** – also auf die Zeitspanne zwischen ihrer Meldung und ihrer „Erledigung“ durch Vermittlung, anderweitige Besetzung oder Stornierung – beschränkt sich im Wesentlichen auf das Zusammenführen von registriertem Kräfteangebot und gemeldeter Nachfrage. Umfang und Zusammensetzung von Angebot und Nachfrage sind den Arbeitsämtern – von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei der Kräfte nachfrage und Qualifizierungsmaßnahmen beim Kräfteangebot abgesehen – dagegen vorgegeben. Konjunkturelle und strukturelle Faktoren beeinflussen die Laufzeit u.U. stark, beispielsweise wegen des unterschiedlichen und anscheinend tendenziell zunehmenden Zeitbedarfs für die Entscheidung beim kräftesuchenden Betrieb und beim interessierten Bewerber. Darüber hinaus wirken auch Verwaltungsvorschriften auf die Laufzeit ein. Beispielsweise hat die Regelung, dass Stellen mindestens vier Wochen lang gemeldet sein müssen, bevor arbeitserlaubnispflichtige Ausländer berücksichtigt werden können, die Laufzeit verlängert.

Man kann auch nicht genau feststellen, in welchem Umfang die Laufzeit von Stellenangeboten auf der unvermeidlichen Zeit der Anbahnung des Arbeitsverhältnisses oder auf konjunkturellen oder strukturellen Einflüssen beruht. Die durchschnittliche Laufzeit für alle offenen Stellen (ohne landwirtschaftliche Berufe) in den Jahren 1993 und 1994 mit gut sechs Wochen stellt aber derzeit wohl den friktionalen Zeitbedarf dar, denn konjunkturelle Anspannungen und strukturelle Diskrepanzen dürften in diesen Jahren sehr gedämpfter Kräfte nachfrage und hoher Arbeitslosigkeit die Laufzeit kaum verlängert haben.

Die **durchschnittliche Laufzeit** der abgegangenen Stellen (ohne Job-Service, Saison-, ABM-, und traditionelle SAM-

#### Laufzeit von Stellenangeboten spürbar verlängert

Stellen sowie Daueraufträge) war 2002 mit 70 Tagen erneut spürbar länger als 2001 (+7 Tage; vgl. Anhang, Tabelle IV.C.3b). Dies könnte zum einen darauf beruhen, dass es Unternehmen konjunkturbedingt mit Stellenbesetzungen nicht mehr so eilig hatten; zum anderen dürfte der Wegfall vieler besonders kurz laufender Angebote im Zusammenhang mit fehlerhaft gebuchten Vermittlungen eine Rolle gespielt haben<sup>8)</sup>.

Die kürzeste Laufzeit hatten weiterhin Stellenangebote für Bergleute und Mineralgewinner; gegenüber 2001 stieg sie allerdings um 22 auf 55 Tage. Offensichtlich kann hier die – allerdings zahlenmäßig äußerst geringe – Kräfte nachfrage rasch befriedigt werden. Die längste Laufzeit gab es nach wie vor bei technischen Berufen mit 87 Tagen (+4 Tage). Dabei dauerte es bei Ingenieuren, Chemikern, Physikern und Mathematikern im

<sup>7)</sup> Einschl. sonstige Gründe bzw. ohne Nachweis.

<sup>8)</sup> Die Überprüfung des Bundesrechnungshofes im Herbst 2001 ergab u.a. unplausible Ergebnisse insbesondere bei Stellenangeboten, die nur kurzzeitig im Bestand geführt wurden; insofern ist nicht auszuschließen, dass die Laufzeit der abgegangenen Stellen 2001 tendenziell zu niedrig ausgewiesen wird.



Durchschnitt 95 Tage bis zur Besetzung der Stellen (+6 Tage). Allerdings hat die Laufzeit der abgegangenen Stellen für Dienstleistungsberufe noch etwas stärker zugenommen (+7 auf 69 Tage). Dabei gab es insbesondere bei qualifizierten Tätigkeiten deutliche Unterschiede (z.B. Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe: +2 auf 65 Tage; Gesundheitsdienstberufe: +12 auf 82 Tage). Ähnliches gilt für die Fertigungsberufe. Während die Laufzeit entsprechender Stellen insgesamt um 7 auf 67 Tage zunahm, hat sich die Rekrutierungssituation bei einzelnen Berufsgruppen offenbar äußerst unterschiedlich entwickelt (z.B. Drucker: -2 auf 64 Tage; Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter: +17 auf 88 Tage).

#### 4. Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung

##### ... zuletzt abnehmend

Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung ist 2002 deutlich weniger nachgefragt worden als im Vorjahr.

Während der Bestand an Leiharbeitnehmern noch bis 2001 kontinuierlich größer wurde, hat die Zahl der neu begründeten Leiharbeitsverhältnisse zuletzt abgenommen. Der Rückgang ist wohl primär auf die niedrigere Auslastung der Betriebe auf Grund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen. Infolgedessen waren weniger Produktionsspitzen und Personalausfälle mit Hilfe von Leiharbeitnehmern zu bewältigen. Ähnliches dürfte für die Auslagerung von Nebentätigkeiten gelten, für die größtenteils Leiharbeitskräfte benötigt wurden.<sup>9)</sup>

Ende Juni 2002 hatten in **Deutschland<sup>10)</sup>** 10.900 natürliche oder juristische Personen die **Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung** nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG); damit ist ihre Zahl weiter gestiegen (gegenüber Vorjahr: +500; vgl. Tabelle II.D.5). Diese Personen führten als örtliche Einheiten 13.800 Verleihbetriebe (+300). Von ihnen sahen 6.500 oder unverändert 47% ihren Betriebszweck überwiegend oder ausschließlich in der Arbeitnehmerüberlassung. Den größeren Teil bildeten mit 7.300 jedoch wie bisher die sog. Mischbetriebe, die Arbeitnehmer sowohl selbst beschäftigen als auch verleihen.

Die **Struktur der Verleihbetriebe** hat sich im Berichtsjahr weiter verändert. Zwar lag der Anteil der „Null-Melder“ (d.h. von Verleihbetrieben ohne Bestand an Leiharbeitnehmern am Stichtag) unverändert bei 33%. Anscheinend wurde eine Erlaubnis nach wie vor rein vorsorglich beantragt. Während aber die Zahl der Betriebe mit kleineren Beständen an Leiharbeitnehmern gegenüber dem Vorjahr weiter gewachsen ist, ging jene der größeren Verleihbetriebe erneut und sogar deutlich zurück. So hat die Zahl der Verleiher mit 1 bis 49 Leiharbeitnehmern um 5% zugelegt, die der großen (100 – 149 Leihkräf-

<sup>9)</sup> Vgl. Helmut Rudolph, Esther Schröder: Arbeitnehmerüberlassung – Trends und Einsatzlogik in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 30. Jg. (1997), Heft 1, S. 102 ff.

<sup>10)</sup> Eine Ost-West-Aufteilung ist nicht möglich, da es regionalisierte Daten nur nach Landesarbeitsämtern gibt.

#### Greencards für ausländische IT-Fachkräfte

Die Bundesregierung hat mit der Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT-ArGV, in Kraft seit 1.8.2000) die Möglichkeit geschaffen, nicht bevorrechtigte ausländische IT-Fachkräfte für eine Beschäftigung in Deutschland zuzulassen. Die Verordnung enthält folgende wesentliche Regelungen:

- Zulassung von max. 20.000 ausländischen IT-Fachkräften; nach der Zulassung von zunächst 10.000 IT-Fachkräften wird geprüft, ob weiterhin Bedarf besteht.
- Als Fachkräfte gelten außer Personen, die über eine abgeschlossene Hochschul- oder Fachhochschulausbildung mit Schwerpunkt auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik verfügen, auch IT-Fachkräfte mit einem vereinbarten Jahresgehalt von mindestens 51.129 € (100.000 DM).
- Ausländische Absolventen deutscher Hochschulen können nach Abschluss ihres IT-Studiums ebenfalls eine Beschäftigung als IT-Fachkraft aufnehmen.
- Die Beschäftigung der einzelnen ausländischen IT-Fachkraft erfolgt bis zu fünf Jahren; innerhalb dieser Zeit kann der Arbeitgeber gewechselt werden. Bei Verlängerung der Beschäftigung innerhalb der fünf Jahre bzw. bei Arbeitgeberwechsel findet keine erneute Arbeitsmarktprüfung statt.
- Für die Rekrutierung der Fachkräfte im Ausland wird die private Arbeitsvermittlung zugelassen.
- Bei Vorliegen aller entscheidungserheblichen Unterlagen sollen die Arbeitsämter innerhalb einer Woche die Arbeitserlaubnis zusichern; die Zusicherung fungiert für die ersten drei Monate der Beschäftigung als Arbeitserlaubnis.

Nachdem im Oktober 2001 die Zehntausender-Grenze bei der Zusicherung von Greencards überschritten wurde, hat die Bundesregierung weiteren Bedarf festgestellt und das restliche Kontingent von 10.000 freigegeben. Seit Inkrafttreten der Verordnung bis Ende 2002 wurden für Deutschland insgesamt 13.400 Arbeitserlaubnisse zugesichert (West: 12.700; Ost: 700). Infolge des Abschwungs im IT-Sektor war die Inanspruchnahme im Jahr 2002 aber nur noch schwach (insgesamt: 2.600; West: 2.400; Ost: 200) 11.400 Zusicherungen erhielten aus dem Ausland eingereiste Arbeitnehmer (10.800 bzw. 600); 2.000 wurden ausländischen Absolventen deutscher Hoch- und Fachhochschulen erteilt (1.900 bzw. 100). Mit deutlichem Abstand wurden die meisten Zusicherungen in Bayern erteilt (3.500), gefolgt von Hessen (3.200), Baden-Württemberg (2.600) und Nordrhein-Westfalen (2.000); in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gab es praktisch keine (18 bzw. 22).

Im gleichen Zeitraum sind 12.600 Arbeitserlaubnisse für ausländische IT-Kräfte erteilt worden (West: 12.000; Ost: 600), darunter im Jahr 2002 nur noch 3.800 (West: 3.600; Ost: 200). Davon betrafen 9.600 Erlaubnisse die erstmalige Beschäftigung von IT-Fachkräften (9.200 bzw. 500), 2.300 die erneute Beschäftigung und 700 Fortsetzung der Beschäftigung. Hauptherkunftsländer waren Indien mit bundesweit 2.600 erteilten Arbeitserlaubnissen, Rumänien mit 1.000, Russland mit 900, Polen mit 700 und die Slowakei sowie China mit jeweils 500.

Das Münchner Marktforschungsinstitut Wimmex AG hat im Frühjahr 2001 eine bundesweite Erhebung zu den Erfahrungen mit der Greencard durchgeführt. Demzufolge sind im Umfeld jedes Greencard-Inhabers im Durchschnitt weitere 2,5 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. Erster Bericht „Monitoring des IT-Sofortprogramms“ vom 2.7.2001, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

ten) um 12% abgenommen und die der noch größeren (ab 150) sogar um 16%. Vermutlich sind im Zuge rückläufiger Arbeitnehmerüberlassung zahlreiche Betriebe auch geschrumpft.

Ende Juni 2002 standen bundesweit insgesamt **336.300 Arbeitnehmer bei Verleihern unter Vertrag**, dies waren 6% weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres (Juni 2001/2000: +5%). Im Vergleich dazu verringerte sich die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur um 0,5% auf 22,91 Mio). Somit waren dies weiterhin nur rd. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Abnahme der Arbeitnehmerüberlassung wird auch bei den Bewegungsgrößen sichtbar. So **begründeten** im ersten Halbjahr 2002 insgesamt 256.400 Arbeitnehmer erstmalig ein **Arbeitsverhältnis** mit einem bestimmten **Verleiher**, 15% weniger als im Vorjahreszeitraum (2001/00: +2%; vgl. Tabelle II.D.6). Von ihnen waren 10% (Vorjahr: 8%) noch nie und 54% (52%) unmittelbar vorher nicht beschäftigt gewesen. Dem standen auch deutlich weniger beendete Leiharbeitsverhältnisse gegenüber (-16% auf 249.800).

Auffallend ist nach wie vor die wesentlich geringere, gleichwohl tendenziell zunehmende Beteiligung der Frauen. So stellen Männer zur Mitte des Berichtsjahres 77% aller Leiharbeiternehmer (Vorjahr: 78%). Dies hängt vor allem damit zusammen, dass nach wie vor Entleih-Tätigkeiten im gewerblichen Bereich überwiegen, und zwar vor allem als Hilfsarbeiter, Schlosser, Mechaniker (einschl. zugeordneter Berufe) sowie als Elektriker. Bei den Frauen standen wie bisher Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe, aber auch Hilfsarbeiten ohne nähere Tätigkeitsangabe im Vordergrund.

Die Arbeitsverhältnisse zwischen Verleihern und Leiharbeitnehmern waren weiterhin überwiegend von **kurzer Dauer**. Statistisch erfasst wird allerdings nur die Länge der **beendeten**, nicht die der zwischen Verleihern und Leiharbeitnehmern bestehenden Arbeitsverhältnisse. Von den im **ersten Halbjahr 2002** ausgelaufenen Arbeitsverhältnissen hatten 56% bis unter drei Monate gedauert (Vorjahr: 58%), immerhin 44% hatten drei Monate oder länger bestanden (42%; vgl. Tabelle II.D.6). Die größtenteils kurze Dauer von Leiharbeitsverhältnissen deutet darauf hin, dass Verleiher ihren Personalbestand möglichst elastisch ihrer Auftragslage anpassen und/oder dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Leiharbeitsverhältnis häufig als Übergangslösung ansehen. All dies muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass gemäß AÜG der Abschluss eines befristeten Leih-Arbeitsvertrages nur einmal möglich ist, es sei denn, aus der Person des Leiharbeitnehmers ergäbe sich ein sachlicher Grund für weitere Befristungen (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 3 AÜG).

Auf Grund sinkender Nachfrage nach Leiharbeitnehmern gingen im gesamten Berichtsjahr auch weniger Anträge auf **Erteilung einer Verleiherlaubnis** ein, und zwar 7.800 (2001: 8.000). Dabei handelte es sich mit unverändert 5.100 überwiegend um Verlängerungsanträge, die Zahl der Erstanträge betrug 2.700 (2.900). In wie bisher 7.300 Fällen wurde eine **Erlaubnis erteilt**; diese erfolgte 92 mal unter Bedingungen bzw. Auflagen (89) und in 655 Fällen unter Widerrufsvorbehalt (612). Mit 72 Anträgen wurden deutlich weniger abgelehnt als im Vorjahr (113).

## Sperrzeiten

Die Bundesanstalt für Arbeit unterstützt vor allem durch ihre Vermittlungstätigkeit den Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt. Mit der Feststellung von Sperrzeiten, d.h. mit dem vorübergehenden Versagen von Entgeltersatzleistungen, versucht sie, Störungen des Ausgleichsprozesses zu verhindern und damit eine möglichst reibungslose Allokation zu gewährleisten (§ 144 SGB III). Daneben schützen Sperrzeiten die Solidargemeinschaft der Beitragszahler vor ungerechtfertigter Inanspruchnahme von Leistungen.

Sperrzeiten können insbesondere ausgesprochen werden bei Arbeitsaufgabe ohne wichtigen Grund, Ablehnung einer zumutbaren Arbeit sowie Ablehnung oder Abbruch einer zumutbaren beruflichen Eingliederungsmaßnahme (einschl. Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen).

Im Mittelpunkt stehen Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe ohne wichtigen Grund oder wegen Entlassung auf Grund arbeitsvertragswidrigen Verhaltens des Arbeitnehmers (§ 144 Abs. 1 Nr. 1 SGB III). Sie mindern die mögliche Dauer des Arbeitslosengeldbezugs nicht nur um die Dauer der Sperrzeit von zwölf Wochen, sondern mindestens um ein Viertel der Gesamtanspruchsdauer (§ 128 Abs. 1 Nr. 4 SGB III).

Zudem erfolgten weniger **Überprüfungen** der Verleiher **vor Ort**; im Jahr 2002 gab es 1.300 derartige Kontrollen (Vorjahr: 1.500). In 417 Fällen wurde ein Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten verschiedenster Art gem. § 16 Abs. 1 Nrn. 3 – 6, 8, 9 AÜG eingeleitet (Vorjahr 490), in 350 Fällen (Vorjahr 360) sind Geldbußen festgesetzt oder Verwarnungen ausgesprochen worden. Insgesamt beliefen sich die Bußgelder auf rd. 28.000 € (Vorjahr: rd. 38.000 €).

Im Berichtsjahr wurden 93 **Erlaubnisse** zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung von der Bundesanstalt **widerrufen** (Vorjahr: 70). Anlass dazu waren z.B. Verstöße gegen sozialversicherungs- oder arbeitsrechtliche Vorschriften, die die Bundesanstalt im Rahmen der erwähnten Prüfungen aufdeckte.

## 5. Sperrzeiten

Die Zahl der **Sperrzeiten** (vgl. Kasten „Sperrzeiten“) ist – ähnlich wie in den meisten Jahren zuvor – 2002 weiter ge-

wachsen. In den alten Ländern traten 259.700 Sperrzeiten ein, das sind 6.800 oder 3% mehr (vgl. Tabelle II.D.7). Dabei ist die „tatsächliche“ Zahl der Sperrzeiten geringer, denn erfahrungs-

### Wiederum etwas mehr Sperrzeiten

gemäß werden ca. 6% der Fälle durch erfolgreiche Widersprüche und Klagen aufgehoben. Somit dürfte sich die Gesamtzahl der Sperrzeiten auf rd. 244.000 reduzieren. Diese Größe muss vor dem Hintergrund von **3,7 MIO (PRÜFEN)** Bewilligungen von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe im Jahr 2002 gesehen werden; damit errechnet sich weiterhin eine „Sperrzeitquote“ von knapp 7%.

Wie schon seit langem standen Sperrzeiten wegen **Arbeitsaufgabe** im Vordergrund; deswegen wurde im Berichtsjahr in 190.800 Fällen die Dauer des Leistungsanspruchs gekürzt, praktisch gleich viele wie 2001 (+0,2%). Somit ging ihr Anteil an allen Sperrzeiten auf 73% zurück (Vorjahr: 75%).

Die **Ablehnung zumutbarer Arbeit** hat inzwischen spürbares Gewicht. Aus diesem Anlass wurden im Berichtsjahr mit 47.800 Sperrzeiten wiederum deutlich mehr ausgesprochen als 2001 (+8%; Vorjahr: +18%); ihr Anteil an allen Sperrzeiten erhöhte sich damit weiter auf gut 18%. Vermutlich hängt dies mit der intensivierten Überprüfung nicht erfolgreicher Vermittlungsvorschläge zusammen. Auch die klarstellende Neufassung der Ruhestatbestände bei Verhinderung eines Vorstellungsgesprächs (gem. § 144 Abs. 1 Nr. 2 SGB III), die durch das Job-AQTIV-Gesetz zu Jahresbeginn 2002 eingeführt wurde, könnten zur Erhöhung beigetragen haben. Die Sperrzeiten wegen Ablehnung zumutbarer Arbeit sind aber vor dem Hintergrund der Arbeitsaufnahmen von Leistungsempfängern in Millionenhöhe zu sehen. Ob es grundsätzlich an Arbeitsbereitschaft mangelt, setzt im Übrigen ein ausreichendes Angebot von gemeldeten zumutbaren Arbeitsplätzen voraus, für die Arbeitslose auf Grund ihrer fachlichen sowie überfachlichen Fähigkeiten geeignet sind.

Sperrzeiten wegen **Ablehnung einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme** wurden, anders als im Vorjahr, wieder öfter ausgesprochen, solche wegen Abbruchs merklich zahlreicher. In insgesamt 21.000 Fällen war dies der Grund für ein Ruhen der Leistungen, dies sind 8% aller Sperrzeitfälle (+16%; Vorjahr: -16%). Vermutlich haben Vermittlungsoffensive („Fördern und Fordern“) sowie die Einbeziehung von Maßnahmen der Eignungsfeststellung in diesen Sperrzeitbestand eine Rolle gespielt (seit 1.1.2002; vgl. § 144 Abs. 1 Nr. 3 SGB III).

Wegen **wiederholter Sperrzeit** verloren 12.700 Arbeitslose im Berichtsjahr ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe auf Dauer, deutlich weniger als im Vorjahr (-10%; Vorjahr: +1/2%).

## 6. Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch

Zur Aufdeckung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch wurden von den Arbeitsämtern vermehrt **Außenprüfungen** bei Arbeitgebern durchgeführt. 2002 fanden insgesamt 110.800 Kontrollen in Betrieben und auf Baustellen statt (gegenüber Vorjahr: +6%).

Die Zahl der wegen **Leistungsmissbrauch bzw. illegaler Beschäftigung insgesamt** aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Ermittlungsverfahren war nicht mehr kleiner als im Vorjahr. So

wurden im Berichtsjahr insgesamt 251.600 Verdachtsfälle registriert (gegenüber Vorjahr: +0,3%). Deutlich zugelegt haben dabei Straftaten. In 55.100 Fällen erfolgte eine Strafanzeige bzw. eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft (+12%). Damit lag der Anteil der Straftaten bei zuletzt 22% (2001: 20%); der Anstieg geht überwiegend auf illegale Ausländerbeschäftigung zurück. Die Zahl der Ordnungswidrigkeiten lag mit 192.300 zwar erneut unter Vorjahresniveau (-6%), aber die Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen stieg deutlich auf 95,7 Mio € (+14%).

Missbräuchliche Inanspruchnahme von **Lohnersatzleistungen** wurde auch 2002 in erheblichem Umfang festgestellt. Auf Grund nachlassender Zuleitung von Verdachtsfällen durch die leistungsgewährenden Stellen der Arbeitsämter war jedoch die Zahl der aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Bußgeld- und Strafverfahren mit 147.300 erneut rückläufig (gegenüber Vorjahr: -3%). Mit unverändert 59% machten sie aber nach wie vor den größten Teil aller Ermittlungsverfahren aus.

### Weniger aufgedeckte Fälle von Leistungsmissbrauch – etwas mehr Straftaten

In 96.500 Fällen wurde eine Ordnungswidrigkeit wegen unrechtmäßiger Inanspruchnahme von Leistungen festgestellt (-9%). Im Zusammenhang damit nahm auch die Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen auf 11,1 Mio € ab (-4%). Dagegen nahm die Zahl der Strafanzeigen und Abgaben an die Staatsanwaltschaft mit 28.300 wieder leicht zu (+1%); ihr Anteil an allen aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Verfahren erhöhte sich auf 19% (2001: 18%).

Fälle von Leistungsmissbrauch sind, im Gegensatz zu solchen illegaler Beschäftigung und von Verletzungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, nahezu ausschließlich Verstöße von Arbeitnehmern. **Verfehlungen von Arbeitgebern** sind – sowohl bei den eingeleiteten Verfahren<sup>11)</sup> als auch bei den festgesetzten Verwarnungsgeldern und Geldbußen – mit einem Anteil von **ca. 4%** kaum von Bedeutung. Bei Verdacht weiterer Verfehlungen, etwa beitrags- oder steuerrechtlichen Verstößen, werden andere Behörden unterrichtet, die dann die Verfolgung und Ahndung in eigener Zuständigkeit übernehmen.

Illegale Beschäftigung stört den Arbeitsmarkt, verletzt soziale Schutzrechte, verzerrt den Wettbewerb und kann reguläre Arbeitsplätze untergraben oder am Entstehen hindern. Ursächlich für illegale Beschäftigung ist zum einen die durch den Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks erfolgte Öffnung der Grenzen zu den Ländern Mittel-, Ost- und Südost-Europas. Erlaubnis- oder enthaltsrechtliche Verstöße sind hier vor dem Hintergrund ei-

### Illegale Beschäftigung und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Illegale Beschäftigung stört den Arbeitsmarkt, verletzt soziale Schutzrechte, verzerrt den Wettbewerb und kann reguläre Arbeitsplätze untergraben oder am Entstehen hindern. Ursächlich für illegale Beschäftigung ist zum einen die durch den Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks erfolgte Öffnung der Grenzen zu den Ländern Mittel-, Ost- und Südost-Europas. Erlaubnis- oder enthaltsrechtliche Verstöße sind hier vor dem Hintergrund ei-

Illegale Beschäftigung stört den Arbeitsmarkt, verletzt soziale Schutzrechte, verzerrt den Wettbewerb und kann reguläre Arbeitsplätze untergraben oder am Entstehen hindern. Ursächlich für illegale Beschäftigung ist zum einen die durch den Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks erfolgte Öffnung der Grenzen zu den Ländern Mittel-, Ost- und Südost-Europas. Erlaubnis- oder enthaltsrechtliche Verstöße sind hier vor dem Hintergrund ei-

<sup>11)</sup> Bundesweit können 93% aller Fälle eindeutig Arbeitnehmern zugeordnet werden (alte Länder: 95%; neue Länder: 87%).

nes bestehenden gravierenden Lohngefälles zu diesen Ländern zu sehen. Zum anderen drängen infolge des vollendeten Europäischen Binnenmarktes (und des damit verbundenen freien Waren-, Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs) weiterhin Unternehmen und Arbeitnehmer aus verschiedenen EU-Staaten nach Deutschland. Hierbei tritt insbesondere illegale Beschäftigung wegen Steuer- und Beitrags-hinterziehung auf – vielfach in Verbindung mit illegaler Arbeitnehmerüberlassung.

Bei Fällen illegaler Beschäftigung bzw. Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz handelt es sich – im Gegensatz zum Leistungsmissbrauch – weit überwiegend um Verstöße von Arbeitgebern. Der Anteil der Verfehlungen von Arbeitnehmern<sup>12)</sup> ist mit 35% bei den eingeleiteten Verfahren von untergeordneter und bei den festgesetzten Verwarnungsgeldern und Geldbußen mit 2% kaum von Bedeutung.

## Illegale Ausländerbeschäftigung – deutlich mehr Straftaten

Die Bekämpfung illegaler Ausländerbeschäftigung hat nach wie vor hohen Stellenwert. Die Arbeitsämter griffen 2002, anders als in den Jahren zuvor, erheblich mehr Fälle auf, was hauptsächlich auf verstärkte Prüfungen in „Verdachtsbranchen“ zurückzuführen ist. Im Laufe des Jahres wurden 53.100 Fälle wegen des Verdachts **illegaler Ausländerbeschäftigung** aufgegriffen bzw. eingeleitet (gegenüber Vorjahr: +14%). Dabei nahm das Gewicht der Straftaten erneut spürbar zu, und zwar zuletzt auf 23% (2001: 19%; 1999: 11%). So stieg die Zahl der Strafanzeigen und Abgaben an die Staatsanwaltschaft weit überdurchschnittlich stark auf 12.200 (+38%). Demgegenüber war die Zunahme der Ordnungswidrigkeiten auf 29.100 moderat (+3%). Die Summe der festgesetzten Geldbußen und Verwarnungsgelder betrug 23,1 Mio € (+10%), davon entfielen fast unverändert 95% auf Arbeitgeberverstöße.

## Mehr unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung

Arbeitgeber können Dritten Arbeitnehmer gewerbsmäßig zur Arbeitsleistung überlassen, wenn sie hierfür die Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit besitzen; gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung in Betrieben des Baugewerbes ist allerdings grundsätzlich verboten. **Unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung** ist der gewerbsmäßige Verleih und Entleih von Arbeitskräften an Dritte ohne Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit. Ver- und Entleiher versuchen häufig, illegale Arbeitnehmerüberlassung mit Hilfe anderer, generell zulässiger Formen des Verleihs zu verschleiern, insbesondere durch den Abschluss eines Scheinwerkvertrages. Hierbei wird schriftlich die Erstellung eines Werkes vereinbart, tatsächlich aber Personal gestellt, welches vom Entleiher entsprechend seinen jeweiligen Bedürfnissen eingesetzt wird.

Auch wegen **unerlaubter Arbeitnehmerüberlassung** wurden 2002 erstmals seit längerem wieder mehr Verfahren aufgegriffen oder eingeleitet als im Vorjahr. Ihre Zahl stieg spür-

bar auf 3.100 (gegenüber Vorjahr: +13%). Gleichwohl liegt sie damit weiterhin beträchtlich unter dem Stand der Jahre zuvor (z.B. 1998: 9.300), was u.a. auf die Ausweitung legaler Möglichkeiten im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung zurückzuführen sein dürfte. Insgesamt 420 Fälle wurden mit Strafanzeigen bzw. Abgabe an die Staatsanwaltschaft abgeschlossen, dies ist wesentlich mehr als im Vorjahr (+32%). In 1.900 Fällen handelte es sich um Ordnungswidrigkeiten (+9%). Die Summe der verhängten Geldbußen und Verwarnungsgelder lag mit 8,3 Mio € dagegen erheblich unter dem Vorjahreswert (-23%).

Auf Grund des **Arbeitnehmer-Entsendegesetzes** (in Kraft ab 1.3.1996) müssen Arbeitgeber des Baugewerbes mit Sitz im

## Deutlich mehr Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgedeckt

Ausland vor Beginn ihrer Tätigkeit diese beim Landesarbeitsamt, in dessen Bezirk die Baustelle liegt, anmelden. Gleiches gilt seit 1.1.1998 für Verleiher mit Sitz im Ausland, die im Rahmen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes Arbeitnehmer zur Arbeitsleistung einem Entleiher in Deutschland überlassen.

Darüber hinaus sind die Arbeitgeber – mit Sitz im In- und im Ausland – verpflichtet, Mindestlohn zu zahlen und in bestimmten Tarifbereichen Urlaubskassenbeiträge abzuführen. Die Einhaltung dieser Bestimmungen ist gleichzeitig mit der Anmeldung gegenüber dem Landesarbeitsamt zu versichern. Die Durchführung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes wird von den Arbeitsämtern und Hauptzollämtern überwacht. Bei Verstößen drohen Geldbußen bis zu 500.000 €.

Im Jahr 2002 lagen, ähnlich wie bisher, für das Bauhauptgewerbe, das Elektrohandwerk und das Dachdeckerhandwerk (bis 31.8.2002) allgemeinverbindliche Tarifverträge für den Mindestlohn vor.

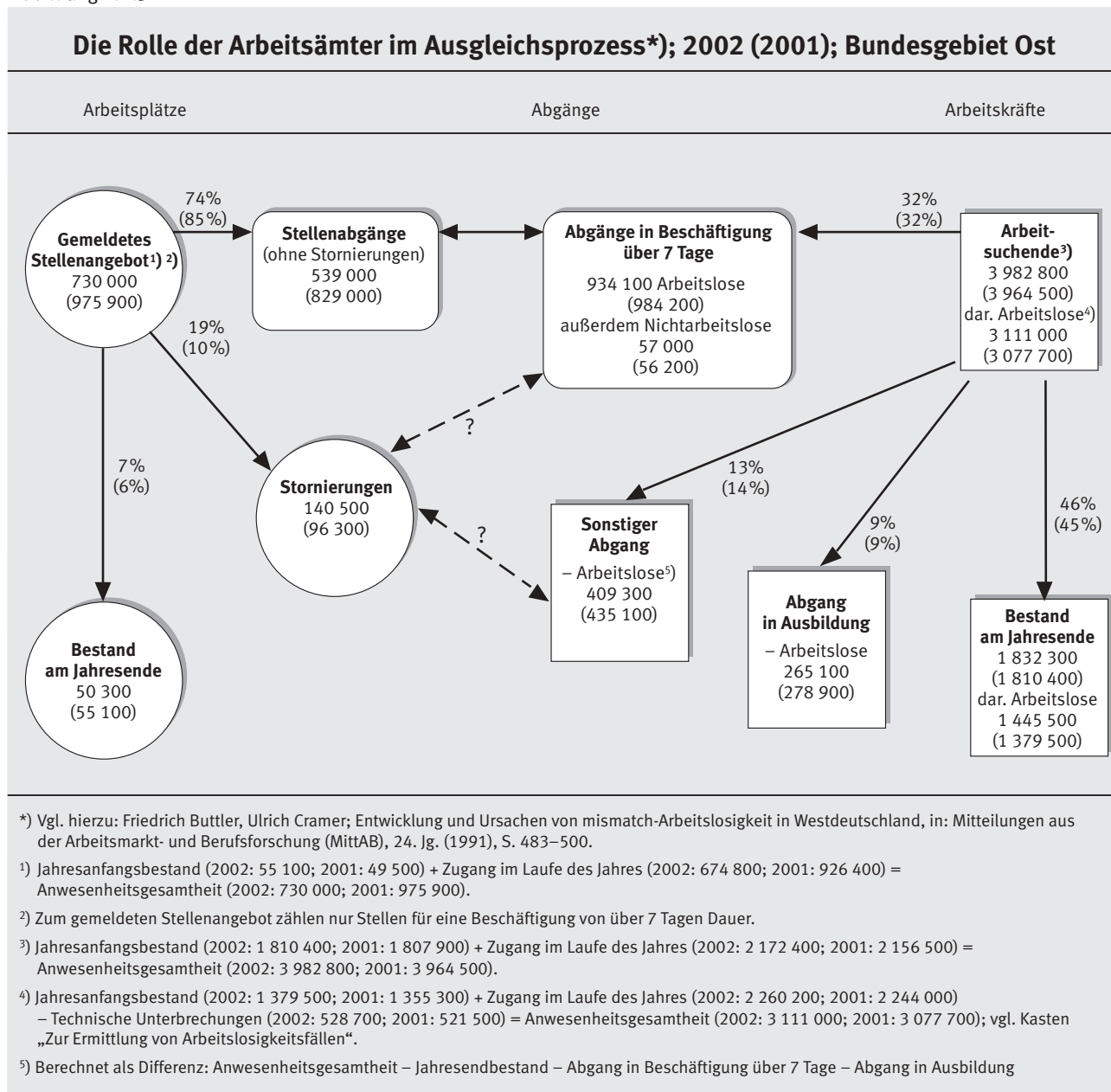
Von den Arbeitsämtern wurden im Berichtsjahr weniger Prüfungen bei Arbeitgebern nach dem AEntG durchgeführt; ihre Zahl betrug 28.600 (gegenüber Vorjahr: -7%).

Allerdings konnte dabei, auf Grund intensiverer Prüfungen, eine wesentlich höhere Aufdeckquote erreicht werden. Zudem gab es wegen nicht oder nicht ordnungsgemäß abgeführter Urlaubskassenbeiträge vermehrt Aufgriffe bzw. Ahndungen.

So wurde wegen des Verdachts auf Ordnungswidrigkeiten in 11.300 Fällen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (+47%). In 9.100 Fällen wurden Verwarnungsgelder oder Geldbußen (+57%) in Höhe von insgesamt 44,0 Mio € festgesetzt (+46%). Mit 260 Fällen wurden wegen Straftatverdachts mehr als doppelt so viele an die Staatsanwaltschaft abgegeben wie im Vorjahr (2001: 110).

<sup>12)</sup> Hierbei handelt es sich nur um Verstöße wegen fehlender Arbeitsgenehmigungen

Abbildung II.D.3



### 3. Neue Länder

#### 1. Bewegungen am Arbeitsmarkt

##### Weniger Einstellungen, weiterhin viele Entlassungen

Im Jahr 2002 hat die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter abgenommen (z.B. Juni 2002/2001:

–141.800 auf 4,66 Mio). Entsprechend dürften in den neuen Ländern wiederum weniger solche **Beschäftigungsverhältnis-**

se entstanden sein als im Vorjahr. Dies ist z.T. auf erheblich weniger neue Beschäftigungschaffende Maßnahmen (besonders SAM OFW und ABM) zurückzuführen (vgl. Abschnitt II.E.3). Im **Gesamtjahr** 2002 könnten insgesamt schätzungsweise 1,3 Mio voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse begründet worden sein, ca. 42.000 weniger als 2001 (ohne Ausbildungsverhältnisse; vgl. Tabelle II.D.1).

Auch die Zahl der von Oktober 2001 bis September 2002 neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse hat sich weiter verringert, und zwar um 9.300 auf 124.400 (vgl. Tabelle II.D.1).

## 2. Der Beitrag der Arbeitsämter zum Ausgleichsprozess

### Stellenangebote stark rückläufig

Das **Stellenangebot** in den neuen Ländern verringerte sich 2002 wiederum beträchtlich. So waren zu Beginn des Jahres

den Arbeitsämter 55.100 Stellen gemeldet, dies waren noch 11% mehr als Anfang 2001. Während des Jahres kamen aber nur 674.800 hinzu, gegenüber Vorjahr ein Minus von 27%. Somit standen den Arbeitsämtern 730.900 Stellenangebote zur Besetzung zur Verfügung (Anwesenheitsgesamtheit), dies sind 25% weniger als 2001 (vgl. Abbildung II.D.3).

Die Abnahme der Stellenmeldungen hat – ähnlich wie im Westen – mehrere Ursachen. Zunächst dürfte die schwache Konjunktur eine geringere Kräftenachfrage bedingt haben. Auch die Folgen der Korrektur fehlerhafter Vermittlungsstatistiken waren von Einfluss. Schließlich gab es – im Zusammenhang mit der stärkeren Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt – beträchtlich weniger Stellenmeldungen für Beschäftigungschaffende Maßnahmen (BSM; –25% auf 179.300).

Zum Rückgang der Stellenmeldungen um 251.500 trugen die meisten **Wirtschaftszweige** bei. Die größte Abnahme gab es im Tertiären Sektor (–141.700 auf 468.900), und zwar auch bei unternehmensnahen Dienstleistungen (–35.000 auf 123.900). Der anhaltende Abbau von Überkapazitäten in der Bauwirtschaft war Hauptsache für den drastischen Rückgang der gemeldeten Kräftenachfrage dieses Bereichs (–57.000 auf 81.600). Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe nahmen die Stellenmeldungen beträchtlich ab (–30.000 auf 63.800). Im Primären Sektor war das Minus durchschnittlich (–22.800 auf 59.600; vgl. Anhang, Tabelle IV.A.4)

Die Arbeitsämter waren 2002 weiterhin stark – wenngleich deutlich weniger als 2001 – an den **Ausgleichsprozessen** des Arbeitsmarktes beteiligt. So errechnet sich für die neuen Länder ein Einschaltungsgrad von schätzungsweise 52% gegenüber 68% im Vorjahr, aber ebenfalls 52% im Jahr 1997 (vgl. Tabelle II.D.1). Ausschlaggebend für den jüngsten beträchtlichen Rückgang dürfte der deutliche Einbruch bei den Stellenabgängen infolge der Korrektur fehlerhafter Vermittlungsbuchungen sein. Daneben war das erneut kleinere Gewicht neuer Beschäftigungschaffender Maßnahmen von Einfluss (jeweils mit Einschaltungsgraden von 100%; vgl. Tabellen II.E.1c und 2c). Gleichwohl liegt damit der Einschaltungsgrad nach wie vor deutlich über dem Wert in den alten Ländern (ca. 35%). Dies gilt auch dann, wenn man BSM herausrechnet (ca. 43%). Die Meldequote war im vierten Quartal 2002 mit knapp 41% um 3 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor.

### Etwas mehr Arbeitslosmeldungen, leicht gesunkene Wiederbeschäftigungsquote

Zu Beginn des Jahres 2002 waren 1.379.500 **Arbeitslose** registriert, 2% mehr als Anfang 2001. Im Jahresver-

lauf **meldeten sich** weitere 1.731.500 Personen arbeitslos<sup>13)</sup>, 1% mehr als im Jahr zuvor. Dies waren zusammen 3.111.000 Arbeitslose (Anwesenheitsgesamtheit), die mit Hilfe der Arbeitsämter eine Beschäftigung suchten, 1% mehr als im Vorjahr (vgl. Abbildung II.D.3). Ende Dezember 2002 waren noch 1.445.500 Arbeitslose registriert, 5% mehr als ein Jahr zuvor. Daneben zählten die Arbeitsämter im Berichtsjahr 871.800 **nicht arbeitslose Arbeitssuchende** (Anwesenheitsgesamtheit), 2% weniger als im Vorjahr.<sup>14)</sup>

2002 **beendeten** insgesamt 934.100 Personen ihre Arbeitslosigkeit durch **Aufnahme einer Beschäftigung** von mehr als sieben Tage Dauer, erneut 5% weniger als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.C.5). Beschäftigungen ohne Vermittlungshilfen am ersten Arbeitsmarkt nahmen 663.500 Arbeitslose auf (–5%). Vermittlungen in Beschäftigungschaffende Maßnahmen waren insgesamt weiter stark rückläufig, insbesondere wegen der stärkeren Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt. So wurden 124.000 Arbeitslose in ABM zugewiesen (–21%), in traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen 35.000 (+1%) und in Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen 8.600 (–56%). Darüber hinaus nahmen mit 71.500 Arbeitslosen spürbar mehr eine sonstige Erwerbstätigkeit auf (+5%). 39.500 von ihnen machten sich selbstständig (+7%); mit 30.700 Existenzgründern (+6%) wurden unverändert mehr als drei Viertel von den Arbeitsämtern durch Gewährung von Überbrückungsgeld unterstützt. Diese starke Zunahme spiegelt auch den Mangel an passender abhängiger Beschäftigung wider. Außerdem beendeten 10.600 Personen die Arbeitslosigkeit wegen Aufnahme einer Beschäftigung bis zu sieben Tage Dauer (+39%).

Nach den Bewegungsvorgängen bei Arbeitslosen errechnet sich eine **Wiederbeschäftigungsquote** von 45%; der Rückgang gegenüber Vorjahr um 2 Prozentpunkte resultiert daraus, dass – bei kaum verändertem Abgang insgesamt – die Abmeldungen in Erwerbstätigkeit abnahmen. Ursächlich hierfür waren erheblich weniger Abgänge Arbeitsloser in BSM (–21%). Auch die nach wie vor großen Ost-West-Differenzen beruhen ebenfalls auf dem weiterhin unterschiedlich starken Einsatz der Arbeitsmarktpolitik.

Zahlreiche Arbeitslose meldeten sich auch in **Ausbildung** ab, insgesamt waren es 265.100 (gegenüber Vorjahr: –5%). So begannen 175.200 Arbeitslose eine berufliche Weiterbildung oder einen Deutsch-Sprachlehrgang (–4%). 57.600 nahmen eine schulische Ausbildung oder ein Studium auf (–18%). 16.000 traten in eine Maßnahme zur Eingliederung Behinderter ein (+23%) und 16.300 begannen eine betriebliche oder sonstige Ausbildung (+28%).

Für 973.600 Menschen **endete die Arbeitslosigkeit**, ohne dass sie (nachweisbar) eine Beschäftigung antraten oder eine

<sup>13)</sup> Zugänge infolge „technischer Unterbrechungen“ der Arbeitslosigkeit sind hierbei nicht berücksichtigt; vgl. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen ...“

<sup>14)</sup> Bei dieser Zahl ist jedoch zu berücksichtigen, dass zu den nichtarbeitslos Arbeitssuchenden insbesondere alle ABM-Beschäftigten zählen, die in den neuen Ländern nach wie vor relativ großes Gewicht haben.

Bildungsmaßnahme begannen (+7%). Allerdings resultiert ein Teil dieser Abgänge lediglich aus „technische Unterbrechungen“ der Arbeitslosigkeit, und zwar insbesondere wegen kurzzeitiger Krankheit, vorübergehend fehlender Verfügbarkeit (Urlaub, Nichterneuerung der Meldung) oder Wohnortswechsel (vgl. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen ...“). Größere Bedeutung hatte jedoch, dass infolge höherer Anforderungen an die Eigeninitiative bei der Stellensuche zahlreiche Arbeitslose ihr Arbeitsgesuch nicht erneuerten oder sich (zumindest vorübergehend) vom Arbeitsmarkt zurückzogen (vgl. Abschnitt II.D.1). So gab es insgesamt 245.100 Abgänge wegen fehlender Mitwirkung gem. § 38 SGB III, Nichterneuerung der Arbeitslosmeldung oder zweitem Meldeversäumnis gem. § 145 Abs. 2 SGB III (+31%), denen aber auch 33.600 erneute Meldungen nach Meldeversäumnis gegenüberstanden (+22%). Wegen Arbeitsunfähigkeit fielen 491.600 Personen aus der Statistik (+2%); allerdings größtenteils nur vorübergehend, denn gleichzeitig gab es 426.600 erneute Zugänge nach Krankheit (-4%). 56.400 zumeist ältere Menschen schieden endgültig aus dem Erwerbsleben aus; der Rückgang gegenüber Vorjahr (-23%) ist zunächst wohl demografisch bedingt. So traten auch zahlreiche Arbeitslose, die die Voraussetzungen für Altersrente erfüllten, in den vorzeitigen Ruhestand. Nach Mitteilungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger gab es im Berichtsjahr 44.500 Zugänge in vorgezogene Altersrente nach Arbeitslosigkeit (gegenüber Vorjahr: -28%). Hinzu kamen 9.700 Personen, die Erwerbsunfähigkeitsrente wegen Nichtvermittelbarkeit bewilligt bekommen haben. **(vorläufiger Text/Zahlen – aktualisieren!)** Eine wesentliche Rolle spielte auch die stark zunehmende Nutzung der vorruhestandsähnlichen Regelung des § 428 SGB III. Aus diesem Grund meldeten sich 39.800 Personen ab, sodass sie nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden (+81%). Ende Dezember 2002 waren noch 1.445.500 Personen arbeitslos gemeldet, 66.000 oder 5% mehr als ein Jahr zuvor.

## Laufzeit von Stellenangeboten erheblich gestiegen

Daueraufträge) waren 2002 im Durchschnitt 43 Tage im Bestand (Vorjahr: 31 Tage). Damit ist die **Laufzeit** in den neuen Ländern nach wie vor beträchtlich kürzer als in den alten (70 Tage). Die starke Zunahme der Laufzeiten gegenüber Vorjahr dürfte – ähnlich wie im Westen – einerseits konjunkturell bedingt, andererseits aber Folge des Wegfalls besonders kurzlaufender Angebote wegen Korrektur fehlerhafter Vermittlungsbuchungen sein.

Unverändert die kürzeste Laufzeit hatten die abgegangenen Stellen für Bergleute und Mineralgewinner mit 33 Tage (+10 Tage gegenüber Vorjahr); sie fallen allerdings zahlenmäßig kaum ins Gewicht. Die Laufzeit der Stellen für Fertigungsberufe erhöhte sich um 13 auf 42 Tage. Dabei gab es einzelne – allerdings weniger gewichtige – Berufe, in denen sich die Rekrutierung von Arbeitskräften anscheinend kaum verändert hat (z.B. Holzaufbereiter und Holzwarenfertiger: +2 auf 29 Tage; Keramiker und Glasmacher: +3 auf 36 Tage). Zunehmende Laufzeiten gab es auch bei unqualifizierten Tätig-

keiten (z.B. Warenprüfer, Versandfertigtmacher: +18 auf 45 Tage; Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe: +18 auf 44 Tage). Die Laufzeit von Stellen für Dienstleistungsberufe erhöhte sich insgesamt um 12 auf 43 Tage. Dabei waren in Berufen mit geringer formaler Qualifikation die Stellen nur relativ wenig länger im Bestand (z.B. Reinigungsberufe: +7 auf 34 Tage; Ordnungs- und Sicherheitsberufe: +8 auf 36 Tage); bei qualifizierten dagegen spürbar länger (z.B. Gesundheitsdienstberufe: +17 auf 57 Tage). Wie im Westen dauert die Stellenbesetzung bei technischen Berufen am längsten; gegenüber 2001 nahm die Laufzeit entsprechender Stellen um 16 auf 54 Tage zu.

## 3. Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung

Eine Berichterstattung jeweils für den alten und den neuen Teil des Bundesgebietes ist nicht möglich, weil regional differenzierte Daten nur für Landesarbeitsämter vorliegen (vgl. deshalb II.D.2.4).

## 4. Sperrzeiten

Die Zahl der **Sperrzeiten** (vgl. Kasten „Sperrzeiten“) ist 2002 kaum mehr

### Kaum weniger Sperrzeiten

zurückgegangen. Im Vorjahr gab es noch eine beachtliche Abnahme; von 1996 bis 1999 war sie stetig gestiegen. Im Laufe des Berichtsjahres sprachen die Arbeitsämter 55.900 Sperrzeiten aus, ähnlich viele wie im Vorjahr (-0,3%; 2001/00: -9%; vgl. Tabelle II.D.7). Erfahrungsgemäß werden aber ca. 7% der Sperrzeiten auf Grund von Widersprüchen oder Klagen aufgehoben, sodass sich ihre Gesamtzahl auf ca. 52.000 reduziert. Diese Zahlen müssen allerdings vor dem Hintergrund von rd. 1,9 Mio Leistungsbewilligungen im Jahr 2002 gesehen werden; damit errechnet sich weiterhin eine „Sperrzeitquote“ von nur rd. 3%. **PRÜFEN.**

Weniger Sperrzeiten stellten die Arbeitsämter wiederum bei **Arbeitsaufgaben** fest. So konnte in 39.400 Fällen seitens der Arbeitsämter kein wichtiger Grund anerkannt werden, der die Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer gerechtfertigt hätte (erneut -6%). Somit verringerte sich der Anteil dieser Sperrzeiten an allen weiter deutlich auf 70% (Vorjahr: 75%).

Sperrzeiten wegen **Ablehnung einer angebotenen Arbeit** ohne wichtigen Grund spielten nach wie vor eine untergeordnete, wenn auch seit Jahren tendenziell zunehmende Rolle. 2002 wurden mit 9.500 deutlich mehr derartige Tatbestände festgestellt (+15%; Vorjahr: -1%); damit wurden 17% aller Sperrzeiten deshalb ausgesprochen (15%). Vermutlich hängt dies mit der intensivierten Überprüfung nicht erfolgreicher Vermittlungsvorschläge zusammen. Auch die klarstellende Neufassung der Ruhestatbestände bei Verhinderung eines Vorstellungsgesprächs (vgl. § 144 Abs. 2 Nr. 2 SGB III), die durch das Job-AQTIV-Gesetz zu Jahresbeginn 2002 eingeführt wurde, könnten zur Erhöhung beigetragen haben. Alles in allem sind

Sperrzeiten aus diesem Grund – angesichts der Arbeitsaufnahmen von Leistungsempfängern in einer Größenordnung von knapp unter 1 Mio – von geringer Bedeutung. **PRÜFEN.**

Relativ stark zugenommen haben Sperrzeiten wegen **Ablehnung einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme**, jene wegen Abbruchs stiegen spürbar. 2002 belief sich ihre Zahl insgesamt auf 7.100 (+20%), das sind 13% aller Sperrzeitfälle (Vorjahr: 10%). Vermutlich hat die Einbeziehung von Maßnahmen der Eignungsfeststellung in diesen Sperrzeitbestand dabei eine Rolle gespielt (seit 1.1.2002; vgl. § 144 Abs. 1, Nr. 3 SGB III), aber wohl auch die Vermittlungsoffensive („Fördern und Fordern“).

Wegen **wiederholter Sperrzeit** verloren 2.700 Arbeitslose im Berichtsjahr ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe auf Dauer, spürbar weniger als 2001 (-5%; Vorjahr: +5%).

## 5. Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch

Auch 2002 wurde illegale Beschäftigung und Leistungsmissbrauch von den Arbeitsämtern häufig im Rahmen von **Außenprüfungen** in Betrieben und auf Baustellen festgestellt. Die Zahl der Prüfungen nahm erstmals seit 1999 wieder zu; insgesamt wurden 29.900 Kontrollen durchgeführt (gegenüber Vorjahr: +6%).

Anders als in den alten Ländern erhöhte sich die Zahl der wegen **Leistungsmissbrauch bzw. illegaler Beschäftigung insgesamt** aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Ermittlungsverfahren. 2002 wurden insgesamt 61.600 Verdachtsfälle registriert (+3%). Analog zur Entwicklung im Westen stiegen dabei die Straftaten überdurchschnittlich; so erfolgte in 12.600 Fällen eine Strafanzeige bzw. eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft (+21%). Der Anteil der Straftaten erhöhte sich deutlich auf zuletzt 21% (2001: 18%), was weit überwiegend auf einem starken Anstieg beim Leistungsmissbrauch zurückzuführen ist. Die Zahl der Ordnungswidrigkeiten lag dagegen mit 38.900 erneut unter Vorjahresniveau (-7%); gleichwohl wuchs die Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen auf 26,5 Mio € (+7%).

### Deutlich mehr Strafanzeigen wegen Leistungsmissbrauch

Im Laufe des Jahres 2002 wurden erneut zahlreiche Fälle von **Leistungsmissbrauch** aufgegriffen. Mit 38.000 Fällen des Verdachts auf Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten war ihre Zahl, im Gegensatz zur rückläufigen Entwicklung der letzten Jahre, praktisch konstant (gegenüber Vorjahr: -0,4%); ihr Anteil an allen Ermittlungsverfahren sank damit um über 2 Prozentpunkte auf 61%. Entsprechend dem allgemeinen Trend nahm dagegen die Zahl der Strafanzeigen beträchtlich auf 9.800 zu (+26%), während Ordnungswidrigkeiten mit 22.700 weiterhin deutlich rückläufig waren (-13%). Dementsprechend ging die Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen weiter auf 2,2 Mio € zurück (-10%).

Beim Leistungsmissbrauch handelte es sich, wie im Westen, in der Regel um **Verstöße von Arbeitnehmern**; der Anteil an den eingeleiteten Verfahren und den festgesetzten Verwarnungsgeldern und Geldbußen lag bei ca. 90%. Bei illegaler Beschäftigung bzw. Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz handelt es sich dagegen weit überwiegend um **Verfehlungen von Arbeitgebern**. Der entsprechende Anteil von Arbeitnehmern (hierbei handelt es sich nur um Verstöße wegen fehlender Arbeitsgenehmigungen) war mit nur noch 13% (2001: 19%) bei den eingeleiteten Verfahren sogar von stark abnehmender Bedeutung, bei den festgesetzten Verwarnungsgeldern und Geldbußen mit weiterhin rd. 1% ohne Belang.

Die Dienststellen der Bundesanstalt griffen 2002 praktisch ebenso viele Verdachtsfälle wegen illegaler Ausländerbeschäftigung auf wie

### Kaum Veränderungen bei illegaler Ausländerbeschäftigung

2001, auch die Straftatverdachtsfälle stagnierten. Insgesamt registrierten die Arbeitsämter 4.200 derartige Verdachtsfälle (gegenüber Vorjahr: -2%). Auch bei den Strafanzeigen war mit einer Fallzahl von 1.500 nur eine geringe Abnahme zu verzeichnen (-2%). Die in diesem Bereich auffallenden Unterschiede in Ost und West dürften zum einen auf dem deutlich kleineren Ausländeranteil in den neuen Ländern beruhen, zum anderen auf der dort deutlich angespannteren Arbeitsmarktlage. Wohl auch deshalb betrug der Anteil illegaler Ausländerbeschäftigung an allen Ermittlungsverfahren im Osten nur 7%, gegenüber 21% im Westen.

Die Zahl der Ordnungswidrigkeiten sank leicht auf 2.200 (-3%). Auf Grund von weniger Geldbußen und Verwarnungsgeldern lag die Summe der deshalb verhängten Bußgelder mit 2,2 Mio € wiederum stark unter dem Wert des Vorjahres (-40%); davon entfielen unverändert 95% auf Arbeitgeberverstöße.

Unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung spielte im Rahmen der illegalen Beschäftigung, wie in den alten Ländern, auch 2002

### Kaum illegale Arbeitnehmerüberlassung entdeckt

nur eine kleine und weiter abnehmende Rolle. So wurden nur noch 640 Verdachtsfälle gegen Ent- und Verleiher aufgegriffen (gegenüber Vorjahr: -15%). Noch stärker waren hier die Rückgänge bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten: Mit knapp 30 Fällen (2001: 50) bei den Strafanzeigen und nur noch 400 festgesetzten Verwarnungen und Geldbußen (-39%) wurde ein neuer Tiefstand erreicht. Die Summe der verhängten Geldbußen lag mit 1,6 Mio € dementsprechend ebenfalls weit unter der des Vorjahres (-44%).

Auch in den neuen Ländern gab es für das Bauhauptgewerbe, das Elektrohandwerk und das Dachdeckerhandwerk (bis 31.8.2002) allgemeinverbindliche

### Arbeitnehmer-Entsendegesetz: Mehr Ordnungswidrigkeiten festgestellt



Tarifverträge für den Mindestlohn. Insgesamt war die Entwicklung ähnlich wie im Westen. Die Arbeitsämter führten 2002 im Osten 12.200 Prüfungen nach dem AEntG durch (gegenüber Vorjahr: +1%). Wegen des Verdachts auf Ordnungswidrigkeiten leiteten die Arbeitsämter daraufhin in 10.100 Fällen Ermittlungsverfahren ein, dies waren wesentlich mehr als 2001

(+55%). Im Laufe des Jahres 2002 wurden 7.900 Verwarnungen und Geldbußen ausgesprochen (+41%), und zwar in einer Höhe von 18,0 Mio € (+41%). Analog zum Anstieg bei den Geldbußen gab es starke Zunahmen bei den Fällen mit Straftatverdacht; in 65 Fällen erfolgte deshalb eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft, nach knapp 40 im Vorjahr.

Tabelle II.D.1

Einschaltungsgrad der Arbeitsämter						
Jahr	Zugang an offenen Stellen	Abgang an offenen Stellen <sup>2)</sup>	Begonnene sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge Okt. – Sept.	Begonnene sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse (Sp. 3–Sp. 4)	Einschaltungsgrad in % (Sp. 2/Sp. 5)
	1	2	3	4	5	6
<b>Deutschland</b>						
1996	3 277 931	3 262 969	8 010 638	574 327	7 436 311	43,9
1997	3 275 066	3 242 232	8 302 217	587 517	7 714 700	42,0
1998	3 834 251	3 792 568	8 495 225	612 529	7 882 696	48,1
1999	4 043 425	3 986 684	8 850 000 <sup>1)</sup>	631 015	8 218 985 <sup>1)</sup>	48,5 <sup>1)</sup>
2000	4 103 411	4 062 724	8 922 758	621 693	8 301 065	48,9
2001	3 730 179	3 804 830	8 595 000 <sup>1)</sup>	613 852	7 981 148 <sup>1)</sup>	47,7 <sup>1)</sup>
<b>2002</b>	<b>2 772 922</b>	<b>2 838 447</b>	<b>8 000 000 <sup>1)</sup></b>	<b>570 568</b>	<b>7 429 432 <sup>1)</sup></b>	<b>38,2</b>
<b>Bundesgebiet West</b>						
1992	2 156 675	2 206 946	6 753 601	499 985	6 253 616	35,3
1993	2 019 413	2 073 141	6 136 875	471 169	5 665 706	36,6
1994	2 197 994	2 169 693	6 086 680	450 210	5 636 470	38,5
1995	2 337 162	2 337 641	5 993 221	450 128	5 543 093	42,2
1996	2 387 971	2 377 162	6 145 500	449 299	5 696 201	41,7
1997	2 426 434	2 401 827	6 565 215	461 828	6 103 387	39,4
1998	2 691 449	2 648 070	6 697 594	483 334	6 214 260	42,6
1999	2 967 595	2 903 597	7 150 000 <sup>1)</sup>	482 213	6 667 787 <sup>1)</sup>	43,5 <sup>1)</sup>
2000	3 119 775	3 075 091	7 380 136	483 082	6 897 054	44,6
2001	2 803 824	2 879 590	7 103 000 <sup>1)</sup>	480 141	6 622 859 <sup>1)</sup>	43,5 <sup>1)</sup>
<b>2002</b>	<b>2 098 082</b>	<b>2 158 687</b>	<b>6 560 000 <sup>1)</sup></b>	<b>446 167</b>	<b>6 113 833 <sup>1)</sup></b>	<b>35,3</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>						
1996	889 960	885 807	1 865 138	125 028	1 740 110	50,9
1997	848 632	840 405	1 737 002	125 689	1 611 313	52,2
1998	1 142 802	1 144 498	1 797 631	129 195	1 668 436	68,6
1999	1 075 830	1 083 087	1 700 000 <sup>1)</sup>	148 802	1 551 198 <sup>1)</sup>	69,8 <sup>1)</sup>
2000	983 636	987 633	1 542 622	138 611	1 404 011	70,3
2001	926 355	925 240	1 492 000 <sup>1)</sup>	133 711	1 358 289 <sup>1)</sup>	68,1 <sup>1)</sup>
<b>2002</b>	<b>674 840</b>	<b>679 760</b>	<b>1 440 000 <sup>1)</sup></b>	<b>124 401</b>	<b>1 315 599 <sup>1)</sup></b>	<b>51,7</b>

<sup>1)</sup> Geschätzte Werte.

<sup>2)</sup> Bis Ende 1999 errechneter Abgang, ab 2000 statistisch erfasster Abgang.

Tabelle II.D.3

<b>Einmündung von Arbeitslosen in Arbeit</b>			
Zeitraum <sup>1)</sup>	Wiederbeschäftigungsquote <sup>2)</sup> in %		
	Deutschland	Bundesgebiet West	Bundesgebiet Ost
	1	2	3
1991	•	49	•
1992	•	40	•
1993	•	42	•
1994	•	44	•
1995	45	41	55
1996	46	41	55
1997	48	45	54
1998	44	39	52
1999	44	42	49
2000	45	43	48
2001	44	43	47
<b>2002</b>	<b>42</b>	<b>41</b>	<b>45</b>

<sup>1)</sup> Bis 1992 14-tägiger Zeitraum Mai/Juni, ab 1992 Berichtsmonat Juni;  
ab 1999 Jahressummen.

<sup>2)</sup> Beendigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Arbeit,  
gemessen am Gesamtabgang der Arbeitslosen.

Tabelle II.D.4a

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten				
		1998	1999	2000	2001	2002
		1	2	3	4	5
<b>Insgesamt</b>	<b>absolut</b>	<b>3 325 382</b>	<b>3 522 491</b>	<b>3 629 984</b>	<b>3 439 472</b>	<b>2 570 184</b>
	in %	100	100	100	100	100
Für Männer oder Frauen		62,7	65,0	70,7	74,2	75,0
Nur Männer		23,3	21,5	17,5	15,4	14,6
Nur Frauen		13,9	13,5	11,8	10,4	10,5
Angestelltenberufe		32,4	33,9	34,7	35,2	36,2
Übrige Berufe (Arbeiter)		67,6	66,1	65,3	64,8	63,8
<b>Angebotene Arbeitszeit</b>						
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		81,1	80,9	81,3	81,3	79,5
Teilzeit		18,9	19,1	18,7	18,7	20,5
<b>Stellung im Beruf</b>						
Facharbeiter		32,0	31,1	29,5	29,7	28,2
Angestellte mit gehobener Tätigkeit		12,6	13,0	13,3	13,4	10,9
Nichtfacharbeiter		42,6	41,9	42,5	42,2	41,7
Angestellte mit einfacher Tätigkeit		12,7	14,0	14,7	14,7	19,1
<b>Besetzungsdauer</b>						
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		63,9	67,8	69,7	70,2	66,2
Befristet		36,1	32,2	30,3	29,8	33,8
– bis einschließlich 6 Monate		26,8	24,4	21,2	20,1	21,3
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		7,6	6,1	4,4	4,2	4,8
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,5	0,4	0,4	0,4	0,5
– über 18 Monate		1,3	1,2	1,2	1,5	1,6
<b>Alter</b>						
Ohne Altersbegrenzung		86,9	86,2	87,0	87,8	86,2
Mit Altersbegrenzung		13,1	13,8	13,0	12,2	13,8
– nur mit Höchstalter		6,4	7,0	6,3	5,8	6,0
– nur mit Mindestalter		2,4	2,5	2,7	2,8	3,3
– mit Höchst- und Mindestalter		4,3	4,3	4,0	3,7	4,5
Stellen für Schwerbehinderte/ Erwerbsgeminderte		59,9	62,7	65,9	66,1	62,2

<sup>1)</sup> Anteile in Prozent (ohne Daueraufträge und Stellen für ABM).

Tabelle II.D.4b

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten				
		1998	1999	2000	2001	2002
		1	2	3	4	5
<b>Insgesamt</b>	<b>absolut</b>	<b>3 325 382</b>	<b>2 691 447</b>	<b>2 875 669</b>	<b>2 711 511</b>	<b>2 037 277</b>
	<b>in %</b>	100	100	100	100	100
Für Männer oder Frauen		65,4	67,4	72,2	75,8	77,2
Nur Männer		21,6	19,6	16,4	14,1	12,9
Nur Frauen		13,1	13,0	11,5	10,0	9,9
Angestelltenberufe		32,5	34,5	35,4	35,9	36,8
Übrige Berufe (Arbeiter)		67,5	65,5	64,6	64,1	63,2
<b>Angebotene Arbeitszeit</b>						
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		78,6	78,9	80,2	80,2	78,6
Teilzeit		21,4	21,1	19,8	19,8	21,4
<b>Stellung im Beruf</b>						
Facharbeiter		23,3	22,5	22,2	22,4	21,8
Angestellte mit gehobener Tätigkeit		14,8	15,2	15,3	15,5	12,5
Nichtfacharbeiter		47,3	46,0	45,5	45,3	44,2
Angestellte mit einfacher Tätigkeit		14,6	16,3	16,9	16,8	21,5
<b>Besetzungsdauer</b>						
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		64,9	68,0	68,8	69,0	65,3
Befristet		35,1	32,0	31,2	31,0	34,7
– bis einschließlich 6 Monate		30,1	27,2	22,8	21,9	22,5
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		3,4	3,2	3,2	3,2	4,1
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
– über 18 Monate		1,1	1,2	1,2	1,4	1,4
<b>Alter</b>						
Ohne Altersbegrenzung		85,9	85,6	86,8	88,0	87,0
Mit Altersbegrenzung		14,1	14,4	13,2	12,0	13,0
– nur mit Höchstalter		6,9	7,2	6,3	5,7	5,7
– nur mit Mindestalter		2,6	2,6	2,7	2,6	2,8
– mit Höchst- und Mindestalter		4,6	4,5	4,2	3,7	4,5
Stellen für Schwerbehinderte/ Erwerbsgeminderte		65,2	67,8	70,8	70,5	66,5

1) Anteile in Prozent (ohne Daueraufträge und Stellen für ABM).

Tabelle II.D.4c

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten				
		1998	1999	2000	2001	2002
		1	2	3	4	5
<b>Insgesamt</b>	<b>absolut</b>	<b>3 325 382</b>	<b>831 044</b>	<b>754 315</b>	<b>727 961</b>	<b>532 907</b>
	in %	100	100	100	100	100
Für Männer oder Frauen		55,0	57,2	65,0	68,0	66,2
Nur Männer		28,6	27,7	21,7	20,1	21,1
Nur Frauen		16,5	15,1	13,3	11,9	12,6
Angestelltenberufe		32,1	31,7	32,1	32,6	33,8
Übrige Berufe (Arbeiter)		67,9	68,3	67,9	67,4	66,2
<b>Angebotene Arbeitszeit</b>						
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		88,4	87,5	85,4	85,2	83,0
Teilzeit		11,6	12,5	14,6	14,8	17,0
<b>Stellung im Beruf</b>						
Facharbeiter		57,9	58,9	57,2	56,7	53,0
Angestellte mit gehobener Tätigkeit		6,2	5,8	5,6	5,6	5,0
Nichtfacharbeiter		28,8	28,8	30,8	30,6	32,3
Angestellte mit einfacher Tätigkeit		7,2	6,5	6,4	7,1	9,8
<b>Besetzungsdauer</b>						
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		60,7	67,2	73,3	74,8	69,8
Befristet		39,3	32,8	26,7	25,2	30,2
– bis einschließlich 6 Monate		16,9	15,5	14,8	13,5	16,5
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		20,1	15,5	9,0	8,0	7,8
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,5	0,3	0,4	0,5	0,6
– über 18 Monate		1,7	1,5	1,6	1,9	2,3
<b>Alter</b>						
Ohne Altersbegrenzung		90,1	88,1	87,5	86,9	83,1
Mit Altersbegrenzung		9,9	11,9	12,5	13,1	16,9
– nur mit Höchstalter		4,8	6,3	6,3	6,3	7,3
– nur mit Mindestalter		1,9	2,1	2,7	3,5	5,1
– mit Höchst- und Mindestalter		3,2	3,5	3,4	3,3	4,5
Stellen für Schwerbehinderte/ Erwerbsgeminderte		44,1	46,1	47,3	49,5	46,1

<sup>1)</sup> Anteile in Prozent (ohne Daueraufträge und Stellen für ABM).

Tabelle II.D.5

<b>Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung in Deutschland</b>									
Merkmal	Bestand jeweils Ende Juni								
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Erlaubnisinhaber</b>	<b>5 647</b>	<b>6 015</b>	<b>6 507</b>	<b>7 195</b>	<b>7 846</b>	<b>8 727</b>	<b>9 657</b>	<b>10 368</b>	<b>10 855</b>
<b>Rechtlich unselbstständige Zweigniederlassungen</b>	<b>2 692</b>	<b>3 027</b>	<b>3 296</b>	<b>3 625</b>	<b>4 308</b>	<b>5 412</b>	<b>6 210</b>	<b>7 490</b>	<b>7 713</b>
<b>Verleihbetriebe</b>	<b>6 910</b>	<b>7 513</b>	<b>8 298</b>	<b>8 728</b>	<b>9 654</b>	<b>11 247</b>	<b>12 501</b>	<b>13 494</b>	<b>13 824</b>
darunter: Betriebszweck ausschl. / überw. auf Arbeitnehmerüberlassung gerichtet	2 900	3 289	3 644	3 897	4 375	5 084	5 759	6 321	6 495
<b>Leiharbeiter</b>	<b>138 451</b>	<b>176 185</b>	<b>177 935</b>	<b>212 664</b>	<b>252 895</b>	<b>286 394</b>	<b>339 022</b>	<b>357 264</b>	<b>336 295</b>
darunter (in %): Frauen	18,2	18,5	18,4	19,1	19,9	20,6	22,5	22,2	23,5

Tabelle II.D.6

<b>Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung; neu begründete und beendete Arbeitsverhältnisse in Deutschland</b>						
Jahr/ Zeitraum	Neu begründete Arbeits- verhältnisse		Beendete Arbeitsverhältnisse			
	ins- gesamt	dav. (Sp. 1)	ins- gesamt	dav. (Sp. 3) %-Anteil der Beschäftigungsdauer		
		%- Anteil Frauen		unter 1 Wo.	1 Wo. b. unt. 3 Mon.	3 Mon. und länger
	1	2	3	4	5	6
1993	205 428	26,1	235 117	9,9	54,0	36,2
1994	278 162	22,2	274 144	11,9	56,6	31,5
1995	313 661	22,9	329 141	11,0	54,3	34,6
1996	299 871	22,8	315 177	11,1	52,7	36,3
1997	366 485	23,9	373 904	11,3	52,8	35,9
1998	466 182	25,3	482 372	12,0	52,3	35,7
1999	541 054	26,6	532 709	12,7	52,2	35,1
2000	646 539	28,0	663 373	11,4	53,0	35,6
1. Halbjahr 2001	302 855	26,4	298 232	11,6	46,1	42,3
2. Halbjahr 2001	288 582	27,8	360 932	10,3	50,8	38,8
2001	591 437	27,1	659 164	10,9	48,7	40,4
<b>1. Halbjahr 2002</b>	<b>256 411</b>	<b>27,4</b>	<b>249 799</b>	<b>11,4</b>	<b>44,8</b>	<b>43,8</b>

Tabelle II.D.7

<b>Sperrzeiten</b>						
Jahr	Sperrzeiten nach § 144 SGB III <sup>1)</sup>					Erlöschen des Leistungsanspruchs wegen wiederholter Sperrzeit
	Insgesamt	davon (Spalte 1) wegen .... (in %)				
		Lösung des Arbeitsverhältnisses	Ablehnung einer angebotenen Arbeit	Ablehnung beruflicher Eingliederungsmaßnahme	Abbruch beruflicher Eingliederungsmaßnahme	
1	2	3	4	5	6	
<b>Deutschland</b>						
1991	270 084	86,0	8,7	3,0	2,3	8 997
1992	285 118	88,0	6,9	2,9	2,3	8 944
1993	307 370	89,1	6,8	2,0	2,1	8 365
1994	283 685	90,0	6,2	2,1	1,7	7 396
1995	259 119	88,8	5,9	3,0	2,3	8 341
1996	260 645	88,5	5,9	3,0	2,6	8 305
1997	274 492	85,5	8,1	3,5	2,9	7 733
1998	317 544	81,2	10,3	4,1	4,5	10 699
1999	337 049	78,9	11,6	4,2	5,3	14 696
2000	307 701	75,9	14,9	4,3	4,9	16 869
2001	308 976	75,2	17,0	3,4	4,4	17 094
<b>2002</b>	<b>315 607</b>	<b>72,9</b>	<b>18,2</b>	<b>4,3</b>	<b>4,6</b>	<b>15 459</b>
<b>Bundesgebiet West</b>						
1991	221 648	84,1	9,7	3,5	2,7	8 876
1992	236 856	87,5	7,0	3,1	2,4	8 450
1993	265 991	89,4	6,6	2,0	2,1	7 385
1994	240 113	90,5	5,9	1,9	1,7	5 892
1995	217 126	89,1	5,8	2,9	2,3	6 456
1996	213 835	88,5	5,8	2,9	2,8	6 612
1997	222 332	85,2	8,2	3,5	3,0	6 084
1998	250 979	80,9	10,6	4,1	4,3	8 700
1999	265 583	78,7	11,9	4,3	5,1	11 864
2000	246 018	75,9	15,3	4,2	4,6	14 103
2001	252 901	75,3	17,5	3,3	3,9	14 195
<b>2002</b>	<b>259 675</b>	<b>73,5</b>	<b>18,4</b>	<b>4,0</b>	<b>4,1</b>	<b>12 711</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>						
1991	48 436	94,6	4,2	0,5	0,6	121
1992	48 262	90,2	6,3	1,7	1,9	494
1993	41 379	87,0	8,2	2,4	2,4	980
1994	43 572	87,4	7,8	2,9	2,0	1 504
1995	41 993	87,2	6,8	3,5	2,6	1 885
1996	46 810	88,3	6,5	3,1	2,1	1 693
1997	52 160	86,4	7,8	3,2	2,5	1 649
1998	66 565	82,2	9,0	3,9	4,9	1 999
1999	71 466	79,3	10,8	3,9	6,0	2 832
2000	61 683	76,1	13,4	4,4	6,0	2 766
2001	56 075	74,7	14,7	4,1	6,5	2 899
<b>2002</b>	<b>55 932</b>	<b>70,4</b>	<b>16,9</b>	<b>5,9</b>	<b>6,8</b>	<b>2 748</b>

<sup>1)</sup> Bis 1997 Sperrzeiten nach § 119 AFG.



## II. E. Arbeitsmarktpolitik

### 1. Deutschland

#### Aufs ganze Jahr gesehen mehr Arbeitsmarktpolitik

Die aktive Arbeitsmarktpolitik zielt grundsätzlich darauf ab, Arbeitslose dauerhaft in eine Beschäftigung

am ersten Arbeitsmarkt einzugliedern, und zwar vor allem Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Zugleich soll der Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt verbessert werden. Neben diesen **indirekten**, häufig eher mittel- bis langfristigen allokativen Effekten kann Arbeitsmarktpolitik aber auch **direkt** die Arbeitslosigkeit wenigstens kurzfristig entlasten (vgl. Kapitel II.C, Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ...“).

Die Bundesanstalt für Arbeit und der Bund haben 2002 mit 22,40 Mrd € Mittel in etwa dem gleichen Umfang wie 2001 für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung aufgewandt (+84 Mio €; vgl. Tabelle II.E.6). Die Ausgaben des Eingliederungstitels, aus dem die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung finanziert werden, betrugen 13,50 Mrd €; das waren 438 Mio € weniger als 2001. Insgesamt förderten die Arbeitsämter aus dem Eingliederungstitel im Jahresdurchschnitt 2002 eine geringere Zahl von Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen als im Vorjahr. Infolge der stärkeren Orientierung der Ermessensleistungen aktiver Arbeitsförderung auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt wurde insbesondere mehr Geld für Eingliederungszuschüsse, dagegen beträchtlich weniger für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben.

Die Förderung **beruflicher Bildung** hat nach wie vor die größte Bedeutung. So nahmen 2002 jahresdurchschnittlich 394.100 Personen an Maßnahmen der Weiterbildung, zur Wiedereingliederung von Behinderten sowie an Deutsch-Sprachlehrgängen teil (ohne Wiedereingliederung Behinderter: -4% zum Vorjahr; vgl. Tabellen II.E.1a und 2a). Im Berichtsjahr haben mit 580.000 etwas mehr Personen eine solche Maßnahme begonnen (ohne Wiedereingliederung Behinderter: +1%). Die **direkte Förderung von Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt** hat 2002 insgesamt an Gewicht gewonnen; jahresdurchschnittlich wurden 222.300 Personen (ohne Arbeitnehmerhilfe) gefördert, 5% mehr als im Vorjahr. Die Zunahme geht vor allem auf Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit und Eingliederungszuschüsse zurück (+26% auf 54.300 bzw. +12% auf 112.300). Mit diesen Hilfen wurden im Jahr 2002 insgesamt auch mehr Aufnahmen regulärer Arbeit gefördert als 2001 (einschl. Arbeitnehmerhilfen: +14% auf 366.900). **Beschäftigungschaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes** (also ohne SAM OfW) nahmen weiter erheblich ab; mit jahresdurchschnittlich 179.200 Personen waren 19% weniger als im Vorjahr in solchen Maßnahmen

beschäftigt. Die Eintritte verringerten sich ebenfalls stark (-12% auf 217.700).

Die **Entlastung** des Arbeitsmarktes durch arbeitsmarktpolitische Instrumente war 2002 mit jahresdurchschnittlich ca. 0,94 Mio um ca. 50.000 größer als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.C.6).

Wegen der in den neuen Ländern anhaltend größeren Probleme am Arbeitsmarkt war dort die Stützung durch Arbeitsmarktpolitik nach wie vor vergleichsweise stark:

- Knapp die Hälfte der Ausgaben des Eingliederungstitels bzw. 42% der Gesamtmittel für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung entfielen auf den neuen Teil des Bundesgebietes (vgl. Tabelle II.E.6).
- Während im Osten im Jahresdurchschnitt auf 100 Arbeitslose plus Geförderte 27 Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen<sup>1)</sup> kamen, waren es im Westen nur 18.
- Schließlich waren die Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung in den neuen Ländern immer noch wesentlich stärker auf den zweiten Arbeitsmarkt ausgerichtet; so betrug dort der Anteil der Ausgaben für ABM an den Gesamtausgaben aus dem Eingliederungstitel 26%, in den alten Ländern nur 10%.

Diese Unterschiede lassen, wie bisher, eine für West und Ost getrennte Berichterstattung zweckmäßig erscheinen.

### 2. Alte Länder

Im Jahr 2002 wurden insgesamt etwas mehr Personen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert als 2001 (vgl. Tabellen II.E.1b und 2b). Dabei spielten Qualifizierungsmaßnahmen nach wie vor die größte Rolle. So befanden sich im Jahresdurchschnitt 252.000 Teilnehmer in beruflicher Weiterbildung, in Wiedereingliederungsmaßnahmen für Behinderte und in Deutsch-Sprachlehrgängen (ohne Wiedereingliederung Behinderter: -3%). An Bedeutung gewonnen haben dagegen direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Tätigkeiten; mit ihnen förderten die Arbeitsämter jahresdurchschnittlich 110.400 Personen (ohne Arbeitnehmerhilfe: +7%). Beschäftigungschaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes (d.h. ohne SAM OfW) ermöglichten für 49.800 Personen eine Arbeit (-18%). An Maßnahmen der Erstqualifizierung oder Eingliederung von Jüngeren, wie berufsvorbereitende Maßnahmen, Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher sowie Jugendsofortprogramm, nahmen 197.000 Personen teil (+5%).

<sup>1)</sup> Aktivierungsquote; ausführlich vgl. Daten zu den Eingliederungsbilanzen 2001; Sondernummer der ANBA vom 30. April 2002.

### Aktive Arbeitsmarktpolitik<sup>1, 2)</sup>

Die Vielfalt arbeitsmarktpolitischer Instrumente ermöglicht eine an individuellen Lebenslagen orientierte Hilfe und damit einen vor allem auf Problemgruppen zielenden Mitteleinsatz. Im Einzelnen:

Die Bundesanstalt unterstützt die **berufliche Ausbildung** durch berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen und ausbildungsbegleitende Hilfen, damit möglichst alle Jugendlichen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung ins Erwerbsleben treten. Beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf können benachteiligte junge Menschen zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung erhalten (vgl. §§ 59 – 76a, 235, 240 – 247).

Durch die **Förderung beruflicher Weiterbildung** (FbW) werden Qualifikationen an geänderte Anforderungen angepasst, aber auch Möglichkeiten geboten, einen bislang fehlenden Berufsabschluss zu erwerben. Sie eröffnen den Teilnehmern bessere Arbeitsmarktchancen und tragen dazu bei, der Wirtschaft zu den benötigten Arbeitskräften zu verhelfen (vgl. §§ 77 – 96, 153 – 159, 235c).

Mit **Maßnahmen der Eignungsfeststellung und Trainingsmaßnahmen** sollen die Eingliederungsaussichten von Arbeitslosenhilfe- und Arbeitslosengeldempfängern verbessert werden, beispielsweise durch Feststellung der Eignung für bestimmte berufliche Tätigkeiten oder die Vermittlung zusätzlicher Qualifikationen (vgl. §§ 48 – 52).

Die **Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben (berufliche Rehabilitation)** soll die Möglichkeiten beruflicher Eingliederung von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Menschen verbessern (vgl. §§ 97 – 115, 235a, 236 – 239).

**Deutsch-Sprachlehrgänge** schaffen eine Voraussetzung für die berufliche Integration von Spätaussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlingen (vgl. §§ 419 – 421).

**Beschäftigungschaffende Maßnahmen** (BSM) bieten schwer vermittelbaren Arbeitslosen eine befristete Tätigkeit und verbessern damit auch ihre Chancen zur beruflichen Wiedereingliederung. Den sog. **„zweiten Arbeitsmarkt“** bilden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM, §§ 260 – 271, 416) sowie traditionelle Struktur Anpassungsmaßnahmen (traditionelle SAM, §§ 272 – 279, 415), mit denen vor allem Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe und Verbesserung der Infrastruktur gefördert werden. Dem Ziel einer besseren Verzahnung von Infrastruktur und Arbeitsmarktpolitik dient die **Förderung von Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen** (§ 279a).

Auf eine reguläre Beschäftigung, auf den **ersten Arbeitsmarkt**, ausgerichtet sind u.a. folgende Instrumente:

- **Eingliederungszuschüsse** sollen Arbeitgebern durch einen finanziellen Ausgleich von Minderleistungen über Einstellungs hindernisse förderungsbedürftiger Arbeitnehmer hinweghelfen (EGZ, §§ 217–224).
- **Einstellungszuschüsse bei Neugründungen** werden Existenzgründern gewährt, die Arbeitslose, welche ohne diese Leistung keinen Arbeitsplatz finden würden, unbefristet einstellen (EZN, §§ 225–228).
- Mit **Einstellungszuschüssen bei Vertretung** können Betriebe gefördert werden, die einem Arbeitnehmer die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung ermöglichen und für diese Zeit einen Arbeitslosen als Vertreter einstellen (EZV, §§ 229 – 233).
- **Mobilitätshilfen** zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bzw. einer dualen Berufsausbildung können Arbeitslosen bzw. Ausbildungssuchenden in Form von Zuschüssen zu Fahr-, Lebenshaltungs- und Umzugskosten gewährt werden (MOBI, §§ 53 – 55).
- Zur **Unterstützung der Beratung und Vermittlung** können Bewerbungskosten sowie Kosten von Reisen zur Berufsberatung, Vermittlung, Eignungsfeststellung und zu Vorstellungsgesprächen von Arbeitslosen und Ausbildungssuchenden übernommen werden (UBV, §§ 45 – 47).
- Das Programm der Bundesregierung **„Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“** (Bhi) trägt zur Integration dieser

Personengruppe am ersten Arbeitsmarkt durch die Zahlung von Lohnkostenzuschüssen bei. Gefördert werden Beschäftigungsverhältnisse, die bis zum 31. Dezember 2002 begonnen wurden.

- Mit **Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen** können (in den neuen Ländern und Berlin) Einstellungen von Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit Bedrohten in Betrieben des gewerblichen Bereichs bezuschusst werden (SAM OFW, §§ 272 – 279, i.V.m. § 415 Abs. 3)
- Zur Förderung der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit können Arbeitnehmer **Überbrückungsgeld** zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur sozialen Sicherung erhalten, wenn dadurch Arbeitslosigkeit beendet oder vermieden wird (§§ 57 und 58).

Für **Freie Förderung** können die Arbeitsämter bis zu 10% der im Eingliederungstitel enthaltenen Mittel einsetzen (§ 10). Die Leistungen dieses „Experimentiertopfes“ müssen den Zielen und Grundsätzen der gesetzlichen Leistungen entsprechen, dürfen diese jedoch nicht aufstocken. Die Arbeitsämter können damit eigenverantwortlich neue arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickeln, um die Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern in reguläre Beschäftigung zu unterstützen.

Durch **Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen** werden die in einem Sozialplan oder einer sozialplanähnlichen Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitnehmern mitfinanziert (§§ 254 – 259).

Im Rahmen der **Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft** wird mit Mehraufwandswintergeld, Zuschuss-Wintergeld, Winterausfallgeld und Erstattung von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung saisonaler Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft entgegengewirkt (§§ 209 – 216).

Durch die Gewährung von **Kurzarbeitergeld** werden Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert und den Betrieben eingearbeitete Arbeitskräfte erhalten (vgl. §§ 169 – 182; vgl. Kapitel II.C).

Das **Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** (JUMP; in Kraft seit 1.1.1999) zielt darauf ab, Jugendliche, die die Fördervoraussetzungen für SGB-III-Maßnahmen nicht erfüllen, durch spezielle Instrumente in Ausbildung oder Beschäftigung zu bringen.

Mit dem **Sonderprogramm „Mainzer Modell“**, das die Bundesregierung zum 1. März 2002 beschlossen hat, soll die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Niedriglohnbereich gefördert werden. Durch einen Zuschuss zum Arbeitnehmeranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen und einen Zuschlag zum Kindergeld wird ein finanzieller Anreiz zur Arbeitsaufnahme gegeben.

Die arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen des SGB III werden mit Geldern des **Europäischen Sozialfonds** (ESF) unterstützt.

Die Mittel für die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung werden in einem **Eingliederungstitel** zusammengefasst und den Arbeitsämtern zur eigenen Bewirtschaftung zugewiesen (vgl. § 71b SGB IV; Ausnahmen: §§ 57, 248, 272 SGB III). Die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Förderinstrumente ist Aufgabe der örtlichen Verwaltungsausschüsse. Korrespondierend zur Dezentralisierung der Budgetkompetenz beim Eingliederungstitel wird von den Arbeitsämtern über die **Eingliederungsbilanz** Rechenschaft über die von ihnen durchgeführten Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung gefordert. Diese soll Aufschluss über den Mitteleinsatz, die geförderten Personengruppen und die Wirksamkeit der Förderung geben (§ 11 i.V.m. § 7).

<sup>1)</sup> Die aufgeführten Paragraphen beziehen sich auf das SGB III, soweit nichts anderes genannt ist.

<sup>2)</sup> Im Jahr 2002 hat es – anders als 2001 – zahlreiche wesentliche Änderungen und Ergänzungen der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik durch das Job-AQTIV-Gesetz gegeben. Vgl. hierzu Kasten: „Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Wesentliche Änderungen für 2002“, aber auch für 1998, 1999 bzw. 2000, in: Arbeitsmarkt 1998, 1999 bzw. 2000, ANBA, 47., 48. bzw. 49. Jg., Sondernummern vom 12.6.1999, S. 80; vom 28.6.2000, S. 101 bzw. 28.6.2001, S. 117.

## Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Wesentliche Änderungen für 2002 – insbesondere auf Grund des Job-AQTIV-Gesetzes<sup>1, 2)</sup>

Mit dem Inkrafttreten des Job-AQTIV-Gesetzes am 1. Januar 2002 erhielten die arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Sozialgesetzbuches III (SGB III) eine stärker präventive Ausrichtung, neue Maßnahmen wurden eingeführt sowie die Arbeitsvermittlung reformiert. Im Folgenden werden die wichtigsten Veränderungen kurz erläutert:

### Berufliche Bildung

Berufsausbildung im Ausland (§ 62)

Die Förderung einer beruflichen Ausbildung, die vollständig im Ausland absolviert wird, ist nicht mehr auf Grenzpendler beschränkt und nicht mehr davon abhängig, dass eine entsprechende Ausbildung im Inland nicht möglich oder zumutbar ist. Sie wird **auf die übrigen Mitgliedsstaaten der EU erweitert**.

Maßnahmen der Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen (§ 48 ff.)

Zur Verbesserung der Eingliederungsaussichten wurde die Förderung von Maßnahmen der **Eignungsfeststellung** für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitssuchende eingeführt. Trainingsmaßnahmen, d.h. Qualifizierungsmaßnahmen bis zu zwölf Wochen Dauer, können auch in Grenzregionen der angrenzenden Staaten, in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und in den mit der EU assoziierten Staaten durchgeführt werden.

Einstellungszuschuss bei Vertretung (Jobrotation, §§ 229 bis 233)

Arbeitgeber, die einem beschäftigten Arbeitnehmer die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung ermöglichen und für diese Zeit einen Arbeitslosen als Vertreter einstellen, können einen **Zuschuss in Höhe von 50% bis 100% des Arbeitsentgelts des Vertreters** erhalten. Wird ein Arbeitsloser von einem Verleiher eingestellt, um ihn als Vertreter zu verleihen, kann der Entleiher die Hälfte der Leihgebühr als Zuschuss erhalten. Die Arbeitsämter können weiterhin Dritte mit der Vorbereitung und Gestaltung der Jobrotation beauftragen und durch Zuschüsse fördern.

Teilunterhaltsgeld (§ 154)

Bei der Gewährung von Teilunterhaltsgeld sind verschiedene Einschränkungen weggefallen. Damit wird die **Förderung von Teilzeit-Weiterbildung** erweitert und eine flexible Auswahl geeigneter Weiterbildungsformen ermöglicht.

Förderung beschäftigter Arbeitnehmer (§ 417)

**Ältere beschäftigte Arbeitnehmer** können bei Teilnahme an einer vom Arbeitsamt anerkannten beruflichen Weiterbildung durch Übernahme der Kosten gefördert werden. Voraussetzung ist, dass sie das 50. Lebensjahr vollendet haben, der Arbeitgeber das Arbeitsentgelt fortzahlt, der Betrieb, dem sie angehören, nicht mehr als 100 Personen beschäftigt, die Maßnahme außerhalb ihres Betriebes durchgeführt wird, und dass Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen. Für **Arbeitnehmer, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind** und an einer Maßnahme der Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahme oder beruflichen Weiterbildung teilnehmen, kann dem Arbeitgeber bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein Zuschuss zu den Lohnkosten gezahlt werden.

Weiterbildung beschäftigter Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss (§ 235c)

Arbeitgeber können bei Weiterbildung von Arbeitnehmern durch Zuschüsse zum Arbeitsentgelt gefördert werden, sofern die Notwendigkeit der **Qualifizierung wegen eines fehlenden Berufsabschlusses** anerkannt ist und diese im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses erfolgt.

### Mobilitätshilfen (§§ 53, 54)

Diese Unterstützungsleistungen bei Aufnahme einer Beschäftigung können für Arbeitslose, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen, auch bei einer **Arbeitsaufnahme im Ausland** geleistet

werden. Außerdem können auch die **Fahrtkosten zum Antritt** einer auswärtigen Arbeitsstelle (Reisekostenbeihilfe) übernommen werden.

### Überbrückungsgeld für Existenzgründer (§ 57)

Um den **unmittelbaren Zugang** aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung **in eine selbstständige Tätigkeit** zu unterstützen, wird bei der Gewährung von Überbrückungsgeld an Existenzgründer auf die bisherige Fördervoraussetzung einer mindestens vierwöchigen Arbeitslosigkeit vor Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit verzichtet.

### Eingliederungsvertrag (§ 229)

Der Eingliederungsvertrag hat sich nicht durchgesetzt, er wurde deshalb aufgegeben.

### Struktur-Kurzarbeitergeld, Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen

Anspruch auf „**Struktur-Kurzarbeitergeld**“ (§ 175) besteht in Fällen eines nicht nur vorübergehenden Arbeitsausfalls unter erleichterten Voraussetzungen nun auch in Betrieben mit nicht mehr als 20 Arbeitnehmern, wenn bei mindestens 20% der Beschäftigten Entlassungen vermieden werden können.

**Sozialplanmaßnahmen** (§§ 254 ff.) können auch dann gefördert werden, wenn der Sozialplan ein Wahlrecht zwischen Abfindung und Eingliederungsmaßnahme vorsieht (§ 255 Abs. 2).

### Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (§§ 260 ff)

Die Förderung von **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** setzt u.a. voraus, dass die Arbeiten zusätzlich und im öffentlichen Interesse sind. Abweichend davon müssen seit 1. Januar 2002 die **Arbeiten nicht zusätzlich** sein, wenn sie an Wirtschaftsunternehmen vergeben werden und der Maßnahmeträger die Fördermittel zusätzlich bei der Auftragsvergabe verwendet. Bei ABM, die in Eigenregie eines Trägers durchgeführt werden, muss für unter 56-Jährige mindestens ein Fünftel der Zeit auf Qualifizierungen oder Praktika entfallen. Eine ABM-Förderung ist künftig **ohne vorherige Arbeitslosigkeit** (bisher sechs Monate) möglich, wenn dies für den Arbeitslosen notwendig ist und andere Formen der Förderung nicht erfolversprechend sind. Zur Vermeidung von Förderketten müssen nach einer Arbeitsbeschaffungs- oder Strukturanpassungsmaßnahme vor einer erneuten Förderung künftig grundsätzlich drei Jahre vergangen sein. Aus Vereinfachungsgründen für Arbeitsämter und Träger wird neben dem bisherigen Fördersystem ein pauschalierter Lohnkostenzuschuss eingeführt. Die bisherige Ausnahmekostenquote zur Förderung von Nichtleistungsempfängern wird von 5% auf 10% erhöht; darüber hinaus können Berufsrückkehrer gefördert werden.

### Strukturanpassungsmaßnahmen (§§ 274, 275 ff)

Künftig kann jede Strukturanpassungsmaßnahme zur Verbesserung der Infrastruktur gefördert werden; die bisherige Einschränkung „wirtschaftsnah“ entfällt. Die Förderung von jüngeren und älteren Arbeitnehmern wurde verbessert.

### Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung (§ 279a)

Öffentlich-rechtliche Träger (z.B. Kommunen) können vom Arbeitsamt durch einen angemessenen **Zuschuss zu den Kosten von Arbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur** gefördert werden. Voraussetzung ist, dass der Träger mit der Durchführung der Arbeiten ein Wirtschaftsunternehmen beauftragt, das sich verpflichtet, eine bestimmte Zahl von Arbeitslosen zu beschäftigen, die vom Arbeitsamt zugewiesen werden. Die Fördermittel müssen zusätzlich eingesetzt werden. Der Förderanteil soll nicht mehr als 25% der Gesamtkosten der Maßnahme betragen.

<sup>1)</sup> Die aufgeführten Paragraphen beziehen sich auf das SGB III, sofern nichts anderes gesagt wird.

<sup>2)</sup> Vgl. ausführlicher: Ernst-Wilhelm Luthé, Das JOB-AQTIV-GESETZ, in: Die Sozialgerichtsbarkeit, Heft 2 und 3, 2002, S. 77 ff., 136 ff.; außerdem: Kasten „Stärkung der ...“ in Kapitel II.D, der wesentliche Änderungen im Bereich Arbeitsvermittlung betrifft (insbesondere: Profiling, Eingliederungsvereinbarungen, Vermittlungsgutschein).

In vielen Fällen führt die Teilnahme an einer Maßnahme aktiver Arbeitsmarktpolitik mittelbar zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung. Darüber hinaus reduzieren zahlreiche Instrumente den Bestand an Arbeitslosen auch unmittelbar.<sup>2)</sup> So konnte durch den Einsatz der Arbeitsmarktpolitik die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2002 um rd. 550.000 entlastet werden, rd. 60.000 mehr als 2001. Im Jahresverlauf hat die Entlastung ebenfalls zugenommen (+40.000). Diese Zunahmen beruhen aber vor allem auf mehr Teilnehmer an der vorruhestandsähnlichen Regelung des § 428 SGB III.

## 1. Berufliche Ausbildung

### Weiterhin mehr berufsvorbereitende Maßnahmen und Berufsausbildung Benachteiligter

Der Bedarf der Wirtschaft an unqualifizierten Arbeitnehmern nimmt tendenziell ab. Für den Einzelnen wird es deshalb immer wichtiger, eine Berufsausbildung zu absolvieren. Angesichts eines verschlechterten Ausbildungsstellenmarktes finden vor allem junge Menschen mit unzureichender schulischer Qualifikation oder mit sozialen Defiziten häufig keine betriebliche Lehrstelle; die Bundesanstalt versucht deshalb, mit **berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen** diese Jugendlichen für die Aufnahme einer Berufsausbildung zu befähigen oder zu motivieren. Darüber hinaus fördert die Bundesanstalt die **Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen**, u.a. in außerbetrieblichen Einrichtungen.

Eine **berufsvorbereitende Maßnahme** begannen 2002 insgesamt 137.100 Personen, die ohne diese Starthilfe vermutlich keine Berufsausbildung oder Berufstätigkeit hätten aufnehmen können; gegenüber Vorjahr war dies ein Plus von 17% oder 19.800. Bei den einzelnen Instrumenten gab es folgende Entwicklungen:

- In Maßnahmen zur Verbesserung **beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen** (BBE) sollen durch berufsvorbereitende und -orientierende, sozialpädagogisch unterstützte Lehrgänge die Voraussetzungen Jugendlicher und junger Erwachsener für eine Berufsausbildung verbessert sowie deren Persönlichkeit stabilisiert werden; 57.800 Personen traten 2002 in solche Maßnahmen ein (+20%).
- Einen **Grundausbildungslehrgang**, der eine berufszielgerichtete Vorbereitung bietet, begannen wiederum mehr Jugendliche; ihre Zahl erhöhte sich um 13% auf 33.900.
- **tip-Lehrgänge** (testen, informieren, probieren) sollen die Bereitschaft für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder Arbeitnehmertätigkeit wecken oder fördern. Auch hier stiegen die Eintritte deutlich, und zwar auf 10.400 (+20%).
- Mit 19.700 begannen ebenfalls mehr Jugendliche einen **Förderlehrgang** (+13%). Diese Angebote richten sich inzwischen nur noch an behinderte Menschen, die u.a. noch nicht für eine Berufsausbildung in Betracht kommen, aber in einer Werkstatt für Behinderte unterfordert wären.

- Maßnahmen der Berufsfindung, eine Arbeitserprobung, eine blindentechnische Grundausbildung oder ein Arbeitstraining in einer Werkstatt für Behinderte begannen 15.400 Personen, dies sind 17% mehr als im Vorjahr.

Auch der **Bestand** an Teilnehmern in berufsvorbereitenden Maßnahmen ist 2002 weiter gestiegen; alles in allem nahmen jahresdurchschnittlich 77.400 Jugendliche oder junge Erwachsene an solchen Lehrgängen teil (+14% oder +9.700). Darunter waren 30.400 in Maßnahmen zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen (+15%), 18.700 in Grundausbildungslehrgängen (+17%) und 1.700 in tip-Lehrgängen (+26%). In besonderen Maßnahmen für Behinderte befanden sich insgesamt 26.600 Teilnehmer (+11%); darunter 15.000 in Förderlehrgängen (+11%).

Die Bundesanstalt fördert auch die **Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher**. 2002 traten insgesamt 73.300 Jüngere in solche Maßnahmen ein, 1% oder 900 weniger als im Vorjahr. Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

- **Ausbildungsbegleitende Hilfen** (abH) in Form von Stützunterricht und sozialpädagogischer Begleitung im Rahmen eines betrieblichen Ausbildungsverhältnisses wurden 57.200 mal bewilligt, 3% weniger.
- 14.200 Jugendliche nahmen eine **Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung** (BüE) auf (+6%).
- **Übergangshilfen** setzen die ausbildungsbegleitenden Hilfen nach Beendigung oder Abbruch der Ausbildung fort. 2002 begannen unverändert 1.900 Jugendliche eine derartige Maßnahme.

Im Jahresdurchschnitt wurden 79.900 Jugendliche in solchen Maßnahmen gefördert, <sup>1</sup>/<sub>2</sub>% oder 400 weniger als 2001. Davon erhielten 53.500 ausbildungsbegleitende Hilfen (–1%), 25.800 benachteiligte Jüngere absolvierten eine Lehre in einer außerbetrieblichen Einrichtung (+1%) und 600 bekamen Übergangshilfen (+8%).

Alles in allem gab es im Jahr 2002 erneut mehr Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen und an der Benachteiligtenförderung. Darüber hinaus wurde wiederum vielen Jüngeren im Rahmen des **Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** geholfen. In die unterschiedlichen Maßnahmen dieses Programms traten 2002 insgesamt 84.800 Jüngere ein, 5% oder 4.100 weniger. Gleichwohl war der jahresdurchschnittliche Teilnehmerbestand mit 39.700 Personen um 2% oder 700 höher als im Vorjahr.<sup>3)</sup> Außerdem förderte das Land Berlin weiterhin zusätzliche Ausbildungsplätze im Rahmen der für die neuen Länder geltenden Lehrstelleninitiativen.

<sup>2)</sup> Vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ sowie Tabelle II.C.6.

<sup>3)</sup> Vgl. auch: Hans Dietrich, Jump, das Jugendsofortprogramm. Unterschiede in den Förderjahrgängen 1999 und 2000 und Verbleib der Teilnehmer nach Maßnahmeende, IAB-Werkstattbericht Nr. 3 vom 26.2.2001; vgl. auch Kornelia Raskopp, Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher, ibv Nr. 5 vom 30.1.2002.

Jugendlichen, die eine Berufsausbildung absolvieren oder an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teilnehmen, gewährt die Bundesanstalt u.U. **Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)**. Diese Geldleistung bezogen 2002 jahresdurchschnittlich 79.700 Personen, 31% oder 18.900 mehr als im Vorjahr.

## 2. Berufliche Weiterbildung, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, Sprachkurse

### Berufliche Weiterbildung im Jahresverlauf zunehmend

**Berufliche Weiterbildung** hat im Jahresverlauf 2002 an Bedeutung gewonnen. So haben insgesamt 273.200 Personen

eine derartige Maßnahme begonnen, 5% oder 12.000 mehr als im Vorjahr. Der Teilnehmerbestand erhöhte sich im Jahresverlauf um 3% oder 5.200 auf 194.700. Jahresdurchschnittlich wurden dagegen weniger Menschen gefördert; mit 202.600 nahm der Bestand um 3% oder 6.400 ab. Allerdings beruht dies allein auf der ungünstigen Entwicklung im Jahr 2001 (Unterhangeffekt).

An Maßnahmen der **Eignungsfeststellung und Trainingsmaßnahmen** zur Verbesserung der Eingliederungschancen nahmen 2002 erneut wesentlich mehr Arbeitslose teil als im Vorjahr. Ausschlaggebend dafür waren gesetzliche Änderungen zur Erweiterung des förderfähigen Personenkreises, aber auch zum Inhalt von Eignungsfeststellungsmaßnahmen. So können derartige Maßnahmen jetzt auch im Vorfeld von Eingliederungsvereinbarungen zur Eignungsermittlung und zur Feststellung von Umständen, die die berufliche Eingliederung erschweren, herangezogen werden. Im Jahresverlauf traten 545.400 Personen in eine solche Maßnahme ein (+61% oder +206.900). Im Jahresdurchschnitt gab es 40.300 Teilnehmer (+32% oder +9.700).

**Deutsch-Sprachlehrgänge** wurden wiederum etwas weniger nachgefragt; im Berichtsjahr gab es 42.200 Eintritte in geförderte Deutsch-Sprachlehrgänge, dies waren 1% oder 700 Personen weniger als im Vorjahr. Von ihnen waren 28.300 Spätaussiedler (-9%) und 14.000 Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge (+19%). Die jahresdurchschnittliche Teilnehmerzahl verringerte sich um 5% oder 900 auf 18.600. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Zuzüge von Spätaussiedlern gegenüber Vorjahr abgenommen haben (-7% oder -5.500 auf 70.200).

### 3. Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Für behinderte Menschen können im Rahmen der Teilhabe am Arbeitsleben allgemeine, aber auch besondere und diese ergänzende Leistungen erbracht werden, soweit nur so das Teilhabeziel erreicht werden kann.

#### Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Änderungen des SGB III und des SGB IX, aber auch die Weiterentwicklung der Fachaufgaben haben eine neue Statistik im Bereich der beruflichen Eingliederung behinderter Jugendlicher und Erwachsener erforderlich gemacht. Diese wurde mit Beginn des Jahres 2002 als Statistik über die „Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben“ eingeführt.

Wegen wesentlicher Änderungen im Reha-Verfahren auf Grund des SGB IX sind Vorjahresvergleiche nicht möglich.

Im Jahr 2002 kamen im Rahmen der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben 83.400 **Ratsuchende** neu auf die Arbeitsämter zu. Um die berufliche Ersteingliederung ging es bei 41.300, um die berufliche Wiedereingliederung bei 42.100 Personen. Gleichzeitig wurde für 125.200 Menschen das Rehabilitationsverfahren abgeschlossen. Im Jahresdurchschnitt wurden 295.200 Rehabilitanden gezählt.

In **berufsfördernde Maßnahmen** traten im Berichtsjahr 110.800 behinderte Menschen ein, davon 55.800 im Bereich der Ersteingliederung und 54.900 im Bereich der Wiedereingliederung. Im Jahresdurchschnitt befanden sich 90.900 behinderte Menschen in Maßnahmen (Ersteingliederung: 60.100; Wiedereingliederung: 30.700).

Die Beteiligung an berufsfördernden Maßnahmen wird auch **finanziell unterstützt**. Im Jahresdurchschnitt 2002 erhielten 46.000 Rehabilitanden Ausbildungsgeld während einer beruflichen Erstausbildung oder eines darauf vorbereitenden Lehrgangs (+12%). Zudem wurden mit 3.900 erneut wesentlich mehr Jugendliche mit Berufsausbildungsbeihilfe gefördert (+26%). 17.100 erwachsene Rehabilitanden bezogen Übergangsgeld (+17%) und 15.000 Unterhaltsgeld (+4%).

### 4. Beschäftigungschaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes

In **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)** befanden sich jahresdurchschnittlich 39.200 Personen mit ungünstigen Arbeitsmarktchancen, 23% oder 11.400 weniger als 2001. Dabei verringerten sich die Eintritte um 16% oder 9.700 auf 52.200.

#### Jahresdurchschnittlich erneut wesentlich weniger Teilnehmer

Die meisten ABM-Beschäftigten waren auch 2002 in den Bereichen Soziale Dienste (jahredurchschnittlich: 30%; Vorjahr: 29%) sowie Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau tätig (unverändert 17%), gefolgt von Büro und Verwaltung (9%; Vorjahr: 10%) sowie Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließung/Hochbau (8%; 9%).

Die **Zielgruppenorientierung** ist bei ABM nach wie vor sehr ausgeprägt. So waren 2002 durchschnittlich 73% aller geförderten Arbeitnehmer den besonders förderungsbedürftigen Personengruppen gem. § 11 Abs. 2 Ziffer 2 SGB III zuzurechnen (Vorjahr: 78%). Dabei sank der Anteil jener ABM-Beschäftigten weiter, die zuvor bereits länger als ein Jahr arbeitslos waren, nämlich auf 65% (Vorjahr: 72%). Offenbar werden ABM zunehmend zur Verhinderung des Eintritts von Langzeitarbeitslosigkeit genutzt. Der Anteil der Älteren stieg auf 26% (23%). Jüngere waren mit 20% und gesundheitlich Eingeschränkte mit 13% wenig verändert beteiligt (vgl. Tabelle II.E.4).

Maßnahmen des Typs „**Arbeiten und Lernen**“ ermöglichen jüngeren Arbeitslosen neben einer Teilzeitbeschäftigung eine berufliche Qualifizierung. Daran nahmen 2002 erneut weniger Personen teil, nämlich mit jahresdurchschnittlich 5.200 (Vorjahr: 6.500).

Eine **traditionelle Strukturanpassungsmaßnahme (SAM)** begannen 2002 insgesamt 10.700 Personen, dies entspricht einer Abnahme von 7% oder 800. Im Jahresdurchschnitt waren mit 10.600 Personen dagegen 3% oder 300 mehr beschäftigt als im Vorjahr.

In den Bereichen Umweltsanierung waren im Jahresdurchschnitt 36% tätig (Vorjahr: 38%), in sozialen Diensten 35% (37%) und in der Jugendhilfe 12% (13%). Mehr als die Hälfte der so Beschäftigten war zuvor langzeitarbeitslos, etwa jeder Zehnte von Arbeitslosigkeit bedroht und knapp ein Drittel älter als 50 Jahre.

## 5. Förderung regulärer Beschäftigung

### ... deutlich verstärkt

Neben ABM und traditionellen SAM, die den „zweiten Arbeitsmarkt“ ausmachen, gibt es Fördermöglichkeiten, mit deren Hilfe Arbeitslose direkt in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen („erster Arbeitsmarkt“). Diese Leistungen, die insbesondere an Arbeitgeber gezahlt werden, haben im Berichtsjahr – anders als im Vorjahr – nennenswert zugenommen. Maßgebend dafür ist die Umorientierung aktiver Arbeitsmarktpolitik zugunsten der direkten Förderung regulärer Beschäftigung. Im Verlauf des Jahres 2002 konnten insgesamt 204.600 Personen auf diese Weise eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, 23% oder 38.500 mehr als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.E.2). Im Jahresdurchschnitt wurden 110.400 Arbeitnehmer gefördert (ohne Arbeitnehmerhilfe); dies entspricht einer Zunahme von 7% oder 7.600. Im Einzelnen:

- **Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW)** können (seit 1998) auch in Berlin-West in Anspruch genommen werden. Im Verlauf des Jahres 2002 traten erneut nur noch weniger als 100 Personen in solche Maßnahmen ein, der Bestand belief sich im Jahresdurchschnitt auf 100 (Vorjahr: 400). Wie bisher ist dies auf die Einschränkung der Förderkonditionen im Jahr 2001 zurückzuführen.

- Mit Hilfe von **Eingliederungszuschüssen<sup>4)</sup>** nahmen im Berichtsjahr 87.000 Arbeitslose eine Tätigkeit auf, dies sind beträchtlich mehr als im Vorjahr (+39% oder +24.300). Jahresdurchschnittlich wurden mit 47.600 allerdings kaum mehr Arbeitnehmer gefördert (+1% oder +600). Unverändert vier Fünftel von ihnen gehörten zu den besonders förderungsbedürftigen Personengruppen; 54% waren zuvor länger als ein Jahr arbeitslos, 53% über 50 Jahre alt und 3% schwerbehindert.
  - Mit Hilfe von **Einstellungszuschüssen bei Neugründungen** begannen 8.200 Personen eine unbefristete Tätigkeit, deutlich mehr als im Vorjahr (+19% oder +1.300). Im Jahresdurchschnitt wurden mit 5.100 Beschäftigten aber weniger gefördert (–7% oder –400); darunter waren 20% zuvor Langzeitarbeitslose, 10% Jüngere unter 25 Jahre und 7% Ältere über 50 Jahre.
  - Im Jahr 2002 nahmen mit dem neuen Instrument **Einstellungszuschuss bei Vertretung** 350 Arbeitslose eine Beschäftigung auf; jahresdurchschnittlich wurden knapp 100 Personen gefördert.
  - Das ebenfalls neue Instrument **Arbeitsentgeltzuschuss** bei Weiterbildung Ungelernter bzw. von Arbeitslosigkeit Bedrohter wurde im Laufe des Berichtsjahres 600 Personen gewährt; jahresdurchschnittlich sind so gut 100 Ungelernte oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte gefördert worden.
  - Mit **Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose** haben beträchtlich weniger Personen ihre Arbeitslosigkeit beendet. 2002 begannen nur noch 18.900 zuvor Langzeitarbeitslose eine so gestützte Beschäftigung, dies ist eine Abnahme von 39% oder 12.000; die jahresdurchschnittliche Zahl der geförderten Arbeitnehmer verringerte sich um 13% auf 18.500.
  - Die Aufnahme **selbstständiger Tätigkeiten** wurde dagegen wesentlich kräftiger unterstützt. Die Zahl der 2002 mit **Überbrückungsgeld** neu geförderten Existenzgründer bewegte mit 89.000 beträchtlich über der des Vorjahres (+38% oder +24.500). Im Durchschnitt des Jahres wurden 38.900 Personen gefördert (+35% oder +10.200). Dies spiegelt einerseits den Mangel an passenden Angeboten abhängiger Beschäftigungen wieder, andererseits verstärkte Aktivitäten im Rahmen der Vermittlungsoffensive.
- Leistungen an Arbeitnehmer zur **Unterstützung der Beratung und Vermittlung (UBV)** sowie **Mobilitätshilfen (MOBI)** sollen finanzielle Hindernisse ausräumen, die einer Arbeitsaufnahme entgegenstehen. UBV-Leistungen wurden im Berichtsjahr 375.100 mal und damit wesentlich öfter gewährt (+27% oder +79.500); MOBI dagegen in kaum mehr Fällen, nämlich in 40.100 (+1% oder +600).

<sup>4)</sup> Ohne Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen gem. § 222a SGB III (Zugänge im Jahr 2002: 13.200) und Lohnkostenzuschüsse gem. Artikel 8 Jugendsofortprogramm (jahresdurchschnittlicher Bestand 2002: 26.100).

## 6. Freie Förderung

### ... zuletzt weniger stark genutzt

Freie Förderung hat nicht weiter zugenommen. So sind im Laufe des Jahres für insgesamt 345.300 Personen Leistungen

bewilligt worden, das ist ein Minus von 7% oder 24.400. Die Abnahme beruht auch darauf, dass ein Teil der bisher aus Mitteln der freien Förderung erbrachten Leistungen in das Regelwerk des SGB III überführt wurde (insbesondere Beauftragung Dritter nach § 37a und Vermittlungsgutschein nach § 421g). Damit verengt sich der potenzielle Einsatzbereich der Leistungen Freier Förderung.

Das vielfältige Förderspektrum umfasst zum einen die gezielte Einzelfallförderung – i.d.R. erfolgen diese Hilfen im Rahmen einer konkreten Stellenbesetzung –, zum anderen Maßnahmen, die flexibel regionalen Besonderheiten und/oder bestimmten Personengruppen angepasst werden.<sup>5)</sup> U.a. wurden folgende Maßnahmen finanziert: Zuschüsse zur Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung, individuell zugeschnittene Qualifizierungselemente als Voraussetzung für die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, Prämien zur Umwandlung geringfügiger in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, flankierende individuelle Hilfen zur sozialen Stabilisierung, Beschäftigungsaufnahmen im europäischen Ausland.

## 7. Beteiligung von Frauen an Arbeitsmarktpolitik

### .... nur zum Teil ausreichend

Beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente sollen Frauen gem. § 8 Abs. 2 SGB III „mindestens entsprechend

ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden“. Der Anteil der Frauen am Arbeitslosenbestand betrug 2002 jahresdurchschnittlich 42,9% (Vorjahr: 44,4%); ihre relative Betroffenheit 40,4% (vgl. Kasten „Frauenförderung“).

Bei beruflicher Weiterbildung sowie Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen wurde die Vorgabe des § 8 Abs. 2

SGB III deutlich überschritten. So stellten Frauen im Jahresdurchschnitt 52,0% der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung sowie 45,6% der Personen in Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (Vorjahr: 51,2% bzw. 46,0%). Bei Eintritten in berufliche Weiterbildung betrug der Frauenanteil 47,5% und bei jenen in Trainingsmaßnahmen 44,4% (Vorjahr: 47,7% bzw. 42,5%; zum Vergleich Frauenanteil am Zugang in Arbeitslosigkeit: 41,2%)

Bei **Beschäftigungschaffenden Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes** waren Frauen weiterhin weniger als gesetzlich gefordert vertreten. So betrug ihr Anteil am jahresdurchschnittlichen Bestand der ABM-Beschäftigten 38,1% und an den Beschäftigten in traditionellen SAM 37,8% (Vorjahr jeweils 38,5%). Bei den Eintritten in BSM des zweiten Arbeitsmarktes waren sie ebenfalls ungenügend beteiligt (ABM: 34,3%; SAM traditionell: 31,9%; zum Vergleich Frauenanteil am Zugang in Arbeitslosigkeit: 41,2%).

An der Förderung von **Beschäftigungsverhältnissen am ersten Arbeitsmarkt** partizipierten Frauen nach wie vor bei SAM OfW mit jahresdurchschnittlich 45,9% aller geförderten Arbeitnehmer über dem vorgeschriebenen Umfang (Vorjahr: 45,2%). Entsprechendes gilt für den neuen Einstellungszuschuss bei Vertretung mit einem Anteil von 46,8%. Dagegen blieben die Frauen mit 37,8% beim Eingliederungszuschuss wie bisher unter der Vorgabe (Vorjahr: 37,7%). Deutlich unterrepräsentiert waren sie weiterhin auch bei Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose (36,6%; Vorjahr: 35,0%).

Von den Empfängern von Überbrückungsgeld zur **Förderung einer selbstständigen Tätigkeit** waren jahresdurchschnittlich gut 28% weiblich. Obwohl dieser Anteil weit von der Maßgabe des SGB III entfernt ist, entspricht er jedoch etwa dem Anteil der Frauen an den Selbstständigen.

In das **Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** (in Kraft seit 1.1.1999) sollen junge Frauen und Mädchen entsprechend ihrem Anteil an den nicht vermittelten Bewerbern für Berufsausbildungsstellen bzw. an der Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen einbezogen werden; ersterer betrug Ende September 47,4% (Vorjahr: 48,5%),

<sup>5)</sup> Vgl. Christian Brinkmann, Walter Schmitt: Evaluation und Potentiale zur Weiterentwicklung der „Freien Förderung“ nach § 10 SGB III, ibv, Nr. 1 vom 6.1.1999 sowie Frank Wießner: Raum für Experimente; Frei fördern und forschen, IAB-Materialien Nr.2/2002

#### Frauenförderung

Mit dem Job-AQTIV-Gesetz wurde der § 8 SGB III – Frauenförderung – präzisiert. Demnach sollen Frauen auch entsprechend ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit gefördert werden. Diese ist wie folgt zu ermitteln:

$$\text{Förderanteil Frauen} = \frac{\text{Anteil an arbeitslosen Frauen} \times \text{Arbeitslosenquote Frauen}}{\text{Anteil an arbeitslosen Frauen} \times \text{Arbeitslosenquote Frauen} + \text{Anteil an arbeitslosen Männern} \times \text{Arbeitslosenquote Männer}}$$

letzterer jahresdurchschnittlich 37,3% (39,2%). Diese Vorgaben wurden überwiegend nicht erfüllt. An den Eintritten waren Frauen nur noch zu 35,5% beteiligt (Vorjahr: 37,5%); da sie aber stärker längerfristige Maßnahmen in Angriff nahmen, stellten sie 37,6% aller im Jahresdurchschnitt geförderten Jugendlichen (40,6%).

Die Arbeitslosigkeit Älterer wird nach wie vor durch die **Regelung des § 428 des SGB III** entlastet; 34,5% dieser Leistungsempfänger waren Frauen (Vorjahr: 34%).

Die **Entlastung der Arbeitslosigkeit durch den Instrumenteneinsatz** kam jahresdurchschnittlich gut 37% Frauen zugute und erreichte damit die Vorgabe des § 8 Abs. 2 SGB III weiterhin nicht.

## 8. Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft

### ... anhaltend gering

Der Arbeitsmarkt, besonders in den Außenberufen, wird auch von jahreszeitlichen Faktoren beeinflusst. Vor allem in der Bauwirtschaft geht regelmäßig im Winter die Beschäftigung zurück und die Arbeitslosigkeit steigt. Zur Vermeidung bzw. Reduzierung saisonaler Arbeitslosigkeit zahlt die Bundesanstalt für Arbeit **Mehraufwands-Wintergeld, Zuschuss-Wintergeld und Winterausfallgeld**.

Im „Winterbau-Geschäftsjahr“ 2001/2002 (1.11.2001 bis 31.10.2002) wurde das **Winterausfallgeld** weiterhin etwas stärker in Anspruch genommen als in den Vorjahren. So bewilligten die Arbeitsämter 2001/2002 für 15,23 Mio witterungsbedingt ausgefallene Arbeitsstunden diese Leistung (Vorjahreszeitraum: 14,12 Mio). Davon wurden für 6,68 Mio Ausfallstunden umlagefinanziertes und für 8,55 Mio beitragsfinanziertes Winterausfallgeld gewährt (Vorjahr: 6,40 Mio bzw. 7,71 Mio).

## 9. Vorruhestandsregelungen / Gleitende Übergänge in den Ruhestand

### Weiter mehr Altersteilzeitarbeit – wesentlich mehr Vorruhestand

Das Interesse an **Altersteilzeitarbeit** hat seit Inkrafttreten des Altersteilzeitgesetzes (AtG) im Jahr 1996 bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern kontinuierlich zugenommen. Das AtG erleichtert Arbeitnehmern ab dem 55. Lebensjahr den gleitenden Übergang in den Ruhestand, gleichzeitig soll es der zunehmenden Frühverrentung begegnen. Die Bundesanstalt für Arbeit unterstützt dies finanziell, sofern der Arbeitgeber für den in Altersteilzeit gegangenen Arbeitnehmer einen Arbeitslosen einstellt oder einen Arbeitnehmer nach Abschluss der Ausbildung übernimmt. Bei Kleinunternehmen kann die Leistung auch gewährt werden, wenn ein Auszubildender beschäftigt wird. Im Jahr 2002 wur-

den mit 42.200 Anträgen auf Förderung von Altersteilzeit wiederum spürbar mehr als im Vorjahr bewilligt (+7% oder +2.800). Gleichzeitig befanden sich wesentlich mehr Arbeitnehmer in Altersteilzeit, nämlich jahresdurchschnittlich 48.500 (+22% oder +8.700). Die Zahl aller Fälle ist aber wesentlich größer. Denn zahlreiche Arbeitnehmer befinden sich in Altersteilzeitarbeit, treten aber wegen der „Verblockung“ der Arbeitszeit förderungsrechtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt in Erscheinung. Zudem wird Altersteilzeit vielfach auch ohne Stellen-Wiederbesetzung und damit ohne Förderung durch die Bundesanstalt genutzt.

Geförderte Altersteilzeit konzentriert sich wie bisher auf die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kfz-Teilen, die öffentliche Verwaltung, den Maschinenbau, die Chemische Industrie, das Gesundheits- und Sozialwesen und das Kreditgewerbe. In jüngster Zeit werden immer häufiger tarifvertragliche Regelungen zur Altersteilzeit vereinbart; bisher sind der Bundesanstalt bundesweit 650 bekannt geworden.

Weiterhin von wesentlich größerer Bedeutung als geförderte Altersteilzeit ist die **Regelung gem. § 428 SGB III**, die gleichsam die Funktion eines Vorruhestandes erfüllt. Danach können 58-jährige und ältere Personen nämlich auch dann Entgeltersatzleistungen von der Bundesanstalt beziehen, wenn sie für die Arbeitsvermittlung nicht mehr voll verfügbar und damit nicht mehr arbeitslos sind. Die Inanspruchnahme war 2002 mit jahresdurchschnittlich 190.500 Leistungsempfängern erneut zunehmend größer als im Vorjahr (+37% oder +51.100; vgl. Abschnitt II.C.2). Darauf waren auch die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vermittlungsoffensive von Einfluss (vgl. Abschnitt II.D.1).

Die Übergänge in die **vorgezogene Altersrente** (§ 237 SGB VI) haben nicht weiter zugenommen. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger sind 2002 insgesamt 109.600 Personen nach wenigstens einjähriger Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit und nach Vollendung des 60. Lebensjahres vorzeitig in Ruhestand gegangen (2001: 124.400). Ende 2002 betrug die Zahl dieser Frührentner im erwerbsfähigen Alter 539.100 (Ende 2001: 570.400).

Schließlich ist auch die zunehmende Zahl der **Erwerbsunfähigkeitsrentner** in Rechnung zu stellen, die wegen ihrer gesundheitlichen Einschränkungen und des schwierigen Arbeitsmarktes nicht mehr vermittelt werden können. So kommt es bei der Bewilligung der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nicht nur auf das Ausmaß der gesundheitlich bedingten Leistungseinschränkung an, sondern auch auf die Möglichkeit, das Restleistungsvermögen auf dem Arbeitsmarkt zu verwerten. Versicherte, die zwar noch eine Teilzeitarbeit verrichten könnten, aber innerhalb eines Jahres nicht zu vermitteln waren, gelten demnach als grundsätzlich erwerbsunfähig und erhalten – zumindest zeitlich befristet – Erwerbsunfähigkeitsrente (§ 44 SGB VI). 2002 wurden 57.700 arbeitsmarktbedingte Erwerbsunfähigkeitsrenten bewilligt (2001: 33.200; 2000: 55.900). Dies entspricht einem Fünftel aller neu zugegangenen Erwerbsunfähigkeitsrenten.



## 10. Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik

### Deutlich mehr für Entgeltersatzleistungen – etwas weniger für aktive Arbeitsmarktpolitik

Insgesamt waren die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in den alten Ländern 2002 höher als im Vorjahr. Einschließlich

der Leistungen, die die Bundesanstalt zu Lasten des Bundeshaushalts gewährt, wurden 46,56 Mrd € ausgegeben, 5,51 Mrd € mehr als 2001 (vgl. Tabelle II.E.6). Dabei sind vor allem die Ausgaben für Entgeltersatzleistungen deutlich, jene für die **aktive Arbeitsförderung** weniger stark gestiegen. Die Bundesanstalt und der Bund wendeten 2002 für letztere insgesamt 12,88 Mrd € auf, das waren 0,68 Mrd € mehr als 2001. Dabei wurden im Rahmen des Eingliederungstitels, der die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung enthält, mit 7,13 Mrd € weniger ausgegeben (–100 Mio €).

Betrachtet man die Leistungen im Einzelnen, gab es nennenswerte Zunahmen bei Eingliederungszuschüssen (+26 Mio auf 573 Mio €) und der Förderung selbstständiger Tätigkeiten (+192 Mio € auf 768 Mio €), aber vor allem bei Trainingsmaßnahmen (einschl. der neuen Eignungsfeststellungsmaßnahmen; +93 Mio auf 290 Mio €) sowie bei der individuellen beruflichen Rehabilitation behinderter Menschen (+237 Mio auf 2,10 Mrd €). Dagegen waren die Ausgaben für ABM (–170 Mio auf 694 Mio €) und berufliche Weiterbildung (–144 Mio auf 4,04 Mrd €) spürbar, jene für Maßnahmen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit etwas geringer (–18 Mio auf 505 Mio €).

Vor allem die Ausgaben für **Entgeltersatzleistungen** haben außergewöhnlich zugenommen. Insgesamt wurden im Jahr 2002 für solche „passiven“ Leistungen 29,48 Mrd € ausgegeben, 4,57 Mrd € oder 18% mehr als 2001. Dabei entfällt die Zunahme zum größten Teil auf Ausgaben beim Arbeitslosengeld (+2,85 Mrd € oder +17% auf 19,25 Mrd €; Arbeitslosenhilfe: +1,15 Mrd € oder +15% auf 8,67 Mrd €). Die Ausgabenerhöhung beim Arbeitslosengeld beruht allein auf der konjunkturell bedingten Zunahme der Zahl der Empfänger dieser Lohnersatzleistung (+19%); die durchschnittlichen Ausgaben pro Leistungsempfänger gingen leicht zurück. Dagegen sind die gestiegenen Ausgaben für Arbeitslosenhilfe sowohl auf einer Zunahme bei der Zahl der Leistungsempfänger (+15%) als auch bei den durchschnittlichen Ausgaben pro Arbeitslosenhilfeempfänger zurückzuführen (vgl. Abschnitt II.C.2.4).

Da die Ausgaben für aktive Arbeitsförderung weniger gestiegen sind als jene für „passive“ Entgeltersatzleistungen hat der **Anteil der Aufwendungen für aktive Arbeitsmarktpolitik an den Gesamtausgaben** 2002 erneut abgenommen, er betrug 27,7% (Vorjahr: 29,7%). Dementsprechend hat sich auch die Relation der Aufwendungen für aktive Arbeitsmarktpolitik zu Entgeltersatzleistungen weiter verschlechtert; sie lag 2002 bei 1 zu 2,29 nach 1 zu 2,04 im Vorjahr, aber noch 1 zu 1,23 im Jahr 1991.

Mit Mitteln des **Europäischen Sozialfonds** werden Leistungen nach dem SGB III ergänzt, insbesondere im Bereich der beruflichen Qualifizierung (sog. ESF-BA-Programm, früher AFG-Plus). Mit dem Jahr 2000 begann ein neuer Förderzeitraum bis 2006; die Ausgaben betragen im Jahr 2002 insgesamt 165 Mio €.

## 11. Eingliederungsbilanz

Nach § 11 SGB III hat jedes Arbeitsamt nach Abschluss eines Geschäftsjahres über seine Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung eine Eingliederungsbilanz zu erstellen. Diese soll Aufschluss über den Mitteleinsatz, die geförderten Personengruppen und die Wirksamkeit der Förderung geben.<sup>6)</sup>

### ... belegt Integrationseffekte aktiver Arbeitsförderung

Von den **Gesamtausgaben des Eingliederungstitels** in Höhe von 7,13 Mrd € entfielen im Berichtsjahr 57% auf die Förderung beruflicher Weiterbildung (Vorjahr 58%), 10% auf ABM (12%), unverändert 8% auf Eingliederungszuschüsse und 8% auf die Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher (7%). Dabei haben die Arbeitsämter – der örtlichen Arbeitsmarktlage entsprechend – unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt; generell wurde stärker in Richtung direkte Förderung regulärer Beschäftigung umgesteuert.

Bei insgesamt geringerem Umfang des Eingliederungstitels und gleichzeitig höheren Arbeitslosenzahlen sank die **Aktivierungsquote**<sup>7)</sup> 2002 gegenüber Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf 15,2 Prozent.

Die **Verbleibsquote**<sup>8)</sup> gibt erste Hinweise auf die Effekte der Förderung; sie weist aus, wie viele Teilnehmer sechs Monate nach Abschluss einer Maßnahme nicht mehr arbeitslos gemeldet sind. Für die im Eingliederungstitel zusammengefassten Maßnahmen ergibt sich eine durchschnittliche Verbleibsquote von 74% (ohne Trainingsmaßnahmen). Damit war sie um 3 Prozentpunkte geringer als im Vorjahr, primär wohl deshalb, weil die Teilnehmer ihre Maßnahmen größtenteils in einer Zeit konjunkturelle Schwäche beendeten. Somit waren auch die Eingliederungschancen der Maßnahmeabsolventen einge-

<sup>6)</sup> Die bundesweiten Ergebnisse der Eingliederungsbilanz 2002 werden ausführlich dargestellt und erläutert in einer Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), die voraussichtlich im vierten Quartal 2003 erscheint.

<sup>7)</sup> Die Aktivierungsquote gibt an, wie viele Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf 100 Arbeitslose plus Geförderte im Jahresdurchschnitt kommen.

<sup>8)</sup> Die Aussagekraft der Verbleibsquote für wirkungsanalytische Fragen ist jedoch begrenzt, denn sie beantwortet nicht die Frage, wie viele Personen nur aufgrund der Förderung eine Beschäftigung aufgenommen haben. Hierzu und zu weiteren Problemen vgl. Christian Brinkmann: Zielcontrolling und Evaluation im Rahmen der Arbeitsförderung; IAB-Werkstattbericht Nr. 2 vom 5.2.1999; Dieter Blaschke und Elisabeth Nagel: Statistische Explorationen im Vorfeld der Eingliederungsbilanz – Monitoring – der Verbleibsquote, in: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 32. Jg.(1999), Heft 2, S. 185–2002

schränkt. Die zentralen arbeitsmarktpolitischen Instrumente zeigen für Teilnehmer, die ihre Maßnahme im Zeitraum von Juli 2001 bis Juni 2002 beendeten, folgende Ergebnisse:

- Mit 88% hat das **Überbrückungsgeld** bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit weiterhin eine sehr hohe Verbleibsquote (Vorjahr 91%). Der Schritt in die Selbstständigkeit wird offensichtlich sehr sorgfältig vorbereitet. Aufgrund des finanziellen Einsatzes, den jeder Existenzgründer selbst zu leisten hat, wird die selbstständige Tätigkeit auch nicht ohne weiteres wieder aufgegeben.
- Auch **Eingliederungszuschüsse**, die an Arbeitgeber zur Integration vor allem von Zielgruppen in reguläre Arbeit gewährt werden, erreichten mit 80% ebenfalls eine hohe Quote (83%). Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass bei diesem Instrument die Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers nach Abschluss der Förderdauer eine Leistungsvoraussetzung ist.
- Von den Personen, die eine **berufliche Weiterbildung** abgeschlossen hatten, konnten 70% ihre Arbeitslosigkeit innerhalb von sechs Monaten danach beenden (74%). Dies spricht nach wie vor für die Qualität der Bildungsmaßnahmen und ihre Arbeitsmarktausrichtung, aber eben auch für konjunkturell bedingte Dämpfung.
- 58% der **ABM-** und 65% der in **traditionellen SAM** Beschäftigten waren sechs Monate nach Abschluss der Maßnahmen nicht mehr arbeitslos (60% bzw. 65%). Diese relativ niedrigeren Verbleibsquoten beruhen – den spezifischen Ausrichtungen dieser Maßnahmen entsprechend – vor allem darauf, dass hier ganz überwiegend Problemgruppen beschäftigt werden; deren Vermittlungshemmnisse können – bei einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von neun Monaten – durch eine BSM nur begrenzt abgebaut werden.

Für das Geschäftsjahr 2001 wurde erstmalig die **Eingliederungsquote** für Absolventen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ausgewiesen<sup>9)</sup>. Sie gibt den Anteil der Absolventen von Maßnahmen aktiver Arbeitsförderung an, die sechs Monate nach Maßnahmeende eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (einschl. einer geförderten Beschäftigung) haben. Danach waren von den Teilnehmern, die im Zeitraum Juli 2000 bis Juni 2001 eine Maßnahme (ohne Überbrückungsgeld, das selbstständige und damit nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung fördert) beendet hatten, 51% nach einem halben Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die höchsten Eingliederungsquoten wiesen Eingliederungszuschüsse (73%) und Einstellungszuschüsse bei Neugründungen (70%) auf, die geringsten ABM (42%), aber auch berufliche Weiterbildung (48%).

Bei der Interpretation von Verbleibs- und Eingliederungsquoten muss berücksichtigt werden, dass die Eingliederung Arbeitsloser erheblich von Angebot und Nachfrage auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt beeinflusst wird. Dies zeigt besonders ein Ost-West-Vergleich; so sind in den neuen Ländern die Eingliederungsquoten bei beruflicher Weiterbildung um 12 Prozentpunkte und bei ABM um 17 Prozentpunkte niedriger als im Westen. Entsprechend müssen auch bei einem Vergleich von

Arbeitsamtsbezirken die unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen berücksichtigt werden.

### 3. Neue Länder

Auch im Jahr 2002 haben die neuen Länder wirtschaftlich nicht zu den alten Ländern aufgeschlossen (vgl. Teil I); **Arbeitsmarktpolitik** kommt

#### Brücken zu neuer Beschäftigung und Entlastung des Arbeitsmarktes

deshalb weiterhin eine wichtige Funktion zu. Sie federt nicht nur den anhaltenden Beschäftigungsabbau in einigen wichtigen Sektoren der Wirtschaft ab, sondern trägt auch dazu bei, dass den Betrieben bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung möglichst gut und passend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Zugleich leistet Arbeitsmarktpolitik einen Beitrag zum sozialen Ausgleich und Frieden. Diese sozialpolitische Dimension ist nicht weniger real als die ökonomische und ist bei der Beurteilung von Integrationserfolgen zu berücksichtigen.

Allerdings kann Arbeitsmarktpolitik stets nur eine **flankierende Rolle** spielen. Denn ein selbsttragendes Beschäftigungssystem ist letztlich nur auf der Basis einer auch international wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft möglich. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, muss deshalb in erster Linie die Wirtschaft, unterstützt durch die Politik, einen breiten Strom privater Investitionen in Gang setzen. Auf diesem Weg sind die neuen Länder auch 2002 nicht entscheidend vorangekommen. Zwar hat sich das Verarbeitende Gewerbe weiterhin gut entwickelt. Aber angesichts des Zwangs, einen nach wie vor bestehenden Produktivitätsrückstand aufzuholen, sowie struktureller Überkapazitäten, zumal in der Bauwirtschaft, fiel die Beschäftigung insgesamt wiederum hinter den Vorjahresstand zurück (vgl. Abschnitt II.B.3).

Alles in allem waren in den neuen Ländern im Jahresdurchschnitt 2002 erneut weniger Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen als 2001 (vgl. Tabellen II.E.1c und 2c). Trotz anhaltender starker Rückgänge haben Beschäftigungsschaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes nach wie vor große Bedeutung; mit jahresdurchschnittlich 129.400 waren dort immer noch viele Teilnehmer zu verzeichnen (gegenüber Vorjahr: –19%). Mit direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung förderten die Arbeitsämter jahresdurchschnittlich 111.900 Personen (+3%). An beruflicher Weiterbildung, der Wiedereingliederung von Behinderten sowie Deutsch-Sprachlehrgängen nahmen durchschnittlich 142.100 Personen teil (ohne Wiedereingliederung Behindertener: –5%). In Maßnahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, in berufsvorbereitenden Maßnahmen und in der Förderung benachteiligter Jugendlicher befanden sich mit 127.200 jungen Menschen dagegen mehr Teilnehmer (+7%).

<sup>9)</sup> Ausführlich vgl. Daten zu den Eingliederungsbilanzen 2001 – Ergänzung Eingliederungsquote; Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), 51. Jg., vom 31. Januar 2003.

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente haben den Arbeitsmarkt 2002 mit jahresdurchschnittlich 0,4 Mio um rd. 10.000 weniger als im Vorjahr entlastet.<sup>10)</sup> Auch im Jahresverlauf haben sie an Bedeutung verloren (−10.000).

## 1. Berufliche Ausbildung

### Ausbildungsstellenmarkt noch stärker gestützt

Angesichts der anhaltend schwierigen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt begannen 2002 erneut wesentlich

mehr Jugendliche eine **berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme**; ihre Zahl erhöhte sich gegenüber 2001 um 24% oder 9.000 auf 45.900. Im Einzelnen:

- In Maßnahmen zur Verbesserung **beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen** (BBE) mündeten 22.500 Jugendliche (+21%).
- Auch in **Grundausbildungslehrgänge** traten deutlich mehr Jugendliche ein, und zwar 9.100 (+26%).
- Einen **tip-Lehrgang** (testen, informieren, probieren) nahmen mit 3.000 Jugendlichen mehr als doppelt so viele wie 2001 auf (+127%).
- Mit 7.700 Eintritten von Behinderten in **Förderlehrgänge** hat sich auch diese Zahl spürbar erhöht (+14%).
- Maßnahmen der Berufsfindung bzw. Arbeitserprobung, eine blindentechnische Grundausbildung oder ein Arbeitstraining in einer Werkstatt für Behinderte begannen 3.600 Jugendliche (+19%).

Im Durchschnitt des Jahres 2002 befanden sich mit insgesamt 29.500 jungen Menschen wiederum deutlich mehr in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen als im Vorjahr (+15% oder +3.900). Darunter waren 14.200 Personen in BBE (+9%), 4.700 in Grundausbildungslehrgängen (+28%) und 400 in tip-Lehrgängen (+81%). Auch die Teilnehmerbestände in Maßnahmen für Behinderte sind mit 10.100 erneut spürbar gestiegen (+18%).

Außerdem fördert die Bundesanstalt die **berufliche Ausbildung benachteiligter Jugendlicher**; 2002 begannen insgesamt 37.400 Jüngere eine solche Maßnahme, 1% oder 300 mehr als im Vorjahr. Im Einzelnen:

- In Maßnahmen mit **ausbildungsbegleitenden Hilfen** (abH) während einer betrieblichen Ausbildung traten 14.600 Jugendliche ein (−3%).
- Im Anschluss an eine abH erhielten mit 1.800 Jugendlichen deutlich weniger eine **Übergangshilfe** (−20%).
- Dagegen begannen mit 21.000 Personen spürbar mehr eine **Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung** (BüE; +6%).

Im Jahresdurchschnitt 2002 wurden insgesamt 51.600 Jugendliche in solchen Maßnahme gefördert, 7% oder 3.500 mehr als im Vorjahr. Dabei machten 40.900 benachteiligte Jün-

gere eine Lehre in einer außerbetrieblichen Einrichtung (+8%), 10.100 erhielten ausbildungsbegleitende Hilfen (+3%) und praktisch unverändert 600 Übergangshilfen.

Um dem Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen abzuwehren, wurde von Bund und Ländern ein „Ausbildungsplatzprogramm Ost 2002“ aufgelegt. Es ermöglichte 14.300 Jugendlichen den Start ins Berufsleben. In Ausbildungsplätze des „Ausbildungsplatzprogramms Ost 2001“ mündeten 2002 noch 2.500 ein.<sup>11)</sup>

In eine der verschiedenen Maßnahmen des **Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** traten im Berichtsjahr deutlich weniger junge Menschen ein; mit 52.700 war es ein Minus von 25% oder 17.300. Gleichwohl wurden jahresdurchschnittlich etwas mehr Personen gefördert; mit 46.100 war es eine Zunahme um 2% oder 900.

**Berufsausbildungsbeihilfe** stellte im Jahresdurchschnitt 2002 für 62.200 Jugendliche finanzielle Mittel für eine Berufsausbildung oder die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme bereit; gegenüber Vorjahr waren das erneut wesentlich mehr (+11.000 oder +21%).

## 2. Berufliche Weiterbildung, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, Sprachkurse

Auch 2002 war die **Förderung beruflicher Weiterbildung** ein Schwerpunkt aktiver Arbeitsmarktpolitik; allerdings hat sie wei-

ter an Gewicht verloren. Im **Jahresdurchschnitt** 2002 lag der Teilnehmerbestand mit 129.000 um 5% oder 6.900 unter dem Vorjahreswert. Insgesamt begannen im Berichtsjahr mit 183.100 Personen 3% oder 5.300 weniger eine Weiterbildungsmaßnahme als 2001 (vgl. Tabelle II.E.3).

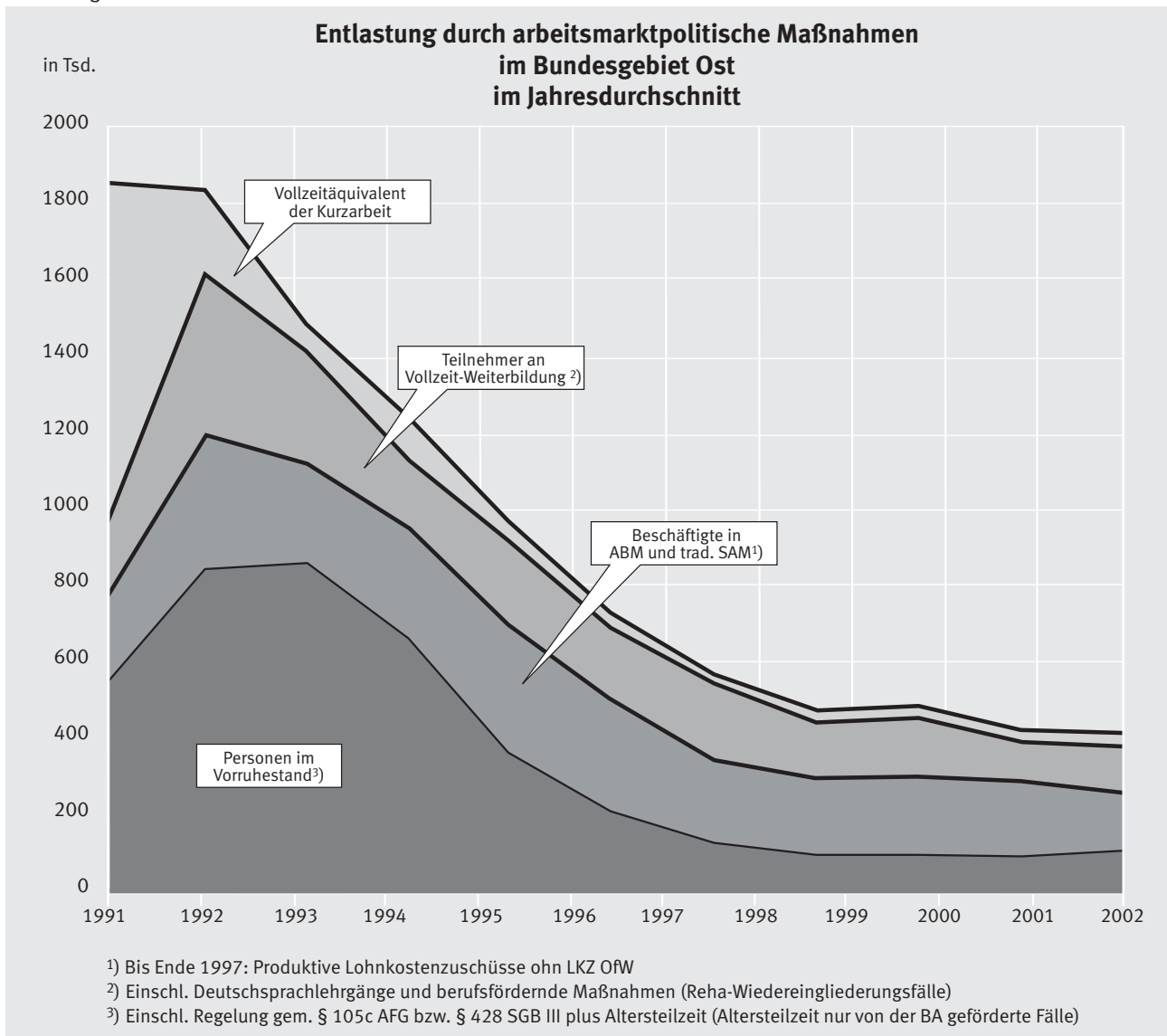
Besonders förderungsbedürftige Personengruppen (i.S.v. § 11 Abs. 2 Ziffer 3 SGB III) wurden im Berichtsjahr an beruflicher Weiterbildung relativ stärker beteiligt; ihr Anteil erhöhte sich auf 42% (Vorjahr: 39%). Bei rückläufigem Gesamtbestand nahm die Zahl der zuvor langzeitarbeitslosen Teilnehmer zu, und zwar jahresdurchschnittlich um 3%; damit stieg ihr Anteil an allen Teilnehmern auf 29% (27%). Die Zahl Schwerbehinderter erhöhte sich um 54%, ihr Anteil auf 3% (2%).

**Maßnahmen der Eignungsfeststellung und Trainingsmaßnahmen** wurden 2002 erneut wesentlich häufiger genutzt. Insgesamt begannen 331.600 Personen eine solche Maßnahme, dies bedeutet ein Plus von 46% oder 105.000 (zur Begründung vgl. Abschnitt II.E.2.2). Im Jahresdurchschnitt gab es 21.700 Teilnehmer (+5% oder +1.000).

<sup>10)</sup> Vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ sowie Tabelle II.C.6.

<sup>11)</sup> In den Zahlen der Ausbildungsprogramme Ost 2001 und 2002 sind auch Ausbildungsplätze in ergänzenden Programmen der Länder enthalten.

Abbildung II.E.1



2002 traten mit 10.800 Personen wiederum weniger in einen Deutsch-Sprachlehrgang ein als im Vorjahr (-7% oder -800). Hiervon waren 7.200 Spätaussiedler, deren Zuzugszahl zurückgegangen ist, und 3.700 Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge. Im Jahresdurchschnitt belief sich die Zahl der Teilnehmer auf 5.000, gegenüber 2001 eine Abnahme von 7% oder 400.

### 3. Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben<sup>12)</sup>

Im Jahr 2002 kamen im Rahmen der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben 23.800 **Ratsuchende** neu auf die Arbeitsämter zu. Um die berufliche Ersteingliederung ging es bei 16.100, um die berufliche Wiedereingliederung bei 7.800 Personen. Gleichzeitig wurde bei 48.000 Menschen das Rehabilitationsverfahren abgeschlossen. Im Jahresdurchschnitt wurden 134.700 Rehabilitanden gezählt.

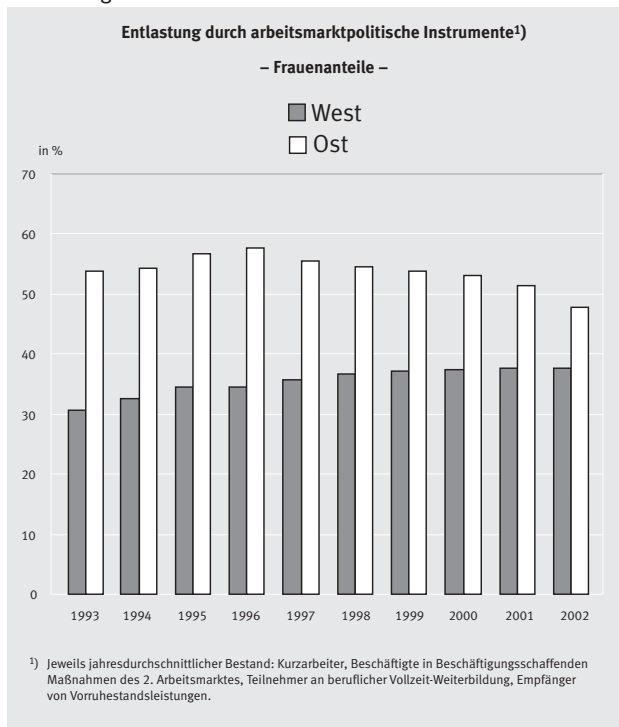
In **beruflfördernde Maßnahmen** traten im Berichtsjahr 39.600 behinderte Menschen ein, davon 23.900 im Bereich der Ersteingliederung und 15.700 im Bereich der Wiedereingliederung. Im Jahresdurchschnitt befanden sich 40.900 behinderte Menschen in Maßnahmen (Ersteingliederung: 32.800; Wiedereingliederung: 8.200).

2002 erhielten jahresdurchschnittlich 20.000 Behinderte **Ausbildungsgeld** zur Förderung der beruflichen Ersteingliederung, dies waren deutlich mehr als im Vorjahr (+13%).

Weitere 5.900 wurden mit Berufsausbildungsbeihilfen für Rehabilitanden gefördert, weil sie an nicht-behindertenspezifischen Bildungsmaßnahmen teilnehmen konnten (+43%). Von den erwachsenen Rehabilitanden erhielten im Jahresdurchschnitt 5.000 **Übergangsgeld** (+17%) und 3.900 **Unterhaltsgeld** (+7%).

<sup>12)</sup> Vgl. Kasten „Förderung der Teilhabe ...“ in Abschnitt II.E.2.3.

Abbildung II.E.2



## 4. Beschäftigungsschaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes

### ... weiter stark rückläufig

### Beschäftigungsschaffende Maßnahmen (BSM) des zweiten Arbeitsmarktes,

d.h. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen, haben im Zuge der Umorientierung zu Gunsten des ersten Arbeitsmarktes auch 2002 weniger Menschen mit ungünstigen Arbeitsmarktchancen eine befristete Tätigkeit geboten. So war der jahresdurchschnittliche Bestand mit 129.400 Teilnehmern um 19% kleiner als im Vorjahr. Gleichwohl wurde der Arbeitsmarkt nach wie vor erheblich gestützt und der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegengewirkt; darüber hinaus wurde auf diese Weise vielfach der Strukturwandel gefördert bzw. die Infrastruktur verbessert. Die Eintritte in solche Maßnahmen sind im Jahr 2002 ebenfalls weiter zurückgegangen, und zwar um 10% auf 154.800.

Im Jahresdurchschnitt 2002 waren 85.500 Personen in **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** tätig, 26% oder 30.500 weniger als 2001; die Eintritte reduzierten sich ebenfalls deutlich (-14% oder -17.700 auf 112.500). Ähnlich wie in den Vorjahren waren jahresdurchschnittlich 29% aller ABM-Beschäftigten im Maßnahmenfeld Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau tätig, gefolgt von den Sozialen Diensten (24%), Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließung/Hochbau (8%) sowie Büro und Verwaltung (8%). Die Beteiligung besonders förderungsbedürftiger Personengruppen an allen ABM-Beschäftigten lag mit 89% etwas niedriger (Vorjahr: 91%). Der Anteil der Teilnehmer, die vor Beginn der Maßnahme langzeitarbeitslos waren, hat sich weiter verringert, und zwar deutlich auf 78% (Vorjahr: 84%). Offenbar werden ABM – entsprechend

den geänderten Zuweisungsbedingungen – stärker bereits zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit genutzt.

Die Zahl der in traditionellen **SAM** Beschäftigten hat dagegen leicht zugenommen, nämlich jahresdurchschnittlich um 2% oder 1.000 auf 43.800; die Eintritte verringerten sich geringfügig, nämlich um 1/2% oder 200 auf 42.400. Von den in traditionellen SAM beschäftigten Personen arbeiteten jahresdurchschnittlich 29% in den Bereichen Umweltsanierung, gefolgt von den Sozialen Diensten (16%), der Jugendhilfe (9%) und der Kulturarbeit (8%). 78% der im Jahresdurchschnitt Geförderten gehörte zum Personenkreis der besonders Förderungsbedürftigen; 57% waren vor Beginn der Maßnahme langzeitarbeitslos und 53% älter als 50 Jahre (vgl. Tabelle II.E.5).

## 5. Förderung regulärer Beschäftigung

Zur direkten Aufnahme abhängiger oder selbstständiger Tätigkeiten am ersten Arbeitsmarkt hat die Bundesanstalt 2002

### ... insgesamt wieder zunehmend

insgesamt 162.300 Hilfen neu gewährt; dies sind – anders als im Vorjahr – im Zuge der Umorientierung der Arbeitsförderung in Richtung reguläre Beschäftigung mehr als 2001 (+3% oder +5.400). Die Zahl der im Jahresdurchschnitt geförderten Arbeitnehmer nahm mit 111.900 ebenfalls wieder zu (+3% oder +3.600). Dabei haben Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW) weiterhin deutlich abgenommen, dagegen insbesondere Eingliederungszuschüsse und Überbrückungsgeld spürbar zugelegt. Im Einzelnen:

- Durch **SAM OfW** konnten 2002 – infolge der seit 1999 massiv reduzierten Fördersätze – mit 11.000 Personen erneut erheblich weniger eine Beschäftigung aufnehmen als im Vorjahr (-59%). Entsprechend hat sich auch die Zahl der SAM-OfW-Beschäftigten vor allem im Jahresverlauf deutlich verkleinert; im Jahresdurchschnitt waren nur noch 12.900 Arbeitnehmer beschäftigt (-44%).
- Mit Hilfe von **Eingliederungszuschüssen**<sup>13)</sup> nahmen insgesamt 90.800 Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen eine Tätigkeit auf, dies sind erheblich mehr als im Vorjahr (+37%). Die Zahl der im Jahresdurchschnitt geförderten Arbeitnehmer erhöhte sich ebenfalls wesentlich, nämlich auf 64.700 (+22%). Der Anteil der besonders förderungsbedürftigen Personengruppen stieg geringfügig auf 83% (Vorjahr: 82%). Dabei nahm die Beteiligung vormals Langzeitarbeitsloser deutlich auf 59% ab (Vorjahr: 64%), die der Älteren wuchs dagegen erneut beträchtlich auf 54% (47%).
- **Einstellungszuschüsse bei Neugründungen** verhalfen 6.900 Arbeitslosen zu einem Arbeitsplatz (+4%). Jahresdurchschnittlich wurden mit 5.300 dagegen weniger Per-

<sup>13)</sup> Ohne Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen gem. § 222a SGB III (Zugänge im Jahr 2002: 5.300) und Lohnkostenzuschüsse gem. Artikel 8 Jugendsofortprogramm (jahresdurchschnittlicher Bestand 2002: 12.500).

sonen gefördert (-6%). Der Anteil der besonders förderungsbedürftigen Personengruppen war bei diesem Instrument – wegen der vorrangigen Ausrichtung auf Existenzgründer – mit unverändert 23% weiterhin vergleichsweise niedrig.

- Jahr 2002 nahmen mit dem neuen Instrument **Einstellungszuschuss bei Vertretung** knapp 300 Arbeitslose eine Beschäftigung auf; jahresdurchschnittlich wurden weniger als 100 Personen gefördert.
- Das ebenfalls neue Instrument **Arbeitsentgeltzuschuss** bei Weiterbildung Ungelernter bzw. von Arbeitslosigkeit Bedrohter wurde im Laufe des Jahres 2002 für 300 Personen gewährt; jahresdurchschnittlich sind so allerdings erst knapp 50 Ungelernte oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte gefördert worden.
- **Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose** trugen zuletzt erheblich weniger zur Beendigung von Arbeitslosigkeit bei. Im Jahr 2002 fanden 13.300 Langzeitarbeitslose mit Hilfe dieses Programms eine Beschäftigung (-30%). Gleichwohl erhöhte sich – auf Grund des hohen Bestands zu Beginn des Jahres – die Zahl der geförderten Personen auf jahresdurchschnittlich 13.600 (+10%).
- Die Bundesanstalt unterstützte Arbeitslose auch bei der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit wiederum stärker. 2002 wurde 34.300 mal **Überbrückungsgeld** bewilligt (+10%). Im Jahresdurchschnitt wurden 15.400 Existenzgründer mit diesem Instrument gefördert (+7%).

Hilfen, um materielle Hürden einer Arbeitsaufnahme auszuräumen, haben 2002 erneut beträchtlich zugenommen. So wurden 559.000 Leistungen zur **Unterstützung der Beratung und Vermittlung** gewährt (UBV; +25%) sowie in 137.300 Fällen **Mobilitätshilfen** (MOBI; +34%).

## 6. Freie Förderung

### ... ging zurück

Im Laufe des Jahres 2002 wurden für 111.200 Personen Leistungen der Freien Förderung gewährt,

das waren 24% oder 34.700 weniger als 2001 (zur Begründung vgl. Abschnitt II.E.2.6). Die Arten der Maßnahmen unterscheiden sich nicht wesentlich von denen in den alten Ländern.

## 7. Beteiligung von Frauen an Arbeitsmarktpolitik

### .....entspricht weitgehend gesetzlicher Vorgabe

Beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente sollen Frauen gem. § 8 Abs. 2 SGB III mindestens entsprechend

ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffen-

heit durch Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden. Der Anteil der Frauen am Arbeitslosenbestand betrug 2002 jahresdurchschnittlich 48,5% (Vorjahr: 50,2%); ihre relative Betroffenheit 49,6% (vgl. Kasten „Frauenförderung“ in Abschnitt II.E.2.7).

Bei **beruflicher Weiterbildung und Maßnahmen der Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen** wurde die Vorschrift des § 8 Abs. 2 des SGB III weiterhin überschritten. So stellten Frauen im Jahresdurchschnitt 51,0% der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung sowie 51,5% der Personen in Trainingsmaßnahmen (Vorjahr: 53,0% bzw. 54,6%; vgl. Tabelle IV.D.7c). An den Eintritten in berufliche Weiterbildung waren Frauen zu 48,1%, an jenen in Trainingsmaßnahmen zu 45,5% beteiligt (Vorjahr: 49,7% bzw. 48,7%; zum Vergleich Frauenanteil am Zugang in Arbeitslosigkeit: 41,3%).

Auch bei **Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes** insgesamt waren Frauen nach wie vor stärker als gesetzlich verlangt vertreten. So betrug ihr Anteil am jahresdurchschnittlichen Bestand der ABM-Beschäftigten 51,5% (Vorjahr: 54,8%) Bei traditionellen SAM wurde der vorgeschriebene Anteil 2002 dagegen erstmals mit 48,4% nicht mehr überschritten (50,6%). Bei den Zugängen in ABM betrug der Frauenanteil 45,9%, bei den Zugängen in traditionelle SAM 37,5% (Vorjahr: 50,5% bzw. 43,3%).

Bei der Förderung von **Beschäftigungsverhältnissen am ersten Arbeitsmarkt** insgesamt waren Frauen ebenfalls nicht mehr im vorgesehenen Umfang beteiligt. Am höchsten war ihr Anteil bei Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose mit 57,9% (Vorjahr: 61,4%); dies war sogar etwas mehr als ihr Anteil an allen Langzeitarbeitslosen. Bei Struktur Anpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen mit 48,0% und Eingliederungszuschüssen mit 46,9% (jeweils 49,4%) lagen sie nur wenig unter dem geforderten Anteil. Bei Einstellungszuschüssen bei Neugründungen waren Frauen mit 32,8% (32,5%) weiterhin deutlich unterrepräsentiert.

Von den Empfängern von Überbrückungsgeld zur **Förderung einer selbstständigen Tätigkeit** waren jahresdurchschnittlich 32,1% weiblich (Vorjahr: 30,7%). Obwohl dieser Anteil immer noch weit von der Maßgabe des SGB III entfernt ist, liegt er doch über dem Anteil der Frauen an den Selbstständigen.

In das **Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** (in Kraft seit 1.1.1999) sollen junge Frauen und Mädchen entsprechend ihrem Anteil an den nicht vermittelten Bewerbern für Berufsausbildungsstellen bzw. an der Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen einbezogen werden; ersterer betrug Ende September 47,5%, letzterer jahresdurchschnittlich 47,8%. An den Eintritten waren Frauen aber nur zu 39,6% beteiligt; da sie aber stärker längerfristige Maßnahmen in Angriff nahmen, stellten sie immerhin 42,4% aller im Jahresdurchschnitt geförderten Jugendlichen.

Die Arbeitslosigkeit Älterer wird weiter zunehmend durch die vorruhestandsähnliche **Regelung des § 428 des SGB III** entlastet; 47,5% dieser Leistungsempfänger waren Frauen (Vorjahr: 49,1%).

Die **Entlastung der Arbeitslosigkeit durch den Instrumenteneinsatz** kam jahresdurchschnittlich nur noch zu gut 48%

Frauen zugute (Vorjahr: 51%); damit wurde die Vorgabe des § 8 Abs. 2 SGB III nicht mehr überschritten.

## 8. Förderung der ganzjährigen Beschäftigung am Bau

### ... deutlich weniger genutzt

Die Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft wurde im „Winterbau-Geschäftsjahr“ November 2001 bis Oktober 2002 spürbar weniger in Anspruch genommen als im Vorjahreszeitraum. Die Arbeitsämter bewilligten für 1,86 Mio ausgefallene Arbeitsstunden **Winterausfallgeld** (Vorjahreszeitraum: 2,52 Mio). Davon wurden für 0,80 Mio Stunden umlagefinanziertes und für 1,06 Mio Stunden beitragsfinanziertes Winterausfallgeld gewährt (Vorjahr: 0,96 Mio bzw. 1,56 Mio). Dieser Rückgang dürfte vor allem mit dem konjunkturell und besonders strukturell bedingten Beschäftigungsabbau der Bauwirtschaft zusammenhängen, da der Winter 2001/2002 nicht wesentlich ungünstiger war als der vorhergehende.

## 9. Vorruhestandsregelungen / Gleitende Übergänge in den Ruhestand

### ... auch zuletzt mit größerem Gewicht

In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung wurde die Zahl älterer Erwerbspersonen durch die Gewährung von Altersübergangsgeld sehr stark reduziert. Nachdem es seit Anfang 1993 keine Neuzugänge mehr in Altersübergangsgeld gab (Altersgrenze 55), ist seit Anfang 1996 die Zahl der **§-105c-AFG- bzw. §-428-SGB-III-Fälle** (Altersgrenze 58) beträchtlich gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2002 machten 100.900 Leistungsempfänger von dem Recht Gebrauch, der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen zu müssen; sie werden deshalb nicht mehr als Arbeitslose gezählt. Damit hat ihre Zahl gegenüber Vorjahr beträchtlich zugenommen, und zwar um 17% oder 14.800 (zur Begründung vgl. Abschnitt II.E.2.9).

**Altersteilzeit**, die den gleitenden Übergang in den Ruhestand erleichtert, kann finanziell gefördert werden, sofern der Arbeitgeber für den in Altersteilzeit Beschäftigten einen Arbeitslosen oder u.U. auch einen Auszubildenden einstellt oder einen Lehrling nach der Ausbildung übernimmt. Im Laufe des Jahres 2002 wurden 7.300 Anträge auf Altersteilzeit bewilligt (+8% oder +500). Im Jahresdurchschnitt befanden sich 12.600 Personen in geförderter Altersteilzeit, wiederum deutlich mehr als im Vorjahr (+21% oder +2.100). Altersteilzeit hat seinen Schwerpunkt nach wie vor in den Bereichen Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen.

Ein Großteil älterer Arbeitsloser oder jener, für die Vorruhestandsleistungen (i.w.S.) auslaufen, bezieht anschließend

**vorgezogene Altersrente.** Nach Mitteilung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) sind im Jahr 2002 in den neuen Ländern 37.300 Personen nach wenigstens einjähriger Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit und nach Vollendung des 60. Lebensjahres vorzeitig in Altersrente gegangen (2001: 44.500). Ende 2002 betrug die Zahl dieser Frührentner im erwerbsfähigen Alter 231.600 (Ende 2001: 270.600).

Außerdem sind wiederum viele Bezieher von Erwerbsunfähigkeitsrente in Rechnung zu stellen, die zwar noch zeitlich eingeschränkt arbeiten könnten, aber bei der ungünstigen Arbeitsmarktsituation nicht auf einen dem Restleistungsvermögen entsprechenden Arbeitsplatz zu vermitteln waren. 2002 wurden deshalb 11.100 Erwerbsunfähigkeitsrenten bewilligt (2001: 9.700; 2000: 14.700). Dies entspricht einem Viertel aller neu zugegangenen Erwerbsunfähigkeitsrenten.

## 10. Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik

Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in den neuen Ländern waren auch 2002 etwas höher als

### ... zuletzt leicht gestiegen

im Vorjahr. Einschließlich der Leistungen, die die Bundesanstalt zu Lasten des Bundeshaushalts bewilligt, wurden 24,96 Mrd € ausgegeben, 238 Mio € mehr als 2001 (vgl. Tabelle II.E.6). Allerdings haben dabei die Ausgaben für aktive Arbeitsförderung, und zwar insbesondere jene der Bundesanstalt, abgenommen. Bundesanstalt und Bund wendeten 2002 für solche Leistungen 9,52 Mrd € auf, das waren 598 Mio € weniger als 2001. Im Rahmen des **Eingliederungstitels**, der die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung enthält, wurden 6,37 Mrd € ausgegeben (-338 Mio €).

Im Einzelnen waren die Entwicklungen unterschiedlich: Vor allem die Ausgaben für Eingliederungszuschüsse waren mit 652 Mio € wesentlich höher als im Vorjahr (+137 Mio), aber auch für die Förderung benachteiligter Jugendlicher wurde mit 533 Mio € deutlich mehr Geld ausgegeben (+60 Mio). Dagegen sind insbesondere für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit 1,64 Mrd € und für die Förderung beruflicher Weiterbildung mit 2,66 Mrd € erheblich weniger Mittel eingesetzt worden (-473 Mio bzw. -137 Mio).

Die Ausgaben für **Entgeltersatzleistungen** insgesamt haben sich erhöht; 2002 beliefen sie sich auf 14,21 Mrd €, dies sind 355 Mio € mehr als 2001. Der Anstieg geht ausschließlich auf Arbeitslosenhilfe zurück (+827 Mio auf 6,09 Mrd €; Arbeitslosengeld dagegen: -461 Mio auf 7,76 Mrd €). Die geringeren Ausgaben beim Arbeitslosengeld sind sowohl auf weniger Leistungsempfänger (-3%) als auch geringere Durchschnittszahlungen zurückzuführen; für die höheren bei der Arbeitslosenhilfe sind hingegen mehr Leistungsempfänger (+14%) bei leicht gestiegenen Pro-Kopf-Sätzen verantwortlich (vgl. Abschnitt II.C.3.4).

Da die Aufwendungen für aktive Arbeitsförderung im Jahr 2002 abgenommen, jene für Entgeltersatzleistungen dagegen

zugenommen haben, sank der **Anteil der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik an den Gesamtausgaben** auf 38,1% (Vorjahr: 40,9%). Dementsprechend erhöhte sich die Relation der Aufwendungen für aktive Arbeitsförderung zu denen für „passive“ Entgeltersatzleistungen auf 1 zu 1,49 (1 zu 1,37).

Mittel des **Europäischen Sozialfonds** (ESF) wurden auch weiterhin eingesetzt; im Jahr 2002 wurden insgesamt 114 Mio € ausgezahlt.

## 11. Eingliederungsbilanz

### ... macht aktive Arbeitsförderung transparenter

Von den Gesamtausgaben des Eingliederungstitels in den neuen Ländern in Höhe von 6,37 Mrd €

entfielen unverändert 42% auf die Förderung beruflicher Weiterbildung, nur noch 26% auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Vorjahr: 32%), 10% auf Eingliederungszuschüsse (8%) und 8% auf die Förderung benachteiligter Jugendlicher (7%). Dies zeigt die stärkere Konzentration auf die Förderung regulärer Beschäftigung. Dabei waren die Schwerpunkte in den Arbeitsamtsbezirken – in Abhängigkeit von der regionalen Arbeitsmarktlage – unterschiedlich.

Bei insgesamt geringerem Umfang des Eingliederungstitels und gleichzeitig höheren Arbeitslosenzahlen sank die **Aktivierungsquote** 2002 gegenüber Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte auf 21,9 Prozent.

Wegen der erheblich schwierigeren Arbeitsmarktlage in den neuen Ländern sind dort auch die sog. **Verbleibsquoten**, die

den Verbleib in Nicht-Arbeitslosigkeit angibt, z.T. deutlich niedriger als im Westen (vgl. Abschnitt II.E.2.11). Für Teilnehmer, die von Juli 2001 bis Juni 2002 ihre Maßnahme abgeschlossen hatten, ergab sich – trotz gesamtwirtschaftlicher Abschwächung – eine durchschnittliche Verbleibsquote von unverändert 56% (ohne Trainingsmaßnahmen); dies ist auf das gestiegene Gewicht direkter Förderung regulärer Beschäftigung mit hohen Verbleibsquoten zurückzuführen (Struktureffekt). Dabei zeigen sich im Einzelnen folgende Ergebnisse:

- Das Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit weist mit 86% weiterhin die höchste Verbleibsquote auf (Vorjahr: 90%).
- Auch Eingliederungszuschüsse waren mit 79% sehr erfolgreich (81%).
- Von den Absolventen einer Weiterbildung waren aber nur 54% nach einem Sechs-Monatszeitraum nicht arbeitslos (55%).
- Lediglich 38% der ABM-Beschäftigten waren sechs Monate nach Abschluss der Maßnahmen nicht arbeitslos (39%). Nach Beendigung einer traditionellen SAM waren es mit 55% deutlich mehr, nach SAM OfW sogar 69% (52% bzw. 67%).

Die **Eingliederungsquote** für Absolventen, die im Zeitraum Juli 2000 bis Juni 2001 eine Maßnahme beendet hatten, betrug insgesamt (ohne Überbrückungsgeld) 39%. Die höchsten Eingliederungsquoten wiesen Eingliederungszuschüsse (75%) und Einstellungszuschüsse bei Neugründungen (67%) auf, die geringsten ABM (25%), aber auch berufliche Weiterbildung (36%).



Tabelle II.E.1a

<b>Förderung durch ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 1994 – 2002; Deutschland</b>									
Merkmal	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Berufliche Weiterbildung <sup>1)</sup></b>									
Eintritte	565 721	628 655	621 086	421 641	607 970	490 796	551 534	449 622	456 301
Bestand	563 215	552 550	537 682	424 773	344 713	358 128	351 960	344 816	331 586
<b>Trainingsmaßnahmen</b>									
Eintritte				103 184	280 166	431 556	476 672	565 132	877 038
Bestand				16 444	33 818	39 343	47 492	51 266	61 950
<b>Berufliche Rehabilitation <sup>2)</sup></b>									
Eintritte <sup>3)</sup>	112 478	115 928	127 505	113 026	118 792	129 939	132 894	135 773	150 367
Bestand	116 984	121 105	128 935	131 675	125 378	132 024	134 795	135 308	131 822
<b>Deutsch-Sprachlehrgänge</b>									
Eintritte <sup>3)</sup>	128 413	117 392	99 985	87 920	65 000	55 691	59 843	54 655	53 076
Bestand	56 897	52 766	50 610	42 871	27 632	26 577	27 695	24 861	23 612
<b>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</b>									
– ABM									
Zugang	389 170	310 036	324 380	215 906	366 555	295 499	260 079	192 037	164 691
Bestand	249 933	275 897	261 004	213 836	210 376	234 073	203 601	166 643	124 709
– traditionelle SAM									
Zugang	62 961	61 599	54 205	56 645	66 042	57 019	54 212	54 047	53 013
Bestand	87 680	108 561	92 518	88 486	57 172	59 180	57 165	53 216	54 443
<b>Förderung regulärer Beschäftigung</b>									
– SAM OfW									
Zugang				51 301	206 136	151 001	46 782	27 272	11 135
Bestand <sup>4)</sup>					117 233	136 493	52 591	23 250	12 978
– Eingliederungszuschüsse <sup>3) 5)</sup>									
Zugang	56 042	68 470	65 272	43 641	101 041	141 856	146 187	129 035	177 745
Bestand	33 496	53 248	55 556	52 321	58 000	86 221	90 535	100 101	112 272
– Einstellungszuschuss bei Neugründungen <sup>3)</sup>									
Zugang				5 309	12 158	13 976	15 164	13 517	15 102
Bestand					4 600	9 543	11 259	11 119	10 406
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose									
Zugang	12 215	54 986	29 695	52 668	66 826	39 086	43 597	50 003	32 255
Bestand <sup>6)</sup>	19 268	29 829	56 429	39 295	44 103	32 671	32 016	33 495	32 076
– Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit									
Zugang <sup>7)</sup>	37 297	70 634	89 774	78 824	98 300	98 114	92 604	95 656	123 268
Bestand						43 508	41 260	43 146	54 305
<b>Zahl der Kurzarbeiter</b>									
Bestand	372 288	198 580	277 287	182 853	115 205	118 647	86 052	122 938	87 669
<b>Vorruhestandsregelungen</b>									
Altersteilzeit <sup>8)</sup>									
Bestand	648 711	372 685	187 145	59 827	1 896	19 488	33 482	50 323	61 440
Leistungsempfänger nach § 428 SGB III									
Bestand	141 502	152 347	168 565	208 812	203 663	200 710	192 077	224 979	291 521

1) Vor 1998 ohne betriebliche Einarbeitung.

2) Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen (Erst- und Wiedereingliederung); 2002 Änderung im statistischen Verfahren, Vorjahresvergleiche nur eingeschränkt möglich.

3) Werte für 1998 geschätzt.

4) Wert für 1998 Bundesgebiet West geschätzt.

5) Bis 1997 Einarbeitungszuschuss § 49 AFG, Eingliederungsbeihilfe § 54 AFG, Eingliederungshilfe § 58 Abs. 1b sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere § 97 AFG.

6) 1997 Jahresendbestand.

7) Bis 1997 Bewilligungen.

8) Bis 1998 nur Vorruhestands-/Altersübergangsgeld; seit 2002 nur Altersteilzeit.

Tabelle II.E.1b

<b>Förderung durch ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 1994 – 2002; Bundesgebiet West</b>									
Merkmal	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Berufliche Weiterbildung <sup>1)</sup></b>									
Eintritte	298 008	391 552	368 894	266 193	372 011	307 479	337 880	261 199	273 219
Bestand	307 063	301 551	303 623	244 895	193 679	214 772	212 229	208 961	202 607
<b>Trainingsmaßnahmen</b>									
Eintritte				74 684	181 995	264 811	285 921	338 516	545 415
Bestand				11 159	19 735	23 720	28 053	30 602	40 262
<b>Berufliche Rehabilitation <sup>2)</sup></b>									
Eintritte <sup>3)</sup>	87 653	89 061	95 259	85 671	91 142	98 623	98 775	100 248	110 761
Bestand	92 738	91 116	93 961	93 630	88 995	94 679	96 829	96 950	90 895
<b>Deutsch-Sprachlehrgänge</b>									
Eintritte <sup>3)</sup>	110 236	102 623	80 880	69 365	51 000	43 216	46 936	42 977	42 239
Bestand	49 588	45 774	42 151	33 419	21 415	20 638	21 635	19 517	18 638
<b>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</b>									
– ABM									
Zugang	95 729	87 548	89 589	74 041	94 787	85 003	78 684	61 890	52 229
Bestand	57 441	70 110	69 546	59 372	59 009	66 302	58 054	50 619	39 171
– traditionelle SAM									
Zugang		4 335	6 412	6 859	9 047	11 183	10 657	11 466	10 654
Bestand		2 083	6 276	8 404	9 677	10 325	10 541	10 323	10 597
<b>Förderung regulärer Beschäftigung</b>									
– SAM OfW									
Zugang					5 212	5 581	940	333	87
Bestand <sup>4)</sup>					2 300	5 056	1 151	376	111
– Eingliederungszuschüsse <sup>3) 5)</sup>									
Zugang	22 175	28 738	30 499	23 750	69 626	94 235	81 206	62 687	86 971
Bestand	22 812	31 076	29 992	29 992	37 000	60 218	50 791	47 025	47 594
– Einstellungszuschuss bei Neugründungen <sup>3)</sup>									
Zugang				3 401	9 600	9 854	8 490	6 846	8 174
Bestand					3 600	7 109	6 458	5 544	5 147
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose									
Zugang	6 570	31 616	19 761	37 634	49 496	25 837	30 201	30 954	18 912
Bestand <sup>6)</sup>	10 061	16 982	32 634	27 808	31 543	22 116	21 743	21 135	18 483
– Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit									
Zugang <sup>7)</sup>	22 189	46 692	61 831	54 143	66 594	65 927	62 203	64 454	88 998
Bestand						29 178	27 593	28 733	38 907
<b>Zahl der Kurzarbeiter</b>									
Bestand	275 458	128 059	206 354	133 363	81 242	91 608	61 631	96 146	66 187
<b>Vorruhestandsregelungen</b>									
Altersteilzeit <sup>8)</sup>									
Bestand	2 842	2 383	1 501	1 402	61	39 957	26 121	39 958	48 861
Leistungsempfänger nach § 428 SGB III									
Bestand	139 349	145 765	139 003	129 651	111 403	112 161	109 774	139 327	190 585

1) Vor 1998 ohne betriebliche Einarbeitung.

2) Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen (Erst- und Wiedereingliederung); 2002 Änderung im statistischen Verfahren, Vorjahresvergleiche nur eingeschränkt möglich.

3) Werte für 1998 geschätzt.

4) Wert für 1998 Bundesgebiet West geschätzt.

5) Bis 1997 Einarbeitungszuschuss § 49 AFG, Eingliederungsbeihilfe § 54 AFG, Eingliederungshilfe § 58 Abs. 1b sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere § 97 AFG.

6) 1997 Jahresendbestand.

7) Bis 1997 Bewilligungen.

8) Bis 1998 nur Vorruhestands-/Altersübergangsgeld; seit 2002 nur Altersteilzeit.

Tabelle II.E.1c

<b>Förderung durch ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 1994 – 2002; Bundesgebiet Ost</b>									
Merkmal	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Berufliche Weiterbildung <sup>1)</sup></b>									
Eintritte	267 713	237 103	252 192	155 448	235 959	183 317	213 654	188 423	183 082
Bestand	256 152	250 999	234 059	179 878	151 034	143 356	139 732	135 856	128 979
<b>Trainingsmaßnahmen</b>									
Eintritte				28 500	98 171	166 745	190 751	226 616	331 623
Bestand				5 285	14 083	15 623	19 440	20 663	21 689
<b>Berufliche Rehabilitation <sup>2)</sup></b>									
Eintritte <sup>3)</sup>	24 825	26 867	32 246	27 355	27 650	31 316	34 119	35 525	39 606
Bestand	24 246	29 990	34 975	38 045	36 383	37 344	37 966	38 358	40 928
<b>Deutsch-Sprachlehrgänge</b>									
Eintritte <sup>3)</sup>	18 177	14 769	19 105	18 555	14 000	12 475	12 907	11 678	10 837
Bestand	7 309	6 992	8 459	9 452	6 217	5 939	6 060	5 344	4 974
<b>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</b>									
– ABM									
Zugang	293 441	222 488	234 791	141 865	271 768	210 496	181 395	130 147	112 462
Bestand	192 492	205 787	191 458	154 464	151 367	167 771	145 547	116 024	85 537
– traditionelle SAM									
Zugang	62 961	57 264	47 793	49 786	56 995	45 836	43 555	42 581	42 359
Bestand	87 680	106 478	86 242	80 082	47 495	48 855	46 624	42 893	43 846
<b>Förderung regulärer Beschäftigung</b>									
– SAM OFW									
Zugang				51 301	200 924	145 420	45 842	26 939	11 048
Bestand <sup>4)</sup>					114 933	131 436	51 440	22 874	12 867
– Eingliederungszuschüsse <sup>3) 5)</sup>									
Zugang	33 867	39 732	34 773	19 891	31 415	47 621	64 981	66 348	90 774
Bestand	10 684	22 172	25 564	22 329	21 000	26 002	39 745	53 076	64 678
– Einstellungszuschuss bei Neugründungen <sup>3)</sup>									
Zugang				1 908	2 558	4 122	6 674	6 671	6 928
Bestand					1 000	2 434	4 802	5 575	5 259
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose									
Zugang	5 645	23 370	9 934	15 034	17 330	13 249	13 396	19 049	13 343
Bestand <sup>6)</sup>	9 207	12 847	23 795	11 488	12 560	10 555	10 174	12 361	13 593
– Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit									
Zugang <sup>7)</sup>	15 108	23 942	27 943	24 681	31 706	32 187	30 401	31 202	34 270
Bestand						14 330	13 667	14 413	15 398
<b>Zahl der Kurzarbeiter</b>									
Bestand	96 830	70 521	70 933	49 490	33 963	27 039	24 421	26 792	21 393
<b>Vorruhestandsregelungen</b>									
Altersteilzeit <sup>8)</sup>									
Bestand	645 869	370 302	185 644	58 425	1 835	5 473	7 361	10 365	12 580
Leistungsempfänger nach § 428 SGB III									
Bestand	2 153	6 582	29 562	79 161	92 260	88 549	82 303	85 652	100 936

1) Vor 1998 ohne betriebliche Einarbeitung.

2) Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen (Erst- und Wiedereingliederung); 2002 Änderung im statistischen Verfahren, Vorjahresvergleiche nur eingeschränkt möglich.

3) Werte für 1998 geschätzt.

4) Wert für 1998 Bundesgebiet West geschätzt.

5) Bis 1997 Einarbeitungszuschuss § 49 AFG, Eingliederungsbeihilfe § 54 AFG, Eingliederungshilfe § 58 Abs. 1b sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere § 97 AFG.

6) 1997 Jahresendbestand.

7) Bis 1997 Bewilligungen.

8) Bis 1998 nur Vorruhestands-/Altersübergangsgeld; seit 2002 nur Altersteilzeit.

Tabelle II.E.2a

<b>Einsatz wichtiger arbeitsmarktpolitischer Instrumente 2001 und 2002; Deutschland</b>								
Merkmal	Teilnehmerbestand				Zugang/Eintritte/Bewilligungen			
	absolut		Veränderung gegenüber Vorjahr		absolut		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2002	2001	absolut	in %	2002	2001	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Bildungsmaßnahmen</b>								
– Berufliche Weiterbildung	331 586	344 816	– 13 230	– 3,8	456 301	449 622	+ 6 679	+ 1,5
dar.: in Vollzeitmaßnahmen	299 712	315 032	– 15 320	– 4,9	419 055	415 471	+ 3 584	+ 0,9
– Berufliche Eingliederung Behinderter <sup>1)</sup>	131 822	X	X	X	150 367	X	X	X
dar.: Wiedereingliederung <sup>1)</sup>	38 922	X	X	X	70 632	X	X	X
– Deutsch-Sprachlehrgänge	23 612	24 861	– 1 249	– 5,0	53 076	54 655	– 1 579	– 2,9
– Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen <sup>2)</sup>	106 859	93 285	+ 13 574	+ 14,6	182 997	154 192	+ 28 805	+ 18,7
– Berufsausbildung Benachteiligter	131 480	128 301	+ 3 179	+ 2,5	110 760	111 290	– 530	– 0,5
dar.: in außerbetrieblichen Einrichtungen	66 753	63 322	+ 3 431	+ 5,4	35 229	33 236	+ 1 993	+ 6,0
<b>Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds <sup>3)</sup></b>	30 732	30 694	+ 38	+ 0,1	175 606	147 242	+ 28 364	+ 19,3
<b>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</b>								
davon:								
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	124 709	166 643	– 41 934	– 25,2	164 691	192 037	– 27 346	– 14,2
– trad. Strukturanpassungsmaßnahmen	54 443	53 216	+ 1 228	+ 2,3	53 013	54 047	– 1 034	– 1,9
<b>Beschäftigungschaffende Infrastrukturmaßnahmen</b>	373	X	X	X	1 922	X	X	X
<b>Maßnahmen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung</b>								
– <b>Direkte Hilfen:</b>								
– Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen	12 978	23 250	– 10 272	– 44,2	11 135	27 272	– 16 137	– 59,2
– Eingliederungszuschüsse	112 272	100 101	+ 12 171	+ 12,2	177 745	129 035	+ 48 710	+ 37,7
– Einstellungszuschuss bei Vertretung	163	X	X	X	630	X	X	X
– Einstellungszuschuss bei Neugründungen	10 406	11 119	– 713	– 6,4	15 102	13 517	+ 1 585	+ 11,7
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	32 076	33 495	– 1 419	– 4,2	32 255	50 003	– 17 748	– 35,5
– Arbeitnehmerhilfen <sup>4)</sup>	•	•	•	•	5 911	7 440	– 1 529	– 20,6
– Überbrückungsgeld	54 305	43 146	+ 11 159	+ 25,9	123 268	95 656	+ 27 612	+ 28,9
– Arbeitsentgeltzuschuss	149	X	X	X	846	X	X	X
<b>Summe der direkten Hilfen <sup>3)</sup></b>	222 349	211 111	+ 11 238	+ 5,3	366 892	322 923	+ 43 969	+ 13,6
– <b>Indirekte Hilfen:</b>								
– Maßnahmen der Eignungsfeststellung/ Trainingsmaßnahmen	61 950	51 266	+ 10 684	+ 20,8	877 038	565 132	+ 311 906	+ 55,2
– Unterstützung der Beratung und Vermittlung	X	X	X	X	934 148	742 065	+ 192 083	+ 25,9
– Mobilitätshilfen	X	X	X	X	177 331	141 981	+ 35 350	+ 24,9
<b>Freie Förderung <sup>4)6)</sup></b>	62 899	66 471	– 3 572	– 5,4	456 521	515 670	– 59 149	– 11,5
<b>Kurzarbeit</b>								
– Kurzarbeiter	206 767	122 942	+ 83 825	+ 68,2	•	•	•	•
– Vollzeitäquivalent <sup>4) 7)</sup>	87 669	58 889	+ 28 780	+ 48,9	•	•	•	•
<b>Vorruhestandsregelungen</b>								
– Altersteilzeit <sup>4) 8)</sup>	61 440	50 323	+ 11 117	+ 21,1	44 853	40 480	+ 4 373	+ 10,8
– Nichtarbeitslose ältere Leistungsempfänger (§ 428 SGB III) <sup>4)</sup>	291 521	224 979	+ 66 542	+ 29,6	•	•	•	•
<b>Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit <sup>9)</sup></b>	85 851	84 241	+ 1 610	+ 1,9	137 568	159 006	– 21 438	– 13,5

1) Wegen Umstellung der Statistik im Jahr 2002 noch untererfasst.

2) Behinderte sind auch in der Zeile „Berufliche Eingliederung Behinderter“ nachgewiesen.

3) Förderung erfolgt überwiegend zusätzlich zur Teilnahme an anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

4) Teilweise geschätzt.

5) Bestandszahlen ohne Arbeitnehmerhilfen.

6) Bestandszahlen nur für Abteilung Arbeitsvermittlung und -beratung.

7) Zahl der Kurzarbeiter x durchschnittlichem Arbeitszeitausfall.

8) Nur von der Bundesanstalt geförderte Fälle.

9) Bestand an Teilnehmern mit Förderungsbeginn in den Jahren 1999 bis 2002.

Tabelle II.E.2b

<b>Einsatz wichtiger arbeitsmarktpolitischer Instrumente 2001 und 2002; Bundesgebiet West</b>								
Merkmal	Teilnehmerbestand				Zugang/Eintritte/Bewilligungen			
	absolut		Veränderung gegenüber Vorjahr		absolut		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2002	2001	absolut	in %	2002	2001	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Bildungsmaßnahmen</b>								
– Berufliche Weiterbildung	202 607	208 961	– 6 354	– 3,0	273 219	261 199	+ 12 020	+ 4,6
dar.: in Vollzeitmaßnahmen	172 501	180 779	– 8 278	– 4,6	237 899	228 580	+ 9 319	+ 4,1
– Berufliche Eingliederung Behinderter <sup>1)</sup>	90 895	X	X	X	110 761	X	X	X
dar.: Wiedereingliederung <sup>1)</sup>	30 747	X	X	X	54 932	X	X	X
– Deutsch-Sprachlehrgänge	18 638	19 517	– 879	– 4,5	42 239	42 977	– 738	– 1,7
– Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen <sup>2)</sup>	77 406	67 748	+ 9 658	+ 14,3	137 121	117 312	+ 19 809	+ 16,9
– Berufsausbildung Benachteiligter	79 882	80 237	– 355	– 0,4	73 312	74 184	– 872	– 1,2
dar.: in außerbetrieblichen Einrichtungen	25 848	25 555	+ 293	+ 1,1	14 186	13 376	+ 810	+ 6,1
<b>Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds <sup>3)</sup></b>	14 767	13 485	+ 1 282	+ 9,5	113 128	91 058	+ 22 070	+ 24,2
<b>Beschäftigungsschaffende Maßnahmen</b>								
davon:								
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	39 171	50 619	– 11 448	– 22,6	52 229	61 890	– 9 661	– 15,6
– trad. Strukturanpassungsmaßnahmen	10 597	10 323	+ 274	+ 2,7	10 654	11 466	– 812	– 7,1
<b>Beschäftigungsschaffende Infrastrukturmaßnahmen</b>	10	X	X	X	50	X	X	X
<b>Maßnahmen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung</b>								
– <b>Direkte Hilfen:</b>								
– Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen	111	376	– 265	– 70,4	87	333	– 246	– 73,9
– Eingliederungszuschüsse	47 594	47 025	+ 569	+ 1,2	86 971	62 687	+ 24 284	+ 38,7
– Einstellungszuschuss bei Vertretung	94	X	X	X	349	X	X	X
– Einstellungszuschuss bei Neugründungen	5 147	5 544	– 397	– 7,2	8 174	6 846	+ 1 328	+ 19,4
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	18 483	21 135	– 2 652	– 12,5	18 912	30 954	– 12 042	– 38,9
– Arbeitnehmerhilfen <sup>4)</sup>	•	•	•	•	539	769	– 230	– 29,9
– Überbrückungsgeld	38 907	28 733	+ 10 174	+ 35,4	88 998	64 454	+ 24 544	+ 38,1
– Arbeitsentgeltzuschuss	110	X	X	X	555	X	X	X
<b>Summe der direkten Hilfen <sup>3)</sup></b>	110 445	102 812	+ 7 633	+ 7,4	204 585	166 043	+ 38 542	+ 23,2
– <b>Indirekte Hilfen:</b>								
– Maßnahmen der Eignungsfeststellung/ Trainingsmaßnahmen	40 262	30 602	+ 9 660	+ 31,6	545 415	338 516	+ 206 899	+ 61,1
– Unterstützung der Beratung und Vermittlung	X	X	X	X	375 138	295 616	+ 79 522	+ 26,9
– Mobilitätshilfen	X	X	X	X	40 059	39 475	+ 584	+ 1,5
<b>Freie Förderung <sup>4)6)</sup></b>	36 095	38 834	– 2 738	– 7,1	345 349	369 775	– 24 426	– 6,6
<b>Kurzarbeit</b>								
– Kurzarbeiter	165 467	96 150	+ 69 317	+ 72,1	•	•	•	•
– Vollzeitäquivalent <sup>4) 7)</sup>	66 187	44 806	+ 21 381	+ 47,7	•	•	•	•
<b>Vorruhestandsregelungen</b>								
– Altersteilzeit <sup>4) 8)</sup>	48 861	39 957	+ 8 904	+ 22,3	38 922	34 359	+ 4 563	+ 13,3
– Nichtarbeitslose ältere Leistungsempfänger (§ 428 SGB III) <sup>4)</sup>	190 585	139 327	+ 51 258	+ 36,8	•	•	•	•
<b>Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit <sup>9)</sup></b>	39 715	39 023	+ 692	+ 1,8	84 819	88 931	– 4 112	– 4,6

1) Wegen Umstellung der Statistik im Jahr 2002 noch untererfasst.

2) Behinderte sind auch in der Zeile „Berufliche Eingliederung Behinderter“ nachgewiesen.

3) Förderung erfolgt überwiegend zusätzlich zur Teilnahme an anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

4) Teilweise geschätzt.

5) Bestandszahlen ohne Arbeitnehmerhilfen.

6) Bestandszahlen nur für Abteilung Arbeitsvermittlung und -beratung.

7) Zahl der Kurzarbeiter x durchschnittlichem Arbeitszeitausfall.

8) Nur von der Bundesanstalt geförderte Fälle.

9) Bestand an Teilnehmern mit Förderungsbeginn in den Jahren 1999 bis 2002.

Tabelle II.E.2c

<b>Einsatz wichtiger arbeitsmarktpolitischer Instrumente 2001 und 2002; Bundesgebiet Ost</b>								
Merkmal	Teilnehmerbestand				Zugang/Eintritte/Bewilligungen			
	absolut		Veränderung gegenüber Vorjahr		absolut		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2002	2001	absolut	in %	2002	2001	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Bildungsmaßnahmen</b>								
– Berufliche Weiterbildung	128 979	135 856	– 6 877	– 5,1	183 082	188 423	– 5 341	– 2,8
dar.: in Vollzeitmaßnahmen	127 210	134 253	– 7 043	– 5,2	181 156	186 891	– 5 735	– 3,1
– Berufliche Eingliederung Behinderter <sup>1)</sup>	40 928	X	X	X	39 606	X	X	X
dar.: Wiedereingliederung <sup>1)</sup>	8 175	X	X	X	15 700	X	X	X
– Deutsch-Sprachlehrgänge	4 974	5 344	– 370	– 6,9	10 837	11 678	– 841	– 7,2
– Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen <sup>2)</sup>	29 453	25 537	+ 3 916	+ 15,3	45 876	36 880	+ 8 996	+ 24,4
– Berufsausbildung Benachteiligter	51 598	48 064	+ 3 534	+ 7,4	37 448	37 106	+ 342	+ 0,9
dar.: in außerbetrieblichen Einrichtungen	40 905	37 767	+ 3 138	+ 8,3	21 043	19 860	+ 1 183	+ 6,0
<b>Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds <sup>3)</sup></b>	15 965	17 209	– 1 244	– 7,2	62 478	56 184	+ 6 294	+ 11,2
<b>Beschäftigungsschaffende Maßnahmen</b>								
davon:								
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	85 537	116 024	– 30 487	– 26,3	112 462	130 147	– 17 685	– 13,6
– trad. Strukturanpassungsmaßnahmen	43 846	42 893	+ 954	+ 2,2	42 359	42 581	– 222	– 0,5
<b>Beschäftigungsschaffende Infrastrukturmaßnahmen</b>	363	X	X	X	1 872	X	X	X
<b>Maßnahmen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung</b>								
– <b>Direkte Hilfen:</b>								
– Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen	12 867	22 874	– 10 008	– 43,8	11 048	26 939	– 15 891	– 59,0
– Eingliederungszuschüsse	64 678	53 076	+ 11 602	+ 21,9	90 774	66 348	+ 24 426	+ 36,8
– Einstellungszuschuss bei Vertretung	70	X	X	X	281	X	X	X
– Einstellungszuschuss bei Neugründungen	5 259	5 575	– 316	– 5,7	6 928	6 671	+ 257	+ 3,9
– Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	13 593	12 361	+ 1 232	+ 10,0	13 343	19 049	– 5 706	– 30,0
– Arbeitnehmerhilfen <sup>4)</sup>	•	•	•	•	5 372	6 671	– 1 299	– 19,5
– Überbrückungsgeld	15 398	14 413	+ 985	+ 6,8	34 270	31 202	+ 3 068	+ 9,8
– Arbeitsentgeltzuschuss	39	X	X	X	291	X	X	X
<b>Summe der direkten Hilfen <sup>3)</sup></b>	111 904	108 299	3 605	3,3	162 307	156 880	+ 5 427	+ 3,5
– <b>Indirekte Hilfen:</b>								
– Maßnahmen der Eignungsfeststellung/ Trainingsmaßnahmen	21 689	20 663	+ 1 026	+ 5,0	331 623	226 616	+ 105 007	+ 46,3
– Unterstützung der Beratung und Vermittlung	X	X	X	X	559 010	446 449	+ 112 561	+ 25,2
– Mobilitätshilfen	X	X	X	X	137 272	102 506	+ 34 766	+ 33,9
<b>Freie Förderung <sup>4)6)</sup></b>	26 804	27 637	– 833	– 3,0	111 172	145 895	– 34 723	– 23,8
<b>Kurzarbeit</b>								
– Kurzarbeiter	41 300	26 792	+ 14 508	+ 54,2	•	•	•	•
– Vollzeitäquivalent <sup>4) 7)</sup>	21 393	14 173	+ 7 220	+ 50,9	•	•	•	•
<b>Vorruhestandsregelungen</b>								
– Altersteilzeit <sup>4) 8)</sup>	12 580	10 365	+ 2 215	+ 21,4	5 931	6 121	– 190	– 3,1
– Nichtarbeitslose ältere Leistungsempfänger (§ 428 SGB III) <sup>4)</sup>	100 936	85 652	+ 15 284	+ 17,8	•	•	•	•
<b>Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit <sup>9)</sup></b>	46 137	45 218	+ 919	+ 2,0	52 749	70 075	– 17 326	– 24,7

1) Wegen Umstellung der Statistik im Jahr 2002 noch untererfasst.

2) Behinderte sind auch in der Zeile „Berufliche Eingliederung Behinderter“ nachgewiesen.

3) Förderung erfolgt überwiegend zusätzlich zur Teilnahme an anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

4) Teilweise geschätzt.

5) Bestandszahlen ohne Arbeitnehmerhilfen.

6) Bestandszahlen nur für Abteilung Arbeitsvermittlung und -beratung.

7) Zahl der Kurzarbeiter x durchschnittlichem Arbeitszeitausfall.

8) Nur von der Bundesanstalt geförderte Fälle.

9) Bestand an Teilnehmern mit Förderungsbeginn in den Jahren 1999 bis 2002.

Tabelle II.E.3

Berufliche Weiterbildung <sup>1)</sup>						
Jahr <sup>1)</sup>	Eintritte			Bestand		
	ins- gesamt	darunter (Sp. 1) vorh. arbeitslos		ins- gesamt	darunter (Sp. 4) vorh. arbeitslos	
		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
<b>Deutschland</b>						
1993	601 263	394 314	65,6	722 748	450 792	62,4
1994	565 721	519 067	91,8	563 215	392 784	69,7
1995	628 655	595 351	94,7	552 550	470 318	85,1
1996	621 086	588 701	94,8	537 682	490 192	91,2
1997	421 641	401 116	95,1	424 773	389 879	91,8
1998	607 970	514 107	84,6	344 713	258 503	75,0
1999	490 796	458 236	93,4	358 128	309 058	86,3
2000	551 534	524 218	95,0	351 960	326 058	92,6
2001	449 622	425 631	94,7	344 816	321 591	93,3
<b>2002</b>	<b>456 301</b>	<b>431 911</b>	<b>94,7</b>	<b>331 586</b>	<b>305 642</b>	<b>92,2</b>
<b>Bundesgebiet West</b>						
1993	338 211	186 694	55,2	346 534	151 189	43,6
1994	298 008	261 867	87,9	307 063	165 537	53,9
1995	391 552	366 540	93,6	301 551	232 745	77,2
1996	368 894	344 609	93,4	303 623	265 760	87,5
1997	266 193	250 553	94,1	244 895	217 147	88,7
1998	372 011	303 384	81,6	193 679	137 763	71,1
1999	307 479	282 913	92,0	214 772	181 461	84,5
2000	337 880	315 523	93,4	212 229	191 702	90,3
2001	261 199	240 711	92,2	208 961	188 726	90,3
<b>2002</b>	<b>273 219</b>	<b>251 975</b>	<b>92,2</b>	<b>202 607</b>	<b>179 379</b>	<b>88,5</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>						
1993	263 052	207 620	78,9	376 214	299 603	79,6
1994	267 713	257 200	96,1	256 152	227 247	88,7
1995	237 103	228 811	96,5	250 999	237 573	94,7
1996	252 192	244 092	96,8	234 059	224 432	95,9
1997	155 448	150 563	96,9	179 878	172 732	96,0
1998	235 959	210 723	89,3	151 034	120 740	79,9
1999	183 317	175 323	95,6	143 356	127 597	89,0
2000	213 654	208 695	97,7	139 732	134 356	96,2
2001	188 423	184 920	98,1	135 856	132 865	97,8
<b>2002</b>	<b>183 082</b>	<b>179 936</b>	<b>98,3</b>	<b>128 979</b>	<b>126 263</b>	<b>97,9</b>

<sup>1)</sup> Vergleiche mit den Jahren vor 1998 wegen Änderungen im Statistikverfahren nur eingeschränkt möglich. Zudem sind 1998 zuvor arbeitslose Teilnehmer untererfasst.

Tabelle II.E.4

<b>Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Strukturen</b>												
Jahr	Beschäftigte geförderte Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen											
	Bestand insgesamt	davon (Spalte 1)			darunter (Spalte 1) in % (Mehrfachanrechnungen möglich)							
		Männer	Frauen		Schwerbehinderte	Ältere (50 Jahre und älter)	Jüngere (unter 25 Jahre)	Langzeitarbeitslose (12 Monate und länger)	gesundheitlich Eingeschränkte	in Teilzeit		
	absolut	absolut	in %	Arbeiten und Lernen						sonstige		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
<b>Deutschland</b>												
1995	275 897	115 210	160 687	58,2	3,0	28,1	7,5	45,0	3,0	2,6	47,0	
1996	261 004	109 445	151 560	58,1	3,5	29,7	7,5	57,1	4,0	2,9	35,7	
1997	213 836	93 122	120 714	56,5	3,6	27,6	8,3	75,9	4,9	3,7	37,5	
1998	210 376	96 454	113 922	54,2	4,6	29,7	9,8	84,9	6,0	4,6	63,7	
1999	234 073	111 189	122 884	52,5	4,5	29,5	9,1	86,9	7,2	4,4	66,7	
2000	203 601	99 193	104 409	51,3	5,0	33,5	9,1	82,8	9,1	4,2	68,0	
2001	166 643	83 623	83 020	49,8	5,6	36,6	9,6	80,4	10,1	4,3	67,1	
<b>2002</b>	<b>124 709</b>	<b>65 743</b>	<b>58 966</b>	<b>47,3</b>	<b>7,2</b>	<b>40,6</b>	<b>9,7</b>	<b>73,9</b>	<b>11,1</b>	<b>4,4</b>	<b>62,5</b>	
<b>Bundesgebiet West</b>												
1993	50 518	30 360	20 159	39,9	7,6	18,5	20,3	58,2	7,4	10,6	12,3	
1994	57 441	37 032	20 410	35,5	7,4	19,0	18,7	62,4	8,4	9,5	11,8	
1995	70 110	43 870	26 240	37,4	7,0	17,9	15,7	63,9	8,6	8,3	14,1	
1996	69 546	43 211	26 335	37,9	7,5	18,1	16,4	68,4	8,6	9,4	14,9	
1997	59 372	36 744	22 628	38,1	7,2	16,9	18,5	74,6	7,8	11,8	18,2	
1998	59 009	36 909	22 100	37,5	8,1	17,1	20,8	80,0	8,5	14,3	17,0	
1999	66 302	41 277	25 025	37,7	8,2	18,5	19,6	82,2	10,4	13,2	14,7	
2000	58 054	35 960	22 095	38,1	8,4	21,1	19,0	76,6	11,7	13,0	14,8	
2001	50 619	31 133	19 486	38,5	8,7	22,9	19,8	72,3	12,5	12,9	15,1	
<b>2002</b>	<b>39 171</b>	<b>24 246</b>	<b>14 925</b>	<b>38,1</b>	<b>9,8</b>	<b>25,5</b>	<b>20,3</b>	<b>65,0</b>	<b>13,3</b>	<b>13,3</b>	<b>14,2</b>	
<b>Bundesgebiet Ost</b>												
1995	205 787	71 340	134 446	65,3	1,7	31,6	4,6	38,5	1,1	0,7	58,2	
1996	191 458	66 234	125 225	65,4	2,0	34,0	4,2	53,0	2,2	0,5	43,3	
1997	154 464	56 379	98 086	63,5	2,3	31,8	4,4	76,4	3,7	0,6	44,9	
1998	151 367	59 545	91 822	60,7	3,3	34,6	5,5	86,8	5,0	0,9	82,0	
1999	167 771	69 912	97 859	58,3	3,1	33,9	5,0	88,7	6,0	0,8	87,3	
2000	145 547	63 233	82 314	56,6	3,6	38,4	5,1	85,2	8,1	0,8	89,3	
2001	116 024	52 490	63 534	54,8	4,3	42,6	5,1	84,0	9,0	0,5	89,7	
<b>2002</b>	<b>85 537</b>	<b>41 496</b>	<b>44 041</b>	<b>51,5</b>	<b>6,1</b>	<b>47,4</b>	<b>4,9</b>	<b>78,0</b>	<b>10,1</b>	<b>0,4</b>	<b>84,7</b>	



Tabelle II.E.5

<b>Arbeitnehmer in traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen nach Strukturen</b>												
Jahr	Beschäftigte geförderte Arbeitnehmer in traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen											
	Bestand insgesamt	davon (Spalte 1)			darunter (Spalte 1) in % (Mehrfachanrechnungen möglich)							
		Männer	Frauen		Schwerbe- hinderte	Ältere (50 Jahre und älter)	Jüngere (unter 25 Jahre)	Langzeit- arbeitslose (12 Monate und länger)	gesund- heitlich Einge- schränkte	in Teilzeit		
	absolut	absolut	in %	Arbeiten und Lernen						sonstige		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
<b>Deutschland</b>												
1995	108 420	66 746	41 674	38,4	0,8	27,6	X	X	•	0,1	43,9	
1996	92 518	53 612	38 906	42,1	1,3	30,9	X	X	•	0,2	19,3	
1997	73 634	42 342	31 292	42,5	1,7	29,6	X	X	•	0,3	10,8	
1998	57 172	29 821	27 351	47,8	2,1	27,6	5,2	41,9	2,5	0,2	6,5	
1999	59 180	30 871	28 309	47,8	2,1	27,3	4,7	47,8	3,8	0,2	6,9	
2000	57 165	29 036	28 129	49,2	2,5	33,0	4,0	54,4	5,3	0,3	9,0	
2001	53 216	27 541	25 675	48,2	2,8	40,0	4,0	57,5	6,9	0,1	10,1	
<b>2002</b>	<b>54 444</b>	<b>29 211</b>	<b>25 233</b>	<b>46,3</b>	<b>2,7</b>	<b>48,5</b>	<b>4,1</b>	<b>56,8</b>	<b>7,0</b>	<b>0,0</b>	<b>9,6</b>	
<b>Bundesgebiet West</b>												
1995	1 942	1 387	555	28,6	4,2	20,6	11,6	55,1	•	1,7	6,1	
1996	6 276	4 093	2 183	34,8	4,4	20,9	11,0	64,6	•	2,3	6,7	
1997	8 404	5 320	3 084	36,7	5,0	20,6	12,1	63,1	•	2,0	9,7	
1998	9 675	5 707	3 968	41,0	5,0	21,2	11,6	57,2	7,3	1,2	10,9	
1999	10 325	5 936	4 389	42,5	5,0	21,6	10,2	60,9	9,3	1,0	10,6	
2000	10 541	6 176	4 365	41,4	5,9	24,7	7,9	62,6	12,8	1,0	10,7	
2001	10 323	6 350	3 974	38,5	6,5	28,3	7,7	60,8	16,4	0,3	10,8	
<b>2002</b>	<b>10 597</b>	<b>6 594</b>	<b>4 004</b>	<b>37,8</b>	<b>6,4</b>	<b>31,3</b>	<b>7,9</b>	<b>56,6</b>	<b>16,5</b>	<b>0,0</b>	<b>12,0</b>	
<b>Bundesgebiet Ost</b>												
1995	106 478	65 359	41 119	38,6	0,8	27,7	•	•	•	0,1	44,6	
1996	86 242	49 520	36 723	42,6	1,1	31,7	•	•	•	0,1	20,3	
1997	65 230	37 022	28 208	43,2	1,3	30,8	•	•	•	0,0	10,9	
1998	47 497	24 114	23 383	49,2	1,6	29,0	3,9	38,8	1,5	0,0	5,6	
1999	48 855	24 935	23 920	49,0	1,5	28,5	3,5	45,0	2,6	0,0	6,1	
2000	46 624	22 860	23 765	51,0	1,8	34,9	3,1	52,6	3,6	0,1	8,6	
2001	42 893	21 192	21 701	50,6	1,9	42,9	3,1	56,7	4,6	0,0	9,9	
<b>2002</b>	<b>43 846</b>	<b>22 617</b>	<b>21 229</b>	<b>48,4</b>	<b>1,8</b>	<b>52,7</b>	<b>3,1</b>	<b>56,8</b>	<b>4,7</b>	<b>0,0</b>	<b>9,1</b>	

Tabelle II.E.6

<b>Ausgaben der Bundesanstalt und des Bundes für Arbeitsmarktpolitik (in Mio €)</b>									
	Deutschland			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	2002	2001	Veränd. geg. Vorjahr	2002	2001	Veränd. geg. Vorjahr	2002	2001	Veränd. geg. Vorjahr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ausgaben der BA	56 507,9	52 613,0	+3 894,9	37 697,3	33 226,9	+4 470,4	18 810,6	19 386,1	- 575,5
Ausgaben des Bundes <sup>1)</sup>	15 014,0	13 163,4	+1 850,6	8 863,8	7 826,3	+1 037,5	6 150,2	5 337,1	+ 813,1
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>71 521,9</b>	<b>65 776,4</b>	<b>+5 745,5</b>	<b>46 561,1</b>	<b>41 053,2</b>	<b>+5 507,9</b>	<b>24 960,8</b>	<b>24 723,2</b>	<b>+ 237,6</b>
<b>Leistungen der aktiven Arbeitsförderung</b>	<b>22 400,6</b>	<b>22 316,8</b>	<b>+ 83,8</b>	<b>12 881,2</b>	<b>12 199,5</b>	<b>+ 681,7</b>	<b>9 519,4</b>	<b>10 117,3</b>	<b>- 597,9</b>
– Ermessensleistungen (Eingliederungstitel – Kapitel 2 des BA-Haushalts)	13 499,5	13 937,1	- 437,6	7 130,6	7 230,5	- 99,9	6 368,9	6 706,6	- 337,7
– Sonstige Leistungen (Kapitel 3 des BA-Haushalts)	8 643,3	7 993,8	+ 649,5	5 557,5	4 661,3	+ 896,2	3 085,8	3 332,5	- 246,7
– Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bund) <sup>2)</sup>	257,8	385,9	- 128,1	193,1	307,7	- 114,6	64,7	78,2	- 13,5
<b>Ausgewählte Bereiche der aktiven Arbeitsförderung</b>									
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	2 333,0	2 976,0	- 643,0	693,5	863,2	- 169,7	1 639,5	2 112,8	- 473,3
– Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)	809,9	871,4	- 61,5	130,6	127,8	+ 2,8	679,3	743,6	- 64,3
darunter: SAM Ost für Wirtschaftsunternehmen	105,6	203,8	- 98,2	1,1	4,3	- 3,2	104,5	199,5	- 95,0
– Förderung der Berufsausbildung	2 112,5	1 604,3	+ 508,2	1 167,6	924,3	+ 243,3	944,9	680,0	+ 264,9
– Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	1 101,5	1 138,2	- 36,7	505,4	523,8	- 18,4	596,1	614,4	- 18,3
– Förderung der beruflichen Weiterbildung	6 701,3	6 982,5	- 281,2	4 043,0	4 187,3	- 144,3	2 658,3	2 795,2	- 136,9
– Individuelle Leistungen zur beruflichen Rehabilitation	2 786,2	2 639,6	+ 146,6	2 095,4	1 930,5	+ 164,9	690,8	709,1	- 18,3
– Freie Förderung (§ 10 SGB III)	504,1	612,1	- 108,0	226,0	265,9	- 39,9	278,1	346,2	- 68,1
<b>Entgeltersatzleistungen</b>									
<b>(soweit nicht aktive Arbeitsförderung)</b>	<b>43 689,2</b>	<b>38 768,5</b>	<b>+4 920,7</b>	<b>29 476,3</b>	<b>24 910,8</b>	<b>+4 565,5</b>	<b>14 212,9</b>	<b>13 857,7</b>	<b>+ 355,2</b>
– Arbeitslosengeld und Teilzeitarbeitslosengeld <sup>3)</sup>	27 006,5	24 620,9	+2 385,6	19 249,8	16 403,5	+2 846,3	7 756,7	8 217,4	- 460,7
– Insolvenzgeld	1 926,5	1 370,2	+ 556,3	1 555,8	988,7	+ 567,1	370,7	381,5	- 10,8
– Arbeitslosenhilfe	14 756,2	12 777,4	+1 978,8	8 670,7	7 518,6	+1 152,1	6 085,5	5 258,8	+ 826,7
– Sonstige (z.B. Ausgaben für Abwicklungsfälle)	0,0	0,0	+ 0,0	0,0	0,0	+ 0,0	0,0	0,0	+ 0,0
<b>Relation der Ausgaben für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung zu den o. a. Entgeltersatzleistungen</b>	<b>1 : 1,95</b>	<b>1 : 1,74</b>		<b>1 : 2,29</b>	<b>1 : 2,04</b>		<b>1 : 1,49</b>	<b>1 : 1,37</b>	
<b>Anteile in %</b>									
Ausgaben der BA	79,0	80,0		81,0	80,9		75,4	78,4	
Ausgaben des Bundes	21,0	20,0		19,0	19,1		24,6	21,6	
<b>Leistungen der aktiven Arbeitsförderung</b>	<b>31,3</b>	<b>33,9</b>		<b>27,7</b>	<b>29,7</b>		<b>38,1</b>	<b>40,9</b>	
– Ermessensleistungen (Eingliederungstitel – Kapitel 2 des BA-Haushalts)	18,9	21,2		15,3	17,6		25,5	27,1	
– Sonstige Leistungen (Kapitel 3 des BA-Haushalts)	12,1	12,2		11,9	11,4		12,4	13,5	
– Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bund)	0,4	0,6		0,4	0,7		0,3	0,3	
– Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	3,3	4,5		1,5	2,1		6,6	8,5	
– Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)	1,1	1,3		0,3	0,3		2,7	3,0	
darunter: SAM Ost für Wirtschaftsunternehmen	0,1	0,3		0,0	0,0		0,4	0,8	
– Förderung der Berufsausbildung	3,0	2,4		2,5	2,3		3,8	2,8	
– Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	1,5	1,7		1,1	1,3		2,4	2,5	
– Förderung der beruflichen Weiterbildung	9,4	10,6		8,7	10,2		10,6	11,3	
– Individuelle Leistungen zur beruflichen Rehabilitation	3,9	4,0		4,5	4,7		2,8	2,9	
– Freie Förderung (§ 10 SGB III)	0,7	0,9		0,5	0,6		1,1	1,4	
<b>Entgeltersatzleistungen</b>									
<b>(soweit nicht aktive Arbeitsförderung)</b>	<b>61,1</b>	<b>58,9</b>		<b>63,3</b>	<b>60,7</b>		<b>56,9</b>	<b>56,1</b>	
– Arbeitslosengeld und Teilzeitarbeitslosengeld	37,8	37,4		41,3	40,0		31,1	33,2	
– Insolvenzgeld	2,7	2,1		3,3	2,4		1,5	1,5	
– Arbeitslosenhilfe	20,6	19,4		18,6	18,3		24,4	21,3	

<sup>1)</sup> Kapitel 1112 des Bundeshaushalts „Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen“, soweit die BA die Aufgaben durchführt.

<sup>2)</sup> Wie Fußnote 1, jedoch ohne Arbeitslosenhilfe

<sup>3)</sup> Einschl. Erstattungen an ausländische Versicherungsträger.

# Schwerpunkt: Der Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen und Regionen

## 1. Deutschland

### Wirtschaftszweige

#### Beschäftigung insgesamt rückläufig, aber deutliche Unterschiede

Die wirtschaftliche Schwäche hat die Beschäftigungsentwicklung in fast allen Wirtschaftsbereichen beeinträchtigt. Insgesamt nahm die Zahl der Erwerbstätigen jahresdurchschnittlich um 0,6% auf 38,69 Mio ab, nachdem sie in den Jahren zuvor z.T. noch deutlich gewachsen war. Ausschlaggebend für den Rückgang waren vor allem Beschäftigungsverluste im **Produzierenden Gewerbe (einschließlich Bau)**; die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich dort um 3,1% auf 10,78 Mio, die der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Juni 2001 bis Juni 2002 um 3,3% auf 9,42 Mio (vgl. Tabellen III.1 und 3a). Dabei hat sich der Abbau von Arbeitsplätzen in der **Baubranche** unvermindert fortgesetzt, nach Angaben aus der Beschäftigtenstatistik um 7,5% auf 1,88 Mio. Nach wie vor beruht dies zu einem großen Teil auf der Beseitigung von Überkapazitäten in den neuen Ländern. Zudem hat sich das **Verarbeitende Gewerbe** ungünstig entwickelt. Nach spürbaren Beschäftigungsgewinnen in den Jahren zuvor, verringerte sich dort die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuletzt um 2,1% auf 7,16 Mio. Dabei waren die Abnahmen im Westen merklich größer als im Osten. Fast alle Sparten verzeichneten Beschäftigungsrückgänge, lediglich im Fahrzeugbau wurden die Personalstände noch erhöht. Bei **Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie bei der Energie- und Wasserversorgung** hat sich der trendmäßige Arbeitsplatzabbau fortgesetzt; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm insgesamt um 3,3% auf 384.500 ab.

Im **Dienstleistungssektor** ist die Erwerbstätigkeit weiter gewachsen, allerdings nur noch wenig. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich jahresdurchschnittlich um 0,4% auf 26,95 Mio, nach 1,2% und 2,8% in den beiden Jahren zuvor. Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm von Juni 2001 bis Juni 2002 um 0,5% auf 17,82 Mio zu (vgl. auch Tabelle III.4a). Die Entwicklung in den einzelnen Branchen war sehr unterschiedlich. So verringerte sich die Beschäftigung bei **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** um 1,4% auf 1,52 Mio, im **Handel** um 0,9% auf 4,17 Mio und in der **öffentlichen Verwaltung** um 0,5% auf 1,74 Mio. Dabei hat in der öffentlichen Verwaltung der anhaltende Personalabbau in den neuen Ländern Personalmehrungen in den alten überkompensiert. In den anderen Dienstleistungsbereichen gab es überwiegend Zuwächse, die aber meist nicht mehr so groß waren wie in den letzten Jahren. Besonders stark nahm die Beschäftigung im

**Gesundheits- und Sozialwesen** zu, und zwar um 2,7% auf 3,05 Mio. Im **Gastgewerbe** erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 1,7% auf 795.600, bei **Erziehung und Unterricht** um 1,6% auf 1,05 Mio, bei der **Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen** um 0,9% auf 1,29 Mio, bei **unternehmensnahen Dienstleistern** um 0,8% auf 3,12 Mio und im **Kredit- und Versicherungsgewerbe** um 0,4% auf 1,08 Mio.

In der **Land- und Forstwirtschaft** hat die Erwerbstätigkeit weiter abgenommen. Jahresdurchschnittlich gab es 955.000 Erwerbstätige, 0,5% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank deutlich stärker, nämlich von Mitte 2001 bis Mitte 2002 um 2,1% auf 332.600; dies beruht allein auf der Entwicklung im Osten.

Damit hat sich der **Trend zur Dienstleistungsgesellschaft** auch zuletzt fortgesetzt. Im Vergleich zu 1992 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Sektor um 3,8 Mio oder 16,2%, der Anteil an allen Erwerbstätigen hat um 8,5 Prozentpunkte auf 69,7% zugenommen. Vor allem die unternehmensnahen Dienstleister haben an Bedeutung gewonnen. Dabei geht ein großer Teil des Anstiegs im Dienstleistungssektor auf mehr Teilzeitbeschäftigung einschließlich geringfügig entlohnter zurück. Gleichzeitig hat sich im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Bau) die Erwerbstätigkeit um 2,6 Mio oder 19,4% verringert, der Erwerbstätigenanteil verringerte sich um 7,4 Prozentpunkt auf 27,9%. Allerdings ist diese Abnahme auch dadurch bedingt, dass viele Arbeitsplätze von Industrieunternehmen in rechtlich selbstständige Dienstleistungsunternehmen ausgegliedert wurden. Die Land- und Forstwirtschaft verlor 370.000 oder 27,9% ihrer Erwerbstätigen, der Anteil an allen sank um 1,0 Prozentpunkte auf 2,5%.

**Geringfügig entlohnte Beschäftigung** ist auch zuletzt gewachsen, wenn auch nur noch relativ wenig. Von Juni 2001 bis Juni 2002 erhöhte sich die Zahl der so Beschäftigten um 0,9% auf 4,17 Mio, nach +2,0% und +10,7% in den beiden Jahren zuvor (vgl. Tabelle III.5a). In den meisten Dienstleistungsbranchen und in der Land- und Forstwirtschaft hat es nennenswerte Anstiege gegeben, Abnahmen dagegen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Dabei ist die Bedeutung geringfügig entlohnter Beschäftigung in den Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich. Während im Produzierenden Gewerbe – auch technisch bedingt – diese Beschäftigungsform nur eingeschränkt möglich ist, bieten die Dienstleistungen arbeitsorganisatorisch bessere Voraussetzungen dafür. Entsprechend kommen im Dienstleistungsgewerbe auf 100 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 19 geringfügig Entlohnte, im Vergleich zu 8 im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Bau). Die größte Rolle spielen geringfügig Beschäftigte im Gastgewerbe (100 zu 44), bei sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (100 zu 27), bei unternehmensnahen Dienstleistern

(100 zu 27) und im Handel (100 zu 23). Auch in der Land- und Forstwirtschaft werden relativ viele Erwerbstätige geringfügig entlohnt, auf 100 voll sozialversicherungspflichtige entfallen 21.

Im **Vergleich zu den europäischen Ländern** sind in Deutschland noch relativ viele Erwerbstätige in der **Industrie** beschäftigt. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) waren 2001 – jüngere Zahlen sind derzeit noch nicht vollständig – in Deutschland 32,8% der Erwerbstätigen in der Industrie tätig, gegenüber 28,5% im europäischen Durchschnitt (vgl. Tabelle III.2). Nur in Portugal war dieser Wert größer (34,0%); den kleinsten Anteil wiesen die Niederlande (20,4%), Luxemburg (21,4%) und Griechenland (22,8%) auf. Der **Dienstleistungssektor** ist in Deutschland dementsprechend etwas schwächer; 64,6% aller Erwerbstätigen arbeiten dort, gegenüber 66,9% im europäischen Mittel. Besonders gewichtig ist diese Branche in Luxemburg (76,8%), im Vereinigten Königreich (73,5) und in Belgien (73,1%), besonders klein in Portugal (53,0%), Griechenland (61,2%) und in Spanien (62,0%). Die **Land- und Forstwirtschaft** hat in Deutschland, wie in den meisten europäischen Staaten auch, nur eine marginale Bedeutung; 2,6% der Erwerbstätigen arbeiten dort, im europäischen Durchschnitt sind es 4,2%. Eine größere Rolle spielt die Land- und Forstwirtschaft noch in Griechenland (16,0%) und in Portugal (12,9%).

Infolge der wirtschaftlichen Schwäche **meldeten sich in Deutschland im Jahr 2002 aus fast allen Wirtschaftszweigen deutlich mehr Personen arbeitslos** als im Vorjahr. Die größten Zunahmen verzeichneten Dienstleistungsbranchen, vor allem das Kredit- und Versicherungsgewerbe (+19%), unternehmensnahe Dienstleister (+15%) und der Handel (+13%; vgl. Tabelle III.6). Zum Teil dürfte dies aber nicht auf Beschäftigungsabnahmen, sondern auf verstärkten Umschlagsprozessen beruhen. Deutlich mehr Zugänge in Arbeitslosigkeit gab es auch aus dem Verarbeitenden Gewerbe (+7%; Baugewerbe: +2%).

Die **gemeldete Kräfte nachfrage** hat sich in nahezu allen Wirtschaftsbereichen verringert (vgl. Teil I, Abbildung 1; Kapitel II.B und II.D). Am stärksten waren die Abnahmen im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Bau). Von dort wurden den Arbeitsämtern im Jahresverlauf 513.900 Angebote gemeldet, 38% weniger als im Vorjahr; der jahresdurchschnittliche Stellenbestand reduzierte sich um 23% auf 73.700 (vgl. Tabelle III.8a). Besonders groß waren die Abnahmen bei der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten sowie im Maschinenbau. Im Dienstleistungssektor waren die Rückgänge nicht so ausgeprägt, aber auch beträchtlich. Aus diesem Bereich wurden den Arbeitsämtern im Jahresverlauf 1,91 Millionen Angebote gemeldet, 24% weniger als im Jahr zuvor; der jahresdurchschnittliche Stellenbestand verkleinerte sich um 10% auf 319.900. Die stärksten Abnahmen gab es bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Handel und im Gastgewerbe. Allein in der Land- und Forstwirtschaft veränderte sich die Kräfte nachfrage gegenüber Vorjahr vergleichsweise wenig. Die Stellenmeldungen verringerten sich um 9% auf 341.100, und der jahresdurchschnittliche Stellenbestand erhöhte sich um 1% auf 57.200.

Die **Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern** sind nach wie vor bedeutsam, im Einzelnen:

- Die **Entwicklung der Beschäftigung** ist in den neuen Ländern weiter deutlich ungünstiger als in den alten; und zwar vor allem infolge strukturell bedingter Anpassungen im Baugewerbe und in der öffentlichen Verwaltung.
- Nach wie vor gibt es deutliche Unterschiede in der **Beschäftigungsstruktur**. So ist der Anteil der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe an allen Beschäftigten im Osten deutlich kleiner als im Westen (16,9% zu 27,8%). Dagegen ist der Anteil der Beschäftigten im Baugewerbe (9,9% zu 6,2%), in der Land- und Forstwirtschaft (2,9% zu 0,9%) und in der öffentlichen Verwaltung (9,0% zu 5,8%) deutlich größer.
- In den alten Ländern **meldeten sich** aus fast allen Wirtschaftszweigen erheblich mehr Personen **arbeitslos** als im Vorjahr (insgesamt: +10%), in den neuen waren es dagegen überwiegend etwas weniger (–2%). Dies beruht u.a. darauf, dass sich im Westen die Entwicklung der Beschäftigung verschlechterte, während sie im Osten unverändert ungünstig war.
- Der jahresdurchschnittliche Stellenbestand ist im Westen in allen Wirtschaftszweigen deutlich gesunken, während er sich im Osten in vielen Branchen erhöhte (insgesamt: –13% bzw. +5%).

Diese Differenzen sprechen weiterhin für eine im Einzelnen nach West und Ost getrennte Darstellung.

## Regionen

Die **regionalen Diskrepanzen** zwischen den Arbeitsmärkten in Deutschland sind nach wie vor beträchtlich, vor allem

### Anhaltend große regionale Diskrepanzen

zwischen West und Ost. So ist die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) in den neuen Ländern mit jahresdurchschnittlich 18,0% weiterhin mehr als doppelt so groß wie in den alten (7,9%; vgl. Tabellen III.12). Die Quoten der Länder reichen von 5,4% in Baden-Württemberg bis zu 19,6% in Sachsen-Anhalt, die der Ämter von 3,5% in Freising bis zu 23,1% in Neubrandenburg. Auch innerhalb von West- und Ostdeutschland sind die Divergenzen beachtlich.

Infolge der schwachen Konjunktur und anhaltender struktureller Probleme hat in fast allen Ländern die Erwerbstätigkeit ab- und die Arbeitslosigkeit zugenommen. Allerdings waren die Veränderungen unterschiedlich stark. Erhebliche **Beschäftigungsverluste** gab es in Ostdeutschland (–1,7%), vor allem in Brandenburg und Thüringen (jahresdurchschnittlich: jeweils: –2,1%; vgl. Tabelle III.9), weniger ausgeprägt in Sachsen (–1,1%). In Westdeutschland (–0,4%) verzeichneten Schleswig-Holstein (–0,8%), Hamburg (–0,7%) und Nordrhein-Westfalen (–0,6%) die größten Abnahmen. In Niedersachsen (+0,1%), Rheinland-Pfalz (–0,0%), Baden-Württemberg

(-0,2%) und Bayern (-0,2%) veränderte sich die Erwerbstätigkeit dagegen kaum.

Trotz der großen Beschäftigungsverluste hat die **Arbeitslosigkeit** in Ostdeutschland vergleichsweise wenig zugenommen (+3%). In Sachsen-Anhalt ist die Arbeitslosenzahl sogar etwas gesunken (-2%; vgl. Tabelle III.10), in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern (jeweils +1%) und Brandenburg (+2%) geringfügig, in Thüringen (+4%) und Berlin (+6%) spürbar gestiegen. In Westdeutschland (+7%) gab es dagegen überwiegend deutliche Zunahmen. Besonders groß waren die prozentualen Anstiege in solchen Ländern, die nur kleine Beschäftigungsabnahmen zu verzeichnen hatten, und zwar vor allem in Bayern und Baden-Württemberg (+16% bzw. +12%).

Die Diskrepanzen zwischen der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind im Wesentlichen auf unterschiedliche **Veränderungen des Arbeitskräfteangebots** zurückzuführen. Nach Berechnungen des IAB hat das Erwerbspersonenpotenzial in den neuen Ländern ab- und in den alten zugenommen. Maßgeblich dafür waren nicht zuletzt Abwanderungen und mehr Pendler von Ost nach West; diese haben das Kräfteangebot vor allem in den wirtschaftlich stärkeren Regionen erhöht und so zum dortigen Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. Umgekehrt hat das rückläufige Kräfteangebot in den neuen Ländern die Auswirkungen der Beschäftigungsabnahmen auf die Arbeitslosigkeit gemindert. Darüber hinaus werden die prozentualen Veränderungen durch einen **Basiseffekt** verzerrt: So führt in Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit schon ein geringer Rückgang der Beschäftigung bzw. Zuwachs beim Arbeitskräfteangebot zu starken prozentualen Anstiegen der Arbeitslosenzahl.

## 2. Alte Länder

### Wirtschaftszweige

#### 1. Beschäftigung

#### Deutliche Abnahmen im Verarbeitenden Gewerbe – nur noch leichter Zuwachs bei den Dienstleistungen

Nach den z.T. deutlichen Beschäftigungsgewinnen von 1998 bis 2001 ist die Zahl der Erwerbstätigen zuletzt gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2002 waren 32,52 Mio Personen erwerbs-

tätig, 0,4% weniger als vor einem Jahr. Ausschlaggebend für diesen Rückgang war der Arbeitsplatzabbau im Verarbeitenden und im Baugewerbe. Der Dienstleistungssektor verzeichnete nur noch einen schwachen Beschäftigungszuwachs, der nicht mehr ausgereicht hat, die Verluste in den anderen Sektoren auszugleichen.

Im **Produzierenden Gewerbe** (einschließlich Bau) hat sich die Erwerbstätigkeit jahresdurchschnittlich um 2,6% auf 9,15 Mio verringert, nach -0,7% und +0,2% in den beiden Vorjahren.<sup>1)</sup> Die Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nahm von Juni 2001 bis Juni 2002 um 2,8% auf 8,09 Mio

ab (Vorjahre: -1,0% bzw. -0,2%; vgl. Tabelle III.3b). Dabei setzte sich der trendmäßige Rückgang bei **Bergbau und Gewinnung von Steine und Erden sowie bei der Energie- und Wasserversorgung** fort; die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich in diesen Branchen um insgesamt 3,4% auf 302.200 reduziert (Vorjahre: -7,1% bzw. -4,2%). Auch im **Baugewerbe** hielt der starke Arbeitsplatzabbau an; die Zahl der Beschäftigten verringerte sich dort um 5,3% auf 1,42 Mio (Vorjahre: -6,0% bzw. -3,2%). Maßgeblich für den jüngsten Rückgang im Produzierenden Gewerbe war aber, dass die Beschäftigung im **Verarbeitenden Gewerbe** um 2,2% auf 6,37 Mio abgenommen hat, nach leichten Zuwächsen in den beiden Jahren zuvor (+0,5% bzw. +0,7%). Starke Verluste verzeichneten insbesondere die baunahen Bereiche, also das Holzgewerbe (-6,2%) und das Glasgewerbe sowie Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden (-5,4%). Darüber hinaus gab es deutliche Abnahmen im Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie dem Ledergewerbe (-8,6% bzw. -4,2%), bei Metallerzeugung und -bearbeitung (-3,2%), im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (-3,1%) sowie bei der Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen (-2,7%). Beschäftigungsgewinne verzeichnete dagegen noch der Fahrzeugbau (+0,7%).

Das Produzierende Gewerbe (einschließlich Bau) hat damit weiter **an Gewicht verloren**. Im Vergleich zu 1992 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Sektor um 2,0 Mio oder 17,9% ab; der Anteil an allen Erwerbstätigen verringerte sich um 7,4 Prozentpunkte auf 28,1%. Allerdings wird der Rückgang dadurch überzeichnet, dass viele Arbeitsplätze aus der Industrie in rechtlich selbstständige Dienstleistungsunternehmen ausgelagert worden sind.

Die Beschäftigung im **Dienstleistungssektor** nahm auch zuletzt zu, allerdings nur noch leicht. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg dort jahresdurchschnittlich um 0,5% auf 22,61 Mio, nach +1,5% und +3,2% in den beiden Jahren zuvor. Auch die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöhte sich, und zwar von Juni 2001 bis Juni 2002 um 0,9% auf 14,62 Mio (Vorjahre: +1,8% bzw. +2,7%; vgl. auch Tabelle III.4b). Dabei waren die Entwicklungen in den einzelnen Dienstleistungs-bereichen recht unterschiedlich. So gab es im **Handel** einen Rückgang der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 0,6% auf 3,56 Mio; Einbußen verzeichneten vor allem der Großhandel bzw. Handelsvermittler (-1,3%). Bei **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** nahm die Zahl der Beschäftigten ebenfalls ab, und zwar um 1,1% auf 1,23 Mio, nach deutlichen Zunahmen in den Vorjahren (+3,7% bzw. +4,1%). Ausschlaggebend dafür waren der Personalabbau bei Fernmeldediensten, bei der Bahn und bei Speditionen (-5,2%, -3,9% bzw. -0,8%). Andere Dienstleistungsbereiche verzeichneten Zuwächse, die zumeist aber nicht mehr so groß waren wie in den Jahren zuvor. Dies zeigt sich besonders deutlich bei **unternehmensnahen Dienstleistern**; dort ist die Beschäftigung nur noch um 1,1% auf 2,64 Mio gestiegen, nach +5,5% bzw.

<sup>1)</sup> Erwerbstätigenzahlen nach Wirtschaftszweigen werden vom Statistischen Bundesamt nur für Deutschland, alte Länder ohne/mit Berlin und neue Länder mit/ohne Berlin ausgewiesen (vgl. Tabelle III.1); die im Text verwendeten Zahlen für alte Länder mit Berlin-West und neue Länder mit Berlin-Ost wurden vom IAB auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes berechnet.

+10,7% in den beiden Vorjahren. Dabei standen deutlichen Einbußen z.B. bei Arbeitnehmerüberlassung und in der Werbebranche (-10,4% bzw. -4,0%), Zunahmen u.a. bei Detektierteilen/Schutzdiensten (+7,5%), Gebäudereinigern (+5,3%), sonstigen Dienstleistungen (+4,5%) und bei Beratungsunternehmen (+3,4%) gegenüber. Im **Kredit- und Versicherungsgewerbe** hat die Beschäftigung um 0,7% auf 974.800 zugenommen (Vorjahre: +0,7% bzw. +1,7%); allerdings beruht dies allein auf dem Versicherungsgewerbe (+4,9%), bei Kreditinstituten nahm die Beschäftigtenzahl ab (-0,7%). Im **Gastgewerbe** wurde der Personalbestand um 2,1% auf 649.400 aufgestockt (Vorjahr: +2,3% bzw. +4,8%), mit überdurchschnittlichen Anstiegen bei Restaurants und Cafés sowie Kantinen und Catecern (+2,6% bzw. +5,4%). Bei öffentlichen und privaten Dienstleistern gab es ebenfalls weiter deutliche Zuwächse; so wird für das **Sozial und Gesundheitswesen** eine Beschäftigungsmehrung von 2,8% auf 2,54 Mio, für **Erziehung und Unterricht** von 2,4% auf 712.900 und für **sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen** von 1,9% auf 1,01 Mio ausgewiesen. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der **öffentlichen Verwaltung** wurde ausgeweitet, und zwar um 1,0% auf 1,32 Mio, nachdem sie zuvor kontinuierlich abgebaut worden war (Vorjahre: -0,2% bzw. -0,8%).

Im **Vergleich zu 1992** hat die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor um 3,3 Mio oder 17,4% zugenommen, der Anteil an allen Erwerbstätigen erhöhte sich um 8,2 Prozentpunkte auf 69,5%. Ein Großteil davon beruht allerdings auf Ausgliederungen von Betriebsteilen aus dem Produzierenden Gewerbe (s.o.) sowie auf mehr Teilzeitbeschäftigung, vor allem geringfügig entlohnter (s.u.). Dabei gewannen besonders unternehmensnahe Dienstleister an Bedeutung, ihr Anteil stieg um 4,8 Prozentpunkte auf 15,6%. Öffentliche und private Dienstleister legten um 2,8 Prozentpunkte auf 28,1% und Handel, Gastgewerbe und Verkehr lediglich um 0,6 Prozentpunkte auf 25,8% zu.

In der **Land- und Forstwirtschaft** ist die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt um 0,2% auf 762.300 gestiegen, nach +0,5% und +0,3% in den beiden Jahren zuvor. Sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren im Juni 196.500 Personen, 0,5% mehr als im Juni 2001. Damit hat sich der trendmäßige Abbau von Arbeitsplätzen in der Land- und Forstwirtschaft jedenfalls zuletzt nicht mehr fortgesetzt. Seit 1992 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen um 255.600 oder 25,1% verringert; der Anteil an allen Erwerbstätigen ist damit um 0,9 Prozentpunkte auf 2,3% gesunken.

Die Zahl der **geringfügig entlohnten Beschäftigten** nahm zuletzt nur noch wenig zu, und zwar von Juni 2001 bis Juni 2002 um 0,4% auf 3,67 Mio, nach +1,2% und +10,0% in den beiden Vorjahren (vgl. Tabelle III.5b). Dabei war die Entwicklung nach Wirtschaftszweigen sehr verschieden. Deutliche Anstiege gab es bei Erziehung und Unterricht (+3,5%), im Gesundheits- und Sozialwesen (+3,0%), bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+2,9%), im Gastgewerbe (+2,6%) sowie in der Land- und Forstwirtschaft (+2,3%). Dem standen nennenswerte Abnahmen im Verarbeitenden Gewerbe (-4,5%), bei öffentlichen Verwaltungen (-1,3%) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (-1,2%) gegenüber.

Geringfügig entlohnte Beschäftigung ist vor allem im Dienstleistungsgewerbe von Bedeutung; dort kommen auf 100 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 20 geringfügig Entlohnte, im Vergleich zu 8 im Produzierenden Gewerbe. Eine große Rolle spielt diese Beschäftigungsform vor allem im Gastgewerbe (100 zu 47) sowie – weniger ausgeprägt – bei der Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen (31), bei unternehmensnahen Dienstleistern (27) und im Handel (24). Auch in der Land- und Forstwirtschaft sind vergleichsweise viele Beschäftigte geringfügig entlohnt, auf 100 voll sozialversicherungspflichtige kommen dort 29.

## 2. Zugang in Arbeitslosigkeit

Im Zuge der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche gab es aus fast allen Wirtschaftszweigen

### ... vor allem aus Dienstleistungen stärker

mehr Arbeitslosmeldungen als vor einem Jahr (insgesamt: +10%; vgl. Tabelle III.6). Die größten Zunahmen verzeichnete der **Dienstleistungssektor** (+12%), und zwar vor allem das Kredit- und Versicherungsgewerbe (+21%), unternehmensnahe Dienstleister (+18%) und der Handel (+16%). Nur wenig mehr Zugänge gab es dagegen aus öffentlichen Verwaltungen (+2%), Erziehung und Unterricht (+3%) sowie dem Gesundheits- und Sozialwesen (+3%). Allerdings kontrastieren diese Anstiege meist mit anhaltendem Beschäftigungswachstum, allein im Handel und bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung war ein Rückgang zu verzeichnen. Die gestiegenen Zugangszahlen beruhen deshalb vor allem auf stärkeren Umschlagsprozessen.

Dagegen ging die größere Zahl von Arbeitslosmeldungen aus dem **Verarbeitenden Gewerbe** und dem **Baugewerbe** (jeweils +8%) mit deutlichen Beschäftigungsverlusten einher. Zwischen den Branchen gab es markante Unterschiede; so verzeichneten der Maschinenbau (+21%) sowie die Metallherzeugung und -bearbeitung (+14%) starke Zuwächse, während aus der Chemischen Industrie deutlich weniger Meldungen kamen (-15%).

Auch aus den Bereichen **Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden** sowie aus der **Energie- und Wasserversorgung** gingen erheblich weniger Arbeitslose zu als im Vorjahr (-16% bzw. -19%). Gleichwohl wurde dort die Beschäftigung weiter abgebaut, allerdings nicht mehr in der Größenordnung des Vorjahres.

## 3. Kurzarbeit

Kurzarbeit wurde 2002 in fast allen Wirtschaftszweigen wesentlich stärker genutzt als im Vorjahr (insgesamt jahresdurchschnittlich: +72%; vgl. Tabelle III.7). Besonders starke

### ... stärkere Inanspruchnahme in fast allen Wirtschaftszweigen

Zunahmen verzeichneten vor allem **Dienstleistungsbranchen** (+115%). Dabei waren die prozentualen Anstiege bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Handel besonders ausgeprägt. Allerdings ist dabei das niedrige Ausgangsniveau in Rechnung zu stellen (Basiseffekt). Wesentlich größeres Gewicht haben die Zunahmen im **Verarbeitenden Gewerbe** (+92%), und hier besonders im Maschinenbau, beim Fahrzeugbau, bei der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie bei der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten. Im **Baugewerbe** ist die Kurzarbeit vergleichsweise wenig gestiegen (+14%).

Überdurchschnittlich großes Gewicht hat Kurzarbeit traditionell im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Bau). Dort kamen im Jahresdurchschnitt auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 17 Kurzarbeiter, im Vergleich zu 7 für alle Wirtschaftszweige. Vor allem im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden wird die Beschäftigung in beachtlichem Umfang durch Kurzarbeit gestützt (1.000 zu 44). Eine größere Rolle spielt Kurzarbeit auch bei der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten (1.000 zu 24), im Maschinenbau (1.000 zu 23), der Metallerzeugung und -bearbeitung (1.000 zu 21) sowie im Baugewerbe (1.000 zu 17). In Dienstleistungsbranchen wurde Kurzarbeit dagegen kaum in Anspruch genommen; auf 1.000 Beschäftigte kamen dort nur 2 Kurzarbeiter. Die großen Steigerungsraten haben daran nichts geändert.

#### 4. Stellenangebot

##### ... vor allem aus dem Produzierenden Gewerbe kleiner

Die schwache Konjunktur hat auch die gemeldete Kräfte nachfrage in fast allen Wirtschaftszweigen sinken lassen.

Dabei nahmen die Stellenzugänge erheblich stärker ab als der jahresdurchschnittliche Bestand (insgesamt: -25% bzw. -13%; vgl. Tabelle III.8b). Grund dafür ist, dass die Stellenaufzeiten über alle Branchen deutlich zugenommen haben, nicht zuletzt deshalb, weil viele sehr kurzlaufende Angebote wegen der Korrektur fehlerhaft gebuchter Vermittlungen weggefallen sind. Am stärksten war der Rückgang von Stellenzugang und -bestand im **Produzierenden Gewerbe** (einschließlich Bau). Aus diesem Bereich gingen 39% weniger Angebote ein als im Vorjahr; der Stellenbestand reduzierte sich um 26% auf 60.700. Besonders groß waren die Abnahmen bei der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten (-45% bzw. -42%), im Maschinenbau (-40% bzw. 38%) sowie bei der Metallerzeugung und -bearbeitung (-38% bzw. -33%). Im **Dienstleistungssektor** war das Minus nicht ganz so ausgeprägt. Aus diesem Bereich wurden den Arbeitsämtern 24% weniger Angebote gemeldet als im Jahr zuvor; der jahresdurchschnittliche Stellenbestand verkleinerte sich um 12% auf 269.000. Die stärksten Rückgänge gab es bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (-32% bzw. -19%), im Handel (-29% bzw. -17%) sowie im Gastgewerbe (-27% bzw. -17%). In der **Land- und Forstwirtschaft** veränderte sich die Kräfte nachfrage gegen-

über Vorjahr vergleichsweise wenig. Die Stellenmeldungen verringerten sich um 4% und der jahresdurchschnittliche Stellenbestand erhöhte sich um 1% auf 52.500.

Der Bestand offener Stellen ist im **Dienstleistungssektor** am größten. Bezogen auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Juni 2002) waren dort jahresdurchschnittlich 18 Stellen gemeldet. Dabei gab es besonders viele Offerten im Gastgewerbe und bei unternehmensnahen Dienstleistern (1.000 zu 50 bzw. 37). Im **Produzierenden Gewerbe** (einschließlich Bau) war die unbefriedigte Kräfte nachfrage deutlich kleiner; auf 1.000 Beschäftigte kamen dort nur 7 gemeldete Stellen. Etwas größer war der Stellenbestand im Baugewerbe und im Ernährungsgewerbe (1.000 zu 13 bzw. 12). Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass ein relativ großer Stellenbestand für sich allein noch keinen Kräftemangel signalisiert, sondern auch das Ergebnis großer Fluktuation sein kann. Dabei können saisonale Faktoren, wie im Bau- oder Gastgewerbe, oder strukturelle Gründe, wie ein großer Anteil von Niedriglohnjobs oder hohe Gründungs- und Sterberaten von Betrieben, eine Rolle spielen (vgl. auch Kapitel I.B und Teil III der Arbeitsmarktanalyse 2001, S. 28 ff., 133 ff.). Schließlich dürften auch unterschiedlich große Meldequoten von Einfluss sein. In der **Land- und Forstwirtschaft** sind mehrere dieser Faktoren von Bedeutung; dort kamen auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 267 Stellen. Ausschlaggebend hierfür ist der große Bedarf an ausländischen Saisonkräften, der nur über die Arbeitsämter gedeckt werden darf und sehr frühzeitig gemeldet werden muss.

#### Regionen

Regional entwickelten sich die Arbeitsmärkte in den alten Ländern recht unterschiedlich. **Bayern** und **Baden-Württemberg** verzeichneten die relativ stärksten Zunahmen der Arbeitslosigkeit (jahresdurchschnittlich: +16% bzw. +12%; alle Arbeitslosen: +7%; vgl. Tabelle III.10). Allerdings hat in beiden Ländern die Erwerbstätigkeit nur wenig abgenommen (jahresdurchschnittlich jeweils: -0,2%; insgesamt: -0,4%; vgl. Tabelle III.9). Der deutliche Anstieg der Arbeitslosenzahlen geht somit auch auf Zuwächse beim Kräfteangebot zurück, auch infolge von Zuwanderern und Einpendlern. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass bei einer kleinen Arbeitslosenzahl schon vergleichsweise geringe Beschäftigungsverluste zu starken prozentualen Zunahmen führen (Basiseffekt). Trotz der ungünstigen Entwicklung wiesen Baden-Württemberg und Bayern nach wie vor die niedrigsten Arbeitslosenquoten auf (auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt: 5,4% bzw. 6,0%; Westen insgesamt: 7,9%, vgl. Tabelle III.12).

Auch in **Hamburg** nahm die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich zu (+10%). Zugleich verringerte sich dort auch die Beschäftigung relativ stark (-0,7%). Die Arbeitslosenquote lag in Hamburg über dem westdeutschen Mittel (9,0%).

##### ... mit weiterhin unterschiedlichen Arbeitsmarktlagen und -entwicklungen

In **Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen** und **Schleswig-Holstein** waren die Anstiege der Arbeitslosigkeit etwa durchschnittlich (+7%, +7%, +6% bzw. +5%). Dagegen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit in diesen Ländern verschieden: In Rheinland-Pfalz (−0,0%) stagnierte die Beschäftigung; in Hessen (−0,4%) waren die Verluste merklich kleiner als in Nordrhein-Westfalen (−0,6%) und in Schleswig-Holstein (−0,8%). Die Unterschiede bei den Arbeitslosenquoten blieben deutlich: Die Quoten in Rheinland-Pfalz (7,2%) und Hessen (6,9%) lagen um rund 2 Prozentpunkte niedriger als in Nordrhein-Westfalen (9,2%) und Schleswig-Holstein (8,7%).

In **Niedersachsen** und **Bremen** ist die Arbeitslosigkeit nur wenig gestiegen (+3% bzw. +2%). In Niedersachsen hat die Erwerbstätigkeit leicht zugenommen (+0,1%), in Bremen ist sie merklich gesunken (−0,4%). Bremen hat nach wie vor die höchste Arbeitslosenquote im Westen (12,6%), die Quote in Niedersachsen blieb überdurchschnittlich (9,2%).

Im **Saarland** hat sich die Zahl der Arbeitslosen kaum verändert (+1%). Für die Erwerbstätigkeit wird zwar ein besonders starker Rückgang ausgewiesen (−1,2%), dies beruht aber nicht auf realen Arbeitsplatzverlusten, sondern auf Änderungen in der statistischen Erfassung.

## 1. Beschäftigung

### Vor allem in südlichen Ländern kaum Abnahmen

**Rheinland-Pfalz** (−0,0%), **Bayern** (−0,2%) und **Baden-Württemberg** kaum verändert (−0,2%; insgesamt: −0,4%; vgl. Tabelle III.9 und zur voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Tabelle III.10). In diesen Ländern entwickelte sich die Beschäftigung in fast allen Wirtschaftsbereichen etwas günstiger als im Durchschnitt: Die Abnahmen im Verarbeitenden und im Baugewerbe waren spürbar kleiner, die Zuwächse in den noch expandierenden Dienstleistungsbranchen größer.

In **Hessen** und **Bremen** bewegte sich das Minus bei der Beschäftigung etwa im westdeutschen Mittel (jeweils: −0,4%). Dabei gab es in beiden Ländern überdurchschnittliche Abnahmen im Handel, darüber hinaus in Hessen stärkere Verluste bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung und in Bremen – entgegen der Gesamtentwicklung – in der öffentlichen Verwaltung und bei Erziehung und Unterricht.

**Nordrhein-Westfalen, Hamburg** und **Schleswig-Holstein** verzeichneten relativ starke Rückgänge der Erwerbstätigkeit (−0,6%, −0,7% bzw. −0,8%). In allen drei Ländern gab es überdurchschnittliche Verluste im Baugewerbe. Darüber hinaus waren in Nordrhein-Westfalen besonders große Abnahmen im Verarbeitenden Gewerbe, in Schleswig-Holstein im Handel und in Hamburg bei unternehmensnahen Dienstleistern sowie in der öffentlichen Verwaltung zu verzeichnen.

Der stärkste Rückgang der Erwerbstätigkeit wird für das **Saarland** ausgewiesen (−1,2%). Dies beruht aber nicht auf realen Arbeitsplatzverlusten, sondern auf Änderungen in der statistischen Erfassung sozialversicherungspflichtig Beschäftigter von Arbeitnehmerverleihern mit Sitz im Ausland.<sup>3)</sup> Stellt man dies in Rechnung, dürfte die Beschäftigung im Saarland stagniert und sich damit vergleichsweise günstig gemacht haben.

Die Wirtschaftsstrukturen unterscheiden sich zwischen den Ländern recht deutlich. So hat in **Baden-Württemberg, im Saarland** und in **Bayern** das Produzierende Gewerbe (ohne Bau) überdurchschnittlich großes Gewicht; in Baden-Württemberg arbeiten 37,2%, im Saarland 32,6% und in Bayern 32,1% aller voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig, im Vergleich zu 29,1% im westdeutschen Mittel (vgl. Tabelle III.11a). Dabei sind in Baden-Württemberg und in Bayern vor allem der Maschinenbau, die Herstellung von Büromaschinen und EDV-Geräten sowie der Fahrzeugbau stärker vertreten. Im Saarland sind die Metallherzeugung und -bearbeitung, der Fahrzeugbau sowie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden von größerer Bedeutung. In **Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein** und **Hessen** hat das Dienstleistungsgewerbe einen überdurchschnittlichen Anteil; in Hamburg sind 79,4%, in Schleswig-Holstein 70,2%, in Bremen 69,9% und in Hessen 69,8% aller Beschäftigten dort tätig, gegenüber 63,8% im Durchschnitt der alten Länder. In Hamburg und Bremen sind dafür unternehmensnahe Dienstleister, das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Verkehr- und Nachrichtenübermittlung maßgeblich. In Schleswig-Holstein spielen die öffentliche Verwaltung, das Gastgewerbe, der Handel und das Gesundheits- und Sozialwesen, in Bremen vor allem Verkehr und Nachrichtenübermittlung eine überdurchschnittliche Rolle. In **Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen** und **Rheinland-Pfalz** entsprechen die Beschäftigtenanteile des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) und des Dienstleistungsgewerbes etwa den westdeutschen Durchschnittswerten. In Niedersachsen und in Schleswig-Holstein fällt das größere Gewicht der Baubranche auf, 7,4% bzw. 7,2% Beschäftigte arbeiten dort, im Vergleich zu 6,2% im Durchschnitt. In Nordrhein-Westfalen ist die Metallherzeugung und -bearbeitung stärker vertreten; der Bergbau und die Gewinnung von Steine und Erden hat zwar auch einen größeren Anteil als – mit Ausnahme des Saarlands – in allen anderen Ländern, mit 0,9% fällt er gleichwohl kaum ins Gewicht.

<sup>2)</sup> Erwerbstätigenzahlen werden vom Statistischen Bundesamt nur für Deutschland, alte Länder ohne/mit Berlin und neue Länder mit/ohne Berlin ausgewiesen (vgl. Tabelle III.1); die im Text verwendeten Zahlen für alte Länder mit Berlin-West wurden vom IAB auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes berechnet.

<sup>3)</sup> Für Arbeitnehmerverleiher aus Belgien, Frankreich und Luxemburg, die in Deutschland keinen Betriebssitz haben und grenzüberschreitend Arbeitnehmerüberlassung betreiben, ist das Arbeitsamt Saarbrücken zuständig. Bisher wurden alle von diesen Verleihern in Deutschland tätigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten unabhängig von ihrem Arbeitsort in Saarbrücken registriert. Diese Fälle werden nunmehr gesondert gekennzeichnet und ab dem März 2002 nicht mehr zu den Beschäftigten in Saarbrücken gezählt; die Größenordnung beträgt etwa 3.800 Beschäftigte.



## 2. Arbeitslosigkeit

### Bei niedrigem Niveau starke Anstiege in Bayern und Baden-Württemberg

Die **Veränderung der Arbeitslosigkeit** zeigt tendenziell ein Süd-Nord-Gefälle. Die größten Zunahmen gab es in den südlichen

Ländern Bayern und Baden-Württemberg (+16% bzw. +12%; insgesamt: +7%; vgl. Tabelle III.10). Stark war der Anstieg auch in Hamburg (+10%). Etwa durchschnittliche Zuwächse verzeichneten Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (+7%; +7%, +6% bzw. +5%). In Niedersachsen, Bremen und im Saarland hat sich die Arbeitslosigkeit vergleichsweise wenig erhöht (+3%, +2% bzw. +1%).

Die unterschiedlich starken Zunahmen der Arbeitslosigkeit hängen nur z.T. mit der Beschäftigungsentwicklung zusammen. So hat in Bayern und Baden-Württemberg die Erwerbstätigkeit nur wenig, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein aber deutlich abgenommen. Dieses auf den ersten Blick überraschende Phänomen beruht vor allem auf unterschiedlichen **Veränderungen des Arbeitskräfteangebots**. So nahm besonders in Bayern und Baden-Württemberg die Zahl der Erwerbspersonen, also die Summe von Erwerbstätigen und Arbeitslosen, zu. Darüber hinaus war ein Basiseffekt von Einfluss: So führt in Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit schon ein vergleichsweise geringer relativer Beschäftigungsrückgang zu deutlichen prozentualen Zuwächsen der Arbeitslosenzahl.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit beruht in allen Ländern auf mehr **Zugängen**, die jedoch regional unterschiedlich stark ausfielen. Besonders Bayern (+10%; insgesamt: +8%), Baden-Württemberg (+12%), Hamburg (+9%) und Hessen (+9%) verzeichneten deutlich mehr Arbeitslosmeldungen als im Vorjahr. In Niedersachsen und Bremen waren die Zuwächse weniger ausgeprägt (jeweils +4%). Gleichzeitig hat sich die durchschnittliche **Dauer einer Arbeitslosigkeitsperiode** in allen Ländern verringert und damit die Zunahme des Arbeitslosenbestandes in Grenzen gehalten. Dabei gab es im Saarland den stärksten Rückgang (-2,9 Wochen; insgesamt: -0,7 Wochen; vgl. Tabelle III.13); überdurchschnittlich waren die Abnahmen in Hamburg (-1,3 Wochen), Rheinland-Pfalz (-1,2 Wochen) und in Baden-Württemberg (-1,1 Wochen). In Schleswig-Holstein (-0,1 Wochen), Bayern (-0,1 Wochen) und Bremen (-0,3 Wochen) verringerte sich die Dauer nur geringfügig.

Verhältnismäßig lange dauerte Arbeitslosigkeit nach wie vor in Ländern mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit, also in Nordrhein-Westfalen (durchschnittlich 36,3 Wochen), in Bremen (36,6 Wochen) und im Saarland (37,6 Wochen). Am kürzesten war eine Arbeitslosigkeitsperiode in Bayern (24,2 Wochen) und Baden-Württemberg (28,3 Wochen). Etwa im mittleren Bereich lagen Rheinland-Pfalz (29,7 Wochen) und Schleswig-Holstein (30,1 Wochen) sowie Hamburg (32,2 Wochen), Niedersachsen (33,1 Wochen) und Hessen (34,2 Wochen). Diese Unterschiede sind auf Arbeitsebene noch stärker ausgeprägt; hier zeigt sich noch deutlicher, dass tendenziell die Dauer der Arbeitslosigkeit mit der Quote zunimmt. So wird die

Arbeitslosigkeit in Dortmund im Durchschnitt nach 39 Wochen beendet, während es in Traunstein und Weilheim nur jeweils 16<sup>1/2</sup> Wochen dauert.

Die **interregionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit** waren auch 2002 beträchtlich; sie haben sich nur wenig verändert. Von den **Ländern** hat nach wie vor Bremen die höchste jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen: 12,6%; vgl. Tabelle III.12). Überdurchschnittlich waren die Quoten weiterhin in Niedersachsen (9,2%), Nordrhein-Westfalen (9,2%), im Saarland (9,1%), in Hamburg (9,0%) und Schleswig-Holstein (8,7%), unterdurchschnittlich in Rheinland-Pfalz und Hessen (7,2% bzw. 6,9%). Die niedrigsten Quoten gab es wie bisher in Bayern und Baden-Württemberg (6,0% bzw. 5,4%). Die Spanne zwischen der kleinsten und der höchsten Länderquote belief sich auf 7,2 Prozentpunkte, nach 7,5 Prozentpunkten im Vorjahr. Ein weiteres Maß für die interregionale Disparität ist die (ungewichtete) durchschnittliche Abweichung der Quoten der einzelnen Länder von der Gesamtquote. Danach wichen die Arbeitslosenquoten der Länder im Durchschnitt um 1,7 Prozentpunkte von der Gesamtquote ab, nach 1,8 Prozentpunkten im Vorjahr. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind also im Berichtsjahr etwas kleiner geworden.

Die Disparitäten zwischen den westdeutschen **Arbeitsamtsbezirken** sind größer als die zwischen den Ländern. Die Spanne zwischen der niedrigsten Arbeitslosenquote in Freising (jahresdurchschnittlich: 3,5%) und der höchsten in Dortmund (14,5%) beträgt 11,0 Prozentpunkte, im Vergleich zu 7,2 Prozentpunkte zwischen Baden-Württemberg und Bremen. Die Arbeitsamtsbezirke mit den höchsten Arbeitslosenquoten finden sich vor allem im Ruhrgebiet (Gelsenkirchen, Duisburg, Dortmund, Bochum, Recklinghausen, Essen), an der Nordseeküste (Bremerhaven, Wilhelmshaven, Emden) und im südlichen Niedersachsen (Hannover, Göttingen, Goslar, Braunschweig). Die niedrigsten Quoten verzeichneten bayerische und baden-württembergische Arbeitsämter (insbesondere Freising, Donauwörth, Weilheim, Göppingen, Ludwigsburg). Die durchschnittliche Abweichung (aller Arbeitsamtsbezirke) von der westdeutschen Gesamtquote belief sich 2002 auf 1,8 Prozentpunkte. Dabei sind auch zwischen den Arbeitsämtern die Disparitäten etwas kleiner geworden (2001 Spanne: 11,2 Prozentpunkte; Abweichung: 1,9 Prozentpunkte).

Auch **innerhalb der einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke** gibt es mehr oder weniger große Unterschiede. Am größten waren die Divergenzen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen-Bremen; die Spannen zwischen den kleinsten und größten Arbeitslosenquoten und die durchschnittliche Abweichung von der Landesquote waren dort am größten (Spanne: 7,9, 7,3 bzw. 6,4 Prozentpunkte; absolute Abweichungen: 1,6, 1,3 bzw. 1,6 Prozentpunkte). Wesentlich homogener sind die Arbeitsamtsbezirke in Schleswig-Holstein-Hamburg, Baden-Württemberg und Hessen; die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten sowie die durchschnittlichen Abweichungen waren dort deutlich kleiner (Spanne: 3,6, 4,0 und 4,4 Prozentpunkte; absolute Abweichung: 0,8, 0,6 bzw. 0,8 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Vorjahr haben die Divergenzen allein in Bayern etwas zugenommen.

### 3. Stellenangebot

#### ... hat in allen Regionen abgenommen

Infolge der schwachen Konjunktur war die gemeldete Kräfte nachfrage in allen Ländern rückläufig. Der **jahresdurchschnittliche Bestand an Stellen** hat sich in fast allen Ländern z.T. erheblich reduziert. Die stärksten Abnahmen gab es in Baden-Württemberg (-19%), Bayern (-18%), Hessen (-17%) und Nordrhein-Westfalen (-16%; insgesamt: -13%; vgl. Tabelle III.14). Deutlich kleiner waren die Rückgänge in Bremen (-6%), im Saarland (-6%), in Hamburg (-5%), in Schleswig-Holstein (-5%) und in Rheinland-Pfalz (-3%); in Niedersachsen blieb der Stellenbestand praktisch auf dem Vorjahresniveau.

Dass der Bestand rückläufig war beruht allein auf weniger **Stellenzugängen**. In allen Ländern wurden den Arbeitsämtern von Januar bis Dezember eine erheblich kleinere Zahl an Stellen gemeldet als im Jahr zuvor. Am stärksten war das Minus in Bayern (-31%) und im Saarland (-29%), etwa durchschnittlich waren die Abnahmen in Hessen (-26%), Nordrhein-Westfalen (-26%), Niedersachsen (-24%), Baden-Württemberg (-23%) und Hamburg (-23%), deutlich unterdurchschnittlich in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz (jeweils -18%) und in Bremen (-16%; insgesamt: -25%).

Der Stellenbestand wäre noch stärker gesunken, wenn nicht die **Stellenlaufzeiten** nennenswert zugenommen hätten, und zwar vor allem, weil viele kurz laufende Angebote wegen der Korrektur fehlerhaft gebuchter Vermittlungen weggefallen sind. Dabei erhöhten sich die Laufzeiten besonders deutlich in Niedersachsen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz (+11 Tage, +11 Tage bzw. +10 Tage; insgesamt: +7 Tage), weniger in Baden-Württemberg und in Bremen (jeweils +3 Tage).

### 4. Arbeitsmarktpolitik

#### ... besonders starker Einsatz in Problemregionen

2002 wurde die Beschäftigung in allen Ländern wesentlich stärker durch **Kurzarbeit** stabilisiert als im Jahr zuvor (insgesamt jahresdurchschnittlich: +72%; vgl. Tabelle III.15). In Rheinland-Pfalz (+140%), Bayern (+104%), Baden-Württemberg (+96%) und Hessen (+96%) haben sich die Kurzarbeiterzahlen etwa verdoppelt. Zunahmen um die 50% gab es in Nordrhein-Westfalen (+57%), Hamburg (+49%) und Niedersachsen (+40%). Das Saarland (+12%), Schleswig-Holstein (+10%) und Bremen (+7%) verzeichneten Zuwachsraten um die 10%. Das größte Gewicht hat Kurzarbeit in Baden-Württemberg; dort kommen auf 1.000 Erwerbspersonen<sup>4)</sup> rd. 6 Kurzarbeiter (insgesamt: 5). Von geringer Bedeutung war Kurzarbeit in Hamburg, mit 2 Kurzarbeitern auf 1.000 Erwerbspersonen.

Der so genannte **zweite Arbeitsmarkt**, also Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und traditionelle Strukturanpas-

sungsmaßnahmen, wurde in allen Ländern deutlich zurückgeführt (insgesamt jahresdurchschnittlich: -18%). Überdurchschnittlich große Abnahmen verzeichneten Hessen (-24%), Hamburg (-23%), Baden-Württemberg (-22%), Nordrhein-Westfalen (-22%), das Saarland (-21%), Schleswig-Holstein (-20%) und Niedersachsen (-20%); etwas schwächer waren die Rückgänge in Bayern und vor allem in Bremen (-16% bzw. -9%). Eine relativ große Rolle spielt der zweite Arbeitsmarkt vor allem in Regionen mit hohen Arbeitslosenquoten. Auf Länderebene wird das an Bremen deutlich; dort kamen auf 1.000 Erwerbspersonen immerhin 6 Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungs- oder traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen, im Vergleich zu  $\frac{1}{2}$  in Baden-Württemberg und 1 in Rheinland-Pfalz (insgesamt: 1.000 zu 1).

In fast allen Ländern wurde die **Förderung am ersten Arbeitsmarkt** ausgeweitet (insgesamt jahresdurchschnittlich: +13%), und zwar vor allem Eingliederungszuschüsse und Überbrückungsgeld zur Existenzgründung. Die Teilnehmerzahlen sind besonders stark in Hamburg (+39%), Schleswig-Holstein (+24%), Bremen (+20%), Niedersachsen (+20%) und Nordrhein-Westfalen (+20%) gestiegen. Kleiner war der Zuwachs in Rheinland-Pfalz (+12%), aber vor allem in Baden-Württemberg (+3%), im Saarland (+2%) und in Bayern (+1%); allein in Hessen gab es eine Abnahme (-5%). Mittlerweile werden am ersten Arbeitsmarkt insgesamt mehr Arbeitnehmer gefördert als am zweiten. Bezogen auf die Erwerbspersonen war der Teilnehmerbestand in Bremen wiederum am größten (1.000 zu 5, insgesamt: 1.000 zu 3), in Bayern und Baden-Württemberg am geringsten (jeweils 1.000 zu 2).

Die **Förderung beruflicher Weiterbildung** war überwiegend leicht rückläufig (insgesamt jahresdurchschnittlich: -3%). Deutliche Abnahmen gab es in Bayern (-10%), aber auch in Hessen (-6%) und im Saarland (-6%). Ein geringes Minus verzeichneten Baden-Württemberg (-3%), Hamburg (-2%) und Niedersachsen (-0,5%). Dagegen wurden in Schleswig-Holstein (+2%), Rheinland-Pfalz (+6%) und Bremen (+9%) z.T. deutlich mehr Personen in einer Qualifizierungsmaßnahme gefördert. Von den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben Qualifizierungsmaßnahmen nach wie vor die größte Bedeutung, und zwar ebenfalls in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. In Bremen kommen auf 1.000 Erwerbspersonen 11 Weiterbildungsteilnehmer, in Hamburg 8, im Saarland, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein jeweils 7. Einen deutlich kleineren Förderumfang haben Bayern und Baden-Württemberg mit 1.000 zu 5 bzw. 4.

**Arbeitsmarktpolitik gleicht regionale Disparitäten aus.** Dies lässt sich auch daran erkennen, dass die Unterbeschäftigungsquote, die neben den registrierten Arbeitslosen auch die Teilnehmer an unmittelbaren entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst (vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ....“ in Kapitel II.C), größere Divergenzen aufweist als die Arbeitslosenquote. So beträgt für die Länder die Spanne zwischen höchster und niedrigster Arbeitslosenquote

<sup>4)</sup> Alle zivilen Erwerbspersonen gemäß der Bezugsgröße für die Arbeitslosenquote 2002 plus Teilnehmer in beruflicher Weiterbildung.

7,2 Prozentpunkte und die mittlere absolute Abweichung 1,7 Prozentpunkte, dagegen wird für die Unterbeschäftigungsquote eine Spanne von 7,3 und eine mittlere absolute Abweichung von 2,0 errechnet. Noch deutlicher sind die Ergebnisse auf Arbeitsamtsebene. Spanne und mittlere absolute Abweichung belaufen sich für die Arbeitslosenquote auf 11,0 bzw. 1,8 Prozentpunkte, für die Unterbeschäftigungsquote jedoch auf 13,0 bzw. 2,2 Prozentpunkte. Ohne die entlastende Wirkung von Arbeitsmarktpolitik wäre die Arbeitslosenquote z.B. in Gelsenkirchen um 3,2 und in Freising um nur 1,2 Prozentpunkte größer ausgefallen.

### 3. Neue Länder

## Wirtschaftszweige

### 1. Beschäftigung

#### Starke Verluste im Baugewerbe und in der öffentlichen Verwaltung

ebenfalls –1,7% im Vorjahr. Maßgeblich dafür waren die anhaltenden Beschäftigungsverluste im Baugewerbe, in der öffentlichen Verwaltung und im Handel. Auch im Verarbeitenden Gewerbe gab es eine Abnahme. Zudem war von Einfluss, dass die Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt weiter zurückgeführt wurde.

Die Erwerbstätigkeit hat sich weiter deutlich verringert, und zwar jahresdurchschnittlich um 106.600 oder 1,7% auf 6,17 Mio, nach ebenfalls –1,7% im Vorjahr. Maßgeblich dafür waren die anhaltenden Beschäftigungsverluste im Baugewerbe, in der öffentlichen Verwaltung und im Handel. Auch im Verarbeitenden Gewerbe gab es eine Abnahme. Zudem war von Einfluss, dass die Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt weiter zurückgeführt wurde.

Im **Produzierenden Gewerbe** (einschließlich Bau) nahm die Zahl der Erwerbstätigen jahresdurchschnittlich um 5,6% auf 1,63 Mio ab.<sup>5)</sup> Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verringerte sich von Juni 2001 bis Juni 2002 um 6,0% auf 1,33 Mio (vgl. Tabelle III.3c). Ausschlaggebend hierfür war die Strukturkrise im **Baugewerbe**; die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten reduzierte sich dort um 13,7% auf 460.700. Auch im **Verarbeitenden Gewerbe** gab es – nach leichten Anstiegen in den beiden Vorjahren – einen, allerdings moderaten Rückgang. Die Beschäftigung wurde um 1,2% auf 784.900 verringert, mit beachtlichen wirtschaftszweiglichen Unterschieden. Deutliche Abnahmen in den baunahen Bereichen, also Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (–6,8%) und Holzgewerbe (–3,5%), bei der Herstellung von Möbeln u.a. (–6,8%) und im Textil und Bekleidungs-gewerbe (–6,1%) standen nennenswerte Zunahmen im Fahrzeugbau (+3,8%) und in der Chemischen Industrie (+1,9%) gegenüber. Im **Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden sowie der Energie- und Wasserversorgung** hat sich die Beschäftigtenzahl weiter reduziert, zuletzt um 2,9% auf 82.300.

Die Bedeutung des Produzierenden Gewerbes (einschließlich Bau) nahm weiter ab. Im **Vergleich zu 1992** verringerte sich die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in diesem Sektor um 593.000 oder 26,7%, der Anteil an allen Erwerbstätigen sank um 8,0 Prozentpunkte auf 26,4%. Während in der ersten Hälfte der 90er Jahre im Wesentlichen das Verarbeiten-

de Gewerbe den Rückgang verursachte, war es seit 1996 vor allem das Baugewerbe. Nach wie vor hat die Baubranche im Osten aber – relativ gesehen – erheblich größeres Gewicht als im Westen (10,3% zu 5,5% aller Erwerbstätigen), im restlichen Produzierenden Gewerbe sind dagegen relativ weniger Erwerbstätige beschäftigt (16,1% zu 22,6%).

Im **Dienstleistungssektor** hat sich die Zahl der Erwerbstätigen nur wenig verringert. Jahresdurchschnittlich waren dort 4,35 Mio Personen tätig, 0,1% weniger als vor einem Jahr. Allerdings beruht diese vergleichsweise günstige Entwicklung zu einem großen Teil auf mehr geringfügig entlohnter Beschäftigung (+6,1%, s.u.). Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm dagegen spürbar ab, nämlich von Juni 2001 bis Juni 2002 um 1,5% auf 3,19 Mio (vgl. auch Tabelle III.4c). Besonders groß war der Personalabbau weiterhin in der **öffentlichen Verwaltung**; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verringerte sich dort um 4,7% auf 421.100. Aber auch in anderen Dienstleistungsbranchen nahm die Beschäftigung deutlich ab, so bei **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** um 2,9% auf 295.500 Beschäftigte, bei **sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen** um 2,6% auf 274.500, im **Handel** um 2,5% auf 613.100 und im **Kredit- und Versicherungsgewerbe** um 2,3% auf 101.500. Ausschlaggebend für diese Entwicklungen waren Personalreduzierungen bei Eisenbahn und Fernmeldediensten, bei Interessenvertretungen, bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung, im Groß- und Einzelhandel sowie bei Kreditinstituten. Bei **unternehmensnahen Dienstleistern** verringerte sich die Beschäftigtenzahl relativ wenig, nämlich um 0,6% auf 488.400. Verluste gab es vor allem bei Arbeitnehmerüberlassung, Architektur- und Ingenieurbüros und in der Immobilienverwaltung. Im **Gastgewerbe** und bei **Erziehung und Unterricht** hat sich die Beschäftigung etwa auf dem Vorjahresniveau halten können (–0,0% auf 146.200 bzw. –0,1% auf 337.500), im **Gesundheits- und Sozialwesen** ist sie um 2,1% auf 514.200 gestiegen.

Im **Vergleich zu 1992** hat die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor um 423.000 oder 10,8% zugenommen. Allerdings geht dies zu einem großen Teil auf die Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung, und zwar vor allem von geringfügig entlohnter zurück. Der Anteil an allen Erwerbstätigen erhöhte sich um 9,7 Prozentpunkte auf 70,5%. Dabei haben vor allem die unternehmensnahen Dienstleister deutlich zugelegt, ihr Anteil stieg um 5,7 Prozentpunkte auf 13,7%. Öffentliche und private Dienstleister nahmen um 1,9 Prozentpunkte auf 32,4%, Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 2,1 Prozentpunkte auf 24,4% zu.

In der **Land- und Forstwirtschaft** waren jahresdurchschnittlich 193.000 Erwerbstätige beschäftigt, das waren 3,4% weniger als vor einem Jahr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm noch stärker ab; nämlich von Juni 2001 auf Juni 2002 um 5,6% auf 136.100. Der Abbau von Arbeits-

<sup>5)</sup> Erwerbstätigenzahlen nach Wirtschaftszweigen werden vom Statistischen Bundesamt nur für Deutschland, alte Länder ohne/mit Berlin und neue Länder mit/ohne Berlin ausgewiesen (vgl. Tabelle III.1); die im Text verwendeten Zahlen für neue Länder mit Berlin-Ost wurden vom IAB auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes berechnet.

plätzen in der Land- und Forstwirtschaft hat sich damit auch zuletzt fortgesetzt. **Seit 1992** verringerte sich dort die Zahl der Erwerbstätigen um 114.000 oder 37,2%; der Anteil an allen Erwerbstätigen ist um 1,6 Prozentpunkte auf 3,1% gesunken.

Ohne den weiteren deutlichen Anstieg der **geringfügig entlohnten Beschäftigung** wäre die Erwerbstätigkeit noch stärker zurückgegangen. Von Juni 2001 bis Juni 2002 nahm die Zahl so beschäftigter Personen um 5,0% auf 501.700 zu, nach +7,9% und +17,1% in den beiden Jahren zuvor (vgl. Tabelle III.5c). In fast allen Branchen gab es deutliche Zuwächse, vor allem in Dienstleistungsbranchen und hier besonders bei unternehmensnahen Dienstleistern (+8,6%), im Gastgewerbe (+7,2%), bei sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (+7,1%), bei Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (+6,8%) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (+6,2%). Auch in der Land- und Forstwirtschaft und im Baugewerbe waren mehr geringfügig entlohnte Beschäftigte tätig (+9,2% bzw. +4,9%). Einen Rückgang verzeichnete dagegen das Verarbeitende Gewerbe (-2,3%), und zwar vor allem wegen Abnahmen im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (-13,8%).

Geringfügig entlohnte Beschäftigung ist vor allem im Dienstleistungsgewerbe von Bedeutung; dort kommen auf 100 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 20 geringfügig Entlohnte, im Vergleich zu 7 im Produzierenden Gewerbe und 9 in der Land- und Forstwirtschaft. Eine große Rolle spielt diese Beschäftigungsform vor allem im Gastgewerbe (100 zu 29), bei unternehmensnahen Dienstleistern (100 zu 24) und im Handel (100 zu 17).

## 2. Zugang in Arbeitslosigkeit

### Weniger Meldungen aus der öffentlichen Verwaltung – mehr aus dem Kredit- und Versicherungsgewerbe

Die Zahl der Arbeitslosmeldungen aus Erwerbstätigkeit hat sich insgesamt etwas verringert (-2%; vgl. Tabelle III.6). Dabei war die Entwicklung nach Wirtschaftszweigen sehr

unterschiedlich. So gab es deutlich **weniger Arbeitslosmeldungen** insbesondere aus der öffentlichen Verwaltung (-10%), von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (-8%), aus dem Baugewerbe (-5%) und aus der Land- und Forstwirtschaft (-5%). Zwar hat in diesen Bereichen der Arbeitsplatzabbau weiter angehalten, aber z.T. etwas schwächer als im Vorjahr, sodass die Zugänge in Arbeitslosigkeit weniger zahlreich waren. Dagegen dürfte die kleinere Zahl von Arbeitslosmeldungen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen und aus dem Bereich Erziehung und Unterricht (-4% bzw. -5%) auf der dort vergleichsweise günstigen Beschäftigungsentwicklung beruhen. **Mehr Zugänge von Arbeitslosen** gab es aus dem Kredit- und Versicherungsgewerbe (+14%), aus Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+4%), aus dem Handel (+3%) und aus dem Verarbeitenden Gewerbe (+3%); dort machte sich die Beschäftigung überwiegend ungünstiger als

im Vorjahr. Der Zuwachs im Gastgewerbe (+6%) ging mit einer Stagnation der Beschäftigtenzahl einher.

## 3. Kurzarbeit

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit ist in fast allen Wirtschaftszweigen im Vergleich zum Vorjahr erheblich gestiegen

### Deutliche Zunahme in fast allen Branchen

(insgesamt jahresdurchschnittlich: +54%; vgl. Tabelle III.7). Im **Dienstleistungsbereich** hat sich die Kurzarbeiterzahl fast verdoppelt (+99%). Relativ groß waren vor allem die Zunahmen im Handel, bei unternehmensnahen Dienstleistern, in Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Gastgewerbe und im Gesundheits- und Sozialwesen. Bei den beträchtlichen prozentualen Steigerungsraten ist allerdings das niedrige Ausgangsniveau in Rechnung zu stellen (Basiseffekt). Deutlich zugenommen hat die Kurzarbeit auch im **Verarbeitenden Gewerbe** (+68%), besonders bei der Metallerzeugung und -bearbeitung, im Maschinenbau, der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten sowie im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe. Im **Baugewerbe** hat sich die Inanspruchnahme von Kurzarbeit praktisch nicht geändert (+0,4%).

Kurzarbeit wird vor allem im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Bau) genutzt; dort kamen auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 20 Kurzarbeiter, im Vergleich zu durchschnittlich 10 in allen Wirtschaftszweigen. Dabei spielt Kurzarbeit besonders im Maschinenbau (1.000 zu 32), bei der Metallerzeugung und -bearbeitung (1.000 zu 27), bei der Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten (1.000 zu 27) sowie im Fahrzeugbau (1.000 zu 26) eine größere Rolle. Im Dienstleistungsbereich wird Kurzarbeit dagegen nur wenig in Anspruch genommen, auf 1.000 Beschäftigte entfielen nur 4 Kurzarbeiter. Etwas größer waren die Werte im Gastgewerbe (1.000 zu 10), bei unternehmensnahen Dienstleistern (1.000 zu 8) und bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (1.000 zu 7).

## 4. Stellenangebot

Die jahresdurchschnittlichen Stellenbestände haben sich in den meisten Wirtschaftszweigen spürbar erhöht, während

### Relativ viele Angebote im Dienstleistungssektor

die Stellenzugänge in allen Wirtschaftszweigen erheblich abgenommen haben (insgesamt: +5% bzw. -27%; vgl. Tabelle III.8c). Diese gegenläufigen Veränderungen hängen mit stark gestiegenen Stellenlaufzeiten zusammen, die – was die Bestandsentwicklung betrifft – das Minus beim Zugang überkompensiert haben (+12<sup>1/2</sup> auf 43 Tage). Von Einfluss darauf war, dass im Zusammenhang mit der Korrektur fehlerhaft gebuchter Vermittlungen viele kurzlaufende Angebote weggefallen sind. Im **Produzierenden Gewerbe** (einschließlich Bau)

war die Entwicklung am ungünstigsten; der Stellenbestand hat dort geringfügig abgenommen (-1%), der Stellenzugang ist am stärksten gesunken (-37%). Im **Dienstleistungssektor** und in der **Land- und Forstwirtschaft** erhöhte sich der Stellenbestand dagegen z.T. deutlich (+7% bzw. +3%), während die Stellenmeldungen nicht ganz so stark abgenommen haben (-23% bzw. -28%).

Im **Dienstleistungssektor** gab es überdurchschnittlich viele offene Stellen. Bezogen auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte waren dort jahresdurchschnittlich 16 Stellen gemeldet. Besonders zahlreiche Angebote verzeichnete das Gastgewerbe (32), die unternehmensnahen Dienstleister (32) und die Erbringer sonstigen öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen (25). Im **Produzierenden Gewerbe** (einschließlich Bau) war die unbefriedigte Kräftenachfrage deutlich kleiner; auf 1.000 Beschäftigte kamen dort 10 gemeldete Stellen. Etwas größer war das Stellenangebot im Baugeerbe (15) und bei der Metallherzeugung und -bearbeitung (10). Dabei ist zu beachten, dass ein relativ großer Stellenbestand noch keinen Kräftenmangel signalisiert, sondern auch das Ergebnis großer Fluktuation, etwa aus saisonalen Gründen, sein kann. Darüber hinaus spielen für die Unterschiede zwischen den Branchen auch unterschiedlich große Meldequoten eine Rolle. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Land- und Forstwirtschaft; dort waren – relativ gesehen – die meisten Stellen gemeldet, nämlich jahresdurchschnittlich 35 Angebote auf 1.000 Beschäftigte. Dies geht auf den in dieser Branche großen Bedarf an ausländischen Saisonkräften zurück, die über die Arbeitsämter angeworben und sehr frühzeitig gemeldet werden müssen.

## Regionen

### Relativ geringe Unterschiede zwischen den Ländern

In **Sachsen-Anhalt** hat sich die Arbeitslosigkeit vergleichsweise günstig entwickelt. Dort ist die Zahl der Arbeitslosen leicht gesunken (jahresdurchschnittlich: -2%; zum Vergleich neue Länder insgesamt: +3%; vgl. Tabelle III.10). Allerdings beruht dies nicht auf mehr Beschäftigung, denn die Zahl der Erwerbstätigen hat sich deutlich verringert (jahresdurchschnittlich: -1,6%; insgesamt: -1,7%; vgl. Tabelle III.9<sup>6</sup>). Die Arbeitslosenquote (auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen) ist mit 19,6% weiterhin die höchste in den neuen Ländern (insgesamt: 18,0%).

In **Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern** und **Brandenburg** nahm die Arbeitslosigkeit geringfügig zu (+1%; +1%; +2%) und die Beschäftigung merklich ab (-1,1%; -1,7%; -2,3%). Die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern ist mit 18,6% weiter überdurchschnittlich groß, die sächsische und brandenburgische Quoten liegen mit 17,8% bzw. 17,5% etwa im ostdeutschen Mittel.

Spürbare Anstiege der Arbeitslosenzahl gab es in **Berlin** und **Thüringen** (+6% bzw. +4%). Auch hier wurden Arbeitsplätze in größerem Umfang abgebaut, etwas weniger ausge-

prägt in Berlin (-1,5%), stärker in Thüringen (-2,2%). Thüringen verzeichnet mit 15,9% weiterhin die niedrigste Arbeitslosenquote der neuen Länder, in Berlin war die Quote mit 16,9% unterdurchschnittlich groß.

Dass sich die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern trotz erheblichem Beschäftigungsabbau nur vergleichsweise wenig erhöhte, in Sachsen-Anhalt sogar verringerte, dürfte vor allem auf einem rückläufigen Arbeitskräfteangebot beruhen. So ist nach Berechnungen des IAB das Erwerbspersonenpotenzial in den neuen Ländern um 60.000 gesunken, und zwar praktisch allein wegen mehr Übersiedlern und Pendlern in die alten Länder (vgl. Kapitel II.A).

## 1. Beschäftigung

In allen ostdeutschen Ländern einschließlich Berlin ist die jahresdurchschnittliche **Zahl der Erwerbstätigen** weiter

### ... deutliche Abnahmen in allen Ländern

deutlich gesunken (insgesamt: -1,7%; vgl. Tabelle III.9). In Brandenburg und Thüringen war das Minus am größten (jahresdurchschnittlich: jeweils -2,1%). Sachsen-Anhalt (-1,6%), Mecklenburg-Vorpommern (-1,5%) und Berlin (-1,5%) verzeichneten etwa durchschnittliche Abnahmen. In Sachsen waren die Verluste am kleinsten (-1,1%).

Dabei beruht der Rückgang der Erwerbstätigkeit allein auf erheblich weniger **voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**, und zwar in allen Ländern (insgesamt Juni 2001/02: -3,0%; vgl. Tabelle III.10). Diese Abnahme wurde z.T. kompensiert durch die Zunahme geringfügig entlohnter Beschäftigung und durch mehr Selbstständige. Besonders ausgeprägt war das in Sachsen, wo sich die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 3,8%, die der Erwerbstätigen dagegen „nur“ um 1,1% verringerte. Auch in Mecklenburg-Vorpommern (-3,0% zu -1,5%), Sachsen-Anhalt (-3,0% zu -1,6%) und Thüringen (-3,0% zu -2,1%) war das Minus bei der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung merklich größer als bei der Erwerbstätigkeit, allein in Brandenburg und Berlin waren die Unterschiede nicht so groß (-2,4% zu -2,1% bzw. -1,9% zu 1,5%).

Zum kleineren Teil beruhen die Abnahmen bei der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf weniger **Beschäftigungschaffenden Maßnahmen** des zweiten Arbeitsmarktes (-19% auf 129.400). Dabei waren die Rückgänge in Thüringen (-24%), Mecklenburg-Vorpommern (-23%) und Sachsen (-21%) überdurchschnittlich. Von größerer Bedeutung waren die anhaltenden **strukturellen Probleme sowie die konjunkturelle Schwäche**. So gab es in allen Ländern wie bisher beträchtliche Arbeitsplatzverluste in der Bauwirtschaft, am stärksten

<sup>6</sup> Erwerbstätigenzahlen werden vom Statistischen Bundesamt nur für Deutschland, alte Länder ohne/mit Berlin und neue Länder mit/ohne Berlin ausgewiesen (vgl. Tabelle III.1); die im Text verwendeten Zahlen für neue Länder mit Berlin-Ost wurden vom IAB auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes berechnet.

in Sachsen (jahresdurchschnittlich: -16,6%). Von großer Bedeutung war durchweg der Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung und im Handel. Dabei verzeichneten Sachsen-Anhalt und Thüringen die stärksten Verluste in der öffentlichen Verwaltung (-6,7% bzw. -5,1%), Sachsen die größten im Handel (-3,1%). Auch im Verarbeitenden Gewerbe verringerten sich überall die Beschäftigtenzahlen, die Abnahmen waren aber überwiegend moderat, eher gering in Sachsen-Anhalt und in Thüringen (-0,3% bzw. -0,7%), stark dagegen in Berlin (-4,2%). Im Gesundheits- und Sozialwesen gab es dagegen in allen Ländern Beschäftigungszuwächse, vor allem in Sachsen (+2,4%).

Die Wirtschaftsstrukturen der Länder weisen bemerkenswerte Unterschiede auf: In **Thüringen** und **Sachsen** hat das Produzierende Gewerbe (ohne Bau) überdurchschnittlich großes Gewicht; 23,9% bzw. 21,3% der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten dort, im Vergleich zu 18,6% im ostdeutschen Mittel (vgl. Tabelle III.11b). Dagegen weisen **Berlin** und **Mecklenburg-Vorpommern** für das Dienstleistungsgewerbe überdurchschnittliche Beschäftigtenanteile auf; 80,1% bzw. 72,3% aller Beschäftigten sind dort tätig, gegenüber 68,6% im Durchschnitt der neuen Länder. In Berlin geht das vor allem auf unternehmensnahe Dienstleister, das Kredit- und Versicherungsgewerbe und auf sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen zurück. In Mecklenburg-Vorpommern spielt besonders das Gastgewerbe eine größere Rolle; darüber hinaus gibt es dort mit 4,3% relativ viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft. In **Brandenburg** und **Sachsen-Anhalt** entsprechen die Beschäftigtenanteile des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) und des Dienstleistungsgewerbes etwa den Durchschnittswerten. Dabei hat in Brandenburg das Baugewerbe und die Land- und Forstwirtschaft vergleichsweise großes Gewicht.

## 2. Arbeitslosigkeit

### ...vergleichsweise wenig gestiegen, in Sachsen-Anhalt leichte Abnahme

Sachsen-Anhalt ist sie sogar gesunken (-2%), in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg nur geringfügig gestiegen (+1%; +1%; +2%). Merkbliche Zuwächse verzeichneten Thüringen und Berlin (+4% bzw. +6%).

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern beruht z.T. auf mehr **Zugängen**. In Mecklenburg-Vorpommern (+2%), Sachsen-Anhalt (+2%), Berlin (+2%) und Brandenburg (+1%) meldeten sich etwas mehr, in Thüringen (-1%) und Sachsen (-2%) etwas weniger Menschen arbeitslos als vor einem Jahr (insgesamt: +1%). Von größerem Gewicht war überwiegend die Zunahme der durchschnittlichen **Arbeitslosigkeitsdauer** (insgesamt: +1,2 Wochen; vgl. Tabelle III.13). Vor allem in Brandenburg (+2,2 Wochen) und in Sachsen (+2,0 Wochen) hat eine Arbeitslosigkeitsperiode spürbar länger gedauert. In Thüringen (+0,8

Wochen) und Mecklenburg-Vorpommern (+0,3 Wochen) waren die Anstiege schwächer, in Sachsen-Anhalt und Berlin blieben die Dauern unverändert.

Nach wie vor dauerte die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt am längsten (durchschnittlich: 41,6 Wochen; insgesamt: 38,3 Wochen). Überdurchschnittlich lang waren die Arbeitslosigkeitsperioden auch in Brandenburg und in Sachsen (39,8 bzw. 39,5 Wochen), unterdurchschnittlich in Berlin (37,9 Wochen) und Mecklenburg-Vorpommern (35,6 Wochen). In Thüringen konnte Arbeitslosigkeit am schnellsten beendet werden (34,2 Wochen).

Die niedrigste **Arbeitslosenquote** auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen verzeichnete in den neuen Ländern nach wie vor Thüringen (15,9%; vgl. Tabelle III.12). Spürbar größer waren die Quoten in Berlin (16,9%), Brandenburg (17,5%) und Sachsen (17,8%). Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten weiterhin Mecklenburg-Vorpommern (18,6%) und Sachsen-Anhalt (19,6%). Dabei sind die **Unterschiede zwischen den Ländern** wesentlich kleiner als im Westen. So beläuft sich die Spanne zwischen größter und kleinster Quote auf 3,7 Prozentpunkte, im Vergleich zu 7,2 Prozentpunkten in den alten Ländern. Auch die durchschnittliche Abweichung von der Gesamtquote ist mit 1,0 Prozentpunkt geringer als in den alten Ländern (1,7 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Vorjahr hat die Spanne spürbar, die durchschnittlichen Abweichung nur geringfügig abgenommen (2001 Spanne: 4,4 Prozentpunkte; durchschnittliche Abweichung: 1,1 Prozentpunkte).

Die **Divergenzen zwischen den Arbeitsamtsbezirken** sind merklich größer als die zwischen den Ländern. Die Spanne zwischen der geringsten Arbeitslosenquote in Suhl und der höchsten in Neubrandenburg beträgt 9,4 Prozentpunkte. Die durchschnittliche Abweichung beläuft sich auf 1,9 Prozentpunkte. Auch auf Arbeitsamtsebene waren die Unterschiede also weniger groß als im Westen. Gegenüber Vorjahr haben sich die Unterschiede kaum verändert (2001 Spanne: 9,3 Prozentpunkte; durchschnittliche Abweichung: 2,0 Prozentpunkte).

**Innerhalb der Länder** lagen die Arbeitslosenquoten in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen am weitesten auseinander, Spanne und durchschnittliche Abweichungen von der Gesamtquote waren dort am größten (Spanne: 8,6 bzw. 7,9 Prozentpunkte; durchschnittliche Abweichung: 2,6 bzw. 2,1 Prozentpunkte). Weniger ausgeprägt waren die Unterschiede in Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen (Spanne: 6,1, 6,1 bzw. 6,9 Prozentpunkte; durchschnittliche Abweichung: 1,7, 1,4 bzw. 1,3 Prozentpunkte). Mit Ausnahme von Berlin-Brandenburg haben sich die Divergenzen innerhalb der Länder gegenüber Vorjahr etwas vergrößert.

## 3. Stellenbestand

Der jahresdurchschnittliche **Bestand an Stellen** hat sich in den neuen Ländern sehr unterschiedlich entwickelt (insgesamt: +5%; vgl. Tabelle III.14). Während es in Brandenburg und

### Beträchtliche Zunahmen in Berlin und Brandenburg

Berlin gegenüber Vorjahr erhebliche Zuwächse gab (+22% bzw. +18%), hat sich der Stellenbestand in Sachsen (+4%), Sachsen-Anhalt (+0,5%), Mecklenburg-Vorpommern (-1%) und Thüringen (-2%) nur wenig verändert. Gleichzeitig sind im Jahresverlauf in allen Ländern beträchtlich weniger **Stellen eingegangen** (insgesamt: -27%). Überdurchschnittliche Abnahmen gab es in Sachsen-Anhalt (-32%), Mecklenburg-Vorpommern (-31%), Thüringen (-31%) und Berlin (-30%), unterdurchschnittliche in Sachsen (-25%) und in Brandenburg (-18%). Dass sich der Stellenbestand nicht entsprechend verringert hat, beruht allein darauf, dass die **Stellenlaufzeiten** erheblich zugenommen haben, am stärksten in Thüringen (+14 Tage), am schwächsten in Brandenburg (+10 Tage). Wie im Westen spielte hier der Wegfall vieler, vor allem kurzlaufender Angebote im Zusammenhang mit der Korrektur fehlerhaft gebuchter Vermittlungen eine Rolle. Dies hat sowohl die Stellenmeldungen verringert als auch die Laufzeiten verlängert.

## 4. Arbeitsmarktpolitik

### ... mindert regionale Disparitäten

+54%; vgl. Tabelle III.15). Dabei hat sich die Kurzarbeit in Sachsen mehr als verdoppelt (+106%), vor allem wegen der Flutkatastrophe zur Mitte des Jahres. Aber auch in anderen Ländern gab es deutliche Zuwachsraten. Allein in Mecklenburg-Vorpommern stagnierte die Kurzarbeiterzahl (+2%). Die größte Bedeutung hatte Kurzarbeit in Sachsen, dort kamen auf 1.000 Erwerbspersonen<sup>7)</sup> 9 Kurzarbeiter, in Mecklenburg-Vorpommern dagegen nur 2 (insgesamt: 1.000 zu 5).

**Beschäftigungschaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes** haben in allen Ländern deutlich abgenommen (jahresdurchschnittlicher Teilnehmerbestand insgesamt: -19%). Die größten Rückgänge verzeichneten Thüringen (-24%), Mecklenburg-Vorpommern (-23%) und Sachsen (-21%). In Brandenburg (-14%), Sachsen-Anhalt (-13%) und Berlin (-8%) war das Minus unterdurchschnittlich. Nach wie vor spielt der zweite Arbeitsmarkt in den neuen Ländern eine deutlich größere Rolle als im Westen, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, den Ländern mit der höchsten Arbeitslosigkeit; dort kommen auf 1.000 Erwerbspersonen 21 bzw. 20 Arbeitnehmer in ABM und traditionellen Struk-

turanpassungsmaßnahmen (insgesamt: 1.000 zu 16). In Berlin sind es nur 9 von 1.000.

**Direkte Förderung von Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt** wurde überwiegend ausgeweitet (jahresdurchschnittlicher Teilnehmerbestand insgesamt: +2%). In Berlin und Sachsen-Anhalt gab es deutliche (+13% bzw. +11%), in Sachsen und Brandenburg leichte Zuwächse (jeweils +2%). Abnahmen verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (-3% bzw. -2%). Förderung regulärer Beschäftigung hat in den Ländern unterschiedlichen Umfang; er reicht von 14 Geförderten auf 1.000 Erwerbspersonen in Sachsen-Anhalt bis zu 11 auf 1.000 in Brandenburg. Berlin weist mit 8 Geförderten den niedrigsten Wert auf.

Die Teilnehmerzahlen in Maßnahmen **beruflicher Weiterbildung** nahmen durchweg ab (jahresdurchschnittlich insgesamt: -5%). Überdurchschnittliche Rückgänge verzeichneten Sachsen-Anhalt und Sachsen (-8% bzw. -6%), durchschnittliche Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils: -5%), unterdurchschnittliche Thüringen und Berlin (jeweils: -3%). Dabei hat berufliche Weiterbildung in Sachsen-Anhalt das größte Gewicht; dort kommen auf 1.000 Erwerbspersonen 20 Weiterbildungsteilnehmer. Eine kleinere Rolle spielen Qualifizierungsmaßnahmen in Sachsen und Berlin mit 14 bzw. 12 Teilnehmern auf 1.000 Erwerbspersonen (insgesamt: 16)

Ohne **Arbeitsmarktpolitik** wären die **Disparitäten** zwischen den Regionen deutlich stärker. Die Unterbeschäftigungsquote, die neben den registrierten Arbeitslosen auch die Teilnehmer an unmittelbar entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen enthält (vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ...“ in Kapitel II.C), weist deutlich größere regionale Unterschiede auf als die Arbeitslosenquote. So beträgt auf der Länderebene die Spanne zwischen höchster und niedrigster Arbeitslosenquote 3,7 Prozentpunkte und die mittlere Abweichung 1,0 Prozentpunkt, dagegen errechnet sich für die Unterbeschäftigungsquote eine Spanne von 4,3 und eine mittlere Abweichung von 1,3 Prozentpunkten. Noch gravierender sind die Ergebnisse für die Arbeitsämter. Spanne und absolute Abweichung belaufen sich für die Arbeitslosenquote auf 9,4 bzw. 1,9 Prozentpunkte und für die Unterbeschäftigungsquote auf 12,5 bzw. 2,4 Prozentpunkte. Die entlastende Wirkung von Arbeitsmarktpolitik hat beispielsweise in Sangershausen die Arbeitslosenquote um 7,9 und in Potsdam nur um 4,8 Prozentpunkte reduziert.

<sup>7)</sup> Alle zivilen Erwerbspersonen gemäß der Bezugsgröße für die Arbeitslosenquote 2002 plus Teilnehmer in beruflicher Weiterbildung.

Tabelle III.1

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen <sup>1)</sup>														
Jahr	Erwerbstätige (in Tausend)													
	insgesamt		darunter: (Sp. 1) in den Wirtschaftsbereichen											
			Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe		Dienstleistungen					
									Handel, Gastgewerbe und Verkehr		Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister		Öffentliche und private Dienstleister	
absolut	% <sup>2)</sup>	absolut	% <sup>2)</sup>	absolut	% <sup>2)</sup>	absolut	% <sup>2)</sup>	absolut	% <sup>2)</sup>	absolut	% <sup>2)</sup>	absolut	% <sup>2)</sup>	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
<b>Deutschland</b>														
1991	38 454	•	1 555	•	11 321	•	2 796	•	9 333	•	3 707	•	9 742	•
1992	37 878	-1,5	1 325	-14,8	10 458	-7,6	2 914	+4,2	9 356	+0,2	3 909	+5,4	9 916	+1,8
1993	37 365	-1,4	1 224	-7,6	9 730	-7,0	3 025	+3,8	9 341	-0,2	4 054	+3,7	9 991	+0,8
1994	37 304	-0,2	1 172	-4,2	9 229	-5,1	3 165	+4,6	9 313	-0,3	4 248	+4,8	10 177	+1,9
1995	37 382	+0,2	1 115	-4,9	9 001	-2,5	3 227	+2,0	9 309	+0,0	4 404	+3,7	10 326	+1,5
1996	37 270	-0,3	1 008	-9,6	8 745	-2,8	3 126	-3,1	9 326	+0,2	4 566	+3,7	10 499	+1,7
1997	37 208	-0,2	991	-1,7	8 586	-1,8	2 999	-4,1	9 347	+0,2	4 738	+3,8	10 547	+0,5
1998	37 616	+1,1	994	+0,3	8 596	+0,1	2 902	-3,2	9 472	+1,3	5 014	+5,8	10 638	+0,9
1999	38 077	+1,2	974	-2,0	8 487	-1,3	2 850	-1,8	9 619	+1,6	5 347	+6,6	10 800	+1,5
2000	38 752	+1,8	966	-0,8	8 526	+0,5	2 761	-3,1	9 851	+2,4	5 713	+6,8	10 935	+1,3
2001	38 917	+0,4	960	-0,6	8 534	+0,1	2 589	-6,2	9 924	+0,7	5 890	+3,1	11 020	+0,8
<b>2002</b>	<b>38 688</b>	<b>-0,6</b>	<b>955</b>	<b>-0,5</b>	<b>8 355</b>	<b>-2,1</b>	<b>2 425</b>	<b>-6,3</b>	<b>9 905</b>	<b>-0,2</b>	<b>5 926</b>	<b>+0,6</b>	<b>11 122</b>	<b>+0,9</b>
<b>Früheres Bundesgebiet ohne Berlin</b>														
1991	30 006	•	1 050	•	8 987	•	1 971	•	7 504	•	3 094	•	7 400	•
1992	30 296	+1,0	1 009	-3,8	8 849	-1,5	1 997	+1,3	7 644	+1,9	3 232	+4,5	7 565	+2,2
1993	29 938	-1,2	964	-4,5	8 343	-5,7	2 000	+0,2	7 621	-0,3	3 325	+2,8	7 684	+1,6
1994	29 748	-0,6	921	-4,4	7 935	-4,9	2 027	+1,4	7 581	-0,5	3 460	+4,1	7 825	+1,8
1995	29 721	-0,1	866	-6,0	7 754	-2,3	2 031	+0,2	7 565	-0,2	3 578	+3,4	7 926	+1,3
1996	29 680	-0,1	773	-10,7	7 551	-2,6	1 969	-3,1	7 588	+0,3	3 712	+3,7	8 088	+2,0
1997	29 721	+0,1	759	-1,8	7 422	-1,7	1 897	-3,7	7 617	+0,4	3 858	+3,9	8 168	+1,0
1998	30 126	+1,4	761	+0,3	7 435	+0,2	1 875	-1,2	7 730	+1,5	4 083	+5,8	8 242	+0,9
1999	30 554	+1,4	746	-2,1	7 353	-1,1	1 871	-0,2	7 856	+1,6	4 367	+7,0	8 363	+1,5
2000	31 263	+2,3	748	+0,3	7 394	+0,6	1 856	-0,8	8 064	+2,7	4 694	+7,5	8 507	+1,7
2001	31 527	+0,6	751	-1,1	7 400	+0,0	1 789	-3,8	8 148	+0,5	4 847	+3,6	8 591	+0,7
<b>2002</b>	<b>31 415</b>	<b>-0,4</b>	<b>753</b>	<b>+0,2</b>	<b>7 231</b>	<b>-2,3</b>	<b>1 710</b>	<b>-4,4</b>	<b>8 144</b>	<b>-0,1</b>	<b>4 885</b>	<b>+0,8</b>	<b>8 692</b>	<b>+1,2</b>
<b>Neue Länder einschl. Berlin</b>														
1991	8 448	•	505	•	2 334	•	825	•	1 829	•	613	•	2 342	•
1992	7 582	-10,2	316	-37,5	1 609	-31,0	917	+11,3	1 712	-6,4	677	+10,3	2 351	+0,4
1993	7 427	-2,0	260	-17,5	1 387	-13,8	1 025	+11,7	1 720	+0,4	729	+7,8	2 307	-1,9
1994	7 556	+1,7	251	-3,6	1 294	-6,6	1 138	+11,0	1 733	+0,7	788	+8,0	2 352	+2,0
1995	7 661	+1,4	249	-0,8	1 247	-3,7	1 196	+5,1	1 744	+0,6	826	+4,9	2 400	+2,0
1996	7 590	-0,9	235	-5,6	1 194	-4,2	1 157	-3,3	1 738	-0,3	854	+3,4	2 411	+0,5
1997	7 487	-1,4	232	-1,2	1 164	-2,5	1 102	-4,8	1 730	-0,5	880	+3,0	2 379	-1,3
1998	7 490	+0,0	233	+0,2	1 161	-0,3	1 027	-6,8	1 742	+0,7	931	+5,9	2 396	+0,7
1999	7 523	+0,4	229	-1,8	1 134	-2,3	980	-4,6	1 763	+1,2	980	+5,2	2 438	+1,7
2000	7 489	-0,4	218	-4,6	1 132	-0,2	906	-7,6	1 787	+1,3	1 019	+3,9	2 428	-0,4
2001	7 390	-1,3	209	-4,2	1 134	+0,2	800	-11,7	1 776	-0,6	1 043	+2,4	2 429	+0,0
<b>2002</b>	<b>7 273</b>	<b>-1,6</b>	<b>203</b>	<b>-3,1</b>	<b>1 124</b>	<b>-0,9</b>	<b>715</b>	<b>-10,6</b>	<b>1 761</b>	<b>-0,8</b>	<b>1 041</b>	<b>-0,2</b>	<b>2 430</b>	<b>+0,0</b>

<sup>1)</sup> Revidierte Ergebnisse (2. Fortschreibung, 6.3.2003) des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Inlandskonzept (einschl. Soldaten); vorläufige Ergebnisse; Quelle: Statistisches Landesamt Hessen

<sup>2)</sup> Veränderungen gegenüber dem Vorjahr



Tabelle III.2

Anteil der Wirtschaftszweige an allen Beschäftigten in der EU 2001 <sup>1)</sup>							
Land	2001						
	Alle Beschäftigten	Landwirtschaft	Industrie				
			Industrie insgesamt	Bergbau, Steine, Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Energie/Wasserversorgung	Baugewerbe
1	2	3	4	5	6	7	
Belgien	4 039	1,4	25,5	0,1	18,3	0,6	6,5
Dänemark	2 717	3,5	25,3		18,1	0,5	6,6
Bundesrepublik Deutschland	36 528	2,6	32,8	0,4	23,6	0,8	8,0
Griechenland	3 918	16,0	22,8	0,5	14,2	0,9	7,3
Spanien	14 707	6,7	31,3	0,4	18,8	0,6	11,5
Frankreich	23 678	4,1	26,0	0,2	18,5	0,9	6,4
Irland	1 718	7,0	29,0	0,4	17,4	0,7	10,5
Italien	21 373	5,2	31,7	0,3	22,8	0,8	7,9
Luxemburg	185	1,5	21,4		11,2		9,5
Niederlande	8 065	2,9	20,4	0,1	13,6	0,4	6,2
Österreich	3 697	5,8	29,4	0,2	19,9	0,8	8,4
Portugal	4 984	12,9	34,0	0,3	21,6	0,7	11,5
Finnland	2 403	5,8	27,0		19,9	1,0	6,0
Schweden	4 125	2,9	24,4	0,2	18,0	0,7	5,4
Vereinigtes Königreich	27 990	1,4	24,9	0,4	16,4	0,7	7,3
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>160 125</b>	<b>4,2</b>	<b>28,5</b>	<b>0,3</b>	<b>19,7</b>	<b>0,7</b>	<b>7,8</b>

Land	Dienstleistungen							
	Dienstleistungen insgesamt	Handel	Gastgewerbe	Verkehr Nachrichtenübermittlung	Kredit/Versicherung	Grundstück-Wohnungsw.	Öffentliche Verwaltung	Andere Dienstleistungen
	8	9	10	11	12	13	14	15
Belgien	73,1	14,4	3,2	8,0	3,8	8,7	9,7	25,3
Dänemark	70,9	14,0	2,4	6,8	3,2	9,8	5,5	29,2
Bundesrepublik Deutschland	64,6	14,3	3,3	5,7	3,7	8,2	8,1	21,4
Griechenland	61,2	17,2	6,5	6,4	2,8	5,4	7,4	15,5
Spanien	62,0	15,9	6,1	6,0	2,5	7,6	6,3	17,6
Frankreich	69,9	13,1	3,4	6,8	3,0	9,7	9,1	24,7
Irland	63,5	14,4	6,1	6,4	4,0	8,7	4,7	19,1
Italien	63,1	15,7	4,0	5,4	3,1	7,3	9,0	18,7
Luxemburg	76,8	14,4	4,7	7,7	10,4	6,8	10,5	22,5
Niederlande	71,2	15,1	3,6	5,9	3,5	11,7	6,8	24,5
Österreich	64,8	16,0	5,4	6,8	3,6	7,8	6,3	18,9
Portugal	53,0	15,2	5,1	3,9	1,8	4,4	6,1	16,6
Finnland	66,9	12,0	3,4	7,5	2,2	10,3	4,7	26,9
Schweden	72,7	12,1	2,8	6,8	1,9	12,0	5,2	31,7
Vereinigtes Königreich	73,5	15,1	4,2	7,1	4,3	11,4	6,7	24,8
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>66,9</b>	<b>14,7</b>	<b>4,0</b>	<b>6,2</b>	<b>3,4</b>	<b>8,9</b>	<b>7,6</b>	<b>22,1</b>

<sup>1)</sup> Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Juli 2002)

Tabelle III.3a

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ93); Deutschland</b>						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2002	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2002/01		2001/00
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>332 611</b>	<b>339 668</b>	<b>355 021</b>	<b>- 7 057</b>	<b>- 2,1</b>	<b>- 4,3</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>129 159</b>	<b>136 593</b>	<b>149 586</b>	<b>- 7 434</b>	<b>- 5,4</b>	<b>- 8,7</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>7 155 796</b>	<b>7 306 483</b>	<b>7 272 520</b>	<b>- 150 687</b>	<b>- 2,1</b>	<b>+ 0,5</b>
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	713 765	715 396	729 694	- 1 631	- 0,2	- 2,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	520 335	535 716	535 384	- 15 381	- 2,9	+ 0,1
Chemische Industrie	477 526	481 593	483 472	- 4 067	- 0,8	- 0,4
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1 114 057	1 147 309	1 136 982	- 33 252	- 2,9	+ 0,9
Maschinenbau	1 059 033	1 067 174	1 049 377	- 8 141	- 0,8	+ 1,7
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	1 090 313	1 117 661	1 083 138	- 27 348	- 2,4	+ 3,2
Fahrzeugbau	856 774	849 475	828 099	+ 7 299	+ 0,9	+ 2,6
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>255 295</b>	<b>261 082</b>	<b>279 662</b>	<b>- 5 787</b>	<b>- 2,2</b>	<b>- 6,6</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>1 880 575</b>	<b>2 033 307</b>	<b>2 227 930</b>	<b>- 152 732</b>	<b>- 7,5</b>	<b>- 8,7</b>
davon: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	916 170	1 009 980	1 130 098	- 93 810	- 9,3	- 10,6
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	964 405	1 023 327	1 097 832	- 58 922	- 5,8	- 6,8
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>4 168 451</b>	<b>4 204 362</b>	<b>4 234 893</b>	<b>- 35 911</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,7</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	665 791	661 542	669 009	+ 4 249	+ 0,6	- 1,1
Handelsvermittlung, Großhandel	1 376 628	1 400 612	1 407 579	- 23 984	- 1,7	- 0,5
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	2 126 032	2 142 208	2 158 305	- 16 176	- 0,8	- 0,7
<b>Gastgewerbe</b>	<b>795 616</b>	<b>782 106</b>	<b>768 809</b>	<b>+ 13 510</b>	<b>+ 1,7</b>	<b>+ 1,7</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>1 523 889</b>	<b>1 546 137</b>	<b>1 511 755</b>	<b>- 22 248</b>	<b>- 1,4</b>	<b>+ 2,3</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>1 076 246</b>	<b>1 071 988</b>	<b>1 067 978</b>	<b>+ 4 258</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 0,4</b>
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>3 123 811</b>	<b>3 099 290</b>	<b>2 958 181</b>	<b>+ 24 521</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 4,8</b>
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	2 808 815	2 782 576	2 640 513	+ 26 239	+ 0,9	+ 5,4
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen</b>	<b>1 741 204</b>	<b>1 749 081</b>	<b>1 773 657</b>	<b>- 7 877</b>	<b>- 0,5</b>	<b>- 1,4</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>1 050 447</b>	<b>1 034 010</b>	<b>1 017 527</b>	<b>+ 16 437</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>+ 1,6</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>3 049 151</b>	<b>2 969 041</b>	<b>2 928 275</b>	<b>+ 80 110</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>+ 1,4</b>
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	1 959 296	1 918 952	1 907 357	+ 40 344	+ 2,1	+ 0,6
Sozialwesen	1 089 855	1 050 089	1 020 918	+ 39 766	+ 3,8	+ 2,9
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>1 286 846</b>	<b>1 275 460</b>	<b>1 271 393</b>	<b>+ 11 386</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>+ 0,3</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>27 571 147</b>	<b>27 817 114</b>	<b>27 825 624</b>	<b>- 245 967</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,0</b>
davon: Primärer Sektor	332 611	339 668	355 021	- 7 057	- 2,1	- 4,3
Sekundärer Sektor	9 420 825	9 737 465	9 929 698	- 316 640	- 3,3	- 1,9
Tertiärer Sektor	17 815 661	17 731 475	17 532 468	+ 84 186	+ 0,5	+ 1,1
ohne Angabe	2 050	8 506	8 437	- 6 456	- 75,9	+ 0,8

Tabelle III.3b

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ93); Bundesgebiet West</b>						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2002	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2002/01		2001/00
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>196 474</b>	<b>195 447</b>	<b>199 232</b>	<b>+ 1 027</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>- 1,9</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>105 703</b>	<b>111 408</b>	<b>122 143</b>	<b>- 5 705</b>	<b>- 5,1</b>	<b>- 8,8</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>6 370 927</b>	<b>6 512 182</b>	<b>6 480 328</b>	<b>- 141 255</b>	<b>- 2,2</b>	<b>+ 0,5</b>
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	594 416	595 351	605 706	- 935	- 0,2	- 1,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	474 959	490 220	490 218	- 15 261	- 3,1	+ 0,0
Chemische Industrie	441 809	446 559	449 242	- 4 750	- 1,1	- 0,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	961 709	993 228	983 244	- 31 519	- 3,2	+ 1,0
Maschinenbau	969 575	977 394	962 189	- 7 819	- 0,8	+ 1,6
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	983 653	1 010 548	983 272	- 26 895	- 2,7	+ 2,8
Fahrzeugbau	800 156	794 935	775 433	+ 5 221	+ 0,7	+ 2,5
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>196 478</b>	<b>201 550</b>	<b>214 884</b>	<b>- 5 072</b>	<b>- 2,5</b>	<b>- 6,2</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>1 419 847</b>	<b>1 499 246</b>	<b>1 594 211</b>	<b>- 79 399</b>	<b>- 5,3</b>	<b>- 6,0</b>
davon: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	672 627	720 942	784 231	- 48 315	- 6,7	- 8,1
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	747 220	778 304	809 980	- 31 084	- 4,0	- 3,9
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>3 555 350</b>	<b>3 575 413</b>	<b>3 579 902</b>	<b>- 20 063</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 0,1</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	544 497	538 958	539 679	+ 5 539	+ 1,0	- 0,1
Handelsvermittlung, Großhandel	1 226 760	1 243 394	1 243 903	- 16 634	- 1,3	- 0,0
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	1 784 093	1 793 061	1 796 320	- 8 968	- 0,5	- 0,2
<b>Gastgewerbe</b>	<b>649 448</b>	<b>635 917</b>	<b>621 796</b>	<b>+ 13 531</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>+ 2,3</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>1 228 393</b>	<b>1 241 847</b>	<b>1 197 525</b>	<b>- 13 454</b>	<b>- 1,1</b>	<b>+ 3,7</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>974 775</b>	<b>968 130</b>	<b>961 838</b>	<b>+ 6 645</b>	<b>+ 0,7</b>	<b>+ 0,7</b>
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>2 635 406</b>	<b>2 607 854</b>	<b>2 471 185</b>	<b>+ 27 552</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 5,5</b>
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	2 389 061	2 362 720	2 229 207	+ 26 341	+ 1,1	+ 6,0
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen</b>	<b>1 320 100</b>	<b>1 307 377</b>	<b>1 310 418</b>	<b>+ 12 723</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>- 0,2</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>712 911</b>	<b>696 266</b>	<b>678 275</b>	<b>+ 16 645</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>+ 2,7</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>2 535 001</b>	<b>2 465 293</b>	<b>2 429 535</b>	<b>+ 69 708</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>+ 1,5</b>
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	1 637 935	1 603 837	1 592 685	+ 34 098	+ 2,1	+ 0,7
Sozialwesen	897 066	861 456	836 850	+ 35 610	+ 4,1	+ 2,9
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>1 012 396</b>	<b>993 812</b>	<b>978 971</b>	<b>+ 18 584</b>	<b>+ 1,9</b>	<b>+ 1,5</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>22 914 969</b>	<b>23 019 184</b>	<b>22 847 412</b>	<b>- 104 215</b>	<b>- 0,5</b>	<b>+ 0,8</b>
davon: Primärer Sektor	196 474	195 447	199 232	+ 1 027	+ 0,5	- 1,9
Sekundärer Sektor	8 092 955	8 324 386	8 411 566	- 231 431	- 2,8	- 1,0
Tertiärer Sektor	14 623 780	14 491 909	14 229 445	+ 131 871	+ 0,9	+ 1,8
ohne Angabe	1 760	7 442	7 169	- 5 682	- 76,4	+ 3,8

Tabelle III.3c

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ93); Bundesgebiet Ost</b>						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2002	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2002/2001		2001/00
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>136 137</b>	<b>144 221</b>	<b>155 789</b>	<b>- 8 084</b>	<b>- 5,6</b>	<b>- 7,4</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>23 456</b>	<b>25 185</b>	<b>27 443</b>	<b>- 1 729</b>	<b>- 6,9</b>	<b>- 8,2</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>784 869</b>	<b>794 301</b>	<b>792 192</b>	<b>- 9 432</b>	<b>- 1,2</b>	<b>+ 0,3</b>
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	119 349	120 045	123 988	- 696	- 0,6	- 3,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	45 376	45 496	45 166	- 120	- 0,3	+ 0,7
Chemische Industrie	35 717	35 034	34 230	+ 683	+ 1,9	+ 2,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	152 348	154 081	153 738	- 1 733	- 1,1	+ 0,2
Maschinenbau	89 458	89 780	87 188	- 322	- 0,4	+ 3,0
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	106 660	107 113	99 866	- 453	- 0,4	+ 7,3
Fahrzeugbau	56 618	54 540	52 666	+ 2 078	+ 3,8	+ 3,6
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>58 817</b>	<b>59 532</b>	<b>64 778</b>	<b>- 715</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 8,1</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>460 728</b>	<b>534 061</b>	<b>633 719</b>	<b>- 73 333</b>	<b>- 13,7</b>	<b>- 15,7</b>
davon: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	243 543	289 038	345 867	- 45 495	- 15,7	- 16,4
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	217 185	245 023	287 852	- 27 838	- 11,4	- 14,9
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>613 101</b>	<b>628 949</b>	<b>654 991</b>	<b>- 15 848</b>	<b>- 2,5</b>	<b>- 4,0</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	121 294	122 584	129 330	- 1 290	- 1,1	- 5,2
Handelsvermittlung, Großhandel	149 868	157 218	163 676	- 7 350	- 4,7	- 3,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	341 939	349 147	361 985	- 7 208	- 2,1	- 3,5
<b>Gastgewerbe</b>	<b>146 168</b>	<b>146 189</b>	<b>147 013</b>	<b>- 21</b>	<b>- 0,0</b>	<b>- 0,6</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>295 496</b>	<b>304 290</b>	<b>314 230</b>	<b>- 8 794</b>	<b>- 2,9</b>	<b>- 3,2</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>101 471</b>	<b>103 858</b>	<b>106 140</b>	<b>- 2 387</b>	<b>- 2,3</b>	<b>- 2,1</b>
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>488 405</b>	<b>491 436</b>	<b>486 996</b>	<b>- 3 031</b>	<b>- 0,6</b>	<b>+ 0,9</b>
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	419 754	419 856	411 306	- 102	- 0,0	+ 2,1
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen</b>	<b>421 104</b>	<b>441 704</b>	<b>463 239</b>	<b>- 20 600</b>	<b>- 4,7</b>	<b>- 4,6</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>337 536</b>	<b>337 744</b>	<b>339 252</b>	<b>- 208</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,4</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>514 150</b>	<b>503 748</b>	<b>498 740</b>	<b>+ 10 402</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>+ 1,0</b>
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	321 361	315 115	314 672	+ 6 246	+ 2,0	+ 0,1
Sozialwesen	192 789	188 633	184 068	+ 4 156	+ 2,2	+ 2,5
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>274 450</b>	<b>281 648</b>	<b>292 422</b>	<b>- 7 198</b>	<b>- 2,6</b>	<b>- 3,7</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>4 656 178</b>	<b>4 797 930</b>	<b>4 978 212</b>	<b>- 141 752</b>	<b>- 3,0</b>	<b>- 3,6</b>
davon: Primärer Sektor	136 137	144 221	155 789	- 8 084	- 5,6	- 7,4
Sekundärer Sektor	1 327 870	1 413 079	1 518 132	- 85 209	- 6,0	- 6,9
Tertiärer Sektor	3 191 881	3 239 566	3 303 023	- 47 685	- 1,5	- 1,9
ohne Angabe	290	1 064	1 268	- 774	- 72,7	- 16,1

Tabelle III.4a

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe (WZ93)<sup>1)</sup>; Deutschland</b>					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2002	2001	2000	Veränderung in %	
				2002/01	2001/00
	1	2	3	4	5
<b>Dienstleistungen insgesamt</b>	<b>17 815 661</b>	<b>17 731 475</b>	<b>17 532 468</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>- 1,1</b>
<b>Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>4 168 451</b>	<b>4 204 362</b>	<b>4 234 893</b>	<b>- 0,9</b>	<b>+ 0,7</b>
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	665 791	661 542	669 009	+ 0,6	+ 1,1
Handelsvermittlung und Großhandel	1 376 628	1 400 612	1 407 579	- 1,7	+ 0,5
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	2 126 032	2 142 208	2 158 305	- 0,8	+ 0,8
<b>Gastgewerbe</b>	<b>795 616</b>	<b>782 106</b>	<b>768 809</b>	<b>+ 1,7</b>	<b>- 1,7</b>
darunter: Beherbergungsgewerbe	246 550	245 201	240 869	+ 0,6	- 1,8
Gaststättengewerbe	466 762	458 100	453 226	+ 1,9	- 1,1
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>1 523 889</b>	<b>1 546 137</b>	<b>1 511 755</b>	<b>- 1,4</b>	<b>- 2,2</b>
darunter: Eisenbahnen	129 924	139 908	148 916	- 7,1	+ 6,4
Sonstiger Landverkehr	407 928	406 863	400 730	+ 0,3	- 1,5
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	388 765	391 441	383 846	- 0,7	- 1,9
Postdienste und private Kurierdienste	208 152	210 488	206 066	- 1,1	- 2,1
Fernmeldedienste	93 178	98 715	83 504	- 5,6	- 15,4
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>1 076 246</b>	<b>1 071 988</b>	<b>1 067 978</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>- 0,4</b>
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	713 677	720 860	723 489	- 1,0	+ 0,4
Versicherungsgewerbe	238 246	227 944	226 813	+ 4,5	- 0,5
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>3 123 811</b>	<b>3 099 290</b>	<b>2 958 181</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>- 4,6</b>
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	249 521	251 279	252 955	- 0,7	+ 0,7
Vermietung beweglicher Sachen	65 475	65 435	64 713	+ 0,1	- 1,1
Datenverarbeitung und Datenbanken	372 083	363 715	318 094	+ 2,3	- 12,5
darunter: Hardwareberatung	12 901	13 569	12 893	- 4,9	- 5,0
Softwarehäuser	259 149	253 099	215 360	+ 2,4	- 14,9
Datenverarbeitungsdienste	72 779	70 202	64 009	+ 3,7	- 8,8
Forschung und Entwicklung	143 892	137 545	133 022	+ 4,6	- 3,3
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 292 840	2 281 316	2 189 397	+ 0,5	- 4,0
darunter: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	727 009	703 585	670 757	+ 3,3	- 4,7
Architektur- und Ingenieurbüros	343 205	349 621	355 738	- 1,8	+ 1,7
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	54 636	54 294	52 785	+ 0,6	- 2,8
Werbung	118 167	122 230	110 880	- 3,3	- 9,3
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	312 902	348 625	337 371	- 10,2	- 3,2
Detekteien und Schutzdienste	119 838	112 534	110 560	+ 6,5	- 1,8
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	394 313	379 417	363 853	+ 3,9	- 4,1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	222 770	211 010	187 453	+ 5,6	- 11,2
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung</b>	<b>1 713 364</b>	<b>1 721 670</b>	<b>1 745 809</b>	<b>- 0,5</b>	<b>+ 1,4</b>
davon: Öffentliche Verwaltung	1 197 188	1 211 336	1 235 833	- 1,2	+ 2,0
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz,					
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	225 265	224 447	225 222	+ 0,4	+ 0,3
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	290 911	285 887	284 754	+ 1,8	- 0,4
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>1 050 447</b>	<b>1 034 010</b>	<b>1 017 527</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>- 1,6</b>
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	277 497	271 124	273 391	+ 2,4	+ 0,8
Weiterführende Schulen	322 006	324 322	318 967	- 0,7	- 1,7
Hochschulen	218 449	211 377	204 731	+ 3,3	- 3,1
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	232 495	227 187	220 438	+ 2,3	- 3,0
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>3 049 151</b>	<b>2 969 041</b>	<b>2 928 275</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>- 1,4</b>
darunter: Gesundheitswesen	1 942 671	1 903 166	1 892 208	+ 2,1	- 0,6
Sozialwesen	1 089 855	1 050 089	1 020 918	+ 3,8	- 2,8
<b>Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen</b>	<b>1 250 771</b>	<b>1 235 742</b>	<b>1 231 592</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>- 0,3</b>
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	150 608	151 078	153 469	- 0,3	+ 1,6
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	480 125	478 747	483 574	+ 0,3	+ 1,0
Kultur, Sport und Unterhaltung	334 739	327 745	321 409	+ 2,1	- 1,9
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	285 299	278 172	273 140	+ 2,6	- 1,8
<b>Private Haushalte</b>	<b>36 075</b>	<b>39 718</b>	<b>39 801</b>	<b>- 9,2</b>	<b>+ 0,2</b>
<b>Exterritoriale Organisationen und Körperschaften</b>	<b>27 840</b>	<b>27 411</b>	<b>27 848</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>+ 1,6</b>

1) Vergleiche mit 1998 sind nur eingeschränkt möglich (s. „Allgemeine statistische Hinweise“).

Tabelle III.4b

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe (WZ93)<sup>1)</sup>; Bundesgebiet West</b>					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2002	2001	2000	Veränderung in %	
				2002/01	2001/00
	1	2	3	4	5
<b>Dienstleistungen insgesamt</b>	<b>14 623 780</b>	<b>14 491 909</b>	<b>14 229 445</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>- 1,8</b>
<b>Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>3 555 350</b>	<b>3 575 413</b>	<b>3 579 902</b>	<b>- 0,6</b>	<b>+ 0,1</b>
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	544 497	538 958	539 679	+ 1,0	+ 0,1
Handelsvermittlung und Großhandel	1 226 760	1 243 394	1 243 903	- 1,3	+ 0,0
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	1 784 093	1 793 061	1 796 320	- 0,5	+ 0,2
<b>Gastgewerbe</b>	<b>649 448</b>	<b>635 917</b>	<b>621 796</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>- 2,2</b>
darunter: Beherbergungsgewerbe	196 395	195 870	192 626	+ 0,3	- 1,7
Gaststättengewerbe	390 594	380 795	374 470	+ 2,6	- 1,7
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>1 228 393</b>	<b>1 241 847</b>	<b>1 197 525</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 3,6</b>
darunter: Eisenbahnen	77 670	80 824	84 157	- 3,9	+ 4,1
Sonstiger Landverkehr	318 451	319 322	308 861	- 0,3	- 3,3
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	333 512	336 176	328 458	- 0,8	- 2,3
Postdienste und private Kurierdienste	165 317	166 529	161 322	- 0,7	- 3,1
Fernmeldedienste	67 872	71 566	57 329	- 5,2	- 19,9
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>974 775</b>	<b>968 130</b>	<b>961 838</b>	<b>+ 0,7</b>	<b>- 0,6</b>
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	643 517	647 944	648 271	- 0,7	+ 0,1
Versicherungsgewerbe	220 726	210 511	209 352	+ 4,9	- 0,6
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>2 635 406</b>	<b>2 607 854</b>	<b>2 471 185</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>- 5,2</b>
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	191 841	191 327	189 832	+ 0,3	- 0,8
Vermietung beweglicher Sachen	54 504	53 807	52 146	+ 1,3	- 3,1
Datenverarbeitung und Datenbanken	339 461	332 524	290 798	+ 2,1	- 12,5
darunter: Hardwareberatung	11 781	12 470	11 678	- 5,5	- 6,4
Softwarehäuser	239 571	234 065	199 663	+ 2,4	- 14,7
Datenverarbeitungsdienste	64 509	62 857	57 189	+ 2,6	- 9,0
Forschung und Entwicklung	116 801	111 346	107 687	+ 4,9	- 3,3
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 932 799	1 918 850	1 830 722	+ 0,7	- 4,6
davon: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	653 563	631 952	598 605	+ 3,4	- 5,3
Architektur- und Ingenieurbüros	277 029	280 199	280 046	- 1,1	- 0,1
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	45 740	45 259	43 676	+ 1,1	- 3,5
Werbung	106 387	110 771	100 190	- 4,0	- 9,6
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	263 199	293 806	287 171	- 10,4	- 2,3
Detekteien und Schutzdienste	91 309	84 918	82 308	+ 7,5	- 3,1
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	318 692	302 741	285 411	+ 5,3	- 5,7
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	176 880	169 204	153 315	+ 4,5	- 9,4
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung</b>	<b>1 292 755</b>	<b>1 280 431</b>	<b>1 282 977</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 0,2</b>
davon: Öffentliche Verwaltung	887 648	881 703	883 961	+ 0,7	+ 0,3
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz,					
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	184 093	183 078	184 472	+ 0,6	+ 0,8
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	221 014	215 650	214 544	+ 2,5	- 0,5
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>712 911</b>	<b>696 266</b>	<b>678 275</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>- 2,6</b>
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	215 865	211 673	212 855	+ 2,0	+ 0,6
Weiterführende Schulen	181 183	181 828	173 115	- 0,4	- 4,8
Hochschulen	176 352	170 128	163 111	+ 3,7	- 4,1
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	139 511	132 637	129 194	+ 5,2	- 2,6
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>2 535 001</b>	<b>2 465 293</b>	<b>2 429 535</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>- 1,5</b>
darunter: Gesundheitswesen	1 623 908	1 590 602	1 579 955	+ 2,1	- 0,7
Sozialwesen	897 066	861 456	836 850	+ 4,1	- 2,9
<b>Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen</b>	<b>977 809</b>	<b>955 823</b>	<b>940 808</b>	<b>+ 2,3</b>	<b>- 1,6</b>
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	110 752	110 077	109 503	+ 0,6	- 0,5
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	379 687	371 793	369 690	+ 2,1	- 0,6
Kultur, Sport und Unterhaltung	266 484	259 505	251 081	+ 2,7	- 3,2
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	220 886	214 448	210 534	+ 3,0	- 1,8
<b>Private Haushalte</b>	<b>34 587</b>	<b>37 989</b>	<b>38 163</b>	<b>- 9,0</b>	<b>+ 0,5</b>
<b>Exterritoriale Organisationen und Körperschaften</b>	<b>27 345</b>	<b>26 946</b>	<b>27 441</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>+ 1,8</b>

<sup>1)</sup> Vergleiche mit 1998 sind nur eingeschränkt möglich (s. „Allgemeine statistische Hinweise“).

Tabelle III.4c

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe (WZ93)<sup>1)</sup>; Bundesgebiet Ost</b>					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2002	2001	2000	Veränderung in %	
				2002/01	2001/00
	1	2	3	4	5
<b>Dienstleistungen insgesamt</b>	<b>3 191 881</b>	<b>3 239 566</b>	<b>3 303 023</b>	- 1,5	+ 2,0
<b>Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>613 101</b>	<b>628 949</b>	<b>654 991</b>	- 2,5	+ 4,1
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	121 294	122 584	129 330	- 1,1	+ 5,5
Handelsvermittlung und Großhandel	149 868	157 218	163 676	- 4,7	+ 4,1
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	341 939	349 147	361 985	- 2,1	+ 3,7
<b>Gastgewerbe</b>	<b>146 168</b>	<b>146 189</b>	<b>147 013</b>	- 0,0	+ 0,6
darunter: Beherbergungsgewerbe	50 155	49 331	48 243	+ 1,7	- 2,2
Gaststättengewerbe	76 168	77 305	78 756	- 1,5	+ 1,9
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>295 496</b>	<b>304 290</b>	<b>314 230</b>	- 2,9	+ 3,3
darunter: Eisenbahnen	52 254	59 084	64 759	- 11,6	+ 9,6
Sonstiger Landverkehr	89 477	87 541	91 869	+ 2,2	+ 4,9
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	55 253	55 265	55 388	- 0,0	+ 0,2
Postdienste und private Kurierdienste	42 835	43 959	44 744	- 2,6	+ 1,8
Fernmeldedienste	25 306	27 149	26 175	- 6,8	- 3,6
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>101 471</b>	<b>103 858</b>	<b>106 140</b>	- 2,3	+ 2,2
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	70 160	72 916	75 218	- 3,8	+ 3,2
Versicherungsgewerbe	17 520	17 433	17 461	+ 0,5	+ 0,2
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>488 405</b>	<b>491 436</b>	<b>486 996</b>	- 0,6	- 0,9
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	57 680	59 952	63 123	- 3,8	+ 5,3
Vermietung beweglicher Sachen	10 971	11 628	12 567	- 5,7	+ 8,1
Datenverarbeitung und Datenbanken	32 622	31 191	27 296	+ 4,6	- 12,5
darunter: Hardwareberatung	1 120	1 099	1 215	+ 1,9	+ 10,6
Softwarehäuser	19 578	19 034	15 697	+ 2,9	- 17,5
Datenverarbeitungsdienste	8 270	7 345	6 820	+ 12,6	- 7,1
Forschung und Entwicklung	27 091	26 199	25 335	+ 3,4	- 3,3
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	360 041	362 466	358 675	- 0,7	- 1,0
davon: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	73 446	71 633	72 152	+ 2,5	+ 0,7
Architektur- und Ingenieurbüros	66 176	69 422	75 692	- 4,7	+ 9,0
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	8 896	9 035	9 109	- 1,5	+ 0,8
Werbung	11 780	11 459	10 690	+ 2,8	- 6,7
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	49 703	54 819	50 200	- 9,3	- 8,4
Detekteien und Schutzdienste	28 529	27 616	28 252	+ 3,3	+ 2,3
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	75 621	76 676	78 442	- 1,4	+ 2,3
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	45 890	41 806	34 138	+ 9,8	- 18,3
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung</b>	<b>420 609</b>	<b>441 239</b>	<b>462 832</b>	- 4,7	+ 4,9
davon: Öffentliche Verwaltung	309 540	329 633	351 872	- 6,1	+ 6,7
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz,					
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	41 172	41 369	40 750	- 0,5	- 1,5
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	69 897	70 237	70 210	- 0,5	- 0,0
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>337 536</b>	<b>337 744</b>	<b>339 252</b>	- 0,1	+ 0,4
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	61 632	59 451	60 536	+ 3,7	+ 1,8
Weiterführende Schulen	140 823	142 494	145 852	- 1,2	+ 2,4
Hochschulen	42 097	41 249	41 620	+ 2,1	+ 0,9
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	92 984	94 550	91 244	- 1,7	- 3,5
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>514 150</b>	<b>503 748</b>	<b>498 740</b>	+ 2,1	- 1,0
darunter: Gesundheitswesen	318 763	312 564	312 253	+ 2,0	- 0,1
Sozialwesen	192 789	188 633	184 068	+ 2,2	- 2,4
<b>Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen</b>	<b>272 962</b>	<b>279 919</b>	<b>290 784</b>	- 2,5	+ 3,9
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	39 856	41 001	43 966	- 2,8	+ 7,2
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	100 438	106 954	113 884	- 6,1	+ 6,5
Kultur, Sport und Unterhaltung	68 255	68 240	70 328	+ 0,0	+ 3,1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	64 413	63 724	62 606	+ 1,1	- 1,8
<b>Private Haushalte</b>	<b>1 488</b>	<b>1 729</b>	<b>1 638</b>	- 13,9	- 5,3
<b>Exterritoriale Organisationen und Körperschaften</b>	<b>495</b>	<b>465</b>	<b>407</b>	+ 6,5	- 12,5

<sup>1)</sup> Vergleiche mit 1998 sind nur eingeschränkt möglich (s. „Allgemeine statistische Hinweise“).

Tabelle III.5a

<b>Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ93); Deutschland</b>					
Wirtschaftszweig	Juni 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspfl. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte
		2002/01		2001/00	
		absolut	in %	in %	
	1	2	3	4	5
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>69 698</b>	<b>+ 2 346</b>	<b>+ 3,5</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>21</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>3 995</b>	<b>- 27</b>	<b>- 0,7</b>	<b>+ 4,0</b>	<b>3</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>542 191</b>	<b>- 23 938</b>	<b>- 4,2</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>8</b>
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	132 675	+ 812	+ 0,6	- 0,3	19
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	122 082	- 9 464	- 7,2	- 1,1	23
Chemische Industrie	9 952	- 245	- 2,4	- 0,0	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	70 298	- 2 989	- 4,1	+ 3,5	6
Maschinenbau	37 889	- 1 599	- 4,0	+ 4,1	4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	53 271	- 3 907	- 6,8	+ 4,1	5
Fahrzeugbau	6 612	- 67	- 1,0	+ 2,4	1
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>4 400</b>	<b>+ 115</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>2</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>157 949</b>	<b>+ 1 119</b>	<b>+ 0,7</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>8</b>
darunter: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	57 578	+ 190	+ 0,3	+ 1,4	6
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	100 371	+ 929	+ 0,9	+ 1,6	10
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>969 040</b>	<b>+ 4 072</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>23</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	109 941	+ 4 440	+ 4,2	+ 3,5	17
Handelsvermittlung, Großhandel	200 409	- 3 476	- 1,7	- 2,3	15
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	658 690	+ 3 108	+ 0,5	+ 0,8	31
<b>Gastgewerbe</b>	<b>349 701</b>	<b>+ 10 505</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>44</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>232 274</b>	<b>+ 7 861</b>	<b>+ 3,5</b>	<b>+ 6,6</b>	<b>15</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>53 495</b>	<b>- 578</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 2,2</b>	<b>5</b>
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>838 332</b>	<b>+ 12 284</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>27</b>
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	696 530	+ 8 237	+ 1,2	+ 2,0	25
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen</b>	<b>84 332</b>	<b>- 578</b>	<b>- 0,7</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>5</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>110 252</b>	<b>+ 4 018</b>	<b>+ 3,8</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>10</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>404 008</b>	<b>+ 12 906</b>	<b>+ 3,3</b>	<b>+ 4,0</b>	<b>13</b>
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	271 247	+ 8 927	+ 3,4	+ 4,3	14
Sozialwesen	132 761	+ 3 979	+ 3,1	+ 3,3	12
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>346 548</b>	<b>7 822</b>	<b>2,3</b>	<b>4,6</b>	<b>27</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>4 169 166</b>	<b>37 359</b>	<b>0,9</b>	<b>2,0</b>	<b>15</b>
davon: Primärer Sektor	69 698	2 346	3,5	2,4	21
Sekundärer Sektor	708 535	- 22 731	- 3,1	0,7	8
Tertiärer Sektor	3 388 033	58 314	1,8	2,3	19
ohne Angabe	2 900	- 570	- 16,4	- 29,0	141



Tabelle III.5b

<b>Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ93); Bundesgebiet West</b>					
Wirtschaftszweig	Juni 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspl. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte
		2002/01		2001/00	
		absolut	in %	in %	
	1	2	3	4	5
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>57 085</b>	<b>+ 1 282</b>	<b>+ 2,3</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>29</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>3 652</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 4,1</b>	<b>3</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>485 030</b>	<b>- 22 618</b>	<b>- 4,5</b>	<b>- 0,2</b>	<b>8</b>
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	122 113	+ 39	+ 0,0	- 0,6	21
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	103 707	- 6 530	- 5,9	- 2,0	22
Chemische Industrie	9 211	- 103	- 1,1	- 0,2	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	62 629	- 3 547	- 5,4	+ 3,1	7
Maschinenbau	34 938	- 1 630	- 4,5	+ 3,5	4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	48 608	- 3 821	- 7,3	+ 3,9	5
Fahrzeugbau	5 820	- 62	- 1,1	+ 0,3	1
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>3 796</b>	<b>+ 85</b>	<b>+ 2,3</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>2</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>127 327</b>	<b>- 322</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,4</b>	<b>9</b>
darunter: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	45 059	- 282	- 0,6	- 1,3	7
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	82 268	- 40	- 0,0	+ 0,1	11
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>864 318</b>	<b>+ 1 203</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>24</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	97 045	+ 3 761	+ 4,0	+ 3,2	18
Handelsvermittlung, Großhandel	178 650	- 2 839	- 1,6	- 2,3	15
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	588 623	+ 281	+ 0,0	+ 0,5	33
<b>Gastgewerbe</b>	<b>306 590</b>	<b>+ 7 628</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>+ 2,3</b>	<b>47</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>197 987</b>	<b>+ 5 666</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+ 6,0</b>	<b>16</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>50 138</b>	<b>- 615</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 2,8</b>	<b>5</b>
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>722 624</b>	<b>+ 3 167</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>27</b>
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	596 274	- 70	- 0,0	+ 0,2	25
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen</b>	<b>74 460</b>	<b>- 1 005</b>	<b>- 1,3</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>6</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>95 421</b>	<b>+ 3 228</b>	<b>+ 3,5</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>13</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>362 572</b>	<b>+ 10 498</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>+ 3,6</b>	<b>14</b>
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	241 802	+ 7 860	+ 3,4	+ 4,3	15
Sozialwesen	120 770	+ 2 638	+ 2,2	+ 2,3	13
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>313 670</b>	<b>5 631</b>	<b>1,8</b>	<b>3,8</b>	<b>31</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>3 667 427</b>	<b>13 296</b>	<b>0,4</b>	<b>1,2</b>	<b>16</b>
davon: Primärer Sektor	57 085	1 282	2,3	0,9	29
Sekundärer Sektor	619 805	- 22 853	- 3,6	- 0,2	8
Tertiärer Sektor	2 987 828	35 403	1,2	1,6	20
ohne Angabe	2 709	- 536	- 16,5	- 29,0	154

Tabelle III.5c

<b>Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ93); Bundesgebiet Ost</b>					
Wirtschaftszweig	Juni 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspfl. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte
		2002/01		2001/00	
		absolut	in %	in %	
	1	2	3	4	5
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>12 613</b>	<b>+ 1 064</b>	<b>+ 9,2</b>	<b>+ 10,3</b>	<b>9</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>343</b>	<b>- 29</b>	<b>- 7,8</b>	<b>+ 3,3</b>	<b>1</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>57 161</b>	<b>- 1 320</b>	<b>- 2,3</b>	<b>+ 5,5</b>	<b>7</b>
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	10 562	+ 773	+ 7,9	+ 3,1	9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	18 375	- 2 934	- 13,8	+ 4,0	40
Chemische Industrie	741	- 142	- 16,1	+ 2,2	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	7 669	+ 558	+ 7,8	+ 7,8	5
Maschinenbau	2 951	+ 31	+ 1,1	+ 11,1	3
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	4 663	- 86	- 1,8	+ 7,0	4
Fahrzeugbau	792	- 5	- 0,6	+ 21,1	1
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>604</b>	<b>+ 30</b>	<b>+ 5,2</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>1</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>30 622</b>	<b>+ 1 441</b>	<b>+ 4,9</b>	<b>+ 11,1</b>	<b>7</b>
darunter: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	12 519	+ 472	+ 3,9	+ 12,8	5
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	18 103	+ 969	+ 5,7	+ 10,0	8
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>104 722</b>	<b>+ 2 869</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>17</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	12 896	+ 679	+ 5,6	+ 5,9	11
Handelsvermittlung, Großhandel	21 759	- 637	- 2,8	- 1,9	15
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	70 067	+ 2 827	+ 4,2	+ 3,7	20
<b>Gastgewerbe</b>	<b>43 111</b>	<b>+ 2 877</b>	<b>+ 7,2</b>	<b>+ 7,3</b>	<b>29</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>34 287</b>	<b>+ 2 195</b>	<b>+ 6,8</b>	<b>+ 10,1</b>	<b>12</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>3 357</b>	<b>+ 37</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 8,4</b>	<b>3</b>
<b>Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen</b>	<b>115 708</b>	<b>+ 9 117</b>	<b>+ 8,6</b>	<b>+ 12,8</b>	<b>24</b>
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	100 256	+ 8 307	+ 9,0	+ 14,9	24
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen</b>	<b>9 872</b>	<b>+ 427</b>	<b>+ 4,5</b>	<b>+ 9,1</b>	<b>2</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>14 831</b>	<b>+ 790</b>	<b>+ 5,6</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>4</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>41 436</b>	<b>+ 2 408</b>	<b>+ 6,2</b>	<b>+ 7,3</b>	<b>8</b>
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	29 445	+ 1 067	+ 3,8	+ 4,3	9
Sozialwesen	11 991	+ 1 341	+ 12,6	+ 16,1	6
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>32 878</b>	<b>2 191</b>	<b>7,1</b>	<b>13,3</b>	<b>12</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>501 739</b>	<b>24 063</b>	<b>5,0</b>	<b>7,9</b>	<b>11</b>
davon: Primärer Sektor	12 613	1 064	9,2	0,9	9
Sekundärer Sektor	88 730	122	0,1	- 0,2	7
Tertiärer Sektor	400 205	22 911	6,1	1,6	13
ohne Angabe	191	- 34	- 15,1	- 29,0	66

Tabelle III.6

Zugang an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen (WZ 93)									
Wirtschaftszweig	Deutschland			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	2002	Veränderung gegenüber Vorjahr		2002	Veränderung gegenüber Vorjahr		2002	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>117 488</b>	<b>+ 342</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>60 296</b>	<b>+ 3 084</b>	<b>+ 5,4</b>	<b>57 192</b>	<b>- 2 742</b>	<b>- 4,6</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>13 379</b>	<b>- 2 251</b>	<b>- 14,4</b>	<b>8 950</b>	<b>- 1 695</b>	<b>- 15,9</b>	<b>4 429</b>	<b>- 556</b>	<b>- 11,2</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>649 456</b>	<b>+ 44 507</b>	<b>+ 7,4</b>	<b>527 239</b>	<b>+ 40 547</b>	<b>+ 8,3</b>	<b>122 217</b>	<b>+ 3 960</b>	<b>+ 3,3</b>
darunter: Ernährungsgewerbe,									
Tabakverarbeitung	88 175	+ 1 335	+ 1,5	70 299	+ 1 064	+ 1,5	17 876	+ 271	+ 1,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	49 251	+ 4 705	+ 10,6	43 591	+ 4 210	+ 10,7	5 660	+ 495	+ 9,6
Chemische Industrie	25 982	- 4 291	- 14,2	21 172	- 3 624	- 14,6	4 810	- 667	- 12,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	124 813	+ 14 048	+ 12,7	97 530	+ 12 296	+ 14,4	27 283	+ 1 752	+ 6,9
Maschinenbau	71 816	+ 11 408	+ 18,9	60 648	+ 10 437	+ 20,8	11 168	+ 971	+ 9,5
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	73 846	+ 7 484	+ 11,3	62 166	+ 6 327	+ 11,3	11 680	+ 1 157	+ 11,0
Fahrzeugbau	34 662	+ 3 782	+ 12,2	28 880	+ 3 043	+ 11,8	5 782	+ 739	+ 14,7
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>9 616</b>	<b>- 1 759</b>	<b>- 15,5</b>	<b>6 381</b>	<b>- 1 476</b>	<b>- 18,8</b>	<b>3 235</b>	<b>- 283</b>	<b>- 8,0</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>652 758</b>	<b>+ 11 263</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>369 416</b>	<b>+ 25 763</b>	<b>+ 7,5</b>	<b>283 342</b>	<b>- 14 500</b>	<b>- 4,9</b>
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>535 558</b>	<b>+ 60 546</b>	<b>+ 12,7</b>	<b>418 229</b>	<b>+ 56 913</b>	<b>+ 15,8</b>	<b>117 329</b>	<b>+ 3 633</b>	<b>+ 3,2</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	68 286	+ 3 008	+ 4,6	53 205	+ 4 449	+ 9,1	15 081	- 1 441	- 8,7
Handelsvermittlung, Großhandel	145 695	+ 18 945	+ 14,9	114 825	+ 16 438	+ 16,7	30 870	+ 2 507	+ 8,8
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	321 577	+ 38 593	+ 13,6	250 199	+ 36 026	+ 16,8	71 378	+ 2 567	+ 3,7
<b>Gastgewerbe</b>	<b>216 594</b>	<b>+ 19 493</b>	<b>+ 9,9</b>	<b>162 176</b>	<b>+ 16 568</b>	<b>+ 11,4</b>	<b>54 418</b>	<b>+ 2 925</b>	<b>+ 5,7</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>195 553</b>	<b>+ 14 888</b>	<b>+ 8,2</b>	<b>146 213</b>	<b>+ 12 945</b>	<b>+ 9,7</b>	<b>49 340</b>	<b>+ 1 943</b>	<b>+ 4,1</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>42 773</b>	<b>+ 6 955</b>	<b>+ 19,4</b>	<b>33 417</b>	<b>+ 5 806</b>	<b>+ 21,0</b>	<b>9 356</b>	<b>+ 1 149</b>	<b>+ 14,0</b>
<b>Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.</b>	<b>440 883</b>	<b>+ 57 653</b>	<b>+ 15,0</b>	<b>337 107</b>	<b>+ 50 590</b>	<b>+ 17,7</b>	<b>103 776</b>	<b>+ 7 063</b>	<b>+ 7,3</b>
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen</b>	<b>244 656</b>	<b>- 11 434</b>	<b>- 4,5</b>	<b>117 255</b>	<b>+ 2 431</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>127 401</b>	<b>- 13 865</b>	<b>- 9,8</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>93 040</b>	<b>- 606</b>	<b>- 0,6</b>	<b>57 176</b>	<b>+ 1 413</b>	<b>+ 2,5</b>	<b>35 864</b>	<b>- 2 019</b>	<b>- 5,3</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>196 751</b>	<b>+ 2 062</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>154 154</b>	<b>+ 3 916</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>42 597</b>	<b>- 1 854</b>	<b>- 4,2</b>
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>215 289</b>	<b>+ 4 107</b>	<b>+ 1,9</b>	<b>129 150</b>	<b>+ 11 594</b>	<b>+ 9,9</b>	<b>86 139</b>	<b>- 7 487</b>	<b>- 8,0</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>3 629 068</b>	<b>+ 205 371</b>	<b>+ 6,0</b>	<b>2 530 909</b>	<b>+ 227 861</b>	<b>+ 9,9</b>	<b>1 098 159</b>	<b>- 22 490</b>	<b>- 2,0</b>
davon: Primärer Sektor	117 488	+ 342	+ 0,3	60 296	+ 3 084	+ 5,4	57 192	- 2 742	- 4,6
Sekundärer Sektor	1 325 209	+ 51 760	+ 4,1	911 986	+ 63 139	+ 7,4	413 223	- 11 379	- 2,7
Tertiärer Sektor	2 181 097	+ 153 664	+ 7,6	1 554 877	+ 162 176	+ 11,6	626 220	- 8 512	- 1,3

Tabelle III.7

<b>Bestand an Kurzarbeitern nach Wirtschaftszweigen (WZ 93)</b>									
Wirtschaftszweig	Deutschland			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	2002	Veränderung gegenüber Vorjahr		2002	Veränderung gegenüber Vorjahr		2002	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>797</b>	<b>+ 384</b>	<b>+ 93,2</b>	<b>283</b>	<b>+ 115</b>	<b>+ 68,2</b>	<b>514</b>	<b>+ 269</b>	<b>+ 110,4</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>5 240</b>	<b>- 155</b>	<b>- 2,9</b>	<b>4 669</b>	<b>- 397</b>	<b>- 7,8</b>	<b>571</b>	<b>+ 242</b>	<b>+ 73,6</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>126 863</b>	<b>+ 59 252</b>	<b>+ 87,6</b>	<b>108 055</b>	<b>+ 51 619</b>	<b>+ 91,5</b>	<b>18 808</b>	<b>+ 7 633</b>	<b>+ 68,3</b>
darunter: Ernährungsgewerbe,									
Tabakverarbeitung	1 425	- 1 770	- 55,4	680	- 2 017	- 74,8	745	+ 247	+ 49,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3 558	+ 1 421	+ 66,4	2 936	+ 968	+ 49,2	623	+ 453	+ 266,7
Chemische Industrie	2 495	+ 743	+ 42,4	1 998	+ 626	+ 45,6	497	+ 117	+ 30,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	24 054	+ 11 538	+ 92,2	19 970	+ 9 444	+ 89,7	4 084	+ 2 094	+ 105,3
Maschinenbau	25 273	+ 15 392	+ 155,8	22 397	+ 13 720	+ 158,1	2 876	+ 1 672	+ 138,9
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	26 879	+ 12 170	+ 82,7	24 019	+ 11 115	+ 86,1	2 860	+ 1 055	+ 58,4
Fahrzeugbau	5 763	+ 2 494	+ 76,3	4 297	+ 2 338	+ 119,4	1 466	+ 155	+ 11,9
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>862</b>	<b>- 45</b>	<b>- 5,0</b>	<b>336</b>	<b>+ 156</b>	<b>+ 86,3</b>	<b>526</b>	<b>- 201</b>	<b>- 27,6</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>31 924</b>	<b>+ 2 903</b>	<b>+ 10,0</b>	<b>24 204</b>	<b>+ 2 871</b>	<b>+ 13,5</b>	<b>7 720</b>	<b>+ 32</b>	<b>+ 0,4</b>
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>10 839</b>	<b>+ 6 217</b>	<b>+ 134,5</b>	<b>7 912</b>	<b>+ 4 759</b>	<b>+ 150,9</b>	<b>2 928</b>	<b>+ 1 458</b>	<b>+ 99,2</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	1 248	+ 357	+ 40,1	677	+ 179	+ 35,9	571	+ 178	+ 45,4
Handelsvermittlung, Großhandel	4 692	+ 2 329	+ 98,6	3 907	+ 2 174	+ 125,5	785	+ 155	+ 24,6
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	4 899	+ 3 531	+ 258,0	3 328	+ 2 406	+ 261,0	1 571	+ 1 125	+ 251,7
<b>Gastgewerbe</b>	<b>1 624</b>	<b>+ 1 433</b>	<b>+ 751,9</b>	<b>233</b>	<b>+ 114</b>	<b>+ 95,7</b>	<b>1 391</b>	<b>+ 1 319</b>	<b>+ 1 840,8</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>7 292</b>	<b>+ 4 896</b>	<b>+ 204,3</b>	<b>5 355</b>	<b>+ 3 778</b>	<b>+ 239,7</b>	<b>1 938</b>	<b>+ 1 118</b>	<b>+ 136,3</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>521</b>	<b>+ 291</b>	<b>+ 126,7</b>	<b>428</b>	<b>+ 200</b>	<b>+ 87,5</b>	<b>93</b>	<b>+ 91</b>	<b>+ 6 447,1</b>
<b>Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.</b>	<b>12 670</b>	<b>+ 6 346</b>	<b>+ 100,4</b>	<b>8 665</b>	<b>+ 4 885</b>	<b>+ 129,3</b>	<b>4 005</b>	<b>+ 1 461</b>	<b>+ 57,4</b>
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen</b>	<b>81</b>	<b>- 123</b>	<b>- 60,3</b>	<b>50</b>	<b>- 103</b>	<b>- 67,2</b>	<b>31</b>	<b>- 20</b>	<b>- 39,3</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>4 740</b>	<b>+ 284</b>	<b>+ 6,4</b>	<b>3 870</b>	<b>+ 557</b>	<b>+ 16,8</b>	<b>870</b>	<b>- 273</b>	<b>- 23,9</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>1 911</b>	<b>+ 1 513</b>	<b>+ 379,6</b>	<b>813</b>	<b>+ 512</b>	<b>+ 170,4</b>	<b>1 098</b>	<b>+ 1 000</b>	<b>+ 1 023,2</b>
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>1 404</b>	<b>+ 632</b>	<b>+ 81,8</b>	<b>595</b>	<b>+ 254</b>	<b>+ 74,4</b>	<b>809</b>	<b>+ 378</b>	<b>+ 87,7</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>206 767</b>	<b>+ 83 829</b>	<b>+ 68,2</b>	<b>165 467</b>	<b>+ 69 321</b>	<b>+ 72,1</b>	<b>41 300</b>	<b>+14 508</b>	<b>+ 54,2</b>
davon: Primärer Sektor	797	+ 384	+ 93,2	283	+ 115	+ 68,2	514	+ 269	+ 110,4
Sekundärer Sektor	164 888	+ 61 955	+ 60,2	137 264	+ 54 249	+ 65,3	27 625	+ 7 706	+ 38,7
Tertiärer Sektor	41 082	+ 21 489	+ 109,7	27 921	+ 14 957	+ 115,4	13 162	+ 6 532	+ 98,5

Tabelle III.8a

<b>Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Deutschland</b>											
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen				Zugang an offenen Stellen				Durchschnittliche Laufzeit in Tagen		
	2002	Veränderungen in %			2002	Veränderungen in %			2002	2001	2000
		2002/01	2001/00	2000/99		2002/01	2001/00	2000/99			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>57 230</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>+ 5,5</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>341 057</b>	<b>- 8,7</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>67,0</b>	<b>54,1</b>	<b>56,4</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>318</b>	<b>- 33,0</b>	<b>- 9,0</b>	<b>- 11,3</b>	<b>3 073</b>	<b>- 51,8</b>	<b>- 5,9</b>	<b>- 4,8</b>	<b>47,3</b>	<b>37,6</b>	<b>35,8</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>47 968</b>	<b>- 25,4</b>	<b>- 5,4</b>	<b>+ 19,5</b>	<b>297 192</b>	<b>- 37,8</b>	<b>- 18,6</b>	<b>+ 8,1</b>	<b>60,5</b>	<b>55,9</b>	<b>47,8</b>
darunter: Ernährungsgewerbe,											
Tabakverarbeitung	7 866	- 11,8	- 3,7	+ 9,7	53 324	- 32,5	- 7,3	- 0,6	55,6	49,3	49,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3 029	- 21,1	- 20,3	+ 8,8	23 032	- 34,8	- 21,7	- 0,5	57,6	53,0	48,5
Chemische Industrie	1 724	- 18,7	- 8,2	+ 24,2	11 579	- 35,0	- 16,6	+ 7,8	59,9	51,5	46,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	8 583	- 29,4	- 1,6	+ 17,0	56 088	- 37,3	- 18,2	+ 9,0	60,9	55,2	46,2
Maschinenbau	6 737	- 35,3	+ 4,1	+ 26,1	35 028	- 39,2	- 15,9	+ 16,1	70,5	67,2	54,1
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen,											
Optik	6 789	- 39,3	- 8,0	+ 39,0	36 666	- 43,6	- 25,4	+ 18,7	70,9	68,2	54,0
Fahrzeugbau	4 392	+ 11,6	+ 9,0	+ 36,5	14 467	- 44,4	- 27,0	+ 29,9	71,9	66,6	45,2
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>468</b>	<b>- 23,0</b>	<b>+ 12,4</b>	<b>+ 24,4</b>	<b>3 326</b>	<b>- 28,6</b>	<b>- 2,9</b>	<b>+ 4,9</b>	<b>56,5</b>	<b>56,8</b>	<b>49,1</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>25 276</b>	<b>- 17,2</b>	<b>- 11,9</b>	<b>- 8,1</b>	<b>213 426</b>	<b>- 38,7</b>	<b>- 10,2</b>	<b>- 14,2</b>	<b>46,0</b>	<b>37,5</b>	<b>38,0</b>
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>47 857</b>	<b>- 14,8</b>	<b>- 11,2</b>	<b>+ 10,5</b>	<b>336 477</b>	<b>- 28,6</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 3,5</b>	<b>58,1</b>	<b>51,9</b>	<b>48,6</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	7 368	- 10,3	- 11,1	+ 4,0	48 308	- 16,4	- 18,8	- 10,7	54,4	52,1	50,7
Handelsvermittlung, Großhandel	13 642	- 17,4	- 12,5	+ 10,4	95 123	- 31,6	- 15,2	- 3,1	57,1	53,0	49,1
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	26 847	- 14,6	- 10,6	+ 12,5	193 046	- 29,6	- 14,6	- 1,9	59,8	51,3	47,7
<b>Gastgewerbe</b>	<b>37 241</b>	<b>- 14,9</b>	<b>- 2,0</b>	<b>+ 12,0</b>	<b>215 884</b>	<b>- 27,0</b>	<b>- 7,5</b>	<b>- 0,1</b>	<b>64,2</b>	<b>56,5</b>	<b>53,1</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>17 157</b>	<b>- 16,3</b>	<b>- 5,3</b>	<b>+ 18,1</b>	<b>115 044</b>	<b>- 32,0</b>	<b>- 8,6</b>	<b>- 0,2</b>	<b>56,7</b>	<b>51,0</b>	<b>48,6</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>8 181</b>	<b>+ 5,2</b>	<b>- 1,8</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>33 992</b>	<b>- 16,7</b>	<b>- 10,6</b>	<b>- 4,7</b>	<b>81,4</b>	<b>71,6</b>	<b>66,9</b>
<b>Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.</b>	<b>113 909</b>	<b>- 10,3</b>	<b>+ 0,0</b>	<b>+ 26,2</b>	<b>601 772</b>	<b>- 21,9</b>	<b>- 7,8</b>	<b>+ 12,5</b>	<b>72,6</b>	<b>65,0</b>	<b>59,6</b>
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen</b>	<b>14 772</b>	<b>- 8,7</b>	<b>- 1,4</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>116 693</b>	<b>- 22,6</b>	<b>- 9,3</b>	<b>- 6,0</b>	<b>59,3</b>	<b>45,8</b>	<b>47,4</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>12 691</b>	<b>- 5,0</b>	<b>+ 10,4</b>	<b>+ 10,2</b>	<b>81 182</b>	<b>- 19,7</b>	<b>- 1,8</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>64,2</b>	<b>57,6</b>	<b>49,5</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>42 538</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>+ 13,0</b>	<b>+ 18,7</b>	<b>227 376</b>	<b>- 19,8</b>	<b>- 2,0</b>	<b>+ 5,5</b>	<b>68,9</b>	<b>56,4</b>	<b>50,2</b>
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>25 562</b>	<b>- 7,3</b>	<b>+ 2,0</b>	<b>+ 6,8</b>	<b>186 057</b>	<b>- 21,5</b>	<b>- 7,0</b>	<b>- 3,2</b>	<b>62,3</b>	<b>54,1</b>	<b>50,8</b>
<b>ohne Angabe</b>	<b>52</b>	<b>+ 291,0</b>	<b>- 88,1</b>	<b>- 20,3</b>	<b>371</b>	<b>+ 783,3</b>	<b>+ 281,8</b>	<b>-</b>	<b>57,7</b>	<b>50,2</b>	<b>100,8</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>451 217</b>	<b>- 10,9</b>	<b>- 1,5</b>	<b>+ 12,6</b>	<b>2 772 922</b>	<b>- 25,7</b>	<b>- 9,1</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>63,4</b>	<b>55,1</b>	<b>50,9</b>
davon: Primärer Sektor	57 230	+ 1,5	+ 5,5	+ 0,1	341 057	- 8,7	+ 3,4	+ 3,2	67,0	54,1	56,4
Sekundärer Sektor	74 029	- 22,8	- 7,5	+ 8,5	517 017	- 38,2	- 15,1	- 2,0	54,3	47,9	43,7
Tertiärer Sektor	319 906	- 9,6	- 0,8	+ 16,1	1 914 477	- 24,0	- 8,6	+ 2,6	66,2	57,9	53,6

Tabelle III.8b

<b>Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Bundesgebiet West</b>											
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen				Zugang an offenen Stellen				Durchschnittliche Laufzeit in Tagen		
	2002	Veränderungen in %			2002	Veränderungen in %			2002	2001	2000
		2002/01	2001/00	2000/99		2002/01	2001/00	2000/99			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>52 454</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>282 590</b>	<b>- 3,5</b>	<b>+ 3,7</b>	<b>+ 5,3</b>	<b>76,3</b>	<b>61,0</b>	<b>61,3</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>254</b>	<b>- 35,4</b>	<b>- 9,3</b>	<b>- 7,6</b>	<b>1 924</b>	<b>- 57,8</b>	<b>- 5,7</b>	<b>+ 4,8</b>	<b>51,4</b>	<b>41,3</b>	<b>38,5</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>41 555</b>	<b>- 28,1</b>	<b>- 6,1</b>	<b>+23,3</b>	<b>233 398</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 20,2</b>	<b>+10,2</b>	<b>66,0</b>	<b>62,2</b>	<b>52,3</b>
darunter: Ernährungsgewerbe,											
Tabakverarbeitung	6 942	- 13,6	- 4,5	+13,0	42 417	- 32,6	- 8,8	+ 1,0	61,2	55,5	55,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 705	- 23,6	-21,0	+10,0	19 991	- 36,3	- 21,5	+ 0,1	59,6	56,7	51,1
Chemische Industrie	1 520	- 21,7	- 8,8	+28,2	9 706	- 34,4	- 19,0	+ 7,8	64,0	56,9	49,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	7 085	- 32,8	- 2,4	+21,1	41 790	- 38,4	- 20,4	+11,5	67,4	63,2	51,5
Maschinenbau	5 997	- 37,6	+ 3,9	+29,7	29 070	- 39,9	- 17,2	+17,9	75,0	72,3	58,4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen,											
Optik	5 972	- 42,2	- 9,1	+41,8	29 690	- 45,3	- 27,5	+20,6	76,6	74,0	58,5
Fahrzeugbau	4 126	+ 13,9	+ 7,6	+38,2	12 071	- 45,9	- 28,7	+32,0	78,2	74,0	48,1
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>393</b>	<b>- 29,4</b>	<b>+13,1</b>	<b>+28,5</b>	<b>2 542</b>	<b>- 32,2</b>	<b>- 3,5</b>	<b>+ 7,3</b>	<b>61,2</b>	<b>64,7</b>	<b>54,4</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>18 547</b>	<b>- 21,8</b>	<b>-13,7</b>	<b>- 1,4</b>	<b>131 856</b>	<b>- 37,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 8,5</b>	<b>53,1</b>	<b>46,6</b>	<b>46,0</b>
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>41 932</b>	<b>- 17,2</b>	<b>-11,7</b>	<b>+15,7</b>	<b>274 307</b>	<b>- 28,8</b>	<b>- 16,2</b>	<b>- 0,1</b>	<b>63,7</b>	<b>58,6</b>	<b>54,1</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	6 145	- 14,7	-11,9	+10,5	35 923	- 17,5	- 22,5	- 7,5	61,1	60,5	57,9
Handelsvermittlung, Großhandel	12 259	- 19,3	-12,8	+14,7	81 058	- 32,5	- 15,4	+ 0,5	60,9	57,6	52,8
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	23 528	- 16,7	-11,0	+17,6	157 326	- 29,0	- 15,2	+ 1,2	66,0	58,7	53,8
<b>Gastgewerbe</b>	<b>32 559</b>	<b>- 16,8</b>	<b>- 2,0</b>	<b>+15,6</b>	<b>176 215</b>	<b>- 27,3</b>	<b>- 6,8</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>69,7</b>	<b>61,9</b>	<b>58,4</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>14 638</b>	<b>- 18,9</b>	<b>- 5,7</b>	<b>+24,0</b>	<b>88 785</b>	<b>- 31,7</b>	<b>- 9,5</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>62,7</b>	<b>58,0</b>	<b>54,6</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>7 086</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>- 2,2</b>	<b>+ 6,5</b>	<b>27 960</b>	<b>- 17,2</b>	<b>- 12,0</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>87,4</b>	<b>78,9</b>	<b>73,1</b>
<b>Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.</b>	<b>98 303</b>	<b>- 13,1</b>	<b>- 1,3</b>	<b>+29,8</b>	<b>477 906</b>	<b>- 21,9</b>	<b>- 9,2</b>	<b>+15,3</b>	<b>77,7</b>	<b>71,9</b>	<b>65,9</b>
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen</b>	<b>10 432</b>	<b>- 10,5</b>	<b>- 5,3</b>	<b>+ 8,5</b>	<b>66 464</b>	<b>- 25,2</b>	<b>- 11,3</b>	<b>- 0,6</b>	<b>63,2</b>	<b>51,6</b>	<b>51,9</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>9 305</b>	<b>- 7,1</b>	<b>+ 6,4</b>	<b>+16,5</b>	<b>48 859</b>	<b>- 21,2</b>	<b>- 2,1</b>	<b>+ 8,7</b>	<b>68,5</b>	<b>65,9</b>	<b>55,5</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>35 978</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+12,3</b>	<b>+21,2</b>	<b>172 490</b>	<b>- 19,2</b>	<b>- 1,6</b>	<b>+ 6,5</b>	<b>74,0</b>	<b>61,9</b>	<b>55,3</b>
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>18 808</b>	<b>- 10,0</b>	<b>- 0,2</b>	<b>+11,4</b>	<b>112 558</b>	<b>- 20,5</b>	<b>- 8,2</b>	<b>- 0,7</b>	<b>69,4</b>	<b>61,9</b>	<b>57,7</b>
<b>ohne Angabe</b>	<b>32</b>	<b>+143,6</b>	<b>-78,0</b>	<b>-44,8</b>	<b>228</b>	<b>+442,9</b>	<b>+320,0</b>	<b>-</b>	<b>65,6</b>	<b>49,1</b>	<b>108,6</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>382 275</b>	<b>- 13,2</b>	<b>- 2,6</b>	<b>+17,0</b>	<b>2 098 082</b>	<b>- 25,2</b>	<b>- 10,1</b>	<b>+ 5,1</b>	<b>69,5</b>	<b>62,3</b>	<b>57,0</b>
davon: Primärer Sektor	52 454	+ 1,3	+ 4,7	+ 1,8	282 590	- 3,5	+ 3,7	+ 5,3	76,3	61,0	61,3
Sekundärer Sektor	60 749	- 26,3	- 8,3	+14,4	369 720	- 38,6	- 17,2	+ 3,3	61,0	56,3	49,9
Tertiärer Sektor	269 040	- 12,1	- 2,0	+20,7	1 445 544	- 24,3	- 9,5	+ 5,8	71,7	64,6	59,4

Tabelle III.8c

<b>Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Bundesgebiet Ost</b>											
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen				Zugang an offenen Stellen				Durchschnittliche Laufzeit in Tagen		
	2002	Veränderungen in %			2002	Veränderungen in %			2002	2001	2000
		2002/01	2001/00	2000/99		2002/01	2001/00	2000/99			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>4 776</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+16,3</b>	<b>-16,5</b>	<b>58 467</b>	<b>-27,5</b>	<b>+ 2,3</b>	<b>- 3,6</b>	<b>42,8</b>	<b>35,8</b>	<b>40,0</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>64</b>	<b>-21,1</b>	<b>- 7,5</b>	<b>-25,8</b>	<b>1 149</b>	<b>-36,7</b>	<b>- 6,3</b>	<b>-22,6</b>	<b>32,3</b>	<b>19,7</b>	<b>23,3</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>6 412</b>	<b>- 1,8</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>- 7,4</b>	<b>63 794</b>	<b>-32,0</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 0,5</b>	<b>41,4</b>	<b>31,2</b>	<b>28,8</b>
darunter: Ernährungsgewerbe,											
Tabakverarbeitung	925	+ 5,2	+ 4,8	-15,1	10 907	-31,8	- 0,8	- 6,7	35,8	27,2	27,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	324	+ 8,9	-11,3	- 4,8	3 041	-23,1	- 23,2	- 4,9	47,9	30,4	31,9
Chemische Industrie	203	+14,7	- 1,9	- 9,6	1 873	-38,0	- 2,4	+ 7,8	39,9	27,2	27,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1 498	- 7,3	+ 3,9	- 5,0	14 298	-33,9	- 10,2	+ 1,2	42,9	31,4	29,4
Maschinenbau	740	- 7,8	+ 6,4	- 6,1	5 958	-35,6	- 8,6	+ 6,3	46,9	39,8	31,1
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen,											
Optik	817	- 5,0	+ 7,7	+ 8,2	6 976	-35,1	- 12,5	+ 8,2	48,0	39,5	30,1
Fahrzeugbau	267	-15,5	+28,4	+17,4	2 396	-35,2	- 15,1	+16,6	46,1	27,9	27,7
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>75</b>	<b>+47,1</b>	<b>+ 6,3</b>	<b>- 7,0</b>	<b>784</b>	<b>-13,9</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 4,0</b>	<b>39,1</b>	<b>23,1</b>	<b>26,1</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>6 729</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 5,0</b>	<b>-27,1</b>	<b>81 570</b>	<b>-41,1</b>	<b>- 8,0</b>	<b>-21,9</b>	<b>33,1</b>	<b>21,6</b>	<b>23,4</b>
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>5 925</b>	<b>+ 7,5</b>	<b>- 6,9</b>	<b>-22,6</b>	<b>62 170</b>	<b>-27,5</b>	<b>- 11,2</b>	<b>-16,7</b>	<b>37,2</b>	<b>26,7</b>	<b>27,4</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	1 223	+20,6	- 4,9	-28,4	12 385	-13,2	- 5,2	-21,0	35,9	27,0	28,5
Handelsvermittlung, Großhandel	1 383	+ 5,1	- 9,4	-23,9	14 065	-25,9	- 13,8	-21,2	38,7	29,0	29,3
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	3 319	+ 4,3	- 6,5	-20,1	35 720	-31,9	- 11,8	-13,8	37,1	25,7	26,4
<b>Gastgewerbe</b>	<b>4 683</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>- 2,3</b>	<b>-11,1</b>	<b>39 669</b>	<b>-25,5</b>	<b>- 10,7</b>	<b>- 9,0</b>	<b>44,3</b>	<b>34,6</b>	<b>32,6</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>2 519</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>- 2,1</b>	<b>-13,4</b>	<b>26 259</b>	<b>-33,0</b>	<b>- 5,3</b>	<b>- 8,6</b>	<b>38,3</b>	<b>28,2</b>	<b>29,2</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>1 094</b>	<b>+27,4</b>	<b>+ 1,9</b>	<b>-20,3</b>	<b>6 032</b>	<b>-14,0</b>	<b>- 3,4</b>	<b>-24,7</b>	<b>58,7</b>	<b>41,9</b>	<b>40,3</b>
<b>Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.</b>	<b>15 606</b>	<b>+12,5</b>	<b>+12,1</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>123 866</b>	<b>-22,0</b>	<b>- 1,9</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>51,3</b>	<b>36,4</b>	<b>32,8</b>
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen</b>	<b>4 340</b>	<b>- 3,9</b>	<b>+10,4</b>	<b>-17,4</b>	<b>50 229</b>	<b>-18,9</b>	<b>- 6,3</b>	<b>-13,2</b>	<b>44,0</b>	<b>25,9</b>	<b>25,2</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>3 386</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>+24,4</b>	<b>- 7,4</b>	<b>32 323</b>	<b>-17,3</b>	<b>- 1,3</b>	<b>- 5,2</b>	<b>53,5</b>	<b>35,7</b>	<b>32,8</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>6 560</b>	<b>+11,9</b>	<b>+17,6</b>	<b>+ 4,6</b>	<b>54 886</b>	<b>-21,6</b>	<b>- 3,3</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>47,6</b>	<b>33,9</b>	<b>29,3</b>
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>6 754</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 9,6</b>	<b>- 6,5</b>	<b>73 499</b>	<b>-23,1</b>	<b>- 5,1</b>	<b>- 6,7</b>	<b>41,3</b>	<b>30,7</b>	<b>29,4</b>
<b>ohne Angabe</b>	<b>20</b>	<b>-</b>	<b>-99,8</b>	<b>+66,2</b>	<b>143</b>	<b>-</b>	<b>-100,0</b>	<b>-</b>	<b>30,7</b>	<b>66,0</b>	<b>58,4</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>68 942</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>+ 6,1</b>	<b>-11,6</b>	<b>674 840</b>	<b>-27,2</b>	<b>- 5,8</b>	<b>- 8,6</b>	<b>43,0</b>	<b>30,5</b>	<b>29,5</b>
davon: Primärer Sektor	4 776	+ 3,1	+16,3	-16,5	58 467	-27,5	+ 2,3	- 3,6	42,8	35,8	40,0
Sekundärer Sektor	13 280	- 1,3	- 2,1	-18,9	147 297	-37,3	- 9,3	-14,3	36,9	25,6	25,7
Tertiärer Sektor	50 866	+ 6,5	+ 7,9	- 8,6	468 933	-23,2	- 5,4	- 6,6	45,6	32,6	30,6

Tabelle III.9

Erwerbstätige am Arbeitsort nach Ländern (Inlandskonzept; in Tausend)																		
Land	Erwerbstätige insgesamt									Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Baden-Württemberg	4997	4997	5010	5025	5088	5150	5287	5367	5359	-1,1	+0,0	+0,3	+0,3	+1,3	+1,2	+2,7	+1,5	-0,2
Bayern	5971	5965	5926	5919	6032	6113	6229	6295	6280	-0,2	-0,1	-0,7	-0,1	+1,9	+1,3	+1,9	+1,1	-0,2
Berlin	1619	1613	1582	1551	1541	1541	1562	1556	1533	-0,8	-0,4	-1,9	-1,9	-0,7	-0,0	+1,4	-0,4	-1,5
Brandenburg	1047	1068	1067	1067	1063	1067	1063	1045	1023	+2,4	+2,0	-0,2	+0,0	-0,3	+0,4	-0,4	-1,7	-2,1
Bremen	397	389	383	385	381	380	388	391	390	-1,4	-2,2	-1,4	+0,4	-0,9	-0,2	+2,0	+0,8	-0,4
Hamburg	1030	1016	1010	1004	1014	1022	1042	1053	1046	-0,4	-1,4	-0,6	-0,5	+1,0	+0,8	+1,9	+1,0	-0,7
Hessen	2876	2867	2871	2866	2891	2926	2993	3023	3009	-0,7	-0,3	+0,1	-0,2	+0,9	+1,2	+2,3	+1,0	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	762	780	774	761	756	760	754	735	724	+2,5	+2,4	-0,8	-1,7	-0,7	+0,6	-0,9	-2,5	-1,5
Niedersachsen	3320	3347	3331	3332	3355	3410	3480	3484	3486	+0,1	+0,8	-0,5	+0,0	+0,7	+1,7	+2,0	+0,1	+0,1
Nordrhein-Westfalen	7827	7795	7802	7845	7980	8123	8342	8397	8344	-1,1	-0,4	+0,1	+0,5	+1,7	+1,8	+2,7	+0,7	-0,6
Rheinland-Pfalz	1660	1666	1667	1666	1693	1716	1752	1762	1762	-0,2	+0,3	+0,1	-0,1	+1,6	+1,4	+2,1	+0,6	-0,0
Saarland	473	477	477	477	485	495	509	512	506	-0,2	+0,8	+0,1	-0,0	+1,8	+2,0	+2,9	+0,4	-1,2
Sachsen	1946	1997	1998	1971	1970	1984	1973	1947	1925	+2,7	+2,6	+0,1	-1,3	-0,0	+0,7	-0,6	-1,3	-1,1
Sachsen-Anhalt	1121	1136	1113	1093	1093	1083	1057	1038	1021	+1,9	+1,3	-2,0	-1,9	+0,0	-0,9	-2,4	-1,8	-1,6
Schleswig-Holstein	1197	1202	1204	1202	1205	1219	1241	1244	1234	-0,2	+0,4	+0,1	-0,1	+0,3	+1,2	+1,8	+0,2	-0,8
Thüringen	1060	1068	1056	1044	1067	1087	1080	1069	1047	+2,5	+0,7	-1,0	-1,2	+2,2	+1,9	-0,7	-1,0	-2,1
Deutschland	37304	37382	37270	37208	37616	38077	38752	38917	38688	-0,2	+0,2	-0,3	-0,2	+1,1	+1,2	+1,8	+0,4	-0,6
Nachrichtlich:																		
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin einschl. Berlin	29748 31368	29721 31334	29680 31262	29721 31272	30126 31667	30554 32095	31263 32825	31527 33083	31415 32948	-0,6 -0,6	-0,1 -0,1	-0,1 -0,2	+0,1 +0,0	+1,4 +1,3	+1,4 +1,4	+2,3 +2,3	+0,8 +0,8	-0,4 -0,4
Neue Länder ohne Berlin einschl. Berlin	5936 7556	6048 7661	6008 7590	5936 7487	5949 7490	5982 7523	5927 7489	5834 7390	5740 7273	+2,4 +1,7	+1,9 +1,4	-0,7 -0,9	-1,2 -1,4	+0,2 +0,0	+0,5 +0,4	-0,9 -0,4	-1,6 -1,3	-1,6 -1,6

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Stand: 06.03.2003



Tabelle III.10

Beschäftigte und Arbeitslose nach Ländern												
Bundesland	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni						Arbeitslose					
	2002		2001		2000		2002		2001		2000	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	813 959	819 127	819 501	121 581	116 149	114 334						
Hamburg	768 687	774 869	762 471	77 475	70 648	74 655						
Mecklenburg-Vorpommern	548 830	565 797	590 660	169 747	167 938	162 998						
Niedersachsen	2 411 598	2 420 079	2 436 003	361 640	350 110	350 829						
Bremen	284 653	286 499	283 576	40 532	39 851	41 128						
Nordrhein-Westfalen	5 889 812	5 929 580	5 907 280	812 330	766 277	777 617						
Hessen	2 192 552	2 203 298	2 174 680	213 583	200 533	214 875						
Rheinland-Pfalz	1 195 746	1 194 222	1 191 307	143 665	134 801	138 337						
Saarland	353 455	357 274	356 206	45 422	44 906	47 767						
Baden-Württemberg	3 851 416	3 850 918	3 802 475	294 905	264 213	281 403						
Bayern	4 420 624	4 431 011	4 364 659	386 545	332 417	339 387						
Berlin	1 103 776	1 125 714	1 139 096	288 319	272 307	264 749						
Brandenburg	759 775	778 772	811 036	237 831	233 588	226 389						
Sachsen-Anhalt	784 221	808 396	837 242	260 390	264 493	272 801						
Thüringen	770 808	794 718	822 904	201 103	194 078	193 610						
Sachsen	1 421 235	1 476 840	1 526 528	405 250	399 328	387 774						
<b>Deutschland</b>	<b>27 571 147</b>	<b>27 817 114</b>	<b>27 825 624</b>	<b>4 060 317</b>	<b>3 851 636</b>	<b>3 888 652</b>						
davon: Bundesgebiet West	<b>22 914 969</b>	<b>23 019 184</b>	<b>22 847 412</b>	<b>2 648 837</b>	<b>2 477 955</b>	<b>2 529 374</b>						
Bundesgebiet Ost	<b>4 656 178</b>	<b>4 797 930</b>	<b>4 978 212</b>	<b>1 411 480</b>	<b>1 373 682</b>	<b>1 359 278</b>						
Bundesland	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Veränderung gegenüber Vorjahr						Arbeitslose Veränderung gegenüber Vorjahr					
	2002		2001		2000		2002		2001		2000	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	- 5 168	- 0,6	- 374	- 0,0	+ 11 099	+ 1,4	+ 5 432	+ 4,7	+ 1 815	+ 1,6	- 7 706	- 6,3
Hamburg	- 6 182	- 0,8	+ 12 398	+ 1,6	+ 18 718	+ 2,5	+ 6 827	+ 9,7	- 4 007	- 5,4	- 9 392	- 11,2
Mecklenburg-Vorpommern	- 16 967	- 3,0	- 24 863	- 4,2	- 13 712	- 2,3	+ 1 809	+ 1,1	+ 4 940	+ 3,0	- 54	- 0,0
Niedersachsen	- 8 481	- 0,4	- 15 924	- 0,7	+ 53 007	+ 2,2	+ 11 530	+ 3,3	- 719	- 0,2	- 24 624	- 6,6
Bremen	- 1 846	- 0,6	+ 2 923	+ 1,0	+ 3 420	+ 1,2	+ 681	+ 1,7	- 1 277	- 3,1	- 2 757	- 6,3
Nordrhein-Westfalen	- 39 768	- 0,7	+ 22 300	+ 0,4	+ 100 416	+ 1,7	+ 46 053	+ 6,0	- 11 340	- 1,5	- 53 045	- 6,4
Hessen	- 10 746	- 0,5	+ 28 618	+ 1,3	+ 50 980	+ 2,4	+ 13 050	+ 6,5	- 14 342	- 6,7	- 24 382	- 10,2
Rheinland-Pfalz	+ 1 524	+ 0,1	+ 2 915	+ 0,2	+ 15 889	+ 1,4	+ 8 864	+ 6,6	- 3 536	- 2,6	- 11 024	- 7,4
Saarland	- 3 819	- 1,1	+ 1 068	+ 0,3	+ 5 342	+ 1,5	+ 516	+ 1,1	- 2 861	- 6,0	- 2 363	- 4,7
Baden-Württemberg	+ 498	+ 0,0	+ 48 443	+ 1,3	+ 87 759	+ 2,4	+ 30 692	+ 11,6	- 17 190	- 6,1	- 43 186	- 13,3
Bayern	- 10 387	- 0,2	+ 66 352	+ 1,5	+ 105 700	+ 2,5	+ 54 128	+ 16,3	- 6 970	- 2,1	- 45 029	- 11,7
Berlin	- 21 938	- 1,9	- 13 382	- 1,2	+ 7 451	+ 0,7	+ 16 012	+ 5,9	+ 7 558	+ 2,9	- 3 329	- 1,2
Brandenburg	- 18 997	- 2,4	- 32 264	- 4,0	- 19 911	- 2,4	+ 4 243	+ 1,8	+ 7 199	+ 3,2	+ 3 352	+ 1,5
Sachsen-Anhalt	- 24 175	- 3,0	- 28 846	- 3,4	- 29 508	- 3,4	- 4 103	- 1,6	- 8 308	- 3,0	+ 657	+ 0,2
Thüringen	- 23 910	- 3,0	- 28 186	- 3,4	- 21 133	- 2,5	+ 7 025	+ 3,6	+ 468	+ 0,2	+ 4 223	+ 2,2
Sachsen	- 55 605	- 3,8	- 49 688	- 3,3	- 32 477	- 2,1	+ 5 922	+ 1,5	+ 11 554	+ 3,0	+ 8 102	+ 2,1
<b>Deutschland</b>	<b>-245 967</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 8 510</b>	<b>- 0,0</b>	<b>+ 343 040</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>+ 208 681</b>	<b>+ 5,4</b>	<b>- 37 016</b>	<b>- 1,0</b>	<b>- 210 557</b>	<b>- 5,1</b>
davon: Bundesgebiet West	<b>-104 215</b>	<b>- 0,5</b>	<b>+ 171 772</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 455 777</b>	<b>+ 2,0</b>	<b>+ 170 882</b>	<b>+ 6,9</b>	<b>- 51 419</b>	<b>- 2,0</b>	<b>- 226 153</b>	<b>- 8,2</b>
Bundesgebiet Ost	<b>-141 752</b>	<b>- 3,0</b>	<b>- 180 282</b>	<b>- 3,6</b>	<b>- 112 737</b>	<b>- 2,2</b>	<b>+ 37 798</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>+ 14 404</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 15 596</b>	<b>+ 1,2</b>

Tabelle III.11a

<b>Struktur der Beschäftigung nach Ländern und Wirtschaftszweigen (Stand 30. 6. 2002)</b>											
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Anteile in %</b>	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg.	Bayern	Saarland	Bundes- gebiet West
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>1,9</b>	<b>0,4</b>	<b>1,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,8</b>	<b>0,6</b>	<b>1,1</b>	<b>0,7</b>	<b>0,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,9</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>0,9</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>2,6</b>	<b>0,5</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>19,4</b>	<b>15,0</b>	<b>26,1</b>	<b>23,8</b>	<b>26,8</b>	<b>23,2</b>	<b>28,2</b>	<b>36,3</b>	<b>31,1</b>	<b>28,9</b>	<b>27,8</b>
darunter: Ernährungsgewerbe,											
Tabakverarbeitung	2,9	1,1	3,7	3,4	2,3	2,0	2,9	2,3	3,2	2,6	2,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2,3	2,5	1,9	1,4	2,0	1,9	1,8	2,4	2,2	0,8	2,1
Chemische Industrie	1,7	1,1	1,2	0,5	2,2	2,4	5,3	1,7	1,5	0,3	1,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1,7	1,2	3,1	3,0	6,5	3,1	4,1	4,9	2,9	7,9	4,2
Maschinenbau	3,5	1,9	2,7	1,9	4,0	2,9	3,3	7,1	4,9	4,1	4,2
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	3,1	2,0	2,8	2,8	3,2	3,7	2,0	6,9	6,1	2,3	4,3
Fahrzeugbau	1,6	3,1	5,8	9,3	1,6	3,1	2,2	5,2	4,1	6,7	3,5
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>1,2</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>0,5</b>	<b>1,0</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>1,1</b>	<b>0,9</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>7,2</b>	<b>4,3</b>	<b>7,4</b>	<b>5,4</b>	<b>5,9</b>	<b>5,2</b>	<b>7,1</b>	<b>5,9</b>	<b>6,7</b>	<b>6,1</b>	<b>6,2</b>
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>18,7</b>	<b>17,7</b>	<b>16,1</b>	<b>14,9</b>	<b>16,3</b>	<b>15,2</b>	<b>15,2</b>	<b>14,0</b>	<b>15,2</b>	<b>15,6</b>	<b>15,5</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	2,7	2,0	2,7	1,9	2,3	2,3	3,0	2,2	2,5	2,5	2,4
Handelsvermittlung, Großhandel	5,8	7,8	4,7	5,8	6,1	5,7	4,6	5,2	4,8	4,1	5,4
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	10,1	8,0	8,7	7,1	7,9	7,2	7,6	6,6	7,9	8,9	7,8
<b>Gastgewerbe</b>	<b>4,0</b>	<b>3,2</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	<b>2,4</b>	<b>2,8</b>	<b>3,0</b>	<b>2,6</b>	<b>3,3</b>	<b>2,1</b>	<b>2,8</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>5,8</b>	<b>9,5</b>	<b>5,1</b>	<b>10,6</b>	<b>5,3</b>	<b>7,4</b>	<b>4,5</b>	<b>4,2</b>	<b>4,7</b>	<b>4,2</b>	<b>5,4</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>3,4</b>	<b>6,6</b>	<b>3,6</b>	<b>3,7</b>	<b>3,9</b>	<b>6,8</b>	<b>3,3</b>	<b>3,9</b>	<b>4,3</b>	<b>3,8</b>	<b>4,3</b>
<b>Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.</b>	<b>9,7</b>	<b>19,4</b>	<b>9,5</b>	<b>12,8</b>	<b>11,8</b>	<b>14,7</b>	<b>8,4</b>	<b>10,1</b>	<b>10,5</b>	<b>11,0</b>	<b>11,5</b>
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen</b>	<b>8,0</b>	<b>4,7</b>	<b>6,9</b>	<b>4,3</b>	<b>5,4</b>	<b>5,7</b>	<b>7,6</b>	<b>5,1</b>	<b>5,2</b>	<b>5,5</b>	<b>5,8</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>2,5</b>	<b>3,2</b>	<b>3,4</b>	<b>3,9</b>	<b>3,3</b>	<b>2,6</b>	<b>3,6</b>	<b>2,9</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>13,3</b>	<b>9,1</b>	<b>12,3</b>	<b>11,1</b>	<b>11,4</b>	<b>10,3</b>	<b>12,1</b>	<b>9,9</b>	<b>10,5</b>	<b>12,1</b>	<b>11,1</b>
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>4,9</b>	<b>5,9</b>	<b>4,0</b>	<b>6,2</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,7</b>	<b>3,5</b>	<b>4,0</b>	<b>3,7</b>	<b>4,4</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
davon: Land- u. Forstwirtschaft	1,9	0,4	1,5	0,3	0,8	0,6	1,1	0,7	0,8	0,4	0,9
Produzierende Gewerbe (mit Bau)	27,9	20,2	34,8	29,8	34,6	29,5	36,5	43,1	38,8	38,7	35,3
Dienstleistungsgewerbe	70,2	79,4	63,7	69,9	64,6	69,8	62,4	56,1	60,4	60,9	63,8

Tabelle III.11b

<b>Struktur der Beschäftigung nach Ländern und Wirtschaftszweigen (Stand 30. 6. 2002)</b>									
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Anteile in %</b>	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Bundes- gebiet Ost	Bundes- gebiet West	Deutsch- land
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>0,5</b>	<b>3,8</b>	<b>4,3</b>	<b>2,3</b>	<b>3,2</b>	<b>3,1</b>	<b>2,9</b>	<b>0,9</b>	<b>1,2</b>
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>0,0</b>	<b>1,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>12,3</b>	<b>14,7</b>	<b>11,7</b>	<b>19,8</b>	<b>16,0</b>	<b>22,5</b>	<b>16,9</b>	<b>27,8</b>	<b>26,0</b>
darunter: Ernährungsgewerbe,									
Tabakverarbeitung	1,5	2,4	3,0	2,7	2,8	2,8	2,6	2,6	2,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1,7	0,8	0,7	1,2	0,7	1,2	1,0	2,1	1,9
Chemische Industrie	1,0	0,8	0,1	0,7	1,5	0,8	0,8	1,9	1,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1,3	3,2	2,0	3,6	3,8	4,3	3,3	4,2	4,0
Maschinenbau	1,1	1,3	1,2	2,7	1,7	2,5	1,9	4,2	3,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen,									
Optik	3,7	1,5	1,2	2,9	1,3	3,7	2,3	4,3	4,0
Fahrzeugbau	0,7	1,2	1,3	1,6	0,7	1,4	1,2	3,5	3,1
<b>Energie- und Wasserversorgung</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>1,1</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>
<b>Baugewerbe</b>	<b>6,0</b>	<b>10,9</b>	<b>10,2</b>	<b>9,5</b>	<b>10,5</b>	<b>10,2</b>	<b>9,9</b>	<b>6,2</b>	<b>6,8</b>
<b>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern</b>	<b>12,7</b>	<b>13,9</b>	<b>13,3</b>	<b>13,2</b>	<b>13,4</b>	<b>12,9</b>	<b>13,2</b>	<b>15,5</b>	<b>15,1</b>
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	1,7	2,7	2,5	2,7	2,7	2,6	2,6	2,4	2,4
Handelsvermittlung, Großhandel	3,0	3,6	3,2	3,2	3,2	3,1	3,2	5,4	5,0
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	<b>8,0</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,2</b>	<b>7,6</b>	<b>7,2</b>	<b>7,3</b>	<b>7,8</b>	<b>7,7</b>
<b>Gastgewerbe</b>	<b>4,0</b>	<b>2,9</b>	<b>5,2</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>
<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>	<b>6,3</b>	<b>7,2</b>	<b>6,3</b>	<b>5,9</b>	<b>6,7</b>	<b>5,6</b>	<b>6,3</b>	<b>5,4</b>	<b>5,5</b>
<b>Kredit- und Versicherungsgewerbe</b>	<b>3,6</b>	<b>1,7</b>	<b>2,0</b>	<b>2,5</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>	<b>4,3</b>	<b>3,9</b>
<b>Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.</b>	<b>17,5</b>	<b>9,2</b>	<b>10,1</b>	<b>10,8</b>	<b>9,3</b>	<b>9,2</b>	<b>10,5</b>	<b>11,5</b>	<b>11,3</b>
<b>Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen</b>	<b>9,0</b>	<b>10,2</b>	<b>9,8</b>	<b>7,5</b>	<b>10,9</b>	<b>8,0</b>	<b>9,0</b>	<b>5,8</b>	<b>6,3</b>
<b>Erziehung und Unterricht</b>	<b>5,6</b>	<b>6,3</b>	<b>7,5</b>	<b>7,7</b>	<b>7,4</b>	<b>7,0</b>	<b>7,2</b>	<b>3,1</b>	<b>3,8</b>
<b>Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen</b>	<b>13,3</b>	<b>10,9</b>	<b>12,0</b>	<b>10,4</b>	<b>11,1</b>	<b>10,6</b>	<b>11,0</b>	<b>11,1</b>	<b>11,1</b>
<b>Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte</b>	<b>8,0</b>	<b>5,8</b>	<b>6,2</b>	<b>6,0</b>	<b>5,4</b>	<b>4,9</b>	<b>5,9</b>	<b>4,4</b>	<b>4,7</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
davon: Primärer Sektor	0,5	3,8	4,3	2,3	3,2	3,1	2,9	0,9	1,2
Sekundärer Sektor	19,3	28,0	23,4	30,8	28,3	34,1	28,5	35,3	34,2
Teritärer Sektor	80,1	68,2	72,3	66,8	68,5	62,9	68,6	63,8	64,6

Tabelle III.12

<b>Arbeitslosenquoten nach Ländern sowie die jeweils kleinste und größte Quote eines Arbeitsamtsbezirkes</b>						
Land	Arbeitslosenquoten <sup>1)</sup>					
	1997	1998	1999	200	2001	2002
	1	2	3	4	5	6
Schleswig-Holstein	11,2	10,0	9,4	8,5	8,4	8,7
kleinste Quote	8,8	7,7	7,3	6,6	6,7	7,0
größte Quote	13,2	11,8	11,5	10,8	10,5	10,6
Hamburg	13,0	11,3	10,4	8,9	8,3	9,0
Mecklenburg-Vorpommern	20,3	19,2	18,2	17,8	18,3	18,6
kleinste Quote	17,7	17,5	16,3	15,5	14,9	14,5
größte Quote	22,6	21,2	20,5	20,9	22,3	23,1
Niedersachsen	12,9	11,1	10,3	9,3	9,1	9,2
kleinste Quote	9,7	8,3	7,7	6,5	6,4	6,2
größte Quote	17,2	15,2	14,0	12,0	11,5	11,3
Bremen	16,8	15,2	14,3	13,0	12,4	12,6
Nordrhein-Westfalen	12,2	10,7	10,2	9,2	8,8	9,2
kleinste Quote	8,5	7,4	7,0	6,1	6,1	6,6
größte Quote	16,8	15,8	15,7	14,3	13,9	14,5
Hessen	10,4	9,0	8,3	7,3	6,6	6,9
kleinste Quote	8,8	7,5	7,1	6,1	5,4	5,8
größte Quote	14,2	12,8	12,1	11,1	10,3	10,2
Rheinland-Pfalz	10,3	8,8	8,2	7,3	6,8	7,2
kleinste Quote	8,6	7,4	6,9	5,8	5,7	6,1
größte Quote	14,5	12,0	11,3	10,2	9,3	9,4
Saarland	13,6	11,5	10,8	9,8	9,0	9,1
kleinste Quote	11,3	9,6	9,1	8,1	7,6	7,5
größte Quote	15,4	13,3	12,6	11,6	10,7	10,8
Baden-Württemberg	8,7	7,1	6,5	5,4	4,9	5,4
kleinste Quote	7,0	5,4	5,0	4,1	3,8	4,3
größte Quote	11,7	10,2	9,8	8,7	8,1	8,3
Bayern	8,7	7,0	6,4	5,5	5,3	6,0
kleinste Quote	5,1	4,1	3,5	2,8	2,7	3,5
größte Quote	11,8	10,3	9,8	9,1	9,5	10,8
Berlin	17,3	16,1	15,9	15,8	16,1	16,9
Brandenburg	18,9	17,6	17,4	17,0	17,4	17,5
kleinste Quote	14,3	14,0	14,1	13,8	13,6	13,8
größte Quote	22,4	20,0	19,3	19,6	20,2	19,9
Sachsen-Anhalt	21,7	20,4	20,3	20,2	19,7	19,6
kleinste Quote	20,2	18,4	18,9	18,4	17,7	17,5
größte Quote	24,4	23,0	22,8	22,5	22,1	23,0
Thüringen	19,1	17,1	15,4	15,4	15,3	15,9
kleinste Quote	17,4	15,1	13,8	13,4	13,0	13,7
größte Quote	23,0	18,9	16,6	20,4	20,5	21,6
Sachsen	18,4	17,5	17,2	17,0	17,5	17,8
kleinste Quote	14,7	14,6	14,8	14,1	14,6	14,5
größte Quote	20,5	20,2	19,9	20,0	20,8	21,4
<b>Deutschland</b>	<b>12,7</b>	<b>11,1</b>	<b>10,5</b>	<b>9,6</b>	<b>9,4</b>	<b>9,8</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>	<b>11,0</b>	<b>9,4</b>	<b>8,8</b>	<b>7,8</b>	<b>7,4</b>	<b>7,9</b>
<b>Bundesgebiet West</b>	<b>19,5</b>	<b>18,2</b>	<b>17,6</b>	<b>17,4</b>	<b>17,5</b>	<b>18,0</b>

<sup>1)</sup> Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mithelfende Familienangehörige). Bis 1997 Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose).

Tabelle III.13

<b>Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach Ländern</b>				
Land	Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen			
	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein	30,7	31,4	30,2	<b>30,1</b>
Hamburg	34,7	35,8	33,5	<b>32,2</b>
Mecklenburg-Vorpommern	33,8	35,2	35,3	<b>35,6</b>
Niedersachsen	34,5	35,2	33,8	<b>33,1</b>
Bremen	36,7	36,4	36,9	<b>36,6</b>
Nordrhein-Westfalen	36,9	38,2	37,0	<b>36,3</b>
Hessen	34,2	35,6	34,7	<b>34,2</b>
Rheinland-Pfalz	31,6	32,6	30,9	<b>29,7</b>
Saarland	40,0	41,7	40,5	<b>37,6</b>
Baden-Württemberg	30,9	31,2	29,4	<b>28,3</b>
Bayern	26,8	27,1	24,3	<b>24,2</b>
Berlin	35,4	38,4	37,9	<b>37,9</b>
Brandenburg	32,6	37,6	37,6	<b>39,8</b>
Sachsen-Anhalt	36,8	40,6	41,6	<b>41,6</b>
Thüringen	31,4	32,8	33,4	<b>34,2</b>
Sachsen	34,5	37,0	37,5	<b>39,5</b>
<b>Deutschland</b>	<b>33,4</b>	<b>35,0</b>	<b>34,1</b>	<b>34,0</b>
<b>Bundesgebiet West</b>	<b>33,2</b>	<b>34,2</b>	<b>32,7</b>	<b>32,0</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>	<b>33,8</b>	<b>36,8</b>	<b>37,1</b>	<b>38,3</b>

Tabelle III.14

Stellenangebot nach Ländern								
Land	Offene Stellen							
	Zugang im Laufe des Jahres			Bestand im Jahresdurchschnitt			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen <sup>1)</sup>	
	2002	Veränderung in %		2002	Veränderung in %			
	absolut	2002/01	2001/00	absolut	2002/01	2001/00	2002	2001
	1	2	3	4	5	6	7	8
Schleswig-Holstein	90 763	- 18,1	- 4,5	14 369	- 4,5	- 3,4	58,0	49,9
Hamburg	56 560	- 23,4	- 10,0	9 815	- 5,0	- 8,4	65,6	57,3
Mecklenburg-Vorpommern	79 130	- 31,0	- 6,9	8 391	- 1,0	+ 11,8	44,9	31,1
Niedersachsen	286 435	- 24,0	- 11,1	43 237	+ 0,1	- 11,0	55,6	44,3
Bremen	31 052	- 16,4	- 1,1	5 067	- 5,8	+ 5,8	65,0	62,8
Nordrhein-Westfalen	494 724	- 25,8	- 11,1	89 707	- 15,5	- 1,4	72,4	67,5
Hessen	191 787	- 26,4	- 6,6	31 376	- 16,8	+ 0,4	64,7	57,7
Rheinland-Pfalz	150 961	- 18,0	- 4,7	31 083	- 2,9	+ 2,8	67,7	58,1
Saarland	30 578	- 28,6	- 0,1	6 237	- 5,5	+ 18,4	69,8	58,8
Baden-Württemberg	303 078	- 23,0	- 16,0	66 891	- 18,9	- 3,2	78,2	74,6
Bayern	382 522	- 30,8	- 10,6	75 487	- 17,6	- 4,9	75,0	66,2
Berlin	106 519	- 29,8	- 5,2	8 279	+ 18,2	+ 3,2	37,8	24,9
Brandenburg	106 487	- 17,5	- 7,1	8 604	+ 21,5	+ 9,4	33,4	23,7
Sachsen-Anhalt	118 053	- 32,3	- 4,6	12 959	+ 0,5	+ 15,7	44,7	29,6
Thüringen	113 682	- 30,8	- 9,8	13 536	- 2,0	- 1,1	48,7	34,9
Sachsen	214 978	- 24,6	- 2,8	21 997	+ 3,8	+ 3,6	44,4	33,1
<b>Deutschland</b>	<b>2 772 922</b>	<b>- 25,7</b>	<b>- 9,1</b>	<b>451 217</b>	<b>- 10,9</b>	<b>- 1,5</b>	<b>63,4</b>	<b>55,1</b>
<b>Bundesgebiet West</b>	<b>2 098 082</b>	<b>- 25,2</b>	<b>- 10,1</b>	<b>382 275</b>	<b>- 13,2</b>	<b>- 2,6</b>	<b>69,5</b>	<b>62,3</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>	<b>674 840</b>	<b>- 27,2</b>	<b>- 5,8</b>	<b>68 942</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>+ 6,1</b>	<b>43,0</b>	<b>30,5</b>

<sup>1)</sup> Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“, d.h. ohne Job-, Saison-, ABM- und trad. SAM-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.15

<b>Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente nach Ländern</b>												
Bundesland	Jahresdurchschnittsbestände								auf 1.000 Erwerbspersonen <sup>1)</sup> kommen ... Teilnehmer in			
	Kurzarbeit		Berufliche Weiterbildung		2. Arbeitsmarkt <sup>3)</sup>		1. Arbeitsmarkt <sup>2)</sup>		Kurz- arbeit	Beruf- Weiter- bildung	2. Arbeits- markt <sup>3)</sup>	1. Arbeits- markt <sup>2)</sup>
	2002	Vorjahres- verände- rung in %	2002	Vorjahres- verände- rung in %	2002	Vorjahres- verände- rung in %	2002	Vorjahres- verände- rung in %	2002 absolut	2002 absolut	2002 absolut	2002 absolut
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	5 156	+ 10,3	9 860	+ 1,6	2 718	- 20,0	5 589	+ 23,7	4	7	2	4
Hamburg	1 853	+ 49,0	7 357	- 1,6	2 130	- 23,1	2 789	+ 39,2	2	8	2	3
Mecklenburg-Vorpommern	2 151	+ 1,5	16 742	- 5,5	19 504	- 22,8	11 326	- 3,2	2	18	21	12
Niedersachsen	14 599	+ 40,1	28 277	- 0,5	8 002	- 20,1	13 054	+ 19,7	4	7	2	3
Bremen	1 131	+ 6,5	3 723	+ 8,9	1 816	- 9,1	1 779	+ 20,1	3	11	6	5
Nordrhein-Westfalen	45 505	+ 56,8	59 387	- 1,9	12 274	- 21,6	23 371	+ 19,5	5	7	1	3
Hessen	15 297	+ 95,6	17 751	- 5,6	3 188	- 23,8	6 519	- 4,8	5	6	1	2
Rheinland-Pfalz	7 897	+ 139,7	11 422	+ 5,6	1 815	- 16,9	4 868	+ 12,0	4	6	1	2
Saarland	2 530	+ 12,1	3 631	- 5,5	991	- 21,3	1 633	+ 2,0	5	7	2	3
Baden-Württemberg	35 276	+ 96,0	21 259	- 3,5	2 502	- 21,9	10 358	+ 3,0	6	4	0	2
Bayern	32 878	+ 103,8	29 059	- 9,6	6 834	- 16,3	12 912	+ 0,6	5	4	1	2
Berlin	5 324	+ 47,9	20 917	- 3,4	15 508	- 8,4	12 864	+ 13,0	3	12	9	7
Brandenburg	4 842	+ 18,6	22 232	- 4,6	18 867	- 13,5	15 053	+ 1,6	4	16	14	11
Sachsen-Anhalt	5 771	+ 36,6	27 117	- 7,6	27 205	- 13,1	19 164	+ 11,0	4	20	20	14
Thüringen	6 934	+ 26,9	21 323	- 2,9	21 444	- 24,3	16 639	- 1,5	5	17	17	13
Sachsen	19 623	+ 106,2	31 528	- 6,5	34 357	- 20,9	30 145	+ 1,9	9	14	15	13
<b>Deutschland</b>	<b>206 767</b>	<b>+ 68,2</b>	<b>331 586</b>	<b>- 3,8</b>	<b>179 153</b>	<b>- 18,5</b>	<b>188 062</b>	<b>+ 7,0</b>	<b>5</b>	<b>8</b>	<b>4</b>	<b>4</b>
Bundesgebiet West	165 467	+ 72,1	202 607	- 3,0	49 769	- 18,3	90 509	+ 12,5	5	6	1	3
Bundesgebiet Ost	41 300	+ 54,2	128 979	- 5,1	129 383	- 18,6	97 553	+ 2,3	5	16	16	12

<sup>1)</sup> Alle zivilen Erwerbspersonen gemäß der Bezugsgröße für die Arbeitslosenquote für 2002 plus Teilnehmer in beruflicher Weiterbildung.

<sup>2)</sup> Eingliederungszuschuss, Einstellungszuschuss bei Neugründungen, Überbrückungsgeld, SAM OFW

<sup>3)</sup> ABM plus SAM trad.

Tabelle III.16

<b>Kurzarbeiter nach Ländern</b>				
Bundesland	Bestand an Kurzarbeitern			
	2002	Veränderung in %		
		2002/01	2001/00	2000/99
	1	2	3	4
Schleswig-Holstein	5 156	+ 10,3	+ 45,2	- 0,5
Hamburg	1 853	+ 49,0	+ 38,9	- 22,2
Mecklenburg-Vorpommern	2 151	+ 1,5	- 5,4	- 22,9
Niedersachsen	14 536	+ 39,5	+ 34,9	+ 3,3
Bremen	1 193	+ 12,4	+ 49,9	- 51,9
Nordrhein-Westfalen	45 505	+ 56,8	+ 31,2	- 35,9
Hessen	15 297	+ 95,6	+ 51,7	- 19,4
Rheinland-Pfalz	7 897	+ 139,6	+ 34,8	- 49,9
Saarland	2 530	+ 12,1	+ 23,4	+ 11,3
Baden-Württemberg	35 276	+ 96,0	+ 122,6	- 48,2
Bayern	32 878	+ 103,8	+ 125,8	- 46,3
Berlin	5 324	+ 47,9	- 12,6	+ 23,2
Brandenburg	4 842	+ 18,6	- 5,4	- 9,0
Sachsen-Anhalt	5 771	+ 36,6	- 1,6	+ 6,2
Thüringen	6 934	+ 26,9	+ 41,0	- 35,0
Sachsen	19 623	+ 106,2	+ 21,2	- 1,5
<b>Deutschland</b>	<b>206 767</b>	<b>+ 68,2</b>	<b>+ 42,9</b>	<b>- 27,5</b>
<b>davon:</b>				
<b>Bundesgebiet West</b>	<b>165 467</b>	<b>+ 72,1</b>	<b>+ 56,0</b>	<b>- 32,7</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>	<b>41 300</b>	<b>+ 54,2</b>	<b>+ 9,9</b>	<b>- 9,8</b>





## **IV. Tabellenanhang**

Tabelle IV.C.1a

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen<sup>1)</sup>; Deutschland</b>								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2002	Veränderung in %			2002	Veränderung in %		
		2002/01	2001/00	2000/99		2002/01	2001/00	2000/99
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Alle Berufsbereiche</b>	<b>27 571 147</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,0</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>4 060 317</b>	<b>+ 5,4</b>	<b>- 1,0</b>	<b>- 5,1</b>
<b>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</b>	<b>424 879</b>	<b>- 2,6</b>	<b>- 4,5</b>	<b>- 3,0</b>	<b>143 467</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>- 1,5</b>
davon:								
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	390 828	- 2,4	- 3,9	- 2,9	137 448	+ 3,2	+ 1,5	- 1,1
Forst- und Jagdberufe	34 051	- 4,7	-10,8	- 3,5	6 019	- 0,5	- 4,0	-10,3
<b>Bergleute, Mineralgewinner</b>	<b>42 076</b>	<b>- 7,2</b>	<b>- 8,9</b>	<b>- 10,6</b>	<b>5 222</b>	<b>- 23,4</b>	<b>- 13,0</b>	<b>- 12,2</b>
<b>Fertigungsberufe</b>	<b>7 768 129</b>	<b>- 3,9</b>	<b>- 2,4</b>	<b>- 0,9</b>	<b>1 464 038</b>	<b>+ 6,8</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 6,5</b>
davon:								
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	49 330	- 6,3	- 6,1	- 1,8	7 599	+ 6,2	+ 4,9	- 8,1
Keramiker, Glasmacher	57 759	- 5,8	+ 0,0	- 0,6	7 340	- 0,4	- 9,8	-15,3
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	433 482	- 2,1	+ 1,1	+ 1,3	40 867	+ 0,0	- 9,7	-13,7
Papierhersteller, -verarbeiter	111 380	- 3,7	- 0,3	+ 1,1	10 150	+ 0,3	- 7,8	-11,3
Drucker	141 966	- 4,5	- 2,5	- 1,1	20 729	+ 17,1	- 0,9	- 9,5
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	57 608	- 6,9	- 5,8	- 2,3	11 481	+ 3,7	- 3,8	-11,4
Metallerzeuger, -bearbeiter	541 928	- 3,4	+ 0,9	- 0,6	64 755	+ 6,4	-12,3	-15,5
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	1 865 968	- 2,6	- 1,5	- 0,9	217 688	+ 9,7	- 4,0	- 9,8
Elektriker	686 565	- 3,1	- 1,7	- 1,0	78 007	+ 17,4	- 6,2	-11,8
Montierer und Metallhilfsarbeiter	491 868	- 5,8	+ 2,4	+ 2,7	111 339	+ 12,6	- 4,8	-11,3
Textil- und Bekleidungsberufe	125 183	- 9,3	- 5,1	- 6,4	50 743	- 3,6	- 9,9	-11,2
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	33 925	- 4,5	- 4,1	- 4,1	7 970	- 10,1	-14,3	-14,6
Ernährungsberufe	740 343	- 0,0	- 0,9	+ 0,7	154 519	+ 4,3	- 0,9	- 6,6
Bauberufe	772 795	- 8,9	-11,1	- 7,3	274 439	+ 3,6	+ 7,6	+ 1,9
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	181 579	- 7,6	- 8,0	- 3,9	66 291	+ 10,0	+ 11,6	+ 4,0
Tischler, Modellbauer	241 245	- 7,3	- 5,9	- 3,1	64 214	+ 15,5	+ 8,3	- 1,2
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	256 415	- 5,8	- 5,4	- 2,2	80 576	+ 12,6	+ 7,8	+ 2,1
Warenprüfer, Versandfertigmacher	387 510	- 2,2	+ 0,4	+ 2,6	135 856	+ 3,2	- 3,3	- 7,1
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	404 576	- 2,2	+ 2,4	+ 9,5	23 186	+ 13,2	+ 7,5	+ 14,0
Maschinenisten und zugehörige Berufe	186 704	- 3,6	- 3,7	- 2,4	36 290	- 4,6	- 6,1	- 9,7
<b>Technische Berufe</b>	<b>1 925 915</b>	<b>- 0,8</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>155 579</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>- 7,5</b>	<b>- 10,5</b>
davon:								
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	728 853	- 0,1	+ 1,4	+ 1,7	74 826	+ 0,9	- 6,9	- 9,6
Techniker	919 677	- 1,0	+ 0,4	+ 0,6	47 605	+ 1,7	- 9,3	-13,0
Technische Sonderfachkräfte	277 385	- 2,1	- 1,6	- 0,9	33 147	+ 2,3	- 6,6	- 8,8
<b>Dienstleistungsberufe</b>	<b>17 152 151</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>2 220 261</b>	<b>+ 5,9</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 4,2</b>
davon:								
Warenkaufleute	2 183 393	- 0,4	- 0,7	+ 1,1	379 946	+ 6,6	+ 1,5	- 2,2
Dienstleistungskaufleute	1 173 327	+ 0,2	+ 1,3	+ 2,9	63 604	+ 16,7	+ 5,9	- 5,4
Verkehrsberufe	1 167 146	- 1,4	- 0,4	+ 2,4	160 497	+ 6,5	+ 0,1	- 7,2
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	844 566	- 2,2	+ 1,4	+ 3,6	209 834	+ 6,6	- 0,5	- 4,8
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	5 912 522	+ 0,4	+ 1,4	+ 2,5	604 544	+ 7,1	- 1,2	- 5,3
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	438 484	+ 2,4	+ 1,0	+ 3,3	162 715	+ 6,5	+ 4,9	+ 5,2
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	115 647	+ 0,4	+ 2,9	+ 3,7	13 941	+ 16,1	+ 4,9	- 3,0
Künstler und zugeordnete Berufe	154 892	- 0,6	+ 1,1	+ 4,6	41 491	+ 18,2	+ 8,9	+ 0,6
Gesundheitsdienstberufe	1 913 224	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,8	91 414	- 4,9	- 8,6	- 6,3
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	1 616 733	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	167 726	+ 0,5	- 3,7	- 6,1
Körperpfleger	178 041	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,3	21 133	+ 13,4	+ 0,8	- 4,1
Gästebetreuer	408 769	+ 1,7	+ 2,6	+ 5,2	80 290	+ 8,2	+ 0,6	- 4,7
Hauswirtschaftliche Berufe	204 250	- 1,5	- 0,0	+ 1,5	55 197	+ 3,7	- 0,3	- 1,5
Reinigungsberufe	841 157	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,9	167 931	+ 1,7	- 2,5	- 5,9
<b>Sonstige Berufe</b>	<b>257 997</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>+ 8,5</b>	<b>+ 14,7</b>	<b>71 750</b>	<b>- 14,6</b>	<b>- 5,5</b>	<b>+ 0,9</b>

<sup>1)</sup> Vergleiche mit den Jahren vor 1999 sind nur eingeschränkt möglich.

Tabelle IV.C.1b

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen <sup>1)</sup>; Bundesgebiet West</b>								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2002	Veränderung in %			2002	Veränderung in %		
		2002/01	2001/00	2000/99		2002/01	2001/00	2000/99
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Alle Berufsbereiche</b>	<b>22 914 969</b>	<b>- 0,5</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>2 648 837</b>	<b>+ 6,9</b>	<b>- 2,0</b>	<b>- 8,2</b>
<b>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</b>	<b>280 578</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 2,5</b>	<b>- 1,1</b>	<b>68 234</b>	<b>+ 4,3</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 5,1</b>
davon:								
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	259 018	- 0,3	- 1,7	- 1,0	65 541	+ 4,4	- 0,0	- 4,3
Forst- und Jagdberufe	21 560	- 3,9	-10,4	- 2,0	2 693	+ 2,4	- 9,5	- 18,2
<b>Bergleute, Mineralgewinner</b>	<b>39 138</b>	<b>- 7,5</b>	<b>- 9,3</b>	<b>- 10,8</b>	<b>4 249</b>	<b>- 23,7</b>	<b>- 12,3</b>	<b>- 10,7</b>
<b>Fertigungsberufe</b>	<b>6 447 612</b>	<b>- 3,4</b>	<b>- 1,2</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>935 068</b>	<b>+ 8,3</b>	<b>- 2,9</b>	<b>- 11,1</b>
davon:								
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	39 205	- 5,5	- 5,9	- 1,3	4 991	+ 7,0	+ 2,7	- 13,2
Keramiker, Glasmacher	48 284	- 6,8	+ 0,3	- 0,7	4 727	+ 0,2	- 11,8	- 18,5
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	391 339	- 2,5	+ 1,3	+ 1,0	31 869	+ 1,2	- 10,2	- 15,5
Papierhersteller, -verarbeiter	102 297	- 4,0	- 0,3	+ 0,9	7 694	+ 1,8	- 8,7	- 12,4
Drucker	130 492	- 4,7	- 2,4	- 1,2	16 932	+ 17,2	- 1,8	- 10,9
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	48 306	- 7,0	- 6,4	- 2,7	7 250	+ 5,9	- 4,8	- 16,0
Metallerzeuger, -bearbeiter	470 324	- 3,9	+ 0,7	- 1,0	47 572	+ 7,1	- 13,4	- 16,9
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	1 557 616	- 2,0	- 0,5	- 0,2	136 045	+ 12,5	- 5,5	- 14,3
Elektriker	560 230	- 2,6	- 0,6	- 0,1	51 209	+ 19,9	- 6,2	- 14,8
Montierer und Metallhilfsarbeiter	451 142	- 6,1	+ 2,3	+ 2,5	95 871	+ 13,5	- 4,9	- 12,4
Textil- und Bekleidungsberufe	103 784	- 9,3	- 4,6	- 6,9	30 754	- 3,8	- 12,4	- 13,0
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	28 426	- 4,8	- 3,8	- 4,4	4 254	- 10,9	- 18,0	- 16,4
Ernährungsberufe	603 942	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	92 776	+ 6,3	- 1,1	- 9,6
Bauberufe	560 234	- 6,9	- 8,1	- 3,5	129 536	+ 3,8	+ 5,8	- 8,4
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	141 666	- 6,3	- 5,3	- 1,3	34 951	+ 14,0	+ 9,6	- 7,4
Tischler, Modellbauer	198 499	- 6,4	- 4,7	- 2,2	41 101	+ 16,8	+ 5,2	- 8,2
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	207 321	- 4,7	- 3,3	- 0,8	48 837	+ 13,8	+ 4,1	- 6,7
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	345 715	- 2,6	+ 0,4	+ 2,3	114 226	+ 3,1	- 3,9	- 7,6
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	312 746	- 1,0	+ 3,7	+ 12,7	18 388	+ 12,5	+ 5,5	+ 10,1
Maschinen- und zugehörige Berufe	146 044	- 2,8	- 2,0	- 1,1	16 087	- 4,8	- 10,3	- 13,2
<b>Technische Berufe</b>	<b>1 664 284</b>	<b>- 0,5</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>98 422</b>	<b>+ 3,5</b>	<b>- 9,1</b>	<b>- 13,3</b>
davon:								
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	623 380	+ 0,4	+ 2,5	+ 2,7	43 565	+ 5,1	- 7,3	- 11,6
Techniker	794 054	- 0,9	+ 1,0	+ 1,0	34 093	+ 1,1	- 12,1	- 16,0
Technische Sonderfachkräfte	246 850	- 2,0	- 1,0	- 0,4	20 764	+ 4,3	- 7,5	- 12,1
<b>Dienstleistungsberufe</b>	<b>14 303 936</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>+ 1,9</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>1 494 442</b>	<b>+ 7,4</b>	<b>- 0,8</b>	<b>- 6,3</b>
davon:								
Warenkaufleute	1 822 396	- 0,0	+ 0,4	+ 1,8	244 321	+ 7,8	+ 0,8	- 5,0
Dienstleistungskaufleute	1 047 960	+ 0,4	+ 1,7	+ 3,1	46 985	+ 20,2	+ 7,1	- 6,9
Verkehrsberufe	922 286	- 1,3	+ 0,8	+ 3,3	103 251	+ 10,3	- 0,0	- 9,1
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	737 957	- 2,1	+ 2,3	+ 4,0	156 133	+ 8,4	- 0,6	- 6,4
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	4 986 961	+ 0,8	+ 2,2	+ 3,2	406 201	+ 10,6	- 0,9	- 7,4
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	347 088	+ 3,0	+ 2,6	+ 4,5	102 279	+ 4,5	+ 2,1	+ 1,4
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	95 661	+ 0,7	+ 3,5	+ 3,8	10 460	+ 18,6	+ 5,9	- 3,2
Künstler und zugeordnete Berufe	128 797	- 0,7	+ 1,8	+ 5,3	31 226	+ 17,4	+ 8,6	- 1,3
Gesundheitsdienstberufe	1 591 443	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,9	70 932	- 5,3	- 8,5	- 7,9
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	1 249 002	+ 3,5	+ 3,9	+ 3,5	118 363	+ 0,7	- 3,6	- 6,6
Körperpfleger	136 711	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	15 274	+ 13,8	+ 0,5	- 6,9
Gästebetreuer	341 547	+ 2,0	+ 3,3	+ 5,7	52 045	+ 8,5	- 1,0	- 8,0
Hauswirtschaftliche Berufe	179 305	- 1,6	+ 0,1	+ 1,4	32 596	+ 2,0	- 2,9	- 5,9
Reinigungsberufe	716 822	+ 2,0	+ 2,1	+ 3,7	104 377	+ 2,4	- 3,3	- 8,0
<b>Sonstige Berufe</b>	<b>179 421</b>	<b>+ 6,6</b>	<b>+13,4</b>	<b>+ 21,0</b>	<b>48 422</b>	<b>- 14,2</b>	<b>- 6,4</b>	<b>- 0,3</b>

<sup>1)</sup> Vergleiche mit den Jahren vor 1999 sind nur eingeschränkt möglich.

Tabelle IV.C.1c

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen <sup>1)</sup> ; Bundesgebiet Ost								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2002	Veränderung in %			2002	Veränderung in %		
		2002/01	2001/00	2000/99		2002/01	2001/00	2000/99
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Alle Berufsbereiche</b>	<b>4 656 178</b>	<b>- 3,0</b>	<b>- 4,5</b>	<b>- 2,2</b>	<b>1 411 480</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 1,2</b>
<b>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</b>	<b>144 301</b>	<b>- 6,1</b>	<b>- 8,1</b>	<b>- 6,1</b>	<b>75 233</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>+ 1,9</b>
davon:								
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	131 810	- 6,2	- 7,8	- 6,1	71 907	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,1
Forst- und Jagdberufe	12 491	- 6,0	-11,6	- 6,0	3 326	- 2,8	+ 0,7	- 2,1
<b>Bergleute, Mineralgewinner</b>	<b>2 938</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 4,2</b>	<b>- 7,3</b>	<b>973</b>	<b>- 22,0</b>	<b>- 15,8</b>	<b>- 18,3</b>
<b>Fertigungsberufe</b>	<b>1 320 517</b>	<b>- 6,4</b>	<b>- 7,8</b>	<b>- 5,3</b>	<b>528 970</b>	<b>+ 4,3</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>+ 3,0</b>
davon:								
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	10 125	- 9,0	- 7,0	- 3,6	2 608	+ 4,7	+ 9,1	+ 4,0
Keramiker, Glasmacher	9 475	- 0,9	- 1,4	+ 0,1	2 613	- 1,4	- 6,2	- 8,4
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	42 143	+ 1,2	- 0,8	+ 3,5	8 998	- 3,8	- 7,9	- 6,8
Papierhersteller, -verarbeiter	9 083	- 0,3	- 1,2	+ 4,1	2 456	- 4,1	- 5,0	- 7,6
Drucker	11 474	- 2,2	- 4,2	+ 0,7	3 797	+ 16,4	+ 3,3	- 2,7
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	9 302	- 6,3	- 3,1	- 0,3	4 232	+ 0,1	- 2,0	- 2,5
Metallerzeuger, -bearbeiter	71 604	+ 0,2	+ 2,3	+ 1,7	17 183	+ 4,5	- 9,3	- 10,9
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	308 352	- 5,3	- 6,3	- 3,7	81 643	+ 5,3	- 1,4	- 1,3
Elektriker	126 335	- 5,3	- 6,3	- 4,5	26 799	+ 12,8	- 6,1	- 5,9
Montierer und Metallhilfsarbeiter	40 726	- 2,0	+ 2,8	+ 4,6	15 468	+ 7,0	- 4,2	- 4,1
Textil- und Bekleidungsberufe	21 399	- 9,1	- 7,5	- 4,0	19 989	- 3,3	- 5,8	- 8,0
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	5 499	- 2,7	- 5,7	- 2,5	3 716	- 9,1	- 9,7	- 12,1
Ernährungsberufe	136 401	- 1,6	- 4,1	- 1,1	61 744	+ 1,3	- 0,6	- 1,9
Bauberufe	212 561	- 13,6	-17,7	- 14,6	144 903	+ 3,4	+ 9,3	+ 13,6
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	39 913	- 12,0	-16,0	- 10,7	31 340	+ 5,8	+ 13,7	+ 19,8
Tischler, Modellbauer	42 746	- 11,1	-10,6	- 6,6	23 114	+ 13,2	+ 14,2	+ 15,1
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	49 094	- 10,1	-12,8	- 7,1	31 738	+ 10,8	+ 13,8	+ 21,0
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	41 795	+ 0,7	+ 0,6	+ 5,2	21 630	+ 3,3	- 0,4	- 4,6
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	91 830	- 6,3	- 1,4	+ 0,6	4 798	+ 16,3	+ 15,9	+ 35,2
Maschinisten und zugehörige Berufe	40 660	- 6,3	- 9,0	- 6,2	20 203	- 4,4	- 2,4	- 6,3
<b>Technische Berufe</b>	<b>261 631</b>	<b>- 2,4</b>	<b>- 4,1</b>	<b>- 2,7</b>	<b>57 157</b>	<b>- 1,9</b>	<b>- 4,9</b>	<b>- 5,3</b>
davon:								
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	105 473	- 3,3	- 4,5	- 3,2	31 261	- 4,3	- 6,3	- 7,0
Techniker	125 623	- 1,5	- 3,4	- 1,8	13 513	+ 3,3	- 1,0	- 3,1
Technische Sonderfachkräfte	30 535	- 2,8	- 5,7	- 4,4	12 383	- 0,8	- 5,0	- 2,9
<b>Dienstleistungsberufe</b>	<b>2 848 215</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 2,7</b>	<b>- 0,5</b>	<b>725 819</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>+ 0,4</b>
davon:								
Warenkaufleute	360 997	- 2,3	- 5,7	- 2,1	135 625	+ 4,4	+ 2,8	+ 3,2
Dienstleistungskaufleute	125 367	- 1,7	- 1,7	+ 1,4	16 619	+ 7,8	+ 2,9	- 1,7
Verkehrsberufe	244 860	- 1,8	- 4,8	- 0,8	57 246	+ 0,3	+ 0,4	- 4,0
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	106 609	- 3,0	- 4,0	+ 0,8	53 702	+ 1,9	- 0,2	- 0,1
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	925 561	- 1,7	- 2,7	- 1,0	198 343	+ 0,6	- 1,9	- 1,3
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	91 396	- 0,0	- 4,6	- 0,9	60 437	+ 10,0	+ 10,2	+ 13,5
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	19 986	- 1,1	+ 0,1	+ 3,4	3 481	+ 9,2	+ 2,4	- 2,4
Künstler und zugeordnete Berufe	26 095	- 0,2	- 1,9	+ 1,5	10 265	+ 20,8	+ 9,9	+ 7,2
Gesundheitsdienstberufe	321 781	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,3	20 482	- 3,4	- 8,7	- 0,5
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	367 731	- 0,2	- 1,3	- 0,7	49 363	+ 0,2	- 3,8	- 5,0
Körperpfleger	41 330	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,1	5 859	+ 12,4	+ 1,6	+ 4,1
Gästebetreuer	67 222	+ 0,1	- 0,9	+ 2,6	28 246	+ 7,7	+ 3,6	+ 2,2
Hauswirtschaftliche Berufe	24 945	- 1,1	- 1,0	+ 2,2	22 601	+ 6,2	+ 4,0	+ 6,6
Reinigungsberufe	124 335	- 1,5	- 3,5	- 1,5	63 553	+ 0,6	- 1,1	- 2,2
<b>Sonstige Berufe</b>	<b>78 576</b>	<b>- 6,8</b>	<b>- 0,0</b>	<b>+ 5,2</b>	<b>23 328</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 3,6</b>	<b>+ 3,5</b>

<sup>1)</sup> Vergleiche mit den Jahren vor 1999 sind nur eingeschränkt möglich.

Tabelle IV.C.2

<b>Arbeitslosenquoten nach Berufen (jeweils Ende September) <sup>1)</sup></b>						
Berufsabschnitt	Deutschland		Bundesgebiet West		Bundesgebiet Ost	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
	1	2	3	4	5	6
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	24,3	23,1	19,1	18,1	32,3	30,5
Forst- und Jagdberufe	12,5	11,9	8,3	7,9	18,7	18,1
Bergleute, Mineralgewinner	8,6	10,6	7,5	9,4	20,5	24,2
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	9,4	8,6	7,6	7,0	15,7	14,4
Keramiker, Glasmacher	10,2	10,2	8,1	7,9	19,6	20,7
Chemiearb., Kunststoffverarbeiter	8,1	8,2	7,1	7,1	16,5	17,1
Papierhersteller, -verarbeiter	8,0	7,8	6,8	6,5	20,0	20,5
Drucker	13,1	10,8	11,7	9,7	26,8	22,0
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	14,8	13,5	11,6	10,2	28,6	27,8
Metallerzeuger, -bearbeiter	10,1	9,3	8,7	7,9	18,6	17,8
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	9,6	8,6	7,6	6,6	18,4	16,4
Elektriker	10,0	8,1	8,4	6,7	16,4	13,2
Montierer u. Metallberufe, a.n.g.	17,6	16,3	16,7	15,3	26,3	25,7
Textil- und Bekleidungsberufe	26,2	25,5	21,0	20,2	43,8	43,1
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	17,2	17,8	11,9	12,3	36,2	37,4
Ernährungsberufe	17,1	16,1	13,2	12,2	30,3	29,3
Bauberufe	21,1	18,7	15,0	13,5	32,6	28,2
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	23,6	20,5	17,3	14,7	39,0	34,0
Tischler, Modellbauer	20,2	16,9	16,6	13,8	33,6	28,1
Maler, Lackierer u. verwandt. Berufe	20,9	18,0	16,2	14,2	35,5	29,5
Warenprüfer, Versandfertigmacher	25,1	24,5	24,0	23,4	33,7	33,5
Hilfsarb. o. näh. Tätigkeitsangabe	5,5	5,1	5,7	5,3	4,7	4,4
Maschinen u. zugehörige Berufe	13,3	13,5	8,2	8,3	26,6	26,6
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	9,2	9,1	6,6	6,3	21,3	21,4
Techniker	4,9	4,7	4,2	4,0	9,5	9,0
Technische Sonderfachkräfte	10,6	10,1	7,8	7,2	28,4	27,4
Warenkaufleute	15,1	14,0	12,1	11,1	27,3	25,3
Dienstleistungskaufl. u. zug. Berufe	5,3	4,6	4,5	3,8	11,8	10,6
Verkehrsberufe	11,4	10,6	9,7	8,8	17,2	16,6
Lagerverw., Lager-, Transportarb.	19,4	18,5	17,2	16,1	31,9	30,9
Org., Verwaltungs- u. Büroberufe	9,5	9,0	7,8	7,2	17,5	17,1
Ordnungs- u. Sicherheitsberufe	27,9	26,9	23,4	23,1	41,3	37,9
Publiz., Dolmetsch., Bibliothek.	11,3	10,1	10,4	9,2	15,2	13,6
Künstler und zugeordnete Berufe	22,9	19,8	21,0	18,5	31,4	25,3
Gesundheitsdienstberufe	4,7	5,0	4,3	4,6	6,5	6,7
Sozial- und Erziehungsberufe, a.n.g. geistes- u. naturwiss. Berufe	9,9	10,2	9,2	9,6	12,0	11,8
Körperpfleger	11,7	10,1	11,0	9,4	13,9	12,3
Gästebetreuer	16,4	15,2	13,0	12,0	30,5	27,9
Hauswirtschaftliche Berufe	21,1	20,5	15,0	14,8	49,7	47,4
Reinigungsberufe	16,5	16,3	12,7	12,6	32,9	31,8
Arb.kräfte m. noch n. best. Berufen	21,6	28,4	21,0	27,9	22,9	29,2
<b>Zusammen</b>	<b>12,5</b>	<b>11,9</b>	<b>10,2</b>	<b>9,6</b>	<b>22,1</b>	<b>20,9</b>

<sup>1)</sup> Bezugsgröße: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose. Die üblichen Bezugsgrößen (alle zivilen Erwerbspersonen bzw. abhängig zivile Erwerbspersonen) liegen nach Berufsabschnitten nicht vor.

Tabelle IV.C.3a

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Deutschland							
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen				Durchschnittliche Laufzeit in Tagen <sup>1)</sup>		
	2002	Veränderung in %			Veränderung in %		
		2002/01	2001/00	2000/99	2002	2001	2000
	1	2	3	4	5	6	7
<b>Alle Berufsbereiche</b>	<b>2 772 922</b>	<b>- 25,7</b>	<b>- 9,1</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>63,4</b>	<b>55,1</b>	<b>50,9</b>
<b>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</b>	<b>405 803</b>	<b>- 10,1</b>	<b>- 1,5</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>66,0</b>	<b>54,9</b>	<b>56,8</b>
davon:							
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	393 490	- 9,3	- 0,6	+ 1,2	67,1	55,9	58,0
Forst- und Jagdberufe	12 313	- 29,1	- 19,7	+ 13,6	45,9	37,9	39,1
<b>Bergleute, Mineralgewinner</b>	<b>841</b>	<b>- 52,2</b>	<b>+ 4,5</b>	<b>- 0,3</b>	<b>50,4</b>	<b>30,9</b>	<b>31,5</b>
<b>Fertigungsberufe</b>	<b>864 480</b>	<b>- 31,8</b>	<b>- 10,9</b>	<b>- 1,4</b>	<b>60,9</b>	<b>52,1</b>	<b>47,8</b>
davon:							
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	2 897	- 53,7	- 3,4	+ 10,5	47,2	36,6	33,8
Keramiker, Glasmacher	1 862	- 44,0	- 20,7	+ 8,8	50,0	47,7	35,6
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	16 613	- 26,5	- 21,9	+ 18,4	54,8	49,8	43,7
Papierhersteller, -verarbeiter	3 860	- 32,2	- 30,1	+ 4,8	54,2	50,4	42,8
Drucker	7 117	- 31,3	- 17,7	- 0,6	61,0	61,4	56,2
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	3 376	- 43,3	- 20,3	+ 0,3	46,6	35,9	34,7
Metallerzeuger, -bearbeiter	40 102	- 32,2	- 3,8	+ 22,5	78,7	70,4	58,6
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	147 377	- 30,6	- 11,2	+ 1,9	71,6	63,2	55,6
Elektriker	63 679	- 36,1	- 5,8	+ 3,6	78,1	70,7	61,8
Montierer und Metallhilfsarbeiter	45 240	- 38,4	- 21,9	+ 26,1	54,5	50,2	41,2
Textil- und Bekleidungsberufe	11 370	- 30,6	- 20,9	+ 1,9	61,5	52,5	44,4
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	1 897	- 31,4	- 19,9	- 5,2	80,5	62,8	59,1
Ernährungsberufe	135 715	- 27,3	- 6,2	- 1,2	62,3	55,9	53,5
Bauberufe	149 189	- 34,3	- 8,8	- 17,9	39,0	29,8	33,1
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	36 789	- 26,9	- 6,2	- 15,7	49,0	42,9	44,5
Tischler, Modellbauer	35 849	- 28,8	- 17,2	- 4,4	51,3	45,6	44,5
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	38 348	- 30,1	- 9,8	- 7,0	53,0	42,5	42,1
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	48 540	- 33,7	- 18,1	+ 6,1	55,5	45,0	40,5
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	64 911	- 27,4	- 8,8	+ 6,2	63,9	48,9	44,0
Maschinisten und zugehörige Berufe	9 749	- 44,8	- 11,4	- 11,0	44,5	36,2	40,4
<b>Technische Berufe</b>	<b>86 102</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 7,5</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>79,9</b>	<b>73,8</b>	<b>64,6</b>
davon:							
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	41 243	- 30,3	- 9,8	+ 3,1	87,6	78,8	68,3
Techniker	28 310	- 18,8	- 6,5	+ 4,8	76,2	72,4	65,3
Technische Sonderfachkräfte	16 549	- 27,0	- 2,3	+ 0,7	67,1	62,4	53,1
<b>Dienstleistungsberufe</b>	<b>1 415 533</b>	<b>- 25,2</b>	<b>- 9,6</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>63,6</b>	<b>55,7</b>	<b>51,6</b>
davon:							
Warenkaufleute	196 472	- 24,6	- 12,3	- 0,2	64,4	56,2	52,6
Dienstleistungskaufleute	87 036	- 9,9	- 3,0	+ 25,4	78,4	70,4	67,3
Verkehrsberufe	116 000	- 29,2	- 11,3	- 0,2	52,1	47,2	45,1
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	89 693	- 38,2	- 17,6	+ 2,9	52,6	44,0	41,4
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	330 626	- 28,7	- 14,1	+ 4,6	59,6	56,7	52,1
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	53 825	- 16,8	+ 0,2	- 2,6	56,3	46,3	46,1
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	6 148	- 30,7	- 14,0	+ 5,2	60,6	57,6	51,8
Künstler und zugeordnete Berufe	13 356	- 26,6	- 13,4	+ 1,8	54,8	43,7	41,5
Gesundheitsdienstberufe	114 041	- 16,3	+ 2,9	+ 11,8	77,6	64,0	56,3
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	151 611	- 19,9	- 2,0	+ 7,5	69,7	58,6	53,8
Körperpfleger	22 897	- 18,7	- 5,4	+ 1,8	79,4	73,5	66,8
Gästebetreuer	90 586	- 25,8	- 8,1	+ 5,4	69,7	62,3	56,0
Hauswirtschaftliche Berufe	38 815	- 21,9	- 8,2	- 3,4	54,1	49,3	46,7
Reinigungsberufe	104 427	- 28,4	- 8,6	- 6,6	50,8	45,0	45,2

1) Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“, d.h. ohne Job-, Saison-, ABM- und trad. SAM-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle IV.C.3b

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Bundesgebiet West							
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen				Durchschnittliche Laufzeit in Tagen <sup>1)</sup>		
	2002	Veränderung in %			Veränderung in %		
		2002/01	2001/00	2000/99	2002	2001	2000
	1	2	3	4	5	6	7
<b>Alle Berufsbereiche</b>	<b>2 098 082</b>	<b>- 25,2</b>	<b>- 10,1</b>	<b>+ 5,1</b>	<b>69,5</b>	<b>62,3</b>	<b>57,0</b>
<b>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</b>	<b>313 178</b>	<b>- 4,7</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>+ 4,4</b>	<b>74,8</b>	<b>61,3</b>	<b>61,3</b>
davon:							
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	304 977	- 4,0	+ 2,6	+ 3,2	76,0	62,3	62,7
Forst- und Jagdberufe	8 201	- 24,2	- 21,3	+ 43,5	49,2	43,1	42,5
<b>Bergleute, Mineralgewinner</b>	<b>340</b>	<b>- 60,2</b>	<b>- 11,0</b>	<b>+ 4,8</b>	<b>55,9</b>	<b>32,8</b>	<b>32,5</b>
<b>Fertigungsberufe</b>	<b>615 181</b>	<b>- 32,4</b>	<b>- 13,1</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>67,2</b>	<b>60,1</b>	<b>54,4</b>
davon:							
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	2 247	- 54,5	- 5,0	+ 17,2	52,0	40,3	36,9
Keramiker, Glasmacher	1 078	- 55,5	- 23,6	+ 9,5	60,5	53,1	37,9
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	13 153	- 30,0	- 24,4	+ 17,7	58,4	54,5	45,6
Papierhersteller, -verarbeiter	3 171	- 36,3	- 29,6	+ 2,5	57,5	54,5	45,2
Drucker	5 898	- 32,6	- 19,2	- 1,1	63,6	65,3	59,0
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	2 282	- 45,1	- 18,3	+ 4,0	52,4	38,5	36,0
Metallerzeuger, -bearbeiter	29 297	- 32,1	- 7,0	+ 21,5	85,3	79,2	66,1
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	108 612	- 29,2	- 13,4	+ 6,3	78,7	73,1	63,8
Elektriker	47 627	- 36,1	- 6,9	+ 7,1	85,5	79,8	70,3
Montierer und Metallhilfsarbeiter	39 402	- 38,1	- 23,2	+ 26,7	57,7	53,5	43,9
Textil- und Bekleidungsberufe	7 073	- 32,6	- 22,0	+ 5,1	68,3	60,4	50,4
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	1 492	- 31,1	- 21,7	- 4,0	87,7	71,0	64,8
Ernährungsberufe	111 132	- 27,8	- 6,4	+ 0,2	66,9	61,1	58,5
Bauberufe	71 719	- 37,4	- 11,3	- 13,2	44,5	37,6	40,5
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	22 667	- 27,4	- 7,5	- 7,8	57,2	53,5	55,0
Tischler, Modellbauer	24 883	- 29,8	- 21,3	+ 0,8	56,1	52,3	50,2
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	27 919	- 27,0	- 13,8	- 2,7	57,0	49,4	47,8
Warenprüfer, Versandfertigmacher	42 277	- 34,9	- 19,2	+ 5,8	57,5	48,0	42,9
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	47 951	- 31,2	- 9,8	+ 7,5	68,6	54,5	48,3
Maschinisten und zugehörige Berufe	5 301	- 46,4	- 22,0	- 7,5	54,1	46,7	49,0
<b>Technische Berufe</b>	<b>65 506</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 8,1</b>	<b>+ 8,5</b>	<b>86,9</b>	<b>82,9</b>	<b>72,0</b>
davon:							
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	31 174	- 29,8	- 10,0	+ 10,4	95,3	89,3	77,0
Techniker	21 263	- 19,5	- 8,7	+ 7,7	83,4	81,1	72,5
Technische Sonderfachkräfte	13 069	- 27,1	- 2,3	+ 4,8	72,4	69,3	58,2
<b>Dienstleistungsberufe</b>	<b>1 103 745</b>	<b>- 25,2</b>	<b>- 10,7</b>	<b>+ 6,3</b>	<b>69,2</b>	<b>62,3</b>	<b>57,3</b>
davon:							
Warenkaufleute	153 312	- 23,1	- 13,6	+ 4,6	71,9	66,2	60,8
Dienstleistungskaufleute	71 041	- 9,6	- 2,0	+ 23,1	82,1	75,4	74,3
Verkehrsberufe	85 465	- 30,6	- 12,5	+ 2,8	56,7	53,9	50,5
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	78 095	- 37,8	- 19,1	+ 4,3	55,7	46,8	43,5
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	261 931	- 29,3	- 15,5	+ 9,0	64,8	63,0	57,2
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	36 975	- 18,4	- 0,2	+ 1,7	66,4	54,3	55,0
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	4 364	- 30,6	- 15,8	+ 14,0	63,1	61,5	54,8
Künstler und zugeordnete Berufe	10 271	- 19,4	- 19,1	+ 5,1	59,1	50,8	45,1
Gesundheitsdienstberufe	92 342	- 15,6	+ 2,5	+ 11,8	82,4	70,0	62,1
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	103 312	- 17,5	- 1,1	+ 11,9	75,0	65,3	59,6
Körperpfleger	17 361	- 19,5	- 6,0	+ 1,5	87,4	82,8	75,5
Gästepfleger	72 833	- 25,8	- 7,1	+ 9,1	76,7	69,6	62,7
Hauswirtschaftliche Berufe	32 654	- 20,9	- 9,8	- 2,4	57,3	53,4	50,0
Reinigungsberufe	83 789	- 29,5	- 9,2	- 6,4	55,3	49,1	49,7

<sup>1)</sup> Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“, d.h. ohne Job-, Saison-, ABM- und trad. SAM-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle IV.C.3c

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Bundesgebiet Ost							
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen				Durchschnittliche Laufzeit in Tagen <sup>1)</sup>		
	2002	Veränderung in %			Veränderung in %		
		2002/01	2001/00	2000/99	2002	2001	2000
	1	2	3	4	5	6	7
<b>Alle Berufsbereiche</b>	<b>674 840</b>	- 27,2	- 5,8	- 8,6	<b>43,0</b>	<b>30,5</b>	<b>29,5</b>
<b>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</b>	<b>92 625</b>	- 24,5	- 8,8	- 4,2	<b>42,2</b>	<b>36,6</b>	<b>40,5</b>
davon:							
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	88 513	- 23,8	- 8,3	- 3,3	42,4	37,4	41,5
Forst- und Jagdberufe	4 112	- 37,1	- 16,9	- 16,8	39,2	22,1	24,1
<b>Bergleute, Mineralgewinner</b>	<b>501</b>	- 44,7	+ 25,0	- 6,3	<b>33,1</b>	<b>23,4</b>	<b>26,0</b>
<b>Fertigungsberufe</b>	<b>249 299</b>	- 30,4	- 4,9	- 12,4	<b>42,3</b>	<b>29,1</b>	<b>27,8</b>
davon:							
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	650	- 50,8	+ 3,0	- 10,1	30,5	22,9	21,9
Keramiker, Glasmacher	784	- 13,3	- 11,6	+ 6,8	36,4	33,6	27,5
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	3 460	- 9,4	- 6,9	+ 22,5	42,2	27,8	32,7
Papierhersteller, -verarbeiter	689	- 4,0	- 33,8	+ 22,3	41,6	24,0	28,5
Drucker	1 219	- 24,0	- 8,3	+ 2,3	49,0	38,7	38,5
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	1 094	- 39,2	- 24,6	- 6,7	29,3	27,3	30,5
Metallerzeuger, -bearbeiter	10 805	- 32,2	+ 6,1	+ 25,5	59,6	45,1	36,3
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	38 765	- 34,3	- 4,7	- 8,9	49,0	34,3	30,7
Elektriker	16 052	- 36,2	- 2,2	- 5,8	53,9	41,5	35,1
Montierer und Metallhilfsarbeiter	5 838	- 40,4	- 11,8	+ 22,1	37,4	32,6	24,4
Textil- und Bekleidungsberufe	4 297	- 27,0	- 18,8	- 3,6	46,4	31,0	28,3
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	405	- 32,5	- 12,4	- 9,9	54,0	30,7	35,6
Ernährungsberufe	24 583	- 24,7	- 5,1	- 7,5	43,4	33,9	32,5
Bauberufe	77 470	- 31,2	- 6,0	- 22,4	30,1	18,1	20,8
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	14 122	- 26,1	- 4,0	- 26,5	35,0	24,8	26,4
Tischler, Modellbauer	10 966	- 26,4	- 5,5	- 16,6	38,2	27,6	26,9
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	10 429	- 37,4	+ 0,7	- 16,7	41,9	25,3	26,6
Warenprüfer, Versandfertigmacher	6 263	- 24,2	- 9,2	+ 8,9	44,5	26,1	24,7
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	16 960	- 14,2	- 4,9	+ 1,6	44,4	26,3	23,4
Maschinisten und zugehörige Berufe	4 448	- 42,8	+ 7,3	- 16,4	29,0	17,7	22,1
<b>Technische Berufe</b>	<b>20 596</b>	- 26,3	- 5,3	- 11,3	<b>53,6</b>	<b>38,1</b>	<b>36,5</b>
davon:							
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	10 069	- 31,8	- 9,3	- 14,3	59,7	40,6	39,3
Techniker	7 047	- 16,4	+ 0,7	- 4,1	49,2	37,0	34,2
Technische Sonderfachkräfte	3 480	- 26,7	- 2,3	- 12,0	44,2	31,9	30,1
<b>Dienstleistungsberufe</b>	<b>311 788</b>	- 25,1	- 5,7	- 6,2	<b>42,8</b>	<b>30,5</b>	<b>29,2</b>
davon:							
Warenkaufleute	43 160	- 29,4	- 7,5	- 14,0	39,8	26,8	27,7
Dienstleistungskaufleute	15 995	- 11,1	- 7,3	+ 35,8	61,4	46,8	37,7
Verkehrsberufe	30 535	- 25,0	- 7,4	- 8,5	39,7	28,1	29,1
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	11 598	- 40,7	- 6,4	- 6,5	34,0	24,8	24,9
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	68 695	- 26,2	- 8,2	- 10,9	37,7	27,1	27,4
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	16 850	- 12,8	+ 1,3	- 11,5	36,2	28,6	26,9
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	1 784	- 30,9	- 9,4	- 12,5	43,7	33,1	32,4
Künstler und zugeordnete Berufe	3 085	- 43,3	+ 3,7	- 7,0	41,7	22,0	27,0
Gesundheitsdienstberufe	21 699	- 19,3	+ 4,7	+ 11,7	56,7	39,6	32,6
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	48 299	- 24,5	- 3,6	+ 0,0	47,1	32,6	30,2
Körperpfleger	5 536	- 16,3	- 3,4	+ 2,5	53,9	43,7	38,8
Gästebetreuer	17 753	- 26,0	- 11,8	- 6,8	47,0	36,3	33,9
Hauswirtschaftliche Berufe	6 161	- 26,9	+ 0,5	- 8,5	37,9	27,3	26,7
Reinigungsberufe	20 638	- 23,2	- 5,6	- 7,2	33,7	26,5	25,0

1) Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“, d.h. ohne Job-, Saison-, ABM- und trad. SAM-Stellen sowie Daueraufträge.



Tabelle IV.C.4

<b>Arbeitslose nach beruflicher Qualifikation<sup>1)</sup></b>					
Merkmal	Bestand 2002	Veränderung in %			
		02/01	01/00	00/99	99/98
	1	2	3	4	5
<b>Deutschland</b>					
<b>Insgesamt</b>	<b>4 060 317</b>	<b>+ 5,4</b>	<b>- 1,0</b>	<b>- 5,1</b>	<b>+ 3,4</b>
davon:					
ohne Berufsausbildung	1 440 074	+ 1,9	- 4,9	- 2,8	- 0,1
mit Berufsausbildung	2 620 243	+ 7,5	+ 1,5	- 6,5	+ 5,5
davon:					
betriebliche Ausbildung	2 213 295	+ 7,0	+ 2,2	- 5,9	+ 6,8
Berufsfach-/Fachschule	188 846	+ 0,3	- 3,6	-10,5	- 1,9
Fachhochschule, Hochschule, Universität	218 101	+20,9	- 0,6	- 9,2	+ 0,8
<b>Bundesgebiet West</b>					
<b>Insgesamt</b>	<b>2 648 837</b>	<b>+ 6,9</b>	<b>- 2,0</b>	<b>- 8,2</b>	<b>+ 0,8</b>
davon:					
ohne Berufsausbildung	1 149 666	+ 1,8	- 4,8	- 5,4	- 0,6
mit Berufsausbildung	1 499 171	+11,1	+ 0,4	-10,5	+ 2,0
davon:					
betriebliche Ausbildung	1 216 137	+10,4	+ 0,8	-10,6	+ 3,1
Berufsfach-/Fachschule	124 991	+ 3,7	- 2,1	-10,1	- 3,8
Fachhochschule, Hochschule, Universität	158 042	+24,6	- 1,3	-10,5	- 1,3
<b>Bundesgebiet Ost</b>					
<b>Insgesamt</b>	<b>1 411 480</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>+ 9,1</b>
davon:					
ohne Berufsausbildung	290 408	+ 2,1	- 5,6	+ 9,1	+ 2,2
mit Berufsausbildung	1 121 072	+ 2,9	+ 3,0	- 0,9	+11,0
davon:					
betriebliche Ausbildung	997 158	+ 3,0	+ 3,8	+ 0,3	+12,2
Berufsfach-/Fachschule	63 855	- 5,8	- 6,2	-11,2	+ 1,3
Fachhochschule, Hochschule, Universität	60 059	+12,0	+ 1,0	- 5,8	+ 6,6

<sup>1)</sup> Bis Ende 1998 Veränderung jeweils gegenüber Ende September.

Tabelle IV.C.5

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der beruflichen Qualifikation									
Merkmal	Bestand Ende Juni					Veränderung in %			
	2002	2001	2000	1999	1998	2002/01	2001/00	2000/99	1999/98
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Deutschland</b>									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	27 571 147	27 817 114	27 825 624	27 482 584	27 207 804	- 0,9	+ 0,0	+ 1,2	+ 1,0
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung <sup>1)</sup>	2 516 824	2 654 198	2 720 290	2 747 754	2 869 680	- 5,2	- 2,4	- 1,0	- 4,2
Arbeiter mit Berufsausbildung <sup>1)</sup>	6 530 606	6 755 746	6 918 928	7 046 427	7 288 523	- 3,3	- 2,4	- 1,8	- 3,3
Arbeiter ohne Angabe <sup>1)</sup>	1 829 862	1 758 995	1 676 928	1 539 536	1 429 397	+ 4,0	+ 4,9	+ 8,9	+ 7,7
Angestellte ohne Berufsausbildung <sup>1)</sup>	873 871	874 085	856 830	812 937	740 960	+ 0,0	+ 2,0	+ 5,4	+ 9,7
Angestellte mit Berufsausbildung <sup>1)</sup>	12 770 462	12 788 615	12 748 131	12 570 133	12 378 408	- 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,5
Angestellte ohne Angabe <sup>1)</sup>	1 447 610	1 367 356	1 254 878	1 112 405	900 166	+ 5,9	+ 9,0	+ 12,8	+ 23,6
darunter:									
Akademiker <sup>2)</sup>	2 462 045	2 415 851	2 358 459	2 290 555	2 186 663	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,0	+ 4,8
<b>Bundesgebiet West</b>									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	22 914 969	23 019 184	22 847 412	22 391 635	22 074 394	- 0,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 1,4
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung <sup>1)</sup>	2 375 325	2 500 992	2 560 356	2 579 882	2 693 898	- 5,0	- 2,3	- 0,8	- 4,2
Arbeiter mit Berufsausbildung <sup>1)</sup>	5 041 029	5 183 439	5 247 693	5 291 764	5 452 350	- 2,7	- 1,2	- 0,8	- 2,9
Arbeiter ohne Angabe <sup>1)</sup>	1 537 585	1 468 723	1 384 568	1 245 880	1 138 488	+ 4,7	+ 6,1	+ 11,1	+ 9,4
Angestellte ohne Berufsausbildung <sup>1)</sup>	811 893	813 169	797 696	756 875	693 162	- 0,2	+ 1,9	+ 5,4	+ 9,2
Angestellte mit Berufsausbildung <sup>1)</sup>	10 638 158	10 617 058	10 519 548	10 314 979	10 124 083	+ 0,2	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,9
Angestellte ohne Angabe <sup>1)</sup>	1 216 143	1 141 577	1 036 885	905 078	715 949	+ 6,5	+ 10,1	+ 14,6	+ 26,4
darunter:									
Akademiker <sup>2)</sup>	1 964 385	1 912 843	1 841 862	1 767 596	1 648 381	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,2	+ 7,2
<b>Bundesgebiet Ost</b>									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	4 656 178	4 797 930	4 978 212	5 090 949	5 133 410	- 3,0	- 3,6	- 2,2	- 0,8
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung <sup>1)</sup>	141 499	153 206	159 934	167 872	175 782	- 7,6	- 4,2	- 4,7	- 4,5
Arbeiter mit Berufsausbildung <sup>1)</sup>	1 489 577	1 572 307	1 671 235	1 754 663	1 836 173	- 5,3	- 5,9	- 4,8	- 4,4
Arbeiter ohne Angabe <sup>1)</sup>	292 277	290 272	292 360	293 656	290 909	+ 0,7	- 0,7	- 0,4	+ 0,9
Angestellte ohne Berufsausbildung <sup>1)</sup>	61 978	60 916	59 134	56 062	47 798	+ 1,7	+ 3,0	+ 5,5	+ 17,3
Angestellte mit Berufsausbildung <sup>1)</sup>	2 132 304	2 171 557	2 228 583	2 255 154	2 254 325	- 1,8	- 2,6	- 1,2	+ 0,0
Angestellte ohne Angabe <sup>1)</sup>	231 467	225 779	217 993	207 327	184 217	+ 2,5	+ 3,6	+ 5,1	+ 12,5
darunter:									
Akademiker <sup>2)</sup>	497 660	503 008	516 597	522 959	538 282	- 1,1	- 2,6	- 1,2	- 2,8

<sup>1)</sup> Ohne Auszubildende.

<sup>2)</sup> Fachhochschule, Hochschule und Universität.

Quelle: Beschäftigtenstatistik der BA.

Tabelle IV.D.1

Beschäftigungsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht <sup>1)2)</sup>												
Land	Beschäftigungsquoten											
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Insgesamt</b>												
Belgien	55,9	56,5	56,0	55,7	56,3	56,3	57,0	57,3	58,9	60,9	59,7	59,7
Dänemark	74,6	74,5	72,4	72,4	73,9	74,0	75,4	75,3	76,5	76,4	75,9	76,4
Bundesrepublik Deutschland	67,9	66,6	65,1	64,7	64,7	64,1	63,6	63,7	64,8	65,3	65,7	•
Griechenland	53,1	53,6	53,5	54,1	54,5	54,9	54,8	55,6	55,4	55,9	55,6	56,9
Spanien	49,2	48,2	45,7	45,0	45,9	46,6	48,0	50,9	53,6	56,0	57,5	58,4
Frankreich	60,5	60,1	59,6	58,9	59,5	59,7	59,4	60,0	60,4	61,7	62,7	62,9
Irland	51,1	50,8	51,2	52,6	54,1	54,9	56,4	59,7	62,5	64,5	65,0	65,0
Italien	54,1	52,3	51,8	50,9	50,5	50,6	50,5	51,8	52,5	53,4	54,5	55,4
Luxemburg	60,7	61,5	61,0	60,2	58,5	59,1	59,9	60,2	61,6	62,7	63,0	•
Niederlande	62,1	63,7	63,5	63,8	64,2	65,4	67,5	69,4	70,9	72,9	74,1	74,5
Österreich	•	•	•	•	68,4	67,3	67,2	67,4	68,2	67,9	67,8	68,2
Portugal	67,6	65,9	64,3	62,9	62,5	62,3	63,4	66,8	67,4	68,1	68,8	68,6
Finnland	•	•	•	•	59,7	60,5	61,9	63,4	67,4	68,1	69,1	69,1
Schweden	•	•	•	•	70,7	69,7	68,3	68,6	70,6	71,1	74,4	74,0
Vereinigtes Königreich	69,6	68,1	67,3	67,7	68,1	68,7	69,7	70,2	70,6	71,2	71,6	71,5
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>59,8</b>	<b>59,9</b>	<b>60,1</b>	<b>61,1</b>	<b>62,2</b>	<b>63,2</b>	<b>64,0</b>	
<b>Männer</b>												
Belgien	68,7	68,4	67,0	66,5	66,9	66,8	67,1	67,0	67,5	69,8	68,5	68,1
Dänemark	79,0	78,5	75,9	77,6	80,7	80,5	81,3	80,2	81,2	80,7	80,2	80,2
Bundesrepublik Deutschland	78,4	76,9	75,0	74,1	73,9	72,7	71,8	71,7	72,4	72,7	72,6	•
Griechenland	72,3	72,3	71,7	72,2	72,2	72,6	71,9	71,6	70,9	71,3	70,9	71,7
Spanien	67,9	65,7	61,3	60,1	60,8	61,3	62,7	66,3	69,1	70,9	72,4	72,8
Frankreich	69,9	69,3	67,8	66,6	67,3	67,3	66,8	67,3	67,5	68,8	69,8	69,6
Irland	66,3	64,7	64,1	65,3	66,7	66,8	68,0	71,0	73,6	75,6	76,0	74,7
Italien	71,5	68,9	68,3	66,5	65,7	65,3	65,0	66,7	67,1	67,6	68,1	68,9
Luxemburg	77,3	76,4	76,7	74,9	74,3	74,4	74,3	74,6	74,4	75,0	74,9	•
Niederlande	75,6	76,1	75,1	74,5	75,0	75,7	77,9	79,6	80,3	82,1	82,7	82,9
Österreich	•	•	•	•	77,6	76,1	75,9	75,9	76,7	76,2	75,9	75,3
Portugal	79,8	77,2	74,6	72,5	71,2	71,0	71,9	75,7	75,7	76,2	76,9	76,3
Finnland	•	•	•	•	61,4	62,4	64,5	66,2	70,2	71,1	71,6	70,9
Schweden	•	•	•	•	71,6	70,6	69,8	70,8	72,1	72,6	76,1	75,5
Vereinigtes Königreich	78,1	75,3	73,7	74,1	74,8	75,0	76,3	77,0	77,2	77,9	78,2	77,7
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>70,0</b>	<b>69,7</b>	<b>69,9</b>	<b>70,9</b>	<b>71,7</b>	<b>72,5</b>	<b>73,0</b>	<b>•</b>
<b>Frauen</b>												
Belgien	43,0	44,6	44,9	44,8	45,4	45,6	46,7	47,5	50,2	51,9	50,7	51,1
Dänemark	70,1	70,4	68,7	67,1	67,0	67,4	69,4	70,3	71,6	72,1	71,4	72,6
Bundesrepublik Deutschland	57,2	56,0	55,0	55,0	55,3	55,4	55,2	55,6	57,1	57,8	58,7	•
Griechenland	34,9	36,2	36,4	37,1	38,0	38,5	39,1	40,3	40,7	41,3	41,2	42,7
Spanien	31,2	31,3	30,3	30,2	31,2	32,2	33,5	35,6	38,1	41,1	42,7	44,0
Frankreich	51,4	51,3	51,6	51,3	52,0	52,3	52,1	52,9	53,5	54,8	55,7	56,4
Irland	35,5	36,8	38,2	39,8	41,3	42,8	44,7	48,2	51,4	53,3	54,0	55,2
Italien	37,2	36,1	35,7	35,6	35,6	36,1	36,2	37,1	38,1	39,3	40,9	41,9
Luxemburg	43,6	46,2	44,7	44,9	42,2	43,6	45,4	45,6	48,5	50,0	50,8	•
Niederlande	48,3	50,9	51,7	52,7	53,2	54,8	56,9	58,9	61,3	63,4	65,3	65,9
Österreich	•	•	•	•	59,2	58,6	58,5	59,0	59,7	59,7	59,8	61,1
Portugal	56,4	55,7	54,9	54,1	54,3	54,2	55,5	58,3	59,6	60,4	61,0	61,2
Finnland	•	•	•	•	58,1	58,4	59,2	60,5	64,6	65,2	66,6	67,3
Schweden	•	•	•	•	69,8	68,7	66,8	66,4	68,9	69,7	72,6	72,5
Vereinigtes Königreich	61,1	61,0	60,9	61,1	61,4	62,3	63,0	63,2	63,9	64,5	64,9	65,3
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>•</b>	<b>49,6</b>	<b>50,0</b>	<b>50,4</b>	<b>51,3</b>	<b>52,7</b>	<b>53,9</b>	<b>54,9</b>	<b>•</b>

1) Anteil der Erwerbstätigen an den in Privathaushalten lebenden Personen zwischen 15 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier Eurostat Datenbank (New Cronos update März 2003).

Tabelle IV.D.2

Arbeitszeit in den Ländern der EU nach Geschlecht <sup>1)2)</sup>										
Land	Arbeitsstunden pro Woche									
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>Insgesamt</b>										
Belgien	37,6	37,3	37,8	37,8	37,9	38,5	36,8	36,6	36,4	36,6
Dänemark	34,5	35,5	34,2	34,0	34,4	33,8	35,5	34,1	34,5	34,9
Bundesrepublik Deutschland	38,7	38,8	38,6	38,7	38,5	38,2	38,1	38,0	37,8	•
Griechenland	43,6	42,5	42,2	41,8	41,8	41,7	42,1	42,0	42,1	42,0
Spanien	39,3	38,9	38,3	37,9	38,3	38,4	39,5	38,4	38,3	38,5
Frankreich	39,9	39,9	39,6	39,6	39,2	39,3	38,9	38,4	38,1	37,6
Irland	40,8	40,6	39,9	40,4	39,7	39,5	39,0	38,7	38,3	37,7
Italien	39,2	39,2	39,2	38,7	39,2	39,2	39,1	39,1	39,2	35,7
Luxemburg	40,1	39,6	39,7	39,3	39,2	39,0	39,0	39,2	38,6	•
Niederlande	30,6	30,6	30,5	32,2	32,2	31,8	31,7	31,5	31,5	30,6
Österreich	•	•	39,8	39,7	40,2	39,7	39,6	39,4	39,4	38,9
Portugal	41,3	41,1	41,5	40,6	39,7	39,4	39,6	38,7	38,6	38,3
Finnland	•	•	36,8	37,5	39,3	37,7	37,5	36,8	36,4	36,7
Schweden	•	•	33,8	34,2	36,2	34,4	36,3	36,5	34,4	34,7
Vereinigtes Königreich	36,3	36,4	36,7	36,5	36,3	36,3	36,2	36,0	36,2	36,0
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	<b>38,3</b>	<b>38,0</b>	<b>38,0</b>	<b>37,9</b>	<b>37,9</b>	<b>37,6</b>	<b>37,5</b>	•
<b>Männer</b>										
Belgien	40,6	40,2	40,8	40,8	41,0	41,7	40,3	40,1	39,7	39,8
Dänemark	37,5	38,4	37,0	36,8	36,8	36,5	38,2	37,0	37,2	37,8
Bundesrepublik Deutschland	42,0	42,3	42,2	42,5	42,4	42,3	42,4	42,4	42,3	•
Griechenland	45,1	44,2	44,1	43,6	43,6	43,5	44,0	43,7	43,7	43,7
Spanien	40,7	40,3	39,9	39,5	40,0	40,2	41,4	40,3	40,2	40,4
Frankreich	42,9	43,1	42,9	42,8	42,6	42,7	42,1	41,6	41,1	40,6
Irland	44,7	44,6	44,1	44,3	43,7	43,9	43,4	42,9	42,5	41,9
Italien	41,1	41,0	41,1	40,7	41,3	41,4	41,3	41,3	41,5	38,0
Luxemburg	42,3	42,1	42,3	41,7	41,6	42,0	41,8	42,4	41,9	•
Niederlande	35,6	35,7	35,6	37,5	37,4	36,9	37,0	36,8	36,8	35,6
Österreich	•	•	42,4	42,3	42,7	42,6	42,6	42,6	42,6	42,2
Portugal	43,4	43,3	43,9	42,8	41,9	41,5	41,6	40,6	40,4	40,1
Finnland	•	•	39,5	40,2	42,0	40,3	40,0	39,1	38,7	39,0
Schweden	•	•	36,8	37,1	39,4	37,0	39,1	39,2	36,9	37,2
Vereinigtes Königreich	42,1	42,2	42,4	42,2	41,8	41,7	41,4	41,2	41,3	40,9
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	<b>41,7</b>	<b>41,5</b>	<b>41,5</b>	<b>41,4</b>	<b>41,5</b>	<b>41,2</b>	<b>41,0</b>	•
<b>Frauen</b>										
Belgien	33,3	33,0	33,4	33,3	33,4	33,9	32,0	31,8	31,8	32,3
Dänemark	30,9	31,8	30,5	30,3	31,4	30,6	32,1	30,6	31,1	31,5
Bundesrepublik Deutschland	34,1	33,9	33,5	33,5	33,1	32,7	32,4	32,3	31,9	•
Griechenland	40,7	39,3	38,9	38,6	38,5	38,5	39,0	39,1	39,4	39,1
Spanien	36,5	36,0	35,3	35,0	35,1	35,2	36,0	35,2	34,9	35,3
Frankreich	35,9	35,8	35,4	35,3	34,8	35,1	34,8	34,5	34,4	33,9
Irland	33,7	33,7	32,7	33,8	33,1	32,7	32,4	32,3	32,0	31,8
Italien	35,6	35,6	35,6	34,9	35,4	35,3	35,2	35,2	35,2	31,9
Luxemburg	36,2	35,4	34,8	35,0	34,9	34,0	34,5	34,2	33,7	•
Niederlande	23,0	22,9	22,8	24,5	24,8	24,5	24,3	24,1	24,1	23,9
Österreich	•	•	36,2	36,0	36,6	35,7	35,4	35,1	35,1	34,7
Portugal	38,7	38,3	38,6	37,8	36,9	36,7	37,2	36,4	36,5	36,1
Finnland	•	•	34,1	34,5	36,2	34,8	34,6	34,0	33,7	34,2
Schweden	•	•	30,3	30,9	32,4	31,3	33,1	33,3	31,3	31,7
Vereinigtes Königreich	29,0	29,2	29,3	29,3	29,3	29,3	29,6	29,4	29,8	29,8
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	<b>33,2</b>	<b>33,1</b>	<b>33,0</b>	<b>32,9</b>	<b>32,9</b>	<b>32,7</b>	<b>32,6</b>	•

1) Durchschnittliche tatsächlich geleistete Arbeitsstunden pro Woche in der Hauptbeschäftigung für Beschäftigte zwischen 15 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier Eurostat Datenbank (New Cronos update März 2003).

Tabelle IV.D.3

<b>Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen nach Wirtschaftszweigen 1)</b>						
Wirtschaftszweige	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen Ende Juni					
	2002		2001		2000	
	insgesamt	%- Anteil an allen Beschäftigten	insgesamt	%- Anteil an allen Beschäftigten	insgesamt	%- Anteil an allen Beschäftigten
	1	2	3	4	5	6
<b>Deutschland</b>						
<b>Insgesamt</b>	<b>27 571 147</b>	<b>44,9</b>	<b>27 817 114</b>	<b>44,5</b>	<b>27 825 624</b>	<b>44,1</b>
darunter: <b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>332 611</b>	<b>29,7</b>	<b>339 668</b>	<b>30,1</b>	<b>355 021</b>	<b>30,4</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>7 155 796</b>	<b>27,2</b>	<b>7 306 483</b>	<b>27,4</b>	<b>7 272 520</b>	<b>27,4</b>
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	214 554	56,9	232 411	57,6	241 273	58,3
Maschinenbau	1 059 033	16,9	1 067 174	17,0	1 049 377	17,0
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	1 090 313	33,4	1 117 661	34,0	1 083 138	34,0
<b>Baugewerbe</b>	<b>1 880 575</b>	<b>12,3</b>	<b>2 033 307</b>	<b>12,1</b>	<b>2 227 930</b>	<b>11,9</b>
<b>Dienstleistungsbereich</b>						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	4 168 451	51,5	4 204 362	51,2	4 234 893	51,0
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	1 523 889	29,3	1 546 137	29,4	1 511 755	29,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 076 246	55,5	1 071 988	55,4	1 067 978	55,2
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	3 123 811	47,4	3 099 290	47,1	2 958 181	47,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 741 204	59,0	1 749 081	58,7	1 773 657	58,4
Erziehung und Unterricht	1 050 447	65,6	1 034 010	65,8	1 017 527	66,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3 049 151	80,2	2 969 041	80,1	2 928 275	80,0
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1 286 846	58,4	1 275 460	58,3	1 271 393	58,2
<b>Bundesgebiet West</b>						
<b>Insgesamt</b>	<b>22 914 969</b>	<b>44,0</b>	<b>23 019 184</b>	<b>43,6</b>	<b>22 847 412</b>	<b>43,3</b>
darunter: <b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>196 474</b>	<b>27,8</b>	<b>195 447</b>	<b>27,7</b>	<b>199 232</b>	<b>27,3</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>6 370 927</b>	<b>26,5</b>	<b>6 512 182</b>	<b>26,7</b>	<b>6 480 328</b>	<b>26,8</b>
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	185 778	55,6	202 011	56,3	209 077	57,0
Maschinenbau	969 575	17,0	977 394	17,1	962 189	17,1
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	983 653	32,8	1 010 548	33,4	983 272	33,5
<b>Baugewerbe</b>	<b>1 419 847</b>	<b>12,6</b>	<b>1 499 246</b>	<b>12,3</b>	<b>1 594 211</b>	<b>12,1</b>
<b>Dienstleistungsbereich</b>						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	3 555 350	50,6	3 575 413	50,4	3 579 902	50,3
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	1 228 393	28,9	1 241 847	29,0	1 197 525	28,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	974 775	54,0	968 130	53,8	961 838	53,6
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 635 406	47,1	2 607 854	46,7	2 471 185	46,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 320 100	56,0	1 307 377	55,4	1 310 418	54,8
Erziehung und Unterricht	712 911	67,1	696 266	67,3	678 275	67,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 535 001	79,7	2 465 293	79,6	2 429 535	79,5
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1 012 396	58,8	993 812	58,7	978 971	58,5
<b>Bundesgebiet Ost</b>						
<b>Insgesamt</b>	<b>4 656 178</b>	<b>49,4</b>	<b>4 797 930</b>	<b>48,8</b>	<b>4 978 212</b>	<b>48,2</b>
darunter: <b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>136 137</b>	<b>32,4</b>	<b>144 221</b>	<b>33,5</b>	<b>155 789</b>	<b>34,3</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>784 869</b>	<b>32,4</b>	<b>794 301</b>	<b>32,8</b>	<b>792 192</b>	<b>33,1</b>
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	28 776	65,2	30 400	66,5	32 196	67,3
Maschinenbau	89 458	15,8	89 780	16,0	87 188	16,0
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	106 660	38,6	107 113	39,5	99 866	39,4
<b>Baugewerbe</b>	<b>460 728</b>	<b>11,4</b>	<b>534 061</b>	<b>11,7</b>	<b>633 719</b>	<b>11,4</b>
<b>Dienstleistungsbereich</b>						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	613 101	56,3	628 949	55,8	654 991	55,3
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	295 496	30,8	304 290	31,1	314 230	31,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	101 471	69,6	103 858	69,7	106 140	69,8
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	488 405	49,3	491 436	49,1	486 996	49,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	421 104	68,4	441 704	68,5	463 239	68,7
Erziehung und Unterricht	337 536	62,4	337 744	62,5	339 252	63,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	514 150	82,7	503 748	82,7	498 740	82,8
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	274 450	57,2	281 648	57,1	292 422	57,3

1) Vergleiche mit 1998 sind nur eingeschränkt möglich (s. „Allgemeine statistische Hinweise“).



Tabelle IV.D.5

Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Geschlecht								
Jahr	Bestand an Arbeitslosen				Arbeitslosenquoten bezogen auf			
	Männer		Frauen		alle EP <sup>1)</sup>	abhängige EP <sup>2)</sup>	alle EP <sup>1)</sup>	abhängige EP <sup>2)</sup>
	absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Männer		Frauen	
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Deutschland</b>								
1991	1 280 554	x	1 321 649	x	•	6,4	•	8,5
1992	1 411 894	+ 10,3	1 566 676	+ 18,5	•	7,1	•	10,2
1993	1 691 560	+ 19,8	1 727 581	+ 10,3	•	8,6	•	11,3
1994	1 863 085	+ 10,1	1 834 972	+ 6,2	•	9,5	•	12,0
1995	1 850 610	- 0,7	1 761 311	- 4,0	8,5	9,6	10,6	11,4
1996	2 111 546	+ 14,1	1 853 518	+ 5,2	9,1	11,0	11,2	12,1
1997	2 342 383	+ 10,9	2 042 073	+ 10,2	10,8	12,2	12,2	13,3
1998	2 272 655	- 3,0	2 006 633	- 1,7	10,5	11,9	11,8	12,8
1999	2 159 776	- 5,0	1 939 433	- 3,3	9,9	11,3	11,2	12,2
2000	2 052 846	- 5,0	1 835 806	- 5,3	9,2	10,5	10,0	10,9
2001	2 063 368	+ 0,5	1 788 269	- 2,6	9,2	10,4	9,5	10,2
<b>2002</b>	<b>2 239 405</b>	<b>+ 8,5</b>	<b>1 820 912</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>9,9</b>	<b>11,3</b>	<b>9,5</b>	<b>10,3</b>
<b>Bundesgebiet West</b>								
1991	897 677	- 7,2	791 688	- 13,5	•	5,8	•	7,0
1992	982 778	+ 9,5	825 531	+ 4,3	•	6,2	•	7,2
1993	1 277 088	+ 29,9	993 261	+ 20,3	•	8,0	•	8,4
1994	1 461 639	+ 14,5	1 094 328	+ 10,2	•	9,2	•	9,2
1995	1 463 673	+ 0,1	1 101 233	+ 0,6	8,2	9,3	8,4	9,2
1996	1 616 501	+ 10,4	1 179 742	+ 7,1	9,1	10,4	9,0	9,9
1997	1 740 717	+ 7,7	1 280 183	+ 8,5	9,9	11,2	9,7	10,7
1998	1 640 797	- 5,7	1 263 543	- 1,3	9,3	10,6	9,4	10,3
1999	1 535 525	- 6,4	1 220 002	- 3,4	8,7	9,9	8,9	9,8
2000	1 398 119	- 8,9	1 131 256	- 7,3	7,7	8,8	7,7	8,5
2001	1 378 804	- 1,4	1 099 151	- 2,8	7,5	8,6	7,3	7,9
<b>2002</b>	<b>1 512 890</b>	<b>+ 9,7</b>	<b>1 135 947</b>	<b>+ 3,3</b>	<b>8,2</b>	<b>9,4</b>	<b>7,4</b>	<b>8,0</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>								
1991	382 877	•	529 961	•	•	8,5	•	12,3
1992	429 116	+ 12,1	741 145	+ 39,8	•	10,5	•	19,6
1993	414 472	- 3,4	734 320	- 0,9	•	11,0	•	21,0
1994	401 446	- 3,1	740 644	+ 0,9	•	10,9	•	21,5
1995	386 937	- 3,6	660 078	- 10,9	9,9	10,7	18,6	19,3
1996	495 045	+ 27,9	673 776	+ 2,1	12,6	13,7	19,1	19,9
1997	601 666	+ 21,5	761 890	+ 13,1	15,1	16,6	21,5	22,5
1998	631 858	+ 5,0	743 090	- 2,5	15,8	17,4	20,8	21,8
1999	624 252	- 1,2	719 430	- 3,2	15,5	17,1	19,8	20,9
2000	654 728	+ 4,9	704 550	- 2,1	15,9	17,7	18,8	19,9
2001	684 564	+ 4,6	689 118	- 2,2	16,6	18,4	18,6	19,4
<b>2002</b>	<b>726 515</b>	<b>+ 6,1</b>	<b>684 965</b>	<b>- 0,6</b>	<b>17,6</b>	<b>19,5</b>	<b>18,4</b>	<b>19,4</b>

<sup>1)</sup> Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige).

<sup>2)</sup> Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

Tabelle IV.D.6

<b>Dauer der Arbeitslosigkeit<sup>1)</sup> und Wiederbeschäftigungsquoten nach Geschlecht<sup>2)</sup></b>												
Jahr	Deutschland				Bundesgebiet West				Bundesgebiet Ost			
	Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit (Wochen)		Wiederbeschäftigungsquote in %		Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit (Wochen)		Wiederbeschäftigungsquote in %		Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit (Wochen)		Wiederbeschäftigungsquote in %	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1995	27,9	34,4	48,5	40,1	28,1	30,5	44,3	36,5	27,1	43,9	61,7	47,8
1996	27,2	33,2	50,6	39,2	29,0	31,9	45,5	35,4	22,7	35,8	62,4	46,4
1997	29,2	36,5	53,0	39,5	30,8	34,5	49,5	38,1	25,4	40,6	61,1	42,1
1998	27,4	33,4	47,4	38,7	28,7	31,8	42,5	33,6	24,5	36,5	57,0	46,8
1999	30,1	37,9	48,0	39,2	31,8	35,2	45,2	37,7	26,4	43,2	54,0	42,2
2000	31,9	39,2	48,5	39,6	33,0	35,7	46,4	38,7	29,2	46,2	53,0	41,3
2001	30,9	38,5	48,1	38,9	31,4	34,4	45,9	38,3	29,9	46,7	52,7	40,0
<b>2002</b>	<b>30,5</b>	<b>38,7</b>	<b>46,1</b>	<b>36,3</b>	<b>30,2</b>	<b>34,5</b>	<b>44,1</b>	<b>35,8</b>	<b>31,1</b>	<b>48,0</b>	<b>50,6</b>	<b>37,5</b>

<sup>1)</sup> Bis 1998 mit Hilfe der sog. Umschlagsformel nur näherungsweise berechnet; ab 1999 statistisch erhobene tatsächliche Verweildauer.

<sup>2)</sup> Die Berechnung erfolgte bis 1998 auf Basis des jeweiligen Juniwerts, seit 1999 auf Grundlage von Jahressummen.



Tabelle IV.D.7a

<b>Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Deutschland</b>						
Merkmal	2002			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2001	2000	1999
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) <sup>1)</sup>	•••	•••	•••	51,2	51,2	51,2
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) <sup>1)</sup>	•••	•••	•••	44,1	43,8	43,5
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)				44,5	44,1	43,9
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	7 412 241	3 056 545	41,2	41,9	42,5	42,7
Bestand	4 060 317	1 820 912	44,8	46,4	47,2	47,3
darunter: Langzeitarbeitslose	1 313 083	652 176	49,7	51,2	51,1	50,7
Abgang	7 201 727	3 032 595	42,1	42,8	42,9	42,3
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	3 024 575	1 100 614	36,4	37,6	38,2	37,7
<b>Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)</b>						
Berufliche Weiterbildung	331 586	171 084	51,6	51,9	52,1	52,3
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	124 709	58 966	47,3	49,8	51,3	52,5
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	54 444	25 233	46,3	48,2	49,2	47,8
<i>Förderung regulärer Beschäftigung</i>						
<i>direkte Hilfen</i>						
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	12 978	6 221	47,9	49,3	49,9	47,7
Eingliederungszuschuss	112 272	48 321	43,0	43,9	41,9	39,4
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	10 406	3 638	35,0	36,3	37,4	36,0
Einstellungszuschuss bei Vertretung	163	77	47,2	•	•	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	32 076	14 627	45,6	44,7	43,2	43,1
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	54 305	15 838	29,2	29,0	28,9	27,3
<i>indirekte Hilfen</i>						
Trainingsmaßnahmen	61 950	29 540	47,7	49,4	50,2	50,2
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	934 148	439 632	47,1	48,3	36,6	36,6
Mobilitätshilfen (Zugang)	177 331	61 546	34,7	36,1	36,6	33,8
Leistungsempfänger <sup>2)</sup>	3 608 965	1 487 552	41,2	42,6	43,4	43,0
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit						
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	61 440	19 424	31,6	26,8	25,5	28,2
291 521		113 604	39,0	39,8	39,4	38,0
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) <sup>3)</sup>						
Am Ende des Berichtsjahres <sup>3)</sup> noch nicht vermittelt	711 393	338 005	47,5	48,4	49,6	50,1
23 383		11 090	47,4	48,6	50,8	52,2

<sup>1)</sup> Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>2)</sup> Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

<sup>3)</sup> Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

Tabelle IV.D.7b

<b>Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Bundesgebiet West</b>						
Merkmal	2002			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2001	2000	1999
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) <sup>1)</sup>	•••	•••	•••	51,2	49,7	51,2
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) <sup>1)</sup>	•••	•••	•••	43,5	43,1	42,8
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)				43,6	43,3	43,1
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	5 152 070	2 123 985	41,2	41,8	42,4	42,0
Bestand	2 648 837	1 135 947	42,9	44,4	44,7	44,3
darunter: Langzeitarbeitslose	792 397	353 217	44,6	46,0	45,3	44,8
Abgang	4 946 895	2 078 549	42,0	42,5	42,4	41,6
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	2 008 381	743 159	37,0	38,2	38,0	37,2
<b>Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)</b>						
Berufliche Weiterbildung	202 607	105 281	52,0	51,2	50,2	49,8
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	39 172	14 925	38,1	38,5	38,1	37,7
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	10 597	4 004	37,8	38,5	41,4	42,5
<i>Förderung regulärer Beschäftigung</i>						
<i>direkte Hilfen</i>						
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	111	51	45,9	45,2	48,7	49,5
Eingliederungszuschuss	47 594	17 994	37,8	37,7	36,5	35,2
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	5 147	1 915	37,2	40,2	41,6	40,0
Einstellungszuschuss bei Vertretung	94	44	46,8	•	•	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	18 483	6 754	36,5	35,0	34,7	33,5
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	38 907	10 902	28,0	28,1	28,0	26,1
<i>indirekte Hilfen</i>						
Trainingsmaßnahmen	40 262	18 370	45,6	46,0	45,3	50,1
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	375 138	170 149	45,4	45,5	46,3	47,4
Mobilitätshilfen (Zugang)	40 059	11 699	29,2	28,2	26,5	25,3
Leistungsempfänger <sup>2)</sup>	2 256 965	856 199	37,9	38,9	39,1	38,3
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit	48 861	12 082	24,7	19,1	16,9	18,1
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	190 585	65 881	34,6	34,0	32,1	29,4
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) <sup>3)</sup>	506 116	241 162	47,6	48,8	49,8	50,1
Am Ende des Berichtsjahres <sup>3)</sup> noch nicht vermittelt	14 625	6 929	47,4	48,5	50,6	51,6

1) Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

3) Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

Tabelle IV.D.7c

<b>Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Bundesgebiet Ost</b>						
Merkmal	2002			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2001	2000	1999
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) <sup>1)</sup>	•••	•••	•••	51,1	57,7	51,2
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) <sup>1)</sup>	•••	•••	•••	46,3	46,3	46,4
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)				48,8	48,2	47,7
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	2 260 171	932 560	41,3	42,2	42,8	44,2
Bestand	1 411 480	684 965	48,5	50,2	51,8	53,5
darunter: Langzeitarbeitslose	520 686	298 959	57,4	60,1	62,6	64,5
Abgang	2 254 832	954 046	42,3	43,2	44,1	43,8
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	1 016 194	357 455	35,2	36,7	38,4	38,3
<b>Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)</b>						
Berufliche Weiterbildung	128 979	65 803	51,0	53,0	55,0	56,1
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	85 537	44 041	51,5	54,8	56,6	58,3
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	43 847	21 229	48,4	50,6	51,0	49,0
<i>Förderung regulärer Beschäftigung</i>						
direkte Hilfen						
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	12 867	6 170	48,0	49,4	49,9	47,6
Eingliederungszuschuss	64 678	30 327	46,9	49,4	48,9	49,3
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	5 259	1 723	32,8	32,5	31,8	24,4
Einstellungszuschuss bei Vertretung	70	33	47,1	•	•	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	13 593	7 873	57,9	61,4	61,3	62,7
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	15 398	4 936	32,1	30,7	30,9	29,9
indirekte Hilfen						
Trainingsmaßnahmen	21 688	11 170	51,5	54,6	57,7	50,7
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	559 010	269 483	48,2	50,2	53,6	53,6
Mobilitätshilfen (Zugang)	137 272	49 847	36,3	39,2	42,7	42,7
Leistungsempfänger <sup>2)</sup>	1 352 000	631 353	46,7	48,4	50,0	50,9
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit	12 579	7 342	58,4	56,4	56,1	56,7
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	100 936	47 723	47,3	49,1	49,2	48,9
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) <sup>3)</sup>	205 277	96 843	47,2	47,4	49,1	50,0
Am Ende des Berichtsjahres <sup>3)</sup> noch nicht vermittelt	8 758	4 161	47,5	48,9	51,0	53,5

1) Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

3) Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

Tabelle IV.D.8

Teilzeitquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht <sup>1) 2)</sup>												
Land	Teilzeitquoten											
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	<b>Insgesamt</b>											
Belgien	11,7	12,3	12,7	12,8	13,6	14,0	14,6	15,7	19,7	20,6	18,4	19,3
Dänemark	22,6	21,8	22,7	21,0	21,4	21,2	22,1	22,1	20,6	21,4	19,6	20,0
Bundesrepublik Deutschland	13,8	14,1	14,8	15,5	16,0	16,2	17,1	18,0	18,6	19,1	19,9	•
Griechenland	3,4	4,4	4,0	4,3	4,4	4,7	4,3	5,5	5,7	4,3	3,8	4,2
Spanien	4,5	5,7	6,4	6,8	7,3	7,8	8,1	7,9	8,1	7,9	8,0	7,9
Frankreich	11,9	12,5	13,7	14,7	15,5	15,9	16,7	17,2	17,2	16,8	16,3	16,1
Irland	8,3	9,0	10,7	11,3	12,0	11,6	12,3	16,5	16,6	16,6	16,3	16,3
Italien	5,3	•	5,3	6,0	6,2	6,5	6,9	7,3	7,8	8,7	8,9	8,5
Luxemburg	7,3	6,7	7,2	7,9	7,9	7,6	8,2	9,4	10,7	11,2	11,3	•
Niederlande	32,3	34,2	34,7	36,1	37,0	37,8	37,7	38,5	39,1	41,0	41,9	43,4
Österreich	•	•	•	•	13,3	14,4	14,5	15,4	16,5	16,7	16,9	18,5
Portugal	5,8	6,3	6,3	6,8	6,3	7,1	8,0	8,8	8,7	8,1	8,1	8,3
Finnland	•	•	•	•	11,4	11,2	11,1	11,3	11,9	11,9	11,6	12,1
Schweden	•	•	•	•	25,4	24,0	24,0	23,4	23,6	21,8	20,2	20,4
Vereinigtes Königreich	21,4	22,1	22,5	23,0	23,2	23,8	24,2	24,1	23,9	24,0	24,1	24,1
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>15,7</b>	<b>16,0</b>	<b>16,6</b>	<b>17,0</b>	<b>17,3</b>	<b>17,5</b>	<b>17,6</b>	•
	<b>Männer</b>											
Belgien	1,9	2,0	2,2	2,5	2,7	2,8	3,1	3,5	4,6	5,9	4,9	5,6
Dänemark	9,7	9,1	10,1	9,7	10,0	10,5	11,7	10,4	9,4	9,6	9,6	10,1
Bundesrepublik Deutschland	2,1	2,3	2,6	2,9	3,2	3,4	3,8	4,2	4,5	4,5	4,7	•
Griechenland	1,9	2,5	2,2	2,7	2,4	2,8	2,2	2,9	3,2	2,3	2,0	2,0
Spanien	1,4	1,9	2,3	2,5	2,5	3,0	3,1	2,9	2,9	2,7	2,6	2,5
Frankreich	3,1	3,3	3,9	4,4	4,8	5,0	5,3	5,5	5,4	5,2	4,9	4,9
Irland	3,4	3,6	4,6	4,9	5,2	4,9	5,2	7,4	7,0	6,8	6,0	6,0
Italien	2,6	•	2,2	2,5	2,7	3,0	3,1	3,3	3,2	3,7	3,6	3,5
Luxemburg	1.4~u	1.1~u	0.9~u	1.3~u	1.0~u	1.4~u	1.0~u	1,7	1,7	1,7	1,7	•
Niederlande	15,1	14,8	14,7	15,5	16,1	16,3	16,4	17,4	17,4	18,9	19,3	20,6
Österreich	•	•	•	•	3,3	3,6	3,6	4,0	4,0	4,0	3,9	4,7
Portugal	2,6	2,9	3,1	3,5	2,9	3,4	3,6	3,9	4,1	3,5	3,6	4,1
Finnland	•	•	•	•	7,5	7,4	7,1	6,4	7,5	7,4	7,0	7,5
Schweden	•	•	•	•	9,3	8,0	8,4	8,2	8,7	9,1	9,5	9,7
Vereinigtes Königreich	4,3	5,0	5,5	6,0	6,5	7,0	7,7	7,7	7,8	7,8	7,9	8,3
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>4,7</b>	<b>5,0</b>	<b>5,3</b>	<b>5,5</b>	<b>5,6</b>	<b>5,7</b>	<b>5,7</b>	•
	<b>Frauen</b>											
Belgien	27,4	28,2	28,6	28,4	29,8	30,5	31,4	33,3	39,9	39,8	36,8	37,7
Dänemark	37,4	36,3	36,9	34,4	35,3	34,3	34,4	35,7	33,7	34,9	31,2	31,1
Bundesrepublik Deutschland	29,9	30,5	31,7	32,9	33,5	33,3	34,9	36,1	36,9	37,7	39,0	•
Griechenland	6,5	7,8	7,2	7,4	7,9	8,2	7,7	10,0	9,8	7,6	6,8	7,7
Spanien	11,0	13,5	14,7	15,2	16,4	16,8	17,2	17,1	17,5	17,0	17,2	16,9
Frankreich	23,4	24,5	26,2	27,7	28,9	29,4	30,9	31,6	31,6	30,9	30,3	29,6
Irland	17,8	18,5	21,1	21,7	23,0	22,0	23,1	29,9	30,4	30,5	30,9	30,2
Italien	10,2	•	10,9	12,3	12,6	12,7	13,7	14,4	15,7	17,3	17,7	16,7
Luxemburg	18,1	16,4	18,4	19,4	20,3	18,4	20,1	22,3	24,7	25,8	25,7	•
Niederlande	59,7	63,7	64,4	65,9	67,2	68,4	67,8	67,8	68,5	70,5	71,3	72,7
Österreich	•	•	•	•	26,4	28,4	28,7	30,0	32,3	32,9	33,3	35,5
Portugal	9,9	10,5	10,3	10,9	10,5	11,6	13,2	14,9	14,2	13,7	13,6	13,4
Finnland	•	•	•	•	15,5	15,3	15,4	16,8	16,8	16,7	16,6	16,9
Schweden	•	•	•	•	43,0	41,5	41,2	40,5	40,1	35,7	32,2	32,3
Vereinigtes Königreich	43,1	43,3	43,3	43,8	43,7	44,4	44,3	44,2	43,7	43,9	43,9	43,3
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	•	•	•	•	<b>31,0</b>	<b>31,3</b>	<b>32,1</b>	<b>32,8</b>	<b>33,2</b>	<b>33,3</b>	<b>33,4</b>	•

~u = äußerst unzuverlässige Daten

<sup>1)</sup> Teilzeitbeschäftigte in Prozent der Gesamtzahl der Erwerbstätigen<sup>2)</sup> Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier Eurostat Datenbank (New Cronos update März 2003).

Tabelle IV.D.9

Teilzeitquoten nach Wirtschaftszweigen (WZ 93) und Geschlecht <sup>1)</sup>									
Wirtschaftszweige	Bundesrepublik Deutschland			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	2002	2001	2000	2002	2001	2000	2002	2001	2000
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Insgesamt</b>	<b>15,4</b>	<b>14,8</b>	<b>14,1</b>	<b>15,8</b>	<b>15,1</b>	<b>14,5</b>	<b>13,7</b>	<b>13,3</b>	<b>12,5</b>
darunter:									
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>7,6</b>	<b>8,2</b>	<b>8,5</b>	<b>7,5</b>	<b>7,2</b>	<b>6,7</b>	<b>7,6</b>	<b>9,6</b>	<b>10,7</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>5,3</b>	<b>5,1</b>	<b>4,9</b>	<b>5,5</b>	<b>5,3</b>	<b>5,0</b>	<b>3,5</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>
dar.: Textil, Bekleidung, Leder	8,9	8,8	8,8	9,5	9,4	9,4	4,8	4,8	4,8
Maschinenbau	3,3	3,1	2,9	3,4	3,2	3,0	1,7	1,7	1,7
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	5,8	5,8	5,5	6,1	5,8	5,5	3,2	5,8	5,3
<b>Baugewerbe</b>	<b>3,5</b>	<b>3,5</b>	<b>3,2</b>	<b>3,9</b>	<b>3,8</b>	<b>3,5</b>	<b>2,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>
<b>Dienstleistungsbereich</b>									
dar.: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	20,1	19,6	19,1	19,8	19,4	19,0	22,0	21,0	19,8
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	11,4	11,3	11,0	12,4	12,3	12,2	7,5	7,2	6,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	14,2	13,4	12,8	14,8	14,1	13,5	8,3	7,1	6,4
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	16,4	15,8	15,2	16,8	16,2	15,7	14,1	13,7	12,7
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	23,7	22,8	21,9	25,1	23,9	22,9	19,5	19,3	18,9
Erziehung und Unterricht	35,2	34,6	33,3	41,4	40,8	39,6	22,2	21,8	20,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	28,8	27,8	26,5	29,7	28,7	27,5	24,1	23,1	21,4
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	21,6	20,9	20,3	22,5	21,7	20,8	18,3	18,2	18,5
	<b>Insgesamt</b>								
<b>Insgesamt</b>	<b>4,2</b>	<b>4,0</b>	<b>3,5</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>3,5</b>	<b>4,3</b>	<b>4,3</b>	<b>3,9</b>
darunter:									
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>3,9</b>	<b>4,4</b>	<b>4,5</b>	<b>3,1</b>	<b>2,8</b>	<b>2,5</b>	<b>5,1</b>	<b>6,7</b>	<b>7,2</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>1,0</b>	<b>1,4</b>	<b>1,3</b>	<b>1,0</b>	<b>0,9</b>	<b>1,1</b>	<b>1,0</b>
dar.: Textil, Bekleidung, Leder	1,1	1,0	0,9	1,1	1,0	0,9	0,9	0,8	0,6
Maschinenbau	0,7	0,6	0,4	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	1,9	2,0	1,7	2,0	1,8	1,5	1,2	3,8	3,3
<b>Baugewerbe</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>0,9</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,0</b>
<b>Dienstleistungsbereich</b>									
dar.: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	3,8	3,6	3,3	3,8	3,6	3,4	3,5	3,1	2,6
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	5,1	5,0	4,5	5,7	5,6	5,2	2,6	2,5	2,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2,7	2,3	1,7	2,8	2,4	1,8	1,7	1,3	1,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	6,7	6,3	5,8	6,8	6,5	6,0	5,9	5,5	4,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	5,9	5,6	5,1	5,0	4,5	3,8	9,7	10,5	10,5
Erziehung und Unterricht	19,8	19,7	19,2	24,6	24,7	24,2	10,9	10,7	10,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	11,8	11,1	10,2	11,7	10,9	10,0	12,5	12,2	11,5
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	10,1	9,5	9,0	9,9	9,2	8,4	10,6	10,6	11,1
	<b>Männer</b>								
<b>Insgesamt</b>	<b>29,2</b>	<b>28,4</b>	<b>27,5</b>	<b>30,5</b>	<b>29,7</b>	<b>28,9</b>	<b>23,4</b>	<b>22,8</b>	<b>21,8</b>
darunter:									
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht</b>	<b>16,4</b>	<b>17,2</b>	<b>17,7</b>	<b>19,2</b>	<b>18,7</b>	<b>17,9</b>	<b>12,9</b>	<b>15,5</b>	<b>17,5</b>
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>15,8</b>	<b>15,4</b>	<b>15,0</b>	<b>16,8</b>	<b>16,3</b>	<b>15,9</b>	<b>9,0</b>	<b>9,3</b>	<b>9,2</b>
dar.: Textil, Bekleidung, Leder	14,8	14,5	14,4	16,2	15,9	15,8	6,8	6,8	6,8
Maschinenbau	16,0	15,3	14,8	16,6	15,9	15,4	8,9	8,7	8,3
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einricht., Elektrotechnik, Optik	13,6	13,2	12,9	14,5	13,8	13,4	6,4	8,7	8,3
<b>Baugewerbe</b>	<b>21,5</b>	<b>21,5</b>	<b>20,7</b>	<b>23,8</b>	<b>23,7</b>	<b>23,1</b>	<b>13,4</b>	<b>15,0</b>	<b>14,3</b>
<b>Dienstleistungsbereich</b>									
dar.: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	35,5	34,9	34,3	35,3	34,8	34,4	36,3	35,1	33,8
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	26,7	26,6	26,7	28,8	29,0	29,6	18,5	17,5	16,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	23,5	22,4	21,8	25,1	24,2	23,6	11,2	9,7	8,6
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	27,2	26,5	25,7	28,1	27,4	26,7	22,5	22,1	20,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	36,1	34,8	33,8	40,8	39,6	38,7	24,0	23,4	22,7
Erziehung und Unterricht	43,3	42,4	40,5	49,6	48,7	47,0	29,1	28,5	26,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	33,0	31,9	30,6	34,3	33,3	32,1	26,6	25,4	23,5
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	29,8	29,1	28,3	31,3	30,6	29,6	24,0	23,9	24,1
	<b>Frauen</b>								

1) Jeweils Ende Juni.

Tabelle IV.D.10

Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte und Teilzeitarbeitslose nach Geschlecht						
Jahr	Teilzeitbeschäftigte			Teilzeitarbeitslose		
	insgesamt <sup>1)</sup>	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteil an allen Beschäftigten	insgesamt <sup>2)</sup>	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteil an allen Arbeitslosen in %
	1	2	3	4	5	6
<b>Männer und Frauen</b>						
<b>Deutschland</b>						
1996	3 565 087	+ 2,9	12,8	303 301	+ 8,7	7,6
1997	3 628 590	+ 1,8	13,3	333 191	+ 9,9	7,6
1998	3 799 004	+ 4,7	13,9	341 333	+ 2,4	8,0
1999	3 677 618	- 2,8	13,4	351 562	+ 3,0	8,6
2000	3 928 650	+ 6,8	14,1	346 222	- 1,5	8,9
2001	4 119 534	+ 4,9	14,8	352 097	+ 1,7	9,1
<b>2002</b>	<b>4 255 034</b>	<b>+ 3,3</b>	<b>15,4</b>	<b>370 987</b>	<b>+ 5,4</b>	<b>9,1</b>
<b>Frauen</b>						
1996	3 218 953	+ 2,5	26,4	218 076	+ 13,9	15,9
1997	3 251 102	+ 1,0	27,1	244 814	+ 12,3	15,9
1998	3 352 675	+ 3,1	27,9	255 553	+ 4,4	16,5
1999	3 208 239	- 3,9	26,6	340 730	+ 33,3	17,6
2000	3 377 159	+ 5,3	27,5	334 447	- 1,8	18,2
2001	3 507 849	+ 3,9	28,4	338 538	+ 1,2	18,9
<b>2002</b>	<b>3 614 303</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>29,2</b>	<b>354 332</b>	<b>+ 4,7</b>	<b>19,5</b>
<b>Männer</b>						
1996	346 134	+ 7,4	2,2	8 439	+ 11,1	0,4
1997	377 488	+ 9,1	2,5	9 384	+ 11,2	0,4
1998	446 330	+ 18,2	2,9	9 980	+ 6,4	0,4
1999	469 379	+ 5,4	3,0	10 832	+ 8,5	0,5
2000	551 491	+ 17,5	3,5	11 774	+ 8,7	0,6
2001	611 586	+ 11,0	4,0	13 559	+ 15,2	0,7
<b>2002</b>	<b>640 731</b>	<b>+ 4,8</b>	<b>4,2</b>	<b>16 655</b>	<b>+ 22,8</b>	<b>0,7</b>
<b>Männer und Frauen</b>						
<b>Bundesgebiet West</b>						
1996	2 996 354	+ 3,2	13,4	263 959	+ 10,9	9,4
1997	3 060 912	+ 2,2	13,8	292 581	+ 10,8	9,7
1998	3 161 105	+ 3,3	14,3	302 258	+ 3,3	10,4
1999	3 088 238	- 1,8	13,8	312 765	+ 3,5	11,4
2000	3 306 741	+ 7,1	14,5	306 843	- 1,9	12,1
2001	3 481 485	+ 5,3	15,1	311 875	+ 1,6	12,6
<b>2002</b>	<b>3 615 775</b>	<b>+ 3,9</b>	<b>15,8</b>	<b>327 457</b>	<b>+ 5,0</b>	<b>12,4</b>
<b>Frauen</b>						
1996	2 717 780	+ 2,4	28,1	256 469	+ 10,8	21,7
1997	2 747 092	+ 1,1	28,7	284 310	+ 10,9	22,2
1998	2 800 234	+ 1,9	29,3	293 453	+ 3,2	23,2
1999	2 710 392	- 2,7	28,1	303 266	+ 3,3	24,9
2000	2 855 055	+ 5,3	28,9	296 546	- 2,2	26,2
2001	2 974 307	+ 4,2	29,7	300 077	+ 1,2	27,3
<b>2002</b>	<b>3 075 641</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>30,5</b>	<b>313 349</b>	<b>+ 4,4</b>	<b>27,6</b>
<b>Männer</b>						
1996	278 573	+ 12,3	2,2	7 490	+ 11,3	0,5
1997	313 821	+ 12,7	2,5	8 271	+ 10,4	0,5
1998	360 871	+ 15,0	2,9	8 805	+ 6,5	0,5
1999	377 846	+ 5,3	3,0	9 499	+ 7,9	0,6
2000	451 686	+ 19,5	3,5	10 297	+ 8,4	0,7
2001	507 178	+ 12,3	3,9	11 798	+ 14,6	0,9
<b>2002</b>	<b>540 134</b>	<b>+ 6,5</b>	<b>4,2</b>	<b>14 408</b>	<b>+ 22,1</b>	<b>0,9</b>
<b>Männer und Frauen</b>						
<b>Bundesgebiet Ost</b>						
1996	568 733	+ 1,3	10,6	39 342	- 3,7	3,4
1997	567 678	- 0,2	11,0	40 610	+ 3,2	3,0
1998	637 899	+ 12,4	12,5	39 075	- 3,8	2,8
1999	589 380	- 7,9	11,6	38 797	- 0,7	2,9
2000	621 909	+ 5,5	12,5	39 379	+ 1,5	2,9
2001	638 049	+ 2,8	13,3	40 222	+ 2,1	2,9
<b>2002</b>	<b>639 259</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>13,7</b>	<b>43 530</b>	<b>+ 8,2</b>	<b>3,1</b>
<b>Frauen</b>						
1996	501 172	+ 2,9	19,8	38 393	- 4,0	5,7
1997	504 010	+ 0,6	20,7	39 496	+ 2,9	5,2
1998	552 441	+ 9,6	22,7	37 900	- 4,0	5,1
1999	497 847	- 10,0	20,5	37 464	- 1,2	5,2
2000	522 104	+ 4,9	21,8	37 901	+ 1,2	5,4
2001	533 641	+ 2,4	22,8	38 461	+ 1,5	5,6
<b>2002</b>	<b>538 662</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>23,4</b>	<b>40 983</b>	<b>+ 6,6</b>	<b>6,0</b>
<b>Männer</b>						
1996	67 561	- 9,1	2,4	949	+ 9,3	0,2
1997	63 668	- 5,8	2,3	1 113	+ 17,3	0,2
1998	85 458	+ 34,2	3,2	1 175	+ 5,6	0,2
1999	91 533	+ 5,8	3,4	1 333	+ 13,4	0,2
2000	99 805	+ 9,0	3,9	1 478	+ 10,9	0,2
2001	104 408	+ 5,1	4,3	1 761	+ 19,1	0,3
<b>2002</b>	<b>100 597</b>	<b>- 3,7</b>	<b>4,3</b>	<b>2 547</b>	<b>+ 44,6</b>	<b>0,4</b>

<sup>1)</sup> Jahresdurchschnitt; ab 1999 Stand 30. Juni (Veränderung 1999 zum 30. 6. 1998).

<sup>2)</sup> Jahresdurchschnitt.

Tabelle IV.E.1

Erwerbslosenquoten und Anteil Langzeiterwerbsloser an allen Erwerbslosen – Jahresdurchschnitte 2001 <sup>1)</sup>					
Land	Erwerbslosenquoten				Anteil der Langzeit- erwerbslosen an allen Erwerbslosen
	Insgesamt	Jüngere (zwischen 15 und 24 Jahre)	Ältere (zwischen 50 und 64 Jahre)	Geringqualifizierte (zwischen 25 und 59 Jahre) <sup>2)</sup>	
	1	2	3	4	
Belgien	6,7	17,5	2,9	9,2	51,7
Dänemark	4,3	8,4	3,8	5,2	22,2
Bundesrepublik Deutschland	7,7	8,2	10,4	13,2	50,4
Griechenland	10,5	28,1	4,4	8,2	52,8
Spanien	10,6	21,4	6,3	10,5	36,9
Frankreich	8,5	19,0	6,1	11,7	36,8
Irland	3,9	6,7	3,0	5,9	33,1
Italien	9,4	28,1	4,2	9,3	63,4
Luxemburg	2,0	7,5	4,8	1,9~u	28,4~u
Niederlande	2,5	5,6	1,5	2,1	•
Österreich	3,6	5,8	4,1	6,8	26,1
Portugal	4,1	9,2	3,0	3,6	38,1
Finnland	9,1	19,8	7,8	11,2	23,6
Schweden	4,9	10,9	3,8	5,1	19,8
Vereinigtes Königreich	5,0	11,9	3,1	7,7	27,8
<b>Europäische Union (15 Länder)</b>	<b>7,4</b>	<b>14,6</b>	<b>5,9</b>	<b>9,3</b>	<b>- <sup>3)</sup></b>

<sup>1)</sup> Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte 2001; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Februar 2003).

<sup>2)</sup> Primarbereich/Sekundarbereich Stufe 1 aus der Erhebung über Arbeitskräfte;  
das sind Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die außerdem nicht mehr als einen Realschulabschluss haben.

<sup>3)</sup> Da für einzelne Länder keine Vierteljahresdaten verfügbar sind, kann keine EU-Summe gebildet werden.

~u = äußerst unzuverlässiger Wert.

Tabelle IV.E.2

<b>Jüngere <sup>1)</sup> in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen</b>									
Maßnahme	2000			2001			2002		
	insgesamt	dar. (Sp.1) Jüngere		insgesamt	dar. (Sp.4) Jüngere		insgesamt	dar. (Sp.7) Jüngere	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Deutschland</b>									
Berufliche Weiterbildung	351 960	34 775	9,9	344 816	34 542	10,0	331 586	33 223	10,0
Trainingsmaßnahmen	47 492	7 125	15,0	51 266	8 118	15,8	61 950	10 780	17,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	203 601	18 465	9,1	166 643	15 965	9,6	124 709	12 121	9,7
Strukturanpassungsmaßnahmen	109 756	10 695	9,7	76 466	5 331	7,0	67 421	3 538	5,2
Berufsvorbereitende Maßnahmen	89 388	89 388	100	93 285	93 285	100	106 859	106 859	100
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	58 797	58 797	100	63 322	63 322	100	66 753	66 753	100
Ausbildungsbegleitende Hilfen	64 190	64 190	100	62 646	62 646	100	62 129	62 129	100
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	58 993	58 993	100	63 086	63 086	100	82 139	82 139	100
Sofortprogramm	76 661	76 661	100	84 241	84 241	100	85 851	85 851	100
<b>Arbeitslose</b>	<b>3 888 652</b>	<b>428 298</b>	<b>11,0</b>	<b>3 851 636</b>	<b>443 888</b>	<b>11,5</b>	<b>4 060 317</b>	<b>497 367</b>	<b>12,2</b>
<b>Bundesgebiet West</b>									
Berufliche Weiterbildung	212 229	19 627	9,2	208 961	18 545	8,9	202 607	18 154	9,0
Trainingsmaßnahmen	28 053	4 257	15,2	30 602	4 814	15,7	40 262	7 158	17,8
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	58 054	11 005	19,0	50 619	10 044	19,8	39 171	7 960	20,3
Strukturanpassungsmaßnahmen	11 692	950	8,1	10 699	818	7,6	10 708	851	7,9
Berufsvorbereitende Maßnahmen	65 808	65 808	100	67 748	67 748	100	77 406	77 406	100
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	25 019	25 019	100	25 555	25 555	100	25 848	25 848	100
Ausbildungsbegleitende Hilfen	54 414	54 414	100	52 957	52 957	100	52 157	52 157	100
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	24 382	24 382	100	25 066	25 066	100	31 972	31 972	100
Sofortprogramm	42 064	42 064	100	39 023	39 023	100	39 715	39 715	100
<b>Arbeitslose</b>	<b>2 529 374</b>	<b>272 642</b>	<b>10,8</b>	<b>2 477 955</b>	<b>284 528</b>	<b>11,5</b>	<b>2 648 837</b>	<b>324 438</b>	<b>12,2</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>									
Berufliche Weiterbildung	139 732	15 148	10,8	135 856	15 996	11,8	128 979	15 069	11,7
Trainingsmaßnahmen	19 440	2 868	14,8	20 663	3 305	16,0	21 689	3 622	16,7
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	145 547	7 459	5,1	116 024	5 921	5,1	85 537	4 161	4,9
Strukturanpassungsmaßnahmen	98 064	9 745	9,9	65 767	4 512	6,9	56 713	2 687	4,7
Berufsvorbereitende Maßnahmen	23 580	23 580	100	25 537	25 537	100	29 453	29 453	100
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	33 778	33 778	100	37 767	37 767	100	40 905	40 905	100
Ausbildungsbegleitende Hilfen	9 776	9 776	100	9 689	9 689	100	9 972	9 972	100
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	34 611	34 611	100	38 020	38 020	100	50 167	50 167	100
Sofortprogramm	34 598	34 598	100	45 218	45 218	100	46 137	46 137	100
<b>Arbeitslose</b>	<b>1 359 278</b>	<b>155 656</b>	<b>11,5</b>	<b>1 373 682</b>	<b>159 360</b>	<b>11,6</b>	<b>1 411 480</b>	<b>172 929</b>	<b>12,3</b>

1) Unter 25 Jahre.



Tabelle IV.E.3a

Ältere Arbeitslose <sup>1)</sup> nach Strukturmerkmalen; Deutschland													
Merkmal		Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)			
		ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen		ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen		ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen	
		2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Arbeitslose</b>	<b>absolut</b>	<b>86 927</b>	<b>84 983</b>	<b>525 633</b>	<b>561 467</b>	<b>1 109 232</b>	<b>1 047 482</b>	<b>3 743 022</b>	<b>3 941 832</b>	<b>108 485</b>	<b>108 936</b>	<b>547 508</b>	<b>559 109</b>
	<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung</b>	ohne mit	31,9 68,1	30,5 69,5	37,3 62,7	35,6 64,4	34,4 65,6	33,3 66,7	37,0 63,0	35,4 64,6	32,7 67,3	31,3 68,7	36,7 63,3	35,7 64,3
<b>Stellung im Beruf</b>													
Facharbeiter		31,4	34,6	29,7	32,0	27,8	29,4	28,5	30,5	30,8	33,1	31,9	33,8
Nichtfacharbeiter		33,5	30,7	36,5	33,2	34,7	33,8	37,8	35,9	35,4	34,0	38,5	36,5
Angestellte mit gehobener Tätigkeit		21,8	21,0	19,6	20,3	21,0	21,0	19,1	19,2	20,4	19,9	16,5	16,7
Angestellte mit einfacher Tätigkeit		13,3	13,7	14,2	14,6	16,5	15,8	14,6	14,5	13,4	13,0	13,1	13,0
<b>Alter</b>													
15 bis unter 25 Jahre				23,5	28,1			12,6	13,0			18,8	19,7
25 bis unter 45 Jahre				50,2	47,7			46,0	48,3			50,9	50,6
45 bis unter 65 Jahre				26,3	24,2			41,4	38,7			30,2	29,5
dav.: 50 bis unter 65 Jahre	100	100	16,5	15,1	100	100,0	29,6	26,6	100	100	19,8	19,5	
davon:													
50 bis unter 55 Jahre		49,5	51,3	8,2	7,8	39,9	46,1	11,8	12,2	43,5	45,2	8,6	8,8
55 bis unter 60 Jahre		40,3	37,1	6,7	5,6	46,3	41,9	13,7	11,1	34,3	35,3	6,8	6,9
60 bis unter 65 Jahre		10,3	11,6	1,7	1,8	13,8	12,1	4,1	3,2	22,2	19,5	4,4	3,8
mit gesundheitlichen Einschränkungen		38,5	36,3	19,8	17,8	39,0	37,9	26,0	24,5	37,7	37,3	20,7	20,3
Schwerbehinderte		8,2	8,0	3,4	3,0	7,8	7,0	4,4	3,8	9,0	9,1	3,9	3,9
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>2)</sup></b>													
durchschnittl. in Monaten						23,6	22,8	14,4	13,9	16,3	15,5	8,5	8,4
dav.: unter 3 Monate in %						16,5	17,6	31,5	31,5	21,7	23,2	34,6	34,0
3 – 12 Monate in %						30,0	30,4	35,0	35,4	36,6	37,9	45,5	46,3
über 12 Monate in %						53,5	52,0	33,5	33,1	41,7	38,9	19,9	19,7
<b>Abgangsgrund</b>													
Arbeitsaufnahme										30,0	29,8	44,9	43,3
dar.: in BSM (ohne SAM OfW)										7,2	7,0	4,2	3,4
mit Hilfen für reguläre Besch.										2,9	3,7	2,9	3,6
FbW/Deutsch-Sprachl.										3,5	3,4	6,2	5,7
Reha										0,3	0,3	0,7	0,7
Sonstiges										66,2	66,6	48,2	50,3

<sup>1)</sup> 50 bis unter 65 Jahre.

<sup>2)</sup> Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.3b

Ältere Arbeitslose <sup>1)</sup> nach Strukturmerkmalen; Bundesgebiet West													
Merkmal	Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)				
	ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen		ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen		ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen		
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
<b>Arbeitslose</b>	<b>absolut</b>	<b>55 864</b>	<b>55 339</b>	<b>358 544</b>	<b>374 071</b>	<b>745 816</b>	<b>703 156</b>	<b>2 421 833</b>	<b>2 594 370</b>	<b>68 821</b>	<b>69 092</b>	<b>357 822</b>	<b>377 529</b>
	<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung</b>	ohne mit	41,7 58,3	39,6 60,4	44,5 55,5	41,2 58,8	42,8 57,2	41,4 58,6	45,5 54,5	42,8 57,2	43,0 57,0	41,1 58,9	45,8 54,2	43,7 56,3
<b>Stellung im Beruf</b>													
Facharbeiter		26,1	29,3	23,2	26,5	23,2	24,6	21,9	24,2	23,6	27,8	24,4	27,0
Nichtfacharbeiter		37,1	34,1	40,1	35,9	37,0	36,0	40,9	38,5	38,4	36,6	42,7	40,2
Angestellte mit gehobener Tätigkeit		21,0	20,1	19,8	20,1	20,9	20,9	19,6	19,5	20,1	20,1	16,8	17,0
Angestellte mit einfacher Tätigkeit		15,8	16,5	16,9	17,5	18,9	18,6	17,7	17,7	19,7	15,6	16,1	15,8
<b>Alter</b>													
15 bis unter 25 Jahre				24,0	25,9			12,3	12,6			18,9	20,1
25 bis unter 45 Jahre				51,5	50,5			46,2	49,1			52,2	52,1
45 bis unter 65 Jahre				24,5	23,5			41,5	38,3			28,7	27,5
dav.: 50 bis unter 65 Jahre	100	100	15,6	14,8	100	100,0	30,8	27,1	100	100	19,2	18,3	
davon:													
50 bis unter 55 Jahre		49,5	50,6	7,7	7,5	38,0	43,4	11,7	11,8	43,1	44,7	8,3	8,2
55 bis unter 60 Jahre		38,4	36,4	6,0	5,4	46,1	42,9	14,2	11,6	32,5	33,9	6,2	6,2
60 bis unter 65 Jahre		12,0	13,0	1,9	1,9	15,9	13,6	4,9	3,7	24,4	21,4	4,7	3,9
mit gesundheitlichen Einschränkungen		43,7	40,7	20,9	19,0	43,7	42,1	28,4	26,2	43,4	42,6	22,5	21,4
Schwerbehinderte		10,0	5,2	3,8	3,5	9,5	8,6	5,3	4,5	11,2	11,0	4,5	4,3
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit<sup>2)</sup></b>													
durchschnittl. in Monaten						25,4	23,8	14,6	13,4	17,3	16,1	8,1	7,9
dav.: unter 3 Monate in %						16,4	18,3	33,6	34,3	22,3	23,9	37,7	36,3
3 – 12 Monate in %						27,8	29,5	34,0	35,4	35,7	37,6	44,4	46,2
über 12 Monate in %						55,8	52,1	32,5	30,3	42,0	38,4	17,8	17,5
<b>Abgangsgrund</b>													
Arbeitsaufnahme										24,4	23,7	42,6	41,0
dar.: in BSM (ohne SAM OFW)										1,6	1,6	1,5	1,3
mit Hilfen für reguläre Besch.										2,1	2,5	2,1	2,4
FbW/Deutsch-Sprachl.										2,8	2,9	5,1	5,1
Reha										0,4	0,3	0,7	0,8
Sonstiges										72,4	73,1	51,5	53,1

1) 50 bis unter 65 Jahre.

2) Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.3c

<b>Ältere Arbeitslose <sup>1)</sup> nach Strukturmerkmalen; Bundesgebiet Ost</b>													
Merkmal	Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)				
	ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen		ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen		ältere Arbeitslose		alle Arbeitslosen		
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
<b>Arbeitslose</b>	<b>absolut</b>	<b>31 063</b>	<b>29 644</b>	<b>167 089</b>	<b>187 396</b>	<b>363 416</b>	<b>344 326</b>	<b>1 321 189</b>	<b>1 347 462</b>	<b>39 664</b>	<b>39 844</b>	<b>189 686</b>	<b>181 580</b>
	<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung</b>	ohne mit	14,4 85,6	13,5 86,5	22,1 77,9	24,4 75,6	17,0 83,0	16,6 83,4	21,5 78,5	21,1 78,9	14,9 85,1	14,2 85,8	19,5 80,5	19,2 80,8
<b>Stellung im Beruf</b>													
	Facharbeiter	41,1	44,5	43,5	42,8	37,2	39,3	40,5	42,6	39,5	42,4	46,0	48,0
	Nichtfacharbeiter	26,9	24,5	28,8	27,7	30,0	29,3	32,2	30,7	30,3	29,6	30,7	28,8
	Angestellte mit gehobener Tätigkeit	23,3	22,7	19,2	20,7	21,3	21,3	18,2	18,4	20,9	19,6	15,8	16,0
	Angestellte mit einfacher Tätigkeit	8,7	8,4	8,5	8,7	11,5	10,1	9,0	8,3	9,3	8,4	7,5	7,2
<b>Alter</b>													
	15 bis unter 25 Jahre			22,5	32,3			13,1	13,8			18,6	18,7
	25 bis unter 45 Jahre			47,3	42,0			45,7	46,7			48,4	47,6
	45 bis unter 65 Jahre			30,2	25,6			41,2	39,5			33,0	33,7
	dav.: 50 bis unter 65 Jahre	100	100	18,6	15,8	100	100,0	27,5	25,6	100	100	20,9	21,9
	davon:												
	50 bis unter 55 Jahre	49,4	52,6	9,2	8,3	43,8	51,5	12,1	13,2	44,2	46,1	9,2	10,1
	55 bis unter 60 Jahre	43,5	38,4	8,1	6,1	46,6	39,7	12,8	10,1	37,6	37,7	7,9	8,3
	60 bis unter 65 Jahre	7,1	9,1	1,3	1,4	9,6	8,9	2,6	2,3	18,2	16,2	3,8	3,6
	mit gesundheitlichen Einschränkungen	29,0	28,3	17,6	15,4	29,5	29,5	21,4	21,0	27,7	28,1	17,3	18,0
	Schwerbehinderte	4,9	2,7	2,5	2,2	4,3	3,8	2,8	2,3	5,2	5,7	2,7	3,1
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>2)</sup></b>													
	durchschnittl. in Monaten					19,9	20,9	13,8	14,8	14,7	14,5	9,1	9,3
	dav.: unter 3 Monate in %					16,8	16,2	27,6	26,1	20,8	22,0	28,7	29,2
	3 – 12 Monate in %					34,3	32,3	37,0	35,5	38,0	38,3	47,5	46,5
	über 12 Monate in %					48,8	51,5	35,4	38,5	41,2	39,7	23,8	24,3
<b>Abgangsgrund</b>													
	Arbeitsaufnahme									39,8	40,4	49,2	47,9
	dar.: in BSM (ohne SAM OfW) mit Hilfen für reguläre Besch.									16,9	16,2	9,2	7,6
	FbW/Deutsch-Sprachl.									4,3	5,8	4,4	6,0
	Reha									4,5	4,1	8,1	7,1
	Sonstiges									0,2	0,2	0,6	0,7
										55,5	55,2	42,1	44,3

1) 50 bis unter 65 Jahre.

2) Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.4

<b>Ältere 1) in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen</b>									
Maßnahme	2000			2001			2002		
	insgesamt	dar. (Sp.1) Ältere		insgesamt	dar. (Sp.4) Ältere		insgesamt	dar. (Sp.7) Ältere	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Deutschland</b>									
Berufliche Weiterbildung	351 960	26 529	7,5	344 816	27 738	8,0	331 586	26 517	8,0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	203 601	68 205	33,5	166 643	61 043	36,6	124 709	50 572	40,6
Strukturanpassungsmaßnahmen	109 756	26 915	24,5	76 466	24 359	31,9	67 421	27 932	41,4
Eingliederungszuschuss <sup>2)</sup>	90 535	35 512	39,2	100 101	47 341	47,3	112 272	59 769	53,2
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	32 016	4 419	13,8	33 495	4 268	12,7	32 076	3 881	12,1
<b>Arbeitslose</b>	<b>3 888 652</b>	<b>1 259 009</b>	<b>32,4</b>	<b>3 851 636</b>	<b>1 163 333</b>	<b>30,2</b>	<b>4 060 317</b>	<b>1 097 433</b>	<b>27,0</b>
<b>Bundesgebiet West</b>									
Berufliche Weiterbildung	212 229	12 299	5,8	208 961	13 298	6,4	202 607	12 233	6,0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	58 054	12 266	21,1	50 619	11 600	22,9	39 171	9 991	25,5
Strukturanpassungsmaßnahmen	11 692	2 735	23,4	10 699	2 953	27,6	10 708	3 328	31,1
Eingliederungszuschuss <sup>2)</sup>	50 791	20 344	40,1	47 025	22 294	47,4	47 594	25 097	52,7
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	21 743	3 292	15,1	21 135	3 128	14,8	18 483	2 711	14,7
<b>Arbeitslose</b>	<b>2 529 374</b>	<b>861 853</b>	<b>34,1</b>	<b>2 477 955</b>	<b>782 093</b>	<b>31,6</b>	<b>2 648 837</b>	<b>729 491</b>	<b>27,5</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>									
Berufliche Weiterbildung	139 732	14 230	10,2	135 856	14 440	10,6	128 979	14 285	11,1
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	145 547	55 939	38,4	116 024	49 422	42,6	85 537	40 580	47,4
Strukturanpassungsmaßnahmen	98 064	24 180	24,7	65 767	21 406	32,5	56 713	24 605	43,4
Eingliederungszuschuss <sup>2)</sup>	39 745	15 167	38,2	53 076	25 047	47,2	64 678	34 672	53,6
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	10 274	1 127	11,0	12 361	1 140	9,2	13 593	1 170	8,6
<b>Arbeitslose</b>	<b>1 359 278</b>	<b>397 156</b>	<b>29,2</b>	<b>1 373 682</b>	<b>381 240</b>	<b>27,8</b>	<b>1 411 480</b>	<b>367 942</b>	<b>26,1</b>

1) 50 Jahre und älter.

2) Ohne EGZ für besonders betroffene Schwerbehinderte gem § 222a SGB III

Tabelle IV.E.5a

Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen nach Strukturmerkmalen; Deutschland													
Merkmal	Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)				
	mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen		mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen		mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen		
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
<b>Arbeitslose</b>	<b>absolut</b>	<b>104 320</b>	<b>99 832</b>	<b>525 633</b>	<b>561 467</b>	<b>971 574</b>	<b>964 101</b>	<b>3 743 022</b>	<b>3 941 832</b>	<b>113 399</b>	<b>113 421</b>	<b>547 508</b>	<b>559 109</b>
	<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung</b>	ohne mit	37,1 62,9	35,7 64,3	37,3 62,7	35,6 64,4	39,1 60,9	38,0 62,0	37,0 63,0	35,4 64,6	38,3 61,7	37,3 62,7	36,7 63,3	35,7 64,3
<b>Stellung im Beruf</b>													
Facharbeiter		34,5	36,1	29,7	32,0	33,0	34,3	28,5	30,5	33,7	35,1	31,9	33,8
Nichtfacharbeiter		36,8	34,4	36,5	33,2	39,7	38,5	37,8	35,9	39,7	38,4	38,5	36,5
Angestellte mit gehobener Tätigkeit		18,2	18,9	19,6	20,3	15,9	16,1	19,1	19,2	16,2	16,2	16,5	16,7
Angestellte mit einfacher Tätigkeit		10,4	10,6	14,2	14,6	11,3	11,0	14,6	14,5	10,4	10,2	13,1	13,0
<b>Alter</b>													
15 bis unter 25 Jahre		9,1	10,5	23,5	28,1	5,1	5,4	12,6	13,0	8,1	8,5	18,8	19,7
25 bis unter 45 Jahre		44,9	45,0	50,2	47,7	36,4	38,7	46,0	48,3	42,1	42,0	50,9	50,6
45 bis unter 65 Jahre		45,9	44,6	26,3	24,2	58,5	55,9	41,4	38,7	49,5	49,2	30,2	29,5
dar.: 50 bis unter 65 Jahre		32,0	30,9	16,5	15,1	44,6	41,2	29,6	26,6	36,0	35,8	19,8	19,5
davon:													
50 bis unter 55 Jahre		14,6	14,7	8,2	7,8	17,3	18,1	11,8	12,2	14,3	14,8	8,6	8,8
55 bis unter 60 Jahre		14,1	12,8	6,7	5,6	21,5	18,5	13,7	11,1	13,5	13,8	6,8	6,9
60 bis unter 65 Jahre		3,3	3,5	1,7	1,8	5,8	4,6	4,1	3,2	8,2	7,2	4,4	3,8
mit gesundheitlichen Einschränkungen		100	100	19,8	17,8	100	100	26,0	24,5	100	100	20,7	20,3
Schwerbehinderte		16,9	17,1	3,4	3,0	17,1	15,4	4,4	3,8	18,7	19,4	3,9	3,9
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup></b>													
durchschnittl. in Monaten						19,0	18,8	14,4	13,9	12,6	12,6	8,5	8,4
dav.: unter 3 Monate in %						21,8	21,7	31,5	31,5	26,9	26,2	34,6	34,0
3 – 12 Monate in %						33,4	33,2	35,0	35,4	40,9	41,6	45,5	46,3
über 12 Monate in %						44,8	45,1	33,5	33,1	32,2	32,3	19,9	19,7
<b>Abgangsgrund</b>													
Arbeitsaufnahme										29,2	27,2	44,9	43,3
dar.: in BSM (ohne SAM OFW)										4,0	3,8	4,2	3,4
mit Hilfen für reguläre Besch.										3,0	3,3	2,9	3,6
FbW/Deutsch-Sprachl.										4,0	4,1	6,2	5,7
Reha										3,0	3,3	0,7	0,7
Sonstiges										63,8	65,4	48,2	50,3

<sup>1)</sup> Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.5b

<b>Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen nach Strukturmerkmalen; Bundesgebiet West</b>													
Merkmal		Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)			
		mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen		mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen		mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen	
		2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Arbeitslose</b>	<b>absolut</b>	<b>74 906</b>	<b>71 056</b>	<b>358 544</b>	<b>374 071</b>	<b>688 758</b>	<b>680 847</b>	<b>2 421 833</b>	<b>2 594 370</b>	<b>80 595</b>	<b>80 773</b>	<b>357 822</b>	<b>377 529</b>
	<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung</b>	ohne	43,9	42,0	44,5	41,2	46,4	44,9	45,5	42,8	45,4	44,1	45,8	43,7
	mit	56,1	58,0	55,5	58,8	53,6	55,1	54,5	57,2	54,6	55,9	54,2	56,3
<b>Stellung im Beruf</b>													
	Facharbeiter	29,5	31,7	23,2	26,5	28,1	29,5	21,9	24,2	29,1	30,6	24,4	27,0
	Nichtfacharbeiter	41,0	38,0	40,1	35,9	43,4	42,1	40,9	38,5	43,3	41,8	42,7	40,2
	Angestellte mit gehobener Tätigkeit	17,1	17,5	19,8	20,1	15,0	15,2	19,6	19,5	15,4	15,4	16,8	17,0
	Angestellte mit einfacher Tätigkeit	12,4	12,7	16,9	17,5	13,5	13,2	17,7	17,7	12,2	12,2	16,1	15,8
<b>Alter</b>													
	15 bis unter 25 Jahre	8,5	9,2	24,0	25,9	4,4	4,7	12,3	12,6	7,1	7,8	18,9	20,1
	25 bis unter 45 Jahre	45,7	45,9	51,5	50,5	35,3	38,1	46,2	49,1	42,7	42,7	52,2	52,1
	45 bis unter 65 Jahre	45,8	44,9	24,5	23,5	60,3	57,2	41,5	38,3	49,8	49,2	28,7	27,5
	dar.: 50 bis unter 65 Jahre	32,6	31,7	15,6	14,8	47,3	43,5	30,8	27,1	37,1	36,4	19,2	18,3
	davon:												
	50 bis unter 55 Jahre	14,8	14,8	7,7	7,5	17,6	18,1	11,7	11,8	14,5	14,8	8,3	8,2
	55 bis unter 60 Jahre	14,0	12,9	6,0	5,4	22,8	19,9	14,2	11,6	13,4	13,7	6,2	6,2
	60 bis unter 65 Jahre	3,8	3,9	1,9	1,9	7,0	5,4	4,9	3,7	9,1	7,9	4,7	3,9
	mit gesundheitlichen Einschränkungen	100	100	20,9	19,0	100	100	28,4	26,2	100	100	22,5	21,4
	Schwerbehinderte	18,0	18,2	3,8	3,5	18,8	17,3	5,3	4,5	20,0	20,3	4,5	4,3
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup></b>													
	durchschnittl. in Monaten					19,6	18,8	14,6	13,4	12,5	12,4	8,1	7,9
	dav.: unter 3 Monate in %					22,5	23,0	33,6	34,3	28,5	27,6	37,7	36,3
	3 – 12 Monate in %					33,1	33,4	34,0	35,4	40,8	41,8	44,4	46,2
	über 12 Monate in %					44,5	43,6	32,5	30,3	30,7	30,7	17,8	17,5
<b>Abgangsgrund</b>													
	Arbeitsaufnahme									27,9	25,3	42,6	41,0
	dar.: in BSM (ohne SAM OFW) mit Hilfen für reguläre Besch.									1,5	1,6	1,5	1,3
	FbW/Deutsch-Sprachl.									2,7	2,7	2,1	2,4
	Reha									3,3	3,7	5,1	5,1
	Sonstiges									3,0	3,2	0,7	0,8
										65,8	67,8	51,5	53,1

<sup>1)</sup> Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.5c

<b>Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen nach Strukturmerkmalen; Bundesgebiet Ost</b>													
Merkmal		Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)			
		mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen		mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen		mit gesundheitl. Einschränkungen		alle Arbeitslosen	
		2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Arbeitslose</b>	<b>absolut</b>	<b>29 414</b>	<b>28 776</b>	<b>167 089</b>	<b>187 396</b>	<b>282 816</b>	<b>283 254</b>	<b>1 321 189</b>	<b>1 347 462</b>	<b>32 804</b>	<b>32 648</b>	<b>189 686</b>	<b>181 580</b>
	<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung</b>	ohne mit	20,0 80,0	20,1 79,9	22,1 77,9	24,4 75,6	21,4 78,6	21,3 78,7	21,5 78,5	21,1 78,9	21,0 79,0	20,3 79,7	19,5 80,5	19,2 80,8
<b>Stellung im Beruf</b>													
	Facharbeiter	47,3	46,8	43,5	42,8	45,1	46,0	40,5	42,6	44,9	46,4	46,0	48,0
	Nichtfacharbeiter	26,3	25,3	28,8	27,7	30,7	29,9	32,2	30,7	31,1	30,0	30,7	28,8
	Angestellte mit gehobener Tätigkeit	20,9	22,4	19,2	20,7	18,0	18,3	18,2	18,4	18,2	18,3	15,8	16,0
	Angestellte mit einfacher Tätigkeit	5,5	5,5	8,5	8,7	6,2	5,8	9,0	8,3	5,9	5,4	7,5	7,2
<b>Alter</b>													
	15 bis unter 25 Jahre	10,7	13,6	22,5	32,3	6,9	7,3	13,1	13,8	10,6	10,3	18,6	18,7
	25 bis unter 45 Jahre	43,0	42,7	47,3	42,0	38,9	40,0	45,7	46,7	40,8	40,4	48,4	47,6
	45 bis unter 65 Jahre	46,3	43,7	30,2	25,6	54,2	52,7	41,2	39,5	48,5	49,2	33,0	33,7
	dar.: 50 bis unter 65 Jahre	30,6	29,1	18,6	15,8	37,9	35,9	27,5	25,6	33,4	34,3	20,9	21,9
	davon:												
	50 bis unter 55 Jahre	14,2	14,4	9,2	8,3	16,5	18,2	12,1	13,2	13,8	14,9	9,2	10,1
	55 bis unter 60 Jahre	14,5	12,4	8,1	6,1	18,3	15,1	12,8	10,1	13,8	14,0	7,9	8,3
	60 bis unter 65 Jahre	2,0	2,3	1,3	1,4	3,0	2,6	2,6	2,3	5,9	5,4	3,8	3,6
	mit gesundheitlichen Einschränkungen	100	100	17,6	15,4	100	100	21,4	21,0	100	100	17,3	18,0
	Schwerbehinderte	14,3	14,4	2,5	2,2	12,9	11,0	2,8	2,3	15,6	17,3	2,7	3,1
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup></b>													
	durchschnittl. in Monaten					17,6	18,8	13,8	14,8	12,8	13,0	9,1	9,3
	dav.: unter 3 Monate in %					20,2	18,8	27,6	26,1	23,0	22,7	28,7	29,2
	3 – 12 Monate in %					34,4	32,5	37,0	35,5	41,1	41,1	47,5	46,5
	über 12 Monate in %					45,5	48,7	35,4	38,5	35,9	36,2	23,8	24,3
<b>Abgangsgrund</b>													
	Arbeitsaufnahme									32,2	31,8	49,2	47,9
	dar.: in BSM (ohne SAM O/W) mit Hilfen für reguläre Besch.									10,0	9,2	9,2	7,6
	FbW/Deutsch-Sprachl.									3,5	4,8	4,4	6,0
	Reha									5,8	5,1	8,1	7,1
	Sonstiges									3,2	3,6	0,6	0,7
										58,8	59,5	42,1	44,3

<sup>1)</sup> Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.6

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter								
Merkmal	Zeit	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
		1	2	3	4	5	6	7
<b>Deutschland</b>								
<b>1. Beschäftigte Schwerbehinderte insgesamt</b>	Oktober	913 051	889 890	876 935	857 646	849 660	861 300	...
dav.: bei Arbeitgebern mit 20 (bis 2000: 16) oder mehr Arbeitsplätzen <sup>1)</sup>		782 858	760 190	747 235	731 946	723 960	735 600	...
dav.: Schwerbehinderte		708 597	682 992	666 917	647 528	641 539	...	...
Gleichgestellte		65 474	68 585	73 076	75 939	78 170	...	...
sonstige anrechnungsfähige Personen		8 787	8 613	7 242	8 479	4 251	...	...
bei Arbeitgebern mit weniger als 20 (bis 2000: 16) Arbeitsplätzen <sup>2)</sup>		129 700	129 700	129 700	125 700	125 700	125 700	...
<b>2. Arbeitslose Schwerbehinderte insgesamt</b>	Ende September	180 462	196 190	189 633	191 166	178 981	166 022	148 856
dav.: Schwerbehinderte		151 000	185 344	178 682	179 075	166 924	154 781	138 821
Gleichgestellte		5 459	10 846	10 951	12 091	12 057	11 241	10 035
dar.: 1 Jahr oder länger arbeitslos		83 492	94 577	95 847	93 157	88 306	75 512	63 637
<b>3. Schwerbehinderte abhängige Erwerbspersonen (Pos. 1 und Pos. 2)</b>	September/Oktober	1 093 513	1 086 080	1 066 568	1 048 812	1 028 641	1 027 322	...
<b>4. Arbeitslosenquote in %<sup>3)</sup></b>	Ende September	16,2	17,9	17,5	17,9	17,1	16,1	14,5
<b>5. Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten</b>	Juni	12,9	13,3	14,3	13,6	13,7	13,4	12,8
<b>6. Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter<sup>2)</sup></b>	Ende Dezember	...	3 105 991	...	3 100 565	...	3 117 244	...
von 15 bis unter 65 Jahren		...	2 228 975	...	2 177 560	...	2 156 146	...
<b>7. Erwerbsquote (Pos. 3 in % von Pos. 6)<sup>2)</sup></b>	von 15 bis unter 65 Jahren	...	35,0	...	33,8	...	33,0	...
von 15 bis unter 60 Jahren		...	48,7	...	48,2	...	47,6	...
<b>8. Anteil von Schwerbehinderten am Zugang an allen Arbeitslosen – in %</b>	Juni	3,1	3,2	3,1	3,4	3,6	3,6	3,2
<b>9. Erwerbspersonen in 1000 (Inlandskonzept)</b>		41 235	41 579	41 819	42 042	42 415	42 613	...
<b>10. Anteil der Schwerbehinderten an allen Erwerbspersonen (Pos. 3 in % von Pos. 9)</b>		2,7	2,6	2,6	2,5	2,4	2,4	...
<b>Bundesgebiet West</b>								
<b>1. Beschäftigte Schwerbehinderte insgesamt</b>	Oktober	800 269	770 074	755 141	736 867	735 871	745 700	...
dav.: bei Arbeitgebern mit 20 (bis 2000: 16) oder mehr Arbeitsplätzen <sup>1)</sup>		692 769	662 574	647 641	631 967	630 971	640 800	...
dav.: Schwerbehinderte		634 587	603 022	586 335	566 071	567 695	...	...
Gleichgestellte		49 641	51 338	54 680	57 887	59 612	...	...
sonstige anrechnungsfähige Personen		8 541	8 214	6 626	8 009	3 664	...	...
bei Arbeitgebern mit weniger als 20 (bis 2000: 16) Arbeitsplätzen <sup>2)</sup>		107 500	107 500	107 500	104 900	104 900	104 900	...
<b>2. Arbeitslose Schwerbehinderte insgesamt</b>	Ende September	156 459	163 282	157 377	154 250	141 658	129 488	117 682
dav.: Schwerbehinderte		151 000	157 005	151 019	147 756	135 541	123 982	112 237
Gleichgestellte		5 459	6 277	6 358	6 494	6 117	5 506	5 445
dar.: 1 Jahr oder länger arbeitslos		76 104	82 879	82 542	78 630	72 118	60 357	51 079
<b>3. Schwerbehinderte abhängige Erwerbspersonen (Pos. 1 und Pos. 2)</b>	September/Oktober	963 551	933 356	912 518	891 292	877 529	875 188	...
<b>4. Arbeitslosenquote in %<sup>3)</sup></b>	Ende September	15,9	16,9	16,9	16,9	15,9	14,8	13,4
<b>5. Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten</b>	Juni	13,7	14,2	15,1	14,3	14,5	13,9	13,2
<b>6. Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter<sup>2)</sup></b>	Ende Dezember	...	2 649 473	...	2 635 615	...	2 631 237	...
von 15 bis unter 65 Jahren		...	1 878 213	...	1 828 280	...	1 802 714	...
<b>7. Erwerbsquote (Pos. 3 in % von Pos. 6)<sup>2)</sup></b>	von 15 bis unter 65 Jahren	...	35,2	...	33,8	...	33,3	...
von 15 bis unter 60 Jahren		...	49,7	...	48,8	...	48,5	...
<b>8. Anteil von Schwerbehinderten am Zugang an allen Arbeitslosen – in %</b>	Juni	3,7	3,7	3,5	3,9	4,2	4,0	3,6
<b>9. Erwerbspersonen in 1000 (Inlandskonzept)</b>		33 587	33 835	34 025	34 262	34 650	34 952	...
<b>10. Anteil der Schwerbehinderten an allen Erwerbspersonen (Pos. 3 in % von Pos. 9)</b>		2,9	2,8	2,7	2,6	2,5	2,5	...
<b>Bundesgebiet Ost</b>								
<b>1. Beschäftigte Schwerbehinderte insgesamt</b>	Oktober	112 782	119 816	121 794	120 779	113 789	115 600	...
dav.: bei Arbeitgebern mit 20 (bis 2000: 16) oder mehr Arbeitsplätzen <sup>1)</sup>		90 089	97 616	99 594	99 979	92 989	94 800	...
dav.: Schwerbehinderte		74 010	79 970	80 582	81 457	73 844	...	...
Gleichgestellte		15 833	17 247	18 396	18 052	18 558	...	...
sonstige anrechnungsfähige Personen		246	399	616	470	587	...	...
bei Arbeitgebern mit weniger als 20 (bis 2000: 16) Arbeitsplätzen <sup>2)</sup>		22 200	22 200	22 200	20 800	20 800	20 800	...
<b>2. Arbeitslose Schwerbehinderte insgesamt</b>	Ende September	24 003	32 908	32 256	36 916	37 323	36 534	31 174
dav.: Schwerbehinderte		28 339	28 339	27 663	31 319	31 323	30 799	26 584
Gleichgestellte		4 569	4 569	4 593	5 597	5 940	5 735	4 590
dar.: 1 Jahr oder länger arbeitslos		7 388	11 698	13 305	14 527	16 188	15 155	12 558
<b>3. Schwerbehinderte abhängige Erwerbspersonen (Pos. 1 und Pos. 2)</b>	September/Oktober	136 785	152 725	154 050	157 695	151 112	152 134	...
<b>4. Arbeitslosenquote in %<sup>3)</sup></b>	Ende September	18,4	24,1	21,1	24	23,7	24,2	20,5
<b>5. Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten</b>	Juni	9,1	9,4	11,8	10,9	11	11,8	11,5
<b>6. Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter<sup>2)</sup></b>	Ende Dezember	...	456 518	...	464 950	...	486 007	...
von 15 bis unter 65 Jahren		...	350 762	...	349 280	...	353 432	...
<b>7. Erwerbsquote (Pos. 3 in % von Pos. 6)<sup>2)</sup></b>	von 15 bis unter 65 Jahren	...	33,5	...	33,9	...	...	...
von 15 bis unter 60 Jahren		...	43,5	...	45,1	...	...	...
<b>8. Anteil von Schwerbehinderten am Zugang an allen Arbeitslosen – in %</b>	Juni	3,1	3,2	2,2	2,4	2,3	2,6	2,2
<b>9. Erwerbspersonen in 1000 (Inlandskonzept)</b>		7 648	7 744	7 794	7 779	7 765	7 661	...
<b>10. Anteil der Schwerbehinderten an allen Erwerbspersonen (Pos. 3 in % von Pos. 9)</b>		1,8	2	2	2	1,9	2,0	...

1) Ohne Mehrfachanrechnungen für 2001 geschätzt.

2) Bei Beschäftigten Schwerbeh. werden Daten alle 5 Jahre (zuletzt 1999) erhoben und für die folgenden Jahre übernommen; bei erwerbsf. Schwerbeh. werden Daten alle 2 Jahre erhoben (nächste 2001)

3) Arbeitslosenzahl des jeweiligen Jahres bezogen auf die Zahl der schwerbehinderten Erwerbspersonen des Vorjahres.



Tabelle IV.E.7

<b>Schwerbehinderte in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen</b>									
	2000			2001			2002		
	insgesamt	dar. (Sp.1) Schwerbehinderte		insgesamt	dar. (Sp.1) Schwerbehinderte		insgesamt	dar. (Sp.1) Schwerbehinderte	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Deutschland</b>									
Berufliche Weiterbildung	351 961	5 644	1,6	344 816	6 233	1,8	331 586	8 870	2,7
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	203 460	10 171	5,0	166 643	9 345	5,6	124 709	9 041	7,2
Strukturanpassungsmaßnahmen	112 842	1 775	1,6	76 466	1 570	2,1	67 422	1 518	2,3
Eingliederungszuschuss	88 587	7 530	8,5	100 101	4 434	4,4	112 272	2 160	1,9
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte <sup>1)</sup>	9 757	9 757	100	16 610	16 610	100	18 546	18 546	100
<b>Arbeitslose</b>	<b>3 888 652</b>	<b>184 088</b>	<b>4,7</b>	<b>3 851 636</b>	<b>171 325</b>	<b>4,4</b>	<b>4 060 317</b>	<b>156 882</b>	<b>3,9</b>
<b>Bundesgebiet West</b>									
Berufliche Weiterbildung	212 229	3 790	1,8	208 961	3 895	1,9	202 607	5 266	2,6
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	58 049	4 885	8,4	50 619	4 386	8,7	39 171	3 825	9,8
Strukturanpassungsmaßnahmen	11 684	628	5,4	10 699	673	6,3	10 709	681	6,4
Eingliederungszuschuss	49 921	5 326	10,7	47 025	2 980	6,3	47 594	1 447	3,0
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte <sup>1)</sup>	7 439	7 439	100	12 429	12 429	100	13 200	13 200	100
<b>Arbeitslose</b>	<b>2 529 374</b>	<b>146 433</b>	<b>5,8</b>	<b>2 477 955</b>	<b>133 756</b>	<b>5,4</b>	<b>2 648 837</b>	<b>122 723</b>	<b>4,6</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>									
Berufliche Weiterbildung	139 732	1 854	1,3	135 856	2 337	1,7	128 979	3 604	2,8
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	145 411	5 286	3,6	116 024	4 958	4,3	85 537	5 217	6,1
Strukturanpassungsmaßnahmen	100 978	1 147	1,1	65 767	897	1,4	56 713	837	1,5
Eingliederungszuschuss	38 666	2 204	5,7	53 076	1 454	2,7	64 678	713	1,1
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte <sup>1)</sup>	2 318	2 318	100	4 181	4 181	100	5 346	5 346	100
<b>Arbeitslose</b>	<b>1 359 278</b>	<b>37 655</b>	<b>2,8</b>	<b>1 373 681</b>	<b>37 570</b>	<b>2,7</b>	<b>1 411 480</b>	<b>34 159</b>	<b>2,4</b>

<sup>1)</sup> Nur Eintritte; vor 2001: Förderung der Einstellung von Schwerbehinderten; deshalb Vergleiche mit 2000 nur eingeschränkt möglich.

Tabelle IV.E.8a

Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung nach Strukturmerkmalen; Deutschland													
Merkmal	Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)				
	ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen		ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen		ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen		
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
<b>Arbeitslose</b>	<b>absolut</b>	<b>196 320</b>	<b>199 908</b>	<b>525 633</b>	<b>561 467</b>	<b>1 386 370</b>	<b>1 396 039</b>	<b>3 743 022</b>	<b>3 941 832</b>	<b>200 751</b>	<b>199 870</b>	<b>547 508</b>	<b>559 109</b>
	<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung</b>	ohne mit	100 100	100 100	37,3 62,7	35,6 64,4	100 100	100 100	37,0 63,0	35,4 64,6	100 100	100 100	36,7 63,3	35,7 64,3
<b>Stellung im Beruf</b>													
Facharbeiter		4,0	4,5	29,7	32,0	4,6	5,2	28,5	30,5	4,4	4,9	31,9	33,8
Nichtfacharbeiter		76,1	74,5	36,5	33,2	76,4	76,3	37,8	35,9	78,0	77,4	38,5	36,5
Angestellte mit gehobener Tätigkeit		0,3	0,2	19,6	20,3	0,5	0,4	19,1	19,2	0,3	0,2	16,5	16,7
Angestellte mit einfacher Tätigkeit		19,7	20,8	14,2	14,6	18,5	18,2	14,6	14,5	17,3	17,5	13,1	13,0
<b>Alter</b>													
15 bis unter 25 Jahre		32,3	37,1	23,5	28,1	18,4	17,4	12,6	13,0	27,4	28,3	18,8	19,7
25 bis unter 45 Jahre		45,2	42,1	50,2	47,7	43,6	46,5	46,0	48,3	45,9	45,8	50,9	50,6
45 bis unter 65 Jahre		22,5	20,8	26,3	24,2	38,0	36,1	41,4	38,7	26,5	25,7	30,2	29,5
dar.: 50 bis unter 65 Jahre		14,1	13,0	16,5	15,1	27,5	25,0	29,6	26,6	17,7	17,1	19,8	19,5
davon:													
50 bis unter 55 Jahre		7,2	6,8	8,2	7,8	11,3	11,6	11,8	12,2	7,9	7,8	8,6	8,8
55 bis unter 60 Jahre		5,4	4,6	6,7	5,6	12,3	10,3	13,7	11,1	5,8	5,9	6,8	6,9
60 bis unter 65 Jahre		1,6	1,6	1,7	1,8	4,6	3,1	4,1	3,2	4,0	3,3	4,4	3,8
mit gesundheitlichen Einschränkungen		19,7	17,8	19,8	17,8	27,4	30,0	26,0	24,5	21,7	21,1	20,7	20,3
Schwerbehinderte		3,2	2,9	3,4	3,0	3,9	4,0	4,4	3,8	3,9	4,0	3,9	3,9
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup></b>													
durchschnittl. in Monaten						15,4	14,3	14,4	13,9	8,9	8,7	8,5	8,4
dav.: unter 3 Monate in %						32,5	31,9	31,5	31,5	33,6	32,9	34,6	34,0
3 – 12 Monate in %						33,2	33,5	35,0	35,4	46,7	47,3	45,5	46,3
über 12 Monate in %						34,3	34,7	33,5	33,1	19,7	19,8	19,9	19,7
<b>Abgangsgrund</b>													
Arbeitsaufnahme										34,4	31,8	44,9	43,3
dar.: in BSM (ohne SAM OfW)										3,3	2,8	4,2	3,4
mit Hilfen für reguläre Besch.										1,7	2,2	2,9	3,6
FbW/Deutsch-Sprachl.										5,4	5,2	6,2	5,7
Reha										0,4	0,5	0,7	0,7
Sonstiges										59,8	62,6	48,2	50,3

<sup>1)</sup> Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.8b

Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung nach Strukturmerkmalen; Bundesgebiet West													
Merkmal		Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)			
		ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen		ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen		ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen	
		2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Arbeitslose</b>	<b>absolut</b>	<b>159 476</b>	<b>154 234</b>	<b>358 544</b>	<b>374 071</b>	<b>1 102 527</b>	<b>1 111 209</b>	<b>2 421 833</b>	<b>2 594 370</b>	<b>163 721</b>	<b>164 951</b>	<b>357 822</b>	<b>377 529</b>
	<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung</b>	ohne mit	100	100	44,5 55,5	41,2 58,8	100	100	45,5 54,5	42,8 57,2	100	100	45,8 54,2	43,7 56,3
<b>Stellung im Beruf</b>													
Facharbeiter		3,7	4,6	23,2	26,5	4,1	4,9	21,9	24,2	3,9	4,5	24,4	27,0
Nichtfacharbeiter		76,1	74,4	40,1	35,9	76,0	75,7	40,9	38,5	77,8	77,3	42,7	40,2
Angestellte mit gehobener Tätigkeit		0,3	0,2	19,8	20,1	0,6	0,4	19,6	19,5	0,4	0,3	16,8	17,0
Angestellte mit einfacher Tätigkeit		19,9	20,7	16,9	17,5	19,4	18,9	17,7	17,7	17,9	17,9	16,1	15,8
<b>Alter</b>													
15 bis unter 25 Jahre		29,4	30,8	24,0	25,9	16,3	15,3	12,3	12,6	25,3	26,5	18,9	20,1
25 bis unter 45 Jahre		47,4	46,4	51,5	50,5	44,3	47,3	46,2	49,1	47,4	47,2	52,2	52,1
45 bis unter 65 Jahre		23,2	22,7	24,5	23,5	39,4	37,4	41,5	38,3	27,0	26,0	28,7	27,5
dar.: 50 bis unter 65 Jahre		14,6	14,2	15,6	14,8	29,0	26,2	30,8	27,1	18,1	17,2	19,2	18,3
davon:													
50 bis unter 55 Jahre		7,5	7,5	7,7	7,5	11,6	11,8	11,7	11,8	8,1	7,9	8,3	8,2
55 bis unter 60 Jahre		5,4	4,9	6,0	5,4	12,9	10,9	14,2	11,6	5,8	5,8	6,3	6,2
60 bis unter 65 Jahre		1,7	1,8	1,9	1,9	4,5	3,5	4,9	3,7	4,1	3,5	4,7	3,9
mit gesundheitlichen Einschränkungen		20,6	19,4	20,9	19,0	29,0	27,5	28,4	26,2	22,3	21,6	22,5	21,4
Schwerbehinderte		3,5	3,3	3,8	3,5	5,2	4,5	5,3	4,5	4,2	4,2	4,5	4,3
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup></b>													
durchschnittl. in Monaten						15,6	14,1	14,6	13,4	8,6	8,4	8,1	7,9
dav.: unter 3 Monate in %						33,0	32,8	33,6	34,3	35,0	33,9	37,7	36,3
3 – 12 Monate in %						33,1	33,9	34,0	35,4	46,6	47,5	44,4	46,2
über 12 Monate in %						34,0	33,4	32,5	30,3	18,4	18,5	17,8	17,5
<b>Abgangsgrund</b>													
Arbeitsaufnahme										34,5	31,9	42,6	41,0
dar.: in BSM (ohne SAM OFW) mit Hilfen für reguläre Besch.										1,9	1,8	1,5	1,3
FbW/Deutsch-Sprachl.										1,7	1,9	2,1	2,4
Reha										5,1	5,1	5,1	5,1
Sonstiges										0,5	0,5	0,7	0,8
										60,0	62,6	51,5	53,1

<sup>1)</sup> Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.8c

Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung nach Strukturmerkmalen; Bundesgebiet Ost												
Merkmal	Zugang (im Juni)				Bestand (Ende Sept.)				Abgang (im Juni)			
	ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen		ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen		ohne Ausbildung		alle Arbeitslosen	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Arbeitslose absolut</b>	<b>36 844</b>	<b>45 674</b>	<b>167 089</b>	<b>187 396</b>	<b>283 843</b>	<b>284 830</b>	<b>1 321 189</b>	<b>1 347 462</b>	<b>37 030</b>	<b>34 919</b>	<b>189 686</b>	<b>181 580</b>
<b>%</b>	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Berufsausbildung ohne mit</b>	100	100	22,1 77,9	24,4 75,6	100	100	21,5 78,5	21,1 78,9	100	100	19,5 80,5	19,2 80,8
<b>Stellung im Beruf</b>												
Facharbeiter	5,4	4,0	43,5	42,8	6,4	6,3	40,5	42,6	6,4	6,5	46,0	48,0
Nichtfacharbeiter	76,1	74,9	28,8	27,7	78,1	78,3	32,2	30,7	78,8	77,9	30,7	28,8
Angestellte mit gehobener Tätigkeit	0,03	0,03	19,2	20,7	0,1	0,1	18,2	18,4	0,1	0,0	15,8	16,0
Angestellte mit einfacher Tätigkeit	18,5	21,1	8,5	8,7	15,3	15,4	9,0	8,3	14,8	15,5	7,5	7,2
<b>Alter</b>												
15 bis unter 25 Jahre	45,3	58,2	22,5	32,3	26,8	25,5	13,1	13,8	36,7	36,4	18,6	18,7
25 bis unter 45 Jahre	35,3	27,7	47,3	42,0	40,6	43,3	45,7	46,7	38,9	39,3	48,4	47,6
45 bis unter 65 Jahre	19,4	14,1	30,2	25,6	32,6	31,2	41,2	39,5	24,4	24,2	33,0	33,7
dar.: 50 bis unter 65 Jahre	12,1	8,8	18,6	15,8	21,7	20,1	27,5	25,6	16,0	16,3	20,9	21,9
davon:												
50 bis unter 55 Jahre	6,1	4,7	9,2	8,3	10,1	10,8	12,1	13,2	6,9	7,3	9,2	10,1
55 bis unter 60 Jahre	5,1	3,3	8,1	6,1	9,8	7,8	12,8	10,1	5,6	6,2	7,9	8,3
60 bis unter 65 Jahre	0,8	0,8	1,3	1,4	1,8	1,5	2,6	2,3	3,5	2,8	3,8	3,6
mit gesundheitlichen Einschränkungen	16,0	12,7	17,6	15,4	21,3	21,2	21,4	21,0	18,6	19,0	17,3	18,0
Schwerbehinderte	2,0	1,6	2,5	2,2	2,5	2,2	2,8	2,3	2,6	3,1	2,7	3,1
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup></b>												
durchschnittl. in Monaten					14,6	14,9	13,8	14,8	9,9	10,2	9,1	9,3
dav.: unter 3 Monate in %					30,9	28,3	27,6	26,1	27,4	28,0	28,7	29,2
3 – 12 Monate in %					33,5	31,9	37,0	35,5	47,2	46,4	47,5	46,5
über 12 Monate in %					35,6	39,8	35,4	38,5	25,4	25,5	23,8	24,3
<b>Abgangsgrund</b>												
Arbeitsaufnahme									33,8	31,3	49,2	47,9
dar.: in BSM (ohne SAM OFW)									9,2	7,6	9,2	7,6
mit Hilfen für reguläre Besch.									2,2	3,4	4,4	6,0
FbW/Deutsch-Sprachl.									6,8	5,7	8,1	7,1
Reha									0,4	0,6	0,6	0,7
Sonstiges									58,9	62,5	42,1	44,3

<sup>1)</sup> Beim Bestand: nicht abgeschlossene Dauer in Monaten; beim Abgang: abgeschlossene Dauer in Monaten.

Tabelle IV.E.9a

Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen; Deutschland												
Merkmal	Ende September 2001					Ende September 2002					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Alle Arbeitslosen</b>	<b>3 743 022</b>	<b>100</b>	<b>1 253 853</b>	<b>100</b>	<b>33,5</b>	<b>3 941 832</b>	<b>100</b>	<b>1 304 912</b>	<b>100</b>	<b>33,1</b>	<b>+ 5,3</b>	<b>+ 4,1</b>
Männer	1 961 369	52,4	608 728	48,5	31,0	2 133 168	54,1	660 529	50,6	31,0	+ 8,8	+ 8,5
Frauen	1 781 653	47,6	645 125	51,5	36,2	1 808 664	45,9	644 383	49,4	35,6	+ 1,5	- 0,1
Angestelltenberufe	1 462 886	39,1	476 560	38,0	32,6	1 548 143	39,3	482 107	36,9	31,1	+ 5,8	+ 1,2
Arbeiterberufe	2 280 136	60,9	777 293	62,0	34,1	2 393 689	60,7	822 805	63,1	34,4	+ 5,0	+ 5,9
<b>Berufsausbildung</b>												
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 386 370	37,0	475 496	37,9	34,3	1 396 039	35,4	483 928	37,1	34,7	+ 0,7	+ 1,8
mit abgeschlossener Berufsausbildung	2 356 652	63,0	778 357	62,1	33,0	2 545 793	64,6	820 984	62,9	32,2	+ 8,0	+ 5,5
<b>Stellung im Beruf</b>												
Facharbeiter	1 065 075	28,5	347 867	27,7	32,7	1 203 348	30,5	376 400	28,8	31,3	+13,0	+ 8,2
Nichtfacharbeiter	1 415 362	37,8	483 622	38,6	34,2	1 413 471	35,9	509 599	39,1	36,1	- 0,1	+ 5,4
Angestellte mit gehobener Tätigkeit	714 475	19,1	254 165	20,3	35,6	755 197	19,2	254 917	19,5	33,8	+ 5,7	+ 0,3
Angestellte mit einfacher Tätigkeit	548 110	14,6	168 199	13,4	30,7	569 816	14,5	163 996	12,6	28,8	+ 4,0	- 2,5
<b>Gesundheitliche Einschränkungen</b>												
mit gesundheitlichen Einschränkungen	971 574	26,0	434 799	34,7	44,8	964 101	24,5	434 950	33,3	45,1	- 0,8	+ 0,0
Schwerbehinderte und Gleichgestellte	166 022	4,4	75 512	6,0	45,5	158 891	4,0	67 803	5,2	42,7	- 4,3	-10,2
<b>Altersgruppen</b>												
unter 20 Jahre	116 902	3,1	1 576	0,1	1,3	112 391	2,9	1 574	0,1	1,4	- 3,9	- 0,1
20 bis unter 25 Jahre	354 169	9,5	20 523	1,6	5,8	400 106	10,2	25 630	2,0	6,4	+13,0	+24,9
unter 25 Jahre	471 071	12,6	22 099	1,8	4,7	512 497	13,0	27 204	2,1	5,3	+ 8,8	+23,1
25 bis unter 30 Jahre	326 556	8,7	55 016	4,4	16,8	372 411	9,4	65 441	5,0	17,6	+14,0	+18,9
30 bis unter 35 Jahre	432 213	11,5	106 169	8,5	24,6	467 027	11,8	121 196	9,3	26,0	+ 8,1	+14,2
35 bis unter 40 Jahre	500 138	13,4	148 671	11,9	29,7	543 350	13,8	169 563	13,0	31,2	+ 8,6	+14,1
40 bis unter 45 Jahre	464 008	12,4	157 250	12,5	33,9	520 664	13,2	184 415	14,1	35,4	+12,2	+17,3
45 bis unter 50 Jahre	439 804	11,8	171 181	13,7	38,9	478 401	12,1	192 915	14,8	40,3	+ 8,8	+12,7
25 bis unter 50 Jahre	2 162 719	57,8	638 287	50,9	29,5	2 381 853	60,4	733 530	56,2	30,8	+10,1	+14,9
50 bis unter 65 Jahre	1 109 232	29,6	593 467	47,3	53,5	1 047 482	26,6	544 178	41,7	52,0	- 5,6	- 8,3
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	442 418	11,8	200 292	16,0	45,3	482 606	12,2	223 476	17,1	46,3	+ 9,1	+11,6
55 bis unter 60 Jahre	513 533	13,7	303 849	24,2	59,2	438 572	11,1	249 403	19,1	56,9	-14,6	-17,9
60 bis unter 65 Jahre	153 281	4,1	89 326	7,1	58,3	126 304	3,2	71 299	5,5	56,5	-17,6	-20,2
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit</b>												
1 bis unter 2 Jahre	573 231	15,3	573 231	45,7	x	656 641	16,7	656 641	50,3	100,0	+14,6	+14,6
2 Jahre und länger	680 622	18,2	680 622	54,3	x	648 271	16,4	648 271	49,7	100,0	- 4,8	- 4,8

Tabelle IV.E.9b

Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen; Bundesgebiet West												
Merkmal	Ende September 2001					Ende September 2002					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
<b>Alle Arbeitslosen</b>	<b>2 421 833</b>	<b>100</b>	<b>786 384</b>	<b>100</b>	<b>32,5</b>	<b>2 594 370</b>	<b>100</b>	<b>786 604</b>	<b>100</b>	<b>30,3</b>	<b>+ 7,1</b>	<b>+ 0,0</b>
Männer	1 323 626	54,7	422 469	53,7	31,9	1 457 859	56,2	439 679	55,9	30,2	+10,1	+ 4,1
Frauen	1 098 207	45,3	363 915	46,3	33,1	1 136 511	43,8	346 925	44,1	30,5	+ 3,5	- 4,7
Angestelltenberufe	974 545	40,2	303 952	38,7	31,2	1 054 665	40,7	297 613	37,8	28,2	+ 8,2	- 2,1
Arbeiterberufe	1 447 288	59,8	482 432	61,3	33,3	1 539 705	59,3	488 991	62,2	31,8	+ 6,4	+ 1,4
<b>Berufsausbildung</b>												
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1 102 527	45,5	374 320	47,6	34,0	1 111 209	42,8	370 622	47,1	33,4	+ 0,8	- 1,0
mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 319 306	54,5	412 064	52,4	31,2	1 483 161	57,2	415 982	52,9	28,0	+12,4	+ 1,0
<b>Stellung im Beruf</b>												
Facharbeiter	529 875	21,9	167 941	21,4	31,7	629 111	24,2	172 406	21,9	27,4	+18,7	+ 2,7
Nichtfacharbeiter	989 519	40,9	328 826	41,8	33,2	999 649	38,5	334 717	42,6	33,5	+ 1,0	+ 1,8
Angestellte mit gehobener Tätigkeit	473 769	19,6	160 374	20,4	33,9	507 141	19,5	154 123	19,6	30,4	+ 7,0	- 3,9
Angestellte mit einfacher Tätigkeit	428 670	17,7	129 243	16,4	30,1	458 469	17,7	125 358	15,9	27,3	+ 7,0	- 3,0
<b>Gesundheitliche Einschränkungen</b>												
mit gesundheitlichen Einschränkungen	688 758	28,4	306 188	38,9	44,5	680 847	26,2	297 083	37,8	43,6	- 1,1	- 3,0
Schwerbehinderte und Gleichgestellte	129 488	5,3	60 357	7,7	46,6	123 127	4,7	53 238	6,8	43,2	- 4,9	-11,8
<b>Altersgruppen</b>												
unter 20 Jahre	72 673	3,0	906	0,1	1,2	69 999	2,7	796	0,1	1,1	- 3,7	-12,1
20 bis unter 25 Jahre	225 162	9,3	10 864	1,4	4,8	257 118	9,9	13 414	1,7	5,2	+14,2	+23,5
unter 25 Jahre	297 835	12,3	11 770	1,5	4,0	327 117	12,6	14 210	1,8	4,3	+ 9,8	+20,7
25 bis unter 30 Jahre	222 678	9,2	30 798	3,9	13,8	261 907	10,1	37 864	4,8	14,5	+17,6	+22,9
30 bis unter 35 Jahre	289 683	12,0	60 287	7,7	20,8	321 705	12,4	68 228	8,7	21,2	+11,1	+13,2
35 bis unter 40 Jahre	321 513	13,3	83 729	10,6	26,0	362 148	14,0	94 632	12,0	26,1	+12,6	+13,0
40 bis unter 45 Jahre	285 395	11,8	87 536	11,1	30,7	328 380	12,7	99 804	12,7	30,4	+15,1	+14,0
45 bis unter 50 Jahre	258 913	10,7	96 295	12,2	37,2	289 957	11,2	105 179	13,4	36,3	+12,0	+ 9,2
25 bis unter 50 Jahre	1 378 182	56,9	358 645	45,6	26,0	1 564 097	60,3	405 707	51,6	25,9	+13,5	+13,1
50 bis unter 65 Jahre	745 816	30,8	415 969	52,9	55,8	703 156	27,1	366 687	46,6	52,1	- 5,7	-11,8
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	283 191	11,7	130 925	16,6	46,2	305 346	11,8	137 195	17,4	44,9	+ 7,8	+ 4,8
55 bis unter 60 Jahre	344 075	14,2	213 640	27,2	62,1	301 983	11,6	174 270	22,2	57,7	-12,2	-18,4
60 bis unter 65 Jahre	118 550	4,9	71 404	9,1	60,2	95 827	3,7	55 222	7,0	57,6	-19,2	-22,7
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit</b>												
1 bis unter 2 Jahre	339 152	14,0	339 152	43,1	×	392 656	15,1	392 656	49,9	100,0	+15,8	+15,8
2 Jahre und länger	447 232	18,5	447 232	56,9	×	393 948	15,2	393 948	50,1	100,0	-11,9	-11,9

Tabelle IV.E.9c

Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen; Bundesgebiet Ost												
Merkmal	Ende September 2001					Ende September 2002					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Alle Arbeitslosen</b>	<b>1 321 189</b>	<b>100</b>	<b>467 469</b>	<b>100</b>	<b>35,4</b>	<b>1 347 462</b>	<b>100</b>	<b>518 308</b>	<b>100</b>	<b>38,5</b>	<b>+ 2,0</b>	<b>+ 10,9</b>
Männer	637 743	48,3	186 259	39,8	29,2	675 309	50,1	220 850	42,6	32,7	+ 5,9	+ 18,6
Frauen	683 446	51,7	281 210	60,2	41,1	672 153	49,9	297 458	57,4	44,3	- 1,7	+ 5,8
Angestelltenberufe	488 341	37,0	172 608	36,9	35,3	493 478	36,6	184 494	35,6	37,4	+ 1,1	+ 6,9
Arbeiterberufe	832 848	63,0	294 861	63,1	35,4	853 984	63,4	333 814	64,4	39,1	+ 2,5	+ 13,2
<b>Berufsausbildung</b>												
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	283 843	21,5	101 176	21,6	35,6	284 830	21,1	113 306	21,9	39,8	+ 0,3	+ 12,0
mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 037 346	78,5	366 293	78,4	35,3	1 062 632	78,9	405 002	78,1	38,1	+ 2,4	+ 10,6
<b>Stellung im Beruf</b>												
Facharbeiter	535 200	40,5	179 926	38,5	33,6	574 237	42,6	203 994	39,4	35,5	+ 7,3	+ 13,4
Nichtfacharbeiter	425 843	32,2	154 796	33,1	36,4	413 822	30,7	174 882	33,7	42,3	- 2,8	+ 13,0
Angestellte mit gehobener Tätigkeit	240 706	18,2	93 791	20,1	39,0	248 056	18,4	100 794	19,4	40,6	+ 3,1	+ 7,5
Angestellte mit einfacher Tätigkeit	119 440	9,0	38 956	8,3	32,6	111 347	8,3	38 638	7,5	34,7	- 6,8	- 0,8
<b>Gesundheitliche Einschränkungen</b>												
mit gesundheitlichen Einschränkungen	282 816	21,4	128 611	27,5	45,5	283 254	21,0	137 867	26,6	48,7	+ 0,2	+ 7,2
Schwerbehinderte und Gleichgestellte	36 534	2,8	15 155	3,2	41,5	35 764	2,7	14 565	2,8	40,7	- 2,1	- 3,9
<b>Altersgruppen</b>												
unter 20 Jahre	44 229	3,3	670	0,1	1,5	42 392	3,1	778	0,2	1,8	- 4,2	+ 16,1
20 bis unter 25 Jahre	129 007	9,8	9 659	2,1	7,5	142 988	10,6	12 216	2,4	8,5	+10,8	+ 26,5
unter 25 Jahre	173 236	13,1	10 329	2,2	6,0	185 380	13,8	12 994	2,5	7,0	+ 7,0	+ 25,8
25 bis unter 30 Jahre	103 878	7,9	24 218	5,2	23,3	110 504	8,2	27 577	5,3	25,0	+ 6,4	+ 13,9
30 bis unter 35 Jahre	142 530	10,8	45 882	9,8	32,2	145 322	10,8	52 968	10,2	36,4	+ 2,0	+ 15,4
35 bis unter 40 Jahre	178 625	13,5	64 942	13,9	36,4	181 202	13,4	74 931	14,5	41,4	+ 1,4	+ 15,4
40 bis unter 45 Jahre	178 613	13,5	69 714	14,9	39,0	192 284	14,3	84 611	16,3	44,0	+ 7,7	+ 21,4
45 bis unter 50 Jahre	180 891	13,7	74 886	16,0	41,4	188 444	14,0	87 736	16,9	46,6	+ 4,2	+ 17,2
25 bis unter 50 Jahre	784 537	59,4	279 642	59,8	35,6	817 756	60,7	327 823	63,2	40,1	+ 4,2	+ 17,2
50 bis unter 65 Jahre	363 416	27,5	177 498	38,0	48,8	344 326	25,6	177 491	34,2	51,5	- 5,3	- 0,0
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	159 227	12,1	69 367	14,8	43,6	177 260	13,2	86 281	16,6	48,7	+11,3	+ 24,4
55 bis unter 60 Jahre	169 458	12,8	90 209	19,3	53,2	136 589	10,1	75 133	14,5	55,0	-19,4	- 16,7
60 bis unter 65 Jahre	34 731	2,6	17 922	3,8	51,6	30 477	2,3	16 077	3,1	52,8	-12,2	- 10,3
<b>Dauer der Arbeitslosigkeit</b>												
1 bis unter 2 Jahre	234 079	17,7	234 079	50,1	×	263 985	19,6	263 985	50,9	100,0	+12,8	+ 12,8
2 Jahre und länger	233 390	17,7	233 390	49,9	×	254 323	18,9	254 323	49,1	100,0	+ 9,0	+ 9,0

Tabelle IV.E.10

<b>Langzeitarbeitslosigkeit nach Personengruppen; Ende September 2002</b>									
Vermittlungser schwerendes Merkmal	Deutschland			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	Arbeitslose	dar. (Sp. 1) Langzeitarbeitslose		Arbeitslose	dar. (Sp. 4) Langzeitarbeitslose		Arbeitslose	dar. (Sp. 7) Langzeitarbeitslose	
	absolut	absolut	in %	absolut	absolut	in %	absolut	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>alle Arbeitslose</b>	<b>3 941 832</b>	<b>1 304 912</b>	<b>33,1</b>	<b>2 594 370</b>	<b>786 604</b>	<b>30,3</b>	<b>1 347 462</b>	<b>518 308</b>	<b>38,5</b>
<b>ohne Merkmale</b>									
mit Ausbildung, jünger als 50 Jahre und ohne gE	1 492 627	346 402	23,2	858 047	145 605	17,0	634 580	200 797	31,6
<b>ein Merkmal</b>									
ohne Ausbildung (unter 50 Jahre und ohne gE)	835 047	201 160	24,1	648 180	142 177	21,9	186 867	58 983	31,6
mit gesundh. Einschränkungen (unter 50 und mA)	354 158	126 868	35,8	213 126	65 135	30,6	141 032	61 733	43,8
50 Jahre und älter (mA und ohne gE)	455 326	217 607	47,8	250 270	119 255	47,7	205 056	98 352	48,0
<b>zwei Merkmale</b>									
ohne Ausbildung und mit gE (unter 50 Jahre)	212 518	86 304	40,6	171 861	67 000	39,0	40 657	19 304	47,5
gE und 50 Jahre und älter (mA)	243 682	130 107	53,4	161 718	85 987	53,2	81 964	44 120	53,8
ohne Ausbildung und 50 und älter (ohne gE)	194 731	104 793	53,8	157 026	82 484	52,5	37 705	22 309	59,2
<b>drei Merkmale</b>									
ohne Ausbildung, älter als 50 Jahre und mit gE	153 743	91 671	59,6	134 142	78 961	58,9	19 601	12 710	64,8
<b>wenigstens ein Merkmal</b>	<b>2 449 205</b>	<b>958 510</b>	<b>39,1</b>	<b>1 736 323</b>	<b>640 999</b>	<b>36,9</b>	<b>712 882</b>	<b>317 511</b>	<b>44,5</b>

mA = mit Ausbildung; gE = gesundheitliche Einschränkungen



Tabelle IV.E.11

<b>Langzeitarbeitslose in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen</b>									
Maßnahme	2000			2001			2002		
	insgesamt	dar. (Sp. 1) Langzeit-arbeitslose		insgesamt	dar. (Sp. 4) Langzeit-arbeitslose		insgesamt	dar. (Sp. 7) Langzeit-arbeitslose	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Deutschland</b>									
Berufliche Weiterbildung	351 960	74 530	21,2	344 816	74 584	21,6	331 586	74 779	22,6
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	203 601	168 536	82,8	166 643	134 017	80,4	124 709	92 211	73,9
Strukturanpassungsmaßnahmen	109 756	51 312	46,8	76 466	39 701	51,9	67 422	35 875	53,2
Eingliederungszuschuss <sup>1)</sup>	90 535	57 481	63,5	100 101	63 152	63,1	112 272	63 636	56,7
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	32 016	21 865	68	33 495	29 671	88,6	32 076	32 024	99,8
<b>Arbeitslose</b>	<b>3 888 652</b>	<b>1 374 569</b>	<b>35,3</b>	<b>3 851 636</b>	<b>1 284 742</b>	<b>33,4</b>	<b>4 060 317</b>	<b>1 313 083</b>	<b>32,3</b>
<b>Bundesgebiet West</b>									
Berufliche Weiterbildung	212 229	39 007	18,4	208 961	37 734	18,1	202 607	36 820	18,2
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	58 054	44 477	76,6	50 619	36 587	72,3	39 171	25 477	65,0
Strukturanpassungsmaßnahmen	11 692	7 050	60,3	10 699	6 456	60,3	10 709	6 035	56,4
Eingliederungszuschuss <sup>1)</sup>	50 791	32 708	64,4	47 025	29 167	62,0	47 594	25 704	54,0
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	21 743	14 696	68	21 135	18 606	88,0	18 483	18 463	99,9
<b>Arbeitslose</b>	<b>2 529 374</b>	<b>918 564</b>	<b>36,3</b>	<b>2 477 955</b>	<b>810 337</b>	<b>32,7</b>	<b>2 648 837</b>	<b>792 397</b>	<b>29,9</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>									
Berufliche Weiterbildung	139 732	35 523	25,4	135 856	36 851	27,1	128 979	37 959	29,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	145 547	124 058	85,2	116 024	97 430	84,0	85 537	66 735	78,0
Strukturanpassungsmaßnahmen	98 064	44 262	45,1	65 767	33 246	50,6	56 713	29 841	52,6
Eingliederungszuschuss <sup>1)</sup>	39 745	24 773	62,3	53 076	33 986	64,0	64 678	37 932	58,6
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	10 274	7 169	70	12 361	11 064	89,5	13 593	13 561	99,8
<b>Arbeitslose</b>	<b>1 359 278</b>	<b>456 005</b>	<b>33,5</b>	<b>1 373 682</b>	<b>474 405</b>	<b>34,5</b>	<b>1 411 480</b>	<b>520 685</b>	<b>36,9</b>

Für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, die Langzeitarbeitslosigkeit voraussetzen, bleiben – nach § 18 Abs. 2 SGB III – Unterbrechungen wie z.B. Teilnahme an aktiver Arbeitsförderung, Zeiten einer kurzfristigen Beschäftigung (bis sechs Monate) und Zeiten der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder unberücksichtigt. Bei der statistischen Erhebung der Teilnehmer, die vor Maßnahmebeginn länger als ein Jahr arbeitslos waren, gelten dagegen diese Tatbestände als Unterbrechung der Arbeitslosigkeit. Deshalb ist die Zahl der geförderten Langzeitarbeitslosen im statistischen Sinne – wie sie in der Tabelle ausgewiesen wird – kleiner als die der geförderten Langzeitarbeitslosen im förderungsrechtlichen Sinne.

<sup>1)</sup> Ohne EGZ für besonders betroffene Schwerbehinderte gem. § 222a SGB III.

Tabelle IV.E.12a

<b>Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Deutschland</b>									
Merkmal	Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Alle Arbeitslosen</b>	<b>73 792</b>	<b>65 226</b>	<b>58 883</b>	<b>440 251</b>	<b>454 472</b>	<b>491 692</b>	<b>3 170 747</b>	<b>3 223 324</b>	<b>3 391 257</b>
absolut	100	100	100	100	100	100	100	100	100
in %									
Männer	41,6	43,9	47,4	61,6	61,8	62,8	50,4	51,2	53,0
Frauen	58,4	56,1	52,6	38,4	38,2	37,2	49,6	48,8	47,0
Angestelltenberufe	28,9	28,1	26,4	21,4	22,2	22,8	41,9	41,7	41,9
Arbeiterberufe	71,1	71,9	73,6	78,6	77,8	77,2	58,1	58,3	58,1
<b>Berufsausbildung</b>									
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	61,1	60,6	59,7	76,6	75,7	73,2	31,9	31,1	29,5
mit abgeschlossener Berufsausbildung	38,9	39,4	40,3	23,4	24,3	26,8	68,1	68,9	70,5
davon: betrieblich	20,6	20,8	20,6	15,6	16,3	17,8	58,0	58,9	60,0
Berufsfach-/Fachschule	12,0	12,2	12,3	3,2	3,3	3,2	5,3	5,1	4,9
Fachhochschule	1,1	1,0	1,6	1,0	1,0	1,4	1,4	1,5	1,9
Wiss. Hochschule	5,3	5,4	5,8	3,6	3,7	4,4	3,3	3,3	3,7
<b>Angestrebte Stellung im Beruf</b>									
Arbeiter	72,7	73,4	75,1	79,5	79,1	79,0	63,5	64,3	64,4
davon: Nichtfacharbeiter	54,2	54,1	54,3	67,6	66,7	64,6	33,5	33,4	31,4
Facharbeiter	18,5	19,4	20,9	11,9	12,3	14,3	29,9	30,9	33,0
Angestellte	27,3	26,6	24,9	20,5	20,9	21,0	36,5	35,7	35,6
davon: einfache Tätigkeit	11,3	11,1	10,4	11,7	12,1	12,1	15,5	15,1	14,9
gehobene Tätigkeit	16,0	15,5	14,5	8,8	8,8	8,9	21,0	20,6	20,7
<b>Status vor Arbeitslosmeldung</b>									
aus vorheriger Erwerbstätigkeit	16,2	17,2	19,3	37,9	39,2	42,5	50,9	51,0	51,6
davon: abhängiges Arbeitsverhältnis	15,1	16,3	18,6	35,7	37,0	40,2	46,0	46,1	46,8
dav: Nichtfacharbeiter	12,1	13,0	15,0	25,1	25,8	27,1	18,6	18,9	17,8
Facharbeiter	1,7	2,0	2,2	4,8	5,2	6,6	13,0	13,7	15,4
Angestellter einfache Tätigkeit	1,1	1,2	1,3	4,8	5,0	5,3	10,8	10,5	10,6
Angestellter gehobene Tätigkeit	0,2	0,2	0,2	1,1	1,0	1,2	3,6	3,1	3,0
betriebliche/sonstige Ausbildung	0,7	0,6	0,5	1,0	1,0	1,0	2,7	2,7	2,5
sonstige Erwerbstätigkeit	0,4	0,3	0,2	1,1	1,2	1,2	2,2	2,2	2,2
vorher nicht aus Erwerbstätigkeit	83,8	82,8	80,7	62,1	60,8	57,5	49,1	49,0	48,4
davon: Erwerbstätigkeit unterbrochen	50,0	49,0	50,3	54,0	53,2	51,1	45,7	46,0	45,7
ohne bisherige Erwerbstätigkeit 1)	33,9	33,9	30,4	8,1	7,7	6,4	3,4	3,0	2,7
<b>Alter</b>									
unter 20 Jahre	3,7	4,0	3,4	2,9	2,8	2,2	3,3	3,2	2,9
20 bis unter 25 Jahre	9,1	9,9	9,9	9,0	9,5	9,3	8,8	9,4	10,3
25 bis unter 30 Jahre	9,4	10,5	11,5	13,3	13,8	14,3	7,7	8,0	8,7
30 bis unter 35 Jahre	8,8	8,7	9,4	14,2	14,8	16,0	11,0	11,1	11,3
35 bis unter 40 Jahre	12,8	11,8	11,0	12,8	13,8	14,4	12,7	13,3	13,7
40 bis unter 45 Jahre	15,8	15,5	15,1	10,3	10,4	11,2	11,7	12,6	13,5
45 bis unter 50 Jahre	14,9	14,6	14,8	9,3	9,4	9,5	11,6	12,0	12,5
50 bis unter 55 Jahre	10,8	12,6	14,1	12,4	11,5	10,6	10,7	11,9	12,4
55 bis unter 60 Jahre	8,9	6,4	5,7	12,1	10,7	9,7	18,1	14,3	11,4
60 bis unter 65 Jahre	5,7	5,9	5,0	3,7	3,4	2,7	4,3	4,2	3,2
<b>in Arbeitslosigkeit seit</b>									
unter 1 Monat	17,7	17,2	17,2	14,6	14,0	14,5	11,7	11,6	11,9
1 bis unter 3 Monate	26,1	27,5	28,6	19,2	20,8	20,0	18,3	19,1	18,9
3 bis unter 6 Monate	16,4	19,4	19,8	15,0	16,4	16,5	14,6	15,5	15,9
6 bis unter 12 Monate	15,5	16,1	16,5	17,5	18,9	19,6	18,3	19,5	19,4
12 bis unter 24 Monate	13,2	11,1	11,1	15,8	13,8	15,5	17,9	15,6	16,9
24 Monate und länger	11,1	8,8	6,7	18,0	16,1	13,9	19,3	18,7	17,0
<b>mit gesundheitlichen Einschränkungen</b>	<b>6,1</b>	<b>6,0</b>	<b>5,7</b>	<b>22,2</b>	<b>21,6</b>	<b>20,1</b>	<b>27,2</b>	<b>27,0</b>	<b>25,4</b>

1) In Deutschland.

Tabelle IV.E.12b

<b>Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Bundesgebiet West</b>									
Merkmal	Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Alle Arbeitslosen</b>	<b>55 853</b>	<b>49 327</b>	<b>44 883</b>	<b>406 836</b>	<b>420 853</b>	<b>448 203</b>	<b>1 919 824</b>	<b>1 951 653</b>	<b>2 101 284</b>
absolut									
in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	40,8	43,6	47,7	61,7	61,9	63,0	52,7	53,4	54,9
Frauen	59,2	56,4	52,3	38,3	38,1	37,0	47,3	46,6	45,1
Angestelltenberufe	27,8	27,1	25,1	20,6	21,5	22,1	44,6	44,6	44,9
Arbeiterberufe	72,2	72,9	74,9	79,4	78,5	77,9	55,4	55,4	55,1
<b>Berufsausbildung</b>									
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	66,0	65,4	64,6	78,3	77,3	74,5	39,0	38,2	35,6
mit abgeschlossener Berufsausbildung	34,0	34,6	35,4	21,7	22,7	25,5	61,0	61,8	64,4
davon: betrieblich	14,9	14,9	14,5	14,5	15,2	16,9	50,3	51,1	52,8
Berufsfach-/Fachschule	13,2	13,6	13,8	3,1	3,2	3,1	5,3	5,3	5,1
Fachhochschule	1,0	1,0	1,6	1,0	1,0	1,3	1,7	1,7	2,2
Wiss. Hochschule	4,9	5,1	5,6	3,2	3,3	4,1	3,7	3,8	4,2
<b>Angestrebte Stellung im Beruf</b>									
Arbeiter	73,1	73,8	75,7	80,0	79,5	79,3	58,0	58,8	59,0
davon: Nichtfacharbeiter	57,2	57,0	57,3	68,9	67,9	65,6	34,5	34,6	32,4
Facharbeiter	15,9	16,8	18,3	11,1	11,6	13,7	23,5	24,2	26,6
Angestellte	26,9	26,2	24,3	20,0	20,5	20,7	42,0	41,2	41,0
davon: einfache Tätigkeit	12,3	12,2	11,4	11,7	12,2	12,2	19,3	19,0	19,0
gehobene Tätigkeit	14,7	14,1	13,0	8,2	8,3	8,5	22,7	22,1	22,0
<b>Status vor Arbeitslosmeldung</b>									
aus vorheriger Erwerbstätigkeit	15,0	16,3	19,0	38,4	39,7	43,3	48,2	48,8	51,0
davon: abhängiges Arbeitsverhältnis	14,1	15,6	18,4	36,2	37,5	41,0	44,2	44,7	46,8
dav: Nichtfacharbeiter	11,5	12,7	15,0	25,5	26,3	27,8	16,5	17,1	16,4
Facharbeiter	1,2	1,5	1,9	4,7	5,1	6,5	9,4	10,0	12,3
Angestellter einfache Tätigkeit	1,2	1,3	1,4	4,9	5,1	5,5	13,3	13,2	13,7
Angestellter gehobene Tätigkeit	0,2	0,2	0,2	1,1	1,1	1,2	5,1	4,3	4,3
betriebliche/sonstige Ausbildung	0,5	0,4	0,4	1,0	1,0	1,1	2,0	2,0	2,1
sonstige Erwerbstätigkeit	0,4	0,3	0,2	1,1	1,1	1,2	2,0	2,0	2,1
vorher nicht aus Erwerbstätigkeit	85,0	83,7	81,0	61,6	60,3	56,7	51,8	51,2	49,0
davon: Erwerbstätigkeit unterbrochen	49,2	47,9	48,7	53,8	52,9	50,6	47,8	47,7	46,2
ohne bisherige Erwerbstätigkeit <sup>1)</sup>	35,8	35,8	32,3	7,9	7,4	6,1	4,0	3,5	2,7
<b>Alter</b>									
unter 20 Jahre	3,6	4,1	3,5	3,0	2,8	2,3	3,0	3,0	2,8
20 bis unter 25 Jahre	8,8	10,1	10,0	9,1	9,7	9,6	8,2	9,2	10,0
25 bis unter 30 Jahre	9,4	10,6	11,5	13,1	13,7	14,3	7,7	8,2	9,2
30 bis unter 35 Jahre	8,8	8,7	9,4	13,8	14,6	15,8	11,3	11,5	11,7
35 bis unter 40 Jahre	12,7	11,7	10,9	12,4	13,4	14,1	12,4	13,3	14,0
40 bis unter 45 Jahre	15,6	15,4	14,8	10,1	10,1	10,9	11,1	12,1	13,0
45 bis unter 50 Jahre	14,6	14,3	14,7	9,3	9,3	9,3	10,5	10,9	11,5
50 bis unter 55 Jahre	10,8	12,4	14,1	12,7	11,7	10,8	11,0	11,7	11,9
55 bis unter 60 Jahre	9,7	6,6	5,9	12,7	11,2	10,1	19,3	15,0	12,1
60 bis unter 65 Jahre	6,0	6,2	5,2	3,8	3,5	2,8	5,6	5,2	3,9
<b>in Arbeitslosigkeit seit</b>									
unter 1 Monat	17,8	17,8	17,7	14,6	14,1	14,6	12,4	12,4	13,0
1 bis unter 3 Monate	26,4	28,6	29,9	19,1	20,8	20,0	18,9	20,6	20,9
3 bis unter 6 Monate	16,0	19,3	19,7	14,8	16,2	16,5	14,0	15,5	16,3
6 bis unter 12 Monate	14,8	15,3	16,1	17,2	18,8	19,5	16,7	18,2	19,0
12 bis unter 24 Monate	12,9	10,1	10,2	15,9	13,7	15,3	16,5	14,2	15,2
24 Monate und länger	12,1	8,9	6,4	18,5	16,4	14,0	21,5	19,1	15,6
<b>mit gesundheitlichen Einschränkungen</b>	<b>6,7</b>	<b>6,5</b>	<b>6,1</b>	<b>23,2</b>	<b>22,6</b>	<b>21,1</b>	<b>31,1</b>	<b>30,3</b>	<b>27,8</b>

1) In Deutschland.

Tabelle IV.E.12c

<b>Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Bundesgebiet Ost</b>									
Merkmal	Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Alle Arbeitslosen absolut</b>	<b>17 939</b>	<b>15 899</b>	<b>14 000</b>	<b>33 415</b>	<b>33 619</b>	<b>43 489</b>	<b>1 250 923</b>	<b>1 271 671</b>	<b>1 289 973</b>
in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	44,1	44,9	0,0	60,8	60,7	61,2	46,8	48,0	50,3
Frauen	55,9	55,1	53,5	39,2	39,3	38,8	53,2	52,0	50,2
Angestelltenberufe	32,2	31,1	30,4	30,8	31,0	29,5	37,8	37,2	36,9
Arbeiterberufe	67,8	68,9	69,6	69,2	69,1	70,5	62,2	62,8	63,1
<b>Berufsausbildung</b>									
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	45,9	45,9	43,9	56,5	56,5	60,0	21,1	20,3	19,6
mit abgeschlossener Berufsausbildung	54,1	54,2	56,1	43,5	43,5	40,0	78,9	79,7	80,4
davon: betrieblich	38,2	39,0	40,3	28,7	29,1	26,7	69,7	71,0	71,6
Berufsfach-/Fachschule	8,2	7,9	7,7	5,5	5,3	4,5	5,3	4,9	4,6
Fachhochschule	1,2	1,0	1,6	1,2	1,1	1,7	1,1	1,1	1,4
Wiss. Hochschule	6,6	6,3	6,4	8,1	7,9	7,2	2,7	2,7	2,8
<b>Angestrebte Stellung im Beruf</b>									
Arbeiter	71,5	72,4	73,4	72,9	73,2	75,5	71,8	72,7	73,3
davon: Nichtfacharbeiter	44,9	45,0	44,5	52,1	51,8	54,6	32,0	31,6	29,8
Facharbeiter	26,5	27,4	28,9	20,8	21,4	20,9	39,8	41,2	43,5
Angestellte	28,5	27,6	26,6	27,1	26,8	24,5	28,2	27,3	26,7
davon: einfache Tätigkeit	8,3	7,9	7,3	11,1	11,0	11,3	9,8	9,0	8,2
gehobene Tätigkeit	20,2	19,7	19,3	16,0	15,7	13,2	18,4	18,3	18,6
<b>Status vor Arbeitslosmeldung</b>									
aus vorheriger Erwerbstätigkeit	19,9	19,9	20,4	32,1	33,2	34,3	55,0	54,4	52,4
davon: abhängiges Arbeitsverhältnis	18,0	18,3	19,2	29,9	30,8	32,1	48,7	48,3	46,8
dav: Nichtfacharbeiter	13,8	13,8	15,0	19,4	19,5	20,5	21,8	21,6	20,0
Facharbeiter	3,3	3,5	3,3	6,5	7,1	7,8	18,6	19,2	20,4
Angestellter einfache Tätigkeit	0,8	0,9	0,8	3,4	3,4	3,2	6,9	6,3	5,5
Angestellter gehobene Tätigkeit	0,1	0,2	0,2	0,7	0,7	0,6	1,5	1,1	1,0
betriebliche/sonstige Ausbildung	1,5	1,3	0,9	1,0	1,1	0,8	3,7	3,7	3,2
sonstige Erwerbstätigkeit	0,4	0,3	0,2	1,2	1,4	1,4	2,5	2,5	2,4
vorher nicht aus Erwerbstätigkeit	80,1	80,1	79,7	67,9	66,8	65,7	45,0	45,6	47,6
davon: Erwerbstätigkeit unterbrochen	52,3	52,3	55,4	56,9	56,2	56,2	42,6	43,4	44,8
ohne bisherige Erwerbstätigkeit <sup>1)</sup>	27,8	27,9	24,2	11,0	10,6	9,5	2,4	2,2	2,7
<b>Alter</b>									
unter 20 Jahre	3,7	3,8	3,2	2,0	1,7	1,6	3,8	3,4	3,2
20 bis unter 25 Jahre	10,0	9,6	9,5	7,6	7,4	6,9	9,8	9,8	10,7
25 bis unter 30 Jahre	9,7	10,1	11,3	15,3	14,8	14,3	7,8	7,7	8,0
30 bis unter 35 Jahre	9,0	9,0	9,5	18,8	18,4	18,4	10,6	10,6	10,5
35 bis unter 40 Jahre	13,3	12,0	11,1	17,5	17,9	17,7	13,1	13,4	13,3
40 bis unter 45 Jahre	16,4	16,1	16,3	12,9	13,6	13,9	12,5	13,5	14,3
45 bis unter 50 Jahre	15,8	15,5	15,3	10,0	10,4	10,7	13,2	13,8	14,1
50 bis unter 55 Jahre	10,6	13,1	14,1	8,7	8,7	8,9	10,4	12,1	13,3
55 bis unter 60 Jahre	6,6	5,7	5,3	5,0	4,9	5,8	16,3	13,1	10,3
60 bis unter 65 Jahre	4,8	5,3	4,4	2,1	2,2	1,9	2,4	2,6	2,3
<b>in Arbeitslosigkeit seit</b>									
unter 1 Monat	17,7	15,3	15,6	14,6	12,5	13,1	10,8	10,3	10,0
1 bis unter 3 Monate	25,1	23,9	24,7	20,5	21,1	19,2	17,4	17,0	15,7
3 bis unter 6 Monate	17,5	19,7	20,0	17,7	18,6	16,3	15,5	15,5	15,3
6 bis unter 12 Monate	17,5	18,4	17,8	20,7	21,0	20,1	20,7	21,4	20,1
12 bis unter 24 Monate	14,1	14,4	14,2	15,4	15,4	17,7	19,9	17,8	19,7
24 Monate und länger	8,1	8,4	7,8	11,7	11,3	13,6	15,7	17,9	19,2
<b>mit gesundheitlichen Einschränkungen</b>	<b>4,4</b>	<b>4,5</b>	<b>4,5</b>	<b>9,4</b>	<b>9,2</b>	<b>9,7</b>	<b>21,1</b>	<b>21,9</b>	<b>21,6</b>

<sup>1)</sup> In Deutschland.

Tabelle IV.E.13

<b>Ausländerbeschäftigung<sup>1)</sup> und Ausländerarbeitslosigkeit</b>					
Jahr	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer		Arbeitslose Ausländer		
	ingesamt	darunter: (Sp. 1) Frauen in %	ingesamt	Quote	darunter: (Sp. 3) Frauen in %
	1	2	3	4	5
<b>Deutschland</b>					
1992	•	•	269 772	•	35,9
1993	•	•	359 449	•	34,2
1994	•	•	420 903	•	33,7
1995	•	•	436 261	•	34,1
1996	2 094 088	34,2	495 956	•	33,3
1997	2 038 070	34,3	547 816	•	33,7
1998	2 027 541	34,2	534 698	20,3	35,1
1999	1 924 822	34,1	510 168	19,2	36,1
2000	1 963 620	34,6	470 994	17,3	37,0
2001	1 991 635	35,3	464 739	17,4	37,3
<b>2002</b>	<b>1 959 953</b>	<b>36,1</b>	<b>505 443</b>	<b>19,1</b>	<b>36,5</b>
<b>Bundesgebiet West</b>					
1991	1 891 233	32,7	208 094	10,7	36,5
1992	2 030 253	32,7	254 201	12,2	35,7
1993	2 169 233	33,7	344 840	15,1	34,1
1994	2 141 365	34,1	409 110	16,2	33,6
1995	2 121 434	34,0	424 461	16,6	34,0
1996	2 067 783	34,3	481 715	18,9	33,2
1997	1 996 187	34,4	521 597	20,4	33,5
1998	1 984 452	34,3	505 158	19,6	35,0
1999	1 883 082	34,2	477 728	18,4	36,0
2000	1 923 324	34,7	436 788	16,4	37,0
2001	1 950 384	35,4	428 610	16,5	37,3
<b>2002</b>	<b>1 915 982</b>	<b>36,2</b>	<b>459 918</b>	<b>17,8</b>	<b>36,3</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>					
1992	•	•	15 571	•	38,2
1993	•	•	14 609	•	37,5
1994	•	•	11 793	•	39,1
1995	•	•	11 800	•	38,9
1996	26 305	26,1	14 241	•	36,2
1997	41 883	27,4	26 219	•	36,4
1998	43 089	29,7	29 541	×	36,3
1999	41 740	28,6	32 440	×	37,4
2000	40 296	30,3	34 206	×	37,8
2001	41 251	32,0	36 129	×	38,2
<b>2002</b>	<b>43 971</b>	<b>33,7</b>	<b>45 525</b>	×	<b>38,1</b>

1) Seit 1999 Stand jeweils Ende Juni.

Tabelle IV.E.14

<b>Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitnehmer</b>							
Art der Arbeitsgenehmigung	1998	1999	2000	2001	2002	Veränderung 2001 gegenüber 2000	
	1	2	3	4	5	absolut	%
<b>Deutschland</b>							
<b>Erstmalige Beschäftigung</b>	<b>402 578</b>	<b>433 672</b>	<b>473 028</b>	<b>553 723</b>	<b>529 581</b>	<b>- 24 142</b>	<b>- 4,4</b>
– Arbeitserlaubnis <sup>1)</sup>	316 101	343 605	368 593	433 821	420 802	- 13 019	- 3,0
– Arbeitsberechtigung <sup>2)</sup>	86 477	90 067	104 435	119 902	108 779	- 11 123	- 9,3
<b>Erneute Beschäftigung</b>	<b>214 868</b>	<b>198 587</b>	<b>196 670</b>	<b>223 961</b>	<b>197 498</b>	<b>- 26 463</b>	<b>- 11,8</b>
– Arbeitserlaubnis	167 096	162 756	157 627	186 410	171 745	- 14 665	- 7,9
– Arbeitsberechtigung	47 772	35 831	39 043	37 551	25 753	- 11 798	- 31,4
<b>Fortsetzung der Beschäftigung</b>	<b>432 668</b>	<b>402 207</b>	<b>413 570</b>	<b>276 842</b>	<b>217 994</b>	<b>- 58 848</b>	<b>- 21,3</b>
– Arbeitserlaubnis	404 347	389 221	401 962	265 765	212 303	- 53 462	- 20,1
– Arbeitsberechtigung	28 321	12 986	11 608	11 077	5 691	- 5 386	- 48,6
<b>Insgesamt erteilte</b>	<b>1 050 114</b>	<b>1 034 466</b>	<b>1 083 268</b>	<b>1 054 526</b>	<b>945 073</b>	<b>- 109 453</b>	<b>- 10,4</b>
– Arbeitserlaubnis	887 544	895 582	928 182	885 996	804 850	- 81 146	- 9,2
– Arbeitsberechtigung	162 570	138 884	155 086	168 530	140 223	- 28 307	- 16,8
<b>Insgesamt abgelehnte Anträge</b>	<b>76 628</b>	<b>81 269</b>	<b>68 107</b>	<b>64 135</b>	<b>48 182</b>	<b>- 15 953</b>	<b>- 24,9</b>
<b>Bundesgebiet West</b>							
<b>Erstmalige Beschäftigung</b>	<b>369 710</b>	<b>402 697</b>	<b>438 804</b>	<b>513 145</b>	<b>481 242</b>	<b>- 31 903</b>	<b>- 6,2</b>
– Arbeitserlaubnis <sup>1)</sup>	292 602	322 402	345 086	406 587	390 123	- 16 464	- 4,0
– Arbeitsberechtigung <sup>2)</sup>	77 108	80 295	93 718	106 558	91 119	- 15 439	- 14,5
<b>Erneute Beschäftigung</b>	<b>206 801</b>	<b>193 061</b>	<b>190 638</b>	<b>218 092</b>	<b>190 668</b>	<b>- 27 424</b>	<b>- 12,6</b>
– Arbeitserlaubnis	161 366	158 554	152 905	181 529	166 178	- 15 351	- 8,5
– Arbeitsberechtigung	45 435	34 507	37 733	36 563	24 490	- 12 073	- 33,0
<b>Fortsetzung der Beschäftigung</b>	<b>421 816</b>	<b>397 683</b>	<b>408 890</b>	<b>271 347</b>	<b>211 348</b>	<b>- 59 999</b>	<b>- 22,1</b>
– Arbeitserlaubnis	394 696	385 179	397 687	260 666	206 039	- 54 627	- 21,0
– Arbeitsberechtigung	27 120	12 504	11 203	10 681	5 309	- 5 372	- 50,3
<b>Insgesamt erteilte</b>	<b>998 327</b>	<b>993 441</b>	<b>1 038 332</b>	<b>1 002 584</b>	<b>883 258</b>	<b>- 119 326</b>	<b>- 11,9</b>
– Arbeitserlaubnis	848 664	866 135	895 678	848 782	762 340	- 86 442	- 10,2
– Arbeitsberechtigung	149 663	127 306	142 654	153 802	120 918	- 32 884	- 21,4
<b>Insgesamt abgelehnte Anträge</b>	<b>71 833</b>	<b>76 255</b>	<b>63 093</b>	<b>57 918</b>	<b>43 933</b>	<b>- 13 985</b>	<b>- 24,1</b>
<b>Bundesgebiet Ost</b>							
<b>Erstmalige Beschäftigung</b>	<b>32 868</b>	<b>30 975</b>	<b>34 224</b>	<b>40 578</b>	<b>48 339</b>	<b>+ 7 761</b>	<b>+ 19,1</b>
– Arbeitserlaubnis <sup>1)</sup>	23 499	21 203	23 507	27 234	30 679	+ 3 445	+ 12,6
– Arbeitsberechtigung <sup>2)</sup>	9 369	9 772	10 717	13 344	17 660	+ 4 316	+ 32,3
<b>Erneute Beschäftigung</b>	<b>8 067</b>	<b>5 526</b>	<b>6 032</b>	<b>5 869</b>	<b>6 830</b>	<b>+ 961</b>	<b>+ 16,4</b>
– Arbeitserlaubnis	5 730	4 202	4 722	4 881	5 567	+ 686	+ 14,1
– Arbeitsberechtigung	2 337	1 324	1 310	988	1 263	+ 275	+ 27,8
<b>Fortsetzung der Beschäftigung</b>	<b>10 852</b>	<b>4 524</b>	<b>4 680</b>	<b>5 495</b>	<b>6 646</b>	<b>+ 1 151</b>	<b>+ 20,9</b>
– Arbeitserlaubnis	9 651	4 042	4 275	5 099	6 264	+ 1 165	+ 22,8
– Arbeitsberechtigung	1 201	482	405	396	382	- 14	- 3,5
<b>Insgesamt erteilte</b>	<b>51 787</b>	<b>41 025</b>	<b>44 936</b>	<b>51 942</b>	<b>61 815</b>	<b>+ 9 873</b>	<b>+ 19,0</b>
– Arbeitserlaubnis	38 880	29 447	32 504	37 214	42 510	+ 5 296	+ 14,2
– Arbeitsberechtigung	12 907	11 578	12 432	14 728	19 305	+ 4 577	+ 31,1
<b>Insgesamt abgelehnte Anträge</b>	<b>4 795</b>	<b>5 014</b>	<b>5 014</b>	<b>6 217</b>	<b>4 249</b>	<b>- 1 968</b>	<b>- 31,7</b>

<sup>1)</sup> Arbeitserlaubnis gem. § 285 SGB III (bis 1997 allgemeine Arbeitserlaubnis gem. § 1 Arbeitserlaubnisverordnung).

<sup>2)</sup> Arbeitsberechtigung gem. § 286 SGB III (bis 1997 besondere Arbeitserlaubnis gem. § 2 Arbeitserlaubnisverordnung).